



2016

2015

2014

2013

2012



Budgetbericht

Kanton Basel-Stadt

Budgetbericht 2015

an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Inhaltsverzeichnis

1 Die Einleitung	5
1.1 Wichtigstes in Kürze	6
1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	11
1.2.1 Weltwirtschaft	11
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft	12
1.2.3 Prognoserisiken	14
2 Die mittelfristige Planung	15
2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates	16
2.1.1 Überblick	16
2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	16
2.1.3 Als Region zusammenwachsen	19
2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen	21
2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen	23
2.1.6 Finanzielle Auswirkungen	28
2.2 Finanzplan 2015-2018	30
2.3 Planung der Departemente	35
2.3.1 Präsidialdepartement	36
2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement	39
2.3.3 Erziehungsdepartement	42
2.3.4 Finanzdepartement	47
2.3.5 Gesundheitsdepartement	49
2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	52
2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	55
2.3.8 Gerichte	58
2.3.9 Behörden und Parlament	60
2.4 Planungsansätze	62
2.5 Vorgezogene Budgetpostulate	63
2.5.1 Präsidialdepartement	63
2.5.2 Erziehungsdepartement	64
3 Das Budget	67
3.1 Erfolgsrechnung	68
3.2 Investitionsrechnung	69
3.3 Anhang	70
3.3.1 Erläuterungen zu Positionen des Budgets	70
4 Der Kanton	77
4.1 Budget Kanton	78
4.1.1 Personalentwicklung	79
4.2 Budget Zweckgebundene Positionen	84
4.2.1 Präsidialdepartement	86
4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement	124
4.2.3 Erziehungsdepartement	156
4.2.4 Finanzdepartement	184
4.2.5 Gesundheitsdepartement	200
4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	216
4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	234
4.2.8 Gerichte	258

4.2.9	Behörden und Parlament	269
4.2.10	Regierungsrat und Übriges	278
4.3	Konsolidierung Stammhaus	285
4.4	Budget Nichtzweckgebundene Positionen	286
4.4.1	Finanzdepartement	287
4.4.2	Gesundheitsdepartement	290
4.4.3	Justiz- und Sicherheitsdepartement	290
5	Die Investitionen	291
5.1	Investitionsbereiche und grösste darin enthaltene Investitionsvorhaben	292
5.1.1	Investitionsplafonds	292
5.1.2	Die grössten Vorhaben	293
5.1.3	Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	293
5.1.4	Öffentlicher Verkehr	294
5.1.5	Hochbauten im Verwaltungsvermögen	294
5.1.6	Informatik	295
5.1.7	Bildung	295
5.1.8	Kultur	295
5.1.9	Übrige	295
5.2	Investitionsübersichtsliste	296
5.2.1	Ausschöpfung der Plafonds	296
5.2.2	Investitionsübersichtsliste	296
6	Die Zahlungsströme an eigene, ausserkantonale und an private Institutionen	309
6.1	Beiträge an eigene Institutionen	310
6.2	Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen	312
7	Das Glossar	321
7.1	Glossar der finanziellen Fachbegriffe	322
8	Die weiteren Berichte zum Budgetbericht 2015 im Internet	335
8.1	Die weiteren Berichte zum Budget 2015 im Internet	336

1 Die Einleitung

1.1 Wichtigstes in Kürze

Entgegen der letztjährigen Finanzplanung budgetiert der Kanton Basel-Stadt für das Jahr 2015 ein Defizit von 30.9 Millionen Franken. Verantwortlich dafür sind die Mindereinnahmen aufgrund der Unternehmenssteuerreform II, die viel höher ausfallen als angenommen und von den Mehreinnahmen bei den juristischen Personen nicht kompensiert werden können. Auf der Ausgabenseite schlagen die vom Regierungsrat beschlossenen Schwerpunkte zu Buche, insbesondere der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Tagesstrukturen, wie auch steigende Sozialkosten. Aufgrund der hohen und weiterhin ansteigenden Investitionen kommt es zu einer Neuverschuldung von 326.2 Millionen Franken. Dadurch wird die Nettoschuldenquote von 3.4% im Jahre 2013 voraussichtlich auf 4.0% im Jahre 2015 ansteigen. Das hohe Investitionsvolumen soll durch eine Priorisierung nicht weiter ansteigen, und um das Gleichgewicht in der Erfolgsrechnung wieder zu erreichen, soll das Ausgabenwachstum in den nächsten drei Jahren reduziert werden.

Leichtes Defizit in der Erfolgsrechnung Der Kanton Basel-Stadt wird im Jahr 2015 voraussichtlich ein Defizit von 30.9 Millionen Franken ausweisen. Gegenüber dem erwarteten Ergebnis für das Jahr 2014 verschlechtert sich das Zweckgebundene Betriebsergebnis um 25.1 Millionen Franken. Die vom Regierungsrat geplanten Massnahmen zu den Schwerpunkten führen im Budget 2015 zu einem Mehraufwand von 16.1 Millionen Franken gegenüber Budget 2014. Dabei sind vor allem der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Tagesstrukturen für den Anstieg bei den Schwerpunkten verantwortlich. Eine Belastung stellen zudem auch Faktoren dar, die für den Regierungsrat nicht oder nur schwer steuerbar sind: Verschiedene Positionen im Sozialbereich führen zu einem Mehraufwand von 23.3 Millionen Franken. Dabei sind die Kostensteigerungen für die Sozialhilfe mit plus 7.3 Millionen Franken, für die Ergänzungsleistungen mit plus 4.8 Millionen Franken, für die Spitex- und Pflegeheimfinanzierung mit plus 3.8 Millionen Franken sowie für die Prämienverbilligung mit plus 3.6 Millionen Franken die grössten Positionen. Das Projekt Systempflege, mit dem die bestehenden, vor 40 Jahren eingeführten Instrumente zur Stellenbewertung an die veränderten Gegebenheiten in der Arbeitswelt und in der Ausbildungslandschaft angepasst wurden, führt zu einem 11.0 Millionen Franken höheren Personalaufwand.

Tiefere Steuererträge Die Steuererträge werden im Jahre 2015 insgesamt um 17.5 Millionen Franken tiefer ausfallen als die budgetierten Steuererträge für das Jahre 2014 und mit plus 29.8 Millionen Franken gegenüber Rechnung 2013 weniger stark ansteigen als bisher in der Finanzplanung angenommen. Grund dafür ist der Rückgang bei den natürlichen Personen in Höhe von 74.3 Millionen Franken gegenüber Budget 2014, dies aufgrund der bereits in der Rechnung 2013 festgestellten hohen Ausfälle aufgrund der Unternehmenssteuerreform II. Die im Budgetvergleich rund 54.0 Millionen Franken höheren Steuererträge bei den juristischen Personen können diesen Effekt nur teilweise kompensieren.

Im Vergleich zum kantonalen Steuerertrag wird der Anteil an der direkten Bundessteuer um 6 Millionen Franken leicht zunehmen. Grund dafür ist auch hier die gute Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2014, das als Basis für die Steuereinnahmen 2015 dient.

Tiefere Einzahlung in den Finanzausgleich Der Nationale Finanzausgleichs (NFA) für 2015 beruht auf der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 2009 bis 2011. Gegenüber Vorjahr fällt damit das für Basel-Stadt ausserordentlich gute Jahr 2008 aus der Berechnung, was dazu führt, dass der Kanton vorübergehend deutlich weniger in den Ressourcenausgleich einzahlen muss. Er erhält gleichzeitig wegen einem höheren Armutsindikator (u.a. aufgrund von mehr Zahlfällen der Sozialhilfe und Betagten) 2015 einen höheren Beitrag aus dem soziodemografischen Lastenausgleich. Netto beträgt der Betrag für das Jahr 2015 92.1 Millionen Franken, was einer Minderbelastung von 10.5 Millionen Franken gegenüber Budget 2014 entspricht.

Hohe Investitionen führen zu neuen Schulden Die Investitionen befinden sich auch im Budget 2015 auf einem hohen Niveau, insgesamt beträgt der Saldo der Investitionsrechnung 476.1 Millionen Franken. Grössere Investitionen werden unter anderem in die Erweiterung des Kunstmuseums, in Schulhaussanierungen und -neubauten im Rahmen der Schulharmonisierung, für den Ausbau der Tagesstrukturen, sowie für die Erhaltung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs getätigt.

Mit den hohen Investitionen steigt das Niveau der Abschreibungen auf Grossinvestitionen auf rund 174.7 Millionen Franken. Die Selbstfinanzierung von neuen Investitionen liegt bei 149.9 Millionen Franken und der Selbstfinanzierungsgrad sinkt auf 31.5%, so dass im Budget 2015 für den Finanzierungssaldo ein Fehlbetrag und damit eine Neuverschuldung in Höhe von 326.2 Millionen Franken resultiert. Die Nettoschuldenquote wird voraussichtlich von 3.4‰ des Bruttoinlandprodukts der Schweiz im Jahre 2013 auf 4.0‰ im Jahre 2015 ansteigen.

Gesamtstaatliche Kennzahlen im Überblick

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-2'476.5	-2'596.3	-2'621.4	-25.1	-1.0	-144.9	-5.8
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	2'527.8	2'564.9	2'571.4	6.5	0.3	43.6	1.7
Abschreibung Grossinvestitionen, -investitionsbeiträge	-174.7	-134.1	-174.7	-40.6	-30.3	-0.1	-0.0
Betriebsergebnis (Erfolgsrechnung)	-123.4	-165.5	-224.8	-59.3	-35.8	-101.3	-82.1
Finanzergebnis	208.8	167.8	193.9	26.1	15.6	-15.0	-7.2
Gesamtergebnis	85.4	2.2	-30.9	-33.1	...	-116.3	-136.2
- Abschreibung Grossinvestitionen	-161.1	-129.0	-171.3	-42.3	-32.8	-10.2	-6.3
- Abschreibung Kleininvestitionen	-4.9	-5.6	-6.1	-0.5	-9.2	-1.2	-24.7
- Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-9.3	-7.8	-8.7	-1.0	-12.4	0.6	6.0
+ Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	8.6	2.8	7.8	5.1	184.6	-0.8	-8.8
- Amortisation PK-Spezialfinanzierung Destinatäre	0.0	-54.2	0.0	54.2	100.0	0.0	0.0
+/- Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	-11.9	0.0	-2.5	2.5	100.0	9.4	21.0
+/- Veränderungen Eigenkapital	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	...
Selbstfinanzierung	264.2	196.0	149.9	-46.1	-23.5	-114.2	-43.3
Investitionsausgaben	-291.6	-359.6	-472.5	-112.9	-31.4	-180.8	-62.0
Investitionseinnahmen	135.1	11.0	26.7	15.7	142.7	-108.4	-80.2
Nettoinvestitionen	-156.6	-348.6	-445.8	-97.2	-27.9	-289.2	-184.7
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-91.0	-27.2	-30.3	-3.1	-11.4	-60.7	-66.7
Saldo Investitionsrechnung	-247.6	-375.8	-476.1	-100.3	-26.7	-228.5	-92.3
Finanzierungssaldo	16.6	-179.8	-326.2	-146.4	-81.4	-342.8	...
Selbstfinanzierungsgrad in %	106.7	52.2	31.5				
Nettoschulden	-2'034.2	-2'213.8	-2'539.9				
Nettoschuldenquote in ‰ BIP Schweiz	3.4	3.6	4.0				

Ausblick mit Defiziten und hohen Investitionen - und eingeleiteten Gegenmassnahmen Viele Faktoren, wie steigende Investitionsausgaben, die Totalrevision des Pensionskassengesetzes, die unerwartet hohen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II und der zukünftig wieder steigende Zinsaufwand belasten in den nächsten Jahren den kantonalen Finanzhaushalt.

Damit die Schuldenbremse eingehalten werden kann, hat der Regierungsrat im Rahmen der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) finanzielle Vorgaben beschlossen. In den Jahren 2015 – 2017 soll die Ausgaben statt um 4.5% nur um insgesamt 1.5% wachsen. Insgesamt soll der Finanzhaushalt damit jährlich um rund 60 bis 80 Millionen Franken entlastet werden.

Neben den neuen Vorgaben zum ZBE-Wachstum und den zu planenden GAP-Massnahmen hat sich der Regierungsrat auch für eine Priorisierung der Investitionen entschieden, die verhindern soll, dass sich das Investitionsvolumen für die Jahre 2015 bis 2023 noch weiter erhöht als bisher geplant. Damit soll der finanzpolitische Handlungsspielraum für den Kanton nicht zuletzt auch bei unvorhergesehenen Ereignissen aufrechterhalten bleiben und verhindert werden, dass die Schuldenbremse in einer solchen Situation wirksam wird.

Während für 2014 noch eine schwarze Null budgetiert wurde, dürften die Gesamtergebnisse des Kantons für 2015 und die Folgejahre voraussichtlich negativ werden. Am Ende des Planungszeitraums im Jahre 2018 beläuft sich das Defizit voraussichtlich auf 78 Millionen Franken. Über den Planungszeitraum steigen die Nettoschulden um 1.5 Milliarden Franken von 2.6 Milliarden Franken im Jahre 2015 auf 4.1 Milliarden Franken im Jahre 2018 an.

Die ordentliche Entwicklung des Gesamtergebnisses ist aber nur zu einem kleineren Teil für die Zunahme der Nettoschulden verantwortlich. Vielmehr sind es die deutlich zunehmenden Investitionen in den Standort Basel-Stadt sowie die Belastung durch die Revision des Pensionskassengesetzes, die zu einer Erhöhung der Nettoschulden und damit auch der Nettoschuldenquote führen. So werden sich im Jahr 2016 die Besitzstandsleistungen für die Revision der Pensionskasse mit rund 400 Millionen Franken auswirken. Zusätzlich werden 2016 die Darlehen an die Destinatäre in der Höhe von rund 600 Millionen Franken abgeschrieben, was die Erfolgsrechnung in dieser Höhe belasten, sich im Finanzierungssaldo aber verteilt auf rund 10 Jahre auswirken wird.

Allfällige Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III fliessen noch nicht in die aktuellen Planungen (Finanzplan 2015 – 2018) mit ein, da sie frühestens ab 2019/2020 wirksam werden dürften.

Wichtigste Veränderungen zwischen Budget 2015 und Budget 2014

Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget des Vorjahres erläutert. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet das Betriebsergebnis in ein Zweckgebundenes Betriebsergebnis, ein Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis und Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen. Für die Departemente und Dienststellen ist vor allem das Zweckgebundene Betriebsergebnis relevant, da es die eigentliche Budgetvorgabe darstellt. Im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis sind z.B. allgemeine Steuererträge und Transferleistungen vom und an den Bund enthalten.

Das **Zweckgebundene Betriebsergebnis** hat sich gegenüber dem Budget des Vorjahres um 25.1 Millionen Franken verschlechtert. Dies ist vor allem auf die folgenden positiven und negativen Faktoren zurückzuführen:

Entlastungen:

- Aktivierbare Unterhaltsausgaben bei Liegenschaften des Verwaltungsvermögens in Höhe von 15 Millionen Franken werden neu über die Investitionsrechnung geführt, das Zweckgebundene Betriebsergebnis wird dementsprechend entlastet.
- Durch die Neubudgetierung der Einnahmen aus der Mehrwertabgabe zu Gunsten des Mehrwertabgabefonds resultiert eine Verbesserung von 8.5 Millionen Franken.
- Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler sinken im Umfang von 7.4 Millionen Franken. Der Rückgang ist vor allem auf einen geplanten Abbau der Unterstützung für nicht kostendeckende Leistungen der Spitalambulatorien zurückzuführen.
- Aufgrund der aktuellen Erfahrungswerte wird im Bereich der stationären Spitalbehandlung mit 2.9 Millionen Franken tieferen Beiträgen gerechnet. Dies u.a. aufgrund einer abnehmenden Anzahl von Pflgetagen insbesondere in der geriatrischen Rehabilitation.

Belastungen:

- Die vom Regierungsrat geplanten Massnahmen zu den Schwerpunkten führen zu einem Mehraufwand von 16.1 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Diese Veränderung ist insbesondere auf die Bereiche Ausbau des Öffentlichen Verkehrs (Trambeschaffung Flexity und Betrieb Tram 8 bis Weil am Rhein) mit Mehrkosten von 11.6 Millionen Franken, Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung und -strukturen (Ausbau Tagesstrukturplätze) mit Mehrkosten von 2.8 Millionen Franken sowie auf den im Bereich Polizeiliche Bewirtschaftung von Brennpunkten, Ausbau Prävention enthaltenen Ausbau des Polizeibestands mit Mehrkosten von 1.7 Millionen Franken zurückzuführen.

Wichtigste Veränderungen zwischen Budget 2015 und Budget 2014

in Mio. Franken, + entlastend/- belastend	Abw. B15/B14 abs.
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	
Entlastungen:	
Verschiebung Unterhalt Liegenschaften VV zu Nettoinvestitionen	15.0
Mehrwertabgabefonds	8.5
Gemeinwirtschaftliche Leistungen öffentliche Spitäler	7.4
Beiträge an stationäre Spitalbehandlungen KVG/IVG	2.9
Belastungen:	
Wachstum Schwerpunkte	-16.1
Systempflege	-11.0
Sozialhilfe	-7.3
Ergänzungsleistungen netto	-4.8
Prämienverbilligung	-3.6
Spitex -und Pflegeheimfinanzierung	-3.8
Behindertenhilfe	-2.7
Kunstmuseum: befristete Erhöhung wegen Schliessung und Eröffnung Erweiterungsbau	-1.8
Tagesbetreuung	-1.7
Mindereinnahmen St. Jakobshalle wegen Gesamtsanierung	-1.6
Höhere Unterrichtskosten	-1.6
Jugendhilfe	-1.1
Höhere Betriebskosten für Neubauten im Schulbereich	-1.1
Saldo übrige Positionen	-0.7
Veränderung Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-25.1
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	
Entlastungen:	
Steuern juristische Personen	54.0
Verschiebung Gewährträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank von Finanzergebnis zu Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	19.4
Ressourcenausgleich	9.7
Anteil direkte Bundessteuer	6.0
Belastungen:	
Steuern natürliche Personen	-74.3
Anteil Nationalbankgewinn	-7.8
Saldo übrige Positionen	-0.5
Veränderung Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	6.5
Veränderung Abschreibungen Grossinvestitionen, Investitionsbeiträge	-40.6
Veränderung Betriebsergebnis	-59.2
Finanzergebnis	
Entlastungen:	
Sonderablieferung Basler Verkehrs-Betriebe	31.7
Liegenschaften FV	12.3
Zinsaufwand	10.4
Zinsen auf Steuervorauszahlungen	5.3
Belastungen:	
Verschiebung Gewährträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank von Finanzergebnis zu Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	-19.4
Ertrag öffentlicher Unternehmen (Basler Kantonalbank, Industrielle Werke Basel, Schweizerische Rheinhäfen)	-9.8
Saldo übrige Positionen	-4.3
Veränderung Finanzergebnis	26.2
Veränderung Gesamtergebnis	-33.1

- Mit dem Projekt Systempflege werden die bestehenden, vor 40 Jahren eingeführten Instrumente zur Stellenbewertung den veränderten Gegebenheiten in der Arbeitswelt und in der Ausbildungslandschaft angepasst. Der daraus resultierende Mehraufwand wird voraussichtlich rund 11.0 Millionen Franken betragen.
- Im Bereich der Sozialhilfe und Migration wird mit Mehrausgaben von 7.3 Millionen Franken gerechnet. Die wesentlichen Mehrkosten sind auf die höhere Anzahl an betreuten Personen sowie auf die Umsetzung einer nachhaltigen Sozialhilfe zurückzuführen.
- Die Ausgaben der zum Sozialbereich zählenden Positionen Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen steigen voraussichtlich um 4.8 Millionen bzw. 3.6 Millionen Franken an. Hier ergeben sich die wesentlichen Mehrkosten aufgrund einer steigenden Zahl an Bezügerinnen und Bezüger sowie höherer Leistungen.
- Im Bereich Langzeitpflege ist bei den Ergänzungsleistungen für Personen im Pflegeheim und der Restfinanzierung für Spitex-Dienste und Pflegeheime mit rund 3.8 Millionen Franken steigenden Ausgaben zu rechnen.
- Bei der Behindertenhilfe ist die Zunahme von 2.7 Millionen Franken neben der ansteigenden Zahl an Bezügerinnen und Bezüger sowie höheren Leistungen auch auf die Erhöhung der Kantonsbeiträge an ausserkantonalen Platzierungen zurückzuführen.
- Aufgrund der Schliessung des Hauptbaus des Kunstmuseums im Jahr 2015 und der gleichzeitigen Vorbereitung für die Eröffnung des Erweiterungsbaus im März 2016 sind auf das Jahr 2015 befristete Mehrausgaben in der Höhe von 1.8 Millionen Franken budgetiert worden.
- Insbesondere aufgrund der demographischen Entwicklung und der Intensivierung der Ausbildung muss im Bereich Tagesbetreuung mit einem Mehraufwand von rund 1.7 Millionen Franken gerechnet werden.
- Aufgrund der geplanten Sanierung muss die St. Jakobshalle für einige Monate geschlossen werden. Dadurch fallen Mindereinnahmen bei der Vermietung in Höhe von rund 1.6 Millionen Franken an.
- Insbesondere aufgrund einer steigenden Zahl an Schülerinnen und Schüler musste im Bereich der Unterrichtskosten Mehrausgaben in Höhe von 1.6 Millionen Franken budgetiert werden.
- Im Bereich Jugendhilfe führen rückläufige Rückerstattungen von Unterhaltspflichtigen an die Heimaufenthalte zu einem Mehraufwand von rund 1.1 Millionen Franken.
- Aufgrund der diversen Neubauten im Schulbereich muss mit steigenden Betriebskosten in Höhe von 1.1 Millionen Franken gerechnet werden.

Das **Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis** verbessert sich gegenüber Vorjahr um 6.5 Millionen Franken. Dabei sind folgende Faktoren erwähnenswert:

Entlastungen:

- Bedingt durch die Einführung auf das Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) wird die Gewährsträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank neu nicht mehr beim Finanzergebnis, sondern beim Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis ausgewiesen. Diese technische Anpassung führt zu einer Veränderung von 19.4 Millionen Franken.
- Im Bereich des NFA beträgt die Entlastung durch den Ressourcenausgleich 9.7 Millionen Franken, durch die höhere Abgeltung für sozio-demografische Lasten kommen weitere 0.8 Millionen Franken dazu. Da sich der Betrag an den Härteausschlag nicht verändert, beträgt die Netto-Ausgleichszahlung von Basel-Stadt in den Finanzausgleich 92.1 Millionen Franken gegenüber 102.6 Millionen Franken in der Vorperiode.
- Der Anteil an der direkten Bundessteuer erhöht sich gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 6.0 Millionen Franken.

Belastungen:

- Die Steuererträge fallen insgesamt 17.5 Millionen Franken tiefer aus:

Bei den Einkommenssteuern wird mit einem Rückgang von 92.3 Millionen Franken gerechnet. Hier sind die Erkenntnisse aus der Rechnung 2013 berücksichtigt, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets 2014 noch nicht bekannt waren. Demgegenüber steht bei den Vermögenssteuern ein erwartetes Wachstum von 11.0 Millionen Franken. Eine weitere Zunahme von insgesamt 7.0 Millionen Franken wird bei den Quellensteuern bzw. Entschädigungen der Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie bei den Nach- und Strafsteuern erwartet. Insgesamt resultiert bei den Steuern für natürliche Personen ein Rückgang von 74.3 Millionen Franken.

Bei den Juristischen Personen wird insgesamt mit einem Wachstum von 54.0 Millionen Franken gerechnet. Dies ist hauptsächlich auf höhere Gewinn- und Kapitalsteuern zurückzuführen.

Bei den übrigen Steuern wird mit einer Zunahme von 2.8 Millionen Franken gerechnet. Dies insbesondere aufgrund höherer Handänderungssteuern.

- Beim Anteil am Nationalbankgewinn wird für das Budgetjahr 2015 aufgrund der grossen Unsicherheit, ob die Schweizerische Nationalbank 2015 überhaupt einen Gewinn ausschütten kann, nur die Hälfte der gemäss geltender Ausschüttungsvereinbarung bei einem genügend hohen Gewinn zu erwartende Ausschüttung budgetiert. Dies sind 7.8 Millionen Franken weniger als im Vorjahr.

Die **Abschreibungen** auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen werden mit insgesamt 174.7 Millionen Franken um 40.6 Millionen Franken höher als im Vorjahr budgetiert. Dies ist insbesondere auf die steigenden Investitionsausgaben, auf die im Zusammenhang mit der Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells (HRM2) erfolgten Aufwertungen des Verwaltungsvermögens sowie auf die Anwendung der neuen Rechnungslegungsstandards zurückzuführen.

Das **Finanzergebnis** fällt insgesamt um 26.2 Millionen Franken besser aus als im Vorjahr. Positiv wirkt sich der Wegfall einer im 2014 anfallenden Altlastensanierung im Bereich der Liegenschaften des Finanzvermögens aus, was insgesamt zu einer Verbesserung in Höhe von 12.3 Millionen Franken führt. Trotz steigender Verschuldung kann aufgrund der tiefen Zinsen insgesamt mit einem um 10.4 Millionen Franken niedrigeren Zinsaufwand gerechnet werden. Die in der Vorperiode zu hoch geschätzten Gutschriftzinsen auf Steuervorauszahlungen führen zu einer Verbesserung von 5.3 Millionen Franken. Der von Sondereffekten bereinigte Beteiligungsertrag sinkt dagegen um 9.8 Millionen Franken. Dazu kommt die oben erwähnte Verschiebung der Gewährträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank von 19.4 Millionen Franken in das Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis. Als einmalig positiver Effekt wird eine Sonderablieferung der Basler Verkehrs-Betriebe in Höhe von 31.7 Millionen Franken für zu früh bezogene Abgeltungen für Abschreibungen des Rollmaterials erwartet.

1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

1.2.1 Weltwirtschaft

Verlässliche Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung sind zurzeit schwierig zu treffen. Zum einen gestaltet sich die wirtschaftliche Erholung weltweit sehr holprig und nach wie vor nach Regionen sehr unterschiedlich. Zum anderen wird die Wirtschaftsentwicklung durch die politischen Konflikte in der Ukraine und im Irak überschattet. Die wachstumsdämpfenden Auswirkungen dieser Konflikte sind zwar zurzeit noch relativ gering, sie bergen aber vor allem ein erhebliches Risikopotential in sich. Insbesondere ein Anstieg der Energiepreise könnte den noch immer fragilen Erholungskurs der Weltwirtschaft ins Schleudern bringen. Aufgrund der instabilen Lage werden Prognosen in jüngster Zeit häufiger revidiert. BAKBASEL geht zurzeit von einem Wachstum der Weltwirtschaft für das Jahr 2015 von 3.1% aus.

Der **Euroraum** ist seit einem Jahr auf Erholungskurs. Dennoch liegt das Niveau des Bruttoinlandprodukts (BIP) weiterhin unter dem Vorkrisenniveau. Länder wie Deutschland und Spanien verzeichnen erfreuliche Wachstumsraten. Demgegenüber stagniert die Wirtschaft in Frankreich und Italien. Das Wachstumstempo ist nach wie vor wenig dynamisch. Die hohe Arbeitslosigkeit belastet den Konsum. Das Kreditwachstum ist tief, weil gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft SECO viele Banken in den Peripherieländern mit der Bereinigung ihrer Bilanzen beschäftigt und entsprechend zurückhaltend bei der Kreditvergabe an die Unternehmen sind. Dadurch wird die wirtschaftliche Erholung in diesen Ländern erschwert und die potenzielle Deflationsgefahr wächst. BAKBASEL geht für 2015 von einem Wachstum des BIP von 1.5% für die Eurozone aus.

In den **USA** ist die Lage freundlicher als in der Eurozone. Nach einem wetterbedingten schwachen Start zu Beginn 2014, geht BAKBASEL davon aus, dass die US-Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte aufgrund von Nachholeffekten schwungvoll wachsen wird. Dieses Bild wird dadurch bestätigt, dass sich die Stimmungslage und die Arbeitsmarktentwicklung aufgehellt haben. Aufgrund der besseren Stimmungslage ist mit einer stärkeren Investitionstätigkeit der Unternehmen zu rechnen. Die US-Wirtschaft wird aller Voraussicht nach wieder die Rolle als Wachstumsmotor der Weltwirtschaft übernehmen. BAKBASEL geht von einem BIP-Wachstum für 2015 von 3.1% aus.

In einigen **Schwellenländern** wird die Wirtschaftsentwicklung seit längerem durch ein weniger günstiges Finanzmarktumfeld (vermehrte Kapitalabflüsse, höhere Zinsen) belastet, und ihre Wachstumsaussichten bleiben vorerst relativ verhalten. Für Russland als eines der Schwellenländer kommt zusätzlich noch der Konflikt mit der Ukraine erschwerend dazu. Die jüngsten Wirtschaftsdaten aus Russland deuten darauf hin, dass das Wachstum fürs Erste zum Erliegen gekommen ist.

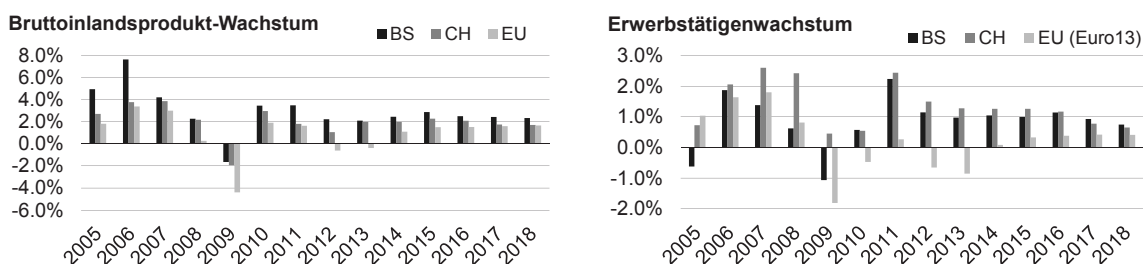
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft

Das im internationalen Vergleich sehr robuste Wachstum der Schweizer Wirtschaft setzte sich auch im Frühjahr 2014 fort. Es wird nach wie vor durch eine sehr gute Binnenkonjunktur gestützt und durch weiterhin eher verhaltene Exporte getrübt. Die beschriebene eher zögerliche Erholung der Weltkonjunktur wird wohl auch nicht in kurzer Frist zu einer branchenmässig breit abgestützte positive Trendwende bei den Exporten führen.

Die Expertengruppe des Bundes nimmt nach wie vor an, dass sich der Konjunkturaufschwung in der Schweiz bis 2015 festigen wird. Allerdings wird sich der Konjunkturaufschwung durch die verzögerte Exportbelebung langsamer festigen als dies noch im Frühjahr 2014 erwartet wurde. Dieses Bild wird auch durch die weniger optimistischen Umfrageindikatoren der jüngsten Zeit hin (z.B. Einkaufsmangerindex und KOF-Barometer) bestätigt.

Entsprechend hat das SECO die Konjunkturprognose leicht nach unten revidiert. Es erwartet für 2014 neu ein BIP-Wachstum von 2.0% (bisherige Prognose 2.2%) und für 2015 von 2.6% (bisher 2.7%). Auch BAKBASEL hat die Prognose für 2014 nach unten revidiert und rechnet neu mit einem Wachstum von 2.0% (bisher 2.2%). Für 2015 geht BAKBASEL unverändert von einem Wachstum von 2.3% aus und prognostiziert damit eine weniger grosse Beschleunigung.

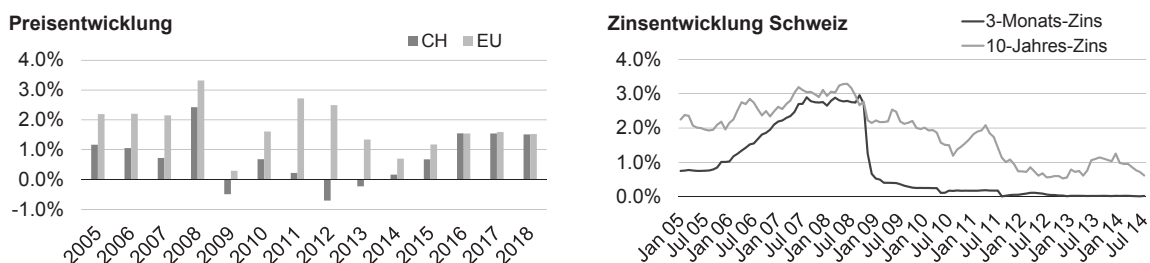
Der **Schweizer Arbeitsmarkt** befindet sich grundsätzlich seit Ausbruch der Finanz-, Wirtschafts- und anschliessenden Schuldenkrise wieder in besserer Verfassung. Die nicht saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist seit einem Höhepunkt im Dezember 2009 mit 4.4% und einem Tiefpunkt im Juli 2011 mit 2.5% wieder leicht angestiegen und beläuft sich am aktuellen Rand auf 2.9%. Diese Entwicklung widerspiegelt sich auch in der Nachfrage nach Arbeitskräften. Während das Erwerbstätigenwachstum im Jahre 2011 mit 2.4% am höchsten war, nimmt die Nachfrage nach Arbeitskräften zwar auch in den Jahren 2014 und 2015 zu, das Erwerbstätigenwachstum liegt allerdings mit 1.3% deutlich tiefer. Das SECO rechnet angesichts des grundsätzlich positiven Konjunkturausblicks dennoch mit einer Erholung am Arbeitsmarkt und daher mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 2.8% im Jahre 2015.



Die **Teuerung** entwickelt sich gemäss dem vom Bundesamt für Statistik berechneten Landesindex der Konsumentenpreise seit Jahresbeginn 2014 nahe bei null. BAKBASEL erwartet für das Jahr 2015 eine Teuerung von 0.7% und für den Planungszeitraum 2016-2018 von durchschnittlich 1.5%. Damit dürfte vermutlich der preissenkende Effekt des starken Schweizer Frankens (über sinkende Importpreise) somit mehrheitlich zu Ende sein.

Als eine Massnahme gegen die Stärke des Frankens hat die Schweizerische Nationalbank das Zielband für den **Dreimonats-Libor** bei 0-0.25% belassen. In ihrer Geldpolitischen Lagebeurteilung vom 19. Juni 2014 bestätigt die Schweizerische Nationalbank, dass sie am Mindestkurs von 1.20 Franken pro Euro weiterhin unverändert festhält, weil der Franken nach wie vor hoch bewertet ist. Wann genau mit Leitzinserhöhungen zu rechnen ist, ist zurzeit schwierig vorauszusagen. Die verhaltenen internationalen Konjunkturaussichten und die unerwartet niedrige Inflation in der Eurozone verhindern aller Voraussicht nach in naher Zukunft einen geldpolitischen Wechsel.

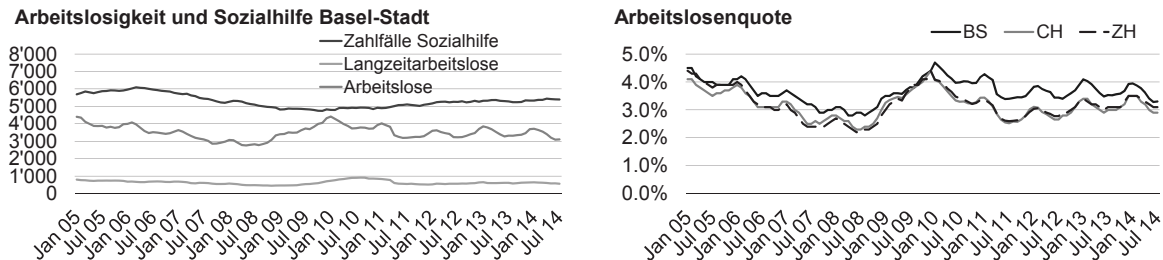
Die Zinsen auf dem **Kapitalmarkt** befinden nach einer Zunahme im Jahre 2013 am aktuellen Rand (Juli 2014) wieder auf historischen Tiefstständen. Verantwortlich dafür ist die Entwicklung in anderen Ländern, die zu einer erhöhten Nachfrage nach den als sicher betrachteten Anleihen der Schweizerischen Eidgenossenschaft führte und die Rendite nach unten trieb. Die Rendite auf Bundesanleihen mit einer 10-jährigen Laufzeit nahmen im Jahresverlauf 2014 um 0.6 Prozentpunkte auf 0.6% ab.



Die **Basler Wirtschaft** dürfte gemäss den Prognosen der BAKBASEL im Jahre 2015 wieder zu den Wachstumsleader-Regionen der Schweiz anschliessen. BAKBASEL erwartet für das Jahr 2015 ein BIP-Wachstum von 2.9% für Basel-Stadt. Zu verdanken ist dies der kräftigen Erholung der chemisch-pharmazeutischen Industrie, die als Wachstumsmotor der gesamten Region Basel dank einem besseren internationalen Umfeld im Jahre 2015 mit von BAKBASEL prognostizierten 4.8% wieder deutlicher wachsen dürfte. 2013 wuchs diese Branche im Vergleich nur mit 2.1%. Für den Planungszeitraum von 2016 bis 2018 erwartet BAKBASEL Wachstumsraten dieser Branche von durchschnittlich 3.5%.

Die **Arbeitslosenzahlen** haben seit Januar 2014 deutlich abgenommen: Waren im 2013 im Durchschnitt 3'504 Personen von Arbeitslosigkeit betroffen, sind es seit anfangs 2014 nur 3'388 Personen (Januar-Juli 2014). Entsprechend sank auch die Arbeitslosenquote. Im Vorjahresvergleich sank sie beispielsweise um 0.2 Prozentpunkte von 3.5% im Juli 2013 auf 3.3% im Juli 2014. Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage wird durch die Entwicklung der Langzeitarbeitslosen bestätigt. Auch bei

den Langzeitarbeitslosen ist insgesamt eine Abnahme seit Januar 2014 zu beobachten. Bei den **Zahlfällen der Sozialhilfe**, die systemimmanent leicht verzögert auf Entwicklungen in der Wirtschaft reagieren, wird die Verbesserung (noch) nicht bestätigt.



1.2.3 Prognoserisiken

Die Finanz- und Schuldenkrise im Euroraum ist nach wie vor als grösstes Konjunkturrisiko zu betrachten. Wachsende soziale Spannungen – nicht zuletzt aufgrund von rekordhoher Arbeitslosigkeit – und politische Uneinigkeit könnten die Wirtschaftsreformen sowohl in den einzelnen Ländern als auch auf europäischer Ebene gefährden, für neue Verunsicherung an den Finanzmärkten sorgen und letztlich die Konjunkturerholung im Euroraum verzögern. Das könnte den Aufwärtsdruck auf den Schweizer Franken wieder erhöhen und damit die Exportentwicklung und die Wachstumsdynamik der Schweiz beeinträchtigen.

Gemäss BAKBASEL ist ein grosses aussenwirtschaftliches Risiko für die Schweiz eine mögliche Deflation in der Eurozone. Deflation hätte eine geringere internationale Nachfrage zur Folge, was wiederum die Schweizer Wirtschaft bremsen und auch das Investitionsklima in der Schweiz belasten würde. Schliesslich würden auch die Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung tiefer ausfallen als erwartet, was auch die private Konsumtätigkeit zusätzlich belasten würde.

Ein weiteres aussenwirtschaftliches Risiko und eine Gefahr für den Schweizer Aussenhandel stellt die Entwicklung der Schwellenländer dar. Wenn die allgemein erwartete Wachstumsbelebung teilweise nur schwerlich Tritt fasst und sich insbesondere in China eine länger anhaltende Wachstumsschwäche entwickeln würde, würde der Welthandel in den nächsten Jahren spürbar verhaltender expandieren. Das hätte auch Auswirkungen auf die Exportentwicklung in der Schweiz und im Kanton Basel-Stadt.

Neben diesen weltwirtschaftlichen Unsicherheitsfaktoren bleibt für die Schweiz ausserdem weiterhin das Risiko einer Überhitzung an den Immobilienmärkten bestehen. Die Finanzierungsbedingungen für Immobilien sind seit längerem und bleiben auch weiterhin sehr günstig, was die Nachfrage weiter anheizen kann. Des Weiteren ist nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative die noch offene Ausgestaltung der Beziehungen mit der EU ein Unsicherheitsfaktor, der das Investitionsverhalten und somit die mittelfristigen Wachstumsperspektiven negativ beeinflussen könnte.

2 Die mittelfristige Planung

2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates

2.1.1 Überblick

Der Legislaturplan 2013-2017 beinhaltet die mittel- bis langfristige politische Planung des Regierungsrates. Vier Leitsätze bilden die Klammern um die gesamte regierungsrätliche Planung. Aus diesen Leitsätzen wurden Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit abgeleitet, wobei jeder dieser Schwerpunkte konkrete Ziele und Massnahmen beinhaltet.

Übersicht Leitsätze und Schwerpunkte Legislaturplan 2013-2017

Leitsatz	Schwerpunkt
Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	Wirtschaftsstandort stärken Basel als Wissenszentrum positionieren
Als Region zusammenwachsen	Basel ist Zentrum des Metropolitanraums Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner
Basel als urbanes Zentrum festigen	Urbane Standortqualität Kulturstadt mit Ausstrahlung
Nachhaltig Lebensqualität schaffen	Chancengleichheit Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen Lebensqualität und Sicherheit

Auf den nachfolgenden Seiten sind die einzelnen Schwerpunkte mit den zugehörigen Zielen und Massnahmen beschrieben. In einem weiteren Kapitel ist am Schluss dargestellt, mit welchen finanziellen Mitteln die Schwerpunkte im Budget und der Planung des Regierungsrates verknüpft sind.

2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein wachstumsstarker und international bekannter Wirtschaftsstandort.
- Die Stadt Basel ist eine wichtige Gastgeberin von internationalen Messen und Kongressen sowie sportlichen und kulturellen Grossveranstaltungen. Sie ist eine wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Tourismus- und Begegnungsstadt.
- Der Kanton Basel-Stadt ist eine Drehscheibe für den Personen- und Güterverkehr in Europa.
- Die Life-Sciences-Region positioniert sich als bedeutendste in Europa und weltweit als eine der führenden.
- Unternehmen der Life Sciences und der anderen Zielbranchen sowie ausgewählter Technologiefelder werden im Kanton Basel-Stadt oft gegründet, entwickeln sich positiv und siedeln sich im Kanton an.
- Der Kanton Basel-Stadt verfügt über eine kundenorientierte und effiziente Verwaltung, die den Einwohnerinnen und Einwohnern und den Unternehmen optimale Dienstleistungen erbringt.

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Massnahmen

- **Anforderungen an den Standort im weltweiten Wettbewerb kennen** Der Kanton steht in regelmässigem Kontakt mit den Wirtschaftsverbänden, Arbeitnehmerorganisationen und den wichtigen Unternehmen und kennt deren Bedürfnisse und Anforderungen an den Standort. Dies und die Kenntnis der Standortfaktoren in wichtigen Konkurrenzregionen bilden die Basis für eine laufende Optimierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Standort Basel. Die Abgaben der Unternehmen werden für eine sichtbare, gute Dienstleistung des Staates und eine leistungsfähige Infrastruktur verwendet.
- **Als Standort steuerlich konkurrenzfähig bleiben** Gemischte Gesellschaften und Holdings haben für Basel-Stadt eine grosse Bedeutung. Diese Art der Besteuerung ist unter starkem Druck der Europäischen Union. Dieser Konflikt muss in dieser Legislatur gelöst werden, um wieder eine rechtssichere Situation zu erreichen. Der Regierungsrat wird die Basler Unternehmensbesteuerung an die neuen Rahmenbedingungen anpassen, sodass Basel als Unternehmensstandort international attraktiv bleibt und gleichzeitig die notwendigen Steuereinnahmen zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen sichergestellt sind. Die Einführung von Innovationsboxen steht dabei im Vordergrund. Im Steuerjahr 2013 wird der maximale Gewinnsteuersatz um ein halbes Prozent auf 20,0% gesenkt. Damit rückt Basel-Stadt näher ans Mittelfeld aller Schweizer Kantone.
- **Rekrutierung und Ausbildung von Fachpersonal** Unternehmen sollen Arbeitsbewilligungen für das Fachpersonal rasch erhalten. Der Kanton setzt sich beim Bund für eine entsprechende Unterstützung ein. Gute Rahmenbedingungen und Dienstleistungen für die Ausbildung von Fachpersonal in den Unternehmen fördern zudem auch deren Ausbildungstätigkeit.
- **Leistungsfähige Standortvermarktung** Der Kanton setzt sich für eine überregionale Standortvermarktung ein. Er beteiligt sich hierfür insbesondere aktiv an der Standortpromotionsorganisation BaselArea.
- **Stärkung der regionalen Funktionen von BaselArea** Die inhaltliche Weiterentwicklung von BaselArea und die enge Vernetzung mit der kantonalen Wirtschaftsförderung und der regionalen Innovationsförderung steigern deren Wirkungs- und Leistungsfähigkeit auf regionaler Ebene.
- **Stärkung des Standorts Basel durch Städtepartnerschaften** Die formellen Partnerschaften mit Massachusetts, Schanghai und Miami Beach ermöglichen Kooperationen, Austauschprogramme und Plattformen für wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch. Damit wird einerseits die Bekanntheit Basels und der Stärken der Region gesteigert und andererseits die Erschliessung dieser Zielmärkte durch Akteure aus der Region unterstützt. Der gezielte Ausbau dieser Partnerschaften wird auf Basis der Erfahrungen und Bedürfnisse geprüft.
- **Internationale Grossanlässe als Promotions- und Netzwerkplattformen nutzen** Grossanlässe werden vermehrt als Plattformen genutzt, um den Metropolitanraum Basel im internationalen Umfeld zu präsentieren und Städtepartnerschaften zu etablieren. In diesem Rahmen soll auch die Kooperation mit anderen Metropolitanräumen weitergeführt und gefördert werden.
- **Stärkung des Messe- und Kongressstandorts Basel** Im Vordergrund steht nach der Umsetzung des Projekts „Messezentrum Basel 2012“ nun der Kongressstandort. Dieser soll durch die Aktivierung der in der Region vorhandenen Netzwerke in Industrie und Forschung gefördert werden. In den Zielbranchen und den vom Kanton geförderten Technologiefeldern sollen neue Kongresse entwickelt, akquiriert und am Standort gehalten werden.
- **Akquisition von Grossveranstaltungen** Ein koordiniertes und kundenfreundliches Vorgehen von Verwaltung, Basel Tourismus und anderen Organisationen erlaubt die Akquisition qualitativ hochstehender kultureller und sportlicher Grossveranstaltungen. Zudem wird dadurch die Position Basels im Wettbewerb um solche Veranstaltungen gestärkt.
- **Fussgängerorientierungssystem** Mit einem neuen Fussgängerorientierungssystem können sich Besucherinnen und Besucher einfach und ihren Bedürfnissen entsprechend in der Stadt zurechtfinden. Das neue System vermindert das Mobiliar im öffentlichen Raum und unterstützt dadurch auch die Umsetzung des Gestaltungskonzepts Innenstadt.

- **Leistungsfähige Verkehrsverbindungen**
Der Personen- und Güterverkehr wird multimodal und grenzüberschreitend an die wichtigsten europäischen Zentren angebunden. Die Abstimmung zwischen den Verkehrsträgern und den politischen Körperschaften wird konsolidiert. Die Schienenanbindung des Flughafens EuroAirport wird innerhalb trinationaler Gremien vorangetrieben. Beim Schienenverkehr steht der Infrastrukturausbau im Vordergrund. In der Güterlogistik werden Optimierungs- und Konzentrationspotenziale evaluiert und koordiniert genutzt. Bei den Nationalstrassen muss eine allfällige Engpassbeseitigung auf der Osttangente stadtvträglich umgesetzt werden.
- **Weiterentwicklung der Rheinhäfen**
Die von Basel-Stadt und Basel-Landschaft gutgeheissene Hafenaerialstrategie der Schweizerischen Rheinhäfen wird umgesetzt. Sie ermöglicht einen nachhaltig effizienten Betrieb der ökologischen Schifffahrt.
- **Implementierung und Weiterentwicklung der regional abgestimmten Life-Sciences-Strategie**
Zusammen mit öffentlichen und privaten Partnern wird die Strategie für die Entwicklung der Life-Sciences-Wirtschaft weiterentwickelt und konsequent umgesetzt.
- **Dynamik in den wirtschaftlichen Schwerpunktgebieten ermöglichen**
Um die wirtschaftliche Entwicklung besonders in den Zielbranchen zu unterstützen und attraktive Flächen für die Unternehmen zu sichern, werden insbesondere in den wirtschaftlichen Schwerpunktgebieten Nutzungsintensivierungen ermöglicht. Wirtschaftlich genutzte Areale sollen zielgerichtet für die künftigen Nutzer entwickelt werden. Dabei gilt es, insbesondere die Bedürfnisse von Firmen mit spezifischen Anforderungen (störfallrelevante Forschungs- und Produktionsbetriebe) zu berücksichtigen.
- **Förderung von Unternehmertum und Innovation**
Das Unternehmertum sowie der Aufbau und die Entwicklung junger Unternehmen der Schlüsselbranchen und ausgewählter Technologiefelder werden gefördert. Dazu werden einerseits auch im Technologiepark Basel sowie im Basel Inkubator geeignete Flächen auf dem Kantonsgebiet zu attraktiven Bedingungen bereitgehalten und zur Verfügung gestellt. Andererseits beteiligt sich der Kanton aktiv an der Nordwestschweizer Innovationsförderung i-net innovation networks und fördert Vernetzung und Wachstum von Unternehmen in den Bereichen Design und Architektur.
- **Optimierung Bewilligungswesen**
Die Abwicklung von Bewilligungen wird durch weitere Massnahmen zusätzlich vereinfacht, und die Transparenz der Abläufe wird verstärkt. Die Internetplattform, die bereits heute viele Bewilligungen bündelt und übersichtlich darstellt, wird weiter ausgebaut. Vermehrt wird die Möglichkeit geschaffen, Bewilligungen einfach von zu Hause oder vom Arbeitsplatz aus einzuholen.
- **E-Gov-Impulsprogramm**
Das Impulsprogramm soll die Einführung von E-Government-Instrumenten initiieren und beschleunigen. Dabei sollen Basisdienste wie E-Payment und E-Rechnung, automatischer Datenaustausch, Benachrichtigungsdienste, Kundenkonti und weitere Anwendungen bereitgestellt werden.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Ziele

- Mit den öffentlich finanzierten Hochschulen und privaten Partnern bietet Basel die Rahmenbedingungen für eine hochstehende Forschung und Entwicklung.
- Sowohl das Bildungsangebot als auch die Forschung und Entwicklung sind hochstehend und innovativ: Sie positionieren Basel als Zentrum der Wissensregion.
- Das regionale universitär-medizinische Zentrum positioniert sich mit hochstehender Lehre und seiner innovationsfördernden translationalen Grundlagenforschung sowie patientenorientierten klinischen Forschung international in den vorderen Rängen.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Massnahmen

- **Förderung der Vernetzung im Hochtechnologiebereich**
Gemeinsam mit öffentlichen und privaten Partnern wird die Vernetzung von Unternehmen untereinander sowie zwischen

Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Hochtechnologiebereich gefördert. Dadurch werden Forschungserkenntnisse leichter und rascher umgesetzt und verwertet. Die Forschung wird von den Bedürfnissen der Wirtschaft angeregt.

- **Partnerschaftliche Standortentwicklung für die Hochschulen** Das Raumangebot für die Universität wird entsprechend dem prognostizierten Wachstum der Studierendenzahlen und der Strategie der Universität zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft erhöht und optimiert. Die Universität wird an möglichst wenigen Standorten konzentriert. Der Standort Schällemätteli (Neubauten für die Life Sciences der Universität Basel sowie für das ETH-Departement Biosystems, Sciences and Engineering) wird ausgebaut. Standorte im Kanton Basel-Landschaft werden gemeinsam mit dem Partnerkanton evaluiert.
- **Hochschul- und Universitätsentwicklung** Den Hochschulen (Universität, Fachhochschulen, ETH und Swiss TPH) werden bedarfsgerecht Entwicklungsräume bereitgestellt. Die Trägerschaft der Universität wird auf weitere Kantone der Nordwestschweiz ausgeweitet.
- **Förderung von Kindern im Vorschulalter und Bildungswege in der Volksschule so-**

wie auf der Sekundarstufe II Die Angebote zur Tagesbetreuung und die Förderung im Vorschulbereich werden entsprechend dem Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel» ausgebaut. Die Bildungsstruktur und die Bildungsinhalte in der Volksschule und den weiterführenden Schulen werden gemeinsam mit den Partnern (andere Kantone, Wirtschaftsverbände, Verwaltungsabteilungen) aufeinander abgestimmt und die Berufsbildungsangebote werden gemeinsam gestaltet und umgesetzt.

- **Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken** Die Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Spitäler und die Positionierung der universitären Kliniken im nationalen und im internationalen Wettbewerb werden gestärkt, wobei eine Erweiterung der Trägerschaften geprüft wird.
- **Clinical Research Center** Der Kanton Basel-Stadt stärkt das universitärmedizinische Clinical Research Center. Zur Optimierung des Innovationssystems bei den Life Sciences an der Schnittstelle zwischen präklinischer und klinischer Forschung arbeiten in diesem Partner aus der ganzen Region eng zusammen.

2.1.3 Als Region zusammenwachsen

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt trägt wesentlich zur Identität des Metropolitanraums Basel und zur Identifikation der Menschen mit dem Metropolitanraum Basel bei.
- Ein attraktives Verkehrssystem sichert die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandorts und fördert eine stadtgerechte Mobilität – zur Entlastung von Umwelt und Wohnbevölkerung.

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Massnahmen

- **Gemeinsam über die Grenzen wachsen** Mit qualitativ herausragenden Architektur-, Landschafts- und Mobilitätsprojekten zeigt die Internationale Bauausstellung IBA Basel 2020 das Potenzial der trinationalen Metropolitanregion Basel auf. Sie präsentiert die Region so nach innen und aussen als vielfältige und zukunftsfähige europäische Metropole.
- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** Der öffentliche Verkehr in der Region wird gezielt gefördert und ausgebaut. Der Ausbau wird auf die Siedlungsentwicklung und auf das Verkehrspotenzial abgestimmt, um den Modalsplitanteil zu erhöhen. Prioritär soll der Rückstand bei den grenzüberschreitenden Verbindungen, beim EAP-Schienenanschluss und bei der Regio-S-Bahn (inkl. Projekt Herzstück) aufgeholt werden. Für längerfristige Ausbauten im Tram- und Eisenbahnnetz wird die Trasseicherung frühzeitig eingeleitet. Gut erschlossene Standorte, insbesondere an S-Bahn-Stationen, werden in ihrer Rolle als Entwicklungsschwerpunkte gestärkt.

- **Verlagerung auf den Velo- und Fussgängerverkehr** Um eine Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den Velo- und Fussgängerverkehr zu erreichen, wird dem Langsamverkehr ausreichend Raum zugebilligt. In der Innenstadt und in den neuen Siedlungsgebieten werden neue Verbindungen für den Fuss- und Veloverkehr ausgestaltet.
- **Leistungsfähige Strassenverkehrsachsen** Der motorisierte Individualverkehr (inkl. Lastwagenverkehr) wird auf den Hauptachsen und dabei insbesondere den zu optimierenden Nationalstrassen kanalisiert. Die negativen Auswirkungen des Strassenverkehrs auf dem Kantonsgebiet werden dadurch verringert. Durch verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Projekte werden die Wohngebiete zudem von quartierfremdem Verkehr entlastet. Die Kantonsstrassen werden für den Fuss- und Veloverkehr sicher gestaltet und neue Entwicklungsgebiete optimal an das Strassennetz angebunden.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein zuverlässiger, zugkräftiger und kooperativer Partner für die anderen Gebietskörperschaften und Organisationen im Metropolitanraum Basel.
- Der Kanton Basel-Stadt gestaltet die Bildungslandschaft in Abstimmung mit den Kantonen der Nordwestschweiz und versteht sie als Teil eines nationalen Bildungsraums.
- Der Kanton Basel-Stadt entwickelt und steuert das Verkehrssystem gemeinsam mit den staatlichen und privaten Partnern des Metropolitanraums Basel.
- Die integrierte Gesundheitsversorgung garantiert unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen eine optimale medizinische Versorgung in einem anzustrebenden regionalen Gesundheitsversorgungsraum.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Massnahmen

- **Kooperation in der Nordwestschweiz** Die Zusammenarbeit unter den Nordwestschweizer Kantonen weitet sich aus. Neben der besonders engen Partnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft wird die Kooperation mit dem Kanton Jura weitergeführt.
- **Institutionalisierung der Interessensvertretung auf Bundesebene** Durch Allianzen mit anderen Nordwestschweizer Kantonen wird eine wahrnehmbare Grösse für die Beeinflussung politischer Geschäfte auf Bundesebene erreicht. Die zielgerichtete Interessensvertretung wird in verschiedenen Gremien und Konferenzen auf regionaler und nationaler Ebene betrieben. Durch flankierende Veranstaltungen wird der Dialog zwischen eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und den Regierungsräten der Nordwestschweizer Kantone gefördert. Die Metropolitankonferenz Basel ermöglicht die Bündelung der Kräfte und die gezielte Lancierung von Nordwestschweizer Positionen zu strategischen Schwerpunktthemen.
- **Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit** Die verschiedenen Gremien und Organisationen im Bereich der trilateralen bzw. regionalen Zusammenarbeit werden stärker aufeinander abgestimmt und die Inhalte koordiniert.
- **Öffnung in Richtung anderer Metropolitanräume** Der Fokus der regionalen Zusammenarbeit ist auf den trilateralen Metropolitanraum Basel ausgerichtet. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit den anderen Metropolitanräumen konkretisiert und vorangetrieben. Insbesondere die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft bietet ein hohes Zukunftspotenzial.
- **Basel-Stadt als Kern der grenzüberschreitenden Agglomeration** Die Siedlungsentwicklung auf Kantonsgebiet folgt der Strategie der «Siedlungsentwicklung nach innen». Diese Strategie wird mit den direkt betroffenen Nachbarn sowie in den Organen des Trilateralen Eurodistricts Basel (TEB) mit der räumlichen Entwicklung der Nachbargemeinden koordiniert. Die Grundlage für die räumliche Entwicklung der Agglomeration bildet das Zukunftsbild des Agglomerationsprogramms.

- **Harmonisierung der Schulen** Zwischen den Schulen der vier Kantone des Bildungsraums Nordwestschweiz werden auf allen Bildungsstufen verbindliche Kommunikationsforen und Zusammenarbeitsformen aufgebaut bzw. konsolidiert.
- **Agglomerationsprogramm** Das Agglomerationsprogramm bildet die regional abgestimmte, mit der Siedlungsentwicklung koordinierte strategische Grundlage für eine nachhaltige Verkehrsplanung in der trinationalen Agglomeration Basel. Der Regierungsrat unterstützt die Konkretisierung des darin definierten Zukunftsbildes, setzt sich ein für eine grenzüberschreitend institutionalisierte Zusammenarbeit bei der Steuerung der Regio-S-Bahn und wirkt mit an gemeinsamen Strategien für den Strassenverkehr.
- **Gesundheitsraum Nordwestschweiz** Die Zusammenarbeit in allen Gesundheitsbereichen mit dem Kanton Basel-Landschaft, den anderen Kantonen der Nordwestschweiz und dem angrenzenden Ausland wird durch umfassende Kooperations- und Entwicklungsmaßnahmen sowie eine gemeinsame Bedarfsplanung laufend verstärkt und harmonisiert, mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Gesundheitsversorgungsraums und der kompletten Freizügigkeit, welche laufend verstärkt wird.

2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein gefragter Lebensmittelpunkt für Menschen mit vielfältigen Lebensentwürfen aus dem In- und Ausland.
- Die Siedlungsentwicklung im Kanton Basel-Stadt erfolgt weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebietes und richtet sich nach innen.
- Im Kanton Basel-Stadt wird neuer Wohnraum von hoher Qualität für unterschiedliche Ansprüche geschaffen und bestehender Wohnraum aufgewertet.
- Der Kanton Basel-Stadt anerkennt die ökologische und soziale Bedeutung von Frei- und Grünflächen und ermöglicht deren vielfältige funktionale Nutzung.
- Der öffentliche Raum ist vielfältig nutzbar und ein wichtiger Faktor der Lebensqualität in Basel.
- Die Qualitäten der Basler Innenstadt sowie der Riehener und Bettinger Dorfzentren sind langfristig gesichert und werden nachhaltig weiterentwickelt.

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Massnahmen

- **Umsetzung der Entwicklungsvision 3Land** In Ableitung aus der Hafen- und Stadtentwicklung Klybeck-Kleinhüningen ergibt sich die Möglichkeit der Entwicklung einer nachhaltigen, urbanen Teilstadt entlang des Rheins rund um das Dreiländereck. Gemeinsam mit den Partnern in Weil am Rhein und Huningue wird die Entwicklungsvision 3Land weiterverfolgt. Wichtige Weichen sollen gestellt und entsprechende Planungen angestossen werden. In einem nachhaltigen und vielfältig durchmischten genutzten Stadtteil kann damit Raum für je rund 10'000 Einwohner und Arbeitsplätze entstehen. Integrierte Infrastrukturen, neue Grün- und Freiräume und eine sehr gute Erschliessung prioritär für Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr unterstützen eine nachhaltige Entwicklung, die es ermöglicht, extern bezogene Energie zu minimieren und wertvolle Naturräume zu schonen.
- **Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus** Durch den integralen Ansatz der Stadt(teil)entwicklung werden qualitative Verbesserungen des Wohnumfelds und das Schaffen von neuen Grünflächen angestrebt. Ein Verkehrskonzept sowie ein Grün- und Freiraumkonzept werden erarbeitet und umgesetzt.
- **Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot** Bis zum Jahr 2030 soll Wohnraum für insgesamt rund 200'000 Einwohnerinnen und Einwohner geschaffen werden. Gleichzeitig sind die Freiraumqualitäten

zu erhalten oder wenn möglich zu erhöhen. Potenzial für neuen Wohnraum wird geschaffen, indem neue Siedlungsgebiete ausgeschieden und bisher anders genutzte Areale geöffnet werden, falls diese von den bestehenden Nutzern freigegeben werden können. Zudem werden Investitionen in den Wohnungsbau und die bessere Nutzung der Reserven im Wohnungsbestand angeregt. Hierfür wird die Wohnraumentwicklungsstrategie umgesetzt und die Verdichtung nach innen durch die Schaffung von Frei- und Grünräumen ergänzt. Ausserdem bezieht die bauliche Entwicklung bestehende Qualitäten mit ein und die Baukultur wird gefördert.

- **Unterstützung der Wohnpolitik durch Einbezug der Immobilien des Finanzvermögens** Das Stadtwohnen ist ein zentrales Element der Immobilienstrategie des Finanzvermögens. Es werden sowohl staatliche Projekte umgesetzt als auch institutionelle, kommerzielle und gemeinnützige Investitionen einbezogen. Ein spezieller Fokus liegt dabei auf der Zusammenarbeit und der Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, der durch Abgabe von Land im Baurecht unterstützt wird. Die staatlichen Massnahmen sind nachhaltig ausgerichtet und setzen dort ein, wo der Immobilienmarkt die wohnpolitischen Interessen des Kantons zu wenig erfüllt. Wichtige Projekte sind Liegenschaftssanierungen sowie laufende Arealentwicklungen.
- **Konzept für den öffentlichen Raum** Das regierungsrätliche Konzept zur Steigerung der Lebensqualität und der Sicherheit im öffentlichen Raum wird konsequent umgesetzt. Er

wird so gestaltet, dass eine Vielfalt von Nutzungen möglich wird. Das Management der Nutzungen wird im Rahmen des Bewilligungswesens oder mit anderen geeigneten Instrumenten optimiert, sodass ein möglichst konfliktfreier Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der verschiedenen Anspruchsgruppen entsteht.

- **Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch Messen und Märkte** Veranstaltungen im öffentlichen Raum wie die Basler Herbstmesse und Märkte werden so organisiert, dass sie zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt beitragen und vermehrt Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland anziehen.
- **Bewirtschaftung des öffentlichen Raums** Beispielungspläne lenken die Nutzung von stark belebten Plätzen. Illegaler Abfall wird beseitigt und verhindert.
- **Attraktive und belebte Innenstadt** Die gemeinsam mit der Bevölkerung und dem Gewerbe erarbeiteten Perspektiven für die Innenstadt werden in einem Entwicklungsrichtplan zusammengefasst. Zentral ist dabei der öffentliche Raum: Das Gestaltungskonzept Innenstadt ist die Grundlage für bauliche Massnahmen zur Verbesserung von Attraktivität und Aufenthaltsqualität und die Nutzungsstrategie die Basis für eine Optimierung der vielfältigen Nutzungen.
- **«Welcome»** Der Ersteindruck von Basel, den Gäste und Neuzuziehende erhalten, soll verbessert werden. Dazu werden mit Partnern innerhalb und ausserhalb der Verwaltung geeignete Massnahmen geplant und umgesetzt, wie beispielsweise in Bezug auf die Pflege des öffentlichen Raums oder die verbesserte Information der Neuzuziehenden.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein wichtiges kulturelles Zentrum mit internationaler Ausstrahlung. Er verfügt über eine lebendige Kulturszene und setzt in den Bereichen bildende Kunst, Musik, Theater wie auch Architektur bedeutende Akzente.
- Der Kanton Basel-Stadt etabliert und sichert starke Partnerschaften mit privaten und öffentlichen Trägern, die das Kulturangebot mitgestalten und die kulturellen Zentrumsleistungen mittragen und mitfinanzieren.
- Die staatlichen und subventionierten Kulturinstitutionen berücksichtigen in ihren Angeboten die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung. Der Kulturvermittlung kommt ein hoher Stellenwert zu.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Massnahmen

- **Kulturpolitik** Die Kulturpolitik umfasst die Förderung des professionellen Kulturschaffens sowie die Unterstützung von Körperschaften

und Institutionen mit überregionaler Ausrichtung. Zudem wird ein Erweiterungsbau für das Kunstmuseum Basel auf der Parzelle des heutigen «Burghofs» erstellt. Weiter wird eine partnerschaftliche Finanzierung des Theaters Basel realisiert.

- **Raum für kreative Aktivitäten** Es werden Räume geschaffen, in denen vielfältige Formen kreativer Aktivität möglich werden.
- **Förderstrategie des Kulturleitbilds** Die Förderstrategie des Kulturleitbilds wird umgesetzt.
- **Interkantonales Finanzierungsmodell** Für Kulturinstitutionen mit überregionaler Bedeutung wird längerfristig ein interkantonales Finanzierungsmodell nach den Prinzipien der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) weiterhin angestrebt.
- **Education- und andere Vermittlungsprojekte** Im Rahmen der Education-Projekte sowie weiterer Vermittlungsprojekte schaffen die Kulturinstitutionen Angebote, die möglichst breite Bevölkerungsschichten ansprechen. Unterstützt werden die Institutionen dabei in Form von Tagungen und Workshops.

2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Ziele

- Frauen und Männer sind in ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gleichgestellt.
- Alle Kinder und Jugendlichen erhalten optimale Bildungschancen und können in angemessener Form am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen.
- Mindestens 95% der jungen Menschen erreichen am Ende der Sekundarstufe II einen qualifizierten Abschluss.
- Migrantinnen und Migranten haben gleiche Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie gleichberechtigten Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem und können am öffentlichen Leben teilnehmen.
- Menschen mit einer Behinderung können gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen.

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Massnahmen

- **Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung und Tagesstrukturen** Ein Netz von Angeboten für die familienergänzende Kinderbetreuung wird aufgebaut, was den Eltern ermöglicht, rasch einen Platz in einem Angebot der Tagesbetreuung zu erhalten. Die Zahl der Tagesschulplätze wird erhöht.
- **Integrative Volksschule** Integration ist zentraler Auftrag des Bildungswesens. Die Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft gelingt im Regelfall besser, wenn auch die Förderung der Kinder und Jugendlichen integrativ erfolgt. Es werden die Voraussetzungen für eine integrative Volksschule geschaffen, welche für alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen zuständig ist.
- **Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel»** Rahmenbedingungen werden gefördert, um Beruf und Familie optimal miteinander zu vereinbaren.
- **Ausbau der frühen Förderung und Bildung** Bestehende Angebote im Frühbereich werden bedarfsgerecht so gestaltet, dass sie insbesondere durch benachteiligte Familien in Anspruch genommen werden. Ziel ist es, allen Kindern einen guten Lebensstart zu ermöglichen und gleiche Chancen zu gewährleisten.
- **Eine kinder- und familienfreundliche Stadt** Eine Standortbestimmung zur «Kinder- und Familienfreundlichkeit» wird durchgeführt. Daraus werden die notwendigen Massnahmen abgeleitet, um eine hohe Attraktivität für Familien mit Kindern zu erreichen.
- **Bildungsförderung** Verschiedene Massnahmen, die sich an den Bedürfnissen der Kin-

der und Jugendlichen und an den Erfordernissen von Gesellschaft und Wirtschaft orientieren, werden zur Erreichung der Bildungsziele umgesetzt.

- **Angebote und Räume für Kinder und Jugendliche** In jedem Quartier stehen ausreichend niederschwellige Angebote und Raum für Kinder und Jugendliche zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, soziale Kontakte zu Gleichaltrigen zu knüpfen und sich in ihrer Freizeit sinnvoll zu beschäftigen. Die Kinder und Jugendlichen können ihre Bedürfnisse und Anliegen einbringen und so den Ort mitgestalten.
- **Öffnung der Berufswahl** Ein breit angelegtes Aktionsprogramm wird umgesetzt mit dem Ziel, die Berufswahl für Jungen und Mädchen zu öffnen.
- **Nachholbildung, Erwachsenenbildung** Die qualifizierende Nachholbildung zur Erlangung eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II sowie die Erwachsenenbildung zur Erhaltung und Entwicklung der individuellen Arbeitsmarktfähigkeit werden gefördert.
- **Sprachförderung** Migrantinnen und Migranten verfügen über die für die Verständigung

im Alltag notwendigen und die für ihre berufliche Stellung und Qualifizierung erforderlichen Sprachkenntnisse. Der Kanton fördert hierzu ein bedarfsgerechtes vielfältiges Sprachkursangebot.

- **Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten** Die Integration wird gefördert, indem die Bevölkerung und die Verwaltung sensibilisiert und informiert werden. Strukturelle Hürden werden zur Verhinderung von Diskriminierungen abgebaut und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen. Migrantenorganisationen sowie Angebote zur Sprach- und Integrationsförderung werden unterstützt. Im Rahmen staatlicher Dienstleistungen wird die Nutzung dieser Förderangebote unterstützt und gefordert.
- **Förderung der Selbstständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung** Zugangsbarrieren im gesellschaftlichen, beruflichen und baulichen Bereich werden abgebaut. Zugänglichkeit und Benutzbarkeit öffentlicher Bauten und Anlagen sowie des öffentlichen Verkehrs werden verbessert. Weitere Unterstützungsangebote fördern die individuelle Entwicklung von Menschen mit einer Behinderung.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Ziele

- Gemessen am Bruttoenergieverbrauch weist der Kanton Basel-Stadt einen stark steigenden Anteil an erneuerbaren Energien auf.
- Der Kanton Basel-Stadt nimmt beim Energiekonsum eine Vorbildfunktion ein, insbesondere im Gebäudebereich und bei der Mobilität. Er ist ein starker Innovationsort im Bereich erneuerbarer Energien und setzt mit einer fortschrittlichen Energiepolitik positive Impulse für neue Unternehmen.
- Die räumliche und verkehrliche Entwicklung im Kanton Basel-Stadt folgt den Grundsätzen der nachhaltigen Raumentwicklung. Sie ist koordiniert und inhaltlich kohärent mit derjenigen der angrenzenden Gebietskörperschaften.
- Verkehrslärm und -immissionen werden verringert.
- Im Kanton Basel-Stadt sinkt die Belastung der Luft durch Luftschadstoffe unter die Jahreshöchstwerte. Es wird haushälterisch mit Wasser und anderen Ressourcen umgegangen. Die Belastung der Gewässer nimmt ab.
- Der Kanton Basel-Stadt investiert in Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Finanzhaushaltes. Er geht mit seinen finanziellen Ressourcen haushälterisch um. Die Nettoschuldenquote bleibt dabei immer unter der gesetzlich vorgegebenen Maximalquote.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Massnahmen

- **Die «2000-Watt-Gesellschaft» als Leitmotiv** die Energieeffizienz zu verbessern und um den Projekte werden initiiert und unterstützt, um

Anteil an erneuerbaren Energien kontinuierlich zu erhöhen. Im Mittelpunkt stehen die Bereiche Bauen (Neubau und Sanierungen) und Mobilität. Dabei wird mit Partnern aus der Wirtschaft und der Wissenschaft zusammengearbeitet. Der Kanton nimmt in diesen Bereichen selber eine Vorbildrolle ein und setzt das Projekt «CO2-neutrale Verwaltung» kontinuierlich um.

- **Nachhaltige Raum- und Verkehrsentwicklung** Die Raum- und Verkehrsplanung wird verstärkt auf eine integrale Nachhaltigkeitsbetrachtung ausgerichtet. Dabei stehen die Förderung lebenswerter Quartiere und kurzer Wege zum Arbeiten, Einkaufen und für Freizeitaktivitäten und dadurch die Verminderung der Zahl unnötiger Fahrten im Vordergrund. Ein stadtverträgliches Mobilitätsangebot unterstützt insbesondere die Erreichung des Lärmreduktionsziels.
- **Lärmschutz gewährleisten** Verkehrslenkende Massnahmen sorgen für Ruhe vor Strassenlärm. Die Förderung von Velo- und Fussverkehr trägt zudem bei, Strassenlärm an seiner Quelle zu vermeiden.
- **Luftbelastung vermindern** Die Luftbelastung wird flächendeckend erfasst. Massnah-

men für stark belastete Standorte werden erarbeitet und Vollzugskonzepte optimiert. Zudem soll mit der Förderung des Velo- und Fussverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs der Ausstoss von verkehrsbedingten Luftschadstoffen reduziert werden.

- **Ressourcen schonen mit Abfallbewirtschaftung** Die Abfallbewirtschaftung wird darauf ausgerichtet, dass Ressourcen so gut wie möglich wiederverwendet und umweltgefährdende Stoffe aus dem Kreislauf ausgeschieden werden. Das im Abfall gebundene Energiepotenzial wird optimal ausgeschöpft. Industrie und Gewerbe erhalten Unterstützung bei der Optimierung ihrer betrieblichen Abläufe zur Vermeidung von Abfällen und zur Schonung der Ressourcen.
- **Nachhaltige Ausgabenpolitik** Aufgrund der angespannten finanzpolitischen Lage wird die restriktive Ausgabenpolitik weiterverfolgt und die Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) implementiert und umgesetzt. In den kommenden Jahren wird der Kanton zudem viel in den Lebens- und Wirtschaftsstandort investieren, dazu wird er sich neu verschulden müssen, was aufgrund des Schuldenabbaus der letzten Jahre auch verkräftbar ist.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Ziele

- Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen fühlen sich im Kanton Basel-Stadt sicher und leben friedlich zusammen.
- Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein soziales Sicherungssystem, das den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht. Die materielle Existenz ist gesichert, sodass die Handlungsfähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt bleibt.
- Der Kanton Basel-Stadt stellt eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung bereit, die insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich ist.
- Die Verkehrssicherheit im Kanton Basel-Stadt ist hoch. Die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen wird bis zum Jahr 2020 auf Basis der Unfallstatistik BS 2011 um 30 Prozent gesenkt.
- Der Kanton Basel-Stadt setzt sich im Sinne einer modernen Gesundheitspolitik für Erhalt und Förderung der Gesundheit von Mensch und Tier ein, sorgt für einen starken Konsumentenschutz und unterstützt seine Bevölkerung in einer gesundheitsbewussten Lebensweise.
- Der Kanton Basel-Stadt anerkennt das Engagement von Menschen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen.
- Die Angebotsplanung im Bereich Wohnen, Mobilität, Sicherheit und Betreuung ist der demografischen Entwicklung angepasst.
- Das Elementarschadenrisiko ist bekannt und wird präventiv weitestgehend reduziert.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Massnahmen

- **Verstärkte polizeiliche Bewirtschaftung von Brennpunkten und gezielter Ausbau der Prävention** Um die Veränderung der Sicherheitslage in Basel-Stadt anzugehen, werden bis 2015 insgesamt 45 Polizistinnen und Polizisten neu eingestellt, die es erlauben, Brennpunkte besser zu bewirtschaften und die Präventionsarbeit gezielt auszubauen.
- **Zusätzliche Strafvollzugs- und Haftplätze** Um den kantonalen Bedarf beim Vollzug kurzer Freiheitsstrafen künftig zu decken, wird das Gefängnis Bässlergut um einen Anbau mit vierzig Haftplätzen erweitert. Im Untersuchungsgefängnis Waaghof sollen als Massnahme gegen die Überlastung in der Untersuchungshaft acht neue Zellen mit neun Haftplätzen geschaffen werden.
- **Zugang zu Notwohnungen** Aktuell können ca. 110 Notwohnungen an obdachlos gewordene oder von Obdachlosigkeit bedrohte Familien mit Kindern vermietet werden, sofern sie ihren Wohnsitz seit mindestens zwei Jahren in Basel-Stadt hatten. Dieses Angebot wird im Rahmen der umfassenden Sanierungsarbeiten bei den Notwohnungen an der Theodor-Herzl-Strasse und der Belforterstrasse ausgebaut. Zudem wird mit einem Pilotprojekt überprüft, ob künftig auch Einzelpersonen in Notlagen Zugang zu einer Notwohnung haben sollen.
- **Sicherung und Überprüfung von Qualität, Wirtschaftlichkeit und Bedarfsgerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung** Der Kanton Basel-Stadt fördert und koordiniert Massnahmen zur Qualitätssicherung sowie zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit und Bedarfsgerechtigkeit der Gesundheitsversorgung.
- **Zahlbare Krankenversicherungsprämien** Neben der Dämpfung der anfallenden Prämienbelastung über Prämienverbilligung wird die Stärkung der Anreize für integrierte Versorgungsmodelle geprüft.
- **Verkehrssicherheitsplan** Ein laufend zu aktualisierender Verkehrssicherheitsplan, der den Bedürfnissen der schwächeren Verkehrsteilnehmenden besonders Rechnung trägt, wird erarbeitet.
- **Sicherheitsmanagement für die Strasseninfrastruktur** Die Verkehrssicherheit bestehender und neu zu erstellender Strassenabschnitte wird anhand von einschlägigen Normen mit geeigneten Qualitätsinstrumenten («Road Safety Audit», «Road Safety Inspection», «Black Spot Management») laufend überprüft.
- **Gesundheitsförderung und Prävention** Eine wirksame, an den Zielgruppen ausgerichtete Gesundheitsförderung und Prävention für die gesamte Bevölkerung unter Einbezug des gesamten Suchtbereichs wird weiter ausgebaut und sichergestellt.
- **Sicherheit bei Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen, Industrieanlagen und Verkehrswegen** Mittels risikobasierter Kontrollen werden die Lebensmittel- und Produktsicherheit sowie die Sicherheit von störfallrelevanten Anlagen und Verkehrswegen für Menschen, die sich auf dem Kantonsgebiet aufhalten, sichergestellt.
- **Konsumentenschutz** Der Konsumentenschutz wird weiter ausgebaut und gestärkt.
- **Strategie Sucht** Als Schwerpunkte der Suchtpolitik werden die Bereiche Konzept und Standorte der Kontakt- und Anlaufstellen laufend überprüft und im Bereich neuer Abhängigkeitserkrankungen umgesetzt und von Präventivmassnahmen begleitet.
- **Krebsstrategie** Ein Detailkonzept zu einer umfassenden Krebsstrategie wird ausgearbeitet und implementiert. Das Krebsregister beider Basel ist ein zentraler Pfeiler der Krebsstrategie und wird den veränderten Bedürfnissen angepasst. Die Einführung eines Mammografie-Screening-Programms im Kanton Basel-Stadt wird eine erste Massnahme im Rahmen der Umsetzung der Krebsstrategie bilden.
- **Palliative Care** In Anlehnung an die „Nationale Strategie Palliative Care“ des Bundes und der Kantone wurde ein kantonaler Umsetzungsplan für die Versorgung mit Palliative-Care-Angeboten im Kanton Basel-Stadt erarbeitet. Gemeinsam mit Spitälern und Einrichtungen der Langzeitpflege soll dieses Konzept flächendeckend implementiert werden.
- **Anerkennungspreis schappo für freiwilliges Engagement** Zweimal im Jahr vergibt der Kanton Basel-Stadt den schappo an Menschen, die sich mit freiwilligem Engagement für

- einen attraktiven Lebensraum im Kanton einsetzen.
- **Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement verdanken** Der Regierungsrat verdankt anlässlich einer Feier am Internationalen Tag der Freiwilligen (5. Dezember) die freiwillig und ehrenamtlich Tätigen des Kantons.
 - **Antizipation der demografischen Entwicklung** Die regierungsrätlichen Leitlinien zur Alterspolitik werden laufend mit konkreten Massnahmen umgesetzt.
 - **Gefährdungsanalyse** Eine Gefährdungsanalyse des Kantons Basel-Stadt wird beendet. Auf Basis der eruierten Bedürfnisse bezüglich Prävention, Vorsorge und Bewältigung werden Massnahmen konzipiert und umgesetzt.
 - **Erdbeben- und Elementarschadenvorsorge** Die Erdbeben- und Elementarschadenvorsorgeaktivitäten werden umgesetzt. Die erarbeiteten Grundlagen zur Umsetzung der Bau-normen, für die Erdbebenertüchtigung der Lifeline-Gebäude und für die Betriebe unter Störfallverordnung werden umgesetzt.

2.1.6 Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Mittel für Schwerpunkte und Massnahmen

in 1'000 Franken	Budget 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Wirtschaftsstandort stärken	36'000	48'000	48'000	48'000	48'000	48'000
Als Standort steuerlich konkurrenzfähig bleiben	36'000	48'000	48'000	48'000	48'000	48'000
Basel als Wissenszentrum positionieren	32'848	41'824	41'944	44'226	42'344	46'824
Hochschul- und Universitätsentwicklung	32'848	41'824	41'944	44'226	42'344	46'824
Basel ist Zentrum des Metropolitanraums	9'010	11'035	22'670	35'120	49'720	48'220
Ausbau des öffentlichen Verkehrs	9'010	11'035	22'670	35'120	49'720	48'220
Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner	10'041	6'909	7'326	5'076	4'755	5'155
Bildungsraum Nordwestschweiz	9'241	6'109	6'526	4'276	3'955	4'355
Gesundheitsraum Nordwestschweiz	200	200	200	200	200	200
Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit	600	600	600	600	600	600
Urbane Standortqualität	3'368	4'368	4'588	4'588	4'588	4'588
Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot	1'560	1'560	1'630	1'630	1'630	1'630
Bewirtschaftung des öffentlichen Raumes	1'808	2'808	2'958	2'958	2'958	2'958
Kulturstadt mit Ausstrahlung	0	0	0	136	136	136
Raum für kreative Aktivitäten	0	0	0	136	136	136
Chancengleichheit	14'527	17'487	19'705	22'833	25'995	28'495
Weiterent. der familienergänz. Tagesbetreuung und -strukturen	10'680	13'010	15'760	18'760	21'760	24'260
Programm „Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“	100	100	100	100	100	100
Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten	0	0	45	45	45	45
Eine kinder- und familienfreundliche Stadt	0	192	192	192	192	192
Ausbau der frühen Förderung und Bildung (GD)	900	900	1'000	1'000	1'000	1'000
Ausbau der frühen Förderung und Bildung (ED)	2'847	3'285	2'608	2'736	2'898	2'898
Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen	815	900	765	900	900	900
Die „2000-Watt-Gesellschaft“ als Leitmotiv	815	900	765	900	900	900
Lebensqualität und Sicherheit	3'633	4'646	6'304	6'605	7'105	7'105
Polizeiliche Bewirtsch. von Brennpunkten, Ausbau Prävention	2'183	2'741	4'299	4'600	5'100	5'100
Antizipation der demografischen Entwicklung	300	300	300	300	300	300
Strategie Sucht	300	300	300	300	300	300
Krebsstrategie	250	705	805	805	805	805
Gesundheitsförderung und Prävention	600	600	600	600	600	600
Total	110'242	135'169	151'302	167'484	183'543	189'423

Kommentar

- 1 „Als Standort steuerlich konkurrenzfähig bleiben“ ist die einzige Massnahme in der Tabelle, die Bestandteil des Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnisses ist. Dabei handelt es sich nicht um Mehrausgaben, sondern um Mindereinnahmen. Alle übrigen Schwerpunkte und Massnahmen sind Bestandteil des Zweckgebundenen Betriebsergebnisses.

Investitionsmittel für Schwerpunkte

in 1'000 Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Wirtschaftsstandort stärken	841	500	2'800	4'916	3'000	2'000
EuroAirport Schienenanschluss, Beitrag	0	50	1'000	4'000	3'000	2'000
Internationale Bauausstellung 2020 IBA	841	250	0	0	0	0
Neue Fussgängerorientierung Basel-Stadt	0	200	1'800	916	0	0
Basel als Wissenszentrum positionieren	36'397	21'595	6'852	-3'000	-3'000	-1'784
FHNW Dreispitz, Neubau Hochschule für Gestaltung u. Kunst	36'397	21'595	6'852	-3'000	-3'000	-1'784
Basel ist Zentrum des Metropolitanraums	12'012	15'645	8'227	7'760	7'112	250
Tramverlängerung Nr. 8 (nach Weil am Rhein)	7'747	8'760	1'490	170	0	0
Zonenplanrevision	134	200	250	250	250	250
Tramverlängerung Nr. 3 (nach St. Louis), Planung	987	1'350	1'000	0	0	0
Tram Margarethenstich Vorprojekt	69	170	-72	0	0	0
Tram 2020 Bau (Linie 3, Margarethenstich)	0	1'700	4'314	6'500	5'995	0
Stadtentwicklung St. Johann-ÖV Erschliessung	0	20	0	370	867	0
Erlenmatt ÖV-Erschliessung, Planung	43	190	50	70	0	0
Rahmenausgaben Langsamverkehr	2'790	2'400	760	0	0	0
Dreispitz Entwicklungsplanung, Planung	242	400	400	400	0	0
Autobahnanschluss Basel-City, Planung	0	455	35	0	0	0
Urbane Standortqualität	2'340	4'718	6'375	3'930	600	0
Hafenentwicklung Klybeck Kleinhünigen, Planung	0	500	0	0	0	0
Erlenmatt, Entwicklung	549	3'610	5'000	2'500	500	0
APS Rahmenkredit Wohnumfeld	917	230	115	100	100	0
Innenstadt-Qualität im Zentrum, Planung	109	113	60	0	0	0
Badischer Bahnhof Siedlungsstruktur, Konzepterarbeitung	203	65	0	0	0	0
E-Government	562	200	1'200	1'330	0	0
Kulturstadt mit Ausstrahlung	16'085	29'290	38'100	5'714	0	0
Kasernenareal	1'201	1'850	2'800	1'043	0	0
NMB / Staatsarchiv, Neubau + Projektierung	3	200	2'000	1'150	0	0
Kunstmuseum Erweiterungsbau + vorgezogene Sanierung	14'881	27'240	33'300	3'521	0	0
Chancengleichheit	13'082	32'673	51'202	31'445	19'974	19'455
BehiG Behindertengleichstellungsgesetz	3'192	3'292	4'112	4'220	8'360	8'300
Tagesheimplätze, Investitionsbeiträge	455	1'062	1'157	1'200	1'000	0
Schulstrukturen (Harmonisierung), Projektierung	287	350	150	150	150	75
Schulharmonisierung	7'524	21'891	37'582	17'407	3'463	4'174
Ausbau der Tagesbetreuung und Tagesstrukturen	1'624	6'078	8'201	8'468	7'001	6'906
Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen	3'935	3'523	1'800	10'000	3'000	3'000
Klimaneutrale Verwaltung Energetische San. Kant. Bauten	4'026	3'000	1'300	10'000	3'000	3'000
2000 Watt-Gesellschaft Pilotregion Basel	91	523	500	0	0	0
Lebensqualität und Sicherheit	174	230	105	0	0	0
Erdbebenvorsorge	174	230	105	0	0	0
Total	84'957	108'174	115'461	60'765	30'686	22'921

2.2 Finanzplan 2015-2018

Finanzplan Basel-Stadt

in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Zweckgebundener Betriebsaufwand	-3'440.4	-3'495.3	-3'651.7	-4'081.6	-3'746.1	-3'832.3
Zweckgebundener Betriebsertrag	963.9	899.0	1'030.3	1'040.6	1'044.1	1'052.7
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-2'476.5	-2'596.3	-2'621.4	-3'041.0	-2'702.1	-2'779.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-49.0	-45.1	-45.2	-45.2	-45.2	-45.1
36 Transferaufwand	-172.0	-163.8	-160.2	-151.2	-148.3	-148.4
Ressourcenausgleich, Härteausgleich	-167.5	-157.1	-147.4	-138.4	-135.5	-141.7
Übriges	-4.5	-6.7	-12.8	-12.8	-12.8	-6.7
Nichtzweckgebundener Betriebsaufwand	-221.0	-208.8	-205.4	-196.4	-193.5	-193.5
40 Fiskalertrag	2'481.4	2'528.6	2'511.1	2'544.1	2'602.6	2'679.6
Direkte Steuern natürliche Personen	1'611.7	1'735.0	1'660.7	1'685.9	1'725.8	1'778.1
Direkte Steuern juristische Personen	678.5	643.0	697.0	707.5	724.4	746.9
Übrige direkte Steuern	191.2	150.6	153.4	150.7	152.4	154.7
41 Regalien und Konzessionen	15.7	15.7	7.9	15.7	15.7	15.7
Anteil Nationalbankgewinn	15.6	15.6	7.8	15.6	15.6	15.6
Übriges	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
42 Entgelte	4.3	0.0	19.4	19.4	19.4	19.4
43 Verschiedene Erträge	0.3	0.2	0.3	0.3	0.3	0.2
46 Transferertrag	247.2	229.2	238.2	242.0	247.0	253.1
Anteile direkte Bundessteuer	173.3	159.0	165.0	167.5	171.5	176.8
Soziodemografischer Lastenausgleich	52.8	54.5	55.3	56.5	57.4	58.4
Übriges	21.1	15.7	17.9	18.0	18.1	17.9
Nichtzweckgebundener Betriebsertrag	2'748.8	2'773.7	2'776.8	2'821.5	2'885.0	2'967.9
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	2'527.8	2'564.9	2'571.4	2'625.1	2'691.5	2'774.4
33 Abschreibungen Grossinvestitionen	-161.1	-129.0	-171.3	-182.5	-196.7	-206.9
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-2.5	0.0	-2.5	-602.5	-2.5	-2.5
366 Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-19.6	-7.8	-8.7	-9.3	-9.3	-9.3
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	8.6	2.8	7.8	8.6	8.6	8.6
Abschreibungen	-174.7	-134.1	-174.7	-785.7	-199.9	-210.1
Betriebsergebnis	-123.4	-165.5	-224.8	-1'201.6	-210.5	-215.4
34 Finanzaufwand	-176.1	-135.8	-97.4	-109.6	-116.9	-132.8
Zinsaufwand	-59.9	-63.3	-45.7	-54.1	-66.4	-82.3
Liegenschaftsaufwand FV und Dritte	-41.0	-69.3	-47.1	-47.1	-47.1	-47.1
Übriges	-75.2	-3.1	-4.5	-8.4	-3.4	-3.4
44 Finanzertrag	384.9	303.5	291.2	263.1	266.4	270.1
Zinsertrag	20.2	19.3	18.7	18.7	18.7	18.5
Finanzertrag öffentliche Unternehmungen	103.7	103.4	105.9	75.3	77.1	79.5
Liegenschaftsertrag FV und Dritte	133.1	148.2	135.3	137.3	138.5	139.7
Übriges	128.0	32.6	31.4	31.8	32.1	32.4
Finanzergebnis	208.8	167.7	193.9	153.5	149.5	137.3
Gesamtergebnis	85.4	2.2	-30.9	-1'048.1	-61.0	-78.1

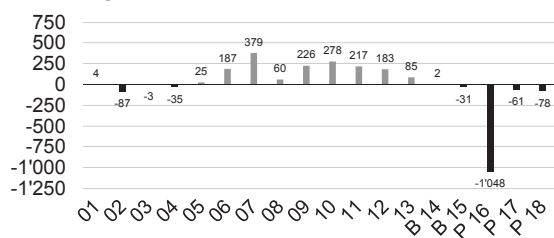
Finanzplan HRM2

in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
30 Personalaufwand	-1'126.1	-1'186.0	-1'216.9	-1'611.2	-1'239.8	-1'275.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-451.0	-449.4	-430.9	-424.3	-424.4	-429.3
33 Abschreibungen VV	-166.0	-134.6	-180.8	-791.1	-203.2	-217.8
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0	0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-1'859.7	-1'842.8	-1'939.3	-1'973.1	-2'008.1	-2'048.9
Betriebsaufwand	-3'602.9	-3'612.8	-3'767.9	-4'799.7	-3'875.5	-3'971.9
40 Fiskalertrag	2'481.4	2'528.6	2'511.1	2'544.1	2'602.7	2'679.6
41 Regalien und Konzessionen	33.4	33.5	25.9	33.7	33.7	33.7
42 Entgelte	419.0	351.5	460.8	462.9	462.8	468.0
43 Verschiedene Erträge	15.0	2.3	4.6	4.6	4.6	4.5
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0	0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	530.5	531.2	540.7	552.8	561.2	570.7
Betriebsertrag	3'479.4	3'447.2	3'543.1	3'598.1	3'665.0	3'756.5
Betriebsergebnis	-123.4	-165.5	-224.8	-1'201.6	-210.5	-215.4
34 Finanzaufwand	-176.1	-135.8	-98.2	-109.7	-117.0	-132.8
44 Finanzertrag	384.9	303.6	292.0	263.2	266.4	270.1
Finanzergebnis	208.8	167.8	193.9	153.5	149.5	137.3
Gesamtergebnis	85.4	2.2	-30.9	-1'048.1	-61.0	-78.1

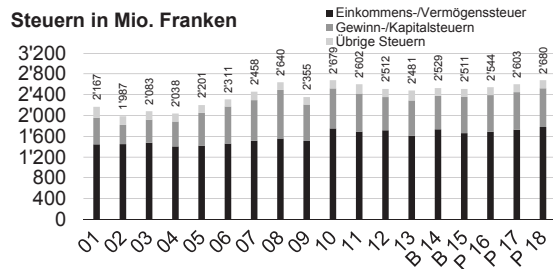
Finanzierungsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtergebnis	85.4	2.2	-30.9	-1'048.1	-61.1	-78.1
- Abschreibungen Grossinvestitionen	-161.1	-129.0	-171.3	-182.5	-196.7	-206.9
- Abschreibungen Kleininvestitionen	-4.9	-5.6	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1
- Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-9.3	-7.8	-8.7	-9.3	-9.3	-9.3
+ Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	8.6	2.8	7.8	8.6	8.6	8.6
- Amortisation PK-Spezialfinanzierung Destinatäre	0.0	-54.2	0.0	0.0	0.0	0.0
+/- Wertberichtigungen Darlehen, Beteiligungen	-11.9	0.0	-2.5	-602.5	-2.5	-2.5
+/- Veränderungen zweckgebundenes Eigenkapital	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Selbstfinanzierung	264.2	196.0	149.9	-256.3	144.9	138.1
Nettoinvestitionen	-156.6	-348.6	-445.8	-567.5	-411.0	-415.9
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-91.0	-27.2	-30.3	-71.0	-66.5	-31.0
Saldo Investitionsrechnung	-247.6	-375.8	-476.1	-638.5	-477.5	-446.9
Finanzierungssaldo	16.6	-179.8	-326.2	-894.8	-332.6	-308.8
Selbstfinanzierungsgrad in %	106.7%	52.2%	31.5%	-40.1%	30.3%	30.9%
Nettoschulden	-2'034.2	-2'213.8	-2'539.9	-3'434.8	-3'767.4	-4'076.2
Nettoschuldenquote in %o BIP Schweiz	3.4	3.6	4.0	5.2	5.6	5.8

Gesamtergebnis in Mio. Franken



Steuern in Mio. Franken



Viele Faktoren, wie steigende Investitionsausgaben, die Totalrevision des Pensionskassengesetzes, die unerwartet hohen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II und der zukünftig wieder steigende Zinsaufwand belasten in den nächsten Jahren den kantonalen Finanzhaushalt.

Damit die Schuldenbremse eingehalten werden kann, hat der Regierungsrat im Rahmen der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) finanzielle Vorgaben für Massnahmen in der Höhe von rund 60 bis 80 Millionen Franken beschlossen. Die effektiven Massnahmen sollen mit Budget 2016 im Frühjahr 2015 beschlossen werden. Im Finanzplan 2015-2018 wird angenommen, dass sich diese Massnahmen 2016 und 2017 auswirken werden und dazu führen, dass das Zweckgebundene Betriebsergebnis (ZBE) für die Jahre 2016 und 2017 nicht wie bisher maximal real mit 1.5% pro Jahr wachsen wird. Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum ursprünglich geplanten maximalen Wachstum des ZBE von 4.5% für die Periode 2015 bis 2017 ein Minderwachstum von 3.0 Prozentpunkten.

Neben den Vorgaben zum ZBE-Wachstum und den zu planenden GAP-Massnahmen hat der Regierungsrat auch eine Priorisierung der Investitionen beschlossen, die verhindern soll, dass sich das Investitionsvolumen für die Jahre 2015 bis 2023 noch weiter erhöht als bisher geplant. Damit soll der finanzpolitische Handlungsspielraum für den Kanton nicht zuletzt auch bei unvorhergesehenen Ereignissen aufrechterhalten bleiben und verhindert werden, dass die Schuldenbremse in einer solchen Situation wirksam wird.

Der Finanzplan 2015-2018 beruht trotz dieser Vorgabenanpassungen auf einer sich erholenden Entwicklung der weltweiten und schweizerischen Wirtschaft. Diese optimistischen Annahmen wurden als Basisszenario unterstellt, obwohl auch Abwärtsrisiken bestehen, wie die Ausführungen zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gezeigt haben.

Während für 2014 noch eine schwarze Null budgetiert wurde, wird das Gesamtergebnis des Kantons für 2015 und die Folgejahre voraussichtlich negativ. Am Ende des Planungszeitraums im Jahre 2018 beläuft sich das Defizit voraussichtlich auf 78 Millionen Franken. Über den Planungszeitraum steigen die Nettoschulden um 1.5 Milliarden Franken von 2.5 Milliarden Franken im Jahre 2015 auf 4.1 Milliarden Franken im Jahre 2018 an.

Die ordentliche Entwicklung des Gesamtergebnisses ist aber nur zu einem kleineren Teil für die Zunahme der Nettoschulden verantwortlich. Vielmehr sind es die deutlich zunehmenden Investitionen in den Standort Basel-Stadt sowie die Belastung durch die Revision des Pensionskassengesetzes, die zu einer Erhöhung der Nettoschulden und damit auch der Nettoschuldenquote führen.

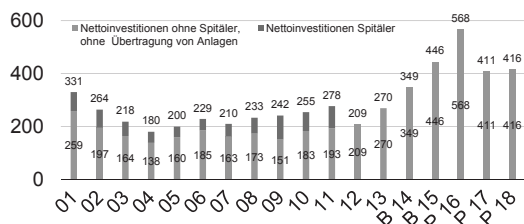
Folgende Faktoren führen im Detail zu den erwähnten Defiziten:

- Die Ergänzungsleistungen nehmen vor allem aufgrund der wachsenden Zahl an Bezügerinnen und Bezüger zu.
- Die Prämienverbilligung wird in der Planungsperiode deutlich zunehmen, was unter anderem auf die zu erwartenden steigenden Versicherungsprämien der Krankenkassen zurückzuführen ist.
- Die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die zu einer Verkürzung der Bezugsdauer der Arbeitslosentaggelder geführt hat, und die Revision der Invalidenversicherung, die mit strenger Kriterien für den Erhalt von Invalidenrenten verbunden ist, sind für die Zunahme der Sozialhilfekosten verantwortlich.
- Die Pflegeheimfinanzierung wird aufgrund der wachsenden Zahl von Pflegebedürftigen den Aufwand des Kantons steigern.

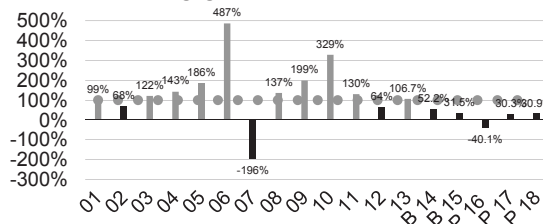


- Das im Sommer 2014 in Kraft getretene revidierte Pensionskassengesetz hat im Jahre 2016 Mehrkosten in Höhe von 400 Millionen Franken zur Folge. Dabei handelt es sich um Besitzstandskosten sowohl für Umstellung vom Leistungs- aufs Beitragsprimat sowie für die Senkung des technischen Zinssatzes, die vom Arbeitgeber übernommen werden. Zum selben Zeitpunkt wirkt sich auch der Verzicht auf die direkte Rückzahlung der an die Destinatäre gewährten Darlehen in Höhe von rund 600 Millionen Franken aus. Im Unterschied zu den 400 Millionen Franken Einmaleinlage belastet die Abschreibung dieser Darlehen im Verwaltungsvermögen die Nettoschuldenquote nicht sofort, sondern zeitlich gestaffelt bis 2024 über den Wegfall der Entlastung aus den reduzierten Pensionskassenbeiträgen des Kantons. Insgesamt entsteht dem Kanton durch das in Kraft getretene revidierte Pensionskassengesetz bis 2024 eine zusätzliche Belastung von rund einer Milliarde Franken.
- Die Steuererträge nehmen über den ganzen Planungshorizont leicht zu. Grundsätzlich verläuft die Zunahme auf deutlich tieferem Niveau als in den erlebten Boomjahren nach der Jahrtausendwende. Diese auf tieferem Niveau wachsenden Steuererträge sind aber nicht nur einer verlangsamten Wirtschaftsentwicklung zuzuschreiben. Vielmehr sind sie auch auf die Steuersenkungen bei den natürlichen und juristischen Personen zurückzuführen. Werden alle Steuersenkungen seit 2001 berücksichtigt, wären die Steuereinnahmen im Planungszeitraum pro Jahr um rund 450 Millionen Franken höher. Darin eingerechnet sind auch die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II, die deutlich negativer waren, als ursprünglich erwartet. Der Steuerausfall ergibt sich aus der Teilbesteuerung von Dividenden, einem Rückgang der Anzahl Selbständigerwerbender und aufgrund des Kapitaleinlageprinzips.

Nettoinvestitionen in Mio. Franken

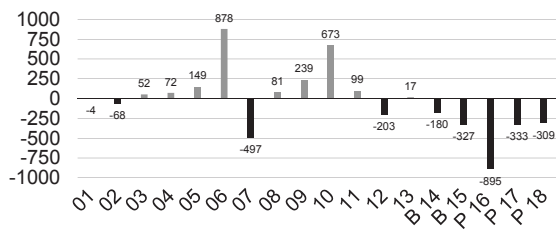


Selbstfinanzierungsgrad

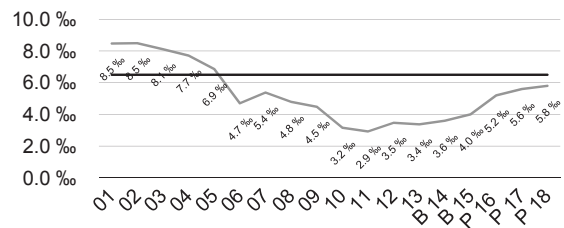


Wie bereits mehrfach erwähnt, sind es nicht nur die Defizite beim Gesamtergebnis, sondern die Investitionen in den Wirtschafts- und Lebensstandort Basel-Stadt, die für den Anstieg der Verschuldung verantwortlich sind. So werden beispielsweise weiterhin erhöhte Investitionen in Schulbauten im Rahmen von Baumassnahmen für die Schulharmonisierung bzw. für die Tagesstrukturen getätigt. Etliche Schulhäuser müssen zudem auch an heutige bauliche Anforderungen angepasst werden. Mit den erhöhten Investitionen steigt auch das Niveau der Abschreibungen im Planungszeitraum. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass es langfristig sinnvoll ist, diese Investitionen zu tätigen, auch wenn sie nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden können, sondern dafür neue Schulden aufgenommen werden müssen. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen liegt während des ganzen Planungszeitraums unter 100% und beträgt 2018 noch 31%.

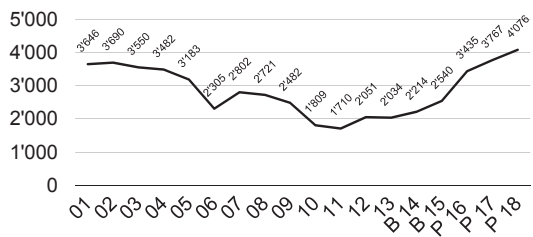
Finanzierungssaldo in Mio. Franken



Nettoschuldenquote



Nettoschulden in Mio. Franken



Der Finanzierungssaldo ist entsprechend negativ und es ist mit einer deutlichen Neuverschuldung zu rechnen. Entsprechend erhöht sich auch die Nettoschuldenquote von 4.0% im Jahre 2015 auf 5.8% im Jahre 2018. Sie liegt damit am Ende des Planungszeitraums nur noch um 0.7 Promillepunkte unter dem Grenzwert von 6.5%, bei dem die Schuldenbremse wirksam würde.

Indem aber die Schulden von 2001 bis 2013 durch eine vorausschauende Ausgabenpolitik um 1.6 Milliarden Franken abgebaut werden konnten, sind die geplanten hohen Investitionen in den Standort überhaupt erst möglich.

2.3 Planung der Departemente

2.3.1 Präsidialdepartement

Das Präsidialdepartement unterstützt das Regierungspräsidium bei der Leitung, Planung und Koordination der Amtstätigkeit des Regierungskollegiums sowie bei seinen Repräsentationsaufgaben, koordiniert die Entwicklungsplanung von Stadt und Kanton, pflegt die regionalen, grenzüberschreitenden sowie internationalen Beziehungen, sorgt für die Vermarktung des Kantons, erhebt und analysiert statistische Daten und ist für gesamtgesellschaftliche sowie kulturelle Belange verantwortlich. Die Abteilungen des Präsidialdepartements sind für die Durchführung kantonaler Querschnittsprojekte verantwortlich und pflegen die Zusammenarbeit mit den Departementen und diversen Anspruchsgruppen.

Zielsetzungen und Planungen

Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wird alle Entwicklungen, Projekte und Aktualisierungen unter dem Aspekt der Verknüpfung der tradierten Funktion der Staatskanzlei als „Wissenszentrum der Verwaltung“ mit neuen Technologien prüfen und vorantreiben.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing

- Bekanntheitssteigerung und Imagewerbung für den Standort Basel im In- und Ausland.
- Stärkung der internationalen Beziehungen im Rahmen der Städtepartnerschaften und Marketing-Kooperationen.
- Umsetzung der Interessenswahrnehmung des Kantons in Bundesbern.
- Gremienarbeit sowie Betreuung der Schwerpunktthemen im Bereich der regionalen und trinationalen Zusammenarbeit.
- Akquisition und Betreuung von Grossanlässen sowie Stärkung des Kongressstandortes Basel.
- Organisation und Durchführung der Basler Herbstmesse, des Weihnachtsmarktes, der Bundesfeier am Rhein sowie der regelmässig stattfindenden Märkte in der Innenstadt.

Gleichstellung von Frauen und Männern

- Förderung der wirtschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen zur optimalen Vereinbarkeit von Beruf und familiären Aufgaben.
- Öffnung der geschlechtsunabhängigen Berufswahl und Stärkung vielfältiger Lebensentwürfe für Mädchen und Jungen durch ein interdisziplinäres Aktionsprogramm.
- Sensibilisierung verschiedener Akteurinnen und Akteure für eine geschlechtersensible Sichtweise sowie Abbau von Rollenstereotypisierungen und Diskriminierungen durch zielgruppenorientierte Angebote.
- Erhöhung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes und Überprüfung von gleichstellungsrelevanten Erlassen.

Kantons- und Stadtentwicklung

- Sicherstellung der optimalen Führungsunterstützung im strategischen Planungsprozess des Regierungsrats für die nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Stadt.
- Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für Politik und Verwaltung zu unterschiedlichen Fragen bezüglich der Entwicklung von Stadt und Kanton.
- Förderung der Stärken und Minderung der Schwächen einzelner Stadtteile. Dazu dienen stadtteil-spezifische Strategien und Herangehensweisen. Aktiver Einbezug der Quartierbevölkerung.

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
30 Personalaufwand	-54.2	-55.4	-56.0	-56.5	-57.4	-58.1	-5.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-41.4	-46.4	-44.9	-45.0	-44.3	-44.2	4.7
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.1	0.0	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-478.3
36 Transferaufwand	-71.8	-74.3	-73.8	-73.1	-73.1	-73.0	1.9
Betriebsaufwand	-167.6	-176.2	-174.9	-174.8	-175.0	-175.5	0.4
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	13.4	11.6	9.1	9.1	9.1	9.1	-21.2
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	4.9
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	3.9	5.3	7.1	7.1	7.1	7.1	34.0
Betriebsertrag	17.4	17.8	17.2	17.2	17.2	17.2	-3.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-150.2	-158.4	-157.7	-157.6	-157.8	-158.3	0.0
33 Abschreibungen Grossinvestitionen	-3.0	-3.6	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4	33.2
366 Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-0.4	-1.4	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	83.9
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen	-2.4	-5.0	-2.6	-2.6	-2.6	-2.6	47.4
Betriebsergebnis	-152.6	-163.4	-160.3	-160.2	-160.4	-161.0	1.5
34 Finanzaufwand	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.4
44 Finanzertrag	0.3	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-57.8
Finanzergebnis	0.2	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-104.3
Gesamtergebnis	-152.4	-163.3	-160.3	-160.2	-160.4	-161.0	1.4
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-32.5	-39.1	-34.8	-34.5	-34.1	-34.3	12.3
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-119.9	-124.2	-123.8	-124.0	-124.6	-125.0	-0.7
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	-1.7	-1.7	-1.7	-1.7	-100.0

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
Ausgaben Grossinvestitionen	-3.0	-7.0	-3.0	-1.0	-1.0	-2.5	64.3
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-3.5	-7.0	-3.4	-1.4	-1.4	-2.9	57.9
Saldo Investitionsrechnung	-3.5	-7.0	-3.4	-1.4	-1.4	-2.9	57.9

Kennzahlen	Einheit	Ist		Prognose			
		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	399.3	404.3	407.0	425.3	425.3	425.3 ¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	389.7					
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse	Anz	138	50	100	100	50	50
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	15	16	16	16	16	16 ²

Kommentar

- 1 Die Erweiterung des Kunstmuseums Basel führt zu einem entsprechenden Personalmehrbedarf ab 2016.
- 2 ohne Berufsmatur Praktika

- Förderung des Wohnens in der Stadt. Möglichst gute Befriedigung der Wohnbedürfnisse der ganzen Bevölkerung.
- Förderung der chancengleichen Teilhabe und Mitwirkung aller Bevölkerungsgruppen in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kanton Basel-Stadt.
- Verbesserung des ersten Eindrucks Basels: Einheimische, Gäste und Neuzuziehende fühlen sich in Basel wohl und willkommen.

Kultur

- Umsetzung der förderstrategischen Ziele aus dem Kulturleitbild. Einführung, Anwendung sowie Überprüfung und Optimierung des neuen Evaluationssystems (Standardisierte Jahresberichterstattung und zweijährliche Potenzialgespräche).
- Formulierung, Finalisierung und Umsetzung des Massnahmenplans aus der Museumsstrategie sowie des Orchesterkonzepts.
- Realisierung des Erweiterungsbaus für das Kunstmuseum Basel (Eröffnung im Jahr 2016), insbesondere unter Berücksichtigung der Planung der Schliessung im Jahr 2015.
- Planung und Umsetzung der beiden Neubauprojekte für das Staatsarchiv und das Naturhistorische Museum Basel sowie vertiefte Prüfung der Nachnutzung des Berri-Baus durch das Antikenmuseum Basel.
- Betreuung des Projekts Dachsanierung Kaserne beim Kulturbetrieb sowie Konkretisierung der künftigen Nutzung des Kopfbaus mit Projektbegleitung und –betreuung seitens der Abteilung Kultur.
- Projektbegleitung der Realisierung der Stadtcasino-Erweiterung.
- Diverse Subventions- und Krediterneuerungen im Bereich der Kultur- und Projektförderung.
- Die Erfahrungen mit der neu geschaffenen Jugendkulturpauschale werden ausgewertet und gegebenenfalls angepasst oder erweitert.
- Auf die nächste Laufzeit des Förderkredits AVM soll gemeinsam mit dem Kanton BL die Basler Filmförderung ausgebaut werden und zugleich ein neues Fördermodell in Kraft gesetzt werden. Dies im engen Austausch mit der Basler Filmszene.

Statistisches Amt

- Verstärkte Wahrnehmung der Dienstleistungsfunktion für Bevölkerung, Verwaltung, Politik und Wissenschaft, durch optimale Abstimmung mit der sich stark im Wandel befindenden Bundesstatistik, Erschliessung neuer Datenquellen im Kanton und, basierend auf den künftigen rechtlichen Grundlagen, vermehrte Nutzung der Datenbestände für Analysen.
- Mittelfristiger Ausbau der trinationalen Statistik, um den Metropolitanraum besser abbilden zu können.

2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement

Das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Raumplanung, Öffentlicher Raum, Mobilität, Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation, Stadtbild und Baukultur. Ausserdem liegt das Ressourcenfeld Bau und Unterhalt in seinem Verantwortungsbereich. Die vielfältige Arbeit des Departements unterstützt die folgenden Ziele:

Zielsetzungen und Planungen

Lebensqualität in den Wohnquartieren Das Bau- und Verkehrsdepartement leistet mit zahlreichen Projekten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Steigerung der Lebensqualität im dicht besiedelten und stark genutzten Stadtraum. Ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität ist die Wohnlichkeit unmittelbar in den Quartieren. Das St. Johannis Quartier etwa wird mit der Verlängerung des Rheinuferwegs bis zur französischen Grenze einen komplett neuen, attraktiven Freizeitraum erhalten. Weitere Beiträge zur Wohnlichkeit sind die Schaffung neuer Tempo 30-Zonen und Begegnungszonen oder die konsequente und flächendeckenden Verbesserung der Fussgänger- und Velofreundlichkeit in der ganzen Stadt. Mit neuen Tramlinien- und Verbindungen wie die Verlängerung der Tramlinien 3 und 8 über die Landesgrenzen hinweg und dem Bau des Margarethenstichs fördert das Bau- und Verkehrsdepartement einen leistungsstarken und zukunftsfähigen ÖV. Das hilft auch, die Stadt vom motorisierten Individualverkehr zu entlasten. Das Bau- und Verkehrsdepartement engagiert sich zudem zugunsten des stark belasteten oberen Kleinbasels sowie der Quartiere Breite und Gellert für die Lärmsanierung der oberirdischen Osttangente. Voraussetzung dafür ist, dass der Bund die unterirdische Kapazitätserweiterung der Osttangente mit dem Rheintunnel realisiert. Und schliesslich sorgt das Bau- und Verkehrsdepartement buchstäblich für ein lebenswertes Stadtklima. In der ganzen Stadt pflanzt es neue Bäume, schafft neue Pärke und Grünanlagen wie auf der Erlennmatt oder das Nachtigallenwäldeli auf der Heuwaage und richtet Spiel- und Bolzplätze für die jüngsten unter den Stadtbewohnerinnen und -bewohnern ein.

Trinationale Stadt Basel Basel versteht sich als Zentrum der trinationalen Region am Oberrhein und vernetzt sich entsprechend. Die Verlängerung der Tramlinien 8 und 3 über die Landesgrenzen hinaus nach Weil am Rhein (D) und St. Louis (F), das Generationenprojekt Herzstück S-Bahn-Basel, das Agglomerationsprogramm, mit dem diese Projekte kantons- und länderübergreifend aufeinander abgestimmt werden, stehen für diese Vernetzung mit dem Umland. Das Herzstück der S-Bahn schafft schnelle Durchmesserlinien und damit ein attraktives trinationales S-Bahnsystem, das die Region als Ganzes enger zusammenrücken lässt. Die Mittel zur Erarbeitung des Vorprojektes sollen demnächst von den Parlamenten beider Basel gesprochen werden. Nach und nach nimmt auch die 2020 stattfindende Internationale Bauausstellung IBA Basel Form an. Mit qualitativ hochwertigen, modellhaften Projekten aus den Bereichen Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung trägt sie zur sichtbaren Vernetzung der trinationalen Agglomeration Basel bei. Gemeinsam mit den Gemeinden Weil a. R. und Huningue (F) ist unter Federführung des Bau- und Verkehrsdepartements ein Generationenprojekt im Gange: Im Dreiländereck wird über die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte ein komplett neues Stadtquartier mit grenzüberschreitenden Bezügen geschaffen.

Pulsierendes Zentrum der Region Das historische Zentrum Basel soll weitgehend vom motorisierten Individualverkehr entlastet werden. Zudem sollen die Strassen und Plätze der Innenstadt über die nächsten Jahre sukzessive neu gestaltet werden. Ziel ist eine für Besucherinnen und Besucher sowie Einwohnerinnen und Einwohner attraktive Innenstadt mit einer Fussgängerzone, die zum unbeschwerten Flanieren und Einkaufen und zum genussvollen Aufenthalt einlädt. Wie der Name sagt, gehört der öffentliche Raum der Öffentlichkeit. Hier findet das öffentliche Leben der Stadt statt, treffen sich die Menschen zum Austausch, zum gemeinsamen Erleben, sei es etwa bei Speis und Trank in einer Beiz oder im Rahmen einer Veranstaltung. Das Bau- und Verkehrsdepartement schafft die nötigen Rahmenbedingungen für ein buntes gastronomisches Angebot, eine vielfältige Freizeitgestaltung und Veranstaltungen aller Art – und damit für eine lebendige und anziehende Stadt. Mit dem Erweiterungsbau des Kunstmuseums realisiert das Bau- und Verkehrsdepartement zudem einen Meilenstein in der Erweiterung der reichen Museumslandschaft Basels und schafft zusätzlichen Raum für eine der bedeutendsten Kunstsammlungen der Welt.

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
30 Personalaufwand	-121.3	-123.3	-124.6	-125.6	-127.6	-129.5	-5.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-65.6	-64.5	-66.8	-65.8	-64.7	-64.3	0.4
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-1.4	-1.3	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4	-9.3
36 Transferaufwand	-82.0	-85.7	-96.9	-108.4	-123.0	-121.5	-41.7 ²
Betriebsaufwand	-270.3	-274.8	-289.7	-301.2	-316.7	-316.7	-15.2
41 Regalien und Konzessionen	7.3	7.5	7.7	7.7	7.7	7.7	2.7
42 Entgelte	104.0	83.0	93.7	93.7	93.7	93.7	13.0
43 Verschiedene Erträge	2.7	2.3	5.5	5.5	5.5	5.5	141.8
46 Transferertrag	7.3	8.0	8.4	8.5	8.4	8.4	6.0
Betriebsertrag	121.3	100.7	115.2	115.3	115.3	115.3	14.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-149.0	-174.2	-174.5	-185.8	-201.4	-201.4	-15.6
33 Abschreibungen Grossinvestitionen	-45.2	-47.5	-50.6	-51.0	-51.0	-51.0	-7.3
366 Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-4.8	-2.2	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0	-129.6
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	2.1	0.7	2.4	2.4	2.4	2.4	258.2
Abschreibungen	-47.9	-49.1	-53.2	-53.6	-53.6	-53.6	-9.3
Betriebsergebnis	-196.9	-223.2	-227.7	-239.4	-255.0	-255.0	-14.2
34 Finanzaufwand	-2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
44 Finanzertrag	2.4	2.4	2.3	2.3	2.3	2.3	-5.6
Finanzergebnis	-0.5	2.4	2.3	2.3	2.3	2.3	-5.5
Gesamtergebnis	-197.4	-220.8	-225.3	-237.1	-252.7	-252.7	-14.4
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-8.9	-32.1	-21.7	-19.9	-19.2	-19.2	40.3
1 Öffentl. Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-0.9	-0.6	-0.6	-0.6	-0.8	-1.0	-74.5
2 Bildung	-1.9	-2.0	-2.2	-2.3	-2.3	-2.3	-15.2
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-27.4	-21.6	-24.3	-24.4	-24.7	-25.0	-15.9
5 Soziale Sicherheit	-0.7	-1.5	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	52.7
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-160.0	-166.8	-176.7	-189.9	-205.2	-204.4	-22.5
7 Umweltschutz und Raumordnung	2.3	3.8	0.8	0.7	0.3	-0.1	-101.7

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
Ausgaben Grossinvestitionen	-95.2	-121.0	-124.5	-149.5	-110.5	-114.7	5.2
Ausgaben Kleininvestitionen	-1.7	-1.5	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-18.7
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-4.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	8.5	11.0	9.5	9.5	9.5	9.5	-13.6
Nettoinvestitionen	-93.2	-111.5	-116.8	-141.8	-102.8	-107.0	4.0
Saldo Investitionsrechnung	-93.2	-111.5	-116.8	-141.8	-102.8	-107.0	4.0

Kommentar

- 1 Die Planmehrkosten gegenüber dem Budget 2014 betreffen die prognostizierte Teuerung gemäss den Angaben des Finanzdepartements.
- 2 Die Planmehrkosten gegenüber dem Budget 2014 betreffen das Globalbudget Öffentlicher Verkehr. Im Rahmen der Trambeschaffung Flexity führen Abschreibungen und Zinsen zu einer Erhöhung der Abgeltungsrechnung.

Kennzahlen	Einheit	Ist Prognose					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	937.0	950.0	949.9	949.9	949.9	949.9 ¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	929.0					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	107	114	110	110	110	110
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	52	53	50	50	50	50

Kommentar

- ¹ Die Veränderung im Jahr 2015 betrifft folgende Bereiche: Im Bau- und Gastgewerbeinspektorat wird für die Beurteilung von Zweckentfremdungs- und Abbruchgesuchen gemäss Wohnraumförderungsgesetz der Headcount um 0.2 erhöht. Für die Bewältigung der neuen kantonalen Aufgaben bei der Angebotsplanung Eisenbahnen wird der Headcount der Mobilität um 0.6 erhöht. Im Zusammenhang mit dem Projekt Workplace BS gibt das Generalsekretariat 0.9 Headcount an das ZID ab.

Mehr Wohnraum Die hohe Lebensqualität und ein attraktives Jobangebot bescheren der Stadt Basel ein erfreuliches Bevölkerungswachstum. Immer mehr Menschen entscheiden sich, nach Basel zu ziehen, was die Nachfrage nach geeignetem Wohnraum stetig steigen lässt. Das Bau- und Verkehrsdepartement unterstützt die Entwicklung von Wohnprojekten, sei es durch die Verdichtung bereits bebauter Gebiete der Stadt oder durch die Umnutzung nicht mehr benötigter Industrie- und Gewerbeareale. In Ergänzung dazu werden im Zentrum der Region auch neue Wohngebiete geschaffen. Über die geplanten Entwicklungen im Norden und im Osten und damit über die Chancen für neuen Wohnraum in der Stadt wird Ende September 2014 abgestimmt. Das neu geschaffene Wohnraumförderungsgesetz und die Förderung des genossenschaftlichen Wohnens sind weitere Bestandteile einer auf längere Frist angelegten Wohnbaupolitik der Regierung.

Wirtschaft stärken Basel ist ein begehrter Standort und verfügt über eine erfolgreiche Wirtschaft. Das Bau- und Verkehrsdepartement begleitet, und unterstützt die Unternehmen in ihrer Entwicklung tatkräftig mit raumplanerischen Massnahmen und planungsrechtlicher Arbeit – so unter anderem die Hoffmann-La Roche, Novartis, Syngenta, Bâloise oder die Messe Schweiz. Basel trägt als bedeutender Logistikstandort eine grosse Verantwortung für die Versorgung der ganzen Schweiz mit den unterschiedlichsten Gütern. Um dieser Verantwortung auch in Zukunft nachkommen zu können, unterstützt das Bau- und Verkehrsdepartement die Basler Rheinhäfen bei der Planung und Realisierung eines trimodalen Containerterminals mit neuem Hafenbecken im Dreiländereck. Um weiter prosperieren zu können, ist auch das Gewerbe auf Entwicklungsmöglichkeiten in Basel angewiesen. Das Bau- und Verkehrsdepartement fördert und begleitet die Schaffung zusätzlicher Flächen unter anderem auf den Arealen Dreispitz, Lysbüchel, an der Neudorfstrasse sowie Güterbahnhof Wolf.

2.3.3 Erziehungsdepartement

Das Erziehungsdepartement ist zuständig für das Bildungsangebot – von der Volksschule bis zur Hochschule, von der Berufsschule bis zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Weiter übernimmt es Aufgaben zur Förderung und zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Familien. Das Erziehungsdepartement ist auch zuständig für die Tagesbetreuung sowie für Bewegung und Sport. Das Erziehungsdepartement umfasst die Bereiche Volksschulen, Mittelschulen und Berufsbildung, Hochschulen, Jugend, Familie und Sport sowie Zentrale Dienste.

Zielsetzungen und Planungen

Zum ersten Mal seit über 130 Jahren Volksschule ist es gelungen, eine Schullaufbahn im Grossen Rat zu beschliessen, hinter die sich Politik, Gesellschaft, Schulen und Wirtschaft in grosser Geschlossenheit stellen können. Die neue Volksschule orientiert sich an gesamtschweizerischen Normen und an einem bikantonalen Modell. Mit der Umsetzung der Harmonisierung der Schulen wird nicht nur eine Mobilitätsschranke in der Nordwestschweiz fallen, mit ihrer Verwirklichung wird es auch viel besser möglich sein, mit dem Kanton Basel-Landschaft, mit den anderen Partnern in der Nordwestschweiz und mit allen übrigen Kantonen zu kooperieren und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Schulen erfolgreich anzugehen. Die künftige Volksschule gibt allen schulpflichtigen Kindern trotz ihrer Unterschiedlichkeit Bildungschancen und beendet die strukturbedingte Benachteiligung der Berufsbildung. Die Harmonisierung der Bildungsziele wird mit Hilfe des Lehrplans 21 angestrebt, der in den kommenden Jahren in allen 21 Kantonen der Sprachregion eingeführt werden soll. Bereits weit gediehen sind die Konkretisierung der neuen Schulstufen und der Schullaufbahn, der neue Lehrplan 21, die Personalwechsel in den Schulen und die erforderliche Schulraumerweiterung.

Eine spezifische Herausforderung im Stadtkanton stellt die Heterogenität der Schulklassen und Lerngruppen dar. Entsprechend dem Grundsatz der integrativen Schule sollen alle Kinder eines Quartiers unabhängig von ihrem Bildungsbedarf, wenn immer möglich, in einer wohnortsnahen Regelklasse in die Schule gehen. Dafür braucht es einen differenzierten Unterricht, eine eingespielte Kooperation von Lehr- und Fachpersonen und ein funktionierendes Fördersystem. In Anbetracht der Vielsprachigkeit und der Migration spielt die Förderung der Deutschkompetenzen eine Schlüsselrolle für den Schulerfolg. Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen werden ein Jahr vor der Einschulung im Kindergarten zum Besuch einer Spielgruppe mit integrierter Deutschförderung verpflichtet.

Als Beitrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit erhalten die Eltern ein bedürfnisgerechtes Angebot an schulischen Tagesstrukturen. Der weitere Aufbau einer, kostenpflichtigen Kinderbetreuung in der schulfreien Zeit gehört zum Auftrag der Volksschulen und erfolgt in Abstimmung mit dem Bedarf und den finanziellen Möglichkeiten des Kantons.

Die Bildungs- und Ausbildungszeit in der Volksschule und auf der Sekundarstufe II dient zum einen der persönlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Sie erfüllt zum andern auch eine öffentliche Aufgabe, in dem sie die Heranwachsenden für Gesellschaft und Arbeitswelt qualifiziert. 95% der jungen Menschen sollen am Ende der Sekundarstufe II einen qualifizierenden Abschluss erreichen: ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis mit oder ohne Berufsmaturität, ein eidgenössisches Berufsattest, ein Fachmittelschul- oder ein Fachmaturitätszeugnis oder ein gymnasiales Maturitätszeugnis. Besondere Aufmerksamkeit erfordert der Verfassungsauftrag, wonach der Kanton auch mit den Mitteln der Bildung für Chancengleichheit sorgt.

Zu den wichtigsten Aufgaben mit mittlerem und längerem Planungshorizont gehören:

- Die Umsetzung des HarmoS-Konkordats der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK (Integration des Kindergartens in die Primarstufe, Verlängerung der Primarschule, Aufbau der neuen Sekundarschule, Reform der Gymnasien) erfordert in den nächsten zehn Jahren ausserordentliche Anstrengungen. Zahlreiche Lehrpersonen wechseln ihren Arbeitsort und die ihnen vertraute Schulstufe, Schulteams werden neu gebildet und neue Lehrpläne eingeführt. Insgesamt sollen die Schullaufbahnen kohärenter werden.

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
30 Personalaufwand	-484.9	-483.7	-491.7	-504.1	-517.5	-531.1	-9.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-155.7	-156.9	-159.6	-161.2	-162.0	-162.5	-3.6 ²
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.6	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-7.2
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-422.4	-437.5	-440.1	-446.8	-448.2	-457.7	-4.6 ³
Betriebsaufwand	-1'063.8	-1'078.7	-1'092.2	-1'112.8	-1'128.4	-1'152.1	-6.8
42 Entgelte	44.4	43.9	42.4	42.4	42.3	43.4	-1.1
43 Verschiedene Erträge	3.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	113.8	113.9	115.4	115.3	115.4	115.4	1.4
Betriebsertrag	161.6	157.8	157.9	157.7	157.7	158.9	0.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-902.2	-920.9	-934.3	-955.0	-970.7	-993.2	-7.9 ⁴
33 Abschreibungen Grossinvestitionen	-2.1	-3.2	-4.5	-6.5	-7.1	-7.1	-123.3
366 Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	-1.0	-0.8	-1.0	-1.1	-1.1	-11.2
Abschreibungen	-3.1	-4.2	-5.2	-7.5	-8.2	-8.2	-96.7
Betriebsergebnis	-905.4	-925.1	-939.6	-962.5	-978.9	-1'001.4	-8.3
34 Finanzaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
44 Finanzertrag	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	-5.8
Finanzergebnis	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Gesamtergebnis	-905.1	-924.9	-939.4	-962.3	-978.7	-1'001.2	-8.3
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-52.5
2 Bildung	-787.9	-805.7	-814.9	-834.8	-848.9	-868.7	-7.8
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-17.4	-17.4	-19.5	-19.7	-20.1	-18.7	-7.2
5 Soziale Sicherheit	-99.9	-101.9	-104.9	-107.8	-109.7	-113.9	-11.8

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
Ausgaben Grossinvestitionen	-3.0	-8.0	-7.0	-9.0	-4.0	-3.5	56.3
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.8	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	8.1
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-4.0	-8.5	-7.5	-9.5	-4.5	-4.0	53.2
Saldo Investitionsrechnung	-4.0	-8.5	-7.5	-9.5	-4.5	-4.0	53.2

Kommentar

- 1 Von den Planmehrkosten gegenüber der Budgetierung 2015 geht ein rechter Anteil auf die prognostizierte Teuerung zurück. Weiter nimmt der Personalaufwand infolge höherer Schülerzahlen, dem sukzessiven Ausbau der Tagesstrukturen sowie wegen dem Betrieb von diversen Schulneubauten zu.
- 2 Der Sach- und Betriebsaufwand steigt ab den Planjahren 2016 ff hauptsächlich aufgrund der sukzessiven Inbetriebnahme der neuen Schulbauten und dem weiteren Ausbau der Tagesstrukturen leicht an.
- 3 Ein wesentlicher Anteil des höheren Plantransferaufwands entfällt auf den sukzessiven Ausbau der Tagesstrukturen und der Tagesbetreuung. Daneben steigen aber auch die Kosten im Hochschulbereich etwas an.
- 4 Zusammengefasst können die Planabweichungen gegenüber der Budgetierung des Jahres 2015 den folgenden Planungsgrößen zugeordnet werden: Teuerung 2016 -3.9, 2017 -11.9 und 2018 -19.4 Mio. Franken / Schwerpunktmassnahmen 2016 -3.2, 2017 -4.1 und 2018 -11.5 Mio. Franken / Einzelposten 2016 -12.3 (wovon auf Schülerwachstum „SW“ bezogen: -9.0), 2017 -18.7 (SW -13.5) und 2018 -27.4 (SW -18.1) Mio. Franken / Übriger Pauschalbereich 2016 -1.3, 2017 -1.6 und 2018 -0.6 Mio. Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist		Prognose			
		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	3'071.2	3'122.5	3'221.8	3'304.8	3'355.0	3'403 ¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	3'069.8					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	62	60	60	70	60	60 ²
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	62	70	73	76	75	76

Kommentar

1 Aktuelle Bevölkerungsdaten belegen, dass die Zahl der Kinder im Vorschulalter insbesondere aufgrund steigender Geburtenraten deutlich zunimmt. Dies wird in den nächsten Jahren auch zu einem Wachstum der Schülerzahlen führen. Rund zwei Drittel der prognostizierten Mehrstellen gegenüber dem Budgetjahr 2015 gehen auf diesen Effekt zurück. Weitere Mehrstellen stehen im Zusammenhang mit dem angestrebten Ausbau der Tagesstrukturen sowie dem künftigen Betrieb (Abwärts- und Reinigungswesen) diverser Neubauten im Schulbereich.

2 In Wahljahren liegen die Werte generell etwas höher (Prognose 2016).

- Mit der Umsetzung des Sonderpädagogik-Konkordats der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK wird das Ziel verfolgt, dass die Volksschule sowohl integrativ als auch leistungsorientiert sein kann. Der Unterricht wird noch besser auf die Bewältigung der heterogenen Klassen ausgerichtet. Lehr- und Fachpersonen bilden funktionierende Kooperationsverbände.
- Kinder ohne oder mit ungenügenden Deutschkenntnissen werden bereits vor dem Kindergarten in Deutsch gefördert.
- Der vorverlegte, stärker auf die Sprachpraxis angelegte Französisch- und Englisch-Unterricht ist an Primarschulen etabliert und wird an der Sekundarschule fortgeführt.
- Die Tagesstrukturen an den Volksschulen werden bedarfsgerecht und im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten ausgebaut.
- Die geleiteten Schulen nehmen ihre Teilautonomie zur inneren Entwicklung wahr.
- Der Übergang zwischen der Volksschule und der Sekundarstufe II wird von einer Schnitt- zu einer Nahtstelle des Bildungssystems. Die Verbesserung der Berufsorientierung auf der Sekundarstufe I und die Stärkung der Kooperation mit Gewerbe und Wirtschaft, sollen den Übergang erleichtern. Zentrale Zielsetzungen sind die Erhöhung der Zahl jener Jugendlichen, die nach der Schule direkt eine Lehrstelle antreten sowie die Förderung der Berufsmaturität.
- An vielen Standorten wird der bestehende Schulraum umgebaut, erweitert und renoviert. Neue Schulbauten kommen dazu. Diese Bauprojekte setzen eine intensive Kooperation zwischen verschiedenen Departementen voraus. Der Schulraum ist so zu gestalten, dass er die Voraussetzungen für eine moderne Unterrichtsorganisation schafft und so flexibel ist, dass er veränderten Bedürfnissen angepasst werden kann. Die Ansprüche an die Logistik sind während der Bauphase hoch: Vielerorts müssen Schulen zeitweise in Provisorien untergebracht werden.
- Die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz, namentlich auch die Kooperation mit dem Kanton Basel-Landschaft, werden weitergeführt.

Der Bereich Mittelschulen und Berufsbildung ist zuständig für das Bildungs- und Unterstützungsangebot der Sekundarstufe II (Brückenangebote, Mittelschulbildung, berufliche Grundbildung), für die Höhere Berufsbildung (Tertiärstufe B) sowie für Elemente der Erwachsenenbildung (Weiterbildung).

Im Zentrum aller Arbeiten und Entwicklungen steht das Ziel, dass mindestens 95% der jungen Erwachsenen am Ende der Sekundarstufe II einen Abschluss erreichen, der für die Arbeitswelt oder ein Studium qualifiziert: ein eidgenössisches Berufsattest, ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis mit oder ohne Berufsmaturität, ein Fachmittschul- oder ein Fachmaturitätszeugnis oder ein gymnasiales Maturitätszeugnis.

Die Stärkung der Berufsbildung gehört zu den Entwicklungsschwerpunkten. Dabei wird es im Einzelnen darum gehen, aufbauend auf einer Intensivierung der beruflichen Orientierung an der Sekundarschule die Zahl der Direktübertritte von der Volksschule in die berufliche Grundbildung zu erhöhen sowie die Berufsbildungsquote im Allgemeinen und jene der Berufsmaturitäten im Speziellen zu steigern. Die Brückenangebote sollen in bikantonaler Absprache noch stärker auf ihre Vermittlungsfunktion zwischen Volksschule und Berufsbildung ausgerichtet, die Lehrabbruchsquote reduziert und Wege gesucht werden, wie noch mehr junge Erwachsene mit einer Behinderung einen Lehrabschluss erreichen können und damit die Chance erhalten, im ersten Arbeitsmarkt Fuss zu fassen.

Das durchschnittliche Ausbildungsniveau der Bevölkerung wird auch in Zukunft steigen. Die Höhere Berufsbildung verfügt über ein grosses Potential, den Bedarf an hervorragend qualifizierenden Ausbildungen bereitzustellen. Die Förderung eines ausreichenden, passgenauen Angebots wie auch die Umsetzung des eidgenössischen Weiterbildungsgesetzes wird zu den Entwicklungsschwerpunkten gehören.

Die wichtigste Herausforderung der Gymnasien ist ein umsichtiger Umgang mit der Verkürzung der Gymnasialzeit von fünf auf vier Jahre, welche schwierige Planungsfragen aufwirft und die Personalerneuerung belastet. Ausserdem werden erste Erfahrungen mit der beschränkten Wahlfreiheit im Bildungsraum gesammelt, die harmonisierten Maturitätsprüfungen werden etabliert und das gemeinsame Prüfen wird eingeführt. Entwicklungsschwerpunkte an allen Mittelschulen werden zudem lokale Projekte sein, die das Lernen nach gymnasialem Anspruch verbessern.

Die Planungsperiode 2015–2017 wird auf nationaler Ebene von der Umsetzung des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes (HFKG) unter dem neu im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement zusammengeführten Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) bestimmt. Die wesentliche Neuerung besteht darin, dass Universitäten und Fachhochschulen auf nationaler Ebene von der gleichen Dienststelle bearbeitet werden, wie dies im Kanton Basel-Stadt und anderen Kantonen schon seit längerem der Fall ist. Trotz dieser Vereinfachung bleibt das schweizerische Hochschulwesen kompliziert und von vielen Akteuren bestimmt. Bereits zeichnet sich ab, dass das Hochschulkonkordat erst Anfang 2016 statt wie bisher geplant, 2015 in Kraft gesetzt werden kann. Auf kantonaler Ebene ist zwischen den Trägerkantonen der Leistungsauftrag 2015–2017 an die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) ausgehandelt worden. Die Behandlung in den Parlamenten erfolgt in der zweiten Jahreshälfte 2014. Parallel dazu sind Grossinvestitionen für beide Hochschulen zu leisten: Im Jahr 2015 wird der Wettbewerb für den Neubau des Departements Biomedizin der Universität Basel durchgeführt, womit neben dem neuen Biozentrum und dem Neubau für das ETH-Departement für Biosysteme das dritte grosse Laborgebäude auf dem Life Science Campus Schällemätteli in die Realisierungsphase kommt. Ende 2014 wird etappenweise die Hochschule für Gestaltung und Kunst auf dem Dreispitz bezogen, 2018 das neue Biozentrum auf dem Schällemätteli und ebenfalls 2018 der Neubau der FHNW in Muttenz.

Im Bereich Jugend, Familie und Sport stehen zwei wichtige Revisionsvorhaben an. Revidiert werden muss das *Jugendhilfegesetz* aus dem Jahr 1984. Inzwischen hat sich das Leistungsverständnis in der Kinder- und Jugendhilfe verändert. Neue Begrifflichkeiten setzen sich schweizweit durch. Zudem ist es nötig, den Leistungskatalog gesetzlich festzuhalten. Das greift der bereits vorliegende Entwurf zu einem neuen Kinder- und Jugendgesetz auf. Die Revision soll damit auch mithelfen, in der Schweiz ein gemeinsames Verständnis der Kinder- und Jugendhilfe zu pflegen. Im Bereich der *Tagesbetreuung* wird eine Totalrevision des Tagesbetreuungsgesetzes vorbereitet. Das heute bestehende Gesetz ist noch stark an den Erfordernissen der Aufbauphase und damit auf die Institutionen orientiert. Das revidierte Gesetz soll sich stärker an der Gleichbehandlung von Eltern orientieren. Unabhängig davon, in welchem Tagesheim sie ihr Kind betreuen lassen, sollen sie denselben Anspruch auf Unterstützung haben. Damit Eltern ihre Bedürfnisse gegenüber den Tagesheimen direkter einbringen können, soll das Gesetz Anreize setzen, sich selbst einen Platz zu suchen.

Angesichts knapper Mittel besteht in der Kinder- und Jugendhilfe Bedarf nach Methoden, wie einer Familie mit Unterstützungsbedarf möglichst genau zugeschnittene Leistungen vermittelt werden können. Dazu hat der Kinder- und Jugenddienst ein Projekt initiiert, das mit dem Kanton Zug, dem Kanton Zürich, der Stadt Aarau und der Fachhochschule Nordwestschweiz realisiert werden soll. Es wird

vom Bund massgeblich gefördert. Mit der Zuordnung des «Zentrums für Frühförderung ZFF» zum Kinder- und Jugenddienst wurden überdies die Voraussetzungen geschaffen, Familien mit kleinen Kindern und hohem Unterstützungsbedarf besser zu erreichen. Die Massnahme ist Teil der Bemühungen im Schwerpunkt Frühbereich, frühkindlichen Entwicklungsrisiken wirksamer zu begegnen.

Das Sportamt wurde im Jahr 2013 für seine zahlreichen Innovationen beim Sportanlagenbau und –unterhalt geehrt. Der Preis der Internationalen Vereinigung für Sport- und Freizeiteinrichtungen ging erstmals in die Schweiz. Die Innovationen stehen in einem direkten Zusammenhang mit einer wachsenden Auslastung begrenzter Flächen auf den Sportanlagen. Verschiedene Anlagen werden durch die absehbare Stadtentwicklung infrage gestellt. Die nötigen Flächen zu erhalten und wenn möglich sinnvoll zusammen zu fassen, wird wohl die bedeutendste Aufgabe der kommenden Jahre. Innovationen sind auch willkommen, um dem wachsenden Kostendruck zu begegnen. Eine erhöhte Nutzung von Sportanlagen führt zu einem intensiveren Unterhalt. Soweit absehbar, haben solche Mehrkosten jedoch keinen Platz in der Finanzplanung. Weitere Optimierungen in der Bewirtschaftung und im Unterhalt können verhindern, dass Mehrkosten an die Sportlerinnen und Sportler weiter gegeben werden müssen.

2.3.4 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement ist das Querschnitts- oder Ressourcendepartement der Verwaltung. Zu den klassischen verwaltungsinternen Querschnitts-Dienstleistern zählen der Zentrale Personaldienst, die Finanzverwaltung und die Zentralen Informatikdienste. Weiter gehören dem Finanzdepartement die Steuerverwaltung sowie Immobilien Basel-Stadt an.

Zielsetzungen und Planungen

Nachhaltige und restriktive Finanzpolitik Der Kanton Basel-Stadt hat in den vergangenen, wirtschaftlich guten Jahren eine restriktive Ausgabenpolitik verfolgt. Dies hat dazu geführt, dass der Kanton neun Jahre in Folge schwarze Zahlen geschrieben hat und seine Nettoschulden von 3.5 auf 2.0 Mia. Franken senken konnte. Aufgrund der Ausfälle bei den Einkommenssteuern durch die Unternehmenssteuerreform II, der hohen geplanten Investitionen und der Kosten der Pensionskassenrevision wird der Regierungsrat seine Ausgabenpolitik in den kommenden Jahren verschärfen. Mit der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) wird der Regierungsrat Ausgaben auf ihre staatliche Notwendigkeit, ihre Wirksamkeit und die Effizienz ihrer Erbringung sowie auf die Tragbarkeit ihrer finanziellen Auswirkungen überprüfen. Im 2015 werden entsprechenden Massnahmen erarbeitet, welche im Jahr 2016 umzusetzen sind. Zusätzlich werden auch die Investitionen überprüft und priorisiert.

Steuerpolitik Von grösstem Interesse für den Kanton Basel-Stadt ist die Unternehmenssteuerreform III: Die Schweiz hat im Dialog mit EU und OECD zugesichert, mittelfristig die international nicht mehr akzeptierten Steuerprivilegien aufzuheben. Die von der Aufhebung betroffenen Unternehmen tragen einen hohen Anteil zu den Steuereinnahmen bei. Der Regierungsrat strebt an, dass das Steueraufkommen dieser Unternehmen auch nach Umsetzung der Reform etwa gleich hoch wie heute bleibt. Als Ersatzmassnahme soll deshalb eine Lizenzbox nach international anerkannten Standards eingeführt werden. Je nach Wirksamkeit der Lizenzbox sind darüber hinaus Gewinnsteuersenkungen nötig. Zur Kompensation der damit verbundenen Mindereinnahmen sind Ausgleichszahlungen des Bundes und eine Reduktion des Gewichts der Unternehmen im NFA notwendig. Das Finanzdepartement wird bei der Erarbeitung der Unternehmenssteuerreform III die Interessen des Kantons weiterhin mit Vehemenz vertreten.

Aktive Wohn- und Bodenpolitik Der Kanton Basel-Stadt ist wieder ein attraktiver Wohnort. Dies zeigt unter anderem auch die Trendumkehr bei der Bevölkerungsentwicklung. Nach jahrzehntelangem Rückgang wächst Basel-Stadt seit 2008 wieder. Gleichzeitig steigt der Wohnflächenbedarf pro Person. Dies führt dazu, dass auch in Basel-Stadt Wohnraum knapper wird und die Mietpreise steigen. Der Regierungsrat verfolgt deshalb eine ausgewogene und nachhaltige Wohnraumförderung, damit genügend Wohnraum für die gesamte Bevölkerung vorhanden sein wird. Das Finanzdepartement wird dieses Ziel mit dem Finanzvermögen unterstützen und neuen Wohnraum schaffen. Beispielsweise bei VoltaOst sowie auf dem Areal der ehemaligen Werkstätten des BVD an der Maiegasse wird Wohnraum für unterschiedliche Bedürfnisse entstehen. Auch die Zusammenarbeit mit den Genossenschaften zur Förderung von günstigem Wohnraum wird weitergeführt (Areale Niederholz, Belforterstrasse, Riehenring und Schoren).

Basel-Stadt als attraktiver Arbeitgeber Der Kanton und seine Betriebe sind der grösste Arbeitgeber der Region Nordwestschweiz. Um seine Aufgaben in hoher Qualität erfüllen zu können, ist er darauf angewiesen, im Arbeitsmarkt als attraktiver Arbeitgeber auftreten zu können.

Der Kanton ist zurzeit daran, sein Bewertungssystem zu aktualisieren. Im 2015 setzt der Kanton die Systempflege um. Dabei werden alle Funktionen der kantonalen Verwaltung in die aktualisierte Lohnsystematik überführt.

Eine Informatik im Dienste der Einwohnerinnen und Einwohner Das Finanzdepartement wird in den kommenden Jahren die Informatik zu Gunsten der Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner weiterentwickeln. Mit dem E-Government-Impulsprogramm werden kantonale Leistungen für Bevölkerung und Unternehmen verbessert und an neue Herausforderungen angepasst, unterstützt durch

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
30 Personalaufwand	-70.1	-76.2	-76.3	-76.9	-78.1	-79.2	-4.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-41.2	-42.4	-40.6	-40.2	-40.2	-40.2	5.3
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.5	-1.3	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-15.3
Betriebsaufwand	-111.9	-119.9	-118.3	-118.5	-119.8	-120.9	-0.8
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	67.1	73.3	69.5	69.5	69.5	69.5	-5.2 ¹
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	67.1	73.3	69.5	69.5	69.5	69.5	-5.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-44.8	-46.6	-48.8	-49.0	-50.3	-51.4	-10.4
33 Abschreibungen Grossinvestitionen	-6.7	-8.1	-9.1	-9.0	-9.0	-9.0	-11.4
366 Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-0.7	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Abschreibungen	-7.4	-8.6	-9.1	-9.0	-9.0	-9.0	-4.1
Betriebsergebnis	-52.2	-55.2	-57.9	-58.0	-59.3	-60.4	-9.4
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.1	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-206.2
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.4	-0.1	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-206.2
Gesamtergebnis	-52.6	-55.3	-58.3	-58.4	-59.7	-60.8	-9.9
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-52.2	-54.9	-58.2	-58.3	-59.4	-60.4	-10.0
9 Finanzen und Steuern	-0.4	-0.4	-0.1	-0.1	-0.3	-0.4	5.6

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
Ausgaben Grossinvestitionen	-11.1	-63.6	-52.0	-92.0	-88.0	-81.7	-28.5
Ausgaben Kleininvestitionen	-1.4	-1.0	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5	-50.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-13.4	-64.6	-53.7	-93.5	-89.5	-83.2	-28.8
Saldo Investitionsrechnung	-13.4	-64.6	-53.7	-93.5	-89.5	-83.2	-28.8

Kommentar

¹ Reduktion der Einnahmen ist begründet im neuen Internen Verrechnungsmodell für die ZID-Leistungen, wonach Overheadkosten der ZID verwaltungsintern nicht mehr weiter verrechnet werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist		Prognose			
		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	506.2	516.7	519.5	519.5	519.5	519.5
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	477.7					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	44	35	45	45	45	45
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	18	20	20	20	20	20

E-Government Basisdienste. Die Abteilung Informatiksteuerung und Organisation (ISO) entwickelt zuhanden der Konferenz für Organisation und Informatik (KOI) und des Regierungsrats die kantonale IT-Strategie. Den Zentralen Informatikdiensten (ZID) obliegt die technische und betriebliche Verantwortung.

2.3.5 Gesundheitsdepartement

Das Gesundheitsdepartement umfasst das Generalsekretariat, die Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen, Planungscoordination, Kommunikation und die Bereiche Gesundheitsschutz (Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin, kantonszahnärztlicher Dienst und öffentliche Zahnkliniken), Gesundheitsdienste (Medizinisch-pharmazeutische Dienste, Sucht und Prävention) und Gesundheitsversorgung (Spitalversorgung, Langzeitpflege und Projekte und Services).

Internet: www.gd.bs.ch

Zielsetzungen und Planungen

Der Bevölkerung von Basel-Stadt wird eine qualitativ hochstehende und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung angeboten. Die demografische Entwicklung im Kanton sowie die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen sollen rechtzeitig antizipiert werden. Auf-grund der demografischen Entwicklung sollen die Kapazitäten der Langzeitpflege durch Neu- und Ersatzbauten von Pflegeheimen erweitert werden. Der Gesundheitsförderung und Prävention wird für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen eine hohe Bedeutung beigemessen. Zusammen mit externen Partnern wird eine kantonale Krebsstrategie konzipiert und umgesetzt. Mittelfristig soll durch eine gegenseitige Anerkennung der Spitalisten die vollständige Freizügigkeit der Spitalwahl in der Nordwestschweiz erreicht werden. „One Health“ steht für die Erkenntnis, dass die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt zusammenhängen. Entsprechend werden die gesundheitlichen Herausforderungen koordiniert.

Zukunft der Öffentlichen Zahnkliniken Der Kanton Basel-Stadt sieht mit der Schaffung eines Universitären Zentrums für Zahnmedizin den Aufbau eines starken Kompetenzzentrums für die soziale und die universitäre Zahnmedizin inklusive der Kinderzahnmedizin an einem neuen gemeinsamen Standort im Campus Rosental vor. Vorbehältlich des Entscheids des Grossen Rats zum Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin und einem allfälligen Volksentscheid, sollen im Jahr 2015 die erforderlichen Führungsstrukturen geschaffen werden. Falls eine Verselbständigung durch den Grossen Rat oder das Basler Stimmvolk abgelehnt wird, prüft das Gesundheitsdepartement den Investitionsbedarf in die Infrastruktur der Öffentlichen Zahnkliniken und die Zusammenführung der Volks- und der Schulzahnklinik an einem Standort.

Stationäre Spitalversorgung Mit der Vergabe der Leistungsvereinbarungen an die baselstädtischen Spitäler für die Periode 2015 – 2017 wurde eine Konzentration von spezialisierten Leistungen an fachkompetenten Zentren angestrebt. Diese Fokussierung von spezialisierten Spitalleistungen an wenigen Zentren wird im Jahr 2015 weiter entwickelt. Im Weiteren sollen sinnvolle Kooperationen unter den Leistungserbringern unterstützt werden. Die seit dem Jahr 2014 bestehende volle Spitalwahlfreizügigkeit zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird laufend aktualisiert, indem auch die Anpassungen und Änderungen der Spitalisten in beiden Kantonen übernommen werden.

Qualitätssicherung Der Sicherung der Ergebnisqualität der medizinischen Behandlung wird ein hoher Stellenwert beigemessen. Sie soll auch bei ambulanten Leistungserbringern etabliert und bei Spitälern und Einrichtungen der Langzeitpflege im Einklang mit den nationalen Instrumenten laufend weiterentwickelt werden.

Trinationale Zusammenarbeit am Oberrhein In den Jahren 2014 - 2016 liegt der Vorsitz der Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik der Oberrheinkonferenz beim Kanton Basel-Stadt. Im Rahmen dieser Aufgabe soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen gefördert und weiterentwickelt werden. Unter anderem wird das Thema des Fachkräftemangels im Oberrheingebiet analysiert und die Positionierung der Region Basel als Life Science Standort und medizinisches Versorgungszentrum weiter gestärkt.

Basel 55+ Basel 55+ strebt für alle älteren Menschen im Kanton ein möglichst langes selbstbestimmtes Leben bei guter Gesundheit an. Dieses Ziel wird unabhängig vom Einkommen, von der

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
30 Personalaufwand	-43.7	-45.1	-46.0	-35.0	-35.7	-36.5	19.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15.3	-16.6	-16.3	-13.9	-13.9	-13.9	16.2
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.6	-0.5	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-13.5
36 Transferaufwand	-516.2	-507.0	-501.9	-509.1	-502.8	-503.2	0.7
Betriebsaufwand	-575.8	-569.2	-564.9	-558.7	-553.0	-554.2	2.6
42 Entgelte	19.6	20.0	20.2	9.0	9.0	9.0	-55.2
46 Transferertrag	2.6	3.1	3.7	3.7	3.7	3.7	20.0
Betriebsertrag	22.3	23.1	23.9	12.6	12.6	12.6	-45.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-553.6	-546.2	-541.0	-546.0	-540.4	-541.6	0.8
33 Abschreibungen Grossinvestitionen	-0.5	-0.5	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	35.7
366 Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-0.1	0.0	0.0	-0.4	-0.4	-0.4	-100.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen	-0.6	-0.5	-0.3	-0.7	-0.7	-0.7	-50.1
Betriebsergebnis	-554.1	-546.6	-541.4	-546.7	-541.1	-542.3	0.8
34 Finanzaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Gesamtergebnis	-554.2	-546.7	-541.4	-546.7	-541.1	-542.3	0.8
davon Funktionen:							
2 Bildung	-74.3	-75.3	-73.9	-73.9	-65.9	-65.9	12.5
4 Gesundheit	-414.6	-407.4	-400.5	-401.5	-399.4	-399.7	1.9
5 Soziale Sicherheit	-64.3	-63.0	-66.0	-70.3	-74.9	-75.7	-20.2
8 Volkswirtschaft	-0.9	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	2.7

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
Ausgaben Grossinvestitionen	-0.8	0.0	-0.5	-0.4	0.0	-1.0	-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.8	-0.4	0.0	-0.2	-0.3	-0.3	30.9
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-10.4	0.0	-12.6	-13.8	-4.6	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-12.0	-0.4	-13.1	-14.4	-4.9	-1.3	-199.5
Saldo Investitionsrechnung	-12.0	-0.4	-13.1	-14.4	-4.9	-1.3	-199.5

Kommentar

- 1 Durch den Ausbau der Verkehrsmedizin am Institut für Rechtsmedizin steigt der Personalaufwand. Der Ausbau erfolgt kostenneutral, die Mehrkosten werden durch Mehreinnahmen kompensiert.
- 2 Der Bedarf beim Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen und bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler ist rückläufig.
- 3 Der Kanton Basel-Landschaft erhöht seinen Beitrag an das gemeinsame Krebsregister ab 2015. Für Leistungen im Bereich Lehre und Forschung vergütet die Universität Basel höhere Beiträge an das Institut für Rechtsmedizin.

Kennzahlen	Einheit	Ist		Prognose			
		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	310.6	311.2	319.8	221.6	221	221 ¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	290.9		307.5	209.5	210	210 ²
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	32	30.0	30.0	30.0	30.0	30.0
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	23	24	24	8	8	8 ³

Kommentar

- 1 Per 2016 werden voraussichtlich die Öffentlichen Zahnkliniken Basel-Stadt aus der kantonalen Verwaltung ausgegliedert.
- 2 s. Bemerkung zum Plafond.
- 3 Mit der Ausgliederung der Öffentlichen Zahnkliniken wird auch die Anzahl der Lehrstellen abnehmen.

Nationalität oder vom sozialen Status verfolgt. Exogene Einflussfaktoren und künftige Herausforderungen werden laufend berücksichtigt. Notwendige Veränderungsprozesse werden aktiv und partnerschaftlich angegangen. Altersbedingte Vereinsamungsrisiken werden laufend minimiert.

Suchtpolitik Im Rahmen des im Kanton implementierten Vier-Säulen-Modells (Prävention, Therapie, Schadensminderung, Repression) wird das komplexe Suchthilfesystem auf der Grundlage eines jährlichen Monitorings bedarfsgerecht gesteuert. Stetige Veränderungen hinsichtlich Zielgruppen und Art der Süchte (substanzgebundene und -ungebundene), auch solche aufgrund der demografischen Entwicklung, werden laufend berücksichtigt und in die Planung und Steuerung einbezogen.

2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) umfasst die Kantonspolizei Basel-Stadt, die Rettung Basel-Stadt, den Bereich Bevölkerungsdienste und Migration, die Bereiche Recht und Services sowie das Generalsekretariat. Dem Departement administrativ zugeordnet ist die Staatsanwaltschaft.

Zielsetzungen und Planungen

Einsatzzentrale Rettung Die beiden heute räumlich getrennten und veralteten Einsatzzentralen (EZ) der Feuerwehr und Sanität sollen an einem Standort im Lützelhof zusammengelegt werden. Die neue EZ Rettung wird auf den gleichen Systemen wie jene der Kantonspolizei basieren und so als Redundanz zur EZ der Kantonspolizei und der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) dienen. Das ganze Vorhaben soll im Jahr 2017 abgeschlossen werden.

Projekt UMIS Das Projekt Umbau und Instandsetzung des Spiegelhofes (UMIS) zielt zum einen darauf ab, die Einsatzzentrale der Kantonspolizei und die Führungsräumlichkeiten der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) am Standort Spiegelhof gemäss den Kriterien der Lifeline-Gebäude erdbebentüchtig zu machen. Im gleichen Zug sollen die beiden heute räumlich getrennten Zentralen der Kantonspolizei – die Einsatz- und die Verkehrsleitzentrale – zusammengeführt, auf den neusten Stand der Technik gebracht und die betrieblichen Abläufe optimiert werden. Das gesamte Projekt soll im Frühsommer 2018 abgeschlossen werden. Der Schwerpunkt für das Jahr 2015 liegt in der Erarbeitung des Ratschlags.

Kapo2016 Die Anforderungen an die Datenqualität der Polizeischriftstücke und Analysen steigen stetig. Daten müssen immer schneller und exakter den Polizeikräften zur Verfügung stehen, damit rasch die richtigen Schlüsse gezogen und Massnahmen eingeleitet werden können. Für ein hochaktuelles Lagebild sind eine schnelle Datenaufbereitung und eine intelligente, nach Möglichkeit vorausschauende Analyse erforderlich. Im Jahr 2015 werden die Detailprozesse und der Ratschlag erarbeitet sowie die Submission vorbereitet.

Attraktiver Arbeitgeber Justiz- und Sicherheitsdepartement Mit verschiedenen Projekten und Massnahmen positioniert sich das Justiz- und Sicherheitsdepartement als attraktiver Arbeitgeber. Hierzu zählen unter anderem neue Wege in der Rekrutierung ("Blaulichttram", filmische Darstellung von Berufsbildern, vermehrte Ansprache von Ausländerinnen und Ausländern sowie Frauen etc.), die Aktion FIT (Abgabe von Obst, Initiierung von Laufgruppen, Öffnung der Sportanlagen der Kantonspolizei für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Departements etc.), der 2013 erfolgte Entscheid, grundsätzliche sämtliche Stellen aller Hierarchiestufen auch auf Teilzeitbasis auszuschreiben, das Projekt Pegasus zur Steigerung der Arbeitsplatzattraktivität in den Gefängnissen sowie konkrete Massnahmen zum Abbau der Überstunden.

Aufstockung der Kantonspolizei Die Kantonspolizei verstärkt die polizeiliche Bewirtschaftung der Brennpunkte („Hotspots“) in der Innenstadt und in den Quartieren und baut einzelne präventive Aufgaben aus. Dazu hat der Regierungsrat im Frühjahr 2011 beschlossen, das Budget der Kantonspolizei in den Jahren 2012 bis 2015 stufenweise aufzustocken. Die Kantonspolizei stellt in diesem Zeitraum 45 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten ein. Von den 45 neuen Stellen entfallen 36 auf den so genannten Einsatzzug. Um weitere neun Stellen wird die Prävention aufgestockt. Davon kommen drei dem Community Policing und sechs den Präventionsbereichen Jugend- und Präventionspolizei (JPP) sowie Kriminal- und Verkehrsprävention zu.

Erweiterung Gefängnis Bässlergut Anfang 2015 soll der Ratschlag zum Baukredit für die Schaffung von vierzig Plätzen für den Vollzug kurzer Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen sowie den Neubau für die Diensthundegruppe der Kantonspolizei dem Grossen Rat unterbreitet werden. Mit der Erweiterung des Gefängnisses Bässlergut soll der stark gestiegene Bedarf an Strafvollzugsplätzen gedeckt werden. Die Planersubmission wurde im Frühjahr 2014 abgeschlossen. Die Arbeiten zum Vorprojekt – als Entscheidungsgrundlage für die Finanzierung – dauern bis Ende 2014. Die hohe Nachfrage nach Vollzugsplätzen erfordert ein zügiges Vorgehen. Die Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus ist per Ende 2017/Anfang 2018 vorgesehen.

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
30 Personalaufwand	-223.2	-227.2	-229.3	-231.2	-234.4	-237.8	-4.6 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-110.9	-116.0	-111.8	-112.3	-113.3	-115.1	0.8
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-1.5	-1.6	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	0.5
36 Transferaufwand	-4.8	-5.4	-12.8	-12.8	-13.3	-13.3	-149.4 ²
Betriebsaufwand	-340.4	-350.1	-355.5	-357.9	-362.6	-367.8	-5.0
42 Entgelte	98.1	100.9	105.6	105.2	105.2	109.2	8.3 ³
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	5.7	10.2	12.9	12.9	12.9	12.9	26.1 ⁴
Betriebsertrag	103.8	111.2	118.5	118.1	118.1	122.1	9.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-236.6	-238.9	-237.0	-239.8	-244.6	-245.6	-2.8
33 Abschreibungen Grossinvestitionen	-4.2	-5.9	-5.9	-5.9	-5.9	-5.9	0.0
366 Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	0.6
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.6	0.0	0.4	0.4	0.4	0.4	100.0
Abschreibungen	-4.1	-6.2	-5.8	-5.8	-5.8	-5.8	5.9
Betriebsergebnis	-240.7	-245.2	-242.9	-245.7	-250.4	-251.5	-2.6
34 Finanzaufwand	-0.8	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	5.9
44 Finanzertrag	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.6
Finanzergebnis	-0.5	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	6.2
Gesamtergebnis	-241.1	-245.5	-243.2	-246.0	-250.7	-251.8	-2.6
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-19.4	-20.6	-20.8	-20.9	-21.0	-21.2	-2.6
1 Öffentl. Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-218.1	-220.5	-219.0	-221.7	-226.1	-226.9	-2.9
4 Gesundheit	-3.7	-4.3	-3.3	-3.4	-3.6	-3.7	15.3

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
Ausgaben Grossinvestitionen	-4.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-2.0	-0.9	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	30.8
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-7.8	-0.9	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	30.8
Saldo Investitionsrechnung	-7.8	-0.9	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	30.8

Kommentar

- Die Differenz zwischen den Planjahren 2014 und 2018 begründet sich wie folgt: Der Ausbau des Polizeibestands und die Umsetzung der Massnahmen im Zusammenhang mit der neuen Parkraumbewirtschaftung werden 2015 abgeschlossen (-3.7 Mio. Fr.), die Umsetzung des Bundesprogramms «Via sicura» (-1.0 Mio. Fr.) und der Ausbau des Strafvollzugs (-0.7 Mio. Fr.) werden ab 2015 wirksam. Im Weiteren fällt der Einfluss aus der OSZE-Konferenz 2014 (2.4 Mio. Fr.) weg, und der Erweiterungsbau des Gefängnisses Bässlergut wird 2018 in Betrieb genommen (-0.8 Mio. Fr.). Rund -6.8 Mio. Fr. ist auf die Teuerung zurückzuführen.
- Die Differenz begründet sich mehrheitlich durch die Änderung der Buchungspraxis für Auszahlungen des Swisslos-Fonds.
- Die Differenz ist mehrheitlich auf die hohe Auslastung der Gefängnisse und der daraus resultierenden Kostgeld-Einnahmen zurückzuführen.
- Die Differenz begründet sich einerseits durch den Wegfall der Einflüsse aus der OSZE-Konferenz 2014, andererseits durch die Änderung der Buchungspraxis für Auszahlungen des Swisslos-Fonds.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Prognose				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	1'657.0	1'680.0	1'716	1'716	1'716	1'725
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	1'633.3					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	58	120	90	90	90	90
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	21	27	25	25	25	25

Erdbebenvorsorge Die Erdbebenvorsorge im Kanton Basel-Stadt wird überprüft und auf den neusten Stand gebracht. Am 7. Dezember 2011 sagte der Grosse Rat Ja zum Ausgabenbericht des Regierungsrates zur Erdbebenvorsorge. Innerhalb dieses Projektes werden vier bestehende veraltete Stationen für das Starkbebenmessnetz ersetzt und drei zusätzliche Stationen errichtet. Zudem werden den Fachleuten die Grundlagen für den Vollzug der Baunormen, der Erdbebenerüchtigung von lebenswichtigen Gebäuden (bspw. Spitäler) und der Katastrophenvorsorge verfügbar gemacht. Der Kredit für dieses Projekt beträgt 870'000 Franken; er verteilt sich über die Jahre 2012 bis 2015.

2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) ist verantwortlich für die Themen Soziale Sicherheit und Kindes- und Erwachsenenschutz, Volkswirtschaft und Arbeitsmarkt, Umwelt und Energie sowie Rheinschifffahrt und Luftfahrt. Die Leistungen der allgemeinen Verwaltung, wie Führungsunterstützung und Kommunikation, werden im Generalsekretariat erbracht.

Zielsetzungen und Planungen

Bilaterale Verträge Schweiz-EU: Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative In Basel-Stadt besteht weiterhin ein hoher Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, vor allem in der Life Sciences-Branche sowie im Gesundheitsbereich. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 hat zu einer Verunsicherung bei den Firmen geführt. Für den Wirtschaftsstandort Basel ist es wichtig, dass den Firmen, auch den KMU-Betrieben, die erforderlichen Fachkräfte weiterhin zur Verfügung gestellt werden können. Der Regierungsrat setzt sich daher überall dort, wo Handlungsspielraum besteht, für eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ein.

Behindertenhilfe Basel-Stadt und Basel-Landschaft Ab 2016 werden die heute einheitlichen Tarife pro Platz und Institution der Behindertenhilfe neu nach dem individuellen Bedarf der behinderten Person abgestuft. Zur Ermittlung des individuellen Bedarfs wird das Instrument IBBplus eingesetzt. Dieses baut auf einer in der Ostschweiz praktisch erprobten Lösung auf, die von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land weiterentwickelt wurde. Das künftige Gesetz über die Behindertenhilfe wird im Jahr 2015, nachdem eine externe Vernehmlassung durchgeführt wurde, als partnerschaftliches Geschäft den Parlamenten in Basel-Stadt und Basel-Landschaft zum Beschluss vorgelegt.

Verstärkter Gewässerschutz Die Arbeiten zur Erweiterung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProRheno AG mit zusätzlichen Reinigungsstufen zur Reduktion von Stickstoffverbindungen und zur gezielten Elimination von Mikroverunreinigungen laufen. In der Schweiz sollen Mikroverunreinigungen künftig gezielt aus dem Abwasser entfernt werden. Das eidgenössische Parlament hat 2014 der Änderung des Gewässerschutzgesetzes zugestimmt, die eine gesamtschweizerische zweckgebundene Finanzierung für den Ausbau von ausgewählten Abwasserreinigungsanlagen (ARA) regelt. Die ARA Basel profitiert von dieser Regelung mit einem Bundesbeitrag bis zu 75% an die Kosten für die Reinigungsstufe zur Elimination der Mikroverunreinigungen. Im Rahmen des Vorprojekts prüft die ProRheno AG zusätzlich einen neuen Prozess, welcher den Energieaufwand gegenüber der konventionellen Fahrweise reduziert. Gestützt auf die Ergebnisse des Vorprojekts wird der Ratschlag zur Genehmigung der Bauausgaben erarbeitet. Es soll dem Grossen Rat und dem Landrat als partnerschaftliches Geschäft im Laufe 2015/2016 unterbreitet werden.

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
30 Personalaufwand	-106.1	-111.0	-116.8	-116.7	-117.9	-119.7	-7.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-56.8	-55.8	-56.2	-54.2	-53.1	-52.7	5.7
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	-0.1	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	17.4
36 Transferaufwand	-623.9	-602.8	-702.7	-730.4	-747.7	-763.2	-26.6 ²
Betriebsaufwand	-786.9	-769.9	-875.8	-901.5	-918.9	-935.7	-21.5
41 Regalien und Konzessionen	10.4	10.4	10.4	10.4	10.4	10.4	0.0
42 Entgelte	116.8	67.0	146.6	160.4	160.5	160.5	139.6
43 Verschiedene Erträge	0.0	1.1	1.7	1.7	1.7	1.7	56.1
46 Transferertrag	190.2	193.3	197.4	197.2	200.5	203.9	5.4 ³
Betriebsertrag	317.4	271.8	356.2	369.8	373.1	376.5	38.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-469.4	-498.0	-519.6	-531.7	-545.8	-559.3	-12.3
33 Abschreibungen Grossinvestitionen	-5.3	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0	1.1
366 Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge	-0.9	-1.3	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-11.4
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.3	0.3	0.3	0.3	100.0
Abschreibungen	-6.2	-6.4	-6.2	-6.2	-6.2	-6.2	2.5
Betriebsergebnis	-475.6	-504.4	-525.8	-537.9	-552.0	-565.5	-12.1
34 Finanzaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-35.7
44 Finanzertrag	1.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-16.7
Finanzergebnis	1.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-59.2
Gesamtergebnis	-473.8	-504.4	-525.9	-538.0	-552.0	-565.5	-12.1
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-9.7	-10.5	-9.8	-9.9	-10.0	-10.1	4.4
1 Öffentl. Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-11.3	-15.5	-16.6	-16.7	-16.9	-17.1	-10.2
5 Soziale Sicherheit	-456.5	-482.7	-498.2	-508.1	-522.0	-534.3	-10.7 ⁴
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-0.5	2.2	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-125.1
7 Umweltschutz und Raumordnung	5.3	4.3	2.4	0.2	-0.1	-1.3	-129.8
8 Volkswirtschaft	-1.1	-2.3	-3.2	-3.0	-2.5	-2.2	3.3

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
Ausgaben Grossinvestitionen	-1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.3	-0.6	-0.3	-0.5	-0.5	-0.5	19.8
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-2.7	-0.6	-0.3	-0.5	-0.5	-0.5	19.8
Saldo Investitionsrechnung	-2.7	-0.6	-0.3	-0.5	-0.5	-0.5	19.8

Kommentar

- 1 Die Zunahme des Personalaufwands entspricht hauptsächlich der erwarteten Teuerung (2015 - 2016: 0.8%, 2016 - 2017: 1.6%, 2017 - 2018: 1.5%).
- 2 Die Entwicklung dieser Position wird im Wesentlichen durch die Leistungen im Sozialbereich bestimmt. Die Aufwandssteigerung wird dabei hauptsächlich durch die Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen, Behindertenhilfe sowie der Sozialhilfe (u.a. geringere Einnahmen von rund 4 Mio. Franken wegen Wegfall ZUG ab 2017) verursacht.
- 3 Die Aufwandssteigerungen im Sozialbereich werden teilweise durch entsprechend höhere Beiträge des Bundes kompensiert.
- 4 Siehe dazu die Erläuterungen unter Position „36 Transferaufwand“.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Prognose				2018
		2013	2014	2015	2016	2017	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	681.9	681.90	714.4	713.4	706.4	706.4 ¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	668.4					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	70					²
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	37	37	37	37	37	37 ³

Kommentar

- 1 Die Veränderung gegenüber Budget 2014 ergibt sich aus den Bereichen Sozialhilfe und Migration (23.3 Vollzeitstellen), den Dienststellen Amt für Sozialbeiträge (1.5 Vollzeitstellen), Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (1 Vollzeitstelle befristet), Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (8 Vollzeitstellen befristet) und dem Generalsekretariat wo aufgrund der Einführung des Workplace BS eine Verschiebung (-1.3 Vollzeitstellen) zum FD (ZID) erfolgte.
- 2 Für diese Kennzahl wird keine Prognose gemacht. Die parlamentarischen Vorstösse sind ein Instrument des Grossen Rates.
- 3 Für die Planjahre 2015 bis 2018 ist keine Veränderung der Anzahl Lehrstellen geplant.

2.3.8 Gerichte

Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen wie z.B. Zivil-, Straf-, Verwaltungsrecht; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag. Die Gerichte sind aufgeteilt in erstinstanzliche Gerichte und ein zweitinstanzliches Gericht.

Zielsetzungen und Planungen

Eines der wichtigsten Themen für die kommenden Jahre wird die weitere Optimierung der Fachapplikation Juris sein. Nachdem nun alle Gerichte und das Erbschaftsamt die neue Applikation produktiv nutzen, Performanz und Stabilität auf einem adäquaten Stand sind, wird im 2015 mit weniger Aufwand als in den vergangenen Jahren zu rechnen sein.

Die von der Regierung und den Gerichten gemeinsam in Auftrag gegebene Expertise zur Analyse der Organisation und Geschäftslast, hat im Jahr 2013 mit der Aufnahme der Datenerfassung durch die Mitarbeiter begonnen und in diesem Frühjahr geendet. Die Resultate werden bis Ende des Jahres aufbereitet und sollten den Gerichten und der Regierung voraussichtlich im Jahre 2015 zur Verfügung stehen.

Im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips haben die Gerichte ab 2013 zahlreiche Urteile zu publizieren. Das Modul von Juris – FindInfo mit FindInfo WEB – wird nun seit Anfang 2014 produktiv eingesetzt. Dieses ermöglicht den Gerichten Basel-Stadt, analog dem Bundesverwaltungsgericht, eine grösstenteils automatisierte Vorbereitung der Publikationstexte. Bei einer Optimierung bzw. Weiterentwicklung dieser Plattform ist mit weiteren Kosten zu rechnen.

Bei allen Gerichten und dem Erbschaftsamt zeichnet sich im Bereich des Archivierungsplatzes dringender Handlungsbedarf ab. Die zur Verfügung stehenden Platzreserven sind vollends ausgeschöpft. Damit die gemäss Gesetz verlangten Aufbewahrungsfristen eingehalten werden können, wurden Mitte 2014 neue externe Archivräume zugemietet. Die Grösse der Fläche wurde auf 10 Jahre ausgelegt.

Das Betreibungsamt Basel-Stadt hat die Bundesvorgaben in Bezug auf die Bearbeitung von elektronischen Betreibungsverfahren nach eSchKG 2.0 (Verordnung des EJPD über die elektronische Übermittlung im Bereich Schuldbetreibung und Konkurs) zu erfüllen. Die sich seit 2005 im Einsatz befindende Standardfachapplikation vermag zwar die minimalen technischen Voraussetzungen für einen sehr begrenzten Zeitraum noch zu erfüllen, aber bereits in den nächsten ein bis zwei Jahren wird die Weiterentwicklung nicht mehr adäquat und mit wirtschaftlich vernünftigen Mitteln möglich sein. Um die jährlich wiederkehrenden Einnahmen für den Kanton Basel-Stadt in der Höhe von 12 Mio. Franken sicherzustellen, hat das Betreibungsamt die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Mit dem Projekt „Betreibungsamt 2016“ soll die bestehende Fachapplikation für die Bearbeitung der Betreibungsverfahren durch eine moderne und entwicklungsfähige Fachapplikation ersetzt werden.

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
30 Personalaufwand	-40.2	-40.7	-41.1	-41.5	-42.1	-42.8	-5.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-24.0	-23.0	-23.9	-23.9	-23.9	-23.9	-3.9
333 Abschreibungen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	89.2
Betriebsaufwand	-64.2	-63.7	-65.1	-65.4	-66.1	-66.7	-4.6
42 Entgelte	25.6	26.0	25.8	25.8	25.8	25.8	-0.8
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	25.6	26.0	25.8	25.8	25.8	25.8	-0.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-38.6	-37.8	-39.3	-39.6	-40.3	-40.9	-8.4
33 Abschreibungen Grossinvestitionen	0.0	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Abschreibungen	0.0	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Betriebsergebnis	-38.6	-38.0	-39.3	-39.6	-40.3	-40.9	-7.8
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-61.6
44 Finanzertrag	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	43.6
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
Gesamtergebnis	-38.6	-38.0	-39.3	-39.6	-40.3	-40.9	-7.8
davon Funktionen:							
1 Öffentl. Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-38.6	-38.0	-39.3	-39.6	-40.3	-40.9	0.0

Kennzahlen	Einheit	Ist		Prognose			2018
		2013	2014	2015	2016	2017	
Vollzeitstellen (Plafonds)	%	245.6	245.6	246.5	246.5	246.5	246.5
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	239.4					

2.3.9 Behörden und Parlament

	Rechnung	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	2016	2017	2018	P18/14
30 Personalaufwand	-7.0	-8.5	-8.4	-8.5	-8.6	-8.7	-2.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2.4	-2.0	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8	-40.0
Betriebsaufwand	-9.4	-10.5	-11.2	-11.3	-11.4	-11.5	-9.8
42 Entgelte	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-9.3	-10.5	-11.2	-11.3	-11.4	-11.5	-9.8
Betriebsergebnis	-9.3	-10.5	-11.2	-11.3	-11.4	-11.5	-9.8
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-9.3	-10.5	-11.2	-11.3	-11.4	-11.5	-9.8
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-7.6	-8.6	-9.1	-9.2	-9.3	-9.4	-8.9
1 Öffentl. Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-1.7	-1.9	-2.1	-2.1	-2.1	-2.2	-13.9

Kennzahlen	Einheit	Ist		Prognose			
		2013	2014	2015	2016	2017	2018
Vollzeitstellen (Plafonds)	Anz	29.8	28.5	28.7	29	29	29
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	28.8					

2.4 Planungsanzüge

Planungsantrag Tanja Soland betreffend Einrichtungen für jugendliche Beschuldigte und Straffällige (06.5327)

Wortlaut des Planungsantrags

„Die Politischen Ziele im Politikplan Kapitel 5, Seite 64, Strafverfolgung und –vollzug (JD 3.3), sind wie folgt zu ergänzen:

„Jugendliche Beschuldigte und Straffällige sind von Erwachsenen getrennt untergebracht und werden ihrem Alter entsprechend behandelt. Jugendliche Straftäterinnen und -straftäter verbüssen ihre Freiheitsstrafen in einer für sie geeigneten Einrichtung.“

Begründung:

Im neuen Jugendstrafgesetz vom 20. Juni 2003 können Jugendliche neu bis zu vier Jahre mit Freiheitsentzug bestraft werden und die Untersuchungshaft kann für 10 bis 18jährige angeordnet werden. Der Freiheitsentzug ist in einer Einrichtung für Jugendliche zu vollziehen, in der jeder Jugendliche entsprechend seiner Persönlichkeit erzieherisch betreut und insbesondere auf die soziale Eingliederung nach der Entlassung vorbereitet wird. Die Einrichtung muss geeignet sein, die Persönlichkeitsentwicklung des Jugendlichen zu fördern. Ist ein Schulbesuch, eine Lehre oder eine Erwerbstätigkeit ausserhalb der Einrichtung nicht möglich, so ist dem Jugendlichen in der Einrichtung selbst der Beginn, die Fortsetzung und der Abschluss einer Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Solche Einrichtungen gibt es in der Schweiz bisher noch nicht. Und es ist in Anbetracht der Inkraftsetzung des Jugendstrafgesetzes auf den 1.1.2007 unabdingbar, dass die Regierung des Kantons Basel-Stadt sich dies im Politikplan zum Ziel setzt. Die Kantone haben zwar bis zehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Zeit, die notwendigen Einrichtungen zu errichten. Trotzdem scheint es angesichts der bedeutsamen Forderung angebracht, dass die Planung vorangetrieben wird. Auch wenn die Realisierung hauptsächlich auf der Ebene der Strafvollzugskonkordate abgewickelt wird, ist es für die Regierung nötig, die entsprechenden Ziele im Politikplan auszuführen.

Ausserdem stellt die Forderung nach einer getrennten Unterbringung von jugendlichen Beschuldigten und Straffälligen von Erwachsenen eine völkerrechtliche Verpflichtung dar, bei welcher die Schweiz leider Vorbehalte anbringen musste. Dies ermöglicht es jetzt der Regierung, mit gutem Beispiel voranzugehen und trotz den angebrachten Vorbehalten, die völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen.

Tanja Soland

Stellungnahme des Regierungsrates

Der Grosse Rat hat den Planungsantrag am 18. Dezember 2013 stehen gelassen. Der Regierungsrat ist beauftragt, bis spätestens nach Ablauf von zwei Jahren erneut zu berichten. Wie in der vergangenen Berichterstattung dargelegt, liegt der definitive Entscheid über die erforderlichen Kapazitäten für den Jugendvollzug gemäss der Konkordatsplanung Ende 2014 vor. Der Regierungsrat wird im Rahmen des Budgets 2016 erneut zu diesem Planungsantrag Stellung nehmen.

2.5 Vorgezogene Budgetpostulate

2.5.1 Präsidialdepartement

Vorgezogene Budgetpostulate

Patricia von Falkenstein betreffend Präsidialdepartement, Dienststelle 370, Abteilung Kultur

Antrag

Erhöhung um 78'000 Franken.

Förderung FAMB „Freunde alter Musik Basel“ (28'000 Franken) und IGNM „Internationale Gesellschaft für Neue Musik“ (50'000 Franken)

Begründung

Die kulturelle Förderungs- und Forschungsarbeit der FAMB und IGNM im Bereich der Musik sind unbestritten sehr wichtig und sollen nicht durch Subventionskürzungen verunmöglicht oder reduziert werden. Das Image unserer weltbekannten Musik-Akademie würde beschädigt.

Die Angebote von FAMB und IGNM – die historisch informierte Auseinandersetzung mit Musik vom Mittelalter bis zur Klassik hier, die Förderung des aktuellen Musikschaflens dort – sind ein unersetzlicher Bestandteil des Kulturlebens von Basel und der weiteren Region. Ihr Verlust führt zu einer bedeutenden Verarmung des musikalischen Lebens und damit zu einer empfindlichen Schwächung der im Kulturleitbild geforderten internationalen Ausstrahlung Basels. Zudem verlieren vor allem junge Musikerinnen und Musiker wichtige Auftrittsmöglichkeiten. Beides schädigt den Ruf der Stadt Basel als führendes Zentrum, sowohl der Alten, wie der Neuen Musik massiv. Mit dem Erbe von Paul Sacher, einem der bedeutendsten Musikförderer und Mäzen, sollte sorgfältig umgegangen werden. Patricia von Falkenstein, Elisabeth Ackermann, Ernst Mutschler, Sibylle Benz Hübner, Heiner Vischer, Michael Koechlin, Jörg Vitelli, Christine Wirz-von Planta, Tobit Schäfer, Lukas Engelberger

Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat teilt die Meinung der Postulanten bezüglich der Qualität und der Bedeutung der FAMB und der IGNM. Er hat jedoch aus anderen, grundsätzlichen Erwägungen beschlossen, die Subventionsverhältnisse zu beenden: Künftig sollen Konzertveranstalter (d.h. Institutionen ohne eigene künstlerische Tätigkeiten, die Konzerte veranstalten oder im Sinne der Musikerförderung initiieren) nicht mehr in Form von Subventionen unterstützt werden. Das bedeutet aber nicht, dass diese nicht aus anderen Mitteln projektbezogen gefördert werden sollen. Ziel ist es, hiermit eine Wettbewerbsgleichheit unter den zahlreichen Musikveranstaltern zu erreichen (wie zum Beispiel Swiss Chamber Concerts, Kammermusik um halb 8, die Konzertreihe Klappfon usw.), die alle ebenfalls wichtige Beiträge an die Vielfalt und Qualität des Basler Musiklebens leisten, aber nicht subventioniert werden können.

Der Regierungsrat behält sich aus kulturpolitischer Gesamtsicht die Möglichkeit vor, bestehende Subventionsverhältnisse gegebenenfalls zu hinterfragen oder Prioritäten neu zu setzen – er muss sie sich vorbehalten, um im stark gebundenen Bereich der institutionellen Förderung auch künftig nicht nur zu verwalten, sondern mitgestalten zu können, auch wenn der Spielraum dafür aus politischer Perspektive vergleichsweise gering ist. Wichtig ist daher auch zu betonen, dass die mit dem Verzicht auf die Subventionierung der beiden Konzertveranstalter eingesparten Mittel vollumfänglich im Bereich der Musik eingesetzt worden sind, u.a. für das Ensemble Phoenix und die basel sinfonietta sowie das Kammerorchester Basel, die alle begründeten Mehrbedarf haben.

Das Präsidialdepartement prüft, inwiefern künftig die Programme der IGNM bzw. der FAMB aus anderen Mitteln unterstützt werden können. So konnte teilweise und im Sinne einer Überbrückung bereits garantiert werden, dass deren Konzertangebote weitergeführt werden, für die Saison 2013/2014 mit Mitteln aus dem Swisslos-Fonds. Für die kommende Saison wurden von beiden erneut Gesuche eingereicht, die zurzeit geprüft werden.

Aus diesen Gründen hat der Regierungsrat das vorgezogene Budgetpostulat **nicht erfüllt**.

2.5.2 Erziehungsdepartement

Vorgezogene Budgetpostulate

Vorgezogenes Budgetpostulat Heidi Mück / Dienststelle 290 / Jugend, Familie und Sport / Transferaufwand

Antrag

Erhöhung um 50'000 Franken

Begründung

„Die Arbeit der Mobilen Jugendarbeit (MJA) wird allseits geschätzt. Aufgrund mangelnder Ressourcen musste die MJA ihre Tätigkeit einschränken und kann das Quartier Kleinhüningen nicht und das Quartier Klybeck nur in kleinem Umfang betreuen. Das Potential Mobiler Jugendarbeit in den als sozial belastet wahrgenommenen Quartieren Kleinhüningen und Klybeck ist riesig und kann von zwei Mitarbeitenden der MJA, die gleichzeitig im ganzen Kleinbasel aufsuchende Jugendarbeit machen, nicht ausgeschöpft werden. Dies hat negative Folgen, die in den Quartieren seit einiger Zeit manifest werden: Aus den unbeaufsichtigten Kindern werden Jugendliche, die zu klein für den Jugendtreffpunkt Dreirosen, aber zu gross für die Kinderangebote in Kleinhüningen geworden sind. Aus Langeweile hängen sie herum und suchen Reibungsfläche mit Fachpersonen von evtl. früher besuchten Angeboten aus dem Kinderbereich. Dabei stören sie den Ablauf der Aktivitäten für die Kinder. Die Situation im Klybeck begünstigt das Herumhängen insofern, als dass auch viele junge Erwachsene erwerbslos und somit im öffentlichen Raum sichtbar sind. Es besteht die Gefahr, dass sich die unbeachteten Jugendlichen diesen anschliessen und dort Anerkennung suchen. Die Bevölkerung der betroffenen Quartiere Kleinhüningen und Klybeck wünscht sich eine Grundversorgung mit Leistungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit um den sozialen Spannungen adäquat begegnen zu können. Aus diesen Gründen braucht es eine Aufstockung der Beiträge für die Mobile Jugendarbeit im Umfang von Fr. 50'000 von Fr. 380'000 auf Fr. 430'000 pro Jahr.“

Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat will dem vorgezogenen Budgetpostulats Heidi Mück (13.5524) aus inhaltlichen und finanziellen Erwägungen nicht entsprechen. Am 11. Januar 2012 hat der Grosse Rat über die offene Kinder- und Jugendarbeit beraten und beschlossen, für die Jahre 2012 bis und mit 2015 Betriebskostenbeiträge in der Höhe von insgesamt 5'860'500 Franken pro Jahr, pauschal und nicht indexiert, auszurichten (Beschluss Nr.12/02/09G vom 11.01.2012). Der Grosse Rat hat bereits damals die Beiträge gegenüber dem Antrag des Regierungsrats um 100'000 Franken erhöht. Die Beiträge an die offene Kinder- und Jugendarbeit werden als Finanzhilfen ausgerichtet. Die Trägerschaften sind dabei frei, ihre Angebote dort zu erbringen, wo ein besonderer Bedarf besteht. Damit kann dem Anliegen des Budgetpostulats auch mit den verfügbaren Mitteln entsprochen werden. Zu einer bedarfsgerechten Ausrichtung der Angebote sind häufig solche Justierungen nötig. Das liegt in der Natur der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine Expertise der Fachhochschule Nordwestschweiz

zeigt, dass diese ständige Herausforderung den Trägerschaften grundsätzlich gut gelingt. Weitere inhaltliche Vorbehalte entstehen durch den Ausbau der Tagesstrukturen an den Schulen. Ein paralleler Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist in dieser Phase nicht nötig und auch familienpolitisch nicht sinnvoll. Wie sich auch ausserhalb der Schweiz beobachten lässt, entwickelt sich mit dem Ausbau von Tagesstrukturen eine neue Arbeitsteilung, welche die offenen Kinder- und Jugendarbeit neu positioniert. Sinnvolle Konzepte entstehen durch eine gute Abstimmung der Angebote vor Ort. Bereits heute besteht eine enge Zusammenarbeit von Trägerschaften der offenen Kinder- und Jugendarbeit und den Schulen, was die besten Voraussetzungen für eine solche Abstimmung schafft. Aus diesen inhaltlichen Gründen und mit Blick auf die finanziellen Verhältnisse ist ein Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit daher nicht angezeigt. Den Anliegen des vorgezogenen Budgetpostulats Heidi Mück (13.5524) soll daher **nicht** gefolgt werden.

3 Das Budget

3.1 Erfolgsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'126.1	-1'186.0	-1'216.9	-31.0	-2.6	-90.8	-8.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-451.0	-449.4	-430.9	18.5	4.1	20.1	4.5
33 Abschreibungen VV	-166.0	-134.6	-177.4	-42.8	-31.8	-11.4	-6.9
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	100.0
36 Transferaufwand	-1'859.7	-1'842.8	-1'950.5	-107.7	-5.8	-90.8	-4.9
Betriebsaufwand	-3'602.9	-3'612.8	-3'775.7	-162.9	-4.5	-172.8	-4.8
40 Fiskalertrag	2'481.4	2'528.6	2'511.1	-17.5	-0.7	29.8	1.2
41 Regalien und Konzessionen	33.4	33.5	25.9	-7.6	-22.7	-7.5	-22.3
42 Entgelte	419.0	351.5	460.8	109.3	31.1	41.8	10.0
43 Verschiedene Erträge	15.0	2.3	4.6	2.3	99.9	-10.4	-69.5
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0
46 Transferertrag	530.5	531.2	548.5	17.3	3.2	18.0	3.4
Betriebsertrag	3'479.4	3'447.2	3'550.9	103.7	3.0	71.5	2.1
Betriebsergebnis	-123.4	-165.5	-224.8	-59.2	-35.8	-101.3	-82.1
34 Finanzaufwand	-176.1	-135.8	-98.2	37.6	27.7	77.9	44.3
44 Finanzertrag	384.9	303.6	292.0	-11.5	-3.8	-92.9	-24.1
Finanzergebnis	208.8	167.8	193.9	26.1	15.6	-15.0	-7.2
Gesamtergebnis	85.4	2.2	-30.9	-33.1	...	-116.3	-136.2
Total Aufwand	-3'779.0	-3'748.6	-3'873.9	-125.3	-3.3	-94.9	-2.5
Total Ertrag	3'864.4	3'750.8	3'843.0	92.2	2.5	-21.4	-0.6

3.2 Investitionsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Sachanlagen Grossinvestitionen	-262.6	-354.6	-467.0	-112.4	-31.7	-204.4	-77.8
Immaterielle Anlagen Grossinvestitionen	-1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	1.3	100.0
Sachanlagen Kleininvestitionen	-7.0	-4.7	-5.4	-0.6	-13.3	1.6	23.3
Immaterielle Anlagen Kleininvestitionen	-0.3	-0.3	-0.1	0.2	61.5	0.2	69.4
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-20.4	0.0	0.0	0.0	0.0	20.4	100.0
Investitionsausgaben	-291.6	-359.6	-472.5	-112.9	-31.4	-180.8	-62.0
Übertragung von Anlagen ins FV	112.7	0.0	6.7	6.7	0.0	-106.0	-94.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	22.4	11.0	20.0	9.0	81.8	-2.4	-10.6
Investitionseinnahmen	135.1	11.0	26.7	15.7	142.9	-108.4	-80.2
Nettoinvestitionen	-156.5	-348.6	-445.8	-97.2	-27.9	-289.3	-184.9
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-185.7	-27.2	-88.0	-60.8	-223.5	97.7	52.6
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	94.7	0.0	57.7	57.7	0.0	-37.0	-39.1
Veränderung Darlehen, Beteiligungen	-91.0	-27.2	-30.3	-3.1	-11.4	60.8	66.8
Saldo Investitionsrechnung	-247.6	-375.8	-476.1	-100.3	-26.7	-228.5	-92.3

Bei totalen Ausgaben von 472.5 Mio. Franken und Einnahmen von 26.7 Mio. Franken betragen die Nettoinvestitionen 445.8 Mio. Franken. Die vom Regierungsrat festgelegte Zielgrösse für die Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV; gesamtstaatlicher Plafond) beträgt für das Jahr 2015 bei Ausgaben von 467.0 Mio. und Einnahmen von 20.0 Mio. Franken insgesamt netto 447.0 Mio. Franken (Plafonds aller Investitionsbereiche).

Im 2015 sind für Darlehen Ausgaben in Höhe von insgesamt 88.0 Mio. Franken vorgesehen. Davon gehen 52.5 Mio. Franken an die Basler Verkehrs-Betriebe zur Beschaffung der Flexity Trams. Ein weiteres Darlehen im Umfang von 35.5 Mio. Franken geht an die Universität beider Basel. Als Einnahmen wird die Rückzahlung der Pensionskassen-Vorschüsse für die Sanierung und Ausfinanzierung durch die Destinatäre in der Höhe von 57.7 Mio. erwartet.

Für den Saldo der Investitionsrechnung resultiert eine Summe von 476.1 Mio. Franken, was gegenüber dem Vorjahresbudget einer Zunahme von 100.3 Mio. Franken entspricht.

3.3 Anhang

3.3.1 Erläuterungen zu Positionen des Budgets

Erfolgsrechnung Kontogruppe 30 Personalaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
		2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
300	Behörden, Kommissionen, Richter	-10.8	-13.3	-11.3	2.0	17.7	-0.5	-4.7
301	Löhne Verwaltungs-, Betriebspersonal	-601.2	-619.7	-639.8	-20.1	-3.1	-38.6	-6.4 ¹
302	Löhne Lehrkräfte	-261.1	-253.3	-258.3	-5.0	-2.0	2.8	1.1 ²
303	Temporäre Arbeitskräfte	-6.3	-6.0	-6.0	0.0	0.2	0.3	4.8
304	Zulagen	-36.8	-33.2	-35.7	-2.5	-7.0	1.1	3.0
305	Arbeitgeberbeiträge	-184.4	-234.2	-238.8	-4.6	-1.9	-54.3	-29.5
306	Arbeitgeberleistungen	-0.1	-0.1	0.0	0.0	63.5	0.0	32.6
309	Übriger Personalaufwand	-25.4	-26.3	-27.1	-0.7	-2.7	-1.6	-6.3
30	Personalaufwand	-1'126.1	-1'186.0	-1'216.9	-31.0	-2.5	-90.8	-8.1

Kommentar

- Die im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich anfallenden Mehrkosten im Umfang von rund 20.1 Mio. Franken sind insbesondere auf den Mehraufwand aufgrund des Projektes Systempflege und auf die in Kapitel 4.1.1 beschriebene Zunahme des Personalbestandes zurückzuführen.
- Im Vergleich zum Vorjahresbudget steigen die Löhne für die Lehrkräfte insbesondere aufgrund von höheren Schülerzahlen und Lektionenkosten um rund 5.0 Mio. Franken an.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 31 Sach- und Betriebsaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
		2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
310	Material- und Warenaufwand	-43.5	-41.9	-42.2	-0.3	-0.8	1.2	2.9
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-16.0	-13.5	-15.0	-1.5	-10.0	1.0	6.2
312	Ver- und Entsorgung	-32.9	-32.0	-32.6	-0.7	-2.1	0.2	0.6
313	Dienstleistungen und Honorare	-147.8	-153.2	-139.8	13.4	9.6	8.0	5.4 ¹
314	Unterhalt Immobilien	-50.9	-51.6	-39.4	12.2	31.0	11.5	22.6 ²
315	Unterhalt Mobilien, immat. Anlagen	-31.9	-30.9	-29.3	1.6	5.6	2.6	8.1
316	Mieten, Leasing, Pacht, Benützungsgb.	-26.3	-29.3	-34.8	-5.5	-15.7	-8.5	-32.2 ³
317	Spesenentschädigungen	-6.3	-5.8	-6.4	-0.5	-8.5	0.0	-0.6
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-67.6	-55.6	-56.2	-0.6	-1.0	11.5	17.0
319	Verschiedener Betriebsaufwand	-27.8	-35.6	-35.2	0.3	1.0	-7.4	-26.6
31	Sach- und Betriebsaufwand	-451.0	-449.4	-430.9	18.6	4.3	20.1	4.5

Kommentar

- Die Kostenartengruppe Dienstleistungen und Honorare weist gegenüber dem Budget 2014 einen Rückgang von 13.4 Mio. Franken aus. Dazu tragen hauptsächlich die weniger hoch budgetierten Positionen Lizenzen/Nutzung Software (siehe Fussnote 3), Straf- und Massnahmenvollzug, Instruktionkurse sowie Gutachten und Expertisen bei.
- Die Abnahme von 12.2 Mio. Franken ist hauptsächlich auf die technische Verschiebung von aktivierbaren Unterhaltsausgaben des Verwaltungsvermögen in die Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens zurückzuführen.
- Die Zunahme von 5.5 Mio. Franken geht hauptsächlich auf die Änderung bei der Budgetierung von Mieten für Immaterielle Anlagen (v.a. Software) zurück (siehe Fussnote 1).

Erfolgsrechnung Kontogruppe 33 Abschreibungen

in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13			
				abs.	%	abs.	%		
330	Sachanlagen Grossinvestitionen	-155.6	-125.8	-164.5	-38.6	-23.5	-8.8	-5.7	¹
332	Immaterielle Anlagen Grossinvest.	-5.5	-3.2	-6.9	-3.7	-53.2	-1.4	-24.8	²
333	Sach-,immat. Anlagen Kleininvest.	-4.9	-5.6	-6.1	-0.5	-8.4	-1.2	-24.7	
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-166.0	-134.6	-177.4	-42.8	-24.1	-11.4	-6.9	

Kommentar

- Die Zunahme bei den Abschreibungen für Grossinvestitionen ist hauptsächlich auf den Bereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen zurückzuführen. Hier führen die steigenden Investitionsausgaben und die im Zusammenhang mit der Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells (HRM2) erfolgte Aufwertung des Vermögens zu einer deutlichen Steigerung des Abschreibungsbedarfs.
- Die Zunahme gegenüber dem Vorjahresbudget ist insbesondere auf das realisierte Vorhaben WorkplaceBS zurückzuführen.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 34 Finanzaufwand

in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13			
				abs.	%	abs.	%		
340	Zinsaufwand	-59.9	-63.3	-46.5	16.8	36.1	13.4	22.3	¹
	Verzinsung laufende Verbindl.	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-92.3	0.0	41.0	
	Verzinsung kurzfr. Finanzverbindl.	-0.9	-2.7	-1.4	1.2	45.7	-0.5	-53.2	
	Verzinsung langfr. Finanzverbindl.	-54.7	-50.7	-40.5	10.2	20.1	14.2	26.0	
	Übrige Passivzinsen	-4.2	-10.0	-4.6	5.4	54.0	-0.4	-9.1	
341	Realisierte Kursverluste	-0.5	0.0	0.0	0.0	-4.3	0.5	95.5	
342	Kapitalbeschaff., Verwaltungskosten	-3.0	-2.9	-4.4	-1.4	-32.9	-1.4	-45.5	
343	Liegenschaftenaufwand FV	-41.0	-69.3	-47.1	22.2	47.1	-6.1	-14.9	³
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	-71.7	-0.2	-0.1	0.1	47.6	71.5	99.8	
349	Verschiedener Finanzaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	15.4	0.0	95.1	
34	Finanzaufwand	-176.1	-135.8	-98.2	37.6	38.3	77.9	44.3	

Kommentar

- Tiefere Zinsen, Aufschläge auf Staatsanleihen und Festgelddepots sowie weniger hohe Gutschriftzinsen für Steuervorauszahlungen sind hauptsächlich verantwortlich für die Verbesserung von rund 16.8 Mio. Franken.
- Der Finanzaufwand fällt hier deutlich tiefer aus, da die grosse Altlastensanierung am Rüchligweg im 2014 abgeschlossen sein wird.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
				abs.	%	abs.	%	
351	Einlagen Fonds, Spezialfinanz. im EK	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	100.0
35	Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	100.0

Erfolgsrechnung Kontogruppe 36 Transferaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13			
		2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%	
361	Entschädigungen Gemeinwesen, Dritte	-557.0	-571.2	-580.8	-9.6	-1.7	-23.8	-4.3	
	Bund	-4.9	-7.0	-4.7	2.2	32.2	0.2	4.1	
	Kantone und Konkordate	-25.7	-27.7	-27.6	0.1	0.5	-1.9	-7.3	
	Öffentliche Unternehmungen	-248.9	-259.2	-267.1	-7.9	-3.1	-18.1	-7.3	¹
	Dritte	-277.4	-277.3	-281.4	-4.1	-1.5	-4.0	-1.4	²
362	Finanz- und Lastenausgleich	-167.5	-157.1	-147.4	9.7	6.6	20.1	12.0	³
363	Beiträge an Gemeinwesen, Dritte	-1'113.0	-1'106.7	-1'211.0	-104.3	-8.6	-98.0	-8.8	
	Kantone und Konkordate	2.6	0.2	9.7	9.5	...	7.1	272.4	
	Gemeinden und Zweckverbände	-8.5	-7.6	-14.5	-6.9	-90.0	-5.9	-69.6	
	Öffentliche Unternehmungen	-297.5	-297.2	-290.4	6.8	2.3	7.1	2.4	
	Private Unternehmungen	-11.1	-10.8	-10.2	0.5	4.8	0.9	7.9	
	Private Organisat. o. Erwerbszweck	-118.7	-123.6	-128.1	-4.5	-3.6	-9.4	-7.9	
	Private Haushalte	-678.1	-666.1	-775.8	-109.8	-16.5	-97.7	-14.4	⁴
	Ausland	-1.7	-1.7	-1.7	0.0	0.0	0.0	0.1	
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	-2.5	0.0	-2.5	-2.5	-100.0	0.0	0.0	
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-10.3	0.0	0.0	0.0	0.0	10.3	100.0	
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-9.3	-7.8	-8.7	-1.0	-11.0	0.6	6.0	
36	Transferaufwand	-1'859.7	-1'842.8	-1'950.5	-107.7	-5.5	-90.8	-4.9	

Kommentar

- Die Mehraufwendungen in Höhe von 7.9 Mio. Franken hängen insbesondere mit den vom Regierungsrat geplanten Massnahmen zu den Schwerpunkten im Bereich Öffentlicher Verkehr, die zu einer Erhöhung des Globalbudget führen, zusammen.
- Für den Ausbau des Tagesstrukturangebots durch externe Dritte sowie für die steigende Nachfrage in der Tagesbetreuung werden zusätzliche Mittel budgetiert. Zusammen mit dem geplanten Ausbau der Mütter- und Väterberatung führen diese Positionen u.a. zu einer im Vergleich zum Vorjahr höheren Belastung.
- Im Bereich der NFA beträgt die Entlastung durch den Ressourcenausgleich 9.7 Mio. Franken.
- Die Abweichung von 109.8 Mio. Franken ist hauptsächlich auf die aufgrund der Einführung der neuen Fachapplikation für Ergänzungsleistungen umgestellte Verbuchungspraxis (Bruttoprinzip) bei den Rückforderungen zurückzuführen. Dadurch erhöhen sich die Positionen 36 und 46 gegenüber dem Budget im gleichen, ergebnisneutralen Umfang. Eine weitere Ursache für diese Mehraufwendungen ist ebenfalls auf die Einführung des Bruttoprinzips beim Swisslos-Fonds in Höhe von 7.2 Mio. Franken zurückzuführen. Hinzu kommen steigende Kosten in den Bereichen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, den Prämienverbilligungen und der Behindertenhilfe im Umfang von 10.4 Mio. Franken.

Sozialkosten netto

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
		2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
	Prämienverbilligungen netto	-63.9	-88.3	-91.9	-3.6	-4.1	-28.0	-43.7
	Behindertenhilfe netto	-80.5	-83.8	-86.5	-2.7	-3.2	-6.0	-7.4
	Sozialhilfe	-160.7	-157.4	-164.7	-7.3	-4.6	-4.0	-2.5
	Beihilfen netto	-9.2	-10.6	-9.0	1.6	15.1	0.2	2.6
	Stationäre Jugendhilfe	-45.9	-45.5	-46.6	-1.1	-2.4	-0.7	-1.5
	Beiträge Suchttherapien	-4.4	-3.9	-4.4	-0.5	-13.9	0.0	0.0
	Kantonsbeitrag an ALV	-4.4	-4.2	-4.4	-0.2	-4.8	0.0	0.0
	Pflegeheimfinanzierung	-97.7	-97.0	-100.4	-3.4	-3.5	-2.7	-2.7
	Familienmietzinsbeiträge	-8.0	-10.2	-9.9	0.3	2.9	-1.9	-24.0
	Ergänzungsleistungen netto	-100.6	-93.0	-97.8	-4.8	-5.2	2.8	2.8
	Sozialkosten netto	-575.4	-593.9	-615.6	-21.7	-3.7	-40.2	-7.0

Den in den eigenen Beträgen enthaltenen Sozialkosten stehen oft Rückvergütungen des Bundes und von Dritten gegenüber. Um ein besseres Bild über die Entwicklung der Sozialkosten zu vermitteln, sind in der Tabelle die Netto-Belastungen der wichtigsten Sozialleistungen dargestellt.

Die Entwicklung bei den Sozialkosten zeigt für das Jahr 2015 insgesamt eine Zunahme von 21.7 Mio. Franken. Die Prämienverbilligungen steigen gegenüber dem Budget um 3.6 Mio. Franken an. Ebenfalls muss bei der Behindertenhilfe mit Mehraufwendungen im Umfang von 2.7 Mio. gerechnet werden. Die Ausgaben bei der Sozialhilfe überschreiten das Vorjahresbudget um rund 7.3 Mio. Franken. Eine weitere grössere Abweichung ist bei der Pflegeheimfinanzierung ersichtlich. Hier wird mit Mehrausgaben in Höhe von 3.4 Mio. Franken gerechnet. Demgegenüber steht bei den Beihilfen ein voraussichtlicher Rückgang der Ausgaben in Höhe von 1.6 Mio. Franken.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 40 Fiskalertrag

in Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Budget 2015	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13			
				abs.	%	abs.	%		
400	Direkte Steuern natürliche Personen	1'611.7	1'735.0	1'660.7	-74.3	-4.5	49.0	3.0	¹
	Einkommenssteuern	1'222.1	1'340.0	1'247.7	-92.3	-6.9	25.6	2.1	
	Vermögenssteuern	252.5	254.0	265.0	11.0	4.3	12.5	5.0	
	Quellensteuern	120.8	129.0	133.0	4.0	3.1	12.2	10.1	
	Übrige direkte Steuern nat. Personen	16.4	12.0	15.0	3.0	25.0	-1.4	-8.3	
401	Direkte Steuern juristische Personen	678.5	643.0	697.0	54.0	7.7	18.5	2.7	²
	Gewinnsteuern	542.6	524.0	569.0	45.0	8.6	26.4	4.9	
	Kapitalsteuern	135.3	118.0	128.0	10.0	8.5	-7.3	-5.4	
	Übrige direkte Steuern jur. Personen	0.6	1.0	0.0	-1.0	-100.0	-0.6	-100.0	
402	Übrige Direkte Steuern	157.4	117.0	120.3	3.3	2.7	-37.1	-23.6	
	Grundsteuern	8.5	13.0	14.3	1.3	10.0	5.8	69.1	
	Vermögensgewinnsteuern	40.3	40.0	38.0	-2.0	-5.0	-2.3	-5.6	
	Vermögensverkehrssteuern	39.1	32.0	36.0	4.0	12.5	-3.1	-7.9	
	Erbschafts- und Schenkungssteuern	69.6	32.0	32.0	0.0	0.0	-37.6	-54.0	
403	Besitz- und Aufwandsteuern	33.8	33.6	33.1	-0.5	-1.5	-0.7	-2.1	
	Verkehrsabgaben	33.2	33.0	32.5	-0.5	-1.5	-0.7	-2.1	
	Hundesteuer	0.6	0.6	0.6	0.0	0.0	-0.0	-1.5	
40	Fiskalertrag	2'481.4	2'528.6	2'511.1	-17.5	-0.7	29.8	1.2	

Kommentar

- Bei den Einkommenssteuern wird mit einem Rückgang von 92.3 Millionen Franken gerechnet. Hier sind die Erkenntnisse aus der Rechnung 2013 berücksichtigt, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets 2014 noch nicht bekannt waren. Demgegenüber steht bei den Vermögenssteuern ein geplantes Wachstum von 11.0 Millionen Franken. Eine weitere Zunahme von insgesamt 7.0 Millionen wird bei den Quellensteuern bzw. Grenzgängerentschädigungen sowie bei den Nach- und Strafsteuern erwartet. Insgesamt resultiert bei den Steuern für natürliche Personen ein Rückgang von 74.3 Millionen Franken.
- Bei den Juristischen Personen wird insgesamt mit einem Wachstum von 54.0 Millionen gerechnet. Dies ist hauptsächlich auf höhere Gewinn- und Kapitalsteuern zurückzuführen.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 41 Regalien und Konzessionen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
		2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
410	Regalien	0.0	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	1.3
411	Anteil Nationalbankgewinn	15.6	15.6	7.8	-7.8	-50.0	-7.8	-50.1 ¹
412	Konzessionen	17.7	17.9	18.1	0.2	1.1	0.4	2.1
41	Regalien und Konzessionen	33.4	33.5	25.9	-7.6	-29.3	-7.5	-22.3

Kommentar

- 1 Beim Anteil am Nationalbankgewinn wird für das Budgetjahr 2015 aufgrund der grossen Unsicherheit, ob die Schweizerische Nationalbank 2015 überhaupt einen Gewinn ausschütten kann, nur die Hälfte der gemäss geltender Ausschüttungsvereinbarung bei einem genügend hohen Gewinn zu erwartende Ausschüttung budgetiert. Dies sind 7.8 Millionen.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 42 Entgelte

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
		2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
420	Ersatzabgaben	25.1	0.2	10.2	10.0	98.1	-15.0	-59.5 ¹
421	Gebühren für Amtshandlungen	83.7	82.2	84.4	2.1	2.5	0.7	0.8
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	28.9	36.6	38.4	1.9	4.8	9.6	33.1
423	Schul- und Kursgelder	5.0	5.5	5.7	0.2	2.8	0.7	13.6
424	Benützungsgebühren, Dienstleistungen	147.8	147.4	146.0	-1.4	-1.0	-1.8	-1.2
425	Erlös aus Verkäufen	19.8	18.0	16.8	-1.2	-7.3	-3.1	-15.5
426	Rückerstattungen	81.3	30.3	108.4	78.1	72.0	27.1	33.3 ²
427	Bussen	21.1	24.3	24.6	0.3	1.2	3.6	16.9
429	Übrige Entgelte	6.3	7.0	26.4	19.4	73.4	20.1	316.6 ³
42	Entgelte	419.0	351.5	460.8	109.3	23.7	41.8	10.0

Kommentar

- 1 Die im Vergleich zum Budget gestiegenen Ersatzabgaben sind auf die Einnahmen des Mehrwertabgabefonds zurückzuführen. Die Einnahmen werden erstmalig budgetiert.
- 2 Die Abweichung ist darauf zurückzuführen, dass systemtechnisch seit der Einführung der neuen Fachapplikation für Ergänzungsleistungen im Mai 2013 die Rückforderungen neu nach dem Bruttoprinzip ausgewiesen werden. Dadurch erhöhen sich die Positionen 36 und 42 gegenüber dem Budget im gleichen, ergebnisneutralen Umfang.
- 3 Bedingt durch die Einführung auf das Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) wird die Gewährsträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank neu nicht mehr beim Finanzergebnis, sondern beim Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis ausgewiesen. Diese technische Anpassung führt zu einer Veränderung von 19.4 Millionen Franken.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 43 Verschiedene Erträge

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
		2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
430	Verschiedene betriebliche Erträge	3.4	2.1	4.3	2.2	51.3	0.9	26.2 ¹
439	Übriger Ertrag	11.6	0.2	0.3	0.1	30.9	-11.3	-97.5
43	Verschiedene Erträge	15.0	2.3	4.6	2.3	50.0	-10.4	-69.5

Kommentar

- 1 Ein grosser Teil der Abweichung ist dadurch begründet, dass durch die Neubudgetierung des Pendlerfonds ab dem Jahr 2015 Finanzierungsbeiträge für Projekte anfallen.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 44 Finanzertrag

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
440 Zinsertrag	20.2	19.3	19.5	0.2	0.9	-0.6	-3.2
441 Realisierte Gewinne	2.2	0.0	0.0	-0.0	-29.3	-2.2	-99.8
442 Beteiligungsertrag	6.2	5.6	3.9	-1.8	-31.1	-2.3	-37.1
443 Liegenschaftenertrag	133.1	148.2	135.3	-12.9	-8.7	2.2	1.7 ¹
444 Wertberichtigung Anlagen	90.6	0.0	0.0	0.0	0.0	-90.6	-100.0
Finanzertrag Finanzvermögen	252.2	173.2	158.7	-14.5	-8.4	-93.5	-37.1
445 Darlehens- und Beteiligungsertrag	23.6	22.0	22.2	0.1	0.7	-1.4	-6.1
446 Ertrag öffentlicher Unternehmungen	103.7	103.4	105.9	2.5	2.4	2.2	2.1
447 Liegenschaftenertrag	5.1	5.0	5.3	0.4	7.1	0.2	4.0
449 Übriger Finanzertrag	0.3	0.0	0.0	-0.0	-3.6	-0.3	-98.3
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	132.7	130.4	133.4	2.9	2.3	0.6	0.5
44 Finanzertrag	384.9	303.6	292.0	-11.5	-3.8	-92.9	-24.1

Kommentar

- 1 Der Minderertrag ist v.a. darauf zurückzuführen, dass der im 2014 anfallende Buchgewinn infolge einer abgeschlossenen Altlastensanierung am Rüchligweg im 2015 nicht mehr anfällt.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
451 Entnahmen Fonds, Spezialfinanz.im EK	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0
45 Entnahmen/Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0

Erfolgsrechnung Kontogruppe 46 Transferertrag

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
		2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%	
460	Ertragsanteile	199.0	183.3	190.0	6.6	3.5	-9.0	-4.5	¹
	Anteil an Bundeserträgen	199.0	183.3	190.0	6.6	3.6	-9.0	-4.5	
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	53.1	50.8	52.2	1.3	2.5	-0.9	-1.7	
	Bund	2.1	1.8	1.7	-0.2	-8.5	-0.5	-21.3	
	Kantone und Konkordate	47.0	44.6	45.5	0.9	1.9	-1.5	-3.3	
	Gemeinden und Zweckverbänden	3.9	4.4	5.0	0.6	14.1	1.1	26.9	
462	Finanz- und Lastenausgleich	61.1	59.1	61.7	2.6	4.2	0.6	1.0	
	Bund	52.8	54.5	55.3	0.8	1.5	2.5	4.7	
	Gemeinden und Zweckverbänden	8.3	4.6	6.4	1.8	39.1	-1.9	-23.0	
463	Beiträge von Gemeinwesen, Dritten	208.7	235.2	236.8	1.6	0.7	28.1	13.5	
	Bund	187.9	194.1	198.4	4.4	2.3	10.5	5.6	
	Kantone und Konkordate	13.1	12.4	13.3	0.9	7.5	0.2	1.3	
	Gemeinden und Zweckverbänden	2.1	2.1	2.1	-0.0	-2.2	-0.0	-0.5	
	Öffentliche Unternehmungen	0.8	18.9	7.9	-11.0	-58.1	7.1	859.5	²
	Privaten Haushalte	4.5	7.5	14.9	7.4	97.7	10.4	229.2	³
	Ausland	0.2	0.2	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	
466	Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	8.6	2.8	7.8	5.1	64.9	-0.8	-8.8	
46	Transferertrag	530.4	531.2	548.5	17.3	3.1	18.1	3.4	

Kommentar

- 1 Die Budgetüberschreitung ist hauptsächlich auf einen höheren Anteil an der direkten Bundessteuer im Umfang von 6.0 Mio. Franken zurückzuführen.
- 2 Der hier ausgewiesene Mindertrag ist u.a. auf eine geänderte Verbuchungspraxis beim Gewinnanteil an den Schweizerischen Rheinsalinen zurückzuführen.
- 3 Der Mehrertrag ist insbesondere auf die Einführung des Bruttoprinzips beim Swisslos-Fonds in Höhe von 7.2 Mio. Franken zurückzuführen.

4 Der Kanton

4.1 Budget Kanton

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'126.1	-1'186.0	-1'216.9	-31.0	-2.6	-90.8	-8.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-451.0	-449.4	-430.9	18.5	4.1	20.1	4.5
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-4.9	-5.6	-6.1	-0.5	-9.2	-1.2	-24.7
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	100.0
36 Transferaufwand	-1'837.6	-1'835.0	-1'939.3	-104.2	-5.7	-101.7	-5.5
39 Interne Verrechnungen	-241.8	-228.2	-264.1	-35.8	-15.7	-22.3	-9.2
Betriebsaufwand	-3'661.4	-3'704.2	-3'857.2	-153.0	-4.1	-195.8	-5.3
40 Fiskalertrag	2'481.4	2'528.6	2'511.1	-17.5	-0.7	29.8	1.2
41 Regalien und Konzessionen	33.4	33.5	25.9	-7.6	-22.7	-7.5	-22.3
42 Entgelte	419.0	351.5	460.8	109.3	31.1	41.8	10.0
43 Verschiedene Erträge	15.0	2.3	4.6	2.3	99.9	-10.4	-69.5
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0
46 Transferertrag	521.9	528.5	540.7	12.2	2.3	18.8	3.6
49 Interne Verrechnungen	241.8	228.2	264.1	35.8	15.7	22.3	9.2
Betriebsertrag	3'712.7	3'672.7	3'807.2	134.4	3.7	94.5	2.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	51.2	-31.5	-50.0	-18.5	-58.9	-101.2	-197.6
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-161.1	-129.0	-171.3	-42.3	-32.8	-10.2	-6.3
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-2.5	0.0	-2.5	-2.5	0.0	0.0	0.0
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-10.3	0.0	0.0	0.0	0.0	10.3	100.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-9.3	-7.8	-8.7	-1.0	-12.4	0.6	6.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	8.6	2.8	7.8	5.1	184.6	-0.8	-8.8
Abschreibungen	-174.7	-134.1	-174.7	-40.7	-30.3	-0.1	-0.0
Betriebsergebnis	-123.4	-165.5	-224.8	-59.2	-35.8	-101.3	-82.1
34 Finanzaufwand	-176.1	-135.8	-98.2	37.6	27.7	77.9	44.3
44 Finanzertrag	384.9	303.6	292.0	-11.5	-3.8	-92.9	-24.1
Finanzergebnis	208.8	167.8	193.9	26.1	15.6	-15.0	-7.2
Gesamtergebnis	85.4	2.2	-30.9	-33.1	...	-116.3	-136.2
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-54.3	-129.4	-152.4	-23.0	-17.8	-98.1	-180.8
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-277.1	-276.5	-277.5	-1.0	-0.4	-0.4	-0.2
2 Bildung	-880.8	-882.9	-891.0	-8.1	-0.9	-10.2	-1.2
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-173.8	-163.2	-167.6	-4.4	-2.7	6.2	3.6
4 Gesundheit	-419.3	-411.7	-403.8	7.9	1.9	15.5	3.7
5 Soziale Sicherheit	-621.5	-650.8	-671.5	-20.7	-3.2	-49.9	-8.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-146.1	-157.2	-169.7	-12.4	-7.9	-23.6	-16.2
7 Umweltschutz und Raumordnung	6.2	8.2	3.3	-4.9	-60.2	-2.9	-47.4
8 Volkswirtschaft	-0.3	-4.3	-5.2	-0.9	-20.6	-4.9	...
9 Finanzen und Steuern	2'652.5	2'670.1	2'704.6	34.5	1.3	52.1	2.0

Finanzen

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-263.9	-354.6	-467.0	-112.4	-31.7	-203.1	-76.9
Ausgaben Kleininvestitionen	-7.3	-5.0	-5.5	-0.5	-9.5	1.9	25.4
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-20.4	0.0	0.0	0.0	0.0	20.4	100.0
Einnahmen Grossinvestitionen	112.7	0.0	6.7	6.7	0.0	-106.0	-94.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	22.4	11.0	20.0	9.0	81.8	-2.4	-10.6
Nettoinvestitionen	-156.5	-348.6	-445.8	-97.2	-27.9	-184.1	-70.4
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-185.7	-27.2	-88.0	-60.8	-223.5	97.7	52.6
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	94.7	0.0	57.7	57.7	0.0	-37.0	-39.1
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-91.0	-27.2	-30.3	-3.1	-11.4	60.8	66.8
Saldo Investitionsrechnung	-247.6	-375.8	-476.1	-100.3	-26.7	-228.5	-92.3

4.1.1 Personalentwicklung

Die Ausrichtung und Weiterentwicklung des Personalmanagements bei BASEL-STADT orientiert sich an den personalstrategischen Leitlinien, welche der Regierungsrat im November 2009 verabschiedet hat. 2015 werden folgende Themen im Vordergrund stehen:

Abschluss der Systempflege Mit dem Projekt wird das nicht mehr zeitgemässe Instrumentarium zur Bewertung und Zuordnung der Funktionen überarbeitet und damit die korrekte und nachvollziehbare Einreihung der Stellen im Lohnsystem von BASEL-STADT gewährleistet.

Das Projekt, in dessen Prozess auch die Dezentralen Personalabteilungen, die Führungsverantwortlichen und die Sozialpartner einbezogen sind, wird 2015 implementiert: Es ist vorgesehen, sämtliche Stellen per 1.2.2015 auf die Richtpositionen des neuen Einreihungsplanes zu überführen. Voraussetzung dafür ist, dass der Regierungsrat im Dezember 2014 die vom ZPD unterbreiteten Zuordnungsvorschläge genehmigt.

Nach der Überführung folgt die Erledigung diverser Anschlussarbeiten, vor allem die Bearbeitung der Fälle, in denen Mitarbeitende mit der Zuordnung ihrer Stelle nicht einverstanden sind.

Grundlagen für ein strategisches Diversity-Konzept Die laufende Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern beim Arbeitgeber BASEL-STADT wird seit Jahren in Form verschiedenster Massnahmen vorangetrieben. Auf Basis der Erkenntnisse aus dem Chancengleichheitscontrolling 2014 werden in einem departementsübergreifenden Workshop weitere Ziele definiert.

Über den Rahmen der Chancengleichheit hinaus gewinnen Diversity-relevante Themen zunehmend an Bedeutung. Ob in Bezug auf die zunehmende kulturelle Vielfalt, den Umgang mit unterschiedlichen Altersgruppen im beruflichen Kontext oder anderen, ähnlich gelagerten Fragen – unsere Führungsverantwortlichen und Mitarbeitenden der Personalfachorganisation sehen sich deutlich stärker mit diesen Themen konfrontiert als in der Vergangenheit.

Mit einem strategischen Diversity-Management will der Arbeitgeber Basel-Stadt das Thema aktiv angehen. Anhand der Erkenntnisse aus der 2014 gestarteten Situations- und Bedarfsanalyse sollen 2015 in einem Diversity-Konzept die angestrebte Diversity-Kultur beschrieben, sowie die entsprechende Politik, Strategie und Handlungsfelder aufgezeigt werden. Das Konzept wird dann dem Regierungsrat mit entsprechenden Schwerpunkten und Zielen unterbreitet.

Weiterentwicklung des Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter-Gesprächs Die zentralen Personalprozesse beim Arbeitgeber Basel-Stadt – Rekrutierung, Vergütung, Beurteilung und Entwicklung – sollen sukzessive in Richtung eines integrierten Personalmanagements stärker aufeinander abgestimmt werden. Ansatzpunkte dafür sind in Form von Kompetenzen ausgedrückte Anforderungen an die Mitarbeitenden. Diese umschreiben, welche Fähigkeiten und Eigenschaften sie mitbringen, sich aneignen oder entwickeln sollen, um ihre Aufgaben optimal erfüllen zu können.

Die Anpassung der Lohnsystematik und des Anforderungsprofils für Kader ist bereits nach diesen

Gesichtspunkten erfolgt. Als nächster Schritt soll nun eines der wichtigsten Führungsinstrumente, das Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch, überprüft und überarbeitet werden.

Personalkennzahlen: Headcount in Vollzeitäquivalenten

	Plafonds (P) 2013	Ist (I) 2013	Plafonds (P) 2014	Plafonds (P) 2015	Abw. abs. P15/P14
Departemente / Betriebe					
Präsidialdepartement	399	390	404	407	3
Bau- und Verkehrsdepartement	937	929	950	950	0
Erziehungsdepartement	3'071	3'070	3'122	3'221	99
Finanzdepartement	506	478	517	520	3
Gesundheitsdepartement	311	291	311	320	9
Justiz- und Sicherheitsdepartement	1'657	1'633	1'680	1'716	36
Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	682	669	682	714	32
Gerichte	246	239	246	247	1
Zwischentotal	7'809	7'699	7'912	8'095	183
Behörden / Allgemeine Verwaltung	33	35	33	33	0
Sozialstellenplan	20	1	20	20	0
Total Staat	7'862	7'735	7'965	8'148	183

Veränderungen Personalplafond 2015 zu 2014: Ursachen

Gerichte

- Durch regulatorische Vorgaben des Bundes müssen die Gerichte und angeschlossenen Ämter der Bevölkerung elektronischen Rechtsverkehr gewährleisten. Die damit zusammenhängenden fachlichen Anforderungen benötigen die Schaffung einer neuen zusätzlichen IT-Fachfunktion.
- Für das Projekt Workplace BS mussten 0.1 Stellen vom Appellationsgericht an das Finanzdepartement abgegeben werden.

Präsidialdepartement

- Der Grundsatz der Lohngleichheit von Frauen und Männern ist in der Bundesverfassung, in der Basler Kantonsverfassung und im Gleichstellungsgesetz verankert. Um die Lohngleichheit im Beschaffungswesen zu gewährleisten, wurden 0.3 Stellen bewilligt.
- In der Staatskanzlei wird für die Assistenz der Staatsschreiberin eine 0.2 Stelle bewilligt.
- Auf dem Kasernenareal sind der geplante Umbau des Hauptgebäudes und die Sanierung der Nebengebäude mit grossen Auswirkungen für die NutzerInnen verbunden. Für die optimale Begleitung dieser Massnahme ist eine dauerhafte Stelle „Kordinator/in Kasernenareal“ unerlässlich.
- In der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing wurde eine Erhöhung der Stelle eines Platzmeisters von 80% auf 100% bewilligt, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.
- Zwecks Vorbereitung und Organisation des Erweiterungsbaus 2016 müssen bereits für das kommende Jahr 2 zusätzliche Stellen bewilligt werden.
- Das statistische Amt benötigt 0.5 Stellen für den Aufbau und die Gewährleistung des Integrationscontrollings.
- Durch das Projekt Workplace BS mussten 0.7 Stellen vom Generalsekretariat an das Finanzdepartement abgegeben werden.
- Die Abteilung Kantons- & Stadtentwicklung verschiebt die bisherige 80%-Stelle „Koordination Beschaffungswesen“ in die Abteilung Informatiksteuerung & Organisation (ISO) des FD für die Aufgaben der kantonalen E-Government-Fachstelle (KEGOV).

Bau- und Verkehrsdepartement

- Mit dem Bundesbeschluss über die Finanzierung und des Ausbaus der Bahninfrastruktur FABI wird der Grundstein gelegt, um das Schweizer Bahnsystem leistungsfähig zu halten. Um den beschlossenen Anforderungen gerecht zu werden, wird mit einem Mehraufwand von 0.6 Stellen gerechnet.
- Für die Beurteilung von Zweckentfremdungsgesuchen, welche neu vom Bau- und Gastgewerbeinspektorat beurteilt werden müssen, werden 0.2 Stellen benötigt.
- Durch das Projekt Workplace BS konnten 0.9 Stellen an das Finanzdepartement abgegeben werden.

Erziehungsdepartement

- Bei den Schulen fallen aufgrund der steigenden Schülerzahlen und des stichtagbezogenen HC-Umrechnungsfaktors pro Lektion insgesamt 38.6 zusätzliche HC-relevante Stellen an.
- Aufgrund der vom Grossen Rat beschlossenen Änderung von §75 des Schulgesetzes werden die Lehrpersonen der Musikalischen Grundkurse ab Schuljahr 2015/16 nicht mehr von der Musikakademie der Stadt Basel, sondern vom Erziehungsdepartement angestellt. Diese kostenneutrale Änderung hat zur Folge, dass der Plafond per Ende 2015 um insgesamt 27.03 Stellen erhöht werden muss.
- Die aktualisierte Planung für den per Regierungsratsbeschluss genehmigten sukzessiven Ausbau der Tagesstrukturen (250 zusätzliche Plätze) führt zu einem weiteren Bedarf von 19.7 Stellen. Dabei entfallen 11.7 Stellen auf den Ausbau der Plätze auf Primarstufe und 8.0 Stellen für den Aufbau an der Sekundarschule.
- Mit dem Ausbau der Schulsozialarbeit auf Stufe Primarschule und Sekundarstufe I werden in der Leitung Volksschulen 5.81 Stellen aufgestockt.
- Für das Angebot «Deutsch als Zweitsprache (DaZ)» werden in den Volksschulen 3.0 Stellen geschaffen (finanziert aus einem internen Transfer aus den Verstärkten Massnahmen).
- In den Gartenbädern werden aufgrund gestiegener Anforderungen bei der Aufsicht 2.3 zusätzliche Stellen benötigt (finanziert über Erhöhung der Eintrittspreise).
- In den Berufsbildenden Schulen werden durch einen erhöhten Arbeitsaufwand insgesamt 1.6 zusätzliche Stellen geschaffen. Davon entfallen 0.60 Stellen aufgrund eines höheren Publikumsverkehrs in der Plakatsammlung und der Bibliothek auf die Schule für Gestaltung und 1.0 Stellen auf die Berufsfachschule.
- Im Pädagogischen Zentrum entfallen im Rahmen des bewilligten Ratschlags 0.7 Stellen auf den Ausbau der Informatik an den Volksschulen.
- Aufgrund der Ressourcenerhöhung pro Schüler in den Sportklassen am Gymnasium Bäumlihof werden zusätzlich 0.66 Stellen benötigt.
- Im Rahmen der Umsetzung des Projekts «Workplace BS» fallen im Erziehungsdepartement 0.5 Stellen weg.
- Am Gymnasium Münsterplatz werden die Ressourcen aufgrund der Schaffung einer technischen Assistenz um 0.25 Stellen erhöht.
- Im Rahmen einer kostenneutralen Plafonderhöhung werden im Amt für Ausbildungsbeiträge 0.1 Stellen geschaffen.

Finanzdepartement

- Seit ca. 3 Jahren nimmt der Aufwand zur Bearbeitung von Themen im Bereich Diversity (Alter, Herkunft, Religion, sexuelle Ausrichtung etc.) laufend zu. Damit die Anforderungen an zusätzliche Beratungsdienstleistungen, die zusätzlichen Anzüge, schriftliche Anfragen, Motionen und Interpellationen des Grossen Rates im Bereich Diversity erfüllt werden können, wurde eine Aufstockung des Headcounts um 0.5 Stellen bewilligt.

- Mit dem Ausbau der Abteilung Finanzbewirtschaftung um eine Stelle kann die professionelle Unterstützung der grossen Beteiligungen bei Finanzierungsgeschäften gewährleistet werden.
- Im Bereich SAP wurden zwei zusätzliche Stellen bewilligt. Als Teil der SAP-Basisleistungen soll der Bereich Management-Informationssystem (MIS) ausgebaut werden. Die zweite Stelle ist für das Modul SAP RE/FX, welches für die IBS zu einem zentralen IT-Tool ihrer Prozesse geworden ist. Diese Stelle ersetzt z.T. externe Beratungsleistungen.
- Für die Aufgaben der kantonalen E-Government-Fachstelle übernimmt die Abteilung Informatiksteuerung & Organisation (ISO) des Finanzdepartements die 80% Stelle „Koordination Bewilligungswesen“ der Abteilung Kantons- & Stadtentwicklung des Präsidialdepartements. Dieser Transfer ist für den Kanton Basel-Stadt Headcount-neutral.
- Im Projekt Workplace BS wurden 1.5 eingeplante Stellen nicht benötigt.

Gesundheitsdepartement

- Das Institut für Rechtsmedizin übernimmt vollumfänglich die verkehrsmedizinischen Aufgaben für Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Dazu wurden 7.0 Stellen genehmigt.
- In der Volksabstimmung vom 22. September haben Volk und Stände das revidierte Epidemiegesetz (EpG) angenommen, welches voraussichtlich am 1. Januar 2016 in Kraft tritt. Da bis dahin die Umsetzung der neu übertragenen Aufgaben etabliert sein muss, wurde eine Stelle bewilligt.
- Synergiebildung und Kooperation zwischen Basel-Stadt und Basel-Land sind politische Ziele, welche schon seit längerem in die Tat umgesetzt wurden und nun auch im Bereich Tierversuchswesen ausgeweitet werden. Um diesem gerecht zu werden, wurde eine Stelle bewilligt.
- Im Rahmen des Projektes WorkplaceBS werden 0.4 Stellen zum Finanzdepartement verschoben.

Justiz- und Sicherheitsdepartement

- Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 5. April 2011 erfolgt für das Budget 2015 ein weiterer Ausbauschnitt von 11 Stellen bei der Kantonspolizei.
- Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 10. Mai 2011 wurden für die vierte und letzte Tranche der neuen Parkraumbewirtschaftung 13 Stellen bewilligt.
- Am 15. Juni 2012 hat die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft das Massnahmenpaket Via sicura beschlossen. Es beinhaltet wesentliche Verschärfungen im Strassenverkehrsgesetz (SVG). Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsstrafverfahren, Administrativverfahren und die Verkehrszulassung. Aus diesem Grund werden für die Kantonspolizei 4.5 Stellen sowie für die Staatsanwaltschaft 1 Stelle benötigt.
- Im Strafvollzug wurde eine Erhöhung von 7.0 Stellen bewilligt. Diese teilen sich in die folgenden Bereiche auf: Abteilung Strafvollzug (+2 Stellen), Gefängnisse Basel-Stadt (+4 Stellen) und Electronic Monitoring (EM) – Ausbau des alternativen Vollzugs – (+1 Stelle).
- Durch die Massnahmen aus dem Projekt WorkplaceBS werden beim Justiz- und Sicherheitsdepartement 0.6 Stellen reduziert.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

- Aufgrund der zunehmenden Fallzahlen im Bereich Migration wird der Personalbestand entsprechend der für die Dienststelle Sozialhilfe (SH) gültigen dynamischen Steuerung um 8.26 Stellen erhöht. Zudem wurden zur Umsetzung des Reorganisationsprojekts Q3 15 Stellen im Bereich Sozialhilfe eingestellt.
- Im Bericht zur Finanzplanung 2013-2016 beantragte das WSU für die Umsetzung des Anzugs Schiavi in den Bereichen Familienmietzinsbeiträge und Alimentenhilfe eine Ressourcenerhöhung von 3 Stellen. 1.5 Stellen wurden bereits 2013 bewilligt. Um den gegebenen Anforderungen gerecht zu werden, werden jetzt weitere 1.5 Stellen eingestellt.

- In der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) treten neue Bestimmungen des elterlichen Sorgerechts in Kraft. Es ist von einer Vielzahl von strittigen Fällen auszugehen, die beurteilt werden müssen, was einen Ressourcenbedarf von einer zusätzlichen befristeten Stelle auslöst.
- Im Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES) muss der Rückbau der bisherigen hausinternen Bank aufgrund der als Teil des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts erlassenen neuen Verordnung des Bundes über die Vermögensanlagen vorangetrieben werden. Um sämtliche Anlagen und Vermögen der betreuten Klienten zu analysieren und rechtskonform umzuschichten, wird eine zusätzliche befristete Stelle benötigt. Ausserdem ist das ABES mit einer Zunahme von Beistandsfällen konfrontiert, wozu zusätzlich 7.0 befristete Stellen vorgesehen werden.
- Als Folge des Projekts Workplace BS werden 1.3 Stellen an das Finanzdepartement abgegeben.

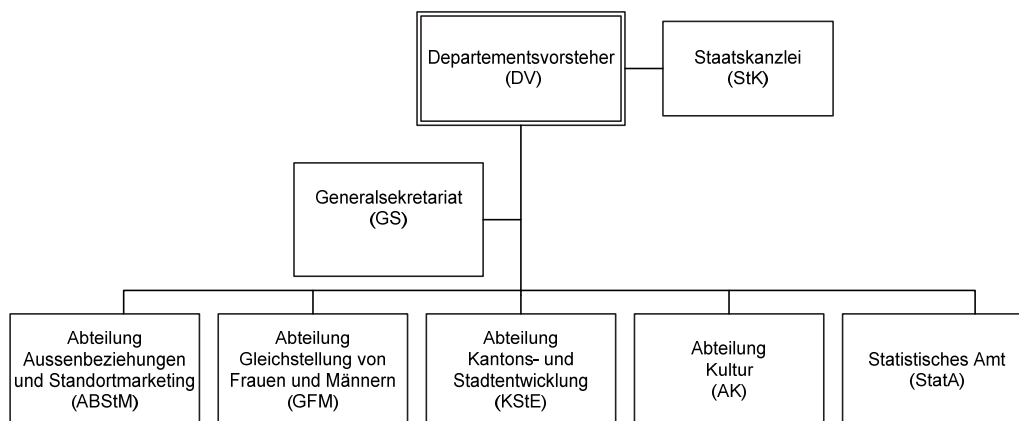
4.2 Budget Zweckgebundene Positionen

Finanzen							
	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'126.1	-1'186.0	-1'216.9	-31.0	-2.6	-90.8	-8.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-401.9	-404.4	-385.7	18.7	4.6	16.2	4.0
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-4.9	-5.6	-6.1	-0.5	-9.2	-1.2	-24.7
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	100.0
36 Transferaufwand	-1'665.6	-1'671.2	-1'779.0	-107.8	-6.4	-113.4	-6.8
39 Interne Verrechnungen	-241.8	-228.2	-264.1	-35.8	-15.7	-22.3	-9.2
Betriebsaufwand	-3'440.4	-3'495.3	-3'651.7	-156.4	-4.5	-211.4	-6.1
41 Regalien und Konzessionen	17.7	17.9	18.1	0.2	1.1	0.4	2.1
42 Entgelte	414.8	351.5	441.4	89.9	25.6	26.7	6.4
43 Verschiedene Erträge	14.7	2.1	4.3	2.2	105.2	-10.4	-70.9
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0
46 Transferertrag	274.7	299.3	302.5	3.2	1.1	27.8	10.1
49 Interne Verrechnungen	241.8	228.2	264.1	35.8	15.7	22.3	9.2
Betriebsertrag	963.9	899.0	1'030.4	131.3	14.6	66.5	6.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-2'476.5	-2'596.3	-2'621.4	-25.1	-1.0	-144.9	-5.8
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-161.1	-129.0	-171.3	-42.3	-32.8	-10.2	-6.3
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-9.3	-7.8	-8.7	-1.0	-12.4	0.6	6.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	8.6	2.8	7.8	5.1	184.6	-0.8	-8.8
Abschreibungen	-161.8	-134.1	-172.2	-38.2	-28.5	-10.4	-6.4
Betriebsergebnis	-2'638.4	-2'730.4	-2'793.6	-63.2	-2.3	-155.3	-5.9
34 Finanzaufwand	-10.0	-5.9	-6.8	-0.9	-15.5	3.2	32.2
44 Finanzertrag	62.7	60.7	57.1	-3.6	-5.9	-5.6	-8.9
Finanzergebnis	52.7	54.8	50.3	-4.5	-8.1	-2.4	-4.5
Gesamtergebnis	-2'585.7	-2'675.6	-2'743.3	-67.7	-2.5	-157.6	-6.1
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-54.4	-131.0	-152.5	-21.5	-16.4	-98.1	-180.3
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-277.1	-276.5	-277.5	-1.0	-0.4	-0.4	-0.2
2 Bildung	-880.8	-882.9	-891.0	-8.1	-0.9	-10.2	-1.2
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-173.8	-163.2	-167.6	-4.4	-2.7	6.2	3.6
4 Gesundheit	-419.3	-411.7	-403.8	7.9	1.9	15.5	3.7
5 Soziale Sicherheit	-621.5	-649.1	-671.5	-22.3	-3.4	-49.9	-8.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-161.4	-164.6	-177.3	-12.7	-7.7	-15.9	-9.8
7 Umweltschutz und Raumordnung	6.2	8.2	3.3	-4.9	-60.2	-2.9	-47.4
8 Volkswirtschaft	-3.3	-4.3	-5.2	-0.9	-20.6	-1.9	-55.9
9 Finanzen und Steuern	-0.1	-0.4	-0.1	0.4	82.3	0.0	13.5

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-263.9	-354.6	-467.0	-112.4	-31.7	-203.1	-77.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-7.3	-5.0	-5.5	-0.5	-9.5	1.9	25.4
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-20.4	0.0	0.0	0.0	0.0	20.4	100.0
Einnahmen Grossinvestitionen	112.7	0.0	6.7	6.7	100.0	-106.0	-94.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	22.4	11.0	20.0	9.0	81.8	-2.4	-10.6
Nettoinvestitionen	-156.5	-348.6	-445.8	-97.2	-27.9	-289.3	-184.9
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	52.6	0.0	57.7	57.7	0.0	5.1	9.8
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	52.6	0.0	57.7	57.7	0.0	5.1	9.8
Saldo Investitionsrechnung	-104.0	-348.6	-388.1	-39.5	-11.3	-284.1	-273.2

4.2.1 Präsidialdepartement

PD-320	Generalsekretariat PD	88
PD-321	Gleichstellung von Frauen und Männern	90
PD-330	Staatskanzlei	92
PD-340	Aussenbeziehungen und Standortmarketing	95
PD-350	Kantons- und Stadtentwicklung	98
PD-360	Statistisches Amt	101
PD-370	Kultur	103
PD-376	Staatsarchiv	106
PD-377	Archäologische Bodenforschung	109
PD-371	Globalbudget Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst	111
PD-372	Globalbudget Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig	114
PD-373	Globalbudget Historisches Museum Basel	116
PD-374	Globalbudget Naturhistorisches Museum Basel	119
PD-375	Globalbudget Museum der Kulturen Basel	121



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-54.2	-55.4	-56.0	-0.6	-1.1	-1.8	-3.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-41.4	-46.4	-44.9	1.5	3.3	-3.5	-8.4 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.0	-0.2	-0.1	-478.3	-0.0	-19.7
36 Transferaufwand	-71.8	-74.3	-73.8	0.6	0.7	-2.0	-2.8
Betriebsaufwand	-167.6	-176.2	-174.9	1.3	0.8	-7.3	-4.3
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-3.5
42 Entgelte	13.4	11.6	9.1	-2.5	-21.2	-4.3	-31.8 ²
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.9	1.0	0.0	4.9	1.0	...
46 Transferertrag	3.9	5.3	7.1	1.8	34.0	3.1	78.8 ³
Betriebsertrag	17.4	17.8	17.2	-0.6	-3.5	-0.2	-1.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-150.2	-158.4	-157.7	0.7	0.4	-7.5	-5.0
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-3.0	-3.6	-2.4	1.2	33.2	0.6	19.4 ⁴
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.4	-1.4	-0.2	1.2	83.9	0.1	36.1 ⁴
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.0	-100.0
Abschreibungen	-2.4	-5.0	-2.6	2.4	47.4	-0.2	-10.2
Betriebsergebnis	-152.6	-163.4	-160.3	3.1	1.9	-7.7	-5.0
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.0	-0.0	0.0	4.4	0.0	17.7
44 Finanzertrag	0.3	0.1	0.0	-0.1	-57.8	-0.2	-83.7
Finanzergebnis	0.2	0.1	-0.0	-0.1	-104.3	-0.2	-101.1
Gesamtergebnis	-152.4	-163.3	-160.3	3.0	1.8	-7.9	-5.2
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-32.5	-37.5	-34.8	2.6	7.0	-2.3	-7.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-119.9	-124.2	-123.8	0.4	0.3	-4.0	-3.3
5 Soziale Sicherheit	0.0	-1.7	-1.7	0.0	0.9	-1.7	0.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-3.0	-7.0	-3.0	4.0	57.1	-0.0	-1.7
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.4	0.0	-0.4	-0.4	0.0	-0.1	-18.8
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	1.1	100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.0	-100.0
Nettoinvestitionen	-3.5	-7.0	-3.4	3.6	50.7	0.0	0.2
Saldo Investitionsrechnung	-3.5	-7.0	-3.4	3.6	50.7	0.0	0.2

Kommentar

- 1 Die wesentlichen Positionen, die zur Abnahme gegenüber dem Vorjahrsbudget geführt haben, sind der einmalige Basel-Auftritt anl. des Marché Concours des Cheveaux 2014 und die geplante Schliessung des Kunstmuseums infolge des Erweiterungsbaus.
- 2 Durch die Schliessung des Kunstmuseums infolge Erweiterungsbaus entgehen Erträge aus Eintritten und Führungen aus Verkäufen und weiteren Einnahmen für Dienstleistungen.
- 3 Die Mindereinnahmen sind auf das reduzierte Ausstellungsprogramm zurückzuführen.
- 4 Die Abweichung ist mit der Verzögerung geplanter Investitionen zu begründen.

Generalsekretariat PD

PD-320

Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher des Präsidialdepartements und leitet die Departementsangelegenheiten. Es begleitet die strategischen Projekte des Departements bzw. seiner Dienststellen. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Administration, Finanzen, Informatik und Personal erbringt das Generalsekretariat Dienstleistungen für den Vorsteher und die Dienststellen des Departements und stellt die einheitliche Umsetzung zentraler Vorgaben sicher. Es ist für die reibungslose und fristgerechte Geschäftsabwicklung des Departements zuständig. Das Generalsekretariat knüpft und pflegt die Kontakte des Präsidialdepartements mit Personen und Institutionen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Tätigkeiten und Projekte

Stabsleistungen

Das Generalsekretariat ist insbesondere verantwortlich für:

- die operative Geschäftsleitung des Departements
- die Auftragsabwicklung und Koordination sämtlicher Geschäfte
- die Schwerpunktbildung im Departement und das entsprechende Controlling
- das frühzeitige Erkennen von Entwicklungen (Chancen/Risiken) und die entsprechende Beratung des Vorstehers in politischen und führungsrelevanten Bereichen
- die Vor- und Nachbereitung der Verpflichtungen des Regierungspräsidenten in der Öffentlichkeit
- die laufende Optimierung und Anpassung der Ablauforganisation, Strukturen und Prozesse
- die Weiterentwicklung der Führungsstrukturen und Zusammenarbeitskultur sowie den Einsatz entsprechender Instrumente und Methoden

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken							
30 Personalaufwand	-3'143.2	-3'322.8	-3'321.4	1.5	0.0	-178.1	-5.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'373.4	-1'725.8	-1'645.7	80.1	4.6	-272.2	-19.8
Betriebsaufwand	-4'516.7	-5'048.6	-4'967.0	81.6	1.6	-450.4	-10.0
42 Entgelte	17.8	20.0	20.0	0.0	0.0	2.2	12.1
Betriebsertrag	17.8	20.0	20.0	0.0	0.0	2.2	12.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'498.8	-5'028.6	-4'947.0	81.6	1.6	-448.2	-10.0
Betriebsergebnis	-4'498.8	-5'028.6	-4'947.0	81.6	1.6	-448.2	-10.0
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	0.0	-0.0	-16.3
Finanzergebnis	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	0.0	-0.0	-16.3
Gesamtergebnis	-4'499.0	-5'028.8	-4'947.2	81.6	1.6	-448.3	-10.0
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-4'499.0	-5'028.8	-4'947.2	81.6	1.6	-448.3	-10.0
14 Allgemeines Rechtswesen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Investitionsrechnung in 1'000 Franken							
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	-7'000.0	-3'000.0	4'000.0	57.1	-3'000.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	-7'000.0	-3'000.0	4'000.0	57.1	-3'000.0	0.0
Saldo Investitionsrechnung	0.0	-7'000.0	-3'000.0	4'000.0	57.1	-3'000.0	0.0

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	19.5	19.5	19.8	21.0	20.3
Öffentl. Verpfl. des Regierungspräsidenten (Repräsentation)	Anz	168	178	115	170	150
Gespräche/Kontakte mit Institutionen/Personen (Networking)	Anz	298	233	197	200	200

Gleichstellung von Frauen und Männern

PD-321

Ziel und Auftrag der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern sind, die Chancengleichheit und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu fördern und strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Die Gleichstellungspraxis innerhalb und ausserhalb der kantonalen Verwaltung wird angeregt, unterstützt, gefördert und begleitet.

Gleichstellungsbestrebungen werden in den prioritären Handlungsfeldern initiiert und weiterentwickelt, um die ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu verbessern. Dies geschieht insbesondere durch das Erarbeiten von Konzepten, Massnahmen und zielgruppenspezifischen Projekten, das Beraten und Unterstützen von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privaten sowie das Überprüfen von kantonalen Erlassen und Massnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit der Bundes- und Kantonsverfassung.

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Arbeit in untenstehenden Legislaturplanmassnahmen stehen die Förderung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes (insbesondere der Lohngleichheit) sowie die Vernetzung mit Kooperationspartnern ausserhalb der Verwaltung im Vordergrund. Kurse zum Gleichstellungsgesetz, Erlassprüfungen und Stellungnahmen zu gleichstellungsrelevanten Themen bilden den Kern der rechtlichen Arbeit.

Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung

Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel (FfWR) Die Aktivitäten zur nachhaltigen Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie fokussieren auf die familienfreundliche Unternehmenspolitik. Das Ziel des dafür gegründeten Round Table ist, flexible und zukunftsfähige Arbeitsbedingungen in Nordwestschweizer Firmen zu fördern und Basel als familienfreundlichen Wirtschaftsstandort zu positionieren. Es arbeiten zurzeit rund vierzig Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Verwaltungsstellen am Round Table FfWR mit. Nebst Vernetzung und Austausch von Best Practice konzipiert er zielgruppenspezifische Projekte und Veranstaltungen: Im Budgetjahr wird der Fokus auf eine lebensphasenorientierte Personalpolitik gerichtet. Diese zeigt den Unternehmen Möglichkeiten für den Umgang mit der zukünftigen Generation von Arbeitnehmenden auf. Fragen zu Kinderbetreuung, Wiedereinstieg und Angehörigenpflege stehen im Zentrum. Zum Thema plant die FfWR im Jahr 2015 verschiedene Projektaktivitäten. Die Abteilung gibt in Kooperation mit Unternehmen den Basler Familienplaner heraus. Er informiert und sensibilisiert Familien für das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie und erreicht rund 8'000 Haushalte in der Region.

Öffnung der Berufswahl Um der Geschlechtersegregation in der Berufswelt entgegenzuwirken, legt das Aktionsprogramm „no limits!“ den Akzent auf die Berufswahl von Jugendlichen. Es umfasst verschiedene Massnahmen zur Öffnung der Berufswahl und zur Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen. Hauptzielgruppe sind Schülerinnen und Schüler, doch auch Lehrpersonen, Berufsberater/innen, Eltern, Betriebe und die Öffentlichkeit werden angesprochen. Im Jahr 2015 ist weiterhin ein kurzer Porträtfilm im Einsatz, der Jugendlichen die Vorteile einer offenen Berufswahl aufzeigt. Zum Pixibüchlein „Theatertrubel im Kindergarten“, das Kindergartenkindern den spielerischen Umgang mit verschiedenen Rollenbildern ermöglicht, ist neu ein theaterpädagogisches Begleitprogramm im Angebot. Zum dritten Mal in Folge wird Basel-Stadt am Nationalen Zukunftstag, der die Schülerinnen und Schüler der 5. Bis 7. Klasse zum beruflichen Seitenwechsel motiviert, teilnehmen. Die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern organisiert dazu in Kooperation mit der TheaterFalle ein Forumtheater zu Geschlechtsrollenbildern.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-567.9	-601.4	-649.1	-47.7	-7.9	-81.3	-14.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-470.7	-578.8	-473.7	105.1	18.2	-3.1	-0.7
36 Transferaufwand	-530.0	-530.0	-530.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-1'568.5	-1'710.2	-1'652.9	57.3	3.4	-84.3	-5.4
42 Entgelte	5.4	17.3	6.4	-10.9	-63.2	0.9	17.6
46 Transferertrag	8.5	21.0	8.5	-12.5	-59.5	0.0	0.0
Betriebsertrag	13.9	38.3	14.9	-23.4	-61.2	0.9	6.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-1'554.6	-1'671.9	-1'638.0	33.9	2.0	-83.4	-5.4
Betriebsergebnis	-1'554.6	-1'671.9	-1'638.0	33.9	2.0	-83.4	-5.4
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.0	-11.1
Finanzergebnis	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.0	-11.1
Gesamtergebnis	-1'554.7	-1'672.0	-1'638.1	33.9	2.0	-83.4	-5.4
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-1'554.7	-1'672.0	-1'638.1	33.9	2.0	-83.4	-5.4

Kommentar

- 1 Die Finanzierung im Handlungsfeld „Beruf und Familie“, insbesondere Lohngleichheit, bewirken die Abweichung im Sach- und Betriebsaufwand.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.6	3.6	3.5	3.6	3.9
Projekte zur Förderung der Gleichst. von Frauen und Männern	Anz	14	14	14	12	12

Staatskanzlei

PD-330

Als Stabsorgan unterstützt und berät die Staatskanzlei den Regierungsrat und dessen einzelne Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer politischen, verwaltungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Tätigkeiten. Sie übernimmt Koordinationsaufgaben, unterstützt und vertritt den Regierungsrat in repräsentativen Funktionen und bringt seine Interessen in Gremien und Delegationen ein. Die Staatskanzlei ist Bindeglied zu anderen Stellen der Verwaltung, zum Grossen Rat, zum Bund, den Kantonen und zur Öffentlichkeit.

Die umfassende Geschäftskontrolle der Regierungskanzlei stellt den Informationsfluss auf Regierungs- und Departementsebene sicher und ermöglicht eine effiziente Regierungsarbeit sowie eine rasche und fehlerfreie Erstellung, Ausfertigung und Weiterleitung der Beschlüsse und Dokumente.

Die Abteilung Kommunikation informiert die Medien und Öffentlichkeit über die Tätigkeiten des Regierungsrates. Dazu nutzt sie neben den klassischen Kommunikationsmitteln auch neue Medien. Sie erarbeitet Konzepte, Leitlinien sowie Projekte und steht dem Regierungsrat sowie der Verwaltung beratend zur Seite, damit eine offene, sachliche und rasche Kommunikation jederzeit und auf allen Ebenen gewährleistet bleibt.

Die Abteilung Dienste und Anlässe übernimmt protokollarische Aufgaben und ist verantwortlich für die Vorbereitung und Begleitung von Sitzungen sowie die Organisation und Durchführung von Anlässen im Auftrag des Regierungsrates.

Die Abteilung Recht und Volksrechte ist organisatorisch eine Abteilung der Staatskanzlei. Sie ist verantwortlich für die Gewährleistung der politischen Rechte und nimmt verschiedene Beratungsfunktionen wahr. Sie unterstützt den Regierungsrat in der Aufsicht über die Gemeinden und bereitet die Rekursentscheide des Regierungsrates sowie des Vorstehers des Präsidialdepartements vor. Zudem behandelt sie die Zugangsgesuche zu Regierungsgeschäften und unterstützt die anderen Verwaltungsstellen bei Fragen im Zusammenhang mit dem Öffentlichkeitsprinzip.

Der Staatskanzlei sind auch die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten und die Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen administrativ zugeordnet.

Tätigkeiten und Projekte

Leitung Die Akzeptanz der Entscheide aus der Systempflege und die individuelle Berufsplanung der älteren Mitarbeitenden in Umsetzung des totalrevidierten Pensionskassengesetzes werden die Personalarbeit prägen. Die Aufnahme der fünfzig wichtigsten Prozesse, deren Beschrieb und Überprüfung werden ebenso eine Hauptaufgabe darstellen. Mit der neuen Informatikstruktur abgestimmte erste Schritte hin zur medienbruchfreien Dokumentenverwaltung (Records Management) sowie erste Überlegungen zur papierlosen Regierungssitzung stehen an. Die neu geschaffene Assistenzstelle wird das Tagesgeschäft und die Mitwirkung in kantonalen und eidgenössischen Gremien erleichtern.

Regierungskanzlei Die Konsolidierung der verschiedenen Organisationsstrukturen im Bereich Geschäftsverwaltung bleibt weiterhin eine Aufgabe. Für das Themengebiet Geschäftsverwaltung/Records Management steht die Ausarbeitung von Strategie, Roadmap und Grundsätzen aus. Diese Aufgaben betreffen gleichermassen die Staatskanzlei, das Staatsarchiv sowie die Fachstelle für Informatik, Strategie und Organisation (ISO). Mit der erfolgreichen Migration auf Consul Release 13.3.4 wird zudem die Einführung des Archivierungsmoduls möglich. Die Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen zur Einführung dieses Moduls wird für die Staatskanzlei ebenfalls eine Aufgabe sein.

Kommunikation Die Instrumente der Online-Kommunikation werden konzeptionell und operativ weiterentwickelt. Im Rahmen der kantonalen Krisenorganisation wird ein Krisenkommunikationshandbuch erarbeitet. Die Kommunikation der Nationalrats- und Ständeratswahlen wird organisiert, insbesondere die Datenaufbereitung und -präsentation sowie die Zusammenarbeit mit den Medien.

Dienste und Anlässe Die traditionellen, jährlich stattfindenden Anlässe des Regierungsrates werden organisiert und durchgeführt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'146.8	-4'287.5	-4'302.3	-14.8	-0.3	-155.4	-3.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'445.6	-4'329.1	-4'413.7	-84.6	-2.0	-968.1	-28.1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-59.1	-22.0	-22.0	0.0	0.0	37.1	62.8
36 Transferaufwand	-21.3	-2'001.5	-1.5	2'000.0	99.9	19.8	93.0 ¹
Betriebsaufwand	-7'672.9	-10'640.1	-8'739.5	1'900.6	17.9	-1'066.6	-13.9
42 Entgelte	487.1	465.7	415.7	-50.0	-10.7	-71.4	-14.6
46 Transferertrag	23.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-23.7	-100.0
Betriebsertrag	510.8	465.7	415.7	-50.0	-10.7	-95.1	-18.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-7'162.1	-10'174.4	-8'323.7	1'850.6	18.2	-1'161.7	-16.2
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-3.2	-163.0	-3.2	159.8	98.0	0.0	0.0 ²
Abschreibungen	-3.2	-163.0	-3.2	159.8	98.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-7'165.3	-10'337.4	-8'327.0	2'010.4	19.4	-1'161.7	-16.2
34 Finanzaufwand	-0.7	-0.7	-0.5	0.2	31.4	0.2	30.2
Finanzergebnis	-0.7	-0.7	-0.5	0.2	31.4	0.2	30.2
Gesamtergebnis	-7'166.0	-10'338.1	-8'327.5	2'010.6	19.4	-1'161.5	-16.2
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-7'166.0	-10'338.1	-8'327.5	2'010.6	19.4	-1'161.5	-16.2

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-16.2	0.0	0.0	0.0	0.0	16.2	100.0
Nettoinvestitionen	-16.2	0.0	0.0	0.0	0.0	16.2	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-16.2	0.0	0.0	0.0	0.0	16.2	100.0

Kommentar

- Die Abweichung erfolgt durch den Wegfall der im 2014 einmalig an den Bund auszurichtenden Sicherheitskosten in Höhe von 2.0 Mio. Franken im Rahmen der OSZE-Ministerratskonferenz Anfang Dezember 2014, die der Grosse Rat mit Beschluss vom 23. Oktober 2013 gesprochen hat.
- Die Abweichung ist auf die Verzögerung geplanter Investitionen (Konsul + Kantonsblatt) zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	30.8	31.4	30.4	31.3	31.6
Regierungsgeschäfte	Anz	2'518	2'401	2'893	2'700	2'600
Beglaubigungen	Anz	18'281	15'835			¹
In Schlichtungsverhandlungen erledigte Verfahren	Anz	1'676	1'632	1'196	1'650	1'650
Ø Tage ab Verfahrenseingang bis Schlichtungsverhandlung	Anz	93	73	89	110	90
Eingegangene Rekurse an den Regierungsrat	Anz	158	191	148	200	120
Eingegangene Rekurse ans Präsidialdepartement	Anz	0	1	0	3	1
Verfügungen betreffend Initiativen und Referenden	Anz	18	14	14	14	15
Lotteriebewilligungen	Anz		5		5	5
Zugangsgesuche an Regierungsrat	Anz		4		5	5

Kommentar

- Die Beglaubigungen wurden ins JSD transferiert.

Recht und Volksrechte Anlässlich der Abstimmung vom 8. März 2015 werden die Stimmberechtigten ihre Stimme erstmals mittels maschinenlesbarer Stimmzettel abgeben können. Zudem wird der Testbetrieb der elektronischen Stimmabgabe von Auslandschweizer Stimmberechtigten fortgeführt. Insbesondere soll ihnen nach 2011 zum zweiten Mal ermöglicht werden, die baselstädtischen

Mitglieder des National- und Ständerates elektronisch zu wählen.

Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten Die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten berät und schlichtet bei Mietstreitigkeiten. Ebenso behandelt die Schlichtungsstelle Gesuche im Rahmen des Gesetzes über Grundstückerwerb durch Personen im Ausland.

Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen Die kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen berät und schlichtet bei Diskriminierungen im Erwerbsleben aufgrund des Geschlechts.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing

PD-340

Die Aussenbeziehungen umfassen die Pflege der formellen Beziehungen des Kantons im In- und Ausland sowie den Aufbau von Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene. Im Inland steht die Interessensvertretung in Bundesbern sowie die Kooperationen innerhalb der Nordwestschweiz und im trinationalen Raum einschliesslich der Betreuung der Metropolitankonferenz Basel im Vordergrund. International stehen die strategischen Kooperationen mit Massachusetts, Shanghai und Miami Beach im Fokus. Hinzu kommt die Entwicklungszusammenarbeit, welche durch gezielte Unterstützung im Ausland wertvolle Beiträge in Entwicklungsgebieten im Ausland leistet.

Das Standortmarketing ist für die Pflege der Marke „Basel“ sowie die klare Positionierung im internationalen Standortwettbewerb verantwortlich und realisiert die Imagewerbung für Basel im In- und Ausland. Hierzu gehören auch die Vorbereitungen für den Auftritt Basels an der Weltausstellung 2015 in Mailand. Zum Auftrag gehört zudem die regelmässige Überprüfung der Wettbewerbsfähigkeit. Im Weiteren wird die koordinierte Akquisition von Grossanlässen und Kongressen verstärkt. Bei Anlässen wie der Bundesfeier am Rhein, der Basler Herbstmesse, dem Basler Weihnachtsmarkt sowie den regelmässig stattfindenden Märkten auf öffentlichem Grund, tritt die Abteilung selbst als Veranstalter auf.

Tätigkeiten und Projekte

Die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing betreut und koordiniert weitgehend sämtliche Aussenbeziehungen und Aussenwirkungen des Kantons Basel-Stadt. Im Berichtsjahr stellen die Vorbereitungen für den Auftritt Basels an der Weltausstellung 2015 in Mailand einen Projektschwerpunkt dar. Die Realisierung von Auftritten im In- und Ausland einerseits und die konzeptionellen Planungsarbeiten im Bereich der regionalen Zusammenarbeit und der Interessensvertretung auf nationaler Ebene andererseits, sind weitere Tätigkeiten.

Trinationale Zusammenarbeit

Interkantonale Zusammenarbeit/Trinationaler Eurodistrict Basel/Grenzüberschreitende Projektförderung/Interessensvertretung Die Arbeiten des Trinationalen Eurodistrict Basel TEB stehen im Berichtsjahr ganz im Zeichen der Lancierung neuer Projekte für die INTERREG V-Periode. Potenzielle Ideen für entsprechende Projekte betreffen vornehmlich die Bereiche Energie, Sprachaustausch und Bürgerbegegnungen. Parallel dazu werden in Zusammenhang mit der IBA Basel 2020 die Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen dem TEB und dem Agglomerationsprogramm Basel in den Bereichen Verkehrs-, Siedlungs- und Landschaftsentwicklung gestärkt werden. Die im Vorjahr initiierten Arbeiten hinsichtlich einer Optimierung der Kooperationsstrukturen in der regionalen und trinationalen Zusammenarbeit sollen fortgesetzt werden. Hierzu gehört insbesondere auch die weitere Stärkung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz sowie die Erarbeitung gemeinsamer Positionen zu wichtigen bundespolitischen Themen im Rahmen der Metropolitankonferenz Basel.

Standortmarketing

Positionierung im Standortwettbewerb/Präsenz Basel im In- und Ausland Im Sinn der strategischen Zielsetzung „Put Basel on the map“ realisiert die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing in Absprache mit den Marketingpartnern jedes Jahr breit angelegte Marketing-Plattformen im In- und Ausland. 2015 steht im Zeichen des gemeinsamen Auftritts der Städte Basel, Genf und Zürich an der Weltausstellung in Mailand. Im Rahmen der neuen Kongressstrategie und mittels koordinierter und zielgerichteter Akquisitionsbemühungen sollen international bedeutende Grossanlässe und Kongresse für Basel gewonnen werden. Nach dem bedeutenden OSZE-Kongress im 2014 stehen im Berichtsjahr die Vorbereitungsarbeiten für die Curling-Herren-Weltmeisterschaften 2016 im Vordergrund. Darüber hinaus gilt es, die Basler Herbstmesse und den Basler Weihnachtsmarkt auf dem Barfüsser- und Münsterplatz durchzuführen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'979.5	-2'251.8	-2'332.3	-80.5	-3.6	-352.8	-17.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'711.0	-4'399.8	-4'120.0	279.8	6.4	-409.0	-11.0 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-18.5	-8.7	-18.5	-9.8	-112.5	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-2'556.6	-2'641.0	-2'583.0	58.0	2.2	-26.4	-1.0
Betriebsaufwand	-8'265.5	-9'301.2	-9'053.7	247.5	2.7	-788.2	-9.5
41 Regalien und Konzessionen	3.7	3.6	3.6	0.0	0.0	-0.1	-3.5
42 Entgelte	3'563.7	3'471.4	3'619.7	148.3	4.3	56.0	1.6 ²
46 Transferertrag	50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-50.0	-100.0
Betriebsertrag	3'617.4	3'475.0	3'623.3	148.3	4.3	5.8	0.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'648.1	-5'826.2	-5'430.5	395.8	6.8	-782.4	-16.8
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-83.9	-83.9	-83.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen	-83.9	-83.9	-83.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-4'732.1	-5'910.2	-5'514.4	395.8	6.7	-782.4	-16.5
34 Finanzaufwand	-3.6	-3.0	-3.5	-0.5	-16.7	0.1	2.2
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Finanzergebnis	-3.6	-3.0	-3.5	-0.5	-16.7	0.1	2.2
Gesamtergebnis	-4'735.6	-5'913.2	-5'517.9	395.3	6.7	-782.3	-16.5
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-4'735.6	-4'243.2	-3'862.9	380.3	9.0	872.7	18.4
59 Soziale Wohlfahrt, n.a.g.	0.0	-1'670.0	-1'655.0	15.0	0.9	-1'655.0	0.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-97.7	0.0	0.0	0.0	0.0	97.7	100.0
Nettoinvestitionen	-97.7	0.0	0.0	0.0	0.0	97.7	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-97.7	0.0	0.0	0.0	0.0	97.7	100.0

Kommentar

- 1 Die Reduktion ist auf den einmaligen Basel-Auftritt anlässlich des Marché Concours des Chevaux 2014 zurückzuführen, was einen reduzierten Aufwand für Drucksachen, Inserate, Übersetzungen, Projektierungskosten sowie öffentliche Werbung zur Folge hat.
- 2 Die erhöhten Entgelte sind voraussichtlich auf Mehreinnahmen durch die Durchführung des Weihnachtsmarktes auf dem Münsterplatz sowie den gesteigerten Verkauf von Weihnachtstassen zurück zu führen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.8	16.0	14.0	14.8	15.0
Verlangte Verfügungen Messen und Märkte	Anz	0	0	0	2	2
Imagekampagne-Plattformen im In- und Ausland	Anz	2	2	2	2	2
Akquisition und Realisierung von Grossanlässen	Anz	2	2	2	2	2
Projekte mit grenzüberschreitendem Mehrwert	Anz	17	16	16	15	15

Städtepartnerschaften Im Berichtsjahr gilt es, die bestehenden Netzwerke, Austausch- und Kooperationsprogramme im Rahmen der Städtebeziehung zwischen Basel und Shanghai zu stärken und zu vertiefen. Des Weiteren werden die beiden US-Amerikanischen Kooperationen mit Massachusetts und Miami Beach weiter gepflegt sowie die Beziehungen mit Hong Kong in Zusammenhang mit der Art Basel in Hong Kong weiter ausgebaut.

Interessensvertretung Bei der Interessensvertretung wird das systematische Monitoring der für den Standort und die Region Basel relevanten Geschäfte über den politischen Entscheidungsprozess

hinaus auf die Gremienarbeit ausgeweitet und eine breitere Abstimmung der Positionen innerhalb der Nordwestschweiz angestrebt.

Kantons- und Stadtentwicklung

PD-350

In der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung wird die mittel- und langfristige Planung mit der Projektarbeit in den Quartieren, der Integration, Wohnraumförderung, der Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung, Freiwilligenarbeit und mit Grossprojekten (wie der Kasernenentwicklung) kombiniert. Die strategische Unterstützungsarbeit für den Regierungsrat wird so mit der konkreten Arbeit vor Ort bei der vielfältig zusammengesetzten Bevölkerung verbunden und ermöglicht ein optimales Controlling. Die Abteilung stellt dazu auch eine interdepartementale Planungskoordination sicher, welche die departementalen Planungsvorhaben mit den übergeordneten Zielen des Regierungsrates verknüpft. Die Leitung vertritt die Abteilung gegen aussen, fördert den Wissens- und Erfahrungstransfer und führt departementale Schlüsselprojekte. Die Fachstelle Grundlagen und Strategien bearbeitet übergeordnete Fragestellungen mit Querschnittcharakter. Sie liefert im Rahmen des strategischen Controllings die notwendigen Inputs, um Kohärenz zwischen den Fachplanungen der Departemente und den im Legislaturplan definierten Strategien herzustellen. Die Fachstelle Stadtteilentwicklung setzt sich für die Entwicklung der Quartiere ein und stärkt das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner. Ziel ist, den Lebensraum für die Bevölkerung positiv zu gestalten und eine gute Lebensqualität zu ermöglichen, die Standortattraktivität für die Wirtschaft zu stärken sowie die vielfältigen Entwicklungspotenziale zu nutzen. Die Fachstelle Wohnraumentwicklung fördert in ganzheitlicher, umfassender Weise den Wohnungsbau und die Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnumfelds. Die Fachstelle Diversität und Integration koordiniert die kantonale Integrationsförderung und setzt den gesetzlichen Integrationsauftrag von Bund und Kanton um. Die Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung fördert die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen am sozialen, kulturellen und politischen Leben von Kanton und Stadt.

Tätigkeiten und Projekte

Leitung Im Vordergrund stehen die Leitung der Legislaturplankonferenz und die Leitung der interdepartementalen Projektentwicklung Kaserne (i-pek). Seit 1. Januar 2014 ist die Kantons- und Stadtentwicklung für die Vermietung der Kasernen-Räumlichkeiten zuständig. Die Öffentlichkeitsarbeit und die Unterstützung der fünf Fachstellen in exponierten Themenfeldern wie Zwischennutzungen, öffentlicher Raum, kulturelle Vielfalt, Chancengleichheit, Mitwirkung in den Quartieren oder Wohnraumentwicklung nehmen an Bedeutung zu.

Grundlagen und Strategien Hinsichtlich der Strategiearbeit führt die Fachstelle die aufgenommenen Arbeiten zur Überarbeitung der Ziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie weiter. Die jährliche Berichterstattung zur Umsetzung der Legislaturplanung erfolgt im Jahresbericht des Regierungsrats. Die finanzielle Entwicklung in den Schwerpunkten des Legislaturplans wird im Budgetbericht dokumentiert. Im Rahmen der Grundlagenarbeit werden mit unterschiedlichen Partnern verschiedene Grundlagen in stadtentwicklungsrelevanten Themenfeldern erarbeitet. Zudem leitet die Fachstelle interdepartementale Arbeitsgruppen und wirkt in anderen Projekten der Verwaltung im Sinne ihres Koordinationsauftrags und inhaltlich mit. Das interdepartementale Projekt „Neues Fussgängerorientierungssystem Basel-Stadt“ kommt, sollte der Grosse Rat dem entsprechenden Kredit zustimmen, in die Umsetzungsphase.

Stadtteilentwicklung In dieser Fachstelle ergänzen sich fünf Aufgabenbereiche: Quartierarbeit, Stadtentwicklung Gundeli Plus, Entwicklung Kasernenareal, Förderung der Freiwilligenarbeit und Anlaufstelle Zwischennutzung. Aufgabe der Stadtteilentwicklung ist, die anstehenden Veränderungsprozesse zu unterstützen und dabei soziale, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Aspekte miteinzubeziehen. So können neu Entstandenes und Altbewährtes zusammenwachsen und voneinander profitieren. Die Kontaktstelle für Quartierarbeit und die Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit unterstützen und ergänzen diese Arbeiten optimal. Die Stadtentwicklung Gundeli Plus setzt sich für die integrale Gesamtentwicklung des Gundeldinger Quartiers und von Teilen der angrenzenden Quartiere ein. Im Weiteren wird die Entwicklung des Kasernenareals koordiniert und der überarbeitete Leitfaden „Auf Augenhöhe 1,20 m“ stärkt das Bewusstsein für eine kinderfreundliche Stadtentwicklung auch ausserhalb der Verwaltung. Die Anlaufstelle Zwischennutzung dient als Triage- sowie Vermittlungs- und Koordinationsstelle für Zwischennutzungsvorhaben im Kanton Basel-Stadt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'389.6	-3'414.1	-3'379.4	34.7	1.0	10.2	0.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'440.0	-3'969.3	-5'542.6	-1'573.3	-39.6	-3'102.5	-127.2 ¹
36 Transferaufwand	-2'044.6	-2'045.0	-2'276.9	-231.9	-11.3	-232.3	-11.4 ²
Betriebsaufwand	-7'874.3	-9'428.4	-11'198.9	-1'770.5	-18.8	-3'324.6	-42.2
42 Entgelte	235.0	25.5	40.0	14.5	56.9	-195.0	-83.0
43 Verschiedene Erträge	0.0	845.0	911.9	66.9	7.9	911.9	0.0
46 Transferertrag	285.5	535.0	2'256.9	1'721.9	321.9	1'971.5	690.6 ³
Betriebsertrag	520.5	1'405.5	3'208.9	1'803.4	128.3	2'688.4	516.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-7'353.8	-8'022.9	-7'990.1	32.9	0.4	-636.2	-8.7
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-40.0	0.0	40.0	100.0	0.0	0.0
Abschreibungen	0.0	-40.0	0.0	40.0	100.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-7'353.8	-8'062.9	-7'990.1	72.9	0.9	-636.2	-8.7
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-7'353.9	-8'063.0	-7'990.1	72.9	0.9	-636.2	-8.7
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-7'353.9	-8'063.0	-7'990.1	72.9	0.9	-636.2	-8.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-89.9	0.0	0.0	0.0	0.0	89.9	100.0
Nettoinvestitionen	-89.9	0.0	0.0	0.0	0.0	89.9	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-89.9	0.0	0.0	0.0	0.0	89.9	100.0

Kommentar

- Die Überschreitung resultiert aus den diversen Projekten des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP), welche über die Bundesgelder im FDK 46 Bereich kompensiert werden.
- Die Abweichung resultiert aus der Erhöhung von Subventionen für gemeinnützige Institutionen.
- Die Mehreinnahmen betreffen die Bundesgelder des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP), welche im FDK 46 Bereich abgebildet werden. Die Ausgaben erfolgen über den FDK 31 Bereich.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	18.4	20.1	21.2	19.2	19.4
Vertiefende Grundlagenberichte	Anz	8	7	7	6	6
Zusätzliche Wohnungen im Kanton	Anz	351	270	171	350	350 ¹
Anlässe Neuzuzügerbegrüssungen	Anz		48	44		50

Kommentar

- Die Budgetberichte bis und mit 2013 verwendeten die Kennzahl „Neubau“ aus der Wohnungsbilanz als Indikator. Seit 2014 wird die jährliche Nettoproduktion ausgewiesen, da diese die tatsächliche Zunahme der Wohnungen besser spiegelt.

Wohnraumentwicklung Die Fachstelle unterstützt den Regierungsrat bei der Steuerung der Wohnraumentwicklung. In Zusammenarbeit mit den Fachdepartementen erarbeitete sie die kantonale Wohnraumentwicklungsstrategie 2012-2016. Das darauf basierende Gesetz über die Wohnraumförderung (WRFG) wurde in der Volksabstimmung vom 22. September 2013 als direkter Gegenvorschlag zur kantonalen Initiative „Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!“ angenommen. Nachdem im ersten halben Jahr 2014 die Verordnung zum Gesetz erarbeitet wurde, koordiniert die Fachstelle nun die Umsetzung der in der Wohnraumentwicklungsstrategie festgehaltenen Massnahmen. Zudem sind für 2015 weiterhin die Durchführung des Wohnforums, die Organisation des Basler Investorengesprächs sowie Öffentlichkeitsarbeiten geplant.

Diversität und Integration Die Fachstelle koordiniert die kantonale Integrationsförderung und sorgt für eine abgestimmte und bedarfsgerechte Umsetzung der Basler Integrationspolitik. Dafür erarbeitet sie Grundlagen und Konzepte, leitet die interdepartementale Strategiegruppe Integration (ISI) und den Runden Tisch der Religionen, setzt eigene Massnahmen um und unterstützt Akteure aus dem Integrationsbereich. Über den Staatsbeitragsvertrag mit der GGG Ausländerberatung unterstützt die Fachstelle zudem gezielt die niederschwellige Information und Beratung von Zugezogenen und Einheimischen. 2015 liegt der Schwerpunkt auf der interdepartementalen Zusammenarbeit. Zudem plant die Fachstelle in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basellandschaft die Überarbeitung der Integrationsdatenbank.

Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung Die Fachstelle baut Diskriminierungen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen in den Bereichen Schule, Ausbildung, Arbeit, Freizeit, Wohnen, Mobilität, Bauen und Kommunikation ab. Dieser Auftrag wird zusammen mit verschiedenen Departementen, Institutionen der Behindertenfach- und –selbsthilfe und Betroffenen umgesetzt. Die Berufsbildung für Lernende mit einer Behinderung wird integrativer und durchlässiger. Staatliche und private Arbeitgeber erhalten und schaffen Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung. Tram und Bus sind für behinderte und betagte Menschen stufenlos zugänglich. Betroffene können sich im öffentlichen Raum dank abgesenkten Trottoirs, Aufmerksamkeitsfeldern, Behindertenparkplätzen hindernisfrei bewegen. In öffentlichen Podien äussern sich Betroffene als Expertinnen und Experten in eigener Sache zu Fragen rund um die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

Statistisches Amt

PD-360

Das Statistische Amt erhebt, plausibilisiert und analysiert Daten auf Ebene Kanton und Gemeinden für die thematischen Bereiche „Gesellschaft und Soziales“, „Raum und Umwelt“ sowie „Wirtschaft und Arbeit“ und führt die dazu notwendigen Informatiksysteme.

Für kantonale oder städtische Bedürfnisse werden zusätzlich umfangreiche Analysen auf höherem Detaillierungsgrad durchgeführt und statistische Informationssysteme zur Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt und unterhalten.

Die Vermittlung der statistischen Informationen erfolgt in unterschiedlichster, auf die Bedürfnisse der Nachfragenden zugeschnittener Form (Einzelauskünfte, Beratungen, Ad-hoc-Auswertungen, Internetangebot sowie Standard- und Spezialpublikationen). Die Bereitstellung von Interpretationshilfen sowie die Visualisierung der Daten in Form von Grafiken und Karten gehören ebenfalls zu den Grundaufgaben. Das Statistische Amt führt Befragungen durch (Bevölkerungsbefragungen, Kundenbefragungen der Verwaltung), erstellt Prognosen und berät in Forschungsfragen. Mit der Herausgabe des Jahrbuches wird der Dokumentationsauftrag erfüllt. Damit soll späteren Generationen der Nachvollzug früherer Bedingungen ermöglicht werden.

Das Statistische Amt erbringt statistische Dienstleistungen, die durch die Bundesgesetzgebung, insbesondere durch das Bundesstatistikgesetz und das Registerharmonisierungsgesetz, an die Kantone delegiert sind. Es führt zudem das kantonale Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) als vom Bund anerkannter Teil des Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters.

Tätigkeiten und Projekte

Umsetzung Statistikgesetz Nachdem das Statistikgesetz (StatG) Ende Mai 2014 vom Parlament verabschiedet worden ist und Gültigkeit erlangt hat, stand die Ausarbeitung der Verordnung und des Statistikprogramms an. Nach Verabschiedung dieser beiden Dokumente durch den Regierungsrat und die Inkraftsetzung des Gesetzes sind, gestützt darauf, das Sicherheitskonzept und das Archivierungskonzept zu erarbeiten.

Kantonale Bevölkerungsbefragung Ab Ende Januar findet die fünfte allgemeine Bevölkerungsbefragung statt. Neben einer aktuellen Lagebeurteilung auf der Basis subjektiver Einschätzungen der Bevölkerung, werden die Resultate auch eine Entwicklungsbetrachtung über 12 Jahre erlauben.

Befragung 55+ Zum zweiten Mal werden Einwohnerinnen und Einwohner, welche älter als 55 Jahre sind zu ihren konkreten Bedürfnissen und Ansprüchen befragt. Die Befragung dient insbesondere dem Gesundheitsdepartement zur Überprüfung der Altersleitlinien des Kantons Basel-Stadt sowie zur Beurteilung von Massnahmen im Hinblick auf die Bedürfnisse dieser Altersgruppe.

Indikatoren zur Umweltberichterstattung Die gesetzlich vorgeschriebene Umweltberichterstattung soll künftig Indikator gestützt sowie koordiniert mit dem Kanton Basel-Landschaft erfolgen. Um die von der Charta der öffentlichen Statistik geforderte und im kantonalen Statistikgesetz festgeschriebene strikte Trennung von administrativen und statistischen Daten und Prozessen zu gewährleisten, erfolgt die Erarbeitung und laufende Aktualisierung bei den Statistischen Ämtern der beiden Basel. Die Ämter für Umwelt und Energie werden für die politische Bewertung der Resultate zuständig sein. Als Basis für die anstehenden Arbeiten wurden 2014 einzelne Bereiche als Pilot bearbeitet.

Indexrevision 2015 Alle fünf Jahre wird der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) revidiert, so auch per 2015. Um die Konsistenz zu wahren, werden darum gleichzeitig auch die regionalen Konsumentenpreisindices von Basel, Zürich und Genf angepasst. Die Umstellung des Basler Index der Konsumentenpreise (BIK) auf den angepassten Warenkorb und die neue Basis erfolgt auf den Jahreswechsel 2016 hin. Die Vorarbeiten haben bereits im Jahr 2014 begonnen.

Bildungsstatistik: Integration Sonderpädagogik Als nächste Etappe bei der Modernisierung der Bildungsstatistik auf Bundesebene steht die Integration der Sonderpädagogik in die Statistik der Lernenden und in die Statistik des Schulpersonals an. Die Vorarbeiten haben 2014 begonnen. Mit

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'936.0	-3'893.5	-3'998.2	-104.6	-2.7	-1'062.2	-36.2 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-989.0	-883.0	-921.2	-38.3	-4.3	67.8	6.9
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-19.7	0.0	0.0	0.0	0.0	19.7	100.0
36 Transferaufwand	-42.0	-42.0	-42.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-3'986.7	-4'818.5	-4'961.4	-142.9	-3.0	-974.7	-24.4
42 Entgelte	587.2	441.5	565.1	123.6	28.0	-22.1	-3.8 ²
46 Transferertrag	16.0	16.0	16.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	603.2	457.5	581.1	123.6	27.0	-22.1	-3.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'383.5	-4'361.1	-4'380.3	-19.2	-0.4	-996.8	-29.5
Betriebsergebnis	-3'383.5	-4'361.1	-4'380.3	-19.2	-0.4	-996.8	-29.5
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.3	-0.3	0.0	0.0	-0.0	-2.9
Finanzergebnis	-0.2	-0.3	-0.3	0.0	0.0	-0.0	-2.9
Gesamtergebnis	-3'383.8	-4'361.3	-4'380.6	-19.2	-0.4	-996.8	-29.5
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-3'383.8	-4'361.3	-4'380.6	-19.2	-0.4	-996.8	-29.5

Kommentar

- 1 Für den Mehraufwand ist eine neu zugesprochene 50%-Stelle für die laufende Bearbeitung der Integrationskennzahlen verantwortlich.
- 2 Mehreinnahmen sind auf bereits bestellte Dienstleistungen (Umweltindikatoren, Sozialkennzahlen) zurückzuführen, die verrechnet werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	17.1	20.9	20.3	25.1	25.6
Internetzugriffe (Anzahl Besuche)	Anz	57'759	63'876	86'717	57'000	80'000
Kurzanfragen	Anz	5'917	7'105	7'611	6'500	7'500
Anfragen, die mehr als eine Stunde Aufwand verursachen	Anz	192	209	209	200	200
Begründete Beanstandungen (stat.Information)	Anz	0	0	1	< 4	< 4

Schuljahr 2014/2015 läuft die Testphase für die Erhebung, die Datenaufbereitung, die Plausibilisierung und den Datentransfer an den Bund. Parallel dazu muss der gesamte Prozess für die kantonale Bildungsstatistik ebenfalls angepasst werden.

Bildungsstatistik: Bildungsbericht Nordwestschweiz Nach 2012 erscheint 2015 der zweite Bildungsbericht des Bildungsraumes Nordwestschweiz. Das Statistische Amt wird dafür in Koordination mit dem Erziehungsdepartement Daten aufbereiten und liefern müssen. Der Aufwand ist noch nicht abschätzbar.

Anpassung an das kantonale Web-CD Für 2015 ist die Umstellung der Website des Statistischen Amtes auf das kantonale Web-CD geplant. Aufgrund des umfangreichen Informationsinhalts der Website und der Komplexität der vorgeschalteten Prozesse rechnet das Statistische Amt mit einem beträchtlichen zeitlichen Aufwand für die Umstellung. Während der Umbauarbeiten muss jederzeit der volle bisherige Informationszugang gewährleistet werden können.

Kultur

PD-370

Die Abteilung Kultur ist verantwortlich für die öffentliche Kulturförderung im Kanton Basel-Stadt. Sie sichert das kulturelle Erbe, fördert und unterstützt das aktuelle Kultur- und Kunstschaffen, sowie die Kulturvermittlung und die Kultur insgesamt in möglicher Vielfalt. Gefördert werden insbesondere die Sparten Bildende Kunst, Tanz und Theater, Musik, Literatur, Film/Audiovision und neuerdings auch Jugendkultur. Mit ihren Dienststellen Archäologische Bodenforschung und Staatsarchiv bewahrt und pflegt sie das kulturelle Erbe des Kantons, sichert und vermittelt die dokumentarische Überlieferung und macht diese für Verwaltung und Öffentlichkeit zugänglich. Die fünf staatlichen Museen, ebenfalls Dienststellen der Abteilung Kultur, pflegen ihre hochkarätigen Sammlungen, vermitteln diese an das breite Publikum, führen attraktive Sonderausstellungen durch und betreiben in ihren Fachgebieten museumsrelevante wissenschaftliche Forschung. Mittels verschiedener Dienstleistungen im Museumsbereich kommuniziert und vermittelt die Abteilung Kultur die Angebote der staatlichen und nichtstaatlichen Museen an die interessierte Öffentlichkeit. Über Education Projekte und interkulturelle Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen, Kunstschaffenden und Jugendlichen sowie Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund gefördert. In verschiedenen Gremien setzt sich die Abteilung Kultur für kulturpolitische Belange und Anliegen sowie für den regionalen und nationalen kulturellen Austausch ein. Die Abteilung Kultur pflegt eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und strebt wo immer möglich eine partnerschaftliche Finanzierung der Kulturangebote an. Sie pflegt den nationalen und internationalen kulturpolitischen Austausch kontinuierlich und ist bestrebt, sich von zukunftsweisenden Tendenzen und Impulsen leiten zu lassen.

Tätigkeiten und Projekte

Ergänzend zu den bisherigen regulären Aufgaben prägt die Umsetzung der im Kulturleitbild definierten förderstrategischen Ziele seit 2012 die Tätigkeit der Abteilung Kultur. Nach der Einführung des neuen Evaluationssystems (Standardisierte Jahresberichterstattung und zweijährliche Potenzialgespräche) wird dieses angewendet und dabei kritisch geprüft und optimiert. Die Museumsstrategie sowie das Orchesterkonzept werden spätestens 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt und gehen in ihre Umsetzung.

Im Bereich der Kulturförderung stehen 2015 zahlreiche Subventionsverhandlungen an: RFV Basel, GGG Stadtbibliothek Basel, Verein LiteraturBasel, Verein Ausstellungsraum Klingental, Basler Kunstverein, Beyeler Museum AG, Stiftung Basler Papiermühle, Jüdisches Museum der Schweiz, Stiftung Sportmuseum Schweiz, basel sinfonietta, Ensemble Phoenix Basel und kammerorchesterbasel.

Zu den grossen Projekten der Abteilung Kultur zählt weiterhin die Realisierung des Erweiterungsbaus für das Kunstmuseum (Eröffnung 2016), insbesondere unter der Berücksichtigung der Schliessung im Jahr 2015. Auch werden die beiden Neubauprojekte für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv sowie die Nachnutzung des Berri-Baus durch das Antikenmuseum mit dem Architekturwettbewerb geplant und danach umgesetzt. Auf dem Areal der Kaserne steht nicht nur die Dachsanierung im Kulturbetrieb an, sondern vor allem die Konkretisierung der künftigen Nutzung des Kopfbaus, die entsprechende Sanierung des Gebäudes sowie die Entwicklung einer neuen Atelierpolitik für die Klingentalkirche. Schliesslich gilt es die Realisierung der Stadtcasino-Erweiterung weiterhin zu begleiten.

Nach einjähriger Laufzeit werden die Erfahrungen mit der neu geschaffenen Jugendkulturpauschale ausgewertet und gegebenenfalls angepasst oder erweitert. Das Forum für Geschichte wird weiterhin regelmässig durchgeführt. Das erfolgreiche Crowdfunding-Projekt basel.wemakeit.ch wird auch 2015 weiter verfolgt.

Förderung des Kulturschaffens

Die Förderung des Kunstschaffens wird durch die vier Fachausschüsse und den Kunstkredit bzw. die entsprechenden Kredite (Kunstkredit, gemeinsame Fachkredite BS/BL, Atelierkredit, Kulturpauschale, Jugendkulturpauschale u.a.m.) definiert. Die Abteilung Kultur finanziert und führt seit 2006 auch

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'663.2	-1'709.5	-1'731.0	-21.5	-1.3	-67.8	-4.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'415.1	-1'620.1	-1'712.7	-92.6	-5.7	-297.6	-21.0
36 Transferaufwand	-66'586.0	-67'082.2	-68'352.0	-1'269.8	-1.9	-1'766.0	-2.7
Betriebsaufwand	-69'664.3	-70'411.8	-71'795.7	-1'383.9	-2.0	-2'131.4	-3.1
42 Entgelte	75.1	75.4	136.9	61.5	81.5	61.8	82.3
46 Transferertrag	641.1	600.0	603.5	3.5	0.6	-37.6	-5.9
Betriebsertrag	716.2	675.4	740.4	65.0	9.6	24.2	3.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-68'948.1	-69'736.4	-71'055.4	-1'318.9	-1.9	-2'107.2	-3.1
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-353.2	-1'397.7	-225.7	1'172.0	83.9	127.6	36.1 ¹
Abschreibungen	-353.2	-1'397.7	-225.7	1'172.0	83.9	127.6	36.1
Betriebsergebnis	-69'301.4	-71'134.1	-71'281.0	-146.9	-0.2	-1'979.6	-2.9
34 Finanzaufwand	-0.3	-0.3	-0.3	0.0	0.0	0.0	1.9
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Finanzergebnis	-0.3	-0.3	-0.3	0.0	0.0	0.0	1.9
Gesamtergebnis	-69'301.7	-71'134.5	-71'281.4	-146.9	-0.2	-1'979.6	-2.9
davon Funktionen:							
31 Kulturerbe	-3'789.1	-3'273.9	-3'334.6	-60.7	-1.9	454.6	12.0
32 Kultur, übrige	-65'512.6	-67'860.5	-67'946.8	-86.2	-0.1	-2'434.2	-3.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1'080.3	0.0	0.0	0.0	0.0	1'080.3	100.0
Nettoinvestitionen	-1'080.3	0.0	0.0	0.0	0.0	1'080.3	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-1'080.3	0.0	0.0	0.0	0.0	1'080.3	100.0

Kommentar

1 Die Abweichung ist auf Verzögerung geplanter Investitionen zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.5	11.0	11.7	12.2	12.6
Theater Basel: Zahlende Besucher/-innen aller Sparten	Anz	177'988	164'645	155'096	165'000	165'000
Sinfonieorchester Basel (SOB): Anzahl Auftritte	Anz	186	167	206	200	200
Kulturprojekte: Eingehende Gesuche	Anz	952	936	890	900	920
Abgesetzte Tickets Museumsnacht	Anz	32'124	32'575	29'432	29'000	29'450

die Education Projekte Region Basel durch, die laufend weiterentwickelt und neuerdings auch für die Kreise der Freien Szene geöffnet werden. Das von der Abteilung Kultur initiierte Programm „Kultur im Kontext“ setzt insgesamt Förderschwerpunkte und -instrumente im Bereich der edukativen und interkulturellen Projekte. Die Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen soll in diesem Zusammenhang verstärkt werden. Im Bereich der Projektförderung steht im 2015 eine Krediterneuerung an für die Ateliaraufenthalte. Es ist das erklärte Ziel der Abteilung Kultur, auf die nächste Laufzeit des Förderkredits die Basler Filmförderung gemeinsam mit dem Kanton BL auszubauen und zugleich ein neues Fördermodell in Kraft zu setzen. Dieses wird zurzeit entwickelt, im engen Austausch mit der Basler Filmszene. Ziel ist es, das neue Modell auf 2016 in Kraft zu setzen. Unter Federführung der Allmendverwaltung im Bau- und Verkehrsdepartement wird die Organisation und Reglementierung der Kleinplakatierung derzeit neu definiert. Auf 2015 wird das neue Modell in Kraft treten. Der Abteilung Kultur kommt dabei insbesondere die Aufgabe zu, den Kreis der Kulturveranstalter entsprechend den Kriterien des neuen Kleinplakatierungskonzeptes zu definieren.

Stabsleistungen Abteilung Kultur

Die Museumsnacht geht in ihre 15. Ausgabe und bietet auch im Jubiläumsjahr 2015 ein vielseitiges Programm für Jung und Alt. Die Kommunikationsmittel der Abteilung Kultur werden überprüft und bei Bedarf angepasst. Das Evaluationssystem für die Subventionsempfänger wird weiterentwickelt und gegebenenfalls qualitativ verbessert. Die Abteilung Kultur ist im interdepartementalen Projekt „Entwicklung Kasernenareal“ in zwei wichtigen Teilbereichen direkt involviert: der Nachnutzung des Hauptbaus und dem zentralen Arealmanagement. Die Abteilung Kultur ist zudem federführend bei der Teilsanierung des Stadtcasinos.

Staatsarchiv

PD-376

Das Staatsarchiv bewahrt Informationen aus der Vergangenheit auf und sorgt dafür, dass Informationen auch für die Zukunft vorhanden sind. Es wählt aus der Vielzahl von Unterlagen (Papierakten, digitale Unterlagen und audiovisuelle Dokumente wie Pläne, Bilder, Tondokumente, Filme etc.), die bei Behörden und Verwaltung entstehen, jenen Bruchteil aus, der für eine dauerhafte Dokumentation notwendig ist. Die Unterlagen staatlicher Herkunft werden ergänzt durch private Materialien (Stiftungen, Vereine, Nachlässe, Firmenarchive etc.).

Das Staatsarchiv stellt die Unterlagen der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Verfügung, soweit der Datenschutz dem nicht entgegensteht. Die Benützung des Staatsarchivs erfolgt hauptsächlich im Lesesaal, zu dem alle Interessierten freien Zugang haben, und über das Internet.

Der Auftrag des Staatsarchivs stützt sich auf das Archivgesetz (SG 153.600), die nachgeordnete Registratur- und Archivierungsverordnung (SG 153.610) sowie auf die Verordnung betreffend die Ausleihe von Bauakten (SG 739.500).

Tätigkeiten und Projekte

Die Realisierung des neuen Staatsarchivs zusammen mit dem Naturhistorischen Museum im St. Johann rückt in Sichtweite: Nach der Ermittlung des zur Ausführung bestimmten Siegerprojekts wird die Erarbeitung des Ratschlags für den Baukredit den Schwerpunkt des Jahres bilden. Daneben wird das Projekt „Sicherung und Nutzbarmachung“, mit dem unter anderem zentrale analoge Archivbestände der digitalen Benutzung zugänglich gemacht werden, weitergeführt. Gleichzeitig wird im Projekt „Digitales Archiv 2.0“ mit Hochdruck an der Schaffung eines zukunftsfähigen und sicheren digitalen Lesesaals gearbeitet. Die Verfügbarkeit des digitalen Lesesaals ist einer der wichtigsten fachlichen und strategischen Eckpfeiler für die Ausrichtung des Staatsarchivs im digitalen Zeitalter.

Konkretisierung Raumplanung Nach Durchführung eines öffentlich selektiven Verfahrens beziehungsweise einem einstufigen Projektwettbewerb mit Präqualifikation werden die rund 20 Projekte der zum Wettbewerb eingeladenen Teams juriert und das zur Umsetzung bestimmte Siegerprojekt weiter ausgearbeitet. Auf dieser Basis wird der Ratschlag für den Baukredit erstellt und der Regierung sowie dem Grossen Rat zum Entscheid vorgelegt. Ein positiver Entscheid vorausgesetzt, wird die anschliessende Ausführungsplanung einen intensiven Einsatz der Archivfachkräfte verlangen.

Digitale Langzeitarchivierung Aufbauend auf dem vorliegenden Lösungskonzept wird das Projekt „Ausbau und Erweiterung des Archivinformationssystems (Digitales Archiv 2.0)“ mit den beiden Schwerpunkten digitaler Lesesaal und digitale Bestandserhaltung gemäss Projektleitfaden BS weitergeführt. Ferner werden für den Bereich Vorarchiv erste Schritte zur Realisierung von Services zur Abwicklung der Geschäftsprozesse bei der Ablieferung digitaler Unterlagen aus der Verwaltung an das Staatsarchiv vorgenommen.

Die Einführung der Ablieferungsschnittstelle in CMIKonsul - mit dem Ziel, sowohl bereits in CMIKONSUL vorhandene als auch erst entstehende Unterlagen für die digitale Archivierung vorzubereiten - wird unter der Federführung der Staatskanzlei weitergeführt und koordiniert mit den Arbeiten an einer gesamtkantonalen Records Management-Strategie.

Informationssicherung (Vorarchiv und Erschliessung) Das Projekt „Sicherung und Nutzbarmachung. Mikroverfilmung und Digitalisierung von Archivgut“ – mit den Zielen Sicherung zentraler Archivbestände nach den Richtlinien des Kulturgüterschutzes, Verbesserung der Online-Zugänglichkeit und Schutz der Originale durch Digitalisierung – wird mit der beschafften Infrastruktur gemäss Projektplan fortgesetzt. Die Digitalisierung und Ausbelichtung auf Mikrofilm als Kulturgüterschutzmassnahme erfolgt gemäss dem im Vorjahr erarbeiteten Portfolioprozess.

Bei der Erschliessung von modernen Verwaltungsunterlagen wird eine neue Verzeichnungsstruktur eingeführt und die internationale Norm ISAAR (CPF) zur standardisierten Beschreibung von Provenienzstellen implementiert.

Um die Professionalisierung des Records Managements gesamtkantonal voran zu treiben wird gemeinsam mit der Staatskanzlei (FF) und der Abteilung Informatiksteuerung und Organisation (ISO) die Rahmenbedingungen für eine verwaltungsübergreifende Records Management-Strategie festgelegt, darin soll auch der vollständige Wechsel auf elektronische Aktenführung behandelt werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'548.0	-2'363.0	-2'460.7	-97.7	-4.1	87.3	3.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'254.9	-1'401.8	-1'380.1	21.7	1.5	-125.2	-10.0
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-22.9	0.0	0.0	0.0	0.0	22.9	100.0
36 Transferaufwand	-5.0	-5.0	-5.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-3'830.9	-3'769.9	-3'845.9	-76.0	-2.0	-15.0	-0.4
42 Entgelte	260.4	251.8	307.3	55.4	22.0	46.8	18.0
Betriebsertrag	260.4	251.8	307.3	55.4	22.0	46.8	18.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'570.4	-3'518.0	-3'538.6	-20.6	-0.6	31.9	0.9
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-265.0	-232.4	-131.2	101.3	43.6	133.8	50.5 ¹
Abschreibungen	-265.0	-232.4	-131.2	101.3	43.6	133.8	50.5
Betriebsergebnis	-3'835.4	-3'750.5	-3'669.8	80.7	2.2	165.7	4.3
34 Finanzaufwand	-0.3	0.0	-0.3	-0.3	0.0	0.0	8.4
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	-100.0
Finanzergebnis	-0.2	0.0	-0.3	-0.3	0.0	-0.0	-19.9
Gesamtergebnis	-3'835.6	-3'750.5	-3'670.0	80.5	2.1	165.6	4.3
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-3'835.6	-3'750.5	-3'670.0	80.5	2.1	165.6	4.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-662.6	0.0	0.0	0.0	0.0	662.6	100.0
Nettoinvestitionen	-662.6	0.0	0.0	0.0	0.0	662.6	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-662.6	0.0	0.0	0.0	0.0	662.6	100.0

Kommentar

1 Die Abschreibungen für das 2011 abgeschlossene Investitionsprojekt Informatisierung Staatsarchiv 3. Etappe sind im Budgetjahr 2015 um rund 124'000 Franken tiefer als im Vorjahr (degressiv; 30% vom Restbuchwert).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	17.0	17.1	17.7	17.6	17.2
Benützungstage	Tg	17'606	18'209	23'151	17'500	20'000 ¹
Benützungsvorgänge	Anz	14'978	18'237	17'412	17'000	16'000 ²
Erschliessungsgrad	%	81.0	75.9	84.0	75	80.0 ³
Unbearbeitete Ablieferungen	Anz	316	287	254	287	254 ⁴
Benützungen	Anz	8'024	9'203			⁵
Fristerreichung Anfragenbeantwortung	%	80.7	81.9			⁶

Kommentar

- 1 Die Anzahl Benützungstage widerspiegelt die Entwicklung der Nutzung durch Private, Verwaltung und Politik: Benützungen vor Ort (Lesesaal, Bauplanausgabe, Planarchiv, Bildersammlung), die Online-Benützungen (Äquivalent der Aufenthaltsdauer zu einem Benützungstag) und sonstige Benützungen (Führungen, Vorträge, Lehrveranstaltungen, Museumsnacht usw.).
- 2 Die Anzahl Benützungsvorgänge umfasst die Anzahl ausgeliehener Archivalieneinheiten sowie die Anzahl Anfragen, Reproduktionen und Gesuche.
- 3 Der Erschliessungsgrad oder der Frist-Erreichungsgrad umfasst den Anteil der nach 3 Jahren verzeichneten/ katalogisierten Ablieferungen an der Gesamtheit aller Ablieferungen.
- 4 Die Anzahl unbearbeiteter Ablieferungen entspricht dem Umfang nicht erschlossener resp. für die Benützung noch nicht verfügbarer Unterlagen.
- 5 Diese Kennzahl wird ab Budgetjahr 2013 nicht mehr ausgewiesen.
- 6 Diese Kennzahl wird ab Budgetjahr 2013 nicht mehr ausgewiesen.

Informationsvermittlung Im Bereich der Archivpädagogik wird die Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen vertieft. Archivleitung und -abteilungen werden bei Planungsaufgaben wie Neubau oder Digitale Archivierung kommunikativ unterstützt und begleitet. Die Kommunikation mit Benutzenden und Öffentlichkeit über zentrale Projekte im Bereich Sicherung und Vermittlung wird ausgebaut.

Archäologische Bodenforschung

PD-377

Die Archäologische Bodenforschung ist verantwortlich für die Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis und zur Förderung der kulturellen Identität des Kantons Basel-Stadt geleistet.

Der Auftrag umfasst folgende drei Hauptaufgaben: Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen, Prospektionen und Auswertung anderer Quellen. Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen. Vermittlung und Bereitstellung historischer Erkenntnisse.

Tätigkeiten und Projekte

2015 zeichnen sich neben vielen kleineren, mindestens zwei grosse, mehrmonatige Grabungsprojekte sowie ein Grossgrabungsprojekt ab. Eine neuerliche Budgetkürzung führt zu einer mittlerweile markanten Beeinträchtigung bei der Ausführung des Grundauftrags der Archäologischen Bodenforschung.

Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes

Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen In der spätkeltischen Fundstelle „Basel-Gasfabrik“ wird die Anbindung Fabrikstrasse- Rheinuferpromenade im Süden der Fundstelle eine grosse Rettungsgrabung auf einer Fläche von 770 m² auslösen. Veranschlagt ist eine Grabungsdauer von 2.5 Monaten. Die Industriellen Werke Basel bauen eine Hochtemperaturleitung vom Fernwärmekraftwerk bis zum Universitätsspital. Die Bauarbeiten tangieren zahlreiche archäologische Fundstellen: Im Winter/Frühjahr 2015 müssen deshalb über 80 Gräber des ehemaligen Spitalfriedhofs St. Johann geborgen werden. Für Herbst 2015 steht der Umbaubeginn des Stadtcasinos Basel zur Diskussion, was eine Grossgrabung auslösen wird. Parallel zu diesen grossen Rettungsgrabungen werden zahlreiche kleinere archäologische Untersuchungen durchgeführt werden. Im rückwärtigen Bereich werden die Inventarisierung und Konservierung des umfangreichen Fundmaterials aus der Fundstelle „Basel-Gasfabrik“ vorangetrieben.

Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen Der Transfer aller archäologischen Funde ab dem Jahr 1962 aus den Depots des Historischen Museums in das Zentrallager wird sich bis ins Jahr 2015 hinziehen, weil die Zahl der Metallobjekte unerwartet hoch ist sowie der Erhaltungszustand der Objekte, welcher z.T. sehr desolat ist, erhoben werden muss. Die Überführung der Münzen wurde auf Wunsch des HMB ins Jahr 2018 verschoben. Im Dokumentations- und Bildarchiv wird die Langzeitsicherung weiter vorangetrieben.

Vermittlung und Zurverfügungstellung historischer Erkenntnisse Nach dem erfolgreichen Abschluss SNF-Forschungsprojekts „Über die Toten zu den Lebenden: Menschliche Überreste vom spätlatènezeitlichen Fundplatz Basel-Gasfabrik und ihre kulturgeschichtlichen Deutungen“ werden die aufsehenerregenden Resultate in einem Syntheseband in der wissenschaftlichen Buchreihe „Materialhefte zur Archäologie in Basel“ publiziert. Der erste Band der neukonzipierten Buchreihe „Materialhefte zur Archäologie in Basel“ wird mit dem Titel „Der Münsterhügel in spätrömischer Zeit“ 2015 erscheinen. Die Renovation der Archäologischen Informationsstelle Teufelhof wird zu Beginn des Jahres abgeschlossen sein. Wiederum wird die Archäologische Bodenforschung an der Museumsnacht teilnehmen, einen Sommerworkshop für Kinder anbieten und ein Führungsprogramm „Archäologie live“ über das ganze Jahr verteilt im Angebot haben.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'322.4	-3'372.3	-3'365.2	7.1	0.2	-42.8	-1.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'356.5	-1'033.8	-1'002.4	31.4	3.0	354.1	26.1
Betriebsaufwand	-4'678.9	-4'406.1	-4'367.6	38.5	0.9	311.3	6.7
42 Entgelte	36.2	77.2	86.3	9.1	11.7	50.1	138.1
46 Transferertrag	345.6	60.2	76.8	16.6	27.6	-268.8	-77.8
Betriebsertrag	381.9	137.4	163.1	25.7	18.7	-218.8	-57.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'297.0	-4'268.6	-4'204.5	64.1	1.5	92.5	2.2
Betriebsergebnis	-4'297.0	-4'268.6	-4'204.5	64.1	1.5	92.5	2.2
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.0	-8.9
44 Finanzertrag	3.2	3.2	3.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	3.1	3.1	3.1	0.0	0.0	-0.0	-0.3
Gesamtergebnis	-4'293.9	-4'265.5	-4'201.4	64.1	1.5	92.5	2.2
davon Funktionen:							
31 Kulturerbe	-4'293.9	-4'265.5	-4'201.4	64.1	1.5	92.5	2.2

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Prognose 2014	Prognose 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	21.9	22.4	24.5	24.6	24.6
Anteil ausreichend untersuchter Fundstellen	%	89	90	90	90	90
Anteil inventarisierter und zugänglich aufbewahrter Funde	%	40	41	50	50	55
Publikationen pro Jahr	Anz	4	2	3	4	3

Globalbudget Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst

Das Kunstmuseum Basel und das Museum für Gegenwartskunst sind zwei international ausstrahlende Museen, welche nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes geführt werden. Sie erweitern, bewahren, erforschen, dokumentieren und vermitteln die seit 1661 bestehende und seit 1671 öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (SG 451.100)

Museumsverordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit der Stadt Basel mit Kunst von Weltgeltung. Vermittlung von Einsichten in Zusammenhänge, Rezeptionsgeschichte, Geschichte und Wandel der internationalen Kunst sowie von lebendigem Umgang mit ihr, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

In der Zeit von Februar 2015 bis März 2016 wird der Hauptbau des Kunstmuseums aufgrund einer umfangreichen Teilsanierung geschlossen. Die Bauarbeiten haben bereits im Oktober 2013 begonnen und werden bis Oktober 2015 dauern. Die Schliessung bedingt umfangreiche Verschiebungen von Betriebsbereichen und Depots, die hauptsächlich von Mitarbeitenden des Kunstmuseums organisiert und ausgeführt werden. Ab Oktober 2015 erfolgen die Inbetriebnahmen des Erweiterungsbaus und des teilsanierten Hauptbaus. Im Weiteren beschäftigt sich das Kunstmuseum während des Jahres 2015 mit der Sammlungsbetreuung, dem Ausstellungsbetrieb im Museum für Gegenwartskunst und den externen Ausstellungsprojekten (Museum der Kulturen Basel, Museo Nacional Centro de Arte Reina Sofia und Museo Nacional del Prado, beide in Madrid). In der Vorbereitung auf den erweiterten Betrieb ab 2016 richtet sich der Fokus im 2015 auf Ausstellungsplanung, Konzepte für die Bereiche Bildung & Vermittlung, Kommunikation, Fundraising & Sponsoring sowie auf den Personalaufbau.

Durch die Schliessung entgehen dem Kunstmuseum Erträge von rund 1.4 Mio. Franken aus Eintrittten, 1.9 Mio. Franken aus Verkäufen und weiteren Einnahmen sowie private Beiträge in Millionenhöhe. Obwohl der betriebliche Aufwand um rund 3.4 Mio. Franken reduziert wird, kann der Betrieb nur durch einen zusätzlichen staatlichen Beitrag von rund 1.7 Mio. Franken sichergestellt werden.

Ausstellungen 2015

@ Museum für Gegenwartskunst

- One Million Years – System und Symptom, vom 11. Oktober 2014 bis 06. April 2015
- Joseph Beuys. Installationen, Aktionen und Vitruinen, ab 19. Dezember 2014
- Cézanne bis Richter. Meisterwerke der Moderne aus dem Kunstmuseum Basel, vom 14. Februar 2015 bis 21. Februar 2016
- Martin Boyce, vom 25. April bis 16. August 2015
- Frank Stella. Paintings & Drawings 1958–1975, vom 09. Mai bis 30. August 2015
- Lawler – Levine – Prince – Sherman. Photographs, vom 29. August 2015 bis 10. Januar 2016
- Cy Twombly. Paintings & Sculptures, vom 12. September 2015 bis 31. Januar 2016

@ Museum der Kulturen

- Holbein. Cranach. Grünewald. Meisterwerke aus dem Kunstmuseum Basel, vom 11. April 2015 bis 28. Februar 2016

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-10'791.3	-10'248.3	-10'049.6	198.7	1.9	741.7	6.9
Übriger Aufwand	-9'604.3	-11'073.4	-7'875.6	3'197.8	28.9	1'728.7	18.0
Betriebsaufwand	-20'395.6	-21'321.7	-17'925.2	3'396.5	15.9	2'470.4	12.1
Betriebsertrag	6'727.7	7'733.3	2'670.1	-5'063.2	-65.5	-4'057.6	-60.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-13'667.9	-13'588.4	-15'255.1	-1'666.7	-12.3	-1'587.2	-11.6 ¹
Finanzergebnis	134.0	-2.4	-28.3	-25.9	...	-162.2	-121.1
Kalkulatorische Kapitalkosten	-1'463.6	-1'000.0	-800.0	200.0	20.0	663.6	45.3
Umlagen Querschnittsleistungen	-440.0	-730.7	-778.1	-47.4	-6.5	-338.0	-76.8
Vollkosten	-15'437.6	-15'321.4	-16'861.4	-1'540.0	-10.1	-1'423.8	-9.2

Kommentar

1 Durch die Schliessung des Hauptbaus des Kunstmuseums in der Zeit von Februar 2015 bis März 2016 aufgrund einer umfangreichen Teilsanierung entgehen dem Kunstmuseum Erträge aus Eintritten, Führungen, Verkäufen und weiteren Einnahmen für Dienstleistungen.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Kunstaustellungen	Anzahl Besucher/-innen	=	245'635	262'479	220'000	75'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	758	817	500	200
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	1'052	1'264	1'000	350
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Galerie	=	100%	100%	100%	100%
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Kupferstichkabinett	=	5%	6%	5%	6%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	500	500	500	200

@ Madrid 2015

- Museo Nacional del Prado
- Museo Nacional Centro de Arte Reina Sofia

vom 18. März bis 13. September 2015

Das Ausstellungsprogramm wird dank der grosszügigen Unterstützung von Mäzenen, Donatoren und Sponsoren ermöglicht. Wertvolle Unterstützung wird dem Kunstmuseum ausserdem seitens des Fonds für künstlerische Aktivitäten im Museum für Gegenwartskunst, der Christoph Merian Stiftung, der Emanuel Hoffmann-Stiftung sowie der Stiftung für das Kunstmuseum Basel zuteil.

Sammlung Neben der kontinuierlichen Erforschung und Vermittlung steht im Schliessungsjahr besonders der Schutz und Unterhalt der weltberühmten Sammlungsbestände im Vordergrund.

Vermittlung Trotz des reduzierten Betriebs werden die öffentlichen und privaten Angebote sowie die Programme für Schulklassen im Rahmen der Möglichkeiten weitergeführt. In der Vorbereitung auf den erweiterten Museumsbetrieb ab 2016 werden die Angebote und Leistungen der Abteilung Bildung & Vermittlung konzeptionell weiterentwickelt und erheblich ausgebaut.

Dienstleistungen Die Angebote der Buchhandlung und der Eventabteilung werden durch die Schliessung eingeschränkt, jedoch aufrechterhalten. Die Buchhandlung unterhält in dieser Zeit eine zusätzliche Verkaufsstelle im Eingangsbereich der Bibliothek. Das Leistungsangebot der Bibliothek steht uneingeschränkt zur Verfügung und wird hinsichtlich der Qualität laufend optimiert und in Bezug auf die Entwicklung im Nutzungsbereich digitaler Medien stetig angepasst.

Globalbudget Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig

Das Antikenmuseum Basel betreibt ein archäologisches Museum und eine Sammlung von Abgüssen nach antiken Werken (Skulpturhalle) in zwei Liegenschaften nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1961 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (SG 451.100)

Museumsverordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte, die die materielle und geistige Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bilden, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Neben zwei Sonderausstellungen (Blumenreich, Antikythera) sind 2015 die Projektarbeiten für die Neugestaltung der Dauersammlung nach wie vor ein Schwerpunkt. Die Planung der damit verbundenen Umbauten wird 2015 abgeschlossen. 2016 werden dann die einzelnen Kulturbereiche neu nach Themen präsentiert und die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Kulturen kritisch thematisiert. Die gewählten Themen haben einen grossen Aktualitätsbezug.

Sammlung/Forschung Die im September 2014 eröffnete Sonderausstellung „Blumenreich“ ist bis zum 1. Februar 2015 im Antikenmuseum zu sehen.

Die für 2014 vorgesehene Sonderausstellung über die Weltsensation von Antikythera kann erst ab September 2015 gezeigt werden. Zwischen 60 und 50 v.Ch. wurde ein grosses Transportschiff vor der griechischen Insel Antikythera von einem Sturm überrascht und sank. Dieses Schiff wurde 1900 von Schwammtauchern entdeckt. Geborgen wurden zahlreiche Meisterwerke der griechischen Kunst wie herausragende Skulpturen, Goldschmuck, silberne Münzen und Gefässe, reich verzierte Gläser und Transportamphoren. Herausragend ist der äusserst ausgeklügelte und raffinierte mechanische Kalender, der als höchste technologische Leistung der Menschheit bis zum Hochmittelalter angesehen wurde. Die Ausstellung wurde erstmalig im Nationalmuseum von Athen gezeigt. Das Interesse an dieser Ausstellung ist weltweit, doch Basel wird als erste aussergriechische Destination diese Ausstellung übernehmen. Die mündliche Zusage der griechischen Behörden ist vorhanden und die weiteren Verhandlungen sind weit fortgeschritten.

Vermittlung Hauptziele sind die Begleitung der Sonderausstellungen mit Workshops und Veranstaltungen. Dazu werden über neue Angebote Kinder, Jugendliche und behinderte Personen für das Museum interessiert.

Dienstleistungen Elektronische Mittel für eine verbesserte Information unserer Besuchenden werden mit Schwerpunkt in den Sonderausstellungen eingeführt. Die Erwartungen unserer Besuchenden werden dabei berücksichtigt.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-3'496.5	-3'631.7	-3'854.5	-222.8	-6.1	-358.0	-10.2
Übriger Aufwand	-3'057.4	-2'276.2	-3'633.1	-1'356.9	-59.6	-575.7	-18.8
Betriebsaufwand	-6'554.0	-5'908.0	-7'487.6	-1'579.7	-26.7	-933.7	-14.2
Betriebsertrag	1'329.1	544.5	2'285.0	1'740.5	319.7	955.9	71.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'224.9	-5'363.5	-5'202.6	160.8	3.0	22.2	0.4
Finanzergebnis	2.6	-0.8	-0.8	0.0	0.0	-3.4	-130.2
Kalkulatorische Kapitalkosten	-2.6	0.0	-1.4	-1.4	0.0	1.2	47.4
Umlagen Querschnittsleistungen	-1'053.1	-1'326.4	-1'366.0	-39.5	-3.0	-312.9	-29.7
Vollkosten	-6'277.9	-6'690.7	-6'570.7	119.9	1.8	-292.9	-4.7

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur antiken Kunst und Kultur	Anzahl Besucher/-innen	=	51'635	71'482	42'000	51'370
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	153	394	200	250
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	383	379	380	350
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit antiken Kulturen auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad der Sammlung	>=	75%	80%	80%	85%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	=	27	23	30	25
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externer Forscher/-innen	=	200	230	200	200

Globalbudget Historisches Museum Basel

Produkte	Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Sammlung Forschung	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege
Vermittlung	Leistungen des Historischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Historische Museum Basel betreibt in vier Liegenschaften ein kulturhistorisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1671 (als eigene Institution seit 1856) bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
 Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (SG 451.100)
 Museumsverordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Das neue Branding unter dem Label „hmb“ mit den neuen Namen der Ausstellungshäuser hat sich etabliert und steht stellvertretend für die neue Ausrichtung des Museums. Vermehrt wahrgenommen wird das Museum aber auch dank forcierter Kommunikationsaktivitäten auf allen Kanälen der social media und einer massiv erhöhten Kadenz von Sonderausstellungen. Gerade diese zusätzlichen Ausstellungen lassen sich aber fast nur noch durch die Akquisition von Drittmitteln finanzieren - ein Balanceakt, der bisher erfolgreich gelungen ist. Organisatorisch findet der Wandel Niederschlag im Ausbau der Kommunikationsressourcen und in vermehrter Nutzung von Synergien unter den Ausstellungshäusern, was sich positiv auf die Kosten auswirken wird.

Für das Haus zum Kirschgarten wurde eine Machbarkeitsstudie für die künftige Nutzung des Hauses als multifunktionaler Museumsbau in Auftrag gegeben, ein Projekt, das den Ansprüchen eines modernen Museums des 21. Jahrhunderts genügen soll. Vorerst werden allerdings die Sanierung der Fassade und die Umgestaltung der Elisabethenstrasse die baulichen Prioritäten im Museum für Wohnkultur bestimmen. Ganzheitlich überprüft wird auch die Situation in den verschiedenen Depots. Diese Analyse soll einerseits den künftigen Bedarf klären, wird andererseits Einfluss auf eine noch zu erarbeitende, neue Sammlungsstrategie haben.

Sammlung/Forschung Der Sammlungszuwachs wird mittels EDV inventarisiert, alle Objekte werden konserviert und sachgerecht gelagert. Eine neue Sammlungsstrategie soll die künftigen Schwerpunkte definieren und ein ungebremstes Wachstum der Objekte eindämmen. Die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Fachhochschulen wird weiterhin regelmässig durch Mitwirkung an oder Bestreiten von Lehrveranstaltungen und durch die Unterstützung universitärer Forschungs- und Abschlussarbeiten betrieben. Die Publikation eines zweiten Bandes des mit privaten Mitteln finanzierten Forschungsprojekts zur Basler Goldschmiedekunst wird 2015 erfolgen und in einer eigens konzipierten Ausstellung zu dieser Thematik münden (voraussichtlich September 2015).

Vermittlung Folgende Sonderausstellungen finden im Jahr 2015 statt:

- „14/18 Die Schweiz und der grosse Krieg“ im Museum für Geschichte (23.8.2014 bis 15.2.2015)
- „Flimmerkiste - 60 Jahre Fernsehen in der Schweiz“ im Museum für Geschichte (19.9.2014 bis 8.2.2015)
- „Guitarorama“ im Museum für Musik (16.1.2015 bis 25.4.2015)

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-6'489.1	-6'222.5	-6'262.1	-39.6	-0.6	227.0	3.5
Übriger Aufwand	-4'558.1	-4'631.0	-4'456.6	174.3	3.8	101.4	2.2
Betriebsaufwand	-11'047.1	-10'853.4	-10'718.7	134.7	1.2	328.4	3.0
Betriebsertrag	959.0	802.0	971.3	169.3	21.1	12.3	1.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-10'088.1	-10'051.4	-9'747.4	304.0	3.0	340.8	3.4
Finanzergebnis	12.4	11.0	11.0	0.0	0.0	-1.4	-11.0
Kalkulatorische Kapitalkosten	-1'752.8	-328.0	-643.5	-315.5	-96.2	1'109.3	63.3
Umlagen Querschnittsleistungen	-387.4	-676.6	-716.9	-40.2	-5.9	-329.5	-85.1
Vollkosten	-12'215.9	-11'045.1	-11'096.7	-51.6	-0.5	1'119.2	9.2

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst	Anzahl Besucher/-innen	>	157'330	158'744	165'000	150'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	348	468	350	450
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	406	454	400	150
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit der lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	17	17	15	20
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl ausgeliehene Objekte	>	104	84	65	40
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externe Forschungen	>	13	29	40	25
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	417	884	400	500

- „Fussball - eine Glaubensfrage“ im Museum für Geschichte (13.5.2015 bis 16.8.2015)
- Kabinettsausstellung zum Geburtstag von Fred Spillmann (Daten noch unbekannt)
- „Museum of broken relationships“, Museum für Wohnkultur (ab 17.4.2015, Dauer noch unbekannt)
- „Silber - Basler Goldschmiedekunst“, Museum für Wohnkultur (1.9.2015 bis 31.3.2016)

Diese Ausstellungen werden fast ausschliesslich mit Drittmitteln finanziert und mehrheitlich in Kooperation mit anderen Institutionen organisiert - vermehrt auch in Form internationaler Co-Projekte. Die zahlreichen, qualitativ hochstehenden Vermittlungsangebote in Form von Führungen, Workshops, Familiensonntagen, Kindergeburtstagen etc. werden konsolidiert und je nach personellen und finanziellen Möglichkeiten ausgebaut.

Dienstleistungen Mit neuen Formaten für ein „digital native“ Publikum, z.B. in Form von Tweeevenings wird das HMB seinem Ruf als innovatives Haus weiterhin mehr als gerecht. Das ehrgeizige Ziel, im Bereich der eCulture eine weitherum führende Position einzunehmen, ist eine klare Mission. Das Café Barfüsserkirche hat seinen guten Ruf etabliert und verzeichnet vor allem über die Lunchpause gute Frequenzen. Die Picknicks im Garten des Museums für Wohnkultur verzeichnen eine stetig wachsende Nachfrage und es baut sich langsam eine Stammkundschaft auf. Zur Vertiefung des Ausstellungsbesuchs werden neu Magazine in attraktiver Form herausgegeben, die einen guten Absatz erzielen. Das Angebot der Museumsshops wird ständig den aktuellen Ausstellungsaktivitäten angepasst und erweitert. Die Frequentierung der Bibliothek durch Privatpersonen und Studierende wird weiterhin auf dem bisherigen Niveau gehalten.

Globalbudget Naturhistorisches Museum Basel

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel	1.1 Kulturförderung und -pflege

Das Naturhistorische Museum Basel betreibt im Museumsgeviert an der Augustinergasse eine Institution nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1821 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
 Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (SG 451.100)
 Museumsverordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die unbelebte und belebte Natur. Vermitteln von Einsichten in Prozesse und Entwicklungen in der Natur, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Für das Jahr 2015 ist der Abschluss der Jurierung des Wettbewerbs Neubau Naturhistorisches Museum/Staatsarchiv geplant. Anschliessend erfolgt die Projektausarbeitung und Anpassung für das Bauprojekt. Ebenso werden die asbestsanierten Dauerausstellungsräume umgebaut und neu bespielt. Für Herbst 2015 ist die Eröffnung der Garderobe und Picknick-Raum geplant.

Sammlung/Forschung Die digitale Erfassung des Sammlungsguts und die Ausleihe an nationale und internationale Museen und Universitätsinstitute gehören zu den Schwerpunkten der Kuratoren-tätigkeit. Dazu ist das NMB Signatär der Plattform 2022 des ICOM Nathist und gehört auch zu den Erstunterzeichnenden der „Bouchout Declaration for Open Biodiversity Knowledge Management“. Das Naturhistorische Museum Basel ist federführend am Aufbau eines Verbands der naturhistorischen Sammlungen der Schweiz und Lichtenstein beteiligt. Dieser Verband soll auch in die Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften (scnat) eingebunden werden.

Das Museum ist national und international an verschiedenen wissenschaftlichen Projekten beteiligt oder sogar federführend, die mehrheitlich mit Drittmitteln finanziert werden (verschiedene Stiftungen, Nationalfonds). Biowissenschaftliche Schwerpunkte sind nach wie vor die Taxonomie und Biogeographie und Phylogenie von Käfern, Spinnen und Blattläusen in der Schweiz (Region Basel, Graubünden) wie auch im Ausland (Brasilien, Nepal, USA, Afrika). Hinzu kommen die Biogeographie und Taxonomie von Anuren in Madagaskar (Froschlurche). Die Forschungsschwerpunkte der Geowissenschaften liegen im Bereich der Evolution von Foraminiferen (Einzeller: Karibik, Atlantik), der Taxonomie von Krebsen und Muscheln (Nordwestschweiz) und der Paläoökologie und Paläobiologie meso- und känozoischer Wirbeltiere (Alpen, Nordwestschweiz, Spanien, Frankreich). Die Ausbildung von Bachelor- und Masterstudenten und Doktoranden sowie die Lehre an der Universität Basel gehören weiterhin zu den wichtigen Aufgaben des Museums.

Vermittlung Vermittlungsangebote umfassen regelmässige thematische Führungen in den Dauerausstellungen, aber auch szenische Führungen zur Geschichte des Hauses, Workshops und das Naturfilmfestival im Winterhalbjahr. Die Sonderausstellung „Parasiten - Life Undercover“ des Naturkundemuseums Berlin wird bis zum 31. März 2015 zu sehen sein; letztere weist einen Schwerpunkt „Basel“ auf, der mit dem Schweizerischen Tropen- und Public Health Institut als Partner erarbeitet wurde. Ab November zeigen wir die Sonderausstellung „Wildlife Photographer of the Year“ des Natural History Museum London.

Dienstleistungen Das erfolgreiche Format des „after hours“, Barbetrieb mit Ausstellungsbesuch, wird auch 2015 weitergeführt. Zudem ist eine Veranstaltung im Innenhof geplant, die den Arbeitstitel

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-4'918.3	-5'087.7	-5'165.2	-77.5	-1.5	-246.9	-5.0
Übriger Aufwand	-3'495.1	-4'067.6	-3'491.1	576.5	14.2	4.0	0.1
Betriebsaufwand	-8'413.4	-9'155.3	-8'656.3	499.0	5.5	-242.9	-2.9
Betriebsertrag	939.2	706.4	913.5	207.2	29.3	-25.6	-2.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-7'474.2	-8'448.9	-7'742.8	706.2	8.4	-268.5	-3.6
Finanzergebnis	60.9	0.4	-0.3	-0.7	-183.3	-61.2	-100.5
Kalkulatorische Kapitalkosten	-299.2	-413.5	-162.4	251.1	60.7	136.8	45.7
Umlagen Querschnittsleistungen	-329.5	-603.3	-658.6	-55.3	-9.2	-329.2	-99.9
Vollkosten	-8'042.0	-9'465.4	-8'564.1	901.3	9.5	-522.2	-6.5

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zu naturwissenschaftlichen Themen	Anzahl Besucher/-innen	>	100'373	99'215	60'000	70'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	215	643	250	250
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'290	1'301	800	1'000
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Ausleihen von Objekten	>	59'033	8'415	500	1'000
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Besuchertage Gastwissenschaftler/-innen	>	315	748	150	250
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	33'328	25'066	500	1'000

„Basel liegt am Meer“ trägt. Die Aula und der Bereich Wal & Fisch werden weiterhin für externe Anlässe vermietet, um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Globalbudget Museum der Kulturen Basel

Das Museum der Kulturen Basel betreibt in elf Liegenschaften ein ethnologisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (SG 451.100)

Museumsverordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit und der Auseinandersetzung mit den Kulturen der Welt sowie des Interesses und Verständnisses für andere Weltanschauungen und Werte. Vermitteln von Einsichten in Zusammenhänge, Geschichte und Wandel europäischer und aussereuropäischer Kulturen, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Steigerung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Im 2015 wird sich die Arbeit des Museums weiterhin darauf konzentrieren, die seit der Neueröffnung erzielte Positionierung als publikumsnahes, lebendiges und innovatives Haus auf allen Ebenen zu festigen und auszubauen. Vornehmlich anhand des eigenen Sammlungsbestandes werden kulturelle Dimensionen des Lebens ausgeleuchtet. Anhand des bestehenden Konzeptes wird gezeigt und vermittelt, wodurch sich Weltverständnis und Wertvorstellungen von Individuen oder ganzen Gruppen von Menschen auszeichnen, wie sie sich weiterentwickeln und zu unseren eigenen Vorstellungen in Beziehung stehen.

Sammlung/Forschung Teile des alten Bestandes sowie der neu erworbenen Sammlungsobjekte werden so bearbeitet, dass sie in Ausstellungen gezeigt werden können. Zudem werden die grossen, neu eingegangenen Sammlungskonvolute weiter bearbeitet. Bestehende Kooperationen mit Institutionen (FHNW, Universitäten etc.) und Gruppen (z.B. in Mexiko, Brasilien, Nagaland) werden weitergeführt. Neue Kooperationen mit Museen und Unternehmen sollen institutionalisiert werden. Das Forschungsprogramm „Fellowship Museum der Kulturen“ wird weitergeführt mit einer Forschungsarbeit zur Sammlungsgeschichte des MKB und einem Workshop zu „Ethnologie und Museum: Materialität und Die andere Globalisierung.“

Vermittlung Die erhöhte Kadenz von Ausstellungen wird auch im 2015 beibehalten. Die zwei Dauerausstellungen bleiben bestehen. Daneben werden 4 neue Ausstellungen eröffnet (Opium, 200 Jahre Basler Mission, 111 Jahre Abteilung Europa, Weihnachtsausstellung). Zudem wird während der Schliessung des KMB die Ausstellung „Holbein Cranach Grünewald. Alte Meister“ (KMB zu Gast im MKB) gezeigt. Auch im 2015 werden zu allen Ausstellungen Rahmenprogramme (Führungen, Ausstellungsgespräche, Interventionen, Workshops, etc.) zielgruppenspezifisch durchgeführt. Das Mitte 2012 eingeführte, vom Publikum sehr geschätzte neue Vermittlungsformat „Kultur-Dialog/Dialog-Kultur“ kann dank der Zusage von Drittmitteln ebenfalls weitergeführt werden.

Dienstleistungen Im Shop wird weiterhin ein auf die Ausstellungen abgestimmtes Sortiment an Produkten und Publikationen angeboten. Bei der Auswahl des Sortiments legt das MKB grossen Wert auf die Förderung von lokalem Kunsthandwerk, auf fairen Handel und auf umwelt- und sozialverträgliche Produktion. Die Kombination der Aktivitäten und Leistungen des Museums und des Museumsbistro wird weiter ausgebaut.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-4'811.3	-4'951.4	-5'091.8	-140.4	-2.8	-280.5	-5.8
Übriger Aufwand	-4'294.3	-4'455.8	-4'389.4	66.4	1.5	-95.1	-2.2
Betriebsaufwand	-9'105.6	-9'407.2	-9'481.2	-74.0	-0.8	-375.6	-4.1
Betriebsertrag	780.7	1'109.7	1'280.1	170.4	15.4	499.3	64.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-8'324.8	-8'297.5	-8'201.1	96.4	1.2	123.7	1.5
Finanzergebnis	-1.8	47.0	18.1	-28.9	-61.5	19.9	...
Kalkulatorische Kapitalkosten	-710.0	-1'270.1	-666.5	603.6	47.5	43.5	6.1
Umlagen Querschnittsleistungen	-327.1	-619.9	-665.3	-45.4	-7.3	-338.1	-103.4
Vollkosten	-9'363.7	-10'140.4	-9'514.8	625.7	6.2	-151.0	-1.6

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

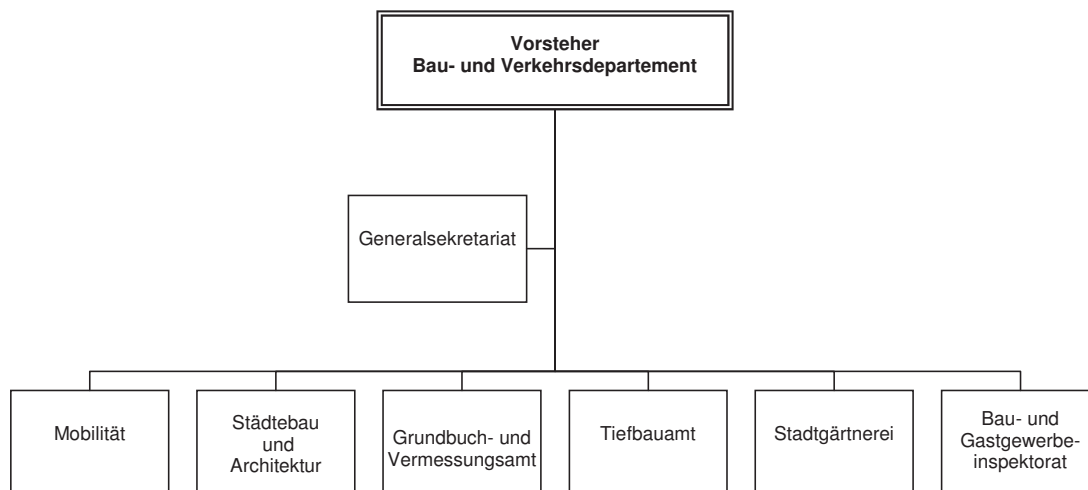
Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen über die Kulturen der Welt	Anzahl Besucher/-innen	>	60'032	67'655	75'000	75'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	265	258	180	180
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	157	148	150	150
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit den Kulturen der Welt auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung (Neuzugänge)	=	100%	100%	100%	100% 1
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Schweiz	>	6/69	9/147	10/100	10/100
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Ausland	>	10/184	8/66	5/25	5/25
Relevanz für die Fachwelt	Für die Betreuung externer Forscher/-innen aufgewendete Arbeitstage	=	127	103	70	70
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Objekte	>	640	183	100	100
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Fotografien / Dias	>	40	466	50	50

Kommentar

1 Die Inventarisierung der Neuzugänge von mehr als 20'000 Sammlungsobjekten ist abhängig von den verfügbaren Ressourcen (Personal, Lagerungshilfsmaterialien).

4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement

BVD-601	Generalsekretariat	127
BVD-602	Bau- und Gastgewerbeinspektorat	129
BVD-614	Stadtgärtnerei	131
BVD-617	Tiefbauamt	134
BVD-631	Grundbuch- und Vermessungsamt	137
BVD-651	Städtebau und Architektur	139
BVD-661	Mobilität	143
	Globalbudget Öffentlicher Verkehr	147
BVD	Produktgruppe Tram und Bus	149
BVD	Produktgruppe Regio-S-Bahn	151
BVD	Produktgruppe Tarife und Verbände	153



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-121.3	-123.3	-124.6	-1.3	-1.1	-3.3	-2.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-65.6	-64.5	-66.8	-2.3	-3.5	-1.2	-1.9 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.4	-1.3	-1.4	-0.1	-9.3	0.0	1.5 ²
36 Transferaufwand	-82.0	-85.7	-96.9	-11.2	-13.0	-14.9	-18.2 ³
Betriebsaufwand	-270.3	-274.8	-289.7	-14.9	-5.4	-19.4	-7.2
41 Regalien und Konzessionen	7.3	7.5	7.7	0.2	2.7	0.4	5.2
42 Entgelte	104.0	83.0	93.7	10.8	13.0	-10.3	-9.9 ⁴
43 Verschiedene Erträge	2.7	2.3	5.5	3.2	141.8	2.8	103.1 ⁵
46 Transferertrag	7.3	8.0	8.4	0.4	5.2	1.1	15.1 ⁶
Betriebsertrag	121.3	100.7	115.2	14.6	14.5	-6.0	-5.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-149.0	-174.2	-174.5	-0.3	-0.2	-25.5	-17.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-45.2	-47.5	-50.6	-3.1	-6.5	-5.4	-12.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-4.8	-2.2	-5.0	-2.8	-127.6	-0.2	-3.4
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	2.1	0.7	2.4	1.7	258.9	0.3	12.1
Abschreibungen	-47.9	-49.1	-53.2	-4.1	-8.4	-5.3	-11.1⁸
Betriebsergebnis	-196.9	-223.2	-227.7	-4.5	-2.0	-30.8	-15.6
34 Finanzaufwand	-2.9	-0.0	-0.0	0.0	4.5	2.9	99.9
44 Finanzertrag	2.4	2.4	2.3	-0.1	-3.9	-0.1	-3.9
Finanzergebnis	-0.5	2.4	2.3	-0.1	-3.9	2.8	587.1
Gesamtergebnis	-197.4	-220.8	-225.3	-4.5	-2.1	-27.9	-14.2
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-8.9	-32.1	-21.7	10.5	32.5	-12.8	-143.6
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-0.9	-0.6	-0.6	-0.0	-1.9	0.3	35.3
2 Bildung	-1.9	-2.0	-2.2	-0.2	-10.0	-0.4	-19.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-27.4	-21.6	-24.3	-2.7	-12.4	3.1	11.5
5 Soziale Sicherheit	-0.7	-1.5	-0.7	0.8	52.7	-0.0	-1.3
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-160.0	-166.8	-176.7	-9.9	-5.9	-16.7	-10.5
7 Umweltschutz und Raumordnung	2.3	3.8	0.8	-3.0	-78.6	-1.5	-64.7

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14	Abw. B15/R13		
	2013	2014	2015	abs.	% abs.	%	
Ausgaben Grossinvestitionen	-95.2	-121.0	-124.5	-3.5	-2.9	-29.3	-30.7
Ausgaben Kleininvestitionen	-1.7	-1.5	-1.8	-0.3	-20.6	-0.2	-9.5
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-4.9	0.0	0.0	0.0	0.0	4.9	100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	8.5	11.0	9.5	-1.5	-13.6	1.0	11.3
Nettoinvestitionen	-93.2	-111.5	-116.8	-5.3	-4.8	-23.6	-25.3
Saldo Investitionsrechnung	-93.2	-111.5	-116.8	-5.3	-4.8	-23.6	-25.3

Kommentar

- 1 Bau- und Gastgewerbeinspektorat: Mehraufwand von 0.3 Mio. Franken aufgrund der erhöhten Gebührenausschüttungen an die im Bewilligungsverfahren involvierten Fachinstanzen. Die Ausschüttung pro Fall wurde von 400 Franken auf 500 Franken erhöht. Grundbuch- und Vermessungsamt: Für den Aufbau des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen werden die Sachkosten wiederkehrend um 0.1 Mio. Franken, und für die Realisation der Karten und der Online-Applikation fürs neue Fussgängerorientierungssystem einmalig um 0.2 Mio. Franken erhöht. Städtebau- und Architektur: Beim Hochbauamt fallen befristete Mehrausgaben für die Erdbebenprüfung bei Natursteinmauerwerken in der Höhe von 0.2 Mio. Franken an, sowie befristete Mehrausgaben für ein IT-Tool im Gebäudemanagement Technik in der Höhe von 0.3 Mio. Franken. Mobilität: Mehraufwand in der Höhe von 0.2 Mio. Franken für Gutachten und Expertisen (Fremdaufträge), welche nicht durch die Dienststelle erbracht werden können. Mehraufwand in der Höhe von 0.1 Mio. Franken in der Abteilung Verkehrssteuerung für übrige Dienstleistungen, welche an andere Dienststellen oder externe Partner unter FDK 42 weiterverrechnet werden können.
- 2 Geplante Anschaffungen in der Stadtgärtnerei führen zu einem erhöhten Abschreibungsaufwand.
- 3 Mobilität: Durch die Neubudgetierung des Pendlerfonds fallen ab Budgetjahr 2015 Finanzierungsbeiträge für Projekte zugunsten eines umweltverträglichen Pendlerverkehrs an (siehe auch FDK 43). Im Budget 2015 wurden dafür 1.0 Mio. Franken eingestellt. Globalbudget Öffentlicher Verkehr: Im Rahmen der Trambeschaffung Flexity führen Abschreibungen und Zinsen zu einer Erhöhung der Abgeltungsrechnung von 9.25 Mio. Franken. Die Betriebskosten für die Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein führen zu einer Erhöhung von 0.8 Mio. Franken.
- 4 Durch die Neubudgetierung der Einnahmen aus der Mehrwertabgabe zu Gunsten des Mehrwertabgabefonds fallen im Generalsekretariat Mehreinnahmen von 10.0 Mio. Franken an.
- 5 Tiefbauamt: Die im Budget 2014 eingestellten kantonsinternen Einnahmen aus Werkstatteleistungen der Regiebetriebe wurden um rund 1.6 Mio. Franken von FDK 42 transferiert. Die Einnahmen wurden im Budgetprozess 2014 nicht vollumfänglich auf die passenden Konti gesplittet. Für Werkstatteleistungen von internen Kunden (Kanton) ist nur unter FDK 43 ein passendes Konto vorhanden. Mobilität: Durch die Neubudgetierung des Pendlerfonds fallen hier ab Budgetjahr 2015 Einnahmen aus dem Verkauf von Pendler- und Besucherparkkarten (Parkraumbewirtschaftung) an.
- 6 Der Ertrag aus Bundesbeiträgen (Benzinzoll, Strassenbeiträge, etc.) wurde gemäss Finanzplanung ASTRA Bern erhöht.
- 8 Nach Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von Degressiv auf Linear). Die Abschreibungen für das Budgetjahr 2014 wurden vor dieser Umstellung berechnet. Daraus resultieren nun grössere Abweichungen für das Budgetjahr 2015.

Generalsekretariat

BVD-601

Im Generalsekretariat laufen die Fäden des Bau- und Verkehrsdepartements zusammen. Mit seinen zentralen Dienstleistungen in den Bereichen Departementsfinanzen, Finanzen und Informatik, Kommunikation, Personal und Raum, Politikvorbereitung, Recht und Submissionen unterstützt es den Departementsvorsteher und die Dienststellen des Departements, damit diese ihre Aufgaben optimal erfüllen können.

Das Generalsekretariat stimmt die Tätigkeiten von Regierung, Parlament sowie den Dienststellen aufeinander ab. Es stellt sicher, dass die Geschäfte mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den weiteren Departementen korrekt und effizient abgewickelt werden können.

Das Kundenzentrum des Generalsekretariates ist die Anlauf- und Informationsstelle des Bau- und Verkehrsdepartements. Es informiert und berät bei Fragen zu Bewilligungen im Kanton Basel-Stadt. Hier haben Kundinnen und Kunden zudem die Möglichkeit, Anträge online zu stellen, Formulare auszudrucken, Publikationen zu beziehen oder Unterlagen abzugeben.

Die Fachstelle für Submissionen berät und unterstützt bei den Ausschreibungsverfahren des Kantons und führt diese durch.

Die Baurekurskommission als unabhängige richterliche Behörde ist dem Generalsekretariat administrativ angegliedert.

Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat plant für das Budgetjahr 2015 nebst seinen operativen Dienst- und Unterstützungsleistungen folgende Vorhaben:

- Projekt Ersatzstandort Rittergasse 4
- Ausarbeitung der Ausführungsgesetzgebung zum Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums (NÖRG)
- Organisation und Begleitung der Mitwirkungsverfahren nach §55 der Kantonsverfassung (KV)
- kommunikative Begleitung grosser Entwicklungsprojekte wie Volta Nord, Dreispitz, Herzstück Einführung einer kantonalen Fachstelle für Submissionen
- Priorisierung der Investitionsvorhaben des BVD
- Umsetzung diverser kantonaler Vorhaben wie Workplace BS, Systempflege Personal, Einführung Internes Kontrollsystem (IKS)
- Weiterführung der Umsetzung eines Records Managements
- Umsetzung und Sicherstellung der Aufsicht über die Basler Verkehrs-Betriebe

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-9'070.1	-8'812.6	-8'905.6	-93.0	-1.1	164.5	1.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'282.8	-14'337.8	-14'594.1	-256.4	-1.8	-3'311.3	-29.3
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-36.4	-27.0	-31.7	-4.7	-17.4	4.7	12.9
Betriebsaufwand	-20'389.3	-23'177.3	-23'531.4	-354.0	-1.5	-3'142.1	-15.4
42 Entgelte	23'747.7	3'206.3	13'275.5	10'069.1	314.0	-10'472.3	-44.1 ¹
Betriebsertrag	23'747.7	3'206.3	13'275.5	10'069.1	314.0	-10'472.3	-44.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	3'358.5	-19'971.0	-10'255.9	9'715.1	48.6	-13'614.4	-405.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-832.8	-386.6	-1'006.9	-620.3	-160.4	-174.2	-20.9
Abschreibungen	-832.8	-386.6	-1'006.9	-620.3	-160.4	-174.2	-20.9²
Betriebsergebnis	2'525.7	-20'357.7	-11'262.8	9'094.8	44.7	-13'788.6	-545.9
34 Finanzaufwand	-1.4	-2.0	-2.0	-0.0	-0.3	-0.6	-40.6
44 Finanzertrag	10.2	11.6	10.0	-1.6	-13.8	-0.2	-2.2
Finanzergebnis	8.8	9.6	8.0	-1.6	-16.7	-0.8	-9.1
Gesamtergebnis	2'534.5	-20'348.1	-11'254.9	9'093.2	44.7	-13'789.4	-544.1
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	2'534.5	-20'348.1	-9'754.9	10'593.2	52.1	-12'289.4	-484.9
61 Strassenverkehr	0.0	0.0	-1'500.0	-1'500.0	0.0	-1'500.0	0.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2'306.9	-79'000.0	-79'000.0	0.0	0.0	-76'693.1	...
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	9'000.0	9'000.0	0.0	0.0	9'000.0	0.0
Nettoinvestitionen	-2'306.9	-70'000.0	-70'000.0	0.0	0.0	-67'693.1	...
Saldo Investitionsrechnung	-2'306.9	-70'000.0	-70'000.0	0.0	0.0	-67'693.1	...

Kommentar

- 1 Durch die Neubudgetierung der Einnahmen des Mehrwertabgabefonds fallen im Generalsekretariat Mehreinnahmen von 10.0 Mio. Franken an.
- 2 Nach Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von Degressiv auf Linear). Die Abschreibungen für das Budgetjahr 2014 wurden vor dieser Umstellung berechnet. Daraus resultieren nun grössere Abweichungen für das Budgetjahr 2015.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	66.7	63.7	63.3	65.2	64.3
Vom Submissionsbüro betreute Vergaben	Anz	2'041	3'364	2'686		
Von der Baurekurskommission bearbeitete Rekurse	Anz	121	194	158		

Kommentar

- 1 Eine Prognose für die Jahre 2014/2015 ist nicht möglich.
- 2 Eine Prognose für die Jahre 2014/2015 ist nicht möglich.

Bau- und Gastgewerbeinspektorat

BVD-602

Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat ist für die Bearbeitung der Baubewilligungsgesuche und die Gesuche um Erteilung von Betriebsbewilligungen für Gastwirtschaftsbetriebe zuständig. Die Prüfung der Gesuche erfolgt im Fall der Baubewilligungen in engem Kontakt mit den Fachinstanzen und stellt somit den Einbezug aller relevanten Vorschriften und einen koordinierten Entscheid sicher. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat vertritt die Bauteilscheide oder -abschläge im Anfechtungsfall vor der Baurekurskommission.

Bei Anträgen für Bewilligungen zur Führung eines Gastgewerbebetriebs prüft es die persönlichen Voraussetzungen des Bewerbers bzw. der Bewerberin, namentlich den Leumund, die Zahlungsfähigkeit und die Befähigung. Die Beratung von Interessierten und die Bearbeitung von Gesuchen innert Frist sind die Haupttätigkeiten vor und bis zur Bewilligungserteilung.

Nach Bewilligungserteilung oder -verweigerung werden Bau- und Betriebsführung überwacht und allfällige Verstösse sanktioniert. Schliesslich geht das Bau- und Gastgewerbeinspektorat Hinweisen aus der Bevölkerung und der Nachbarschaft nach und nimmt aus eigener Initiative Kontrollen vor.

Tätigkeiten und Projekte

Wohnraumfördergesetz Am 22. September 2013 haben die Basler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Gesetz über die Wohnraumförderung (Wohnraumfördergesetz; WRFG) zugestimmt. Gestützt darauf sind dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat neue Aufgaben zugefallen im Zusammenhang mit der Bewilligung von Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnraum. Nach Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli 2014 wurde neu eine Teilzeitstelle für den Vollzug dieser neuen Aufgabe beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat geschaffen. Dieser Neuanstellung liegt eine Budgetverschiebung vom Präsidiatdepartement zum Bau- und Verkehrsdepartement zugrunde und erfolgt gesamtkantonal budgetneutral.

Solaranlagen Der Bundesrat hat die Inkraftsetzung der eidgenössischen Raumplanungsverordnung ohne Berücksichtigung der kantonalen Vernehmlassung bezüglich der ästhetischen Anforderungen von Solaranlagen beschlossen. Dieser Entscheid ermöglichte die Aufhebung der kantonalen Richtlinie für Solaranlagen. Gleichzeitig wurden die Bedingungen zur Errichtung von Solaranlagen derart gelockert, dass keine vorgängige Beurteilung durch die ästhetischen Kommissionen Stadtbildkommission, Ortsbildkommission, Dorfbildkommission mehr erfolgt. Künftig werden diese Anlagen beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat durch die Abteilung technische Sachbearbeitung und Administration im Meldeverfahren abgewickelt.

Baubewilligungspflicht für die Umnutzung von Wohn- und Geschäftshäusern in Sexbetriebe In einem wegweisenden Entscheid des Appellationsgerichtes vom 1. November 2013 und eines darauf basierenden Kostenentscheides der Baurekurskommission vom 30. April 2014 wurde festgehalten, dass die Umnutzung von Gebäuden zu Sexbetrieben baubewilligungspflichtig ist. Gleichzeitig wurde es als unverhältnismässig qualifiziert, unbewilligte Betriebe sofort zu schliessen.

Schutz vor Passivrauchen Der Vollzug bezüglich Rauchverbot in Innenräumen (§34 Gastgewerbegesetz und §16 Verordnung zum Gastgewerbegesetz) verläuft weiterhin ordentlich, repräsentativ und flächendeckend. Allerdings hat das Bau- und Gastgewerbeinspektorat bezüglich der Praxis für kostenpflichtige Verwarnungen folgende Verschärfung eingeführt: Die kostenpflichtigen Verwarnungen bei Wiederhandlung, welche erstmalig mit 300 Franken, beim zweiten Mal mit 600 Franken und beim dritten Mal mit 1000 Franken in Rechnung gestellt werden, werden zügiger verhängt: Neu wird bereits nach jeder weiteren festgestellten Wiederhandlung die nächste kostenpflichtige Verwarnung ausgestellt und nicht wie bis anhin erst nach dreimaliger Kontrolle die nächste Eskalationsstufe beansprucht. Die beschränkten Personalressourcen sowie die noch nicht befriedigende Einhaltungquote haben das Bau- und Gastgewerbeinspektorat zu diesem Schritt bewogen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'121.8	-3'217.2	-3'271.5	-54.4	-1.7	-149.7	-4.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'771.6	-2'579.2	-2'907.8	-328.6	-12.7	-136.2	-4.9 ¹
36 Transferaufwand	-50.0	-50.0	-50.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-5'943.4	-5'846.3	-6'229.3	-383.0	-6.6	-285.9	-4.8
42 Entgelte	5'877.3	5'548.5	5'891.5	343.0	6.2	14.2	0.2 ²
Betriebsertrag	5'877.3	5'548.5	5'891.5	343.0	6.2	14.2	0.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-66.1	-297.8	-337.8	-40.0	-13.4	-271.8	-411.2
Betriebsergebnis	-66.1	-297.8	-337.8	-40.0	-13.4	-271.8	-411.2
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
44 Finanzertrag	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.3	-100.0
Finanzergebnis	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.3	-100.0
Gesamtergebnis	-65.8	-297.8	-337.8	-40.0	-13.4	-272.1	-413.5
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-65.8	-297.8	-337.8	-40.0	-13.4	-272.1	-413.5

Kommentar

- 1 Dieser Mehraufwand resultiert aufgrund der erhöhten Gebührenausschüttungen an die im Bewilligungsverfahren involvierten Fachinstanzen. Die Ausschüttung pro Fall wurde von 400 Franken auf 500 Franken erhöht.
- 2 Mehreinnahmen von 343'000 Franken bei den Bau- und Gastgewerbebewilligungen aufgrund der anhaltenden hohen Anzahl an Gesuchen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	24.2	23.5	24.7	24.2	24.4
Eingegangene Baubegehren	Fälle	1'609	1'625	1'623	1'600	1'600
Abgewiesene Entscheide	Fälle	69	91	107	90	90
Bewilligte Baubegehren innert gesetzlicher Frist von 3 Mt.	%	90	89	86	90	90
Eingegangene Begehren „Gastgewerbebewilligungen“	Fälle		1'223	1'056	1'200	1'200

Stadtgärtnerei

BVD-614

Die Stadtgärtnerei leistet einen entscheidenden Beitrag zur Wohn- und Aufenthaltsqualität in Basel. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung, Gestaltung, Pflege und den Schutz des öffentlichen Grüns; insbesondere für Parkanlagen, Strassengrün, Freizeit- und Spieleinrichtungen (z.B. Freizeitgärten, Kinderspielplätze, Planschbecken), Grünanlagen von öffentlichen Bauten, Naturschutzgebiete sowie Friedhöfe. Sie gewährleistet die langfristige Sicherung und den Erhalt der Anlagen und trägt damit der geforderten Nachhaltigkeit Rechnung.

Damit schafft sie die Voraussetzungen für

- Natur im Siedlungsraum, Biodiversität und ökologische Vielfalt, Gartenkultur und Pflanzensammlungen,
- Bewegung, Spiel, Gesundheitsvorsorge, Naturerfahrungen, Aufenthalt im Freien und Wohlbefinden,
- ein günstiges Stadtklima sowie
- individuelle Freizeitgestaltung und Selbstversorgung in den Freizeitgärten.

Ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Stadtgärtnerei fällt das Bestattungswesen, das umfassende Beratungen und Dienstleistungen rund um das Thema Bestattungen anbietet. Im Sinne einer Vereinfachung wurde der Bereich „Todesfälle und Anmeldungen“ 2011 vom Zivilstandsamt in die Abteilung Bestattungswesen der Stadtgärtnerei integriert. Seit anfangs 2014 befindet sich die Todesfallanmeldung nun am Eingang des Friedhofs am Hörnli.

Städtische Grünflächen, öffentliche Gärten und die umgebende Landschaft sind beliebt und werden zur Erholung, Freizeitgestaltung und Aufenthalt im Freien gerne genutzt. Sie vermitteln sinnliche Erfahrungen, sind ästhetisch ansprechend und sind Ausdruck des Zusammenwirkens von Natur und Gartenkultur.

Sportstätten und Freibäder, Fliessgewässer, Landwirtschaftsflächen und Wald sind weitere wichtige Bestandteile des öffentlichen Natur- und Freiraums, sie liegen jedoch nicht in der Verantwortlichkeit der Stadtgärtnerei.

Tätigkeiten und Projekte

Als Hauptaufgabe der Stadtgärtnerei gilt auch im Budgetjahr 2015 die langfristige Sicherung und Erhaltung von Parks, Grünanlagen und Grünflächen mit Sondernutzung, wie Freizeitgärten und Friedhöfe.

Das Grün- und Freiraumkonzept Gundeli, das seit Mitte 2014 unter Einbezug der Bevölkerung erarbeitet wird, soll die Grundlage für die weitere Grünentwicklung im dicht bebauten Gundeldinger Quartier schaffen und 2015 zum Abschluss gebracht werden.

Anfang Juni 2013 ist ein neues Freizeitgartengesetz in Kraft getreten. Darin sind das Bereitstellen und die langfristige Sicherung eines genügenden Angebots festgesetzt sowie Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Freizeitgärten formuliert. Darauf aufbauend erarbeitet die Stadtgärtnerei eine Strategie für die Umsetzung dieser Entwicklung, die in der dritten Phase nun einzelne Familiengärten beleuchten wird.

Neben der Erarbeitung der Ratschläge für die Sanierung des Margarethenparks, einzelner Bereiche des Kannenfeldparks und der 3. und 4. Etappe des Erlenmattparks, werden im Budgetjahr 2015 auch einige Projekte realisiert. Es handelt sich hierbei um den Bau des „Nachtigallenwäldeli“, der voraussichtlich bis 2017 dauert, der 2. Etappe Erlenmattpark, der Breitematte und der Liestaleranlage.

Für die Projekte Landhof-Areal, Oekolampad-Anlage und Garten der Alten Universität Basel am Rheinsprung ist vorgesehen, die Bauprojekte inkl. Bewilligungsverfahren durchzuführen. Diverse Spielplätze wie Stachelrain und Grünanlagen wie Liesbergermatte sollen kleinere Umgestaltungen erfahren.

Gestützt auf das Projekt „Naturschutzprogramm Basel-Stadt 2020 – Entwicklung und Förderung der Naturwerte im Siedlungsgebiet“ wird mit der Überarbeitung der Naturschutz-Strategie und des Naturschutzkonzeptes sowie der Erstellung von Pflegeplänen für Naturobjekte und der Umsetzung des

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-21'462.4	-21'447.2	-22'487.4	-1'040.2	-4.9	-1'025.0	-4.8	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-12'799.5	-10'905.0	-11'123.5	-218.6	-2.0	1'676.0	13.1	
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-375.0	-448.5	-598.4	-149.9	-33.4	-223.4	-59.6	²
36 Transferaufwand	-642.5	-711.0	-710.0	1.0	0.1	-67.5	-10.5	
Betriebsaufwand	-35'279.5	-33'511.6	-34'919.3	-1'407.6	-4.2	360.2	1.0	
42 Entgelte	11'221.5	10'510.9	11'607.5	1'096.6	10.4	386.0	3.4	³
43 Verschiedene Erträge	32.7	0.0	75.0	75.0	0.0	42.3	129.5	
46 Transferertrag	78.7	75.0	78.7	3.7	4.9	0.0	0.0	
Betriebsertrag	11'332.9	10'585.9	11'761.2	1'175.2	11.1	428.3	3.8	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-23'946.6	-22'925.7	-23'158.1	-232.4	-1.0	788.5	3.3	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'384.8	-703.4	-1'542.0	-838.6	-119.2	-157.2	-11.4	⁴
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	1.0	0.0	1.0	1.0	0.0	-0.0	-0.4	
Abschreibungen	-1'383.8	-703.4	-1'541.0	-837.6	-119.1	-157.2	-11.4	
Betriebsergebnis	-25'330.4	-23'629.1	-24'699.1	-1'070.0	-4.5	631.3	2.5	
34 Finanzaufwand	-2'910.8	0.0	0.0	0.0	0.0	2'910.8	100.0	
44 Finanzertrag	1'413.0	1'473.7	1'390.2	-83.5	-5.7	-22.8	-1.6	
Finanzergebnis	-1'497.8	1'473.7	1'390.2	-83.5	-5.7	2'888.0	192.8	
Gesamtergebnis	-26'828.2	-22'155.4	-23'308.9	-1'153.5	-5.2	3'519.3	13.1	
davon Funktionen:								
34 Sport und Freizeit	-21'534.0	-17'732.6	-18'521.6	-789.0	-4.4	3'012.3	14.0	
75 Arten- und Landschaftsschutz	-1'676.1	-1'229.9	-1'613.4	-383.5	-31.2	62.7	3.7	
77 Übriger Umweltschutz	-3'618.1	-3'192.9	-3'173.9	19.0	0.6	444.2	12.3	

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'871.5	0.0	0.0	0.0	0.0	1'871.5	100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-1'284.2	-646.0	-958.0	-312.0	-48.3	326.2	25.4
Nettoinvestitionen	-3'155.7	-646.0	-958.0	-312.0	-48.3	2'197.7	69.6
Saldo Investitionsrechnung	-3'155.7	-646.0	-958.0	-312.0	-48.3	2'197.7	69.6

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand von rund 635'000 Franken ist auf die Umstellung von Netto- auf Bruttoverrechnung betreffend die Weiterverrechnung von Mitarbeitern zu Lasten der Investitionsrechnung zurückzuführen (siehe FDK 42). Da kein weiterer Abbau von Ferien- und Überzeitguthaben gegenüber Vorjahr budgetiert ist, resultiert ein Mehraufwand von 400'000 Franken.
- 2 Infolge der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (v.a. von degressiv zu linear). Die geplanten Anschaffungen in Höhe von 958'000 Franken führen zu einem erhöhten Abschreibungsaufwand von rund 150'000 Franken.
- 3 Es wurden Mehreinnahmen von 200'000 Franken für Grab- und Beerdigungsgebühren und von 400'000 Franken für Landwirtschaftserträge aufgrund der Erfahrungswerte für die Jahre 2012 und 2013 budgetiert. Es resultiert des Weiteren ein Mehrertrag von 635'000 Franken infolge der Bruttoverrechnung der Verrechnung von Mitarbeitern zu Lasten der Investitionsrechnung (Verschiebung von FDK 30). Es ist ein Minderertrag von 75'000 Franken zu verzeichnen, weil der Ablauf bei den Fondsbuchungen im Fremdkapital mit der Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 geändert wurde.
- 4 Nach Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von degressiv auf linear). Die Abschreibungen für das Budgetjahr 2014 wurden vor dieser Umstellung berechnet. Daraus resultieren nun grössere Abweichungen für das Budgetjahr 2015.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	188.1	184.5	177.3	186.0	186.0
Baumpflanzungen	Anz	279	253	320	250	350 ¹
Baumfällungen	Anz	228	213	238	215	280 ²
Todesfälle	Anz	2'309	2'459	2'501	2'500	2'500
Kremationen	Anz	4'070	4'181	4'531	4'210	4'400 ³

Kommentar

- 1 Die Anzahl gepflanzter und gefällter Bäume variiert von Jahr zu Jahr. Dies hängt von externen Faktoren ab. Grosse Bauprojekte ergeben viele Neupflanzungen; ausserordentliche Umwelteinflüsse wie Wetterlagen, Schadorganismenbefall können zu vermehrter Fällung führen. Im langjährigen Durchschnitt pflanzt und fällt die Stadtgärtnerei ca. 300 Bäume pro Jahr. Der Baumsaldo im öffentlichen Raum bleibt positiv. Dagegen nimmt die Baumbilanz im privaten Bereich wegen verdichteter Bauweise ab. In den Vorjahren war die Anzahl zusätzlich gepflanzter Bäume hoch, da sehr viele Neupflanzungen in Grünanlagen und im Rahmen der neuen Stadtplätze und -strassen in Basel-Nord anfielen.
- 2 Ersatzpflanzungen werden in den Jahren 2014 und 2015 infolge diverser Projekte vorgenommen.
- 3 Der Kanton Basel-Stadt hat mit den Kantonen BL, AG und SO (Dorneck) Kremationsverträge. In diesen wurde vereinbart, dass das Krematorium Basel-Stadt die Einäscherungen von verstorbenen Personen aus den umliegenden Gemeinden durchführt.

Biotopkonzeptes begonnen. Das Programm ist ein Instrument zur Steuerung des kantonalen Naturschutzes und Umsetzung geltenden Rechts dient der Überwachung, Steuerung und Förderung der Naturwerte in Form von Arten- und Biotopschutz.

Das Krematorium im Friedhof am Hörnli ist seit über 28 Jahren ununterbrochen in Betrieb. Die Anlagen befinden sich am Ende der technischen Lebensdauer. Gleichzeitig können mit den bestehenden Anlagen die Emissionsgrenzwerte nicht mehr eingehalten werden und den räumlichen sowie betrieblichen Anforderungen kann nicht mehr entsprochen werden. Deshalb ist ein Ersatzneubau geplant.

Tiefbauamt

BVD-617

Das Tiefbauamt baut, unterhält, reinigt und bewirtschaftet die bebaute Allmend des Kantons sowie das Abwassernetz der Stadt und sorgt für eine bedarfsgerechte Verfügbarkeit der kantonalen Tiefbauinfrastruktur. Somit trägt das Tiefbauamt einen wesentlichen Teil zur stadtgerechten Mobilität und zu einer hohen Qualität des öffentlichen Raums bei. Dazu werden im Amt Stadt- und Kantonsstrassen mit den zugehörigen Brücken- und Tunnelbauten sowie die öffentlichen Abwasserableitungsanlagen projektiert und realisiert. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Bau- und Strassenlinien festgelegt werden.

Bei den Gewässern befasst sich das Tiefbauamt mit der sicheren Benutzbarkeit und der Gewährleistung der Hochwassersicherheit sowie der Umsetzung von Revitalisierungsmassnahmen. Bei der Abwasserableitung sorgt das Tiefbauamt für die Erhaltung und den ordnungsgemässen Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen. Ausserdem ist das Amt Fachstelle und zum Teil Leitbehörde bei den Bewilligungsverfahren für private Abwasseranlagen.

Die Leitbehörde für Bewilligungen zur Nutzung des öffentlichen Raums stellt ein transparentes Bewilligungsverfahren sicher. Sie behandelt Bau- und Nutzungsgesuche, koordiniert die Fachinstanzen, nimmt Güterabwägungen vor und stellt den Bewilligungsentscheid aus. Sie fungiert im Rechtsverfahren auch als erste Instanz. Zudem werden permanente Nutzungen, Verleihungen und Mietobjekte bewirtschaftet.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet besteht in der Gewährleistung der Sauberkeit im öffentlichen Raum durch das Einsammeln und dem umweltgerechten Entsorgen der Abfälle und Wertstoffe und der Reinigung und Pflege der Allmendflächen.

Der 2014 neu geschaffene Geschäftsbereich Betrieb des Tiefbauamts wartet die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen kommunalen Nutz- und Spezialfahrzeuge des Kantons und erbringt handwerkliche Serviceleistungen im Bereich der staatlichen Hochbauten sowie der Tiefbauten im öffentlichen Raum.

Tätigkeiten und Projekte

Infrastrukturbauwerke Zur Aufrechterhaltung der Funktion der Infrastrukturbauwerke werden auch 2015 diverse Massnahmen umgesetzt. Die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Rückbau bzw. der Neugestaltung von Luzerner- und Wasgenring können 2015 voraussichtlich plangemäss abgeschlossen werden. Damit wird das im Vorfeld zur Erstellung der Nordtangente abgegebene Versprechen der Verkehrsberuhigung auf dem äusseren Ring eingelöst. Im Budgetjahr wird auch der Fuss- und Veloweg entlang des Rheins zwischen Dreirosenbrücke und der Landesgrenze zu Frankreich fertiggestellt. Die 2014 begonnenen Bauarbeiten zur Sanierung und Umgestaltung der Elisabethenstrasse laufen auch 2015 weiter. Ebenso werden die Bauarbeiten in der Grenzacherstrasse im Bereich des Rocheturms sowie zwischen der Landauerstrasse und dem Zoll weitergeführt und abgeschlossen. Die Verlegung des Velowegs in den Langen Erlen als Voraussetzung für die Umsetzung des Masterplans des Tierparks kann 2015 ebenfalls abgeschlossen werden. 2015 kann auch mit der Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint-Louis sowie vorbehältlich der Genehmigung durch den Grossen Rat mit der Tramverbindung durch den Margarethenstich begonnen werden. Eine weitere erwähnenswerte Grossbaustelle ist die Sanierung der Äusseren Baselstrasse im Hinblick auf einen verbesserten Grundwasserschutz.

Reorganisation Betrieb Für die im Jahr 2014 zusammengelegten handwerklich-betrieblichen Einheiten wird die Neuausrichtung und Reorganisation weiter vorangetrieben, um die angestrebten Synergien zu erreichen. Dies betrifft vor allem das Beschaffungswesen und den Austausch personeller Ressourcen zwischen den einzelnen Teams.

Verallmündigung Im Berichtsjahr soll ein erstes Paket von speziellen Nutzungsplänen erarbeitet und dem Grossen Rat zum Beschluss vorgelegt werden. Ebenfalls im Nachgang zur Annahme des Gesetzes über die Nutzung des öffentlichen Raums werden die zugehörigen Verordnungen und Ausführungsbestimmungen entwickelt. Ausserdem wird das regierungsrätliche Kleinplakatierungskonzept umgesetzt.

Entsorgungssystem mit Unterflurcontainern (UFC) Wenn der entsprechende Ratschlag vom Grossen Rat angenommen wird, startet im Herbst 2014 das Projekt Abfallentsorgung in Containern.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-50'682.0	-51'048.6	-51'262.0	-213.4	-0.4	-580.0	-1.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-27'429.2	-26'574.5	-26'936.8	-362.2	-1.4	492.4	1.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-857.6	-772.1	-734.6	37.5	4.9	122.9	14.3
Betriebsaufwand	-78'968.8	-78'395.3	-78'933.4	-538.1	-0.7	35.4	0.0
41 Regalien und Konzessionen	7'269.6	7'450.0	7'650.0	200.0	2.7	380.4	5.2 ¹
42 Entgelte	42'079.7	42'051.5	40'756.8	-1'294.6	-3.1	-1'322.9	-3.1 ²
43 Verschiedene Erträge	2'484.0	2'266.0	3'905.0	1'639.0	72.3	1'421.0	57.2 ³
46 Transferertrag	4'893.4	5'270.5	5'450.4	179.9	3.4	557.0	11.4 ⁴
Betriebsertrag	56'726.7	57'038.0	57'762.3	724.3	1.3	1'035.5	1.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-22'242.1	-21'357.3	-21'171.1	186.2	0.9	1'070.9	4.8
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-31'062.9	-35'119.5	-33'426.1	1'693.4	4.8	-2'363.2	-7.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1'743.8	0.0	-1'762.8	-1'762.8	0.0	-19.1	-1.1
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	2'111.7	670.0	2'365.3	1'695.3	253.0	253.6	12.0
Abschreibungen	-30'694.9	-34'449.5	-32'823.7	1'625.9	4.7	-2'128.7	-6.9 ⁵
Betriebsergebnis	-52'937.0	-55'806.8	-53'994.8	1'812.0	3.2	-1'057.8	-2.0
34 Finanzaufwand	-4.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.0	100.0
44 Finanzertrag	901.5	801.0	791.0	-10.0	-1.2	-110.5	-12.3
Finanzergebnis	897.4	801.0	791.0	-10.0	-1.2	-106.4	-11.9
Gesamtergebnis	-52'039.6	-55'005.8	-53'203.8	1'802.0	3.3	-1'164.2	-2.2
davon Funktionen:							
61 Strassenverkehr	-65'149.5	-68'442.4	-64'391.6	4'050.9	5.9	757.9	1.2
72 Abwasserbeseitigung	14'206.1	14'517.4	12'367.4	-2'150.0	-14.8	-1'838.7	-12.9
73 Abfallwirtschaft	-470.8	-374.9	-517.0	-142.1	-37.9	-46.2	-9.8
74 Verbauungen	-625.4	-706.0	-662.6	43.4	6.1	-37.3	-6.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-52'682.4	0.0	0.0	0.0	0.0	52'682.4	100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-385.8	-870.0	-870.0	0.0	0.0	-484.2	-125.5
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1'794.9	0.0	0.0	0.0	0.0	1'794.9	100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	7'034.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-7'034.2	-100.0
Nettoinvestitionen	-47'828.9	-870.0	-870.0	0.0	0.0	46'958.9	98.2
Saldo Investitionsrechnung	-47'828.9	-870.0	-870.0	0.0	0.0	46'958.9	98.2

Kommentar

- Die Mehreinnahmen von rund 200'000 Franken im Bereich der Allmendgebühren sind auf die Ablösung des WC-Vertrags mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft AG (APG) zurückzuführen.
- Der Anteil an kantonsinternen Einnahmen aus Werkstattleistungen der Regiebetriebe von rund 1.6 Mio. Franken wurde von FDK 42 zu FDK 43 verschoben. Die Einnahmen wurden im Budgetprozess 2014 nicht vollumfänglich gesplittet. Mehreinnahmen von rund 300'000 Franken resultieren aus Allmendverkauf (Anpassung an Durchschnittswert) und Dienstleistungen im Bereich der Ingenieurvermessung.
- Die im Budget 2014 eingestellten kantonsinternen Einnahmen aus Werkstattleistungen der Regiebetriebe wurden um rund 1.6 Mio. Franken von FDK 42 transferiert. Die Einnahmen wurden im Budgetprozess 2014 nicht vollumfänglich auf die passenden Konti gesplittet. Für Werkstattleistungen von internen Kunden (Kanton) ist nur unter FDK 43 ein passendes Konto vorhanden.
- Der Ertrag aus Bundesbeiträgen (Benzinzoll, Strassenbeiträge, etc.) wurde gemäss Finanzplanung ASTRA Bern um rund 360'000 Franken erhöht. Die zu erwartenden Bundesbeiträge für Hochwasserschutz, etc. reduzieren sich um ca. 180'000 Franken.
- Nach der Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (v.a. von degressiv zu linear). Für die Berechnung der Abschreibungen der Tiefbauten im Budgetjahr 2014 wurden die Werte basierend auf dem Restatement per Ende 2012 ermittelt, jedoch hat keine Aufteilung auf FDK 33, 36 und 46 stattgefunden. Im Zeitpunkt der Budgetierung 2014 war die Umsetzung von HRM2 noch im Gange. Darauf sind die Abweichungen und zusätzlichen Positionen (FDK 36 und 46) zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	%	416.4	418.3	443.1	440.0	440.0
Max. Baustellen während der Sperrfrist (5 Jahre)	Anz	15	10	8	10	10
Total Bau- und Nutzungsbewilligungen und Meldungen	Anz	4'938	4'107	4'489	4'300	4'300
Entscheide innert Frist	%	97	95	95	97	97
Wischgutmenge	t	5'140	5'235	4'875	5'400	5'000

Dabei soll die Sammlung von Kehricht aus Haushaltungen in der ganzen Stadt Basel auf Unterflurcontainer (UFC) umgestellt werden. Dazu sind über 600 Standorte mit UFC geplant. Die Umsetzung wird rund zehn Jahre dauern.

Grundbuch- und Vermessungsamt

BVD-631

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt das Register über die Grundstücke und die an diesen bestehenden privatrechtlichen Rechte und Lasten (Dienstbarkeiten, Grundpfandrechte), sowie das Kantonale Schiffsregister und das Schweizerische Seeschiffsregister.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt stellt die Aufnahme der Hoheitsgrenzen, der Liegenschaften und der tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden in der amtlichen Vermessung sicher. Diese Daten bilden die Grundlage für viele weitere geografische Informationen und Anwendungen für Wirtschaft, Verwaltung und Private. Es führt den kantonalen Leitungskataster und das digitale 3D-Stadtmodell.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt betreibt die kantonale Geodateninfrastruktur, die sicherstellt, dass Geodaten bedürfnisgerecht und mit anerkannten Geodatenstandards koordiniert, erfasst, zusammengeführt und präsentiert werden. Das Geoportal ist Bestandteil einer nationalen, dezentralisierten Geodateninfrastruktur, welche einen standardisierten und strukturierten Zugang zu Geodaten ermöglicht. Es bewirtschaftet die generalisierten und kartografisch aufbereiteten Basisdaten des offiziellen Stadtplans und darauf aufbauender Kartenprodukte.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt die gesetzliche Bodenpreissammlung und leistet mit seinen Dienstleistungen einen wichtigen Beitrag zur Transparenz im Immobilienmarkt.

Tätigkeiten und Projekte

Grundbuch Der Anschluss des Grundbuchs an die Prozessplattform Terravis (standardisiertes Auskunftsportale für Grundbuchdaten und Plattform für den elektronischen Geschäftsverkehr zwischen Grundbuch, Notaren und Banken) ist nun technisch möglich. Im 2015 werden die für einen Anschluss erforderlichen rechtlichen und betrieblichen Grundlagen für Basel-Stadt vorangetrieben.

Die bisherige gelebte „Basler Grundbuchpraxis“ wird weiter überarbeitet und insbesondere auf die übergeordneten Rechtsnormen und die flankierende bundesgerichtliche Rechtsprechung abgeglichen.

Amtliche Vermessung Das bestehende Datenmodell der amtlichen Vermessung muss aufgrund von neuen Bundesvorgaben angepasst werden. Die betroffenen Daten werden so angepasst, dass sie in der ganzen Schweiz nach gleichen Grundsätzen erhoben und dargestellt werden. Das bestehende 3D-Stadtmodell wird überarbeitet, aktualisiert und in eine standardisierte Struktur überführt, die für einen breiteren Anwendungskreis nutzbar ist. Indem direkt die Daten der amtlichen Vermessung und nicht nur die Dachkanten für die 3D-Gebäudemodellierung verwendet werden, wird auch die Darstellung verfeinert.

Leitungskataster Das Fachsystem des Leitungskatasters Basel-Stadt muss erneuert werden. Gleichzeitig werden auch der Datenumfang aufgrund neuer Anforderungen erweitert und die Darstellung auf den gesamten öffentlichen Raum ausgedehnt. Dabei werden auch die Prozessabläufe optimiert.

Geoinformation Die laufende Ablösung des Intranet-WebGIS MapServer wird auf Mitte 2015 abgeschlossen. Die neue Lösung basiert auf Open Source, einer serviceorientierten Architektur und modernen Webtechnologien. Sie wird künftig auch das Internet-Kartensystem Geoviewer ablösen. Für die Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) werden die Vorabklärungen weiter intensiviert. Für alle betroffenen Geobasisdaten müssen die Aktualisierungs- und Veröffentlichungsprozesse analysiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Bodenbewertung Für die steuerliche Neubewertung aller selbstgenutzten Liegenschaften werden die absoluten Landwerte für die selbstgenutzten Liegenschaften erhoben und in Form eines Katalogs mit Wirkung auf die Steuerperiode 2016 zusammengestellt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-6'994.6	-7'018.9	-6'919.6	99.3	1.4	75.0	1.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'192.8	-1'866.6	-2'148.6	-282.0	-15.1	44.2	2.0 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-12.4	-5.4	-5.4	0.0	0.0	7.0	56.4
Betriebsaufwand	-9'199.8	-8'890.9	-9'073.6	-182.7	-2.1	126.2	1.4
42 Entgelte	8'858.3	8'536.0	8'796.9	260.9	3.1	-61.4	-0.7 ²
46 Transferertrag	121.0	110.0	50.0	-60.0	-54.5	-71.0	-58.7
Betriebsertrag	8'979.3	8'646.0	8'846.9	200.9	2.3	-132.4	-1.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-220.5	-244.9	-226.7	18.2	7.4	-6.1	-2.8
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-586.6	-11.4	0.0	11.4	100.0	586.6	100.0
Abschreibungen	-586.6	-11.4	0.0	11.4	100.0	586.6	100.0
Betriebsergebnis	-807.2	-256.3	-226.7	29.6	11.6	580.5	71.9
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	0.0	0.1	100.0	0.1	100.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Finanzergebnis	-0.1	-0.1	0.0	0.1	100.0	0.1	100.0
Gesamtergebnis	-807.3	-256.4	-226.7	29.7	11.6	580.6	71.9
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-807.3	-256.4	-226.7	29.7	11.6	580.6	71.9

Kommentar

- 1 Für den Aufbau des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen werden die Sachkosten wiederkehrend um 75'000 Franken, und für die Realisation der Karten und der Online-Applikation fürs neue Fussgängerorientierungssystem einmalig um 200'000 Franken erhöht.
- 2 Der Mehrertrag resultiert von Einnahmen aus dem Projekt Fussgängerorientierungssystem (200'000 Franken) und den einmaligen Mehreinnahmen im Grundbuch infolge Massengläubigeränderungen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	44.7	48.5	46.9	50.0	50
Tagebuchgeschäfte Grundbuch	Anz	4'057	3'783	3'790	3'100	3'100
Nachführungsaufträge Amtliche Vermessung	Anz	880	688	735	650	720
Einmessaufträge Leitungskataster	Anz	2'385	2'899	2'818	2'900	2'600
Zugriffe auf die Geoinformationsebenen des GeoPortals (Mio.)	Anz	5.0	5.4	5.8	5.6	6.3

Städtebau und Architektur

BVD-651

Kernaufgaben des **Hochbauamts** sind das bauherrenseitige Projektmanagement bei Investitionsvorhaben sowie die dispositive Steuerung und operative Umsetzung des technischen Gebäudemanagements. Im Auftrag von Immobilien Basel-Stadt (FD) übernimmt der Hochbau entsprechende Verantwortung bei allen Vorhaben und Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Im Auftrag Dritter (z.B. Finanzvermögen, Universität Basel, Kliniken) werden vergleichbare Aufgaben bearbeitet. Zudem stehen die Spezialistinnen und Spezialisten für Beratungen zu Bau-, Ausstattungs- und Mobiliarfragen, sowie bei gebäudetechnischen Problemstellungen für die gesamte kantonale Verwaltung und ihre angegliederten Organe zur Verfügung.

Das **Planungsamt** sorgt für eine kohärente Planung der Raumentwicklung im Kanton Basel-Stadt sowie darüber hinaus innerhalb der trinationalen Agglomeration. Angestrebt wird eine planmässige, geordnete und haushälterische Nutzung des Raums.

Es ist zuständig für die Entwicklung von räumlichen Konzepten und Richtlinien, die kantonale Richtplanung sowie die Nutzungsplanung, die Begleitung von Arealentwicklungen, die Entwicklung und Begleitung von Gestaltungsprojekten im öffentlichen Raum sowie die Projektierung von Strassen und Plätzen. Das Fachsekretariat der Stadtbildkommission ist administrativ dem Planungsamt angegliedert.

Historische Baudenkmäler geben der Stadt ein Gesicht und eine unverwechselbare Identität. Die **Kantonale Denkmalpflege** erhält das bauliche Erbe und leistet damit einen wichtigen Beitrag für eine attraktive und lebendige Stadt. Damit schafft die Kantonale Denkmalpflege wichtige Werte für die Bewohnerinnen resp. Bewohner, die Integration von Neuzuzügerinnen resp. Neuzuzüger und den Tourismus. Die Kantonale Denkmalpflege setzt sich bei Bauherrschaften und Projektierenden für den Erhalt wichtiger Baudenkmäler ein und vermittelt ihr Wissen der Öffentlichkeit, damit diese ihren Bezug zum historischen Stadtbild pflegen und ein Bewusstsein für die Bedeutung historischer Bausubstanz entwickeln kann.

Tätigkeiten und Projekte

Projektmanagement (Hochbauamt) Die Investitionsrechnung weist eine grosse Zahl laufender Projekte aus, welche alle nach dem DreiRollenModell abgewickelt werden und somit eine der Hauptaktivitäten des Hochbauamtes darstellen. Wichtige Vorhaben sind:

Schulbauten: Für die im Rahmen von HarmoS neu geschaffene Sekundarschule werden auf Sommer 2015 an mehreren Standorten angepasste Schulräume bereitgestellt. Die Gesamtsanierung und der Umbau des Theobald Baerwart-Schulhauses für die Sekundarschule werden auf diesen Termin fertiggestellt. Für mehrere Schulhaus-Neubauten oder Erweiterungen sowie grössere Sanierungen werden die Planungs- und Bauarbeiten fortgeführt.

Verwaltungsbauten: Auf Basis abgeschlossener Vorprojekte werden 2015 die Baukredite für zwei Bauvorhaben an der Spiegelgasse beantragt: Einerseits für den energetisch vorbildlich geplanten Neubau des Amtes für Umwelt und Energie, andererseits für das Sanierungsprojekt UMIS, die Anpassung des Spiegelhofs an die Bedürfnisse des Justiz- und Sicherheitsdepartementes. Zudem werden die Zentralen Informatik- und Personaldienste (ZID und ZPD) die umgebauten Räumlichkeiten der ehemaligen Liegenschaft der Basler Kantonalbank an der Spiegelgasse beziehen. Auf Basis der abgeschlossenen Projektierung für den Ersatzneubau des Krematoriums beim Friedhof Hörnli wird die Realisierung vorbereitet. Diverse Magazine der Stadtgärtnerei werden auf Grundlage des Magazinkonzepts umgebaut bzw. umgeplant.

Sportanlagen: Für die Sanierung der St. Jakobshalle wird eine erste Bauetappe gestartet. Das Tribünengebäude beim Leichtathletikstadion St. Jakob wird fertiggestellt und in Betrieb genommen. Die Sanierung der Kunsteisbahn Eglisee wird gestartet und die Projektierung bei der Kunsteisbahn Margarethen fortgeführt.

Kulturbauten: Beim Kunstmuseum werden die Bauarbeiten für den Erweiterungsbau und die vorgezogenen Sanierungsmassnahmen im Hauptbau abgeschlossen. Die Projektierungsarbeiten beim Hauptgebäude der Kaserne werden fortgeführt. Für den Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv werden nach Abschluss des Projektwettbewerbs die Projektierungsarbeiten gestartet.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-25'018.7	-26'335.7	-26'313.3	22.4	0.1	-1'294.6	-5.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'333.7	-4'054.2	-4'535.8	-481.6	-11.9	-202.0	-4.7 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-6.8	0.0	0.0	0.0	0.0	6.8	100.0
36 Transferaufwand	-486.8	-825.0	-825.0	0.0	0.0	-338.2	-69.5
Betriebsaufwand	-29'846.0	-31'214.9	-31'674.1	-459.2	-1.5	-1'828.1	-6.1
42 Entgelte	6'969.6	8'204.5	8'316.7	112.2	1.4	1'347.1	19.3
Betriebsertrag	6'969.6	8'204.5	8'316.7	112.2	1.4	1'347.1	19.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-22'876.4	-23'010.4	-23'357.4	-347.0	-1.5	-481.0	-2.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-278.4	0.0	-517.6	-517.6	0.0	-239.2	-85.9
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-842.7	0.0	-972.3	-972.3	0.0	-129.6	-15.4
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	12.5	0.0	15.0	15.0	0.0	2.4	19.4
Abschreibungen	-1'108.6	0.0	-1'474.9	-1'474.9	0.0	-366.4	-33.0²
Betriebsergebnis	-23'985.0	-23'010.4	-24'832.4	-1'821.9	-7.9	-847.4	-3.5
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
44 Finanzertrag	111.1	150.0	150.0	0.0	0.0	38.9	35.0
Finanzergebnis	111.1	150.0	150.0	0.0	0.0	38.9	35.0
Gesamtergebnis	-23'873.9	-22'860.4	-24'682.4	-1'821.9	-8.0	-808.5	-3.4
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-11'434.6	-11'785.3	-11'928.0	-142.7	-1.2	-493.4	-4.3
21 Obligatorische Schule	-1'880.8	-2'033.7	-2'238.0	-204.3	-10.0	-357.3	-19.0
31 Kulturerbe	-5'060.7	-3'851.1	-4'933.4	-1'082.3	-28.1	127.3	2.5
79 F&E in Umweltschutz	-5'497.8	-5'190.3	-5'582.9	-392.7	-7.6	-85.1	-1.5
87 Brennstoffe und Energie	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2'387.2	0.0	0.0	0.0	0.0	2'387.2	100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-2'752.9	0.0	0.0	0.0	0.0	2'752.9	100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	3.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-3.8	-100.0
Nettoinvestitionen	-5'136.3	0.0	0.0	0.0	0.0	5'136.3	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-5'136.3	0.0	0.0	0.0	0.0	5'136.3	100.0

Kommentar

- 1 Beim Hochbauamt fallen befristete Mehrausgaben für die Erdbebenprüfung bei Natursteinmauerwerken in der Höhe von 205'000 Franken an, sowie befristete Mehrausgaben für ein IT-Tool im Gebäudemanagement Technik in der Höhe von 250'000 Franken.
- 2 Nach Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von Degressiv auf Linear). Irrtümlicherweise wurden für das Budget 2014 der Dienststelle Städtebau- und Architektur keine Abschreibungen eingestellt, da davon ausgegangen wurde, dass alle Anlagen im Bau (AiB) erst von Moment an der Fertigstellung des Bauwerkes abgeschrieben werden. Es stellte sich jedoch im Nachhinein heraus, dass es im Amt Städtebau- und Architektur gar keine Anlagen gibt, die als AiB zu betrachten sind.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	126.4	136.8	142.5	149.0	149.0
Objektabrechnung innerhalb bereinigtem Kredit, grösser	%	90	90	95	95	95
Von der Fiko beanstandete Objektabrechnungen, kleiner	%	3	2	2	5	5
Laufende Projekte	Anz	257	265	263	230	215
Denkmalpflegerisch betreute Objekte	Anz	653	681	693	680	690
Bearbeitete Subventionsgesuche	Anz	117	139	151	140	150
Publikums-Führungen	Anz	48	141	135	130	135
Besucher/-innen Museum Kleines Klingental	Anz	18'828	18'886	26'617	19'000	25'000
Teilnehmende an Führungen	Anz			6'123	5'000	6'000

Universitätsbauten: Die im Sommer 2013 begonnene Realisierung für das neue Biozentrum wird weiter vorangetrieben. Parallel dazu wird das Projekt zur Nachnutzung des heutigen Biozentrums forciert. Mit der Planung des Zentrums für Zahnmedizin wird gestartet. Für den Neubau des Departements Sport, Bewegung und Gesundheit wird ein Projektwettbewerb durchgeführt.

Spitalbauten: Auf dem Areal des Universitätsspital wird die erste Etappe der Sanierung und Erweiterung des Operationstrakts-Ost in Betrieb genommen und mit der zweiten Bauetappe gestartet, der Bebauungsplan Campus Gesundheit befindet sich in der parlamentarischen Beratung. Mit den Arealvorbereitungen für den Neubau des Felix Platter-Spitals wurde gestartet.

Bauliches und technisches Gebäudemanagement Für Instandhaltung und kleinere Instandsetzungsarbeiten werden für die Hochbauten des Verwaltungsvermögens rund 34 Mio. Franken budgetiert und in die bestehenden Liegenschaften investiert. Im Zuge diese Arbeiten werden die Werterhaltung, die Gebrauchstauglichkeit und die Anpassung an heutige Vorschriften in den Vordergrund gestellt.

Gebäudemanagement Bau: Kleinere, aber zahlreiche Baumassnahmen im Rahmen der Projekte HarmoS und Tagesstrukturen sowie die Neueinrichtung von Kindergärten bilden auch in 2015 einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeiten. Grössere gebundene Ausgaben und Instandsetzungen betreffen das Schulhaus Kleinhüningen, das Polizeiausbildungszentrum General Guisan-Strasse 29. Die Kapazitätserweiterung, sowie ein neuer Theatersaal für die Berufsfachschule stellen weitere Aufgaben des Gebäudemanagements Bau dar. Im Weiteren sind umfangreiche Sanierungsarbeiten im Untersuchungsgefängnis Waaghof, mit dem Ersatz der Zellenfenster und der Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen, gekoppelt mit Renovationsarbeiten in den Zellentrakten vorgesehen.

Gebäudemanagement Technik: Die Anzahl und die Komplexität der zu betreuenden gebäudetechnischen Anlagen wird aufgrund der in den letzten Jahren realisierten Investitionen phasenverschoben weiter stark ansteigen. Es resultiert ein grösserer Aufwand für Betrieb und Instandhaltung.

Die geplante Umsetzung der Organisationsentwicklung, insbesondere die Implementierung verschiedenster Fachstellen und Fachmandate, musste aufgrund gleichbleibender Ressourcen zurückgestellt werden. Die Evaluation einer neuen IT-Infrastruktur und die Fortführung der Erfassung der technischen Anlagedaten werden Grundlage bilden für die erforderliche Effizienzsteigerung.

IBA Basel 2020 Im Jahre 2015 wird die Umsetzung der IBA-Projekte vorangetrieben. Eine zweite Zwischenpräsentation ist für 2016 vorgesehen. Der Kreis der IBA-Partner vergrössert sich kontinuierlich; es werden weiterhin neue Partner und Kooperationen gesucht.

Landschaftspark Wiese Die Umsetzung der Konzepte zur Erholung und zum Naturschutz wird vorangetrieben. Es wird eine Beschilderung erstellt. Gemeinsam mit den Partnern Riehen und Weil am Rhein wird eine Ansprech- und Koordinationsstelle eingerichtet.

Innenstadt – Qualität im Zentrum Der behördenverbindliche Entwicklungsrichtplan Innenstadt befindet sich in Umsetzung. Die laufende Entwicklung der Innenstadt wird durch ein Monitoring und

Controlling beobachtet und evaluiert. Im Rahmen der Umsetzung des Gestaltungskonzeptes Innenstadt und basierend auf der Erhaltungsplanung werden Projekte für Strassen (Freie Strasse, Greifengasse, Rheingasse usw.) entwickelt; für Plätze (Claraplatz, Rümelinsplatz) werden die Vorarbeiten für die Durchführung von Wettbewerben geleistet.

Zonenplanrevision Die Umsetzung der im Basisratschlag behandelten Stadtrandentwicklungen beginnt. Es wird der zweite Ratschlag mit Fokus auf Arealentwicklungen im Bestand erarbeitet.

Städtebauliche Verfahren und Nutzungsplanung Für Klybeck und Kleinhüningen stehen die Grundlagenarbeiten für einen Entwicklungsplan im Vordergrund, der sowohl das Hafenaereal (Hafen- und Stadtentwicklung) und die Arbeitsgebiete im Klybeck als auch die bestehenden Quartiere Klybeck und Kleinhüningen umfasst. Die trinationale „Masterplanung“ 3Land soll gemeinsam mit den französischen und deutschen Partnern zum Abschluss gebracht werden. Die Nutzungsplanung für den Dreispitz wird zuhanden des Grossen Rats verabschiedet. Für das Areal des Felix Platter-Spitals werden Studien zur Wohnnutzung auf dem nicht durch Spitalnutzung beanspruchten Teilgebiet durchgeführt. Im Gebiet Volta Nord wird ein nutzungsplanerischer Rahmen die Grundlage für weitere Projektentwicklungen schaffen. Parallel zur Infrastrukturplanung der SBB werden auf dem SBB-Areal Güterbahnhof Wolf städtebauliche Entwicklungsstudien begleitet. Auf dem Roche-Areal werden weitere Entwicklungsmöglichkeiten städtebaulich begleitet und nutzungsplanerische Massnahmen erarbeitet. Für mehrere Einzelareale sind Bebauungspläne für Wohnungsbau oder zur Sicherstellung der Arbeitsplatzentwicklung bestehender Einrichtungen in Bearbeitung.

Weiterentwicklung des Tramnetzes Neue Vorhaben werden aufgrund von Kosten-Nutzen-Analysen priorisiert und an die Hand genommen. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes werden Vorprojekte für die Traminfrastruktur auf dem Bruderholz sowie für weitere Strassenzüge (Burgfelderstrasse, Hardstrasse, Rosentalstrasse, Gundeldingerstrasse/Viertelkreis usw.) entsprechend der Prioritätensetzung aus der Erhaltungsplanung erarbeitet.

Gestaltungs- und Verkehrsprojekte im öffentlichen Raum Für den Bereich Heuwaa-ge/Binningerstrasse wird im Zusammenhang mit dem Projekt Ozeanium des Zoologischen Gartens Basel eine Lösung für die Verkehrsinfrastruktur geplant. Auf Basis des Gesamtverkehrskonzepts werden Vorprojekte für die das Dreispitzareal umschliessende Verkehrsinfrastruktur entwickelt. Gemäss Leitbild „Strassenbäume“ werden im Zuge der Erhaltungsplanung weitere Baumreihen projiziert (Wettsteinallee, Riehenstrasse usw.).

Erhaltung des baulichen Erbes Im Vordergrund stehen die Begleitung von Restaurierungen und Umbauten. Darunter fallen sowohl wichtige Baudenkmäler, die regelmässig unterhalten und gepflegt werden wie das Münster und das Rathaus, wie auch zahlreiche Baudenkmäler im Eigentum von Privaten und der öffentlichen Hand. Um klare Grundlagen für die denkmalpflegerische Arbeit im Kanton zu schaffen und die Rechtssicherheit von Bauherren und Projektierenden zu erhöhen, indem denkmalpflegerische Rahmenbedingungen frühzeitig abgerufen und in die Planung integriert werden können, wird von der Kantonalen Denkmalpflege auch im Berichtsjahr an der Inventarisierung der Quartiere gearbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch das E-Government-Angebot der Denkmalpflege ausgebaut werden, wofür die Entscheidungsgrundlage in Vorbereitung ist. Die Öffentlichkeitsarbeit soll in der inzwischen bewährten und etablierten Art und Weise fortgesetzt werden. Damit soll das Verständnis für denkmalpflegerische Massnahmen bei historisch wertvollen Bauten in der breiten Basler Öffentlichkeit weiterhin gefördert werden. Darüber hinaus wird die Kantonale Denkmalpflege Fachtagungen durchführen, um die Erkenntnisse über die städtebauliche Geschichte Basels im Austausch mit internationalen Fachleuten vertiefen zu können. Das Museum Kleines Klingental ist eine wichtige Plattform im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Denkmalpflege und wird von der Stiftung für das Museum Kleines Klingental sowie vom Verein der Freunde Kleines Klingental unterstützt. Im Berichtsjahr sind eine Sonderausstellung zur Industriegeschichte des Raums Basel und eine Ausstellung zum ersten Basler Bahnhof vorgesehen.

Mobilität

BVD-661

Das Amt für Mobilität analysiert den Mobilitätsbedarf und das Verkehrsgeschehen im Kanton in seiner Gesamtheit. Auf Basis dieser Analysen entwickelt das Amt Strategien und Konzepte zur Beeinflussung, Steuerung und zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens und setzt diese um.

Eine gute Anbindung auf Strasse und Schiene an das nahe und ferne Umland leistet einen wichtigen Beitrag an die Standort- und Wohnqualität im Kanton. Die stadt- und umweltgerechte Mobilität soll gefördert und das Gesamtverkehrssystem optimiert werden. Ziele sind der Ausbau des Angebots und die Verstetigung und Verkürzung der Fahrzeiten im öffentlichen Verkehr, die Attraktivitätssteigerung für den Velo- und Fussverkehr sowie die Verbesserung des Verkehrsflusses auf dem übergeordneten Strassennetz.

Das Amt für Mobilität analysiert den Mobilitätsbedarf und das Verkehrsgeschehen im Kanton, plant und bestellt Leistungen des öffentlichen Verkehrs, erarbeitet Verkehrsstrategien und -konzepte, formuliert Anforderungen an Infrastrukturen und begleitet deren Planung. Es plant und bewirtschaftet den Parkraum, projiziert und verfügt permanente Verkehrsanordnungen (geänderte Markierungen und Signalisationen) und ist verantwortlich für Projektierung, Programmierung, Betrieb und technischen Unterhalt sämtlicher Lichtsignalanlagen sowie des zentralen Verkehrsrechners, der Parkuhren und der dynamischen Wechselsignale.

Das Amt für Mobilität bringt die kantonalen Interessen in die übergeordnete Verkehrsplanung des Bundes ein und koordiniert die Planung mit den Nachbarkantonen sowie den benachbarten Gebietskörperschaften in Deutschland und Frankreich.

Ebenfalls in die Zuständigkeit des Amts für Mobilität fällt die Erteilung der kantonalen Bewilligungen für Betreiberfirmen im öffentlichen Verkehr.

Tätigkeiten und Projekte

Stadtverkehr 2020 Ende 2010 hat Basel-Stadt gesetzlich das Ziel formuliert, den motorisierten Verkehr auf Stadtstrassen bis 2020 um mindestens 10% zu reduzieren. Das Amt für Mobilität überprüft jährlich die Verkehrsentwicklung und evaluiert, wie dieses Ziel mit den Planungen und Projekten des Kantons erreicht werden kann. Das neue Verkehrspolitische Leitbild dient dabei als Grundlage unter anderem für die Erarbeitung neuer Konzepte im Bereich Güterverkehr und im Bereich Verkehrsmanagement. Mit diversen Massnahmen setzt das Amt zudem die Strategie zur Förderung des Velo- und Fussgängerverkehrs fort.

Gesamtverkehrsmodell der Region Basel Mit dem neuen Gesamtverkehrsmodell der Region Basel steht ein aktuelles, dem neuesten Stand der Technik entsprechendes Modell zur Verfügung, um die verkehrlichen Auswirkungen von Siedlungsentwicklungen und Angebotsausbauten im Verkehr zu berechnen. Erstmals berücksichtigt ist auch der Veloverkehr sowie teilweise der Fussverkehr. Das Modell kommt 2015 in diversen Anwendungen zum Tragen.

Parkraumplanung Im Rahmen der Einführung der flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung werden 2015 in weiteren Postleitzahlkreisen die entsprechenden Markierungs- und Signalisationsarbeiten projiziert und ausgeführt. Bis 2016 soll die Parkraumbewirtschaftung in allen Quartieren umgesetzt sein.

Pendlerfonds Beim Pendlerfonds können Finanzierungsbeiträge für Projekte zugunsten eines umweltverträglichen Pendlerverkehrs beantragt werden. Er stellt ein innovatives Instrument dar, um die Finanzierung entsprechender Infrastrukturen grenzüberschreitend zu fördern. Der Pendlerfonds ist ein exemplarisches Beispiel für die Zusammenarbeit in der trinationalen Agglomeration über Kantons- und Landesgrenzen hinweg. Der aus Einnahmen der Parkraumbewirtschaftung gespeiste Pendlerfonds hat 2014 erstmals substanziell Projekte unterstützt. Auch im Berichtsjahr 2015 wird der Kanton diverse Projekte alimentieren.

Verkehrsberuhigung in der Innenstadt, im Gundeli und in weiteren Wohnquartieren Die Umsetzung des 2011 vom Grossen Rat beschlossenen Verkehrskonzepts für eine fussgängerfreundliche und verkehrsberuhigte Basler Innenstadt erfolgt schwerpunktmässig in den Jahren 2014 und

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'986.5	-5'414.3	-5'465.8	-51.5	-1.0	-479.4	-9.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'766.0	-4'225.4	-4'558.2	-332.8	-7.9	207.8	4.4 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-103.2	0.0	0.0	0.0	0.0	103.2	100.0
36 Transferaufwand	-7.0	-7.0	-1'007.0	-1'000.0	...	-1'000.0	...
Betriebsaufwand	-9'862.6	-9'646.7	-11'031.0	-1'384.3	-14.3	-1'168.4	-11.8
42 Entgelte	5'165.5	4'801.1	4'974.2	173.1	3.6	-191.2	-3.7 ³
43 Verschiedene Erträge	181.5	0.0	1'500.0	1'500.0	0.0	1'318.5	726.6 ⁴
Betriebsertrag	5'346.9	4'801.1	6'474.2	1'673.1	34.8	1'127.3	21.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'515.7	-4'845.6	-4'556.8	288.8	6.0	-41.1	-0.9
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'556.2	-1'326.2	-2'144.9	-818.7	-61.7	-588.7	-37.8
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-58.3	-671.0	-62.6	608.4	90.7	-4.4	-7.5
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	20.7	0.0	23.6	23.6	0.0	2.9	13.8
Abschreibungen	-1'593.8	-1'997.2	-2'183.9	-186.8	-9.4	-590.2	-37.0 ⁵
Betriebsergebnis	-6'109.4	-6'842.7	-6'740.7	102.0	1.5	-631.3	-10.3
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Finanzergebnis	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Gesamtergebnis	-6'109.4	-6'842.7	-6'740.7	102.0	1.5	-631.3	-10.3
davon Funktionen:							
62 Öffentlicher Verkehr	-1'085.1	-1'607.6	-917.9	689.7	42.9	167.2	15.4
63 Verkehr, übrige	-5'024.4	-5'235.2	-5'822.9	-587.7	-11.2	-798.5	-15.9

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-14'116.0	0.0	0.0	0.0	0.0	14'116.0	100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-272.9	0.0	0.0	0.0	0.0	272.9	100.0
Nettoinvestitionen	-14'389.0	0.0	0.0	0.0	0.0	14'389.0	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-14'389.0	0.0	0.0	0.0	0.0	14'389.0	100.0

Kommentar

- Mehraufwand in der Höhe von 211'000 Franken für Gutachten und Expertisen (Fremdaufträge), welche nicht durch die Dienststelle erbracht werden können. Mehraufwand in der Höhe von 110'000 Franken in der Abteilung Verkehrssteuerung für übrige Dienstleistungen, welche an andere Dienststellen oder externe Partner unter FDK 42 weiterverrechnet werden können.
- Durch die Neubudgetierung des Pendlerfonds fallen hier ab Budgetjahr 2015 Finanzierungsbeiträge für Projekte zugunsten eines umweltverträglichen Pendlerverkehrs an. (vgl. FDK 43)
- Mehreinnahmen für Dienstleistungen der Abteilung Verkehrssteuerung in der Höhe von 120'000 Franken, die an andere Dienststellen oder externe Partner weiterverrechnet werden können. Mehreinnahmen in der Höhe von 50'000 Franken bei den Parkuhreneinnahmen.
- Durch die Neubudgetierung des Pendlerfonds fallen hier ab Budgetjahr 2015 die Einnahmen an, welche aus dem Verkauf von Pendler- und Besucherparkkarten (Parkraumbewirtschaftung) erhoben und anteilmässig dem Pendlerfonds zugewiesen werden.
- Nach Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (von Degressiv auf Linear). Die Abschreibungen für das Budgetjahr 2014 wurden vor dieser Umstellung berechnet. Daraus resultieren nun grössere Abweichungen für das Budgetjahr 2015.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	31.1	29.7	31.3	33.0	34.6
Lichtsignalanlagen	Anz	125	125	125	125	123
Verkehrsaufkommen MIV Stadtstrassen	%	99.2	98.2	98.5	96.0	95.0 ¹
Verkehrsaufkommen ÖV	%	102.6	104.2	105.3		2
Verkehrsaufkommen Velo	%	110	106	108		3

Kommentar

- 1 Die Prognosezahlen sind die Ziele gemäss Gegenvorschlag Städteinitiative. 2010 = Index 100 %.
- 2 Eine Prognose für die Jahre 2014/2015 ist nicht möglich.
- 3 Das starke Wachstum bzw. der Rückgang ist weitgehend Wetter bedingt. Eine Prognose für die Jahre 2014/2015 ist nicht möglich.

2015. Aufgrund von Verfassungsbeschwerden gegen eine Verordnung des Regierungsrats und diversen Vorstössen im Grossen Rat hat sich der Zeitplan gegenüber den ursprünglichen Vorgaben um über ein Jahr verschoben. Die Mittlere Brücke wird zukünftig autofrei sein.

Das Amt für Mobilität setzt 2015 weitere Massnahmen des neuen Tempo 30-Konzepts um, das der Grosse Rat 2013 beschlossen hat. Ebenfalls zur Verkehrsberuhigung dient die Einrichtung weiterer Begegnungszonen. Die Reduktion der Geschwindigkeiten in Wohnquartieren und punktuell auf verkehrsorientierten Strassen leistet einen Beitrag zur Senkung der Lärm- und Luftschadstoffemissionen sowie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit – besonders in der Nähe von Schulen.

Besonderes Augenmerk legt der Regierungsrat auf das Gundeldinger-Quartier. Vorbehältlich der Zustimmung durch den Grossen Rat sollen die 2013 präsentierten kurzfristig realisierbaren Massnahmen des Verkehrskonzepts Gundeldingen ab 2015 umgesetzt werden. Diese Massnahmen würden die Erschliessung des Quartiers mit der Buslinie 36 verbessern, das Velonetz mit direkten und sicheren Routen entlang der beiden Hauptachsen ergänzen und den eingeschlagenen Weg zur Verkehrsberuhigung im Quartier weiterführen.

Organisationsstrukturen im öffentlichen Verkehr Die Organisationsstrukturen im öffentlichen Verkehr sind historisch gewachsen und sind teilweise reformbedürftig. Je nach Ergebnis der von den Regierungen beider Basel initiierten Überprüfung des Staatsvertrags betreffend BVB/BLT werden 2015 Strukturen im öffentlichen Agglomerationsverkehr angepasst. Bei den kantonalen Behindertentransporten (KBB) werden auf Anfang 2016 neue Strukturen umgesetzt. Im Rahmen des neu beschlossenen Organisationsmodells für den Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW) wird der Kanton Basel-Stadt zusammen mit den weiteren Verbundkantonen ab Anfang 2015 stärker ins Tarifwesen einbezogen.

Längerfristiger Ausbau der Traminfrastruktur Die Planung der 2012 vom Grossen Rat beschlossenen Ausbauten im Basler Tramnetz wird weitergeführt. Schwerpunkte im Jahr 2015 werden Vorstudien zu einzelnen Ausbauprojekten sein basierend auf den Studien zur Priorisierung einzelner Ausbauschritte und Machbarkeitsabklärungen aus dem Jahr 2014. Die Ausbauten am Tramnetz sind zeitlich zu koordinieren mit den Projekten zur Erhaltung der Gleisanlagen und der übrigen Infrastruktur im öffentlichen Raum.

Behindertengerechter Zugang zum öffentlichen Verkehr Das schweizweit gültige Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) schreibt vor, dass der öffentliche Verkehr bis 2023 barrierefrei zugänglich sein muss. Die notwendigen Anpassungen an der Infrastruktur im Kanton Basel-Stadt werden nach Möglichkeit im Rahmen ohnehin notwendiger Erhaltungsmaßnahmen oder Gestaltungsprojekte geplant, projektiert und ausgeführt.

Regio-S-Bahn Basel; Durchmesserlinie „Herzstück“ und Anschluss EuroAirport Der Ausbau des Bahnnetzes im Knoten Basel und auf den Zulaufstrecken ist seit Jahren Gegenstand einer rollenden Planung, welche die SBB zusammen mit den Kantonen der Nordwestschweiz fortschreibt und schrittweise umsetzt. Die Annahme der Vorlage FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) durch das Schweizer Stimmvolk im Februar 2014 hat die Zusammenarbeit zwischen Bund

und Kantonen bei der Bahnplanung auf eine neue Basis gestellt: Die Kantone haben die Verantwortung für die Angebotsplanung im Regionalverkehr übernommen. Sie organisieren sich dazu in Planungsregionen und Planungsräumen. Bis 2016 wird es darum gehen, die Angebotsvorstellungen im Regionalverkehr für den nächsten Ausbauschnitt (STEP 2030) festzulegen und diesen mit dem Bund in Bezug auf Fern- und Güterverkehr abzustimmen.

Basis dieser Planung für den Raum Basel muss ein zwischen den Nordwestschweizer Kantonen, der Région Alsace und dem Land Baden-Württemberg grenzüberschreitend abgestimmtes Konzept für die Weiterentwicklung des Liniennetzes und des Fahrplanangebots der Regio-S-Bahn sein. Das Konzept ist auch im Hinblick auf den Bahnanschluss des EuroAirports und die Durchmesserlinien des Herzstücks von Bedeutung. Eine engere Kooperation der für den regionalen Bahnverkehr zuständigen Behörden in den drei Ländern wurde mit einer trinational aufgestellten Strategiegruppe 2014 realisiert und wird 2015 weitergeführt.

Voraussichtlich Anfang 2015 werden die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft die Arbeiten am Vorprojekt Herzstück Regio-S-Bahn aufnehmen. Diese unterirdische Verbindung zwischen Basel SBB und Badischem Bahnhof schliesst die Lücke in der Bahninfrastruktur rund um Basel und schafft die Voraussetzung für ein zusammenhängendes S-Bahnnetz mit Durchmesserlinien, welche die regionalen Korridore miteinander verbinden.

Agglomerationsprogramm Im Agglomerationsprogramm Basel bilden die Achsen der Regio-S-Bahn das strukturierende Rückgrat der Siedlungsentwicklung. 2015 arbeitet das Amt für Mobilität zusammen mit den weiteren beteiligten Behörden in der trinationalen Agglomeration an der Erstellung des Agglomerationsprogramms der dritten Generation sowie an der Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen insbesondere im Bereich S-Bahn.

Verkehrssteuerung und Forschungsprojekte Auch 2015 wird die verkehrsabhängige Steuerung der Lichtsignalanlagen weiter optimiert. Laufend verbessert das Amt für Mobilität die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs und Fuss- und Veloverkehrs. Daneben beteiligt sich das Amt aktiv an nationalen Forschungsprojekten.

Globalbudget Öffentlicher Verkehr

Bestellung der Leistungen des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte). Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports. Bestellung von Regionalverkehrsleistungen in Absprache mit Nachbarkantonen und Nachbarländern. Subventionierung von Tarifierleichterungen.

Gesetzliche Grundlagen Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) wird das Globalbudget ÖV dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemäss §14 und §16, Abs. 1, lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) zum Beschluss vorgelegt.

Wirkungen Wirtschaftliche Gewährleistung einer komfortablen, sicheren, umweltschonenden und stadtrechten Mobilität innerhalb des Kantonsgebiets sowie zwischen dem Kantonsgebiet und der umliegenden Region, auch für Betagte und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen.

Entlastung des Strassennetzes und dadurch Verbesserung des Verkehrsflusses und der Wohnqualität sowie Begrenzung des Bedarfs an Parkraum.

Anbieten eines preisgünstigen und einfachen Tarifsystems.

Tätigkeiten und Projekte

Für die politischen und planerischen Tätigkeiten im Bereich des öffentlichen Verkehrs wird auf den Bericht der Dienststelle Mobilität verwiesen. Mit dem Globalbudget werden nur die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bestellung von ÖV-Leistungen dargestellt.

Produktgruppen	Funktionale Gliederung
Regio S-Bahn	62 Öffentlicher Verkehr
Tarife und Verbände	63 Öffentlicher Verkehr
Tram und Bus	64 Öffentlicher Verkehr

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Tram und Bus	-55'520.4	-58'561.0	-68'292.5	-9'731.5	-16.6	-12'772.0	-23.0
Regio-S-Bahn	-2'844.7	-2'862.0	-3'028.0	-166.0	-5.8	-183.3	-6.4
Tarife und Verbände	-20'159.7	-20'100.0	-20'100.0	0.0	0.0	59.7	0.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-78'524.9	-81'523.0	-91'420.5	-9'897.5	-12.1	-12'895.6	-16.4 ¹
Kalkulatorische Kapitalkosten	-10'785.6	-10'000.0	-12'648.8	-2'648.8	-26.5	-1'863.2	-17.3
Vollkosten	-89'310.5	-91'523.0	-104'069.3	-12'546.3	-13.7	-14'758.8	-16.5

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-21'871.0	-42'000.0	-45'500.0	-3'500.0	-8.3	-23'629.0	-108.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-36.7	0.0	0.0	0.0	0.0	36.7	100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	1'500.0	2'000.0	500.0	-1'500.0	-75.0	-1'000.0	-66.7
Nettoinvestitionen	-20'407.7	-40'000.0	-45'000.0	-5'000.0	-12.5	-24'592.3	-120.5
Saldo Investitionsrechnung	-20'407.7	-40'000.0	-45'000.0	-5'000.0	-12.5	-24'592.3	-120.5

Kommentar

1 Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr wurde generell um 122'000 Franken gekürzt. Gleichzeitig erhielt die Produktgruppe „Tram und Bus“ aus dem Schwerpunkt „Ausbau öffentlicher Verkehr“ zusätzlich 10'020'000 Franken. Details finden sich im Kommentar zur entsprechenden Produktgruppe.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Hohe Nachfrage Ortsverkehr	Anzahl (Mio.) Einsteigende pro Jahr (BVB Linien).	>=	131.6	132.8	132.0	133.0
Hohe Verkehrsleistung Ortsverkehr	Nachfrage (Mio. Personen-km) BVB+BLT im städtischen Netz	>=	315.4	318.5	315.0	319.0
Hohe Nachfrage Regio-S-Bahn	Anzahl Einsteigende (Tsd. Pers. / Tag) am Bahnhof SBB	>=	18.7	18.7	18.0	18.7
Zufriedenheit der ÖV-Kundschaft	Index gemäss Kunden- zufriedenheitsstudie	>=	77.0	76.0		77.0

Produktgruppe Tram und Bus

Anbieten eines regelmässig betriebenen Bus- und Tram-Linienverkehrs zur Erschliessung des Kantonsgebiets (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution). Bedarfsgerechte Vervollständigung des Linienverkehrs durch ergänzende Verkehrsleistungen (z.B. Grossanlässe) und durch Unterstützung von Fahrten von Menschen mit einer eingeschränkten Mobilität.

Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2015 sind diverse Anpassungen und Optimierungen im Tram- und Busnetz vorgesehen:

- Die wichtigste Neuerung ist die Aufnahme des Betriebs auf der Verlängerung der Linie 8 bis Weil am Rhein Bahnhof.
- Kleinere Optimierungen werden am Buskonzept Riehen-Wettstein vorgenommen.
- Auf der Linie L50 werden in Spitzenzeiten gezielte Verdichtungen eingeführt.
- Die Linie 48 wird neu ganztags im 15 Minutentakt geführt und gleichzeitig die Linie 33 in den Nebenverkehrszeiten ebenfalls auf einen 15 Minutentakt reduziert.
- Die ersten Flexitytrams werden 2015 auf der Linie 8 verkehren. Aufgrund von Abschreibungen und Zinsen erhöht sich die Abgeltung an die Basler Verkehrs-Betriebe um 9.25 Mio. Franken.

Leistungen

- **Leistungserbringer BVB** Betrieb städtischer Tram- und Buslinien; Unterhalt der betrieblich notwendigen Infrastruktur und Netzmanagement aufgrund einer Leistungsvereinbarung.
- **Leistungserbringer BLT** Betrieb von Tram- und Buslinien des Vorortsverkehrs aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Personenbeförderungsgesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.
- **Leistungserbringer AAGL** Betrieb regionaler Buslinien aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.
- **Leistungserbringer Koordinationsstelle Fahrten für Behinderte beider Basel KBB** Unterstützung von Fahrten von Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-57'422.0	-60'786.8	-70'806.8	-10'020.0	-16.5	-13'384.8	-23.3
Betriebsaufwand	-57'422.0	-60'786.8	-70'806.8	-10'020.0	-16.5	-13'384.8	-23.3
Betriebsertrag	1'901.6	2'225.8	2'514.4	288.5	13.0	612.8	32.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-55'520.4	-58'561.0	-68'292.5	-9'731.5	-16.6	-12'772.0	-23.0 ¹
Kalkulatorische Kapitalkosten	-9'645.6	-10'000.0	-12'060.3	-2'060.3	-20.6	-2'414.7	-25.0 ²
Vollkosten	-65'166.0	-68'561.0	-80'352.8	-11'791.8	-17.2	-15'186.7	-23.3

Kommentar

- 1 Die Erhöhung des Aufwandes ist vor allem mit der Darlehensgewährung im Rahmen der Trambeschaffung Flexity und der damit verbundenen Abgeltungserhöhung von 9.25 Mio. Franken (Abschreibungen und Zinsen) begründet. Die Angebotsausbauten werden beim Aufwand nur zum Teil neu wirksam, da die Gelder teilweise schon früher gesprochen wurden. Neu erscheinen im Budget Betriebskosten von 770'000 Franken für die Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein.
- 2 Durch den höheren geplanten Investitionsbedarf bei den BVB erhöhen sich die Abschreibungskosten.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Hohe Bedienungshäufigkeit im Linienverkehr	Gewichtete Fahrzeugkm. (Mio.) BVB / BLT im Jahr auf Gebiet BS	=	26.3	26.0	26.5	26.5
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung von Bund, Kantonen und Gemeinden (Franken) je Pkm (BVB)	<=	0.211	0.205	0.210	0.205
Hohe Qualität des Angebotes im Ortsverkehr	Mischindikator aus verschiedenen Kennzahlen; Eichwert 2006: 100%	>=	105 %	104 %	109 %	105 %
Angebote der KBB entsprechen den Bedürfnissen der Zielgruppe	Anteil (%) „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ gem. Kundenbefragung	>=			90 %	90 % 1

Kommentar

- 1 Per 1. Januar 2012 wurde die Neuorganisation des Fahrdienstes umgesetzt. Die KBB hat auf eine Befragung aufgrund dieses Wechsels verzichtet. Es ist vorgesehen, im Jahr 2014 eine Befragung durchzuführen.

Produktgruppe Regio-S-Bahn

Anbieten eines regelmässigen Regio-S-Bahnverkehrs zur Anbindung des Kantonsgebiets an das Umland (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution).

Tätigkeiten und Projekte

Das Angebot der Regio-S-Bahn bleibt praktisch unverändert.

Leistungen

- **Leistungserbringer SBB Regionalverkehr** Betrieb der S-Bahnlinien S1 (Schweizer Teilabschnitt) und S3 aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz; Konzessionär der RE-Züge Basel-Offenburg auf der Verbindungsbahn.
- **Leistungserbringer SBB Deutschland GmbH** Betrieb der S-Bahnlinie S6 aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz auf der Verbindungsbahn.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-3'247.9	-3'265.0	-3'431.0	-166.0	-5.1	-183.1	-5.6
Betriebsaufwand	-3'247.9	-3'265.0	-3'431.0	-166.0	-5.1	-183.1	-5.6
Betriebsertrag	403.1	403.0	403.0	0.0	0.0	-0.1	-0.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-2'844.7	-2'862.0	-3'028.0	-166.0	-5.8	-183.3	-6.4
Kalkulatorische Kapitalkosten	-1'140.0	0.0	-588.5	-588.5	0.0	551.5	48.4
Vollkosten	-3'984.7	-2'862.0	-3'616.5	-754.5	-26.4	368.2	9.2

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015
Hohe Angebotsdichte im S-Bahnverkehr (Montag bis Freitag)	Anzahl Kurse der S-Bahn auf den Regio-S-Bahnlinien, die von BS mitfinanziert werden	=	332	337	332	332
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (Fr.) je Personen-km auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	<=	0.140	0.140	0.145	0.143
Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil (%) der mit den Kantonen der NWCH vereinbarten Qualitätsindikatoren, bei denen die SBB den Zielwert erreicht	>=	98			1
Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil des mit den Kantonen der NWCH vereinbarten gewichteten Zielwertes gemäss Bonus-Malus Vereinbarung von 2013	>=			87.3	87.3 2

Kommentar

- 1 Aufgrund eines Systemwechsels bei der Qualitätsprüfung für das Jahr 2013 ist die Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben, ab 2014 wird als Kennzahl der Zielwert der Bonus/Malus Vereinbarung übernommen.
- 2 Ab 2014 wird das zwischen den Kantonen der NWCH und den SBB vereinbarte Bonus/Malus System wirksam. Der Indikator wird ab diesem Zeitpunkt auf die neue Basis gestellt. Der ausgewiesene Sollwert entspricht dem gewichteten Zielwert der Vereinbarung.

Produktgruppe Tarife und Verbände

Sicherstellung günstiger, zwischen den einzelnen Transportunternehmungen koordinierter Tarife im öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons und über die Kantonsgrenzen hinaus.

Tätigkeiten und Projekte

Es wird mit einer gegenüber 2014 praktisch konstanten Anzahl U-Abos im Kanton Basel-Stadt gerechnet.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-20'159.7	-20'100.0	-20'100.0	0.0	0.0	59.7	0.3
Betriebsaufwand	-20'159.7	-20'100.0	-20'100.0	0.0	0.0	59.7	0.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-20'159.7	-20'100.0	-20'100.0	0.0	0.0	59.7	0.3
Vollkosten	-20'159.7	-20'100.0	-20'100.0	0.0	0.0	59.7	0.3

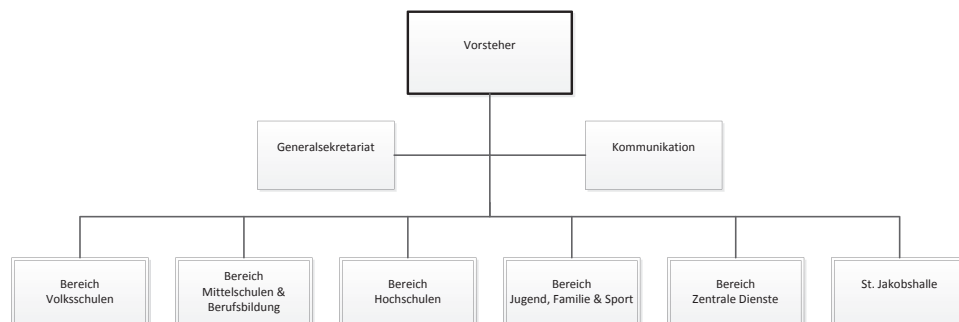
Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Soll 2015	
Grosse Anzahl U-Abonnenten im Kanton Basel-Stadt	Anzahl U-Abo-Verkäufe (in Tausend) an Einwohnerinnen und Einwohner in BS auf Monatsbasis	>=	871	872	864	873	1

Kommentar

1 Der Indikator umfasst die Anzahl verkaufter Monatsabonnemente. Jahresabonnemente werden umgerechnet.

4.2.3 Erziehungsdepartement

ED-201	Zentrale Dienste und Generalsekretariat	159
ED-220	Leitung Bildung	162
ED-230	Volksschulen	165
ED-240	Mittelschulen	170
ED-245	Berufsbildende Schulen	172
ED-265	Leitung Mittelschulen und Berufsbildung	175
ED-271	Hochschulen	178
ED-290	Jugend, Familie und Sport	181



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-484.9	-483.7	-491.7	-8.1	-1.7	-6.8	-1.4 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-155.7	-156.9	-159.6	-2.7	-1.7	-3.9	-2.5 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.6	-0.7	-0.7	-0.0	-7.2	-0.1	-13.9
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	100.0
36 Transferaufwand	-422.4	-437.5	-440.1	-2.6	-0.6	-17.7	-4.2 ³
Betriebsaufwand	-1'063.8	-1'078.7	-1'092.2	-13.5	-1.2	-28.3	-2.7
42 Entgelte	44.4	43.9	42.4	-1.5	-3.3	-1.9	-4.4 ⁴
43 Verschiedene Erträge	3.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-3.2	-100.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0
46 Transferertrag	113.8	113.9	115.4	1.5	1.4	1.6	1.4 ⁵
Betriebsertrag	161.6	157.8	157.9	0.1	0.1	-3.7	-2.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-902.2	-920.9	-934.3	-13.4	-1.5	-32.1	-3.6
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2.1	-3.2	-4.5	-1.3	-40.9	-2.4	-112.4 ⁶
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	-1.0	-0.8	0.2	22.6	0.2	24.4
Abschreibungen	-3.1	-4.2	-5.2	-1.1	-25.9	-2.1	-68.1
Betriebsergebnis	-905.4	-925.1	-939.6	-14.5	-1.6	-34.2	-3.8
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	15.9	0.0	50.6
44 Finanzertrag	0.3	0.2	0.2	0.0	2.3	-0.1	-24.9
Finanzergebnis	0.3	0.2	0.2	0.0	3.5	-0.1	-22.8
Gesamtergebnis	-905.1	-924.9	-939.4	-14.5	-1.6	-34.3	-3.8
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-0.0	0.1	0.0	-0.0	-52.5	0.0	349.9
2 Bildung	-787.9	-805.7	-814.9	-9.3	-1.2	-27.1	-3.4
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-17.4	-17.4	-19.5	-2.1	-12.2	-2.2	-12.4
5 Soziale Sicherheit	-99.9	-101.9	-104.9	-3.0	-3.0	-5.1	-5.1

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-3.0	-8.0	-7.0	1.0	12.5	-4.0	-130.4 ⁷
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.8	-0.5	-0.5	-0.0	-0.2	0.3	32.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.5	100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0
Nettoinvestitionen	-4.0	-8.5	-7.5	1.0	11.7	-3.5	-86.5
Saldo Investitionsrechnung	-4.0	-8.5	-7.5	1.0	11.7	-3.5	-86.5

Kommentar

- 1 Die Abweichung von -8.1 Mio. Franken setzt sich aus vielen Positionen zusammen. So gehen auf höhere Schülerzahlen -2.6 Mio. und Lektionskosten -1.8 Mio. Franken zurück. Mehrkosten von insgesamt -2.6 Mio. Franken fallen zudem bei den Volksschulen für den Ausbau der Tagesstrukturen (-1.0 Mio. Fr.) und der Schulsozialarbeit (-0.6 Mio. Fr.), für zusätzliche integrative Angebote der verstärkten Massnahmen (-0.6 Mio. Fr.) sowie für höhere Stellvertretungskosten (-0.4 Mio. Fr.) an. Daneben steigen die Aufwendungen für das Abwärts- und Reinigungswesen für die zusätzlichen Standorte der Kindergärten und Tagesstrukturen (-0.4 Mio. Fr.) und im Bereich Jugend, Familie und Sport u.a. für die Verstärkung der Badeaufsicht (-0.4 Mio. Fr.) an. Weitere -2.7 Mio. Franken gehen auf organisatorische Veränderungen (Musikgrundschulskurse, Förderangebote) zurück, welche kostenneutrale Verschiebungen von der Kontogruppe 31/36 zur 30 zur Folge hatten. Reduziert hat sich der Personalaufwand u.a. um 2.3 Mio. Franken für den Anteil der Schülerinnen und Schüler aus Riehen und Bettingen, welche die verlängerte Primarschule besuchen.

- 2 Die Betriebskosten für die Schulhausneubauten und für den weiteren Ausbau des Tagesstrukturangebotes steigen um -1.4 Mio. Franken. Ferner prognostiziert die Materialzentrale einen um -0.9 Mio. Franken höheren Wareneinkauf. Dem höheren Wareneinkauf stehen allerdings wieder entsprechende Mehreinnahmen gegenüber. Höhere interne Mieten fallen u.a. bei den Volksschulen für zusätzliche Kindergärten und den neuen Sekundarschulstandort Theobald Baerwart (-1.3 Mio. Fr.) an. Zudem sind für die Schulharmonisierung -1.4 Mio. Franken vorgesehen. Weiter verzeichnet der Bereich Jugend, Familie und Sport Mehrausgaben von -1.2 Mio. Franken, wovon -0.5 Mio. Fr. neu an die Bürgergemeinde gehen. Weniger Ausgaben von Fr. 1.2 Mio. fallen hingegen bei der St. Jakobshalle wegen der Schliesszeit während der gestaffelten Sanierung an. Verschiedene Verschiebungen von der Kontogruppe 31 an 30/36 führen zu einer kostenneutralen Reduktion von rund 2.5 Mio. Franken.
 - 3 Entsprechend der laufenden Beitragsperiode erhöht sich das Globalbudget bei der Universität um -2.2 Mio. Franken. Nach den abgeschlossenen vierkantonalen Verhandlungen ist eine Senkung des Globalbeitrages um 2.08 Mio. Franken an die Fachhochschule Nordwestschweiz möglich. Zudem gehen Mehraufwendungen u.a. auf die steigende Nachfrage nach Tagesbetreuung (-1.7 Mio. Fr.), für den Ausbau der Mütter- und Väterberatung (-0.2 Mio. Fr.) und die Jugendhilfe (-0.2 Mio. Fr.) zurück.
 - 4 Bei der St. Jakobshalle führt die Schliesszeit während der gestaffelten Sanierung zu Mindereinnahmen von -2.8 Mio. Franken (vgl. Minderausgaben Kostenart 31). Höhere Einnahmen fallen u.a. dagegen bei der Materialzentrale im Rahmen des Warenhandels (Fr. 1.0 Mio.) und für die Weiterverrechnung von zusätzlichen Reinigungs- und Abwärtsleistungen (Fr. 0.4 Mio.) an.
 - 5 Betrifft mehrheitlich höhere Entschädigungen von anderen Gemeinwesen für erbrachte Leistungen.
 - 6 Im Rahmen des Grossprojekts Schulharmonisierung wird auch in die Betriebsinfrastruktur (Einrichtungen und Mobiliar) sukzessive investiert. Dies führt zu einem erhöhten Abschreibungsbedarf.
 - 7 Aufgrund der gemachten Erfahrungen der Vorjahre (Rechnung jeweils tiefer als Budget) wurde im Rahmen der 100%-Investitionsplanung das Budget 2015 um 1.0 Mio. Franken reduziert.
-

Zentrale Dienste und Generalsekretariat

ED-201

Im Bereich der Zentralen Dienste sind sämtliche bereichsübergreifenden Aufgaben des Erziehungsdepartements zusammengefasst. Die Zentralen Dienste gliedern sich in die folgenden fünf Abteilungen: Finanzen und Controlling, Personal, Raum und Anlagen, Informatik und Materialzentrale.

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Parlament, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher, sorgt departementsintern für effiziente, zielgerichtete Abläufe und koordiniert die Kommunikation. Dem Generalsekretariat gehören die beiden Abteilungen Recht sowie Information und Dokumentation an.

Die neu geschaffene zentrale Kommunikationsabteilung kümmert sich um die Kommunikation des Erziehungsdepartements nach innen und aussen. Die Abteilung ist dem Departementsvorsteher direkt unterstellt, gehört aber finanztechnisch dem Bereich der Zentralen Dienste an.

Mit der St. Jakobshalle verfügt der Kanton über eine polyvalente Mehrzweckeinrichtung, in der Sport- sowie andere Veranstaltungen durchgeführt werden. Die St. Jakobshalle ist dem Departementsvorsteher direkt unterstellt, zählt aber finanztechnisch zum Bereich der Zentralen Dienste.

Die Administrativen Dienste beinhalten das Finanz- und das Personalwesen sowie die Informatik-Dienstleistungen. Sie bilden das Kompetenzzentrum für organisatorische, betriebswirtschaftliche, personalpolitische und systemtechnische Fragestellungen auf Ebene Departement.

Die Abteilung Raum und Anlagen ist das Kompetenzzentrum für sämtliche Planungen bezüglich Schulraum, Tagesstrukturen, Mobiliar, Kleininvestitionen und Sicherheit sowie für den Betrieb der baulichen Infrastruktur von Schulen und Kindergärten samt Schulhauswartung und Reinigung. Sie definiert in Zusammenarbeit mit den Schulen/Kindergärten die zukünftigen Raumbedürfnisse und bringt diese als Nutzervertreterin gegenüber den Hochbaudiensten (BVD) und der Eigentümervertreterin (IBS) ein.

Die Materialzentrale beschafft Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräte für die kantonale Verwaltung. Dank Bündelung der Beschaffung kann von attraktiven Konditionen profitiert werden.

Tätigkeiten und Projekte

Systempflege Die departementale Umsetzung der Systempflege wird bis ins erste Quartal 2015 andauern und umfasst zahlreiche Schulungsveranstaltungen für Vorgesetzte sowie einen nicht zu unterschätzenden administrativen Aufwand für die Vertragsänderungen bzw. Erstellung der Neuverträge.

Im Personalbereich Bildung wird im Rahmen des HarmoS-Projekts die Personalbedarfsplanung der Lehrpersonen an den Mittelschulen ihre Fortsetzung haben.

WorkplaceBS bzw. WorkplaceED Im 2015 wird die Virtualisierung der Desktop-Arbeitsplätze im Erziehungsdepartement (WorkplaceED) unter Einhaltung der Vorgaben und Standards gemäss WorkplaceBS weiter vorangetrieben. Weitere geplante IT-Projekte sind die Standardisierung und Konsolidierung des Softwarekatalogs sowie die Implementierung von IAM (Identity Access Management) im Erziehungsdepartement.

Grossprojekt Schulharmonisierung / Planung und Betrieb Infrastruktur Die Jahre 2014-2015 beinhalten die aktivste Periode der Bautätigkeiten, die durch HarmoS ausgelöst werden. Im Sommer 2015 wird eine Vielzahl der laufenden Projekte beendet werden. Während die Primarstufe bereits ihre neue 6-jährige Schullaufbahn besitzt, startet im August 2015 die neue Sekundarschule. Verzögerungen bei den Bauvorhaben hätten deshalb gravierende Auswirkungen. Die Bereiche Mobiliar (Rochaden, Umzüge, Möblierung) und Hauswartung (Reinigung, Hygiene, Koordination) werden weit über die Grenzen des Normalen beansprucht werden. Die Koordination zwischen den Nutzerbedürfnissen und den Baustellen wird für alle Beteiligten nochmals eine grosse Herausforderung darstellen. Neben den zahlreichen Baumassnahmen für HarmoS steht die Suche nach neuen Kindergartenlokalen weiterhin im Zentrum der Planungsaktivitäten. Die Suche ist sehr aufwändig und die Bewilligungsverfahren erfordern einen immer grösser werdenden Zeitaufwand. Dennoch bleibt der Eröffnungstermin immer gleich und der Fertigstellungsdruck nimmt laufend zu. Mit der flächendeckenden Einrichtung von Tagesstrukturen steht ein weiteres Projekt im Blickfeld des allgemeinen Interesses. Aufbau und

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-25'674.7	-26'740.0	-28'705.4	-1'965.4	-7.3	-3'030.7	-11.8	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-38'978.8	-39'863.2	-41'367.0	-1'503.8	-3.8	-2'388.2	-6.1	²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-53.3	-72.0	-92.0	-20.0	-27.8	-38.7	-72.6	
36 Transferaufwand	0.0	0.0	-25.0	-25.0	0.0	-25.0	0.0	
Betriebsaufwand	-64'706.8	-66'675.1	-70'189.4	-3'514.2	-5.3	-5'482.6	-8.5	
42 Entgelte	21'584.3	21'370.5	20'325.3	-1'045.2	-4.9	-1'259.0	-5.8	³
46 Transferertrag	427.2	328.0	284.4	-43.6	-13.3	-142.9	-33.4	
Betriebsertrag	22'011.5	21'698.5	20'609.7	-1'088.8	-5.0	-1'401.8	-6.4	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-42'695.3	-44'976.6	-49'579.7	-4'603.1	-10.2	-6'884.4	-16.1	⁴
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'875.1	-2'217.4	-3'373.6	-1'156.2	-52.1	-1'498.5	-79.9	
Abschreibungen	-1'875.1	-2'217.4	-3'373.6	-1'156.2	-52.1	-1'498.5	-79.9	⁵
Betriebsergebnis	-44'570.4	-47'194.0	-52'953.3	-5'759.3	-12.2	-8'382.9	-18.8	
34 Finanzaufwand	-1.6	-1.7	-1.3	0.4	23.5	0.3	20.5	
44 Finanzertrag	11.6	5.5	34.0	28.5	517.7	22.3	191.9	
Finanzergebnis	10.0	3.8	32.7	28.9	759.8	22.7	226.5	
Gesamtergebnis	-44'560.4	-47'190.2	-52'920.6	-5'730.4	-12.1	-8'360.2	-18.8	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	-12.0	63.0	29.9	-33.1	-52.5	41.9	349.9	
21 Obligatorische Schule	-28'909.4	-31'314.7	-33'771.0	-2'456.3	-7.8	-4'861.7	-16.8	
29 Übriges Bildungswesen	-12'062.7	-12'606.3	-14'288.4	-1'682.1	-13.3	-2'225.8	-18.5	
34 Sport und Freizeit	-3'576.4	-3'332.2	-4'891.1	-1'558.9	-46.8	-1'314.7	-36.8	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2'862.3	-8'000.0	-7'000.0	1'000.0	12.5	-4'137.7	-144.6
Nettoinvestitionen	-2'862.3	-8'000.0	-7'000.0	1'000.0	12.5	-4'137.7	-144.6
Saldo Investitionsrechnung	-2'862.3	-8'000.0	-7'000.0	1'000.0	12.5	-4'137.7	-144.6

Kommentar

- 1 Von der Abweichung gehen 1.45 Mio. Franken auf die kostenneutralen Transfers (Auflösung Dienststelle Leitung Bildung: Stellenverschiebungen Kommunikation, Sekretariat Erziehungsrat, Kantonale Schulkonferenz und Planung an Zentrale Dienste) wegen der internen Reorganisation im Bildungsbereich zurück. Die restlichen Mehrmittel betreffen hauptsächlich die höheren Reinigungs- und Abwartsaufwendungen, welche im Zusammenhang mit den Neubauten im Schulbereich und dem weiteren Ausbau der Tagesstrukturen anfallen.
- 2 Von den Mehrkosten entfallen rund 0.8 Mio. Franken auf kostenneutrale Transfers (Auflösung Dienststelle Leitung Bildung). Weiter steigen die Betriebskosten infolge der Schulhausneubauten und dem weiteren Ausbau des Tagesstrukturangebotes um 1.0 Mio. Franken an. Ferner prognostiziert die Materialzentrale einen um 0.9 Mio. Franken höheren Wareneinkauf. Dem höheren Wareneinkauf stehen allerdings wieder entsprechende Mehreinnahmen gegenüber. Weniger Ausgaben von 1.2 Mio. Franken fallen hingegen bei der St. Jakobshalle wegen der Schliesszeit während der gestaffelten Sanierung an.
- 3 Bei der St. Jakobshalle führt die Schliesszeit während der gestaffelten Sanierung zu Mindereinnahmen von 2.8 Mio. Franken (vgl. Minderausgaben Kostenart 31). Höhere Einnahmen fallen dagegen bei der Materialzentrale im Rahmen des Warenhandels (1.0 Mio. Fr.) und für die Weiterverrechnung von zusätzlichen Reinigungs- und Abwartsleistungen (0.4 Mio. Fr.) an die Landgemeinden bezüglich der verlängerten Primarschule an. Die restliche Differenz geht auf einen kostenneutralen Budgettransfer der Dienststelle Leitung Bildung zurück.
- 4 Zusammengefasst gehen 2.0 Mio. Franken auf kostenneutrale Budgettransfers (grösstenteils innerhalb des Erziehungsdepartements), 1.2 Mio. Franken auf höhere Betriebskosten im Reinigungs- und Abwartswesen sowie 1.6 Mio. Franken auf den Nettobudgetausgleich für die Schliesszeit während der Sanierung der St. Jakobshalle zurück. Die restliche Differenz ist hauptsächlich durch tiefere interne Verrechnungspreise der Zentralen Informatikdienste (ZID) begründet.
- 5 Im Rahmen des Grossprojekts Schulharmonisierung wird auch in die Betriebsinfrastruktur (Einrichtungen und Mobilien) sukzessive investiert. Dies führt zu einem erhöhten Abschreibungsbedarf.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	208.4	218.4	215.6	233.7	239.0 ¹
Aufträge an die Materialzentrale	Anz	8'226	8'417	9'295	8'500	9'200
Auslastung St. Jakobshalle mit Events und Sportanlässen	%	64.5	55.5	57.1	69.0	– ²

Kommentar

- 1 Die Erhöhung 2015 ist im Wesentlichen auf einen Stellentransfer aufgrund der Auflösung der Bildungskoordination (Kommunikation, Finanzen, Koordination Erziehungsrat) zurückzuführen.
- 2 Aufgrund der bevorstehenden Sanierung der St. Jakobshalle und des Auszugs des Departements für Sport, Bewegung und Gesundheit der Universität per Mai 2015 kann für das Jahr 2015 die Auslastung nicht beziffert werden.

Betrieb dieser schulergänzenden Angebote folgen dem Takt der HarmoS-Projekte. Die Fachstelle Sicherheit baut ihre Aktivitäten zur Sicherheit in den Schulen weiter aus. Alle Schulen besitzen bereits heute ein Sicherheitskonzept mit einem Sicherheitsteam. Im Notfall kann die Schüler- und Lehrerschaft dank des Einbaus interner Alarmierungsanlagen auf eine Gefahrensituation aufmerksam gemacht werden.

Leitung Bildung

ED-220

Der Bereich Bildung, welcher bisher die sechs Dienststellen Leitung Bildung, Volksschulen, Allgemeinbildende weiterführende Schulen (Bezeichnung neu: Mittelschulen), Berufsbildende Schulen, Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung (Bezeichnung neu: Leitung Mittelschulen und Berufsbildung) sowie Hochschulen umfasste, wurde per 1. Januar 2014 in die drei Bereiche Volksschulen, Mittelschulen & Berufsbildung und Hochschulen aufgeteilt. Die drei Dienststellen Mittelschulen, Berufsbildende Schulen sowie Leitung Mittelschulen und Berufsbildung wurden zu einem Bereich Mittelschulen & Berufsbildung zusammengefasst.

Die Dienststelle Leitung Bildung, welche in die Bildungskoordination, das Pädagogische Zentrum und die Pädagogischen Dienste gegliedert war, wurde per 1. Januar 2014 organisatorisch in andere Bereiche des Erziehungsdepartements überführt. Finanztechnisch wurden die Bildungskoordination und das Case Management Berufsbildung im Budget 2014 noch in der Dienststelle Leitung Bildung abgebildet. Diese wird per Ende 2014 aufgelöst. Das Budget für das Pädagogische Zentrum PZ.BS wurde bereits per 1. Januar 2014 in den neuen Bereich Hochschulen überführt, der Schulpsychologische Dienst und die Schulsozialarbeit in den Bereich Volksschulen.

Tätigkeiten und Projekte

Die Aufbau- und Überführungsarbeiten im Zusammenhang mit der Reorganisation des Bereichs Bildung sind Ende 2014 abgeschlossen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-17'131.0	-4'408.9	0.0	4'408.9	100.0	17'131.0	100.0	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-10'800.6	-4'605.4	0.0	4'605.4	100.0	10'800.6	100.0	²
36 Transferaufwand	-17'977.9	-16'565.0	0.0	16'565.0	100.0	17'977.9	100.0	³
Betriebsaufwand	-45'909.5	-25'579.3	0.0	25'579.3	100.0	45'909.5	100.0	
42 Entgelte	1'466.9	1'344.4	0.0	-1'344.4	-100.0	-1'466.9	-100.0	⁴
46 Transferertrag	34'908.5	33'720.0	0.0	-33'720.0	-100.0	-34'908.5	-100.0	⁵
Betriebsertrag	36'375.4	35'064.4	0.0	-35'064.4	-100.0	-36'375.4	-100.0	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-9'534.1	9'485.1	0.0	-9'485.1	-100.0	9'534.1	100.0	
Betriebsergebnis	-9'534.1	9'485.1	0.0	-9'485.1	-100.0	9'534.1	100.0	⁶
34 Finanzaufwand	-0.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.7	100.0	
44 Finanzertrag	28.7	40.0	0.0	-40.0	-100.0	-28.7	-100.0	
Finanzergebnis	28.0	40.0	0.0	-40.0	-100.0	-28.0	-100.0	
Gesamtergebnis	-9'506.1	9'525.1	0.0	-9'525.1	-100.0	9'506.1	100.0	
davon Funktionen:								
21 Obligatorische Schule	-15'725.3	-10'624.6	0.0	10'624.6	100.0	15'725.3	100.0	
22 Sonderschulen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
23 Berufliche Grundbildung	19'097.4	19'160.0	0.0	-19'160.0	-100.0	-19'097.4	-100.0	
25 Allgemeinbildende Schulen	7'018.4	6'917.6	0.0	-6'917.6	-100.0	-7'018.4	-100.0	
29 Übriges Bildungswesen	-19'896.5	-5'927.9	0.0	5'927.9	100.0	19'896.5	100.0	

Kommentar

- Die Abweichung steht im Zusammenhang mit der restlichen Überführung von diversen Organisationseinheiten der Leitung Bildung in die neuen Bereiche.
- Analog Kommentar 1.
- Ab Budget 2015 werden die Abgeltungen von -3.5 Mio. Franken für den ausserkantonalen Schulbesuch im Rahmen der Schulabkommen in der Dienststelle 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung sowie die Subvention an die Musikakademie der Stadt Basel über -13.0 Mio. Franken in der Dienststelle 271 Hochschulen geführt.
- Analog Kommentar 1.
- Die unter dem Transferertrag geführten Einnahmenpositionen (Schulabkommen 13.3, Krisenfondsgelder für Case Management 1.2 und Bundessubventionen Berufsbildung 19.2) über insgesamt 33.7 Mio. Franken werden ab Budget 2015 allesamt in die Dienststelle 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung integriert.
- Die Überführung der Dienststelle Leitung Bildung in die neuen Bereiche erfolgt aus zeitlichen Gründen finanztechnisch in zwei Schritten. Mit der Budgetierung 2014 wurden das Pädagogische Zentrum PZ.BS, der Schulpsychologische Dienst, die Schulsozialarbeit sowie diverse Projektbudgets bereits verschoben. Auf Budget 2015 werden nun die restlichen Organisationseinheiten wie die Bildungskoordination inkl. Projektbudgets etc. (-4.9 Mio. Fr. an diverse Bereiche), die Schulkolonien (-0.9 Mio. Fr. an Volksschulen), das Case Management (-1.4 Mio. Fr. an Leitung Mittelschulen und Berufsbildung) und die Kantonale Schulkonferenz (-0.5 Mio. Fr. an Generalsekretariat) nebst den vorerwähnten Positionen über netto 17.2 Mio. Franken (siehe Kommentare 3 und 5) transferiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	83.8	106.2	90.5	23.3	0 ¹

Kommentar

- 1 Auflösung der Dienststelle Leitung Bildung im Zuge der Reorganisation des Bereichs Bildung. Als Folge davon wurden sämtliche Headcountstellen samt Aufgabengebiet ED-intern verschoben.

Volksschulen

ED-230

In den Volksschulen erwerben alle im Kanton wohnhaften Kinder vom vierten oder fünften Lebensjahr an in der Regel in elf Jahren die obligatorische Grundbildung, sofern sie keine Privatschule besuchen. Die öffentlichen Schulen haben den Auftrag, alle Kinder zu integrieren und sie entsprechend ihren Begabungen und Interessen zu fördern. Der Unterricht in den heterogenen Klassen erfolgt differenziert. Die Vielfalt an Begabungen und die Spanne zwischen Stärkeren und Schwächeren bieten wirkungsvolle Lernanreize. Mit Hilfe schuleigener Förderangebote werden die Schulen auch besonderem Bildungsbedarf gerecht. In Einzelfällen können die Schulleitungen zusätzliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Die Lehrpersonen beziehen die Eltern als Partner in die Verantwortung für die Schulbildung ein. Zur Unterstützung der Familien findet der Unterricht vormittags in Blockzeiten statt. Auf Wunsch und nach Bedarf werden die Kinder über die Unterrichtszeiten hinaus frühmorgens, über Mittag und am Nachmittag nach pädagogischen Grundsätzen betreut.

Alle Schülerinnen und Schüler, die den Kindergarten oder die Primarschule besuchen oder noch nicht eingeschult sind, durchlaufen die neue Schullaufbahn mit acht Jahren Primarstufe (unter Einschluss des zweijährigen Kindergartens) und anschliessend drei Jahren Sekundarschule. In der Primarstufe sind die Kinder unabhängig von Herkunft und Leistungen in Lerngruppen und Klassen von wohnortsnahen Standorten eingeteilt. Sie werden zur Hauptsache von generalistisch ausgebildeten Lehrpersonen mit den elementaren Kulturtechniken vertraut gemacht und in ihrer Entwicklung und Gemeinschaftsfähigkeit unterstützt. In der anschliessenden dreijährigen Sekundarschule wird die Allgemeinbildung von Fachlehrpersonen vertieft und differenziert. Die Jugendlichen werden in ihren individuellen Fähigkeiten und Neigungen unterstützt und auf den Übertritt in die Berufslehre und die allgemein bildenden weiterführenden Schulen vorbereitet. Die Sekundarschule führt drei Leistungszüge unter einem Dach. Diese sind so aufeinander abgestimmt, dass eine hohe Durchlässigkeit möglich ist. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten nach elf Schuljahren den Volksschulabschluss, in dem ihre Leistungen und die erworbenen Übertrittsberechtigungen festgehalten sind. Jene Schülerinnen und Schüler, die noch die zweijährige Weiterbildungsschule besuchen, folgen der alten Schullaufbahn.

Tätigkeiten und Projekte

Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Volksschulen 2010 hat der Grosse Rat den Beitritt zu den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und eine entsprechende Anpassung des Schulgesetzes beschlossen. Die Harmonisierung erleichtert die Mobilität der Familien und die notwendige Kooperation der Kantone bei der Entwicklung ihrer Schulsysteme. Die beiden Basel planen die gleiche Schullaufbahn mit zwei Jahren Kindergarten, sechs Jahren Primarschule, drei Jahren Sekundarschule mit drei durchlässigen Leistungszügen und vier Jahren Gymnasium. Mit Erreichen des Volksschulabschlusses treten die Jugendlichen zum gleichen Zeitpunkt in die Berufsbildung, ans Gymnasium oder die Fachmaturitätsschule über. Die vier Kantone der Nordwestschweiz, Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn, koordinieren die Einführung des Lehrplans 21 und die Einführung der vierkantonalen Leistungstests. Die kantonale Umsetzung der Harmonisierung wird seit Anfang 2014 von der Volksschulleitung gesteuert, die Projektorganisation wurde überführt. Abgeschlossen sind die folgenden Arbeiten: die Beschreibung der neuen Schulstufen, die Neuzuteilung der Lehrpersonen der auslaufenden Schulen, der Raumplan für die Allokation der neuen Schulstufen. Von den zuständigen Behörden beschlossen sind der Ratschlag zu den generellen Schulraumanpassungen (Grosser Rat), die neue Laufbahnverordnung, in der die Beurteilungs- und Übertrittsfragen umfassend geregelt werden (Regierungsrat), die bikantonalen Studentafeln für die neue Volksschule und das neue Gymnasium (Erziehungsrat zusammen mit Bildungsrat Basel-Landschaft) und der Überganglehrplan für die Verlängerung der Primarschule. 2014 ist der Entwurf für den Lehrplan 21 im Auftrag der Deutschschweizer Bildungsdirektoren überarbeitet worden, im Sommer 2015 beginnt in Basel-Stadt die vom Erziehungsrat beschlossene Einführungszeit. Um die Schulen nicht zu überlasten, sollen in den nächsten Jahren verschiedene Projekte und Themen an den Standorten der Volksschule gemeinsam evaluiert werden. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, eine Weiterentwicklung zu ermöglichen und zu unterstützen. Bis 2020 werden in rund 60 Bauvorhaben der Volksschule 790 Mio. Franken investiert.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-232'511.8	-238'395.8	-240'589.2	-2'193.4	-0.9	-8'077.4	-3.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-53'535.7	-54'891.1	-58'030.9	-3'139.8	-5.7	-4'495.3	-8.4 ²
36 Transferaufwand	-44'724.2	-48'815.2	-48'854.9	-39.7	-0.1	-4'130.7	-9.2 ³
Betriebsaufwand	-330'771.7	-342'102.2	-347'475.1	-5'372.9	-1.6	-16'703.4	-5.0
42 Entgelte	2'560.2	2'756.6	3'265.4	508.8	18.5	705.3	27.5 ⁴
46 Transferertrag	24'788.4	25'889.8	27'367.1	1'477.3	5.7	2'578.7	10.4 ⁵
Betriebsertrag	27'348.5	28'646.4	30'632.5	1'986.1	6.9	3'284.0	12.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-303'423.2	-313'455.8	-316'842.6	-3'386.8	-1.1	-13'419.4	-4.4
Betriebsergebnis	-303'423.2	-313'455.8	-316'842.6	-3'386.8	-1.1	-13'419.4	-4.4
34 Finanzaufwand	-3.7	-0.5	-0.5	0.0	0.0	3.2	86.4
44 Finanzertrag	3.9	1.9	1.2	-0.7	-35.1	-2.7	-69.1
Finanzergebnis	0.2	1.4	0.7	-0.7	-48.1	0.5	237.4
Gesamtergebnis	-303'423.0	-313'454.4	-316'841.9	-3'387.5	-1.1	-13'418.9	-4.4
davon Funktionen:							
21 Obligatorische Schule	-274'690.3	-282'827.8	-288'328.5	-5'500.7	-1.9	-13'638.2	-5.0
22 Sonderschulen	-27'755.9	-29'617.6	-27'421.4	2'196.2	7.4	334.5	1.2
29 Übriges Bildungswesen	-976.7	-1'009.0	-1'092.0	-83.0	-8.2	-115.2	-11.8

Kommentar

- Die Mehrkosten des Anstiegs der Schüler/innen wird durch einen Rückgang der durchschnittlichen Kosten pro Unterrichtslektion kompensiert (+/- 0.8 Mio. Fr.). Der Ausbau der Tagesstrukturen hat Kostenfolgen von -1.0 Mio. Franken und bei der Schulsozialarbeit von -0.65 Mio. Franken. Bei der Schulharmonisierung hat die Erhöhung des Unterrichtslektionendachs der neuen Sekundarschule eine Erhöhung um -0.3 Mio. Franken zur Folge. Durch die Verlängerung der Primarschule und der dort höheren Pflichtlektionenzahl und tieferen Lohnklasse für Lehrpersonen ohne Besitzstand reduziert sich das Budget um 1.6 Mio. Franken. Von der Dienststelle 220 Leitung Bildung wurden Budgetmittel für Löhne und Versicherungsprämien im Umfang von -0.65 Mio. Franken in die Volksschulen verschoben. Die Musikalischen Grundkurse werden ab Sommer 2015 vom Erziehungsdepartement und nicht mehr von der Musik-Akademie geführt. Rund -1.3 Mio. Franken sind deshalb neu in Kontogruppe 30 und nicht mehr in Kontogruppe 31 budgetiert. -1.45 Mio. Franken wurden aus dem Budget verstärkte Massnahmen, Kontogruppe 36 zugunsten von Förderangeboten in der Volksschule verschoben (neu in Kontogruppe 30 budgetiert). Wegen der Verlängerung der Primarschule in Riehen und Bettingen fallen Lohnkosten im Umfang von 2.3 Mio. Franken weg. Für Unterrichtsleistungen, die von Externen (z.B. Gemeinde Riehen, Musik-Akademie) im Auftrag des Departements geleistet werden, sind 0.2 Mio. Franken vorgesehen. Neu werden diese Leistungen in Kontogruppe 31 und nicht mehr in Kontogruppe 30 verbucht. Die restlichen Erhöhungen sind auf zusätzliche integrative Angebote der verstärkten Massnahmen (-0.4 Mio. Fr., siehe auch Kommentar unter Kostenart 46), auf neue Lohnkosten von -0.15 Mio. Franken für die Unterstützung von Kindern mit verstärkten Massnahmen in den Tagesstrukturen und auf höhere Stellvertretungskosten von -0.4 Mio. Franken zurückzuführen.
- Gegenüber dem Vorjahresbudget wurden für den Ausbau der Tagesstrukturen zusätzlich -0.4 Mio. Franken ins Budget eingestellt. Für interne Mieten wegen zusätzlicher Kindergartenstandorte und dem neuen Sekundarschul-Standort Theobald Baerwart sind zusätzlich -1.3 Mio. Franken, für die Schulharmonisierung (Entwicklungsarbeiten zur Umsetzung der Schullaufbahnverordnung, externe Aufträge, Evaluation) zusätzlich -1.4 Mio. Franken vorgesehen. Die übrigen Veränderungen zum Vorjahr sind Budgetverschiebungen und heben sich insgesamt auf: a) Von der Dienststelle Leitung Bildung wurden Budgetmittel im Umfang von -2.3 Mio. Franken in die Volksschulen verschoben (v.a. Schulkolonien und Projektbudgets). b) Für Unterrichtsleistungen von Externen sind neu -0.2 Mio. Franken vorgesehen (siehe Kommentar in Kontogruppe 30). c) Die Beiträge an die Spitalschulen (UPK, UKBB) werden neu in Kontogruppe 36 und nicht mehr in Kontogruppe 31 budgetiert (1.2 Mio. Fr.). d) Für die Musikalischen Grundkurse werden 1.3 Mio. Franken neu in Kontogruppe 30 statt in Kontogruppe 31 budgetiert.
- Für den Ausbau des Tagesstrukturangebots durch externe Anbieter wurden -1.3 Mio. Franken zusätzlich budgetiert. Für die Abgeltung von Leistungen der Spielgruppen etc. für die Sprachförderung im Vorschulalter sind -0.8 Mio. Franken mehr ins Budget eingestellt. Um insgesamt 3.35 Mio. Franken reduziert wurde der Transferaufwand der Stabstelle. Zusätzliche Unterstützung, wobei 1.45 Mio. Franken zugunsten von Förderangeboten in der Volksschule (neu in Kontogruppe 30 budgetiert), 0.85 Mio. Franken in die Dienststelle Berufsbildende Schulen und 0.6 Mio. Franken in die Dienststelle Jugend, Familie und Sport verschoben wurden, 0.1 Mio. Franken wegen der Verlängerung der Primarschulen in Riehen und Bettingen wegfallen und die restlichen 0.35 Mio. Franken eine eigentliche Budgetreduktion darstellen. Schliesslich sind die Beiträge an die Spitalschulen (UPK, UKBB) neu in Kontogruppe 36 und nicht mehr in Kontogruppe 31 budgetiert (-1.2 Mio. Fr.).
- Die Elternbeiträge für Schulkolonien sind neu bei den Volksschulen budgetiert (bisher: Dienststelle Leitung Bildung).

- 5 Mehrerträge fallen wegen höheren internen Abteilungen der Stabsstelle Zusätzliche Unterstützung für integrative staatliche Angebote an (0.4 Mio. Fr., siehe auch Kommentar unter Kostenart 30). Die Stabsstelle Zusätzliche Unterstützung bezahlt den Volksschulen zudem einen Teil der Kosten für die Entlastungen der Kooperation der integrativen Förderung (0.3 Mio. Fr.). Schliesslich wird mit Mehrerträgen für verrechnete Leistungen an die Gemeindeschulen Riehen/Bettingen gerechnet (0.7 Mio. Fr., v.a. für den zusätzlichen Schulraum aufgrund der Verlängerung der Primarschule).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Prognose 2014	Prognose 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	1'473.5	1'500.7	1'547.6	1'583.0	1'664.7 ¹
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	12'741	12'955	12'785	12'939	13'034 ²
Anteil fremdsprachiger Kinder (per 1. Sept.)	%	53.5	54.3	54.5	54.0	55.0 ³
Unterrichtslektionen	Anz	29'728	30'209	30'333	30'678	31'594 ⁴
Anteil Schüler/-innen in separativem Angebot	%	6.5	6.0	6.3	5.7	4.7 ⁵
Kinder mit verstärkten Massnahmen (integrative+separative)	Anz	761	741	680	763	726 ⁶
Übertrittsquote OS in den WBS A-Zug	%	25.3	26.9	26.0	26.0	25.0 ⁷
Übertrittsquote OS in den WBS E-Zug	%	35.5	32.9	34.5	35.0	36.0 ⁸
Übertrittsquote OS ins Gymnasium	%	37.0	37.1	37.9	38.0	37.0 ⁹
Übertrittsquote WBS in die berufliche Grundbildung	%	22.7	19.3	28.8	19.0	30.0 ¹⁰
Übertrittsquote WBS in eine weiterführende Schule	%	21.1	21.4	10.3	21.0	10.0 ¹¹
Übertrittsquote WBS in ein Brückenangebot	%	49.6	52.7	50.4	53.0	50.0
Anteil Abgänger/-innen WBS ohne Anschlusslösung (per 30.6.)	%	1.0	0.6	0.8	1.0	1.0 ¹²
Anteil Schülerinnen und Schüler, die Tagesstrukturen nutzen	%	15.0	16.9	20.0	23.0	27.0 ¹³
Klient/innen Schulpsycholog. Dienst	Anz	2'147	1'839	1'545	2'000	1'700 ¹⁴
Klient/innen Schulsozialarbeit (SSA)	Anz	2'027	2'054	1'867	2'100	2'900 ¹⁵

Kommentar

- Die laufende Erhöhung der Vollzeitstellen ist teilweise auf die Verschiebung des Schulpsychologischen Dienstes und der Schulsozialarbeit (2013 zu 2014), der Logopädie (2012 zu 2013) resp. der Tagesstrukturen (inkl. Tagesschulen) und der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung (2011 zu 2012) von der Dienststelle Leitung Bildung in die Volksschulen zurückzuführen. Durch den laufenden Ausbau der Tagesstrukturen und der Schulsozialarbeit sowie die steigenden Schülerzahlen fanden und finden im Budgetjahr weitere Plafonderhöhungen statt. Zudem werden die Musikgrundkurs-Lehrpersonen ab Sommer 2015 neu von den Schulen angestellt (bisher: Musik-Akademie).
- Umfasst Schülerinnen und Schüler der Primarstufe (exkl. Kinder aus Riehen und Bettingen), der Orientierungsschule, der Weiterbildungsschule, der Sonderschulen und ab 2015 der Sekundarschule. Per Schuljahr 2013/14 dauert die Primarschule ein Jahr länger, per 2014/15 zwei Jahre länger (Schulharmonisierung). Die PrimarschülerInnen aus Riehen/Bettingen besuchen im 5. und 6. Schuljahr neu die Primarschule anstelle der Orientierungsschule (betrifft pro Jahrgang rund 200 Schüler/-innen) und tauchen in dieser Kennzahl daher nicht auf. Diese Abnahme wird durch den Anstieg der Basler Schüler/-innen aus demographischen Gründen und wegen der Verschiebung des Einschulungszeitpunkts kompensiert.
- Zu den „fremdsprachigen Kindern“ werden alle Kinder gezählt, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.
- Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Prognose-Wert 2015 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2015/2016 aufgeführt). Ab Prognose 2015 (Schuljahr 2015/16) werden auch die rund 580 Lektionen der Musikalischen Grundkurse mitgezählt (bisher Musik-Akademie). Die restliche Erhöhung erklärt sich durch den prognostizierten Anstieg der Schülerzahl.
- Gleich Aussonderungsquote. Diese Kenngrösse setzt sich zusammen aus allen Schülern/-innen in Spezialangeboten, in heilpädagogischen Sonderschulen (inner- und ausserkantonale), in Heimschulen (inner- und ausserkantonale), in Fremdsprachklassen sowie in Einführungs- und Kleinklassen. Der Rückgang in der Prognose 2015 ist u.a. auf die Schliessung der Einführungsklassen und den Abbau der Fremdsprachklassen zurückzuführen.
- Inklusive Schülerinnen und Schüler in Spezialangeboten und in Privatschulen. Umfasst auch Primarschüler/-innen aus Riehen und Bettingen.
- Bei diesen Kennzahlen wurden die Resultate der Aufnahmeprüfungen WBS/Gym. berücksichtigt. Die Summe der Übertritte an die Weiterbildungsschule WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind u.a. Übertritte in ein Spezialangebot oder Wegzug.
- Siehe Fussnote 7.
- Siehe Fussnote 7.
- Diese Kennzahl wurde per Jahresbericht 2013 neu definiert: Neu wird die Wirtschaftsmittelschule zur berufl. Grundbildung gezählt (vorher weiterführende Schulen). Dies erklärt einen Teil des Anstiegs 2013. Dank dem neuen Triageverfahren entschieden sich 2013 zusätzlich deutlich mehr Schülerinnen und Schüler für die berufliche Grundbildung.

- 11 Neudefinition der Kennzahl per Jahresbericht 2013: Die Wirtschaftsmittelschule wird neu nicht mehr zu den weiterführenden Schulen gezählt, sondern zur beruflichen Grundbildung. Dies erklärt die Abnahme in den Jahren ab 2013.
- 12 Inkl. WBS Spezialangebote und Fremdsprachklassen.
- 13 Die Kennzahl bezieht sich auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler des Kindergartens (KG), der Primarschule (PS) und der Orientierungsschule (OS), jedoch ohne die Schüler/-innen in Spezialangeboten. Sie umfasst jene Schülerinnen und Schüler, welche unterrichtsergänzende Tagesstrukturen (Mittagstische, Tagesschulen) in Anspruch nehmen.
- 14 Neudefinition der Fallstatistik per Jahresbericht 2012.
- 15 Im kommenden Jahr werden innerhalb der Fachstelle SSA umfangreiche strukturelle Veränderungen und Anpassungen durch die Anstellung von mehreren neuen Mitarbeitenden stattfinden. Durch die zudem parallel stattfindenden Veränderungen innerhalb der Schulstruktur (Umstellung auf das Modell 6/3), der Ausweitung der Dienstleistungen an weitere Schulstandorte der Primarstufe sowie der P-Züge der Sekundarstufe wird der Prognosewert für die Kennzahl Klient/innen SSA ohne vorliegende Erfahrungswerte an diesen Schulstandorten festgelegt.

Sprachförderung Durch Intensivierung der Sprachförderung in der Volksschule werden die Bildungs- und Berufschancen aller Schülerinnen und Schüler verbessert – vorab jene von Kindern aus fremdsprachigen und bildungsfernen Familien. Im Hinblick auf die neue Struktur und die Umsetzung des Sonderpädagogikkonkordats wird der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) intensiviert und neu gegliedert. Dazu kommt zusätzlich die Verbesserung der Deutschkenntnisse vor dem Kindergarten durch den quantitativen und qualitativen Ausbau des Angebots an privaten Spielgruppen mit integrierter Sprachförderung. Seit Sommer 2013 ist die Frühförderung Deutsch für Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen ein Jahr vor dem Kindergarten obligatorisch. Die Verlegung und Neuausrichtung des Unterrichts in den Fremdsprachen geht der Kanton im Projekt Passepartout zusammen mit den fünf Partnerkantonen an der Sprachgrenze zur Romandie an. Der Französischunterricht beginnt neu im 5. Schuljahr (3. Klasse der Primarschule), der Englischunterricht im 7. Schuljahr (5. Klasse der Primarschule).

Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler Im Dienste der Kinder und der Familien übernimmt die Schule neben dem Bildungs- und Erziehungsauftrag vermehrt auch einen Betreuungsauftrag. Sie bietet Tagesstrukturen an, die nach pädagogischen Grundsätzen gestaltet sind. Die Eltern entscheiden, ob und in welchem Umfang sie das kostenpflichtige Angebot in Anspruch nehmen. Der weitere Ausbau erfolgt entsprechend dem Bedarf und den verfügbaren Ressourcen. Die Mittel für den geplanten Raumbau sind in einem Sammelratschlag bewilligt worden. Eine moderate Anhebung der Elternbeiträge wird vorbereitet.

Sonderpädagogik wird Teil der Volksschule Seit 2011 wird die Sonderpädagogik schrittweise in die Volksschule integriert, die damit zur Schule für alle wird. Wenn immer möglich besuchen Lernende mit und ohne besonderen Bildungsbedarf die gleichen Regelklassen. Alle Regelschulstandorte organisieren ihre Förderangebote, zu denen seit Sommer 2012 auch die Logopädie gehört. Auf Antrag der Schulleitung entscheidet die Volksschulleitung, welche Lernenden mit besonderem Bildungsbedarf zusätzliche Ressourcen erhalten und ob die Schulung in der Regelklasse oder in einer Sonderschule erfolgt. Die Einführungsklassen werden schrittweise aufgelöst, die Ressourcen stehen für Förderangebote zur Verfügung. Die Umsetzung der integrativen Schule stützt sich auf das Konkordat Sonderpädagogik, die Schulgesetzrevision und die entsprechende Verordnung. Die Verlagerung von der Separation zur Integration erfolgt moderat und über eine längere Zeitdauer.

Schulentwicklungsprojekte Gute Schulen sind immer auch lernende Organisationen. Im Rahmen der allgemeinen Vorgaben und der Ziele der Volksschulleitung kann jede Schule im Hinblick auf die bestmögliche Erfüllung des gesetzlichen Auftrags Teilautonomie in Anspruch nehmen und die dafür erhaltenen Ressourcen nach eigenen Vorstellungen einsetzen. Neben dieser allgemeinen Schulentwicklung gibt es wenige, genau definierte und befristete Projekte, die für die Entwicklung der Volksschule insgesamt von Bedeutung sind. Zur Durchführung dieser Schulentwicklungsprojekte schliessen innovationswillige Schulen mit der Volksschulleitung eine Vereinbarung. Sie erhalten Unterstützung und befristete Mittel. Sie verpflichten sich, den Prozess detailliert zu dokumentieren und andere Schulen bei der Übernahme ihrer Produkte zu unterstützen. Eine spezielle Gruppe unter diesen Projekten sind die Bildungslandschaften, die zusammen mit der Jacobs-Stiftung begleitet und finanziert werden. Trotz der laufenden Strukturreformen ist die Innovationsbereitschaft der Schulen grösser als je. Bisher wurden von den Schulen 14 Anträge gestellt.

Schulsozialarbeit (SSA) Vorbereitungsarbeiten zum Aufbau von Schulsozialarbeit an allen zehn Standorten der neuen Sekundarschule werden geleistet. Für den weiteren schrittweisen Ausbau an den Primarschulstandorten wurden im Budget 2015 neu 190 Stellenprocente eingestellt.

Mittelschulen

ED-240

Diese Dienststelle umfasst das Gymnasium Bäumlhof, das Gymnasium Kirschgarten, das Gymnasium Leonhard, das Gymnasium am Münsterplatz, das Wirtschaftsgymnasium und die Fachmaturitätsschule. Die Maturitätsschule für Berufstätige und der Passerellelehrgang von der Berufsmaturität zum allgemeinen Hochschulzugang sind seit August 2011 als Abteilung ins Gymnasium Kirschgarten integriert.

Die Gymnasien führen ihre Schülerinnen und Schüler in einem vorerst noch fünfjährigen Bildungsgang nach den Vorgaben der Eidgenössischen Maturitäts-Anerkennungsverordnung MAV (früher MAR) zur Maturität und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst die obligatorischen Grundlagenfächer und einen breiten Wahlbereich, der nicht an allen Standorten gleich ist.

Die Fachmaturitätsschule schliesst an die obligatorische Schulzeit an und bereitet in sechs Fachrichtungen in einem drei- bis vierjährigen Bildungsgang auf ein Studium an einer Höheren Fachschule oder an einer Fachhochschule vor.

Die Maturitätskurse für Berufstätige ermöglichen Erwachsenen, in einem 3 1/2-jährigen Kurs die Berechtigung für das Studium einzelner Fachrichtungen an der Universität Basel zu erlangen.

Den Passerellelehrgang können Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätszeugnisses besuchen. In einem einjährigen Kurs erwerben sie die Zulassung zu den universitären Hochschulen.

Tätigkeiten und Projekte

Bildungsraum Nordwestschweiz Die Entwicklung der Gymnasien und der Fachmaturitätsschule FMS wird kantonsübergreifend koordiniert mit dem Ziel, die Qualität der Bildung zu verbessern und von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Das im Projekt Mittelschulen beschlossene Konzept zum gemeinsamen Prüfen an den Gymnasien wird ab Schuljahr 2014/15 umgesetzt; die Einführung der Freizügigkeit bei der Wahl des Gymnasiums bzw. der FMS ist um ein Jahr verschoben worden und wird nun per August 2015 in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft realisiert.

Schulharmonisierung - Teilprojekt Gymnasium Die grösste Herausforderung der Gymnasien besteht in der Bewältigung der Umstellung von fünf auf vier Jahre. Während vier Jahren (Schuljahre 2014/15 bis 2017/18) werden die Schülerinnen und Schüler der zweiten Klassen in den normalen vierjährigen oder den beschleunigten dreijährigen Zug aufgeteilt. Gleichzeitig implementieren die Mittelschulen neue Angebote: Am Wirtschaftsgymnasium wird im Schuljahr 2014/15 erstmals das Schwerpunktfach Philosophie, Pädagogik und Psychologie (PPP) geführt, am Gymnasium Münsterplatz Englisch in Verbindung mit IB, am Gymnasium Bäumlhof wird IB eingeführt und am Gymnasium Leonhard startet das vierjährige Pilotprojekt LeO2 (Klassen mit neuer Zeitstruktur). An der FMS werden jährliche Standortgespräche eingeführt, bei welchen jeweils die Laufbahnplanung (Berufswahl) der Schülerinnen und Schüler im Zentrum steht. Neu können Schülerinnen und Schüler mit einer Teilleistungsstörung auch von einem FMS-internen Förderangebot profitieren.

Schulhausumbauten und Sanierungen An allen allgemeinbildenden weiterführenden Schulen sind grössere Bauvorhaben im Gang. Dabei handelt es sich um Umbauten im Rahmen der Schulharmonisierung, im Falle der Gymnasien Bäumlhof und Kirschgarten aber auch um Totalsanierungen zur Werterhaltung der Gebäude. In diesen beiden Schulen findet der Unterricht während der nächsten zwei bis vier Jahren ganz oder teilweise in temporären Schulbauten statt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-71'316.1	-68'989.3	-71'978.1	-2'988.8	-4.3	-661.9	-0.9 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'525.2	-11'391.1	-11'145.9	245.2	2.2	379.2	3.3
36 Transferaufwand	-67.5	-96.6	-89.8	6.7	7.0	-22.3	-33.0
Betriebsaufwand	-82'908.9	-80'477.0	-83'213.8	-2'736.8	-3.4	-305.0	-0.4
42 Entgelte	1'043.9	1'058.2	1'077.4	19.3	1.8	33.6	3.2
46 Transferertrag	768.1	756.0	780.0	24.0	3.2	11.9	1.5
Betriebsertrag	1'812.0	1'814.2	1'857.4	43.3	2.4	45.5	2.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-81'096.9	-78'662.8	-81'356.4	-2'693.6	-3.4	-259.5	-0.3
Betriebsergebnis	-81'096.9	-78'662.8	-81'356.4	-2'693.6	-3.4	-259.5	-0.3
34 Finanzaufwand	-0.8	-0.7	-0.6	0.1	12.2	0.2	20.6
44 Finanzertrag	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	-100.0
Finanzergebnis	-0.4	-0.7	-0.6	0.1	12.2	-0.2	-57.6
Gesamtergebnis	-81'097.3	-78'663.6	-81'357.1	-2'693.5	-3.4	-259.7	-0.3
davon Funktionen:							
21 Obligatorische Schule	-26'878.4	-26'133.4	-27'196.9	-1'063.6	-4.1	-318.5	-1.2
25 Allgemeinbildende Schulen	-53'663.1	-51'971.8	-53'642.2	-1'670.5	-3.2	20.8	0.0
29 Übriges Bildungswesen	-555.8	-558.4	-517.9	40.6	7.3	37.9	6.8

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand setzt sich zusammen aus mehr prognostizierten Schüler/innen (-0.35 Mio. Fr.) und höheren budgetierten Lektionenkosten (-2.1 Mio. Fr.). Zudem steigen die Kosten auch aufgrund der Übergangslösung bei den Gymnasien durch die Schulharmonisierung (Parallelführung von normalen und beschleunigten Klassen, -0.55 Mio. Fr.).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	406.0	404.3	396.9	402.3	409
Schüler/-innen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	3'543	3'539	3'521	3'483	3'518 ¹
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	27.5	27.5	28.0	28.0	29.0 ²
Unterrichtslektionen	Anz	6'979	6'919	6'902	6'822	6'986 ³
Erworbene Abschlüsse	Anz	798	750	768	770	850 ⁴
Gymnasiale Maturitätsquote	%	29.3	28.4		30.0	30.0 ⁵

Kommentar

- 1 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Die Schüler/-innen der Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) und Passerelle sind nicht berücksichtigt.
- 2 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Absolvent/-innen der MfB und Passerelle sind nicht berücksichtigt.
- 3 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Prognose-Wert 2015 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2015/2016 aufgeführt).
- 4 Aufgrund hoher Schülerzahlen im entsprechenden Semester der Gymnasien wird für 2015 mit einem deutlichen Anstieg bei den Abschlüssen gerechnet.
- 5 Die gymnasiale Maturitätsquote entspricht dem Anteil der Personen, die ein gymnasiales Maturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 19-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung des Kantons Basel-Stadt (=Durchschnittsalter der Maturand/-innen).

Berufsbildende Schulen

ED-245

Diese Dienststelle umfasst das Zentrum für Brückenangebote (ZBA), die Allgemeine Gewerbeschule (AGS), die Schule für Gestaltung (SfG), die Berufsfachschule Basel (BFS), die Wirtschaftsmittelschule (WMS) und das Bildungszentrum Gesundheit (BZG).

Das ZBA bietet Jugendlichen, die die obligatorische Schulzeit absolviert und den direkten Sprung in eine Berufslehre oder in eine weiterführende Schule nicht geschafft haben, differenzierte Anschlusslösungen an. Die Berufsfachschulen (AGS, SfG, BFS) vermitteln die schulische Bildung sowohl in der beruflichen Vorbildung als auch in der beruflichen Grundbildung (Abschluss mit dem eidgenössischen Berufsattest (EBA), dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und der Zusatzqualifikation mit Berufsmaturität). Im Weiteren leisten sie in der allgemeinen und berufsorientierten Weiterbildung sowie in der höheren Berufsbildung einen Beitrag zur Förderung und Sicherung des beruflichen Nachwuchses sowie zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt.

Die Wirtschaftsmittelschule, die unter dem gleichen Dach wie das Wirtschaftsgymnasium geführt wird, gliedert sich in die eigentliche Wirtschaftsmittelschule (WMS) und die Informatikmittelschule (IMS). Beide Schulen führen zu einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und zur kaufmännischen Berufsmaturität.

Das BZG ist eine Höhere Fachschule (HF) und bildet auf der Tertiärstufe B als regionales Zentrum Studierende in nicht-akademischen Gesundheitsberufen aus. In Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule bietet das BZG zusätzlich fünfzig Studienplätze für Physiotherapie auf dem Niveau einer Fachhochschule (Tertiär A) an.

Tätigkeiten und Projekte

Berufliche Vor- und Grundbildung Ab dem Schuljahr 2015/16 werden im Kanton Basel-Stadt alle neuen Bildungsverordnungen für die drei- und vierjährigen beruflichen Grundbildungen eingeführt sein. Somit ist auch in diesem Bereich die Einführung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes vollzogen. Zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft wird ein Konzept zur bikantonalen Weiterentwicklung der Brückenangebote erarbeitet, welches ab dem Schuljahr 2018/19 umgesetzt werden soll.

Berufsmaturität Alle Bildungsgänge der Berufsmaturität werden ab dem Schuljahr 2015/16 einlaufend nach dem neuen eidgenössischen Rahmlehrplan unterrichtet. In den Fächern mit schriftlicher Schlussprüfung entwickeln die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsame Fachlehrpläne und einheitliche Schlussprüfungen. Die Lernenden der WMS absolvieren ihr erstes Praxisjahr nach drei Jahren schulischer Ausbildung und werden diese neue Ausbildungsform der Berufsmaturität im Sommer 2015 abschliessen.

Höhere Berufs- und Weiterbildung Die BFS Basel wird ab dem Schuljahr 2015/16 einen Bildungsgang HF Kindererziehung für Studierende ohne einschlägige Vorbildung in acht Semestern anbieten. Das Bildungszentrum für Gesundheit (BZG) plant für 2015 eine Reorganisation seiner Führungsstruktur, um die Überführung der Organisation vom Projekt zum Regelbetrieb abzuschliessen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-93'928.0	-90'829.0	-93'443.6	-2'614.6	-2.9	484.4	0.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-22'555.8	-22'726.4	-23'103.2	-376.7	-1.7	-547.3	-2.4
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-209.4	-240.0	-240.0	0.0	0.0	-30.6	-14.6
36 Transferaufwand	-16'576.4	-16'975.6	-17'278.6	-303.0	-1.8	-702.2	-4.2
Betriebsaufwand	-133'269.6	-130'771.1	-134'065.4	-3'294.3	-2.5	-795.8	-0.6
42 Entgelte	6'889.6	6'578.3	6'624.9	46.6	0.7	-264.6	-3.8
46 Transferertrag	27'657.4	25'733.7	25'018.1	-715.6	-2.8	-2'639.3	-9.5 ²
Betriebsertrag	34'547.0	32'312.0	31'643.0	-669.0	-2.1	-2'904.0	-8.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-98'722.6	-98'459.1	-102'422.4	-3'963.3	-4.0	-3'699.7	-3.7
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-225.6	-225.6	0.0	225.6	100.0	225.6	100.0
Abschreibungen	-225.6	-225.6	0.0	225.6	100.0	225.6	100.0
Betriebsergebnis	-98'948.2	-98'684.7	-102'422.4	-3'737.7	-3.8	-3'474.1	-3.5
34 Finanzaufwand	-1.2	-1.4	-1.3	0.0	2.3	-0.2	-15.1
44 Finanzertrag	64.4	14.4	14.2	-0.2	-1.5	-50.2	-77.9
Finanzergebnis	63.2	13.1	12.9	-0.2	-1.4	-50.3	-79.6
Gesamtergebnis	-98'885.0	-98'671.6	-102'409.5	-3'737.9	-3.8	-3'524.5	-3.6
davon Funktionen:							
22 Sonderschulen	0.0	0.0	-850.0	-850.0	0.0	-850.0	0.0
23 Berufliche Grundbildung	-82'729.1	-82'814.0	-85'669.6	-2'855.6	-3.4	-2'940.5	-3.6
26 Höhere Berufsbildung	-11'507.7	-11'123.0	-11'107.7	15.3	0.1	400.0	3.5
29 Übriges Bildungswesen	-4'648.2	-4'734.7	-4'782.2	-47.5	-1.0	-134.0	-2.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-548.4	-225.0	-225.0	0.0	0.0	323.4	59.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	247.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-247.9	-100.0
Nettoinvestitionen	-300.5	-225.0	-225.0	0.0	0.0	75.5	75.5
Saldo Investitionsrechnung	-300.5	-225.0	-225.0	0.0	0.0	75.5	25.1

Kommentar

- Der Mehraufwand setzt sich zusammen aus mehr prognostizierten Schülern/innen (-1.9 Mio. Fr.) und aus höheren Lektionskosten (-0.35 Mio. Fr.). Zudem werden bei drei berufsbildenden Schulen in der Leitung und Verwaltung neue Stellen geschaffen (-0.35 Mio. Fr.).
- Die Mindereinnahmen erklären sich einerseits durch den Wegfall der internen Verrechnung beim Zentrum für Brückenangebote mit der Stabsstelle Zusätzliche Unterstützung (Dienststelle 230 Volksschulen, Kontogruppe 36) für die Angebote der verstärkten Massnahmen (-0.9 Mio. Fr.). Zudem werden mehr ausserkantonale Studierende erwartet (+0.2 Mio. Fr.).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	526.1	540.7	536.0	533.1	543
Schüler/-innen ZBA (per 1. Sept.)	Anz	771	760	844	769	828 ¹
Lernende berufliche Vorbildung an Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	305	292	312	280	292 ²
Lernende berufliche Grundbildung (1.9.)	Anz	4'330	4'315	4'311	4'306	4'343
Lernende Wirtschaftsmittelschule	Anz	424	405	410	386	420
Studierende Tertiärstufe Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	315	962	950	866	907 ³
Unterrichtslektionen	Anz	8'454	9'243	9'621	9'216	9'550 ⁴
Erworbene Abschlüsse WMS	Anz	80	73	82	85	85 ⁵
Berufsmaturitätsquote	%	8.0	8.8		8.5	9.0 ⁶
Übertrittsquote ZBA in Lehre, Praktikum oder weiterf. Schule	%	73.3	68.6	61.9	70.0	63.0

Kommentar

- 1 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.
- 2 Inkl. Schüler/-innen der Vorkurse SfG.
- 3 Ab Ist-Wert 2012 neu inkl. Studierende des BZG.
- 4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2015 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2015/2016 aufgeführt). Ab 2012 inkl. BZG.
- 5 Nur WMS-Abschlüsse (exkl. IMS, VS).
- 6 Die kantonale Berufsmaturitätsquote entspricht dem Anteil Personen, die ein Berufsmaturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 21-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung des Kantons Basel-Stadt (=Durchschnittsalter der BerufsmaturandInnen). Bei Redaktionsschluss lag der Ist-Wert 2013 des Bundesamtes für Statistik noch nicht vor.

Leitung Mittelschulen und Berufsbildung

ED-265

Die Dienststelle Leitung Mittelschulen und Berufsbildung (MB) koordiniert den Geschäftsbereich und trägt die Gesamtverantwortung für dessen Leistungserbringung. Sie umfasst den Stab MB, die Berufsberatung, die Erwachsenenbildung, die Lehraufsicht und das Case Management Berufsbildung Gap.

Der Stab MB erbringt die Stabsleistungen für den Geschäftsbereich. Dazu zählen die Politikvorbereitung, die Betreuung der Schulabkommen, die Verwaltung der Anmeldungen fürs Gymnasium, die Bildungsplanung und die Bildungsstatistik.

Die Berufsberatung, die Erwachsenenbildung und die Lehraufsicht erbringen aufgrund der Berufsbildungsgesetze von Bund und Kanton sowie des kantonalen Integrationsgesetzes folgende Leistungen: Berufsinformation; Berufs- und Laufbahnberatung; Mentoring für Lehrstellensuchende; Aufsicht über die Berufslehren; Lehrstellenförderung; berufspädagogische Kurse für Ausbildungsverantwortliche der Lehrbetriebe; Förderung des Sprachkursangebots für die Migrationsbevölkerung; Betreuung der diversen Subventionsverhältnisse und Leistungsvereinbarungen.

Gap Case Management Berufsbildung unterstützt Jugendliche in schwierigen Situationen beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

Tätigkeiten und Projekte

Triageverfahren Das Triageverfahren für Jugendliche ohne Anschlusslösung an der Schnittstelle von Sek I und Berufsbildung soll nach der zweijährigen Projektphase in die Regelstruktur überführt und auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Die Berufsberatung übernimmt weiterhin die Koordination des Verfahrens und die Leitung der Triagekonferenz.

Förderung der Weiterbildung In Vorbereitung auf die anstehende Umsetzung des neuen Weiterbildungsgesetzes des Bundes werden 2015 die nötigen Grundlagen und Strukturen für die kantonale Förderung der nicht-formalen Weiterbildung erstellt.

Integrationsförderung Die Zugänglichkeit der Angebote, insbesondere für bildungsferne Zielgruppen, wird verbessert.

Lehraufsicht In 66 bikantonalen Gruppen werden Themen zur Einführung von neuen Bildungsverordnungen und zur Qualitätssicherung aufgearbeitet und Massnahmen eingeleitet. Unterstützung und Nachteilsausgleich für Menschen mit einer Behinderung wird Entwicklungsschwerpunkt.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-4'456.9	-4'737.3	-6'945.2	-2'207.9	-46.6	-2'488.3	-55.8	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'158.4	-1'221.4	-2'221.3	-999.9	-81.9	-1'062.9	-91.8	²
36 Transferaufwand	-21'825.0	-21'843.5	-25'550.5	-3'707.0	-17.0	-3'725.5	-17.1	³
Betriebsaufwand	-27'440.3	-27'802.2	-34'717.0	-6'914.8	-24.9	-7'276.7	-26.5	
42 Entgelte	277.8	229.9	741.9	512.0	222.7	464.1	167.1	⁴
46 Transferertrag	428.8	420.0	34'787.3	34'367.3	...	34'358.5	...	⁵
Betriebsertrag	706.6	649.9	35'529.2	34'879.3	...	34'822.7	...	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-26'733.8	-27'152.3	812.2	27'964.5	103.0	27'546.0	103.0	⁶
Betriebsergebnis	-26'733.8	-27'152.3	812.2	27'964.5	103.0	27'546.0	103.0	
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	0.0	-0.0	-19.7	
Finanzergebnis	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	0.0	-0.0	-19.7	
Gesamtergebnis	-26'733.9	-27'152.5	812.0	27'964.5	103.0	27'545.9	103.0	
davon Funktionen:								
21 Obligatorische Schule	0.0	0.0	3'152.4	3'152.4	0.0	3'152.4	0.0	
23 Berufliche Grundbildung	-21'826.2	-22'261.7	-3'041.9	19'219.7	86.3	18'784.3	86.1	
25 Allgemeinbildende Schulen	0.0	0.0	7'355.6	7'355.6	0.0	7'355.6	0.0	
29 Übriges Bildungswesen	-4'907.7	-4'890.8	-6'654.0	-1'763.2	-36.1	-1'746.3	-35.6	

Kommentar

- 1 Die Erhöhung ist auf kostenneutrale Transfers (Auflösung Dienststelle 220 Leitung Bildung: Stellenverschiebungen Bildungscoordination und GAP Case Management) wegen der Reorganisation im Bildungsbereich zurückzuführen.
- 2 Von den Mehrkosten entfallen rund 0.8 Mio. Franken auf kostenneutrale Transfers (Auflösung Dienststelle 220 Leitung Bildung). Weiter steigen die Ausgaben für die Berufsberatung, Lehraufsicht und für das Projekt Enter um 0.2 Mio. Franken an.
- 3 Ab Budget 2015 werden die Abgeltungen von 3.5 Mio. Franken für den ausserkantonalen Schulbesuch (Auflösung Dienststelle 220) hier geführt. Der Rest betrifft Anpassungen bei den überbetrieblichen Kursen und Lehrabschlussprüfungen.
- 4 Die Mehreinnahmen betreffen hauptsächlich Budgettransfers.
- 5 Auf die Übertragung (ex. DST 220) der Positionen Schulabkommen (13.3), Krisenfondsgelder für Case Management (1.2) und Bundessubventionen Berufsbildung (19.2) entfallen insgesamt 33.7 Mio. Franken. Zudem steigen die Einnahmen aus den Schulabkommen und die Bundesbeiträge Berufsbildung um 0.5 Mio. Franken an. Der Rest betrifft das Projekt Enter.
- 6 Als Folge der Auflösung der Dienststelle 220 wurden u.a. auch gewichtige Einnahmenpositionen verschoben, was zu einer Reduktion des Betriebsergebnisses von 27.65 Mio. Franken führt. Zudem erhöhen sich die transferierten Einnahmenpositionen gegenüber dem Budgetvorjahr um rund 0.5 Mio. Franken. Es verbleiben effektive Mehrausgaben von 0.2 Mio. Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	26.1	27.3	28.1	29.2	45.3 ¹
Berufs- und Laufbahnberatungen (Jugendliche und Erwachsene)	Anz	2'401	2'352	2'126	2'100	2'000 ²
Lehrstellen	Anz	5'402	5'373	5'390	5'200	5'200
Erfolgreiche Lehrabschlüsse (EFZ, EBA)	Anz	1'722	1'812	1'713	1'800	1'800 ³
Teilnehmende an Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten	Anz	2'653	2'693	2'742	1'400	1'700 ⁴
Durchschnittliche Wartezeit Berufsberatung	Tg		17	16	15	14 ⁵
Aktive Fälle Case Management Berufsbildung	Anz	844	863	1'075	900	1'080 ⁶

Kommentar

- 1 Die Erhöhung per 2015 geht vollumfänglich auf die Stellenverschiebungen infolge Auflösung der Dienststelle 220 zurück.
- 2 Erste Gespräche > 30 Minuten. Folgende Faktoren sind für den Rückgang verantwortlich: Es sind mehr Informationen elektronisch verfügbar. Es finden mehr Kurzberatungen, mehr Online-Beratungen, mehr Klassenbesprechungen statt.
- 3 Eidgenössische Fähigkeitszeugnisse (EFZ) und Berufsatteste (EBA).
- 4 Durch die Umstellung auf Subjektfinanzierung werden ab 2014 nur noch privatzahlende Teilnehmende (TN) mit Wohnsitz Basel-Stadt gezählt. Bis anhin erfassten Kursveranstalter auch die durch AWA und Sozialhilfe zugewiesenen TN sowie die rund 330 Ausserkantonalen. Zudem fallen zwei Angebote nicht mehr in den Förderbereich der Fachstelle ("Ich lerne Deutsch fürs Kind" mit ca. 400 Personen und der „Verein beraber“).
- 5 Die Zahl für 2011 konnte wegen der Systemumstellung auf JCS nicht eruiert werden.
- 6 Neudefinition der Kennzahl per Budgetbericht 2014 (rückwirkend): Neu werden die bearbeiteten Fälle aufgelistet anstatt der Klientinnen und Klienten.

Hochschulen

ED-271

Der Bereich Hochschulen leitet und koordiniert das Hochschulwesen des Kantons. Für die rechtlich eigenständigen Hochschulen (Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW) und für weitere subventionierte Institutionen wie die Musik-Akademie der Stadt Basel, das Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH) und die Volkshochschule beider Basel nimmt er Koordinationsaufgaben wahr und formuliert zuhanden des Regierungsrats die politische Strategie. Das Amt für Ausbildungsbeiträge gewährt aufgrund des Gesetzes bei Bedürftigkeit Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien oder Darlehen an Kantonsangehörige für deren Aus- und Weiterbildung. Seit dem 1. Januar 2014 gehört das Pädagogische Zentrum PZ.BS zum Bereich Hochschulen. Es umfasst die Leistungsbereiche Unterricht, Weiterbildung, Schulentwicklung und Medien.

Tätigkeiten und Projekte

Nach wie vor steht das Projektieren und Ausführen der Neubauten für die Universität, das Swiss TPH und für die FHNW im Vordergrund. Sodann ist nach einer Phase starker Expansion die Finanzierung des Swiss TPH auf eine solidere Grundlage zu stellen. Das PZ.BS wird seine Expertise bei der Umsetzung der Schulreform einbringen.

Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen an Fachhochschulen

Das Reportingkonzept für die FHNW gewährleistet eine jährliche separate Orientierung der Parlamente der vier Trägerkantone. Einen Überblick über die Leistungsperiode 2015 bis 2017 inkl. Finanzierung der Infrastrukturprojekte kann dem entsprechenden Leistungsauftrag und dem Begleitbericht entnommen werden, die nach den Verhandlungen der Regierungen der Trägerkantone nun an die Parlamente überwiesen worden sind.

Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen

Auch für die Universität besteht gemäss Staatsvertrag ein Reportingkonzept, das die Parlamente der Trägerkantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt laufend und eingehend über die Entwicklung der Universität orientiert. Wie im vergangenen Jahr sollen die baulichen Grossprojekte für die Universität zusammen mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft weiter vorangetrieben werden. Im Jahr 2014 hat der Bau des Life-Science-Laborgebäudes auf dem Schällemätteli begonnen. Der Bezug des neuen Gebäudes soll im Frühjahr 2018 erfolgen. Die zeitgemässen und örtlich zusammengefassten Infrastrukturen werden die Universität in ihrer hochklassigen Forschungszusammenarbeit mit der ETH Zürich und weiteren Forschungsinstitutionen – auch der forschenden Industrie – unterstützen. Die grossen Investitionen der beiden Trägerkantone für ihre Universität stärken somit die gesamte Wirtschaftsregion nachhaltig.

Ausbildungsbeiträge

Die neue Berechnungsmethode für Ausbildungsbeiträge ist erfolgreich eingeführt worden. Sie ist transparenter und verständlicher als die bisherige Methode und erleichtert die Vergleichbarkeit mit anderen Kantonen. Auf nationaler Ebene steht nun die Umsetzung des Stipendienkonkordats an, das massgeblich auf die Basler Initiative zurückzuführen ist.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'215.1	-10'366.9	-10'475.6	-108.7	-1.0	-9'260.5	-762.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-463.0	-6'224.5	-6'486.5	-261.9	-4.2	-6'023.5	... ²
36 Transferaufwand	-225'871.3	-237'647.5	-250'601.6	-12'954.1	-5.5	-24'730.3	-10.9 ³
Betriebsaufwand	-227'549.4	-254'238.9	-267'563.6	-13'324.8	-5.2	-40'014.3	-17.6
42 Entgelte	72.4	357.0	511.0	154.0	43.1	438.6	606.0 ⁴
46 Transferertrag	588.0	1'634.5	1'418.5	-216.0	-13.2	830.5	141.2 ⁵
Betriebsertrag	660.4	1'991.5	1'929.5	-62.0	-3.1	1'269.1	192.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-226'889.0	-252'247.4	-265'634.1	-13'386.8	-5.3	-38'745.1	-17.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-9.7	-737.1	-1'108.0	-371.0	-50.3	-1'098.3	... ⁶
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-360.0	-360.0	-360.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen	-369.7	-1'097.1	-1'468.0	-371.0	-33.8	-1'098.3	-297.0
Betriebsergebnis	-227'258.8	-253'344.4	-267'102.1	-13'757.7	-5.4	-39'843.4	-17.5
34 Finanzaufwand	0.3	-3.0	-3.0	0.0	0.0	-3.3	...
44 Finanzertrag	21.0	35.2	35.5	0.3	0.9	14.5	68.9
Finanzergebnis	21.3	32.2	32.5	0.3	0.9	11.2	52.5
Gesamtergebnis	-227'237.5	-253'312.2	-267'069.6	-13'757.4	-5.4	-39'832.2	-17.5
davon Funktionen:							
21 Obligatorische Schule	0.0	0.0	-13'000.0	-13'000.0	0.0	-13'000.0	0.0
27 Hochschulen	-214'432.8	-224'912.0	-225'411.0	-499.0	-0.2	-10'978.2	-5.1
29 Übriges Bildungswesen	-12'804.6	-28'400.2	-28'658.6	-258.4	-0.9	-15'854.0	-123.8

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-175.3	0.0	0.0	0.0	0.0	175.3	100.0
Nettoinvestitionen	-175.3	0.0	0.0	0.0	0.0	175.3	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-175.3	0.0	0.0	0.0	0.0	175.3	100.0

Kommentar

- Die Erhöhung steht hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Ausbau der Informatik für die Volksschulen durch das Pädagogische Zentrum PZ.BS (GRB 18.4.2012).
- Der Grossteil der Abweichung geht auf die anteilige Übertragung von Budgetpositionen aus der Dienststelle Leitung Bildung zurück. Weiter nehmen die Aufwendungen bezüglich der Erweiterung der Informatik an der Volksschule zu.
- Aufgrund der Auflösung der Dienststelle Leitung Bildung wird die Subvention an die Musikakademie der Stadt Basel über 13.0 Mio. Franken neu im Bereich Hochschulen geführt. Entsprechend der laufenden Beitragsperiode erhöht sich das Globalbudget bei der Universität Basel um 2.2 Mio. Franken. Nach den abgeschlossenen vierkantonalen Verhandlungen ist eine Senkung des Globalbeitrages um 2.08 Mio. Franken an die Fachhochschule Nordwestschweiz möglich. Aufgrund der Rechnungsvorjahre sind zudem 0.2 Mio. Franken für das Stipendienwesen weniger budgetiert. Die restlichen 0.034 Mio. Franken betreffen Budgetanpassungen für die Fachhochschul- sowie die Interkantonale Universitätsvereinbarung.
- Die Benützungsgebühren und Erträge aus dem Warenhandel liegen beim Pädagogischen Zentrum PZ.BS leicht höher.
- Die internen Verrechnungen des Pädagogischen Zentrums PZ.BS werden tiefer sein.
- Die Informatikinvestitionen (vgl. Kommentar 1) führen zu einem höheren Abschreibungsbedarf.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	8.2	8.4	7.9	52.4	53.1 ¹
Studierende an der Universität Basel	Anz	12'617	12'995	12'551	12'800	12'900
BS/BL-Studierende an der Universität	Anz	4'522	4'645	4'731	4'600	4'700 ²
Studierende an der FHNW	Anz	8'894	9'436	10'003	10'415	10'730
Stipendienausgaben	MioFr	11.7	11.6	11.4	12.3	12.1
Bewilligte Stipendien	Anz	2'220	2'042	1'983	2'100	2'000
Teilnehmerinnen und Teilnehmer Weiterbildung PZ.BS	Anz	13'406	12'571	12'445	12'570	12'570
Ausleihen Unterrichtsmedien Bibliothek PZ.BS	Anz	76'832	91'665	104'026	95'000	105'000

Kommentar

- 1 Die Erhöhung der Vollzeitstellen von 2013 auf 2014 ist auf die Verschiebung des Pädagogischen Zentrums PZ.BS von der Dienststelle Leitung Bildung in den Bereich Hochschulen auf Anfang 2014 zurückzuführen. Darin eingeschlossen sind zwei zusätzliche Headcountstellen für den vom Grossen Rat bewilligten Ausbau der Informatik an den Volksschulen, welche auf Budget 2015 um weitere 0.7 Stellen aufgestockt werden.
- 2 Angesichts der demographischen Situation unserer Region bedeutet eine gleichbleibende Zahl an Studierenden aus Basel-Stadt und Basel-Landschaft bereits ein Wachstumsziel. Es ist vorgesehen, das in „Basel 2020“ vorgesehene Ansteigen der Gesamtzahl über ein Anwachsen der ausserkantonalen Studierenden zu erreichen.

Pädagogisches Zentrum PZ.BS

Hauptprojekte des PZ.BS sind die Planung und Durchführung von Weiterbildungs- und Beratungsangeboten im Rahmen der Umsetzung des Auftrags des Projekts Schulharmonisierung, insbesondere auch die Expertentätigkeit in Zusammenhang mit dem kompetenzorientierten Unterricht und der Einführung des Lehrplans 21 sowie die Umgestaltung und Renovation des Standorts Binningerstrasse 6 und die Weiterführung und Konsolidierung des Projekts ICT an den Volksschulen.

Jugend, Familie und Sport

ED-290

Im Bereich „Jugend, Familie und Sport“ hat der Kanton die Aufgabenfelder „Kinder, Jugend und Familie“ und „Sport“ zusammengeführt. Die Angebote des Bereichs stärken die Familien im Rahmen einer Erziehungspartnerschaft, fördern die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen und laden sie zur Mitwirkung ein. Zu den Leistungen zählen die Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere die frühe Förderung, die Tagesbetreuung, die offene Kinder- und Jugendarbeit sowie der Kindes- und Jugendschutz. Mit der Zuordnung des Sports besteht die Erwartung, die Bedeutung des Sports für die Bildung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen zu nutzen. Der Sport selbst hat die Aufgabe, Breitensport und Bewegung sowie den Sport in den Schulen zu fördern, Sportanlagen zur Verfügung zu stellen, Sportvereine zu unterstützen und sportliche Talente in ihrer Entwicklung zu begleiten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sport und dem Bildungsbereich hilft, die übergreifenden Förderziele zu verwirklichen.

Der Bereich Jugend, Familie und Sport gliedert sich in die Abteilungen „Jugend- und Familienangebote“, „Jugend- und Familienförderung“, „Kinder- und Jugenddienst“ und „Sport“. Eine Stabsstelle ist für die Kommunikation und die Koordination verantwortlich.

Tätigkeiten und Projekte

Der Kanton Basel-Stadt verfügt im Bereich Jugend, Familie und Sport über gut ausgebaute Angebote. Vor diesem Hintergrund scheint es vertretbar, wenn der Zielpfad in der kantonalen Finanzplanung in den nächsten Jahren keinen weiteren Ausbau von Angeboten erlaubt. Diese Rahmenbedingungen führen allerdings bereits im kommenden Jahr zu Herausforderungen. Im Interesse einer bedarfsgerechten Weiterentwicklung muss eine Überprüfung der Angebote stattfinden, Neues muss teilweise an die Stelle von Bisherigem treten. Das kann Partikularinteressen und Besitzstandsdenken befördern. Gemeinsamkeiten zu suchen und nach übergeordneten Zielen zu handeln, wird vor allem die anstehenden Verhandlungen zu den Finanzhilfen an die offene Kinder- und Jugendarbeit prägen. Die grundlegenden Richtungsentscheide bei den Finanzhilfen werden in einem Ratschlag dem Grossen Rat unterbreitet. Ein Ausbau ist nicht vorgesehen, weil die Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit den Investitionen in die Tagesstrukturen zurzeit stark ausgebaut wird. Den Anliegen des vorgezogenen Budgetpostulats Heidi Mück (13.5524) soll daher nicht gefolgt werden. Unter den gegebenen finanziellen Verhältnissen kann dem Anliegen auch entsprochen werden, indem die Angebote inhaltlich anders ausgerichtet statt ausgebaut werden.

Herausforderungen stellen sich auch dort, wo eine wachsende Nachfrage - wie beispielsweise in der Tagesbetreuung - besteht. Eine moderate Erhöhung der Elternbeiträge in den subventionierten Tagesheimen trägt der Finanzsituation Rechnung und zum Erhalt der Qualität in der Betreuung bei. Zugleich sollen im Rahmen einer Gesetzesrevision die Unterschiede der staatlichen Beiträge an die Eltern in sogenannten subventionierten und mitfinanzierten Tagesheimen nivelliert werden. Mitfinanzierte Tagesheime erhalten heute nur 80% der Staatsbeiträge von subventionierten Einrichtungen. Die Vorbereitungen für die Revision des Tagesbetreuungsgesetzes laufen. Die Revision soll verschiedene parlamentarische Vorstösse aufnehmen, die Entwicklung der Angebote auf eine zeitgemässe Grundlage stellen und zu mehr Gleichbehandlung von Eltern in unterschiedlichen Tagesheimen führen.

Im Interesse der Sicherheit muss in den Gartenbädern in die Badeaufsicht vor allem bei den Nichtschwimmerbecken investiert werden. Zur Finanzierung der zusätzlichen Kosten werden die Eintrittsgebühren erhöht. Im Quervergleich mit anderen Kantonen bleibt das Preis-Leistungsverhältnis angemessen. Da mit dem Ausbau der Tagesstrukturen Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit auf ihrem Schulareal verbringen, hat der Ausbau des freiwilligen Schulsports weiterhin hohe Priorität. Das Sportamt hat die Voraussetzungen geschaffen, den zusätzlichen Aufwand durch Zusatzerträge zu refinanzieren.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-38'663.1	-39'195.8	-39'598.2	-402.4	-1.0	-935.1	-2.4 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-16'695.2	-15'933.7	-17'228.6	-1'295.0	-8.1	-533.4	-3.2 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-357.4	-347.0	-374.4	-27.4	-7.9	-17.0	-4.8
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-154.6	0.0	0.0	0.0	0.0	154.6	100.0
36 Transferaufwand	-95'406.7	-95'570.5	-97'744.5	-2'174.0	-2.3	-2'337.8	-2.5 ³
Betriebsaufwand	-151'277.0	-151'046.9	-154'945.6	-3'898.7	-2.6	-3'668.7	-2.4
42 Entgelte	10'490.0	10'212.3	9'897.1	-315.2	-3.1	-592.9	-5.7 ⁴
43 Verschiedene Erträge	3'194.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-3'194.1	-100.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	177.5	0.0	0.0	0.0	0.0	-177.5	-100.0
46 Transferertrag	24'262.6	25'381.5	25'757.5	376.0	1.5	1'494.9	6.2 ⁵
Betriebsertrag	38'124.2	35'593.8	35'654.6	60.8	0.2	-2'469.6	-6.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-113'152.7	-115'453.1	-119'291.0	-3'837.9	-3.3	-6'138.3	-5.4
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-651.7	-628.8	-405.2	223.6	35.6	246.5	37.8 ⁶
Abschreibungen	-651.7	-628.8	-405.2	223.6	35.6	246.5	37.8
Betriebsergebnis	-113'804.5	-116'081.9	-119'696.2	-3'614.3	-3.1	-5'891.8	-5.2
34 Finanzaufwand	-13.8	-5.2	-3.7	1.5	28.8	10.1	73.2
44 Finanzertrag	159.2	115.4	132.4	17.0	14.7	-26.8	-16.8
Finanzergebnis	145.4	110.2	128.7	18.5	16.8	-16.7	-11.5
Gesamtergebnis	-113'659.0	-115'971.7	-119'567.5	-3'595.8	-3.1	-5'908.5	-5.2
davon Funktionen:							
34 Sport und Freizeit	-13'794.1	-14'070.3	-14'636.9	-566.7	-4.0	-842.8	-6.1
54 Familie und Jugend	-99'864.9	-101'901.4	-104'930.5	-3'029.1	-3.0	-5'065.6	-5.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-253.2	-319.0	-320.0	-1.0	-0.3	-66.8	-26.4
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-455.2	0.0	0.0	0.0	0.0	455.2	100.0
Nettoinvestitionen	-708.4	-319.0	-320.0	-1.0	-0.3	388.4	54.8
Saldo Investitionsrechnung	-708.4	-319.0	-320.0	-1.0	-0.3	388.4	54.8

Kommentar

- 1 Beim Sport ist aufgrund grosser Nachfrage eine Erhöhung des Personalaufwands nötig. So muss beispielsweise, um die Sicherheit in den Bädern vor allem bei den Nichtschwimmern zu gewährleisten, die Badeaufsicht verstärkt werden. Der Mehraufwand wird durch erwartete Zusatzerträge refinanziert (vgl. Kostenart 42).
- 2 Bei den Sportanlagen ist das Budget an die Entwicklungen und die Erfahrungszahlen der Vorjahre angepasst worden. Zudem steigen die Ausgaben aufgrund einer neuen Vereinbarung mit der Bürgergemeinde für die Sportanlage Pfaffenholz. Die Bewirtschaftung der Felder 19 und 20 auf den Sportanlagen St. Jakob für den FCB erzeugt weitere Kosten, die dem FCB verrechnet werden und somit zusätzlichen Ertrag generiert (vgl. Kostenart 42). In den kantonalen Schulheimen sind bei den Energie- und Unterhaltskosten Anpassungen vorgenommen worden.
- 3 In der Tagesbetreuung wird weiterhin eine steigende Nachfrage prognostiziert. Hier ist mit höheren Kosten von 1.65 Mio. Franken zu rechnen. Weiter wurden zusätzliche Mittel von 0.2 Mio. Franken für den Ausbau der Mütter- und Väterberatung budgetiert. In der Kinder- und Jugendhilfe ist die Anzahl der stationären Platzierungen weiterhin rückläufig. Zusätzlich sind die Entlastungsangebote vom Bereich Bildung in die Jugendhilfe transferiert worden. Dies generiert insgesamt einen Mehraufwand von 0.2 Mio. Franken.
- 4 Der erhöhte Aufwand beim Sportamt (siehe Fussnote zu Kostenart 30 und 31) generiert auch Mehreinnahmen von 0.6 Mio. Franken. Bei den Rückerstattungen von Unterhaltspflichtigen an die Heimaufenthalte in der stationären Jugendhilfe führen weniger Platzierungen zu tieferen Einnahmen von rund 0.8 Mio. Franken. Zusätzlich läuft die Amortisation und Verzinsung eines Baukredits aus dem Jahre 1993 an eine Institution der Jugendhilfe aus. Dies führt zu Mindereinnahmen von 0.2 Mio. Franken. Bei den kantonalen Schulheimen sind die Landwirtschaftserträge und die Beiträge der Erziehungsberechtigten an die Vorjahre angepasst worden. Dadurch werden Mehreinnahmen von 0.04 Mio. Franken erwartet.
- 5 Der Mehrertrag von 0.4 Mio. Franken beruht im Wesentlichen auf der Anpassung der erwarteten Belegungszahlen in den kantonalen Schulheimen.
- 6 Das Restatement in Zusammenhang mit der Einführung von HRM 2 hat bei den Investitionsbeiträgen Tagesbetreuung zu veränderten Abschreibungen geführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	254.7	260.1	247.3	265.5	267.7
Kinder in vom Kanton mitfinanz. Tagesheimen oder -familien	Anz	2'683	2'900	3'047	3'300	3'550
Fremdunterbringung in stationären Einricht. und Pflegefam.	Anz	802	743	727	780	675
Aktive Mitglieder in Sportvereinen	Anz	31'139	31'796	31'175	31'500	31'500
Kinder/Jugendliche mit Kontakt zum Kinder- und Jugenddienst	Anz	2'458	2'396	2'233	2'400	2'600 ¹

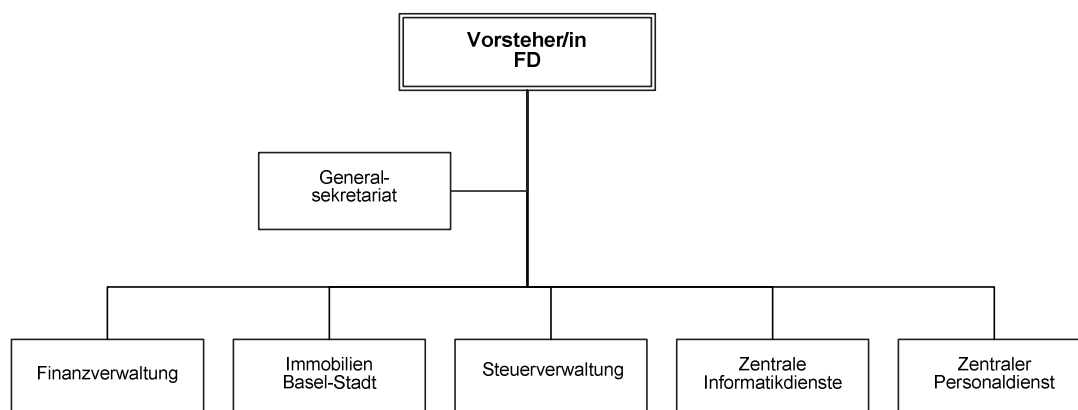
Kommentar

¹ Ab 2015 ist das Zentrum für Frühförderung ZFF enthalten.

Bei den Investitionen haben die anstehenden Sanierungen oberste Priorität. Angesprochen sind vor allem die Kunsteisbahnen, die umfassend erneuert werden müssen, damit sie überhaupt bewilligungsfähig bleiben. Im Jahr 2015 wird das neue Multifunktionalgebäude der Sportanlage St. Jakob eröffnet. Daneben stehen weitere dringende Sanierungsvorhaben beim Werkhof und der Cateringzone auf den Sportanlagen St. Jakob an. Zurückgestellt wird dagegen die Erneuerung der Sportanlage Bachgraben, bis die Investitionsplanung wieder die nötigen Spielräume schafft.

4.2.4 Finanzdepartement

FD-401	Generalsekretariat FD	186
FD-403	Finanzverwaltung	188
FD-404	Steuerverwaltung	190
FD-405	Immobilien Basel-Stadt	192
FD-406	Zentrale Informatikdienste	194
FD-409	Zentraler Personaldienst	197



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-70.1	-76.2	-76.3	-0.1	-0.1	-6.1	-8.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-41.2	-42.4	-40.6	1.8	4.3	0.6	1.5 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.5	-1.3	-1.5	-0.2	-15.3	-0.9	-174.2 ²
Betriebsaufwand	-111.9	-119.9	-118.3	1.6	1.3	-6.5	-5.8
42 Entgelte	67.1	73.3	69.5	-3.8	-5.2	2.4	3.6 ³
Betriebsertrag	67.1	73.3	69.5	-3.8	-5.2	2.4	3.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-44.8	-46.6	-48.8	-2.3	-4.9	-4.1	-9.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-6.7	-8.1	-9.1	-1.0	-12.2	-2.3	-34.6 ⁴
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.7	-0.6	0.0	0.6	100.0	0.7	100.0 ⁵
Abschreibungen	-7.4	-8.6	-9.1	-0.4	-4.8	-1.7	-22.4
Betriebsergebnis	-52.2	-55.2	-57.9	-2.7	-4.9	-5.7	-11.0
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.1	-0.4	-0.3	-222.2	-0.0	-1.7 ⁶
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Finanzergebnis	-0.4	-0.1	-0.4	-0.3	-222.2	-0.0	-4.6
Gesamtergebnis	-52.6	-55.3	-58.3	-3.0	-5.4	-5.7	-10.9
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-52.2	-54.9	-58.2	-3.3	-6.1	-6.1	-11.6
9 Finanzen und Steuern	-0.4	-0.4	-0.1	0.4	82.3	0.3	80.6

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-11.1	-63.6	-52.0	11.6	18.2	-40.9	-368.5 ⁷
Ausgaben Kleininvestitionen	-1.4	-1.0	-1.7	-0.7	-74.0	-0.3	-22.7
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.9	100.0
Nettoinvestitionen	-13.4	-64.6	-53.7	10.9	16.8	-40.4	-301.4
Saldo Investitionsrechnung	-13.4	-64.6	-53.7	10.9	16.8	-40.4	-301.4

Kommentar

- 1 Die Massenmigration der Websites der kantonalen Verwaltung, welche über die Sachkosten finanziert wurde, ist abgeschlossen. Zudem fällt im 2015 der Parallelbetrieb der neuen WebBS Infrastruktur und der bisherigen LiveLink Infrastruktur weg.
- 2 Die Abschreibungen steigen infolge Beschaffungen für den Services WorkplaceBS an.
- 3 Aufgrund des neuen Internen Verrechnungsmodells für die ZID-Leistungen werden die Overheadkosten der ZID nicht mehr verwaltungsintern weiterverrechnet.
- 4 Die Erhöhung bei den Abschreibungen sind auf bewilligte und geplante Investitionen der ZID zurückzuführen (siehe Dienststellenbericht ZID).
- 5 Die Sanierung der St. Alban-Kirche ist abgeschlossen.
- 6 Die Bankspesen werden in der Steuerverwaltung neu brutto ausgewiesen.
- 7 Die Investitionspauschale im Bereich „Informatik“ wurde um 2.0 Mio. Franken erhöht und im Bereich „Übrige“ um 13.6 Mio. Franken gesenkt.

Generalsekretariat FD

FD-401

Das Generalsekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Finanzdepartements. Es stellt die reibungslose Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Weiter übernimmt es die finanzpolitische und -rechtliche Beratung zur Durchsetzung der Grundsätze der Haushaltführung innerhalb der Verwaltung sowie die Unterstützung bei der Optimierung des staatlichen Ressourceneinsatzes. Mit Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Recht, Öffentlichkeitsarbeit und Hausdienst unterstützt es die Dienststellen des Finanzdepartements dabei, dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen. Die Abteilung Informatiksteuerung und Organisation (ISO) ist für die strategische Steuerung der kantonalen IT, konzeptionelle Arbeiten, die Planung und Weiterentwicklung von eGovernment sowie die Organisation der Leistungsbezügler verantwortlich.

Dem Generalsekretariat administrativ angegliedert sind die Steuer- und Personalrekurskommissionen.

Tätigkeiten und Projekte

Auch im Budgetjahr 2015 befasst sich das Generalsekretariat des Finanzdepartements - zusätzlich zu seinen ständigen Aufgaben - mit verschiedenen verwaltungsinternen und -externen Projekten. Dazu zählt unter anderen die Projektkoordination im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft und bei der Neuverhandlung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden.

Partnerschaftsverhandlungen Basel-Stadt/Basel-Landschaft (BS/BL) Einerseits obliegt dem Generalsekretariat die Gesamt-Koordination aller Aktivitäten im Rahmen der seit Mitte 2004 laufenden Partnerschaftsverhandlungen BS/BL. Andererseits hat das Generalsekretariat bei verschiedenen Teilprojekten selbst die Co-Projektleitung inne.

Finanz- und Lastenausgleich Der Kanton hat mit den Gemeinden vereinbart, den Finanz- und Lastenausgleich neu zu kalibrieren. Die Verhandlungen zwischen Kanton und Gemeinden haben im Sommer 2014 begonnen und werden auch im 2015 andauern. Die Projektleitung obliegt dem Generalsekretariat.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-2'562.5	-2'928.4	-4'384.9	-1'456.5	-49.7	-1'822.4	-71.1	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-831.8	-1'404.9	-2'185.1	-780.2	-55.5	-1'353.3	-162.7	²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	-12.0	-12.0	0.0	-12.0	0.0	
Betriebsaufwand	-3'394.3	-4'333.3	-6'581.9	-2'248.6	-51.9	-3'187.7	-93.9	
42 Entgelte	288.1	461.0	229.9	-231.0	-50.1	-58.2	-20.2	³
Betriebsertrag	288.1	461.0	229.9	-231.0	-50.1	-58.2	-20.2	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'106.1	-3'872.4	-6'352.0	-2'479.6	-64.0	-3'245.9	-104.5	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'240.1	-2'717.4	-2'670.0	47.4	1.7	-1'429.9	-115.3	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-670.0	-570.0	0.0	570.0	100.0	670.0	100.0	⁴
Abschreibungen	-1'910.1	-3'287.4	-2'670.0	617.4	18.8	-759.9	-39.8	
Betriebsergebnis	-5'016.2	-7'159.7	-9'022.0	-1'862.3	-26.0	-4'005.8	-79.9	
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.7	0.0	0.7	100.0	0.2	100.0	
Finanzergebnis	-0.2	-0.7	0.0	0.7	100.0	0.2	100.0	
Gesamtergebnis	-5'016.4	-7'160.4	-9'022.0	-1'861.6	-26.0	-4'005.6	-79.8	
davon Funktionen:								
01 Legislative und Exekutive	-90.5	-529.4	-486.3	43.0	8.1	-395.9	-437.5	
02 Allgemeine Dienste	-4'925.9	-6'631.0	-8'535.7	-1'904.7	-28.7	-3'609.7	-73.3	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%	
Ausgaben Grossinvestitionen	-6'534.9	-48'600.0	-52'000.0	-3'400.0	-7.0	-45'465.1	-695.7	⁵
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-870.0	0.0	0.0	0.0	0.0	870.0	100.0	
Nettoinvestitionen	-7'404.9	-48'600.0	-52'000.0	-3'400.0	-7.0	-44'595.1	-602.2	
Saldo Investitionsrechnung	-7'404.9	-48'600.0	-52'000.0	-3'400.0	-7.0	-44'595.1	-602.2	

Kommentar

- Die Abteilung „Informatiksteuerung und Organisation“ ist neu Teil des Generalsekretariats, was zu einem entsprechenden Anstieg des Personalaufwands führt.
- Die Abteilung „Informatiksteuerung und Organisation“ ist neu Teil des Generalsekretariats, was zu einem entsprechenden Anstieg des Sachaufwands führt.
- Verwaltungsinterne Weiterverrechnungen werden nicht mehr als Entgelte ausgewiesen.
- Die Sanierung der St. Alban-Kirche ist abgeschlossen.
- Das Budget für den Investitionsbereich „Informatik“ wurde bisher in der Finanzverwaltung ausgewiesen, dabei erhöht sich dieses von 15 Mio. auf 17 Mio. Franken. Gleichzeitig wurde der Investitionsplafonds „Übrige“ von Fr. 48'600'000 auf Fr. 35'000'000 gesenkt.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose	
		2011	2012	2013	2014	2015	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	16.6	14.9	15.7	17.2	26.55	¹
Bei der Steuerrekurskommission eingegangene Rekurse	Anz	200	282	264	280	280	

Kommentar

- Die aus der FIO entstandene Abteilung „Informatiksteuerung und Organisation“ ist neu Teil des Generalsekretariats.

Finanzverwaltung

FD-403

Die Finanzverwaltung ist das Kompetenzzentrum für das Finanz- und Rechnungswesen in der kantonalen Verwaltung. Im Bereich Finanzen ist sie für die Bewirtschaftung der Schulden und der Wertschriften des Kantons zuständig sowie für die Bewirtschaftung von Spezialfinanzierungen.

Im Bereich Rechnungswesen ist sie für die Koordination und Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Prozesse zuständig. Dazu gehören Finanz- und Investitionsplanung, Budgetierung, Rechnungslegung, Risikomanagement sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Investitionen und Subventionen. Damit unterstützt sie die Steuerungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Betriebswirtschaft und Finanzpolitik.

Im Servicecenter Finanzen werden der gesamtstaatliche Zahlungsverkehr sowie die RW/C-Dienstleistungen an die Dienststellen des Finanzdepartements abgewickelt.

Das SAP-Kompetenzzentrum ist für den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung des gesamtstaatlichen SAP ERP (Enterprise Resource Planning)-Systems und des Management Informationssystems verantwortlich.

Tätigkeiten und Projekte

Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) Gemäss Finanzhaushaltsgesetz muss der Regierungsrat die kantonalen Tätigkeiten periodisch, mindestens ein Mal pro Legislaturperiode, auf ihre staatliche Notwendigkeit, ihre Wirksamkeit und die Effizienz ihrer Erbringung sowie auf die Tragbarkeit ihrer finanziellen Auswirkungen überprüfen. Im Jahr 2014 wurden diverse Analysen vorgenommen, um Schwerpunktbereiche zu identifizieren. Zudem soll das Einsparpotential eruiert und auf die Departemente verteilt werden. Im Jahr 2015 werden in einem nächsten Schritt Massnahmen erarbeitet, welche im Jahr 2016 und 2017 umzusetzen sind. Der Grosse Rat wird rechtzeitig über allfällige Massnahmen informiert.

SAP Zur Unterstützung der gesamtkantonalen Planungs- und Reportingprozesse (Finanzplan, Budget, Hochrechnungen) im Zusammenhang mit der Umstellung auf HRM2 wurde vom Bereich Controlling der Finanzverwaltung das Projekt „Gesamtstaatliche Planungs- und Auswertungslösung“ initiiert. Für die SAP-Anwendung des Kantons bedeutet dies, dass der Bereich Business Intelligence (SAP BW / SAP BO) sowohl in Bezug auf die Streuung innerhalb des Kantons (Anzahl von Benutzern) als auch in Bezug auf die Technologie im Jahr 2015 ausgebaut wird. Die neuen Anforderungen werden technologisch auf der neuesten In-Memory Datenbanktechnologie (SAP HANA) in Kombination mit dem SAP Datawarehouse (SAP BW) und einer neuen Planungs- und Reportinglösung (SAP BPC / SAP BO) umgesetzt.

Konzernsteuerung Mit der Umsetzung der vom Regierungsrat im Jahre 2010 verabschiedeten Public Corporate Governance Richtlinien (PCG-Richtlinien) wurden in den vergangenen Jahren wichtige Elemente wie Eignerstrategien und das Reporting an den Regierungsrat und an den Grossen Rat aufgebaut. Daneben wurden auch gewisse gesetzliche Grundlagen (z. B. das Gesetz über die Basler Kantonalbank) im Zusammenhang mit der Governance-Diskussion revidiert. In einem weiteren Schritt sollen mögliche Synergien im Gesamtkonzern (Versicherungen, Finanzierung, etc.) geprüft werden.

Risikomanagement Die Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 in Anlehnung an IPSAS verlangt, dass der Kanton Basel-Stadt ein kantonsweites, institutionalisiertes Risikomanagement betreibt. Darum wurde bei der Revision der gesetzlichen Grundlagen die Pflicht zu einem Risikomanagement in das Gesetz und die Verordnung über den Finanzhaushalt aufgenommen. Die fällige Umsetzung soll in den nächsten Jahren angegangen werden. Bis Ende 2014 soll ein Konzept aufzeigen, wie die Erhebung der Risiken angegangen werden soll. Die eigentliche Erhebung der Risiken inklusive Erstellung des Massnahmenplans zur Reduktion der Risiken soll, wenn möglich schrittweise in den Jahren 2015 und 2016 vorgenommen werden.

Internes Kontrollsystem (IKS) Das IKS bringt Transparenz in die Geschäftsprozesse. Im Fokus stehen die Prozessrisiken und die entsprechenden Kontrollen, um diese Risiken zu minimieren. In

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'630.8	-6'397.8	-5'747.2	650.5	10.2	-116.4	-2.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'760.0	-4'532.7	-4'174.7	358.0	7.9	585.4	12.3 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-217.6	-231.0	-127.3	103.7	44.9	90.3	41.5
Betriebsaufwand	-10'608.5	-11'161.5	-10'049.2	1'112.3	10.0	559.3	5.3
42 Entgelte	7'212.7	6'983.5	7'607.4	623.9	8.9	394.6	5.5 ³
Betriebsertrag	7'212.7	6'983.5	7'607.4	623.9	8.9	394.6	5.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'395.7	-4'178.0	-2'441.8	1'736.2	41.6	953.9	28.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-234.6	-307.3	-250.0	57.3	18.6	-15.4	-6.6
Abschreibungen	-234.6	-307.3	-250.0	57.3	18.6	-15.4	-6.6
Betriebsergebnis	-3'630.3	-4'485.3	-2'691.8	1'793.5	40.0	938.5	25.9
34 Finanzaufwand	-118.0	-130.0	-121.0	9.0	6.9	-3.0	-2.6
Finanzergebnis	-118.0	-130.0	-121.0	9.0	6.9	-3.0	-2.6
Gesamtergebnis	-3'748.3	-4'615.3	-2'812.8	1'802.5	39.1	935.5	25.0
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-3'748.3	-4'615.3	-2'812.8	1'802.5	39.1	935.5	25.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-770.3	-15'000.0	0.0	15'000.0	100.0	770.3	100.0 ⁴
Ausgaben Kleininvestitionen	-306.7	0.0	0.0	0.0	0.0	306.7	100.0
Nettoinvestitionen	-1'077.0	-15'000.0	0.0	15'000.0	100.0	1'077.0	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-1'077.0	-15'000.0	0.0	15'000.0	100.0	1'077.0	100.0

Kommentar

- 1 Die Abteilung „Informatiksteuerung und Organisation“ ist neu Teil des Generalsekretariats, was zu einer Minderung des Personalaufwands in der Finanzverwaltung führt.
- 2 Die Abteilung „Informatiksteuerung und Organisation“ ist neu Teil des Generalsekretariats, was zu einer Minderung des Sachaufwands in der Finanzverwaltung führt.
- 3 Es werden höhere Einnahmen durch SAP-Betriebsleistungen erwartet.
- 4 Das Budget für den Investitionsbereich „Informatik“ wird neu im Generalsekretariat eingestellt.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	33.8	35.4	34.5	34.9	33.35
Verwaltete Vermögen Dritter	MioFr	4'039	3'462	3'716	3'292	3'141
Anträge zur Aufnahme ins Investitionsprogramm	Anz	65	67	68	63	65
Finanzierungskosten mittel- und langfristige Schulden	%	2.4	2.0	1.7	1.78	1.46

erster Linie geht es dabei um Finanzprozesse (Buchführung und finanzielle Berichterstattung), wobei die Methode auch auf andere Geschäftsprozesse angewendet werden kann. Das Ziel des IKS-Projektes ist die Befähigung der Departemente und Gerichte zur selbständigen Umsetzung eines IKS für ihre Finanzprozesse.

Infolge knapper Personalressourcen verzögerte sich der Start des Gesamtprojektes im 2014. Somit wird dieses auch im 2015 ein wichtiges Thema sein und wird mit dem Risikomanagement abgestimmt.

Steuerverwaltung

FD-404

Die Steuerverwaltung ist zuständig für die Erhebung der direkten Steuern für den Kanton und den Bund. Die periodischen und die nicht periodischen direkten Steuern werden veranlagt und bezogen, damit die kantonalen und eidgenössischen Staatsausgaben finanziert werden können. Die Pflege eines nachhaltigen Steuersubstrats mit sozial gerechten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der steuerpflichtigen Person Rechnung tragenden Steuern ist dabei ein wichtiger Leitgrundsatz. Bei der Pflege des Steuersystems wird auf Einfachheit und Transparenz geachtet. Durch die verstärkte Wirkung von Bundesrecht und vermehrten Vorstössen im Steuerrecht auf Bundesebene ist die Mitarbeit in gesamtschweizerischen Gremien intensiv gefordert.

Tätigkeiten und Projekte

Die Arbeiten zur Erneuerung der Steuerlösung NEST wurden im Jahr 2014 aufgenommen. Die Softwarelieferanten und die elf Eigentümerkantone führen bis zum Jahr 2018 ein umfassendes Reengineering der gesamten Applikation durch. Damit wird die Zukunftstauglichkeit dieser Lösung erhalten. Die Steuerverwaltung Basel-Stadt ist in verschiedenen Arbeitsgruppen stark engagiert.

Mit dem elektronischen Wertschriftenverzeichnis (eWV), welches die Bankiervereinigung ihren Kundinnen und Kunden ab 2016 zur Verfügung stellen wird, soll das BaTax-Programm so angepasst werden, dass die elektronische Übernahme der eWV-Daten in die Steuererklärung den steuerpflichtigen Personen angeboten werden kann.

Daneben stehen laufend Anpassungen des kantonalen Steuergesetzes an das Bundesrecht an und es wird aktiv an der Unternehmenssteuerreform III mitgearbeitet.

Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern

Aufgrund der Entwicklung der Liegenschaftswerte seit dem Jahr 2001 wird per 31. Dezember 2016 eine generelle Neubewertung von selbstbewohnten Liegenschaften durchgeführt.

Erhebung der periodischen direkten Steuern

Ab dem Jahr 2015 wird zur Administration der Veranlagung Juristischer Personen der neue NEST-Zifferndialog eingesetzt. Diese Weiterentwicklung ermöglicht eine detailliertere und transparentere Dokumentation.

Nachdem die Steuererklärungsformulare der natürlichen Personen ein modernes Layout erhalten haben, werden auch die Formulare der juristischen Personen überarbeitet und an zeitgemässe Anforderungen angepasst.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-30'364.6	-31'285.4	-31'052.0	233.4	0.7	-687.3	-2.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-10'030.4	-9'993.3	-9'247.5	745.8	7.5	782.9	7.8 ¹
Betriebsaufwand	-40'395.0	-41'278.7	-40'299.5	979.2	2.4	95.5	0.2
42 Entgelte	8'632.8	13'879.0	13'848.0	-31.0	-0.2	5'215.2	60.4
Betriebsertrag	8'632.8	13'879.0	13'848.0	-31.0	-0.2	5'215.2	60.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-31'762.2	-27'399.7	-26'451.5	948.2	3.5	5'310.7	16.7
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-398.0	-312.0	-55.0	257.0	82.4	343.0	86.2 ²
Abschreibungen	-398.0	-312.0	-55.0	257.0	82.4	343.0	86.2
Betriebsergebnis	-32'160.2	-27'711.7	-26'506.5	1'205.2	4.3	5'653.7	17.6
34 Finanzaufwand	-295.2	0.0	-300.0	-300.0	0.0	-4.8	-1.6 ³
Finanzergebnis	-295.2	0.0	-300.0	-300.0	0.0	-4.8	-1.6
Gesamtergebnis	-32'455.4	-27'711.7	-26'806.5	905.2	3.3	5'648.9	17.4
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-32'455.4	-27'711.7	-26'806.5	905.2	3.3	5'648.9	17.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-435.4	0.0	0.0	0.0	0.0	435.4	100.0
Nettoinvestitionen	-435.4	0.0	0.0	0.0	0.0	435.4	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-435.4	0.0	0.0	0.0	0.0	435.4	100.0

Kommentar

- 1 Die Reduktion ist auf tiefere Verrechnungspreise der ZID-Leistungen zurückzuführen.
- 2 Die Abschreibung einer bestehenden Anlage ist per Ende Januar 2015 abgeschlossen.
- 3 Die Bankspesen werden neu brutto ausgewiesen. Der Bruttoausweis wurde erst nach Erstellung des Budgets 2014 eingeführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	214.3	216.7	217.5	224.2	224.2
Bestand Steuerpflichtige Juristische Personen	Anz	10'275	10'054	10'179	10'700	10'700
Bestand Steuerpflichtige Natürliche Personen	Anz	127'237	127'816	128'502	127'500	128'000
Einsprache-Entscheide	Anz	2'600	2'850	2'650	2'800	2'800
Grundstückgewinnsteuer-Fälle	Anz	1'224	1'007	1'158	1'350	1'350
Fristgerechte Bearbeitung der Steuerfälle	%	93.2	93.5	92.9	90.0	90 ¹

Kommentar

- 1 Die Kennzahl berechnet sich aus der Anzahl in Rechnung gestellter Fälle innerhalb von 270 Tagen nach Eingang der Steuererklärung und der Anzahl innert drei Monate nach Eingang erledigter nichtperiodischer Fälle im Verhältnis zu allen eingegangenen Steuererklärungen/Fällen.

Immobilien Basel-Stadt

FD-405

Immobilien Basel-Stadt ist das Kompetenzzentrum für das Immobilienmanagement des Kantons Basel-Stadt. Immobilien Basel-Stadt ist zuständig für die Immobilien des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens und nutzt die möglichen Synergien zwischen den kantonalen Immobilienportfolios. Die Aufgaben bestehen aus dem Portfoliomanagement (Portfolioplanung, Eigentümervertretung Bauprojekte, Projektentwicklung und Transaktionen), dem Facility Management und der Bewirtschaftung von Liegenschaften, Parkhäusern und Parzellen, der Bewirtschaftung von Baurechten und der Führung von Immobilienbuchhaltung und -controlling.

Tätigkeiten und Projekte

Im Finanzvermögen soll die aktive Immobilienpolitik zur nachhaltigen Entwicklung der staatlichen Areale und Liegenschaften und zur Unterstützung des Stadtwohnens weitergeführt werden. Verschiedene Arealentwicklungen sollen vorangebracht und Liegenschaftssanierungen im Sinne des Konzepts für ein nachhaltiges Immobilienmanagement umgesetzt werden. Im Verwaltungsvermögen sollen die Wahrung der Eigentümerinteressen zur langfristigen Werterhaltung und die wirtschaftliche Raumnutzung weiterverfolgt werden.

Stadtwohnen Der Schwerpunkt Stadtwohnen soll durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt werden. Dabei sollen sowohl staatliche Projekte umgesetzt als auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen werden. Die Entwicklung des Areals VoltaOst beinhaltet im Finanzvermögen an der Elsässerstrasse/Voltastrasse einen Neubau für Wohnraum als Eigeninvestition des Kantons. Es ist vorgesehen, nebst Wohnraum für Studierende ein Wohn- und Geschäftsgebäude als Pilotprojekt unter der Zielsetzung "Low Cost" zu realisieren. An der Maingasse soll auf dem Areal der ehemaligen Werkstätten des BVD Wohnraum als Eigeninvestition des Kantons entstehen. Es sind zwei Neubauten mit insgesamt 54 Wohnungen unterschiedlicher Art geplant. Auch die Zusammenarbeit mit den Genossenschaften zur Förderung von günstigem Wohnraum wird weitergeführt (Areale Niederholz, Belforterstrasse und Schoren). Mit dem speziell für Genossenschaften entwickelten Baurechtsvertrag Plus wurden in den letzten Jahren Grundstücke am Riehenring 3, an der Hegenheimerstrasse und an der Rauracherstrasse in Riehen an Genossenschaften abgegeben und auf den letzteren beiden bereits entsprechende Wohnbauten realisiert.

Verwaltungsliegenschaften Die Tätigkeiten für die Hochbauten im Verwaltungsvermögen richten sich am Aspekt der Nachhaltigkeit aus. Die nachhaltige Werterhaltung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens durch Investitionen und Unterhalt soll weitergeführt werden. Die Schwerpunkte liegen bei der langfristigen Werterhaltung und Energieoptimierung der Gebäude, der wirtschaftlichen Raumnutzung und der Optimierung des Immobilienbestands.

Nachhaltigkeit Die nachhaltige Entwicklung des Liegenschaftsbestandes unter Beachtung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Aspekte soll weiter verfolgt werden. Zur Förderung von Solaranlagen auf den Dächern staatlicher Liegenschaften hat der Grosse Rat ein erstes Paket von 51 Dächern im Verwaltungsvermögen auf insgesamt 31 Liegenschaften bewilligt. Damit wird auf einer Fläche von 10'900 m² eine Leistung von 1'487 kWp installiert, mit einer erwarteten jährlichen Stromproduktion von 1'467'664 kWh. Dies entspricht dem Verbrauch von ungefähr 400 Haushalten oder ca. 1,5% des jährlichen Stromverbrauchs aller kantonalen Gebäude.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7'650.8	-8'128.5	-8'309.2	-180.7	-2.2	-658.4	-8.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'285.8	-4'083.4	-3'935.2	148.2	3.6	350.6	8.2 ¹
Betriebsaufwand	-11'936.6	-12'211.9	-12'244.4	-32.5	-0.3	-307.8	-2.6
42 Entgelte	11'547.1	11'957.1	12'168.8	211.7	1.8	621.7	5.4 ²
Betriebsertrag	11'547.1	11'957.1	12'168.8	211.7	1.8	621.7	5.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-389.5	-254.8	-75.6	179.2	70.3	313.9	80.6
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-172.6	0.0	172.6	100.0	0.0	0.0 ³
Abschreibungen	0.0	-172.6	0.0	172.6	100.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-389.5	-427.4	-75.6	351.8	82.3	313.9	80.6
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Finanzergebnis	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Gesamtergebnis	-389.5	-427.4	-75.6	351.8	82.3	313.9	80.6
davon Funktionen:							
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	-389.5	-427.4	-75.6	351.8	82.3	313.9	80.6

Kommentar

- 1 Die Sachkosten reduzieren sich leicht aufgrund von erwarteten Einsparungen bei den zu beschaffenden IT-Dienstleistungen.
- 2 Die Erträge erhöhen sich aufgrund des Wachstums des Portfolios der PKBS.
- 3 Alle Grossinvestitionen sind seit 1. Januar 2013 abgeschrieben und es sind keine neuen Projekte vorgesehen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	69.6	69.2	64.2	72.4	72.4
Bruttoertrag Baurechte Finanzvermögen	MioFr	32.9	33.5	34.0	34.4	35.5 ¹
Verwaltete Objekte im Finanz- und Verwaltungsvermögen	Anz	6'488	6'214	6'355	6'263	6'356
Bruttorendite Finanzvermögen	%	5.8	6.1	6.0	5.9	6.0
Investitionsquote Finanzvermögen	%	3.1	2.5	3.4	9.1	7.1 ²

Kommentar

- 1 Die Baurechtserträge steigen dank neu abgeschlossener Verträge.
- 2 Die Investitionsquote liegt auch 2015 auf sehr hohem Niveau wegen diversen grösseren Investitionsvorhaben für Sanierungen sowie den Neubau des energetischen Pilotprojekts an der Aescherstrasse.

Zentrale Informatikdienste

FD-406

Die Zentralen Informatikdienste (ZID) sind als serviceorientiertes Cost-Center für die Informatikgrundversorgung der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt verantwortlich. Dazu gehören im Wesentlichen die folgenden Querschnittsleistungen, welche auf zuverlässige, anforderungsgerechte und wirtschaftliche Weise erbracht werden:

- Verwaltungsnetzwerk inkl. WLAN, Internetzugang und Fernzugriff
- Telefonie (Infrastruktur und Telefonzentrale)
- Zentrale Verzeichnisse
- Rechenzentrum (RZ-Infrastruktur, Server, Datenspeicherung, -sicherung, -fernlagerung)
- Zentrale Dokumentenablage
- Zentrales Mail/Kalendersystem
- Kantonaler Datenmarkt
- Zentrale Geschäftsverwaltung
- Zentraler Helpdesk
- Bewilligungsplattform
- Kollaborations-Plattform
- Kantonaler Standard-IT-Arbeitsplatz sowie Services für mobile Benutzer/innen
- Kantonale Websites/zentrales Web Content Management
- E-Government-Plattform

Zusätzlich zu den oben erwähnten IT-Services erbringt die ZID weitere Leistungen für einzelne Departemente und Dienststellen, z. B. Betrieb von Anwendungs-, Datenbank- und Web-Servern, Datensicherung und Archivierung und die Realisierung von Webaufträgen.

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr 2015 sind die folgenden Schwerpunkte vorgesehen:

1. Upgrade der kantonalen Plattform für die elektronische Zusammenarbeit (TeamBS) von der Version Sharepoint Foundation 2010 auf die Version Sharepoint-Server 2013.
2. Migration des zentralen Verzeichnisses 'Basis05' auf eine aktuelle technische Plattform zwecks Sicherstellung des Betriebs.
3. Beginn der Migration der kantonalen Telefonie auf internetbasierte Telefonie (Voice over IP) im Rahmen von Gebäudesanierungen und der Anpassung deren Erschliessung mittels Glasfaser.
4. Ausbau der Bewilligungs- und E-Government-Plattform zur Abwicklung von Verwaltungsgeschäften über das Internet im Rahmen des Impulsprogramms E-Government.
5. Kapazitätsausbau und technische Aktualisierung der Datenspeicher/Archivierungslösung.
6. Umzug der ZID von den Standorten Petersgraben 52 und Spalenvorstadt 14 an die Spiegelgasse 2/4.

Die ersten drei Schwerpunkte dienen der Gewährleistung der von der Konferenz für Organisation und Informatik beauftragten IKT-Basisservices TeamBS, Zentrale Verzeichnisse und Telefonie. Die Erweiterung der E-Government-Plattform erfolgt im Rahmen eines vierjährigen Impulsprogramms, das vom Grossen Rat genehmigt wurde. Der fünfte Schwerpunkt erfolgt im Rahmen des technischen Erneuerungszyklus der IT-Infrastruktur. Der Umzug der ZID erfolgt im Rahmen der Gebäudebewirtschaftung des Kantons.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-15'060.3	-16'998.3	-16'693.5	304.8	1.8	-1'633.2	-10.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-19'286.4	-19'860.6	-18'406.5	1'454.0	7.3	879.9	4.6 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-316.2	-1'039.1	-1'324.5	-285.4	-27.5	-1'008.3	-318.9 ²
Betriebsaufwand	-34'662.9	-37'897.9	-36'424.5	1'473.3	3.9	-1'761.6	-5.1
42 Entgelte	33'551.1	34'562.6	29'915.8	-4'646.7	-13.4	-3'635.3	-10.8 ³
Betriebsertrag	33'551.1	34'562.6	29'915.8	-4'646.7	-13.4	-3'635.3	-10.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-1'111.8	-3'335.3	-6'508.7	-3'173.4	-95.1	-5'396.9	-485.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4'854.8	-4'106.9	-5'645.7	-1'538.8	-37.5	-790.9	-16.3
Abschreibungen	-4'854.8	-4'106.9	-5'645.7	-1'538.8	-37.5	-790.9	-16.3 ⁴
Betriebsergebnis	-5'966.6	-7'442.2	-12'154.4	-4'712.2	-63.3	-6'187.8	-103.7
34 Finanzaufwand	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.4	100.0
44 Finanzertrag	11.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-11.3	-100.0
Finanzergebnis	10.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-10.9	-100.0
Gesamtergebnis	-5'955.7	-7'442.2	-12'154.4	-4'712.2	-63.3	-6'198.7	-104.1
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-5'955.7	-7'442.2	-12'154.4	-4'712.2	-63.3	-6'198.7	-104.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-2'461.3	0.0	0.0	0.0	0.0	2'461.3	100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-1'111.9	-1'000.0	-1'740.0	-740.0	-74.0	-628.1	-56.5
Nettoinvestitionen	-3'573.3	-1'000.0	-1'740.0	-740.0	-74.0	1'833.3	51.3
Saldo Investitionsrechnung	-3'573.3	-1'000.0	-1'740.0	-740.0	-74.0	1'833.3	51.3

Kommentar

- Der Parallelbetrieb der neuen WebBS Infrastruktur und der bisherigen LiveLink Infrastruktur fällt im 2015 weg. Die Massenmigration der Websites der kantonalen Verwaltung, die über die Sachkosten finanziert wurde, ist abgeschlossen.
- Der Anstieg der Abschreibungen Kleininvestitionen entsteht durch die Beschaffungen im Rahmen des Services WorkplaceBS.
- Die Reduktion der Einnahmen ist begründet im neuen Internen Verrechnungsmodell für die ZID-Leistungen, wonach Overheadkosten der ZID verwaltungsintern nicht mehr weiter verrechnet werden.
- Die Erhöhung bei den Abschreibungen Grossinvestitionen sind auf die bewilligten bzw. geplanten IP-Anträge „WebBS Mobileoptimierung“, „Betriebseinrichtungen Spiegelgasse 2/4“, „Migration Basis05“ und „TeamBS Upgrade auf Sharepoint Server 2013“ zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	96.8	93.0	95.4	112.4	106.9 ¹
Verfügbarkeit IKT-Basisdienste	Fälle	1	2	2	0	0 ²
Datenintegrität IKT-Basisdienste	Min	0	0	0	0	0 ³
Basis05 Accounts	Anz	6'809	7'015	7'179	7'100	7'100 ⁴

Kommentar

- Prognose 2015 ist über dem Ist 2013 aufgrund eines Unterbestandes von 10.4 Vollzeitstellen, der durch externe Ressourcen kompensiert werden musste. Es gab eine tiefere Headcount Verschiebung im 2015 gegenüber Budget 2014 von den Fachdepartementen zur ZID im Rahmen des Projektes WorkplaceBS. Ausserdem wurden 4 Vollzeitstellen an die neue Organisation ISO abgegeben.
- Die Kennzahl misst die Anzahl Störungen mit einer Ausfallzeit von > 4 Stunden gemäss Service Level Agreement.
- Die Kennzahl umfasst die maximale Datenverlustzeit für IKT-Basisdienste gemäss Service Level Agreement (technische Schadensereignisse; sie umfasst keine Verluste, die durch Fehlmanipulation von Anwendern, Malware oder SW-Fehler verursacht werden).

- 4 Die Kennzahl misst die Anzahl aller in der zentralen Administration eröffneten IT-Benutzer/-innen, wobei nur Personen gezählt werden, die in einem Anstellungsverhältnis mit Basel-Stadt sind. Bei angeschlossenen Instituten werden alle gezählt. Diese Kennzahl ist nur bedingt beeinflussbar, zeigt aber die Entwicklung der aktiven Benutzer/innen.
-

IT-Plattformen

- Überprüfung und Optimierung der Betriebskosten durch Konsolidierung von Plattformen und Neuausschreibung von Leistungen.
- Optimierung und Automatisierung der Betriebsprozesse wie Incident-, Change- und Problemmanagement.
- Durchführung von diversen grossen bis sehr grossen Netzwerkprojekten, wie HarmoS, Lifecycle-Ersatz von Kernsystemen des kantonalen Netzwerks und von Aktivkomponenten in knapp 40 Gebäuden der kantonalen Verwaltung. Umsetzung der Network Security Policy.
- Kapazitätsausbau und technische Aktualisierung der zentralen Datenspeicherlösung.

IT-Arbeitsplatz

- Weiterentwicklung der Infrastruktur für den kantonalen IT-Standardarbeitsplatz.
- Umsetzung der Migration der kantonalen Telefonie auf internetbasierte Telefonie (VoIP).
- Vorbereitung der Ablösung des zentralen Helpdesk-Tools im 2016 (Konzeption, Submission).

E-Government

- Ausbau der E-Government-Plattform im Auftrag des Impulsprogramms E-Government und Realisierung neuer E-Government-Anwendungen für die Dienststellen.
- Upgrade der Lösung für die elektronische Zusammenarbeit TeamBS.
- Migration des zentralen Verzeichnisses Basis05.

Zentraler Personaldienst

FD-409

Der Zentrale Personaldienst (ZPD) entwickelt Konzepte, Systeme und Instrumente zur gezielten Förderung und Weiterentwicklung eines professionellen, zukunftsgerichteten Personalmanagements bei BASEL-STADT. Durch kompetente Beratung der Dezentralen Personaldienste sorgt er für die korrekte und einheitliche Anwendung der gesetzlichen Grundlagen bzw. Vorgaben des Regierungsrates, und liefert mittels einem verwaltungsweiten Personalcontrolling die relevanten Steuerungsgrößen für die Ressourcen im Personalbereich. Im Weiteren pflegt er zur Gewährleistung einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft einen regelmässigen Austausch mit den Sozialpartnern.

Tätigkeiten und Projekte

Neben personalpolitisch bzw. personalstrategisch relevanten Schwerpunkten (dazu siehe das Kapitel „Personalentwicklung“) werden 2015 im ZPD vor allem folgende Projekte im Vordergrund stehen:

Verfeinerung des Personalcontrolling-Instrumentariums Mit dem HR-Business Warehouse steht den Führungsverantwortlichen und der Personalfachorganisation bereits ein Personalcontrolling-Instrument zur Verfügung. Dieses soll nun in Form eines Managementcockpits, d.h. einem Zusammenschluss der wichtigsten Daten des Business Warehouse, weiter verfeinert werden. Mit dem benutzerfreundlichen Cockpit können relevante Führungskennzahlen ausgewertet und auf einen Blick sowohl in grafischer als auch in tabellarischer Form dargestellt werden.

2015 dient der Konzepterstellung, Anbieterevaluation und Ermittlung der Kosten. Die Einführung eines Managementcockpits ist für 2016 geplant.

Einführung eines systemunterstützten Bewerbermanagements Im Rahmen der permanenten Optimierung der Arbeit innerhalb der Personalfachorganisation wird die Standardisierung der Personalprozesse vorangetrieben – auch im Bereich der Personalgewinnung.

Mit der Einführung eines Bewerbermanagement-Systems sollen alle Aktivitäten im Umgang mit Bewerberinnen und Bewerbern (Bewerbungsübersichten, Bewerberkorrespondenz, Terminvereinbarungen, etc.) vereinheitlicht und vereinfacht werden. Dadurch können nicht nur interne Abläufe verbessert, sondern auch der Auftritt und die Wirkung des Arbeitgebers BASEL-STADT nach aussen deutlich verbessert werden.

2015 werden die Anforderungen an das künftige Bewerbermanagement definiert und das Projekt ausgeschrieben. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der bei den Personaldiensten ermittelten HR-Bedürfnisse sowie der datenschutzrechtlichen Bestimmungen und der Informatikrichtlinien.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'850.6	-10'454.1	-10'080.0	374.1	3.6	-1'229.3	-13.9 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'011.9	-2'566.1	-2'652.3	-86.1	-3.4	-640.4	-31.8
Betriebsaufwand	-10'862.5	-13'020.2	-12'732.2	288.0	2.2	-1'869.7	-17.2
42 Entgelte	5'846.9	5'489.7	5'723.3	233.6	4.3	-123.6	-2.1 ²
Betriebsertrag	5'846.9	5'489.7	5'723.3	233.6	4.3	-123.6	-2.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'015.6	-7'530.5	-7'008.9	521.6	6.9	-1'993.3	-39.7
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4.9	-462.4	-442.7	19.7	4.3	-437.8	...
Abschreibungen	-4.9	-462.4	-442.7	19.7	4.3	-437.8	...
Betriebsergebnis	-5'020.4	-7'992.9	-7'451.6	541.3	6.8	-2'431.1	-48.4
Gesamtergebnis	-5'020.4	-7'992.9	-7'451.6	541.3	6.8	-2'431.1	-48.4
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-5'020.4	-7'992.9	-7'451.6	541.3	6.8	-2'431.1	-48.4

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-897.4	0.0	0.0	0.0	0.0	897.4	100.0
Nettoinvestitionen	-897.4	0.0	0.0	0.0	0.0	897.4	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-897.4	0.0	0.0	0.0	0.0	897.4	100.0

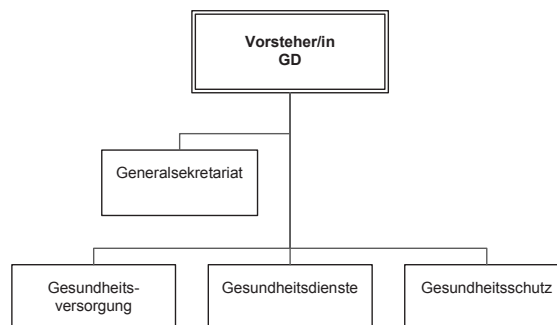
Kommentar

- 1 Aufgrund von nicht ausgeschöpften Mitteln im Bereich RIB/Chancenkasse ergibt sich die Reduktion des Personalaufwandes.
- 2 Es wurden zusätzlich Einnahmen für Beratungsdienstleistungen im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung budgetiert. Ausserdem entstehen weitere Verrechnungen für die Nachbearbeitung im Rahmen des Projektes Systempflege.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	41.1	47.4	50.4	52	52.5
Einbinden der Führungskräfte ins Personalmanagement	%	90	88	89	80	85
Einhaltung der Geschlechterquote von mind. 25% Frauen/Männer	%	80	80	77	80	80
Durchschnittlicher Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards ZPD	%	-	-	-	85	85

4.2.5 Gesundheitsdepartement

GD-701	Generalsekretariat GD	202
GD-702	Gesundheitsdienste	204
GD-706	Gesundheitsschutz	207
GD-720	Öffentliche Zahnkliniken	210
GD-730	Gesundheitsversorgung	212



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-43.7	-45.1	-46.0	-0.9	-2.0	-2.3	-5.3 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15.3	-16.6	-16.3	0.3	1.5	-1.0	-6.7
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.6	-0.5	-0.6	-0.1	-13.5	-0.0	-6.8
36 Transferaufwand	-516.2	-507.0	-501.9	5.0	1.0	14.3	2.8 ²
Betriebsaufwand	-575.8	-569.2	-564.9	4.3	0.8	10.9	1.9
42 Entgelte	19.6	20.0	20.2	0.2	1.2	0.6	3.0
46 Transferertrag	2.6	3.1	3.7	0.6	20.0	1.1	40.8 ³
Betriebsertrag	22.3	23.1	23.9	0.8	3.7	1.6	7.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-553.6	-546.2	-541.0	5.1	0.9	12.5	2.3
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.5	-0.5	-0.3	0.1	27.3	0.1	27.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	100.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Abschreibungen	-0.6	-0.5	-0.3	0.1	27.3	0.2	40.7
Betriebsergebnis	-554.1	-546.6	-541.4	5.3	1.0	12.8	2.3
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	25.3	0.0	35.5
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	...	-0.0	-9.1
Finanzergebnis	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	56.7	0.0	47.1
Gesamtergebnis	-554.2	-546.7	-541.4	5.3	1.0	12.8	2.3
davon Funktionen:							
2 Bildung	-74.3	-75.3	-73.9	1.4	1.9	0.5	0.6
4 Gesundheit	-414.6	-407.4	-400.5	6.9	1.7	14.1	3.4
5 Soziale Sicherheit	-64.3	-63.0	-66.0	-3.0	-4.8	-1.7	-2.7
8 Volkswirtschaft	-0.9	-1.0	-1.0	0.0	2.7	-0.1	-11.6

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-0.8	0.0	-0.5	-0.5	-100.0	0.3	37.5
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.8	-0.4	0.0	0.4	100.0	0.8	100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-10.4	0.0	-12.6	-12.6	-100.0	-2.2	-20.2
Nettoinvestitionen	-12.0	-0.4	-13.1	-12.7	...	-1.1	-9.2
Saldo Investitionsrechnung	-12.0	-0.4	-13.1	-12.7	...	-1.1	-9.2

Kommentar

- 1 Die Personalkosten erhöhen sich hauptsächlich durch den Aufbau der Verkehrsmedizin am Institut für Rechtsmedizin. Die Ausgaben werden mittels Mehreinnahmen kompensiert.
- 2 Der Rückgang ist auf einen rückläufigen Bedarf beim Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen und bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler zurückzuführen. Höhere Beiträge fallen im Bereich der Ergänzungsleistungen in der Langzeitpflege, der Restfinanzierung der Pflegeheime sowie bei den Suchttherapien nach Alkohol- und Drogengesetz an.
- 3 Der Kanton Basel-Landschaft erhöht ab 2015 seinen Beitrag an das gemeinsame Krebsregister. Zudem werden höhere Abgeltungen durch die Universität an das Institut für Rechtsmedizin ausgerichtet.

Generalsekretariat GD

GD-701

Das Generalsekretariat stellt die Geschäftsabwicklung des Departements mit dem Regierungsrat, dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, den weiteren kantonalen Verwaltungsstellen sowie mit Dritten sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Dienstleistungen in den Abteilungen Personal und Recht und den drei Stabsstellen Kommunikation, Planungs-koordination und Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen, unterstützt es den Vorsteher und die Bereiche des Departements. Die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen vertritt seit 2012 die Eigentümerinteressen gegenüber den verselbständigten öffentlichen Spitälern des Kantons Basel-Stadt sowie gegenüber dem Universitäts-Kinderspital beider Basel.

Internet: www.gd.bs.ch

Tätigkeiten und Projekte

Beteiligungsmanagement Die öffentlichen Spitäler wurden per 1. Januar 2012 verselbständigt. Die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen des Gesundheitsdepartements nimmt als zuständige Fachstelle auf der Basis des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler, des Staatsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über das Universitäts-Kinderspital beider Basel sowie der Public Corporate Governance-Richtlinien des Regierungsrates die Aufgaben der Vertretung der Eigentümerinteressen gegenüber den öffentlichen Spitälern des Kantons Basel-Stadt (Universitätsspital Basel, Felix Platter-Spital, Universitäre Psychiatrische Kliniken) sowie dem Universitätskinderspital beider Basel, die gesetzliche Aufsicht und das entsprechende Beteiligungscontrolling wahr.

Der Kanton Basel-Stadt sieht die Schaffung eines Universitären Zentrums für Zahnmedizin vor (siehe: GD-720 Öffentliche Zahnkliniken). Vorbehältlich des Entscheids des Grossen Rats zum Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin und einem allfälligen Volksentscheid, sollen 2015 die erforderlichen Aufsichts- und Beteiligungscontrollingstrukturen und -instrumente geschaffen werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'986.8	-4'324.3	-4'410.4	-86.2	-2.0	-423.6	-10.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'617.2	-1'784.0	-1'656.9	127.2	7.1	-39.6	-2.5 ¹
36 Transferaufwand	-32.8	-33.5	-33.5	0.0	0.0	-0.7	-2.2
Betriebsaufwand	-5'636.8	-6'141.8	-6'100.8	41.0	0.7	-464.0	-8.2
42 Entgelte	193.8	130.8	130.8	0.0	0.0	-63.0	-32.5
46 Transferertrag	300.0	300.0	300.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	493.8	430.8	430.8	0.0	0.0	-63.0	-12.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'142.9	-5'711.0	-5'670.0	41.0	0.7	-527.1	-10.2
Betriebsergebnis	-5'142.9	-5'711.0	-5'670.0	41.0	0.7	-527.1	-10.2
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	0.0	0.2	100.0	0.2	100.0
44 Finanzertrag	1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.3	-100.0
Finanzergebnis	1.1	-0.2	0.0	0.2	100.0	-1.1	-100.0
Gesamtergebnis	-5'141.9	-5'711.2	-5'670.0	41.2	0.7	-528.1	-10.3
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-23.1	0.0	0.0	0.0	0.0	23.1	100.0
29 Übriges Bildungswesen	-65.1	-72.8	-70.3	2.5	3.5	-5.2	-7.9
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-5'053.6	-5'638.4	-5'599.7	38.7	0.7	-546.1	-10.8

Kommentar

1 Beim allgemeinen Betriebs- sowie beim Dienstleistungsaufwand wird mit tieferen Ausgaben gerechnet.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	29.05	27.5	25.0	27.4	28
Von der Psychiatrie-Rekurskommission behandelte Rekurse	Anz	189	183	0		0 ¹
Beim Rechtsdienst eingegangene Rekurse	Anz	5	9	14	7	7
Anteil Rekursentscheide in 3 Mt seit StN VI.	%	80	100	67	90	67

Kommentar

1 Aufgrund der Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts per 1. Januar 2013 entfallen beim Gesundheitsdepartement die Aufgaben der Psychiatrierekurskommission.

Gesundheitsdienste

GD-702

Die Gesundheitsdienste erbringen in drei Abteilungen (Medizinisch-pharmazeutische Dienste, Prävention sowie Sucht) Aufsichts- und Dienstleistungsfunktionen für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt.

Die Abteilung Medizinisch-pharmazeutische Dienste vollzieht Aufsichts- und Dienstleistungsfunktionen aufgrund kantonaler und nationaler Gesetzesgrundlagen. Als Fachinstanz ist sie zuständig für Bewilligungen, Qualitätssicherung und Heilmittelsicherheit. Dazu gehören der Vollzug der nationalen und kantonalen Gesetzgebung und die Aufsicht über die medizinisch-pharmazeutischen Berufe. Sie betreibt das Krebsregister beider Basel und konzipiert eine kantonale Krebsstrategie.

Die Abteilung Prävention erhält und fördert die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt mit gezielten Aktivitäten. Sie ist zuständig für die Planung, Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen, welche die Gesundheit der Basler Bevölkerung direkt oder indirekt unterstützen und stärken. Innerhalb der Abteilung setzt sich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt ein. Er fördert die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und berät Eltern und Lehrkräfte in Fragen der Prävention und Gesundheitsförderung.

Die Abteilung Sucht sorgt für ein adäquates, effizient genutztes Suchthilfeangebot. Ziel ist dabei, die Anzahl neuer Suchtmittelabhängiger zu senken und die Zahl jener zu steigern, denen der Ausstieg gelingt, die gesundheitlichen Schäden und die soziale Ausgrenzung der von einer Suchtproblematik betroffenen Menschen zu vermindern und den öffentlichen Raum vor negativen Auswirkungen der Drogenproblematik zu schützen.

Schliesslich sind die Gesundheitsdienste verantwortlich für die konkrete Umsetzung der regierungsrätlichen Leitlinien zu Basel 55+.

Internet: www.gesundheitsdienste.bs.ch

Tätigkeiten und Projekte

Schwerpunktprogramme Gesundheitsförderung und Prävention Die Bevölkerung soll mit Schwerpunktkampagnen in der Stärkung einer gesundheitsbewussten Haltung aktiv unterstützt werden, wobei ein besonderes Gewicht auf zielgruppenspezifische, praxisnahe Projekte gelegt wird (z.B. Projekte für Jugendliche und ältere Menschen). Bei der Entwicklung und Planung dieser Projekte und Programme werden die Ergebnisse der kantonalen und nationalen Gesundheitsbefragungen berücksichtigt. Bisherige Analysen haben einen Handlungsbedarf namentlich bei den Themen Alter und Gesundheit, psychische Gesundheit, gesundes Körpergewicht, Gesundheitsförderung im Frühbereich inkl. Impfprogramme und Präventionsangebote in der Schwangerschaft bzw. frühen Elternschaft, Migration und Gesundheit, Patientenrechte und Umgang mit Medizinaldienstleistungen sowie Intervention im Suchtbereich (Alkohol, Tabak, Verhaltenssüchte) gezeigt. Dazu gehört auch die Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten im Rahmen des revidierten Epidemiengesetzes des Bundes. Zu diesen Themen wurden nachhaltige Programme und Projekte entwickelt. Die bereits in Umsetzung befindlichen Programme werden im kommenden Jahr fortgeführt.

Aufbau und Umsetzung einer kantonalen Krebsstrategie Ein Konzept zu einer kantonalen Krebsstrategie von der Aufklärung und Information der Basler Bevölkerung bis hin zu Palliativ Care soll ausgearbeitet und implementiert werden. Basis der kantonalen Krebsstrategie ist die sich in Arbeit befindliche Nationale Krebsstrategie. Das Krebsregister beider Basel ist ein zentraler Pfeiler der Krebsstrategie und muss an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Die Einführung eines Mammografie-Screening-Programms im Kanton Basel-Stadt wurde vom Grossen Rat verabschiedet und hat als erste Massnahme der Krebsstrategie Mitte 2014 den Betrieb in Zusammenarbeit mit der Krebsliga beider Basel aufgenommen.

Strategie Sucht 2016 Damit der Suchtbereich im Kanton Basel-Stadt laufend den Veränderungen angepasst werden kann, wird unter Einbezug der Bedarfsentwicklung eine kantonale Suchtstrategie für die kommenden Jahre konzipiert und umgesetzt (rollende Planung, Vernetzung, Angebotsanpassung, Monitoring). Als Schwerpunkte wurden die Bereiche Jugend und Sucht, Alter und Sucht, neue

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'935.4	-9'604.0	-9'536.3	67.8	0.7	-600.8	-6.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'842.5	-4'838.0	-4'918.6	-80.6	-1.7	-76.1	-1.6
36 Transferaufwand	-10'685.8	-10'593.0	-11'276.8	-683.8	-6.5	-591.0	-5.5
Betriebsaufwand	-24'463.8	-25'035.0	-25'731.7	-696.7	-2.8	-1'267.9	-5.2
42 Entgelte	676.7	645.7	689.6	43.9	6.8	12.9	1.9
46 Transferertrag	1'705.3	2'159.3	2'277.1	117.8	5.5	571.8	33.5
Betriebsertrag	2'382.0	2'805.0	2'966.7	161.7	5.8	584.7	24.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-22'081.8	-22'230.0	-22'765.0	-535.0	-2.4	-683.2	-3.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-146.6	0.0	0.0	0.0	0.0	146.6	100.0
Abschreibungen	-146.6	0.0	0.0	0.0	0.0	146.6	100.0
Betriebsergebnis	-22'228.4	-22'230.0	-22'765.0	-535.0	-2.4	-536.6	-2.4
Gesamtergebnis	-22'228.4	-22'230.0	-22'765.0	-535.0	-2.4	-536.6	-2.4
davon Funktionen:							
43 Gesundheitsprävention	-11'717.9	-11'466.4	-11'517.3	-51.0	-0.4	200.6	1.7
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-10'510.5	-10'763.6	-11'247.7	-484.0	-4.5	-737.2	-7.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-51.0	0.0	0.0	0.0	0.0	51.0	100.0
Nettoinvestitionen	-51.0	0.0	0.0	0.0	0.0	51.0	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-51.0	0.0	0.0	0.0	0.0	51.0	100.0

Kommentar

- Der Beitrag des Kantons Basel-Stadt an das Krebsregister beider Basel wird zur Verbesserung der Darstellung neu in Kontengruppe 36 abgebildet. Im Gegenzug reduziert sich dadurch das Budget des Personalaufwandes (Kontengruppe 30) in gleicher Höhe um 0.3 Mio. Franken. An die Aidshilfe beider Basel werden neu Mittel für Schulprojekte entrichtet. Der Budgetposten für Suchttherapien nach Alkohol- und Drogengesetz (ADG) ist erhöht worden.
- Der Beitrag des Kantons Basel-Land an das Krebsregister beider Basel wird von 0.2 Mio. auf 0.3 Mio. Franken erhöht. Der Anteil des Kantons Basel-Stadt ist in gleicher Höhe im Aufwand budgetiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	55.9	59.8	61.0	63.4	64.4
Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Arzt/Ärztin	Anz	62	90	92	20	22
Auf dem Kantonsgebiet betriebene Apotheken	Anz	74	74	75	76	76
Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien	Anz	116	94	99	120	120
Termingerechte Dossiereröffnung Bewilligungen Apoth./Drog.	%	100	100	100	100	100
Termingerechte Kostengutsprachen für stat. Suchttherapien	%	100	100	100	90	90

Abhängigkeitserkrankungen (Verhaltenssüchte wie z.B. Internet- und Glücksspielsucht), die Tabakprävention und der zeitgemässe gesellschaftliche Umgang mit Cannabis evaluiert. In allen Schwerpunkten werden nachhaltige Massnahmen geplant, entwickelt und umgesetzt.

Basel 55+ Da die Weichen für ein gutes „Altern“ schon früh im Leben gestellt werden, werden mit Basel 55+ künftig auch Menschen angesprochen, die sich im Übergang vom Erwerbs- ins Rentenalter befinden. Deshalb wird die Bezeichnung „Alterspolitik“ durch die Bezeichnung „Basel 55+“ ersetzt. Dadurch soll einerseits der Individualität des älter werdenden Menschen Rechnung getragen werden. Andererseits sollen auch kommende Generationen in die Planung und Umsetzung einbezogen und deren künftiger Bedarf – gerade bei langfristig wirksamen Massnahmen wie Gesetzesreformen oder

Infrastrukturprojekten – berücksichtigt werden. Zu zehn vom Regierungsrat verabschiedeten Leitlinien in allen relevanten Themenbereichen werden jährlich konkrete Massnahmen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Quartieren, anderen Departementen sowie internen und externen Partnern geplant, entwickelt und umgesetzt.

Gesundheitsschutz

GD-706

Der Bereich Gesundheitsschutz wird gebildet durch die Abteilungen Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin, den Kantonszahnärztlichen Dienst und den Betrieb der öffentlichen Zahnkliniken (siehe GD-720).

Die Lebensmittelkontrolle sorgt dafür, dass die in Basel angebotenen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände die gesetzlichen Vorschriften erfüllen, damit die Bevölkerung nur Konsumartikel bezieht, welche gemäss Lebensmittelrecht die Gesundheit nicht direkt oder indirekt gefährden und deren Zusammensetzung beziehungsweise Aufmachung nicht täuschend sind. Dazu werden repräsentative Proben erhoben und auf deren Rechtskonformität untersucht. Die Lebensmittelbetriebe werden entsprechend ihrer Risikoklasse regelmässig überprüft. Verstösse werden geahndet.

Um Bevölkerung und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Organismen aus Anlagen und Verkehrswegen bestmöglich zu schützen, werden Betriebseinheiten der Höchstisikoklasse mit potenziell gefährlichen Chemikalien oder biologischem Material mindestens alle zwei Jahre risikobasiert inspiziert. Der ABC-Schutz berät Einsatzkräfte und die Bevölkerung bei allfälligen Ereignissen mit gefährlichen Stoffen.

Das Institut für Rechtsmedizin bietet seinen Auftraggebern aus den Bereichen der Rechtspflege ein umfassendes forensisch-medizinisches und naturwissenschaftlich-kriminalistisches Leistungsangebot wie Abklärungen im Zusammenhang mit aussergewöhnlichen Todesfällen, Untersuchungen und Befunddokumentationen bei Opfern von Körperverletzungsdelikten sowie verkehrsmedizinischen Untersuchungen. Im Weiteren werden forensisch-toxikologische Analysen auf Drogen, Alkohol und Medikamente bei verstorbenen Personen, bei in Körperverletzungsdelikte involvierten Personen, bei Strassenverkehrsteilnehmenden und bei Personen, bei denen eine Fahreignungsabklärung angeordnet ist, durchgeführt. Die forensischen DNA-Analysen ermöglichen mit hoher Sicherheit die Zuordnung von Spuren zu Tatverdächtigen und helfen gemeinsam mit den anderen Untersuchungsverfahren bei der Aufklärung von Straftaten. Die forensisch-chemischen Untersuchungen von Betäubungsmitteln geben Aufschluss über die Reinheit und den Wirkstoff-Gehalt von illegalen Drogen.

Das Veterinäramt sorgt dafür, dass unsere Nutz-, Heim- und Wildtiere tierschutz- und artgerecht gehalten und vor Krankheiten geschützt werden. Die Bevölkerung soll zudem vor gefährlichen oder an Zoonosen erkrankten Tieren geschützt werden. Hierzu führt das Veterinäramt gemeinsam mit dem Bund Präventionsprogramme durch. Hundebisse aller Rassen müssen gemeldet und deren Ursachen abgeklärt werden. Die Hauptaktivitäten der Fachstelle Tierschutz bestehen in der Ausbildung, Beratung und Kontrolle privater Tierhaltungen, gewerbmässiger Wildtierhaltungen, von Zoo-Fachgeschäften und im Bereich der wissenschaftlichen Tierversuche. Die Fleischkontrolle des Kantons Basel-Stadt überwacht die Umsetzung der Tierschutz- und Tierseuchengesetzgebung bei Schlachttieren und die Einhaltung der lebensmittelrechtlichen und tierseuchenpolizeilichen Vorgaben für Fleisch und Schlachtabfälle im Schlachthof Basel-Stadt. Lebende Tiere werden nur exportiert beziehungsweise importiert, wenn sie vom Veterinäramt für gesund und reisetauglich befunden worden sind. Sendungen mit Waren tierischer Herkunft werden tierseuchenpolizeilich und/oder artenschutzrechtlich überprüft, bevor sie versandt oder eingeführt werden.

Der Kantonszahnärztliche Dienst gewährleistet die Umsetzung des kantonalen Gesundheitsgesetzes (SG 300.100; GesG) und der Verordnung über die Fachpersonen und Betriebe im Gesundheitswesen (SG 310.120; Bewilligungsverordnung) im Sinne des Patientenschutzes. Der Kantonszahnarzt übernimmt die gesundheitspolizeilichen Aufsichtsfunktionen der zahnmedizinischen Fachpersonen und Betriebe. Die Gesuche von zahnärztlichen und nicht ärztlichen Medizinalpersonen in der Zahnmedizin werden überprüft und fehlende Dokumente (inkl. Qualitätssicherung) eingefordert. Kontrollen vor Ort werden bei Verdacht oder auf Hinweise hin stichprobenweise durchgeführt. Das Medizinalberuferegister des Bundes wird wöchentlich aktualisiert.

Die öffentlichen Zahnkliniken sind im Interesse der allgemeinen Gesundheit mit der Zahnpflege für finanziell schwächer gestellte Kinder und Erwachsene beauftragt.

Internet: www.gesundheitsschutz-bs.ch

Tätigkeiten und Projekte

One Health Das One Health-Konzept berücksichtigt Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen Mensch, Tier und Umwelt, welche sich in der Gesundheit niederschlagen. Im Rahmen dieses Konzepts wird die inter- und transdisziplinäre Wissensbildung und -förderung zwischen dem Bereich Gesundheitsschutz, weiteren kantonalen Aufgabenbereichen aber auch externen Institutionen gestärkt. Dabei sollen Themen wie Allergene/Allergien, Food Waste oder tiergestützte Interventionen in der Therapie breit diskutiert und Möglichkeiten der Zusammenarbeit geprüft werden.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-14'876.1	-14'713.6	-15'820.8	-1'107.2	-7.5	-944.7	-6.4 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'072.2	-5'394.6	-5'381.5	13.2	0.2	-309.2	-6.1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-530.2	-488.3	-560.0	-71.7	-14.7	-29.8	-5.6
36 Transferaufwand	0.0	0.0	-32.0	-32.0	0.0	-32.0	0.0
Betriebsaufwand	-20'478.5	-20'596.5	-21'794.2	-1'197.7	-5.8	-1'315.7	-6.4
42 Entgelte	7'472.1	7'415.5	8'088.2	672.7	9.1	616.1	8.2 ²
46 Transferertrag	604.3	601.0	1'096.0	495.0	82.4	491.7	81.4 ³
Betriebsertrag	8'076.4	8'016.5	9'184.2	1'167.7	14.6	1'107.8	13.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-12'402.1	-12'580.0	-12'610.0	-30.0	-0.2	-207.9	-1.7
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-200.2	-464.0	-329.0	135.0	29.1	-128.8	-64.3 ⁴
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	13.6	0.0	0.0	0.0	0.0	-13.6	-100.0
Abschreibungen	-186.6	-464.0	-329.0	135.0	29.1	-142.4	-76.3
Betriebsergebnis	-12'588.7	-13'044.0	-12'939.0	105.0	0.8	-350.3	-2.8
34 Finanzaufwand	-12.7	-8.6	0.0	8.6	100.0	12.7	100.0
44 Finanzertrag	9.4	0.0	9.4	9.4	0.0	-0.0	-0.0
Finanzergebnis	-3.3	-8.6	9.4	18.0	209.3	12.7	385.2
Gesamtergebnis	-12'592.0	-13'052.6	-12'929.6	123.0	0.9	-337.6	-2.7
davon Funktionen:							
43 Gesundheitsprävention	-1'985.5	-2'038.6	-1'739.5	299.1	14.7	246.0	12.4
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-9'660.4	-9'974.0	-10'163.8	-189.8	-1.9	-503.3	-5.2
73 Abfallwirtschaft	-34.6	4.8	-9.3	-14.1	-293.5	25.3	73.1
81 Landwirtschaft	-670.9	-751.7	-697.7	54.0	7.2	-26.7	-4.0
83 Jagd und Fischerei	-310.7	-404.6	-417.3	-12.7	-3.1	-106.5	-34.3
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	70.2	111.4	97.9	-13.5	-12.1	27.7	39.5

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-778.9	0.0	-500.0	-500.0	-100	278.9	35.8
Ausgaben Kleininvestitionen	-408.9	-434.0	0.0	434.0	100.0	408.9	100.0
Nettoinvestitionen	-1'187.8	-434.0	-500.0	-66.0	-15.2	687.8	57.9
Saldo Investitionsrechnung	-1'187.8	-434.0	-500.0	-66.6	-15.2	687.8	57.9

Kommentar

- 1 Der Personalaufwand erhöht sich aufgrund des Aufbaus der Verkehrsmedizin am Institut für Rechtsmedizin (IRM) sowie der Eingliederung des Kantonszahnärztlichen Dienstes in der Dienststelle.
- 2 Die zusätzlichen Einnahmen sind auf die Privatzahlerinnen und -zahler in der Verkehrsmedizin zurückzuführen. Insgesamt fällt der Ausbau der Verkehrsmedizin am IRM kostenneutral aus.
- 3 Die Neubesetzung der Leitung des IRM führt zu höheren Erträgen für die Lehr- und Forschungstätigkeit des Institutes durch die Universität Basel, da die damit einhergehende neue Professur nun zu 100 Prozent abgegolten wird.
- 4 Aufgrund geringerer Investitionen ergeben sich tiefere Abschreibungen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	80.3	77.5	79.9	82.5	91.1 ¹
Überprüfung Beissvorfälle mit auffälligen Hunden	Anz	91	99	93	80	75
Abgelehnte Rekurse gg. Verfügungen des Veterinäramtes	Anz	0	0	0	0	0.0 ²
Anteil kontrollierter Lebensmittelbetriebe im Kanton	%	100	42	45	45	45
Unters. Proben bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen	Anz			28.2	10	12 ³
Anteil kontrollierter Betriebe	%	38	35	45	40	40 ⁴
Anzahl bearbeiteter Fälle im Institut für Rechtsmedizin	Anz	7'300	8'100	8'380	8'000	8'500 ⁵
Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden des IRM ist hoch	%	99	100	100	90	90 ⁶

Kommentar

- 1 Der Aufbau der Verkehrsmedizin am Institut für Rechtsmedizin führt zu einer Erhöhung des Headcounts um 7 Stellen.
- 2 Es handelt sich um Verfügungen betreffend Hundehaltung.
- 3 Neue Kennzahl ab 2012. Der Anteil wird pro 1'000 Einwohner berechnet.
- 4 Es handelt sich um Betriebe, die der Störfall- und Einschliessungsverordnung unterstehen.
- 5 Seit 2011 wird eine neue Zählweise im Bereich Genetik angewendet.
- 6 Die Kundenbefragung wird alle zwei Jahre durchgeführt.

Störfallvorsorge Badischer Bahnhof Das Kantonale Labor kümmert sich um die Koordination der Raumplanung mit der Störfallvorsorge insbesondere bei den geplanten Projekten der Stadtentwicklung. Im Bereich Gefahrguttransport hat das Kantonale Labor zusammen mit den Bundesämtern für Verkehr und für Umwelt eine Benchmark-Risikoanalyse des Gefahrguttransports durch den Badischen Bahnhof anfertigen lassen, um eine Vergleichsbasis für die Beurteilung der Risiken zu erhalten. Die entsprechende Risikoermittlung der Deutschen Bahn wird in der zweiten Jahreshälfte 2014 erwartet. Deren Umsetzung wird das Kantonale Labor 2015 beschäftigen.

Hundepolicy BS Mit der ‚Hundepolicy BS‘ verfolgt das Veterinäramt (VA) das Ziel einer tierschutzkonformen, artgerechten und sozialverträglichen Hundehaltung auf dem Kantonsgebiet unter Berücksichtigung der bereits erzielten Ergebnisse in der Hundehaltung sowie mit dem Ziel eines guten Nebeneinanders zwischen Hundehaltern und anderen Nutzern des öffentlichen Raums. Die Abstimmung der verschiedenen Bedürfnisse erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen VA, Stadtgärtnerei, Kantonspolizei (Diensthundegruppe) sowie Stadtteilsekretariaten und Quartiervereinen. 2015 sollen weitere Hundeeareale auf dem Kantonsgebiet evaluiert werden.

Ausbau Verkehrsmedizin Aufgrund der Umsetzung des zweiten Umsetzungspakets des Verkehrssicherheitsprogramms „via sicura“ des Bundes können bestimmte verkehrsmedizinische Begutachtungen zukünftig nur noch durch speziell ausgebildete „Verkehrsmediziner SGRM“ (Facharzt-titel der Schw. Gesellschaft für Rechtsmedizin) durchgeführt werden. Das Institut für Rechtsmedizin hat für die zeitgerechte und qualitativ einwandfreie Erstellung der Gutachten zu sorgen. Um dies zu gewährleisten erhöht sich der Headcount des Bereichs Gesundheitsschutz. Die Stellen werden anhand der Fallzahlen und aufgrund der Erfahrungen bei den Bearbeitungszeiten besetzt, so dass diese neue Aufgabe kostendeckend erbracht wird.

Öffentliche Zahnkliniken

GD-720

Der Aufgabenbereich der Öffentlichen Zahnkliniken umfasst die soziale Zahnpflege für Kinder, die mit Wohnsitz in der Stadt Basel haben, die regelmässige und unentgeltliche Durchführung von gruppenprophylaktischen Massnahmen (Instruktionen und Informationen über Zahnreinigung und Kariesprophylaxe) sowie eine sich daraus ergebende einmalige individuelle Beratung. Zum Leistungsspektrum der Schulzahnklinik Basel gehört weiter die jährliche kostenlose Kontrolle des Gebisses und die Behandlung der erkrankten Zähne gegen Entgelt gemäss UVG-Tarif. Bei entsprechendem Anspruch (in Analogie zur Verbilligung der Krankenkassenprämien) werden Reduktionen auf den Rechnungsbetrag gewährt.

Die Volkszahnklinik steht vorab allen nicht mehr schulpflichtigen Kantoneinwohnerinnen und -einwohnern mit Reduktionsberechtigung zur umfassenden zahnärztlichen Behandlung und Betreuung offen. Anspruch auf einen gestaffelt reduzierten Tarif gemäss Gesundheitsgesetz haben alle Personen, die in Basel-Stadt Beiträge zu den Krankenkassenprämien erhalten. Die übrigen Einwohnerinnen und Einwohner können sich in der Volkszahnklinik behandeln und betreuen lassen, soweit dies die Auslastung des Klinikbetriebs zulässt. Die Verrechnung der Leistungen erfolgt gemäss UVG-Tarif.

Die Öffentlichen Zahnkliniken haben neben der Durchführung der sozialen Zahnpflege auch die Aufgabe, als Weiter- und Fortbildungsstätte für diplomierte Zahnärztinnen und Zahnärzte und weitere Berufsangehörige aus dem zahnmedizinischen Bereich zu wirken. Im Weiteren werden 15 Dental-Assistentinnen und eine Büroassistentin ausgebildet.

Internet: www.zahnkliniken.bs.ch

Tätigkeiten und Projekte

Die zahnmedizinische Betreuung beinhaltet Leistungen für die zahnmedizinische Prophylaxe und die Behandlung.

Zahnmedizinische Prophylaxe Im Bereich der zahnmedizinischen Prophylaxe wird der Eindämmung der Kleinkinder-Karies hohe Priorität eingeräumt. So wird die Kooperation für die Früh-Prophylaxe nicht nur innerhalb des Gesundheits- und des Erziehungsdepartements vorangetrieben, sondern auch mit den lokalen Zahnärztegesellschaften und den Kinderärztinnen und Kinderärzten vertieft. Neu wird mit einem Fluoridlack der Schutz der neu durchbrechenden Zähne (mit noch nicht ausgereiftem Zahnschmelz) vor Zerstörung gestärkt. Somit sind später oft die bisher durchgeführten Fissurenversiegelungen nicht mehr notwendig.

Zahnmedizinische Behandlung Die zahnmedizinischen Behandlungskriterien richten sich nach dem Leistungsstandard der Schweizerischen Zahnärztegesellschaft sowie den Behandlungsempfehlungen der Vereinigung der Kantonszahnärzte und -zahnärztinnen der Schweiz für die soziale Zahnmedizin. Die Behandlungen haben das Ziel, die Kaufähigkeit mit wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Therapiemassnahmen zu erhalten oder wieder her zu stellen. Eine ausreichende Mundhygiene muss während 18 Monaten positiv beurteilt werden, bevor grössere Sanierungen oder kieferorthopädische Massnahmen durchgeführt werden.

Universitäres Zentrum für Zahnmedizin Basel Der Kanton Basel-Stadt sieht mit der Schaffung eines Universitären Zentrums für Zahnmedizin den Aufbau eines starken Kompetenzzentrums für die soziale und die universitäre Zahnmedizin inklusive der Kinderzahnmedizin an einem neuen gemeinsamen Standort im Campus Rosental vor. Im Vordergrund steht die Weiterführung der sozialen Zahnmedizin sowie die Nutzung von Synergien in der Behandlung, in der Lehre und in der Forschung durch eine Zusammenführung der universitären Zahnkliniken Basel mit den Öffentlichen Zahnkliniken des Kantons Basel-Stadt. Vorbehältlich des Entscheids des Grossen Rats zum Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin und einem allfälligen Volksentscheid, sollen 2015 die erforderlichen Führungsstrukturen geschaffen werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-11'960.5	-11'973.4	-11'747.6	225.9	1.9	213.0	1.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'487.3	-2'724.6	-2'444.4	280.2	10.3	43.0	1.7 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-2.5	-27.3	0.0	27.3	100.0	2.5	100.0
36 Transferaufwand	-3'046.5	-2'700.0	-2'700.0	0.0	0.0	346.5	11.4
Betriebsaufwand	-17'496.8	-17'425.3	-16'891.9	533.4	3.1	604.9	3.5
42 Entgelte	11'255.0	11'755.3	11'263.9	-491.4	-4.2	8.9	0.1 ³
Betriebsertrag	11'255.0	11'755.3	11'263.9	-491.4	-4.2	8.9	0.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-6'241.8	-5'670.0	-5'628.0	42.0	0.7	613.8	9.8
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-121.1	-2.5	-10.0	-7.5	-300.0	111.1	91.7
Abschreibungen	-121.1	-2.5	-10.0	-7.5	-300.0	111.1	91.7
Betriebsergebnis	-6'363.0	-5'672.5	-5'638.0	34.5	0.6	725.0	11.4
34 Finanzaufwand	-22.8	-22.0	-23.0	-1.0	-4.5	-0.2	-1.0
44 Finanzertrag	0.2	0.5	0.5	0.0	0.0	0.3	113.4
Finanzergebnis	-22.5	-21.5	-22.5	-1.0	-4.7	0.0	0.2
Gesamtergebnis	-6'385.5	-5'694.0	-5'660.5	33.5	0.6	725.0	11.4
davon Funktionen:							
43 Gesundheitsprävention	-2'911.9	-2'508.6	-2'504.7	3.9	0.2	407.2	14.0
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-3'473.7	-3'185.4	-3'155.8	29.6	0.9	317.9	9.2

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-99.9	0.0	0.0	0.0	0.0	99.9	100.0
Nettoinvestitionen	-99.9	0.0	0.0	0.0	0.0	99.9	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-99.9	0.0	0.0	0.0	0.0	99.9	100.0

Kommentar

- 1 Aufgrund der Schliessung der Aussenstelle Riehen und der personellen Änderung in der Klinikleitung wurden per Saldo 0.3 Mio. Franken tiefere Personalkosten geplant.
- 2 Kosten, die fix oder proportional zu den erbrachten Leistungen in der Schulzahnklinik Riehen entstanden sind (Material für Behandlungen, Aufträge an externe zahntechnische Labors und Raummiete), entfallen in der Grössenordnung von 120'000 Franken. Weitere Betriebskosten, in erster Linie im Zusammenhang mit Unterhalt und Dienstleistungen im IT-Bereich sowie bei den Pauschalfrankaturen, wurden um rund 150'000 Franken reduziert.
- 3 Durch die Auflösung der Aussenstelle in Riehen bzw. der Anpassung der Leistungsvereinbarung mit den Gemeinden Bettingen und Riehen wird das Umsatzvolumen der Einnahmen um mindestens 0.5 Mio. Franken tiefer ausfallen (Übernahme der Kosten, die nicht von den Eltern getragen werden durch die Landgemeinden).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	98.3	99.7	99.1	98.2	96.0
Anteil Kinder mit Empfehlung Kariesbehandlung MZ/bleib.Z	%	11.9	12.24	12.6	14.0	14.0
Prozentuale Veränderung Kariesindex im Vergleich zum Vorjahr	%	-11.7	-9.76	2.7	0.0	0.0
Anteil Garantieleistungen (zahnärztliche Leistungsqualität)	%	0.75	0.68	0.9	1.5	1.5

Gesundheitsversorgung

GD-730

Der Bereich Gesundheitsversorgung ist im Sinn eines Regulators und Mitfinanzierers verantwortlich für die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung in denjenigen Sektoren, in denen dem Kanton gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) sowohl Planungskompetenz wie auch Finanzierungsverpflichtung zukommen: Die Spitalversorgung und die Langzeitpflege. Hauptaufgaben sind Angebotsplanung, Förderung und Durchführung, Koordination und Überwachung von Qualitätssicherungsmaßnahmen, Aufsicht über die Leistungserbringer, Monitoring der Versorgungsleistung und Sicherstellung der Versorgungsleistung sowie Abwicklung der Finanzierung. Der Bereich umfasst folgende drei Abteilungen:

Die Abteilung Langzeitpflege plant, koordiniert und beaufsichtigt die Anbieter von Pflege-, und Spitexangeboten für Betagte im Kanton Basel-Stadt und ist für die Pflegebedarfsabklärung und Vermittlung von Pflegeplätzen im Kanton Basel-Stadt zuständig.

Die Abteilung Spitalversorgung plant die bedarfsgerechte Versorgung der baselstädtischen Bevölkerung mit stationären Spitalleistungen mittels kantonaler Spitalliste und Leistungsaufträgen. Die adäquate Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler wird sichergestellt. Die Koordination einer systematischen Qualitätssicherung in den Spitälern und ein Versorgungsmonitoring sind die Instrumente zur Sicherung einer qualitativ hochstehenden medizinischen Leistung.

Die Abteilung Projekte und Services leitet und unterstützt die Umsetzung von internen und externen Projekten in der Gesundheitsversorgung. Sie deckt die Querschnittsfunktionen des Bereichs (Finanzen, Recht, zentrales Sekretariat) ab und ist zuständig für die Erstellung des jährlich erscheinenden Gesundheitsversorgungsberichts über die stationäre Spitalversorgung und die Langzeitpflege im Kanton Basel-Stadt.

Internet: www.gesundheitsversorgung.bs.ch

Tätigkeiten und Projekte

Spitalplanung Die gemeinsame Versorgungsplanung für stationäre Leistungen am Juranordfuss gemeinsam mit den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn wird aktualisiert. Die Spitallisten dieser Kantone werden auf der Basis der Versorgungsplanung nach einheitlichen Kriterien weiterentwickelt. Daneben sollen die inner- und interkantonalen Patientenströme innerhalb der Nordwestschweizer Kantone abgebildet werden, um so auf mögliche Verschiebungen rechtzeitig reagieren zu können. Die baselstädtische Spitalliste und die Erneuerung der Leistungsaufträge und -vereinbarungen mit den Spitälern werden laufend überprüft.

Palliative Care Im Zuge der weiteren Vernetzung der Palliative Care-Anbieter im Kanton Basel-Stadt werden in einem Pilotprojekt die Einsatzmöglichkeiten von eHealth eruiert. Wichtige Umsetzungspartner sind dabei die freipraktizierenden Ärztinnen und Ärzte, die Spitex, das Palliativzentrum Hildegard sowie die Apotheken und Pflegeheime des Kantons.

Qualitätsmonitoring in den Spitälern des Kantons Basel-Stadt Um die hohe Qualität der medizinischen Versorgung im Kanton zu gewährleisten, werden die Qualitätssicherungsbestrebungen auf Bundesebene, welche das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und der Nationale Verein für Qualitätssicherung in Spitälern und Kliniken (ANQ) vorgeben, durch den Bereich Gesundheitsversorgung kantonal koordiniert. Weitere Aktivitäten ergänzen das Qualitätsmonitoring der Spitäler und Kliniken im Kanton.

Versorgungsmonitoring Das Versorgungsmonitoring untersucht einerseits die Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung, insbesondere der diagnosebezogenen Fallpauschalen (SwissDRG), auf die stationäre Versorgung. Andererseits liefert es die Datengrundlage für die Vergabe der Leistungsaufträge für die Spitalversorgung und kontrolliert, ob die mit den Spitälern vereinbarten Leistungsaufträge erfüllt werden. Beurteilungskriterien dafür sind die Qualität der Versorgung, der Zugang zu den Spitälern und die Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit der erbrachten Leistungen. Im Jahr 2015 ist geplant, mit dem Institut für evaluative Forschung in der Orthopädie eine prä- und postoperative Lebensqualitätserhebung zu Hüft- und Knieprothesen bei baselstädtischen Patientinnen und Patienten durchzuführen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'936.2	-4'480.7	-4'503.1	-22.4	-0.5	-566.9	-14.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'300.6	-1'862.1	-1'948.5	-86.3	-4.6	-647.9	-49.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-45.5	-28.1	-57.4	-29.3	-104.0	-12.0	-26.3
36 Transferaufwand	-502'463.0	-493'654.0	-487'898.0	5'756.0	1.2	14'565.0	2.9 ¹
Betriebsaufwand	-507'745.2	-500'025.0	-494'407.0	5'618.0	1.1	13'338.2	2.6
42 Entgelte	47.9	45.0	53.0	8.0	17.8	5.1	10.6
Betriebsertrag	47.9	45.0	53.0	8.0	17.8	5.1	10.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-507'697.3	-499'980.0	-494'354.0	5'626.0	1.1	13'343.3	2.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-117.7	0.0	0.0	0.0	0.0	117.7	100.0
Abschreibungen	-117.7	0.0	0.0	0.0	0.0	117.7	100.0
Betriebsergebnis	-507'815.0	-499'980.0	-494'354.0	5'626.0	1.1	13'461.0	2.7
Gesamtergebnis	-507'815.0	-499'980.0	-494'354.0	5'626.0	1.1	13'461.0	2.7
davon Funktionen:							
27 Hochschulen	-74'266.7	-75'179.5	-73'789.0	1'390.5	1.8	477.7	0.6
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-345'801.9	-335'836.6	-322'245.1	13'591.5	4.2	23'556.8	6.8
42 Ambulante Krankenpflege	-22'051.6	-24'500.0	-24'250.0	250.0	1.0	-2'198.4	-10.0
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-1'423.6	-8'010.0	-8'070.0	-60.0	-0.7	-6'646.4	-466.9
53 Alter + Hinterlassene	-64'271.2	-63'000.0	-66'000.0	-3'000.0	-4.8	-1'728.8	-2.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-242.7	0.0	0.0	0.0	0.0	242.7	100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-10'385.3	0.0	-12'600.0	-12'600.0	-100.0	-2'214.7	-21.3
Nettoinvestitionen	-10'628.0	0.0	-12'600.0	-12'600.0	-100.0	-1'972.0	-18.6
Saldo Investitionsrechnung	-10'628.0	0.0	-12'600.0	-12'600.0	-100.0	-1'972.0	-18.6

Kommentar

¹ Der erwartete Rückgang des Transferaufwands ist auf einen rückläufigen Bedarf beim Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen (2.9 Mio. Franken) und bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler (7.4 Mio. Franken) zurückzuführen. In der Langzeitpflege ist bei den Ergänzungsleistungen für Personen im Pflegeheim und der Restfinanzierung für Spitex-Dienste und Pflegeheime mit steigenden Ausgaben zu rechnen (3.8 Mio. Franken).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	25.25	25.8	26.0	28.0	28.0
Stationäre Spitalfälle mit Kantonsbeitrag	Anz	40'564	40'880	40'357	42'000	42'000
Durchschnittliche Wartezeit für Eintritt in Pflegeheime	Tg	69.2	89.1	87.3	80.0	73.0
Pflegedage in Pflegeheimen (in 1000 Tagen)	Tg	1'015.7	1'023.5	1'009.0	1'045.0	1'100.0

Demenzstrategie In Anlehnung an die nationale Demenzstrategie soll im Kanton Basel-Stadt ein kantonales Pendant erarbeitet werden. Daraus sollen verschiedene Massnahmen abgeleitet werden, welche die Vernetzung der einzelnen Leistungserbringer verbessern und die Versorgung von an einer Demenz leidenden Kantonsbewohnerinnen und -bewohnern optimieren soll.

Ambulante Pflege Um im Kanton Basel-Stadt die demographische Entwicklung sowie den damit in Zusammenhang stehenden Mehrbedarf an Pflegeleistungen antizipieren zu können, sind weitere Anstrengungen im Aufbau von ambulanten Pflegeangeboten sowie tagesstationären Angeboten in Tageskliniken notwendig. Im häuslichen Umfeld ist der niederschweligen Pflege durch Verwandte, Bekannte und Nachbarn besonderes Gewicht beizumessen.

Ausbau der Pflegeangebote Im Rahmen der nationalen Demenzstrategie wurden diverse Handlungsfelder definiert. Für den Kanton Basel-Stadt gilt es, im Pflegeheimbereich – nebst der geplanten

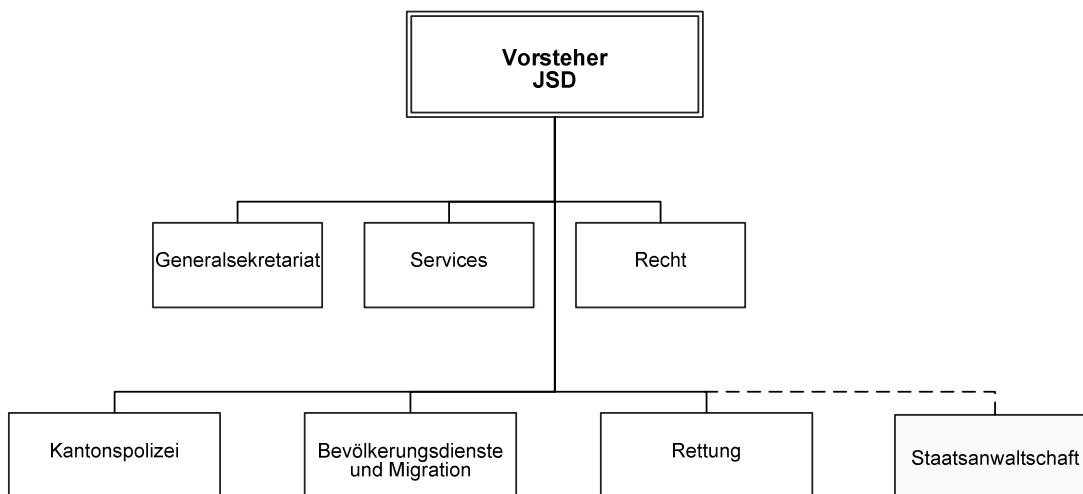
Erweiterung des auf die Betreuung von an einer starken Demenz leidenden Menschen spezialisierten Marthastifts – in weiteren Institutionen Kapazitäten für diese Pflegegruppe zu schaffen.

Aufsicht und Qualitätssicherung bei Leistungserbringern in der Langzeitpflege Mit dem ständigen Anstieg an ambulanten sowie stationären Institutionen im Langzeitpflegebereich wächst der Anspruch an die Qualitätssicherung. Im Pflegeheimbereich kommt zur Überprüfung der Qualitätskriterien das Instrument „qualivista“ zum Einsatz.

Gesundheitsversorgungsbericht Der fünfte Gesundheitsversorgungsbericht über das Jahr 2014 wird erarbeitet. Er bietet umfassende Informationen über die stationäre Spitalversorgung und die Langzeitpflege im Kanton Basel-Stadt. Die integrale Darstellung dieser Versorgungsbereiche ermöglicht eine kontinuierliche Evaluation der Auswirkungen der Reformanstrengungen im Bereich der Pflege- und Spitalfinanzierung.

4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

JSD-501/1	Generalsekretariat JSD	218
JSD-501/2	Services	220
JSD-501/3	Recht	222
JSD-506	Kantonspolizei	224
JSD-509	Rettung	227
JSD-510	Bevölkerungsdienste und Migration	229
JSD-520	Staatsanwaltschaft	232



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-223.2	-227.2	-229.3	-2.1	-0.9	-6.1	-2.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-110.9	-116.0	-111.8	4.2	3.6	-0.9	-0.8 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.5	-1.6	-1.5	0.0	0.5	-0.1	-4.3
36 Transferaufwand	-4.8	-5.4	-12.8	-7.5	-140.0	-8.0	-166.1 ²
Betriebsaufwand	-340.4	-350.1	-355.5	-5.4	-1.5	-15.1	-4.4
42 Entgelte	98.1	100.9	105.6	4.7	4.6	7.5	7.6
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	5.7	10.2	12.9	2.7	26.1	7.2	125.8 ³
Betriebsertrag	103.8	111.2	118.5	7.3	6.6	14.7	14.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-236.6	-238.9	-237.0	1.9	0.8	-0.4	-0.2
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4.2	-5.9	-5.9	-0.0	-0.0	-1.7	-40.2
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.4	-0.3	-0.3	0.0	0.6	0.1	32.4
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.6	0.0	0.4	0.4	0.0	-0.2	-38.6
Abschreibungen	-4.1	-6.2	-5.8	0.4	5.9	-1.8	-43.9
Betriebsergebnis	-240.7	-245.2	-242.9	2.3	0.9	-2.2	-0.9
34 Finanzaufwand	-0.8	-0.3	-0.3	0.0	5.9	0.5	60.0
44 Finanzertrag	0.3	0.0	0.0	0.0	1.6	-0.3	-96.2
Finanzergebnis	-0.5	-0.3	-0.3	0.0	6.2	0.2	33.1
Gesamtergebnis	-241.1	-245.5	-243.2	2.3	0.9	-2.1	-0.9
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-19.4	-20.6	-20.8	-0.2	-0.9	-1.4	-7.3
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-218.1	-220.5	-219.0	1.5	0.7	-1.0	-0.4
4 Gesundheit	-3.7	-4.3	-3.3	1.0	23.1	0.3	8.6

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-4.1	0.0	0.0	0.0	0.0	4.1	100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-2.0	-0.9	-0.6	0.3	30.8	1.4	69.1
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.8	0.0	0.0	0.0	0.0	1.8	100.0
Nettoinvestitionen	-7.8	-0.9	-0.6	0.3	30.8	7.2	92.2
Saldo Investitionsrechnung	-7.8	-0.9	-0.6	0.3	30.8	7.2	92.2

Kommentar

- Die Veränderung begründet sich hauptsächlich durch den Wegfall von Einmaleffekten aus der Durchführung der OSZE-Konferenz 2014 in Basel und durch tiefere Behandlungskosten im Massnahmenvollzug.
- Die Veränderung begründet sich durch a) die neue Buchungspraxis des Swisslos-Fonds (-7.2 Mio. Fr.) und b) höhere Staatsbeiträge an Institutionen (-0.3 Mio. Fr.).
- Die Veränderung begründet sich durch a) die neue Buchungspraxis des Swisslos-Fonds (7.2 Mio. Fr.), b) den Wegfall von Einmaleffekten aus der Durchführung der OSZE-Konferenz 2014 in Basel (-5.4 Mio. Fr.), c) den Bundesbeitrag an die Sicherheitskosten für das Asylempfangs- und -verfahrenszentrum (0.4 Mio. Fr.) und d) die budgetierte Gewinnbeteiligung an der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel (0.5 Mio. Fr.).

Generalsekretariat JSD

JSD-501/1

Der Bereich Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements. Er stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den anderen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit dem Politikreferat und der Beschwerdestelle, dem Fachreferat, dem Medienreferat und der Kanzlei unterstützt es die operativen Bereiche. Das im Jahr 2014 neu geschaffene Fachreferat vereinigt die Fachstelle Häusliche Gewalt, die Betreuung verschiedener beim Departement angesiedelter subventionierten Institutionen und anderer Organisationen sowie die Behandlung jener Querschnittsthemen, für die das Departement verantwortlich zeichnet (Prostitution, Extremismus etc.). Damit sind die betroffenen Stellen und Themen strukturell besser in das Departement eingebunden. Mit Geldern aus dem Swisslos-Fonds werden schwerwichtig regionale Projekte und Vorhaben in Kultur und Sport sowie im Sozialen unterstützt.

Tätigkeiten und Projekte

Reorganisation Das Generalsekretariat des Justiz- und Sicherheitsdepartements wurde im Jahre 2013 einer internen Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) unterzogen. Im Rahmen dieser GAP sind die Prozesslandschaft des Generalsekretariats überprüft und Kernprozesse teilweise neu definiert worden. Die Erkenntnisse aus der GAP zeigten, dass mit einer kleinen und kostenneutralen Reorganisation des Generalsekretariats die vorhandenen Ressourcen besser und effizienter eingesetzt werden können.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'087.2	-1'811.3	-1'744.1	67.2	3.7	343.2	16.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-448.3	-503.9	-478.8	25.0	5.0	-30.6	-6.8
36 Transferaufwand	-92.0	-1'475.0	-8'955.0	-7'480.0	-507.1	-8'863.0	...
Betriebsaufwand	-2'627.5	-3'790.2	-11'177.9	-7'387.7	-194.9	-8'550.4	-325.4
42 Entgelte	368.1	457.9	462.7	4.8	1.0	94.6	25.7
46 Transferertrag	0.0	0.0	7'200.0	7'200.0	0.0	7'200.0	0.0
Betriebsertrag	368.1	457.9	7'662.7	7'204.8	...	7'294.6	...
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-2'259.4	-3'332.3	-3'515.2	-183.0	-5.5	-1'255.8	-55.6
Betriebsergebnis	-2'259.4	-3'332.3	-3'515.2	-183.0	-5.5	-1'255.8	-55.6
44 Finanzertrag	12.5	12.5	12.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	12.5	12.5	12.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-2'246.9	-3'319.8	-3'502.7	-183.0	-5.5	-1'255.8	-55.9
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-2'246.9	-3'319.8	-3'502.7	-183.0	-5.5	-1'255.8	-55.9

Kommentar

- 1 Die Änderung der Buchungspraxis für Auszahlungen des Swisslos-Fonds führt zu erfolgsneutralen Aufwands- und Ertragsbuchungen von je 7.2 Mio. Franken. Weiters erhöhen sich die Staatsbeiträge an Institutionen um 0.28 Mio. Franken.
- 2 Die Änderung der Buchungspraxis für Auszahlungen des Swisslos-Fonds führt zu erfolgsneutralen Aufwands- und Ertragsbuchungen von je 7.2 Mio. Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.5	11.5	10.8	11.5	11.5
Eingegangene Beschwerden	Anz	70	79	76	80	75
- davon ganz oder teilweise gutgeheissen	%	31.4	35.4	30.3		
Gesuche an den Swisslos-Fonds	Anz	530	518	538	600	600
- davon bewilligt	%	46.4	55.2	50.6		
Medienmitteilungen	Anz	600	500	530	600	550

Services

JSD-501/2

Vom Bereich Services werden die Unterstützungsaufgaben in den Gebieten Finanzen und Gebäudemanagement, Controlling, Personal, Bauprojekte und Sicherheit, Beschaffung und Informatik für das gesamte Justiz- und Sicherheitsdepartement wahrgenommen bzw. koordiniert. Zudem übernimmt der Bereich Services verschiedene betriebswirtschaftliche und projektbezogene Aufgaben für die Departementsleitung und die operativen Bereiche.

Als übergeordnete Zielsetzung soll der Bereich Services für effiziente betriebswirtschaftliche Abläufe im Departement sorgen und einen wesentlichen Beitrag zum optimalen Einsatz der vorhandenen personellen, finanziellen, materiellen und räumlichen Ressourcen leisten.

Tätigkeiten und Projekte

Konsolidierung der Serverstandorte Die Server des Justiz- und Sicherheitsdepartements sind heute auf mehrere Standorte verteilt. Künftig werden die Server an zwei erdbebensicheren Standorten (Spiegelhof und Lützelhof) zusammengefasst. Dieser Umzug ist schwerpunktmässig im Jahr 2015 geplant.

Überprüfung der Organisationseinheiten Das Controlling überprüft im Verlauf des Jahres 2015 verschiedene Abteilungen auf deren Effizienz und Effektivität. Bei dieser Prüfung geht es darum, Potenziale aufzudecken und mögliche Synergien mit anderen Abteilungen zu nutzen.

Technische Vereinheitlichung Einsatzleitsystem Das Justiz- und Sicherheitsdepartement will seine drei Einsatzzentralen (EZ) – jene der Kantonspolizei, der Feuerwehr und der Sanität – künftig auf dem gleichen System betreiben. Die EZ der Kantonspolizei und der Feuerwehr sind bereits auf dem gleichen System, die EZ der Sanität soll eingebunden werden. Im Jahr 2015 erfolgt die technische Umsetzung.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-10'355.0	-10'361.6	-10'501.1	-139.5	-1.3	-146.0	-1.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-7'312.4	-7'179.3	-7'000.6	178.7	2.5	311.9	4.3
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-68.4	-27.0	-27.0	0.0	0.0	41.4	60.5
Betriebsaufwand	-17'735.9	-17'567.9	-17'528.6	39.3	0.2	207.2	1.2
42 Entgelte	738.1	477.9	324.1	-153.8	-32.2	-414.0	-56.1 ¹
Betriebsertrag	738.1	477.9	324.1	-153.8	-32.2	-414.0	-56.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-16'997.8	-17'090.0	-17'204.5	-114.5	-0.7	-206.7	-1.2
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-149.9	-220.0	-100.0	120.0	54.5	49.9	33.3 ²
Abschreibungen	-149.9	-220.0	-100.0	120.0	54.5	49.9	33.3
Betriebsergebnis	-17'147.7	-17'310.0	-17'304.5	5.5	0.0	-156.8	-0.9
34 Finanzaufwand	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.4	100.0
Finanzergebnis	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.4	100.0
Gesamtergebnis	-17'148.1	-17'310.0	-17'304.5	5.5	0.0	-156.5	-0.9
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-17'148.1	-17'310.0	-17'304.5	5.5	0.0	-156.5	-0.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-552.6	0.0	0.0	0.0	0.0	552.6	100.0
Nettoinvestitionen	-552.6	0.0	0.0	0.0	0.0	552.6	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-552.6	0.0	0.0	0.0	0.0	552.6	100.0

Kommentar

- 1 Neu werden Anlageverkäufe dezentral in allen Bereichen des Justiz- und Sicherheitsdepartements verbucht.
- 2 Der Rückgang ist auf eine departementsinterne Verschiebung einer Anlage zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	76.7	77.2	80.2	81.2	82.2
Lehrstellen im Departement	Anz	26	24	23	25	25
Raumkosten (Miete, Reinigung, Nebenkosten) pro m2	Fr	302	292	291	290	296
Betreute Mitarbeiterdossiers im Personaldienst pro Stelle	Anz	212	223	221	227	226
Betreute Arbeitsplätze pro Mitarbeiter im PC-Support	Anz	249	391	405	395	412 ¹

Kommentar

- 1 Von 2011 auf 2012 Reduktion der Ressourcen im PC-Support um 2 Vollzeitstellen bei gleichbleibender Anzahl betreuter Arbeitsplätze.

Recht

JSD-501/3

Der Bereich Recht des Justiz- und Sicherheitsdepartements ist zum einen eine Stabsstelle des Vorstehers und gewährleistet zum anderen die juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates. Er setzt sich zusammen aus der Rechtsabteilung sowie dem Handelsregisteramt. Zur Rechtsabteilung gehören zudem diverse Kommissionen (Justizkommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und die Notariatsprüfungsbehörde.

Zu den juristischen Dienstleistungen beziehungsweise Aufgaben der Rechtsabteilung gehören im Wesentlichen die erwähnte juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates, die Ausarbeitung von Erlassen und (Staats-)Verträgen sowie die Einholung entsprechender Vernehmlassungen und die Einarbeitung berechtigter Anliegen, die juristische Bearbeitung politischer Geschäfte (Initiativen, Motionen, Interpellationen, Anzüge, schriftliche Anfragen), die Führung der Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden, die Instruktion von Rekursverfahren und die Ausarbeitung von Rekursentscheiden des Departements, die Vertretung von Rekursverfahren vor richterlichen Instanzen von Bund und Kanton und die Ausarbeitung entsprechender Stellungnahmen, die Aufsicht über das Handelsregisteramt, die Behandlung von Namensänderungen sowie die Bewältigung von Aufgaben im Zusammenhang mit den bei der Rechtsabteilung angesiedelten Kommissionen und der Notariatsprüfungsbehörde. Es werden weiter Vernehmlassungen zu Erlassentwürfen des Bundes und anderer Departemente verfasst. Die Rechtsabteilung ist nicht zuletzt Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger.

Das Handelsregisteramt ist in seinem Aufgabengebiet für die Umsetzung von Bundesrecht verantwortlich.

Tätigkeiten und Projekte

Für das Budgetjahr 2015 sind keine neuen Projekte geplant. Die im Jahre 2014 laufenden Projekte werden 2015 weitergeführt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'569.1	-3'410.6	-3'206.8	203.9	6.0	362.3	10.2 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-262.0	-223.8	-214.8	8.9	4.0	47.2	18.0
36 Transferaufwand	-1'507.4	0.0	0.0	0.0	0.0	1'507.4	100.0
Betriebsaufwand	-5'338.6	-3'634.4	-3'421.6	212.8	5.9	1'917.0	35.9
42 Entgelte	1'744.6	2'001.0	2'070.0	69.0	3.4	325.4	18.7
Betriebsertrag	1'744.6	2'001.0	2'070.0	69.0	3.4	325.4	18.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'594.0	-1'633.4	-1'351.6	281.8	17.3	2'242.3	62.4
Betriebsergebnis	-3'594.0	-1'633.4	-1'351.6	281.8	17.3	2'242.3	62.4
34 Finanzaufwand	-1.3	-2.0	0.0	2.0	100.0	1.3	100.0
Finanzergebnis	-1.3	-2.0	0.0	2.0	100.0	1.3	100.0
Gesamtergebnis	-3'595.2	-1'635.4	-1'351.6	283.8	17.4	2'243.6	62.4
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-3'595.2	-1'635.4	-1'351.6	283.8	17.4	2'243.6	62.4

Kommentar

1 Zwei befristete Anstellungsverhältnisse wurden nach dem erfolgreichen Abschluss des Projekts «Effektivität und Effizienz in der Rechtsabteilung JSD» beendet.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	25.1	21.7	23.8	23.7	21.7
Eingegangene Rekurse JSD	Anz	230	262	168	210	230
Gesuche um Namensänderung	Anz	195	217	189	150	170
Formelle Prüfung der Erlasse für Kanton und Gemeinden	Anz	224	266	195	230	210
Rechtliche Zulässigkeit von Initiativen und Motionen	Anz	19	18	25	18	22
Vorgenommene Eintragungen im Handelsregister	Anz	7'405	8'586	7'350	7'500	7'400
Ausgestellte beglaubigte Handelsregister-Auszüge	Anz	6'117	5'898	5'197	6'200	5'200

Kantonspolizei

JSD-506

Gemäss allgemeinem Auftrag des Polizeigesetzes §1 sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung des Gesetzes: präsent zu sein, Aufklären, Informieren sowie Intervenieren und Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten, Regeln der Verkehrszulassungen von Personen und Fahrzeugen; rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthaltes und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (Kantonale Krisenorganisation).

Tätigkeiten und Projekte

Personal Im Jahr 2015 wird der Headcount der Kantonspolizei um 28.5 Stellen erhöht. Elf Stellen gehen zurück auf die vom Regierungsrat beschlossene stufenweise Aufstockung des Korps um 45 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten. 13 Stellen hängen mit der neuen Parkraumbewirtschaftung zusammen. Eine weitere Aufstockung von 4,5 Stellen betrifft das vom Bund lancierte Projekt Via Sicura, das hohe Mehrkosten für die Kantone zeitigt.

Weitere e-Government-Lösungen Das Angebot, Parkkarten übers Internet zu bestellen, findet bei den Kundinnen und Kunden regen Anklang. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen soll dieser elektronische Kundenservice auf weitere Parkier- und Zufahrtsbewilligungen ausgedehnt und auf Fahrzeug- und Führerzulassungsverfahren erweitert werden. Bei Übertretungsverfahren (Bussen, Radar) sollen Einsprachen und Einsichten in Radarbilder künftig elektronisch möglich sein, unter Einhaltung sämtlicher Datenschutzanforderungen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-112'683.6	-114'352.7	-115'762.3	-1'409.6	-1.2	-3'078.6	-2.7 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-26'242.7	-27'607.2	-25'712.2	1'895.0	6.9	530.5	2.0 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1'134.6	-1'265.0	-1'267.7	-2.7	-0.2	-133.1	-11.7
Betriebsaufwand	-140'060.9	-143'224.9	-142'742.2	482.7	0.3	-2'681.3	-1.9
42 Entgelte	31'585.6	34'729.9	35'648.8	918.9	2.6	4'063.2	12.9
46 Transferertrag	754.5	5'931.3	801.6	-5'129.7	-86.5	47.1	6.2 ³
Betriebsertrag	32'340.1	40'661.2	36'450.4	-4'210.8	-10.4	4'110.3	12.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-107'720.8	-102'563.6	-106'291.7	-3'728.1	-3.6	1'429.0	1.3
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2'318.9	-2'632.5	-2'672.0	-39.5	-1.5	-353.1	-15.2
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	363.8	0.0	364.0	364.0	0.0	0.2	0.1 ⁴
Abschreibungen	-1'955.2	-2'632.5	-2'308.0	324.5	12.3	-352.8	-18.0
Betriebsergebnis	-109'675.9	-105'196.1	-108'599.7	-3'403.6	-3.2	1'076.2	1.0
34 Finanzaufwand	-261.6	-283.0	-260.0	23.0	8.1	1.6	0.6
44 Finanzertrag	27.5	0.0	0.0	0.0	0.0	-27.5	-100.0
Finanzergebnis	-234.1	-283.0	-260.0	23.0	8.1	-25.9	-11.0
Gesamtergebnis	-109'910.1	-105'479.1	-108'859.7	-3'380.6	-3.2	1'050.4	1.0
davon Funktionen:							
11 Öffentliche Sicherheit	-107'765.5	-102'303.5	-106'481.6	-4'178.2	-4.1	1'283.8	1.2
16 Verteidigung	-2'144.6	-3'175.7	-2'378.1	797.6	25.1	-233.5	-10.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'330.5	0.0	0.0		0.0	1'330.5	
Ausgaben Kleininvestitionen	-1'798.3	-887.0	-614.0	273.0	30.8	1'184.3	65.9
Nettoinvestitionen	-3'128.7	-887.0	-614.0	273.0	30.8	2'514.7	80.4
Saldo Investitionsrechnung	-3'128.7	-887.0	-614.0	273.0	30.8	2'514.7	80.4

Kommentar

- Die Erhöhung um 1.4 Mio. Franken begründet sich durch a) den geplanten Ausbau des Polizeibestands (-1.6 Mio. Fr.), b) die Umsetzung der neuen Parkraumbewirtschaftung (-1.5 Mio. Fr.), c) Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Massnahmenpakets «Via sicura» (-0.8 Mio. Fr.) und d) den Wegfall von Einmaleffekten aus der Durchführung der OSZE-Konferenz 2014 in Basel (2.5 Mio. Fr.).
- Die Reduktion um 1.9 Mio. Franken ist mehrheitlich auf einmalige Effekte aus der Durchführung der OSZE-Konferenz 2014 in Basel zurückzuführen: Unter dieser Position wurden die Abgeltung fremder Polizeikorps sowie Material- und Treibstoffkosten budgetiert.
- Die Reduktion um 5.1 Mio. Franken ist mehrheitlich auf einmalige Effekte aus der Durchführung der OSZE-Konferenz 2014 in Basel zurückzuführen: Unter dieser Position wurden die Beiträge des Bundes budgetiert.
- Hierbei handelt es sich um die Auflösung des Bundesbeitrags an das System Polycorn.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose	
		2011	2012	2013	2014	2015	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	792.6	792.6	831.5	870.8	898.7	¹
Fluktuation	%	4.3	4.5	3.3			
Gesamtzufriedenheit der Bevölkerung	Wert		7.5				²
Hilfsbereitschaft der Polizei	Wert		8.2				³
Notrufe bei der Einsatzzentrale (Tel. 112/117)	Anz	53'261	55'488	54'325			
Polizeieinsätze	Anz	27'549	28'267	27'420			⁴
Requisitionseinträge	Anz	28'138	28'394	26'712			
Schwerverletzte im Strassenverkehr	Pers.	90	81	82			
Tote im Strassenverkehr	Pers.	3	5	2			

Kommentar

- 1 Der Ausbau begründet sich vor allem durch a) die Aufstockung des Polizeibestands (11 Stellen), b) die zusätzlichen Stellen im Zusammenhang mit der neuen Parkraumbewirtschaftung (13 Stellen) und c) die Umsetzung des nationalen Massnahmenpakets «Via sicura» (4.5 Stellen).
- 2 Resultat aus der Kundenbefragung, die 2012 erstmals in dieser Form durchgeführt wurde. Der Wert beschreibt auf einer Skala von 1 bis 10 die Zufriedenheit der baselstädtischen Bevölkerung mit der Kantonspolizei Basel-Stadt.
- 3 Resultat aus der Kundenbefragung, die 2012 erstmals in dieser Form durchgeführt wurde. Der Wert beschreibt auf einer Skala von 1 bis 10 die Zufriedenheit der baselstädtischen Bevölkerung mit der Kantonspolizei Basel-Stadt.
- 4 Entspricht der Anzahl Falleröffnungen in der Einsatzzentrale.

Rettung

JSD-509

Zu den Aufgaben des Bereiches Rettung gehören: Gewährleisten von Schutz und Sicherheit; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Einsatzvorbereitung; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brandbekämpfungs-, Chemiewehr-, Ölwehr- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen, Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Administration der Wehrpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Justiz- und Sicherheitsdepartements und Dritter.

Tätigkeiten und Projekte

Milizfeuerwehr Der Leistungsauftrag und die Struktur der Milizfeuerwehr werden überprüft. Sie sollen heutigen und zukünftigen Bedürfnissen entsprechen. Ziel ist zudem eine klare Abgrenzung gegenüber den Partnerorganisationen und ein möglichst hoher Grad an Selbständigkeit.

Hebelstrasse 51/53 Einerseits soll der Standort Hebelstrasse erdbebenertüchtigt werden, andererseits wird der Hof überdacht. Die Planungsarbeiten sind bis Ende 2014 abgeschlossen und der Ratschlag ausgearbeitet. Mitte 2015 sollte die Baubewilligung vorliegen.

Scherkessel Der Standort Scherkessel soll für die Einsatzformationen des Zivilschutzes Basel-Stadt zu einem zentralen Organisationsplatz und Zivilschutzmateriallager werden. So lassen sich der Unterhalt und die Bewirtschaftung des Materials verbessern sowie die Funktionalität des Scherkessels als zentraler Mobilisierungsplatz für den Zivilschutz sicherstellen. Das bisherige Mobilisierungs- und Materiallagerkonzept ist dezentral ausgerichtet; dies wird der heutigen Bedrohungslage nicht mehr gerecht. Für 2015 sind die Abgabe des Vorprojektes und die Einreichung des Baubehgehrens geplant.

Verwaltungs-Software PISA Die Verwaltung der Personaldaten der Zivilschutzangehörigen wird in das Personalinformationssystem der Armee (PISA) überführt; dies geschieht innerhalb eines gesamtschweizerischen Projektes. Die Umsetzung erfolgt ab 2015, Basel-Stadt ist dabei als Testkanton vorgesehen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-32'716.0	-34'167.0	-33'944.8	222.2	0.7	-1'228.8	-3.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'035.0	-12'989.4	-13'370.9	-381.5	-2.9	664.1	4.7
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-135.6	-152.8	-154.0	-1.2	-0.8	-18.4	-13.6
36 Transferaufwand	0.0	-160.0	-160.0	0.0	0.0	-160.0	0.0
Betriebsaufwand	-46'886.6	-47'469.2	-47'629.7	-160.6	-0.3	-743.2	-1.6
42 Entgelte	24'993.6	19'382.8	20'662.7	1'280.0	6.6	-4'330.9	-17.3
43 Verschiedene Erträge	0.0	40.0	0.0	-40.0	-100.0	0.0	0.0
46 Transferertrag	2'222.5	2'170.6	2'198.8	28.2	1.3	-23.7	-1.1
Betriebsertrag	27'216.1	21'593.3	22'861.5	1'268.2	5.9	-4'354.6	-16.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-19'670.5	-25'875.9	-24'768.2	1'107.6	4.3	-5'097.8	-25.9
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'099.2	-1'861.3	-1'899.0	-37.7	-2.0	-799.8	-72.8
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-76.8	0.0	0.0	0.0	0.0	76.8	100.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	73.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-73.8	-100.0
Abschreibungen	-1'102.1	-1'861.3	-1'899.0	-37.7	-2.0	-796.9	-72.3
Betriebsergebnis	-20'772.6	-27'737.1	-26'667.2	1'069.9	3.9	-5'894.7	-28.4
34 Finanzaufwand	-12.1	0.0	0.0	0.0	0.0	12.1	100.0
44 Finanzertrag	0.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.8	-100.0
Finanzergebnis	-11.2	0.0	0.0	0.0	0.0	11.2	100.0
Gesamtergebnis	-20'783.8	-27'737.1	-26'667.2	1'069.9	3.9	-5'883.4	-28.3
davon Funktionen:							
15 Feuerwehr	-6'407.8	-12'836.1	-12'717.2	118.9	0.9	-6'309.4	-98.5
16 Verteidigung	-10'720.0	-10'556.5	-10'607.0	-50.5	-0.5	113.0	1.1
42 Ambulante Krankenpflege	-3'656.0	-4'344.5	-3'343.0	1'001.5	23.1	313.0	8.6

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'632.3	0.0	0.0	0.0	0.0	1'632.3	100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-185.6	0.0	0.0	0.0	0.0	185.6	100.0
Nettoinvestitionen	-1'817.9	0.0	0.0	0.0	0.0	1'817.9	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-1'817.9	0.0	0.0	0.0	0.0	1'817.9	100.0

Kommentar

1 Die Mehreinnahmen ergeben sich aus den Einsätzen der Sanität Basel (1.0 Mio. Fr.) sowie aus den höheren Löschbeiträgen der kantonalen Gebäudeversicherung Basel-Stadt bzw. der privaten Versicherungsanstalten (0.25 Mio. Fr.).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	230.7	227.4	231.4	240.9	240.9
Betreute Angehörige Armee/Zivilschutz	Anz	12'729	12'618	12'161	12'400	12'000
Aktive Dienstleistende im Zivilschutz	Anz	1'820	1'890	1'913	1'700	1'880
Interventionszeit der Feuerwehr <=13 Min.	%	96	96	96	95	95
Einsätze von Berufs- und Bezirksfeuerwehr	Anz	2'239	2'199	2'161	2'300	2'300
Interventionszeit der Sanität <=15 Min.	%	98	97	99	97	97
Einsätze der Sanität	Anz	17'938	17'827	18'729	18'000	18'250

Bevölkerungsdienste und Migration

JSD-510

Der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration übernimmt eine breite Aufgabenpalette im Dienste der Öffentlichkeit.

Das Einwohner- und Zivilstandsamt regelt das Meldewesen im Einwohnerbereich und führt das Einwohner- und das Personenstandsregister. Es hält Ziviltrauungen ab, stellt Ausweise und Dokumente für die Kundschaft aus und erfasst die dafür nötigen biometrischen Daten. Es beglaubigt Dokumente, stellt Apostillen aus und verwaltet Fundsachen. Ausserdem ist es Kontakt- und Triagestelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung.

Das Migrationsamt erteilt Einreise-, Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligungen und ist zuständig für Aufenthaltsverlängerungen und die erste Anlaufstelle für ausländische Staatsangehörige, die sich einbürgern lassen wollen. Bei Personen, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben und nicht freiwillig ausreisen, leitet das Migrationsamt die erforderlichen Vollzugshandlungen ein. Es ist zudem Strafverfolgungsbehörde im Ausländerrecht.

Das Amt für Justizvollzug ist verantwortlich für die Inhaftierung von Personen zur Sicherung laufender Untersuchungs-, Gerichts- und Migrationsverfahren. Es plant und vollzieht gerichtlich angeordnete Strafen und Massnahmen und leistet Bewährungshilfe mit dem Ziel, die betreuten Personen vor Rückfälligkeit zu bewahren und sozial zu integrieren.

Tätigkeiten und Projekte

Fortsetzung des hohen Geschäftsanfalls Alle Ämter des Bereichs (Migrationsamt, Einwohner- und Zivilstandsamt sowie Justizvollzug) rechnen für 2015 mit einem hohen bis sehr hohen Geschäftsanfall – dies, nachdem bereits 2013 ein Rekord in den Geschäftsstatistiken zu verzeichnen gewesen ist. Gleichzeitig stehen auf Bundesebene verschiedene Entscheide über grössere Vorhaben an, die mittelfristig erhebliche Auswirkungen auf den Vollzug in den Kantonen haben können. Zu nennen sind etwa die Einführung des neuen Ausländerausweises, die Revision des Bürgerrechtsgesetzes, die Anpassung des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches oder die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative.

Ablösung des Einwohnerinformationssystem EWIS Ein neues Personenauskunfts-, Registratur- und Informations-System (PaRIS) wird die Fachanwendungen EWIS (Einwohneramt) und Konsul (Migrationsamt sowie Amt für Wirtschaft und Arbeit) gemeinsam ablösen. Mit dem künftigen System werden Synergien besser genutzt, redundante Datenhaltung verringert und die Unterhaltskosten gesenkt. Das Submissionsverfahren zum neuen System konnte Mitte 2014 abgeschlossen werden. Bis Ende 2015 sollen die Entwicklungs- und Implementierungsarbeiten beendet sein, damit das neue System Anfang 2016 in Betrieb genommen werden kann.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-25'965.5	-26'738.3	-27'414.9	-676.6	-2.5	-1'449.4	-5.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-47'243.5	-48'943.4	-47'113.2	1'830.2	3.7	130.3	0.3 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.2	-1.2	-1.2	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-118.2	-117.0	-132.2	-15.2	-13.0	-14.0	-11.9
Betriebsaufwand	-73'328.3	-75'799.8	-74'661.5	1'138.4	1.5	-1'333.1	-1.8
42 Entgelte	21'095.2	26'936.4	29'226.1	2'289.7	8.5	8'130.9	38.5 ²
46 Transferertrag	2'014.0	1'520.0	1'975.0	455.0	29.9	-39.0	-1.9 ³
Betriebsertrag	23'109.2	28'456.4	31'201.1	2'744.7	9.6	8'091.9	35.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-50'219.2	-47'343.5	-43'460.4	3'883.1	8.2	6'758.8	13.5
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-596.5	-1'179.0	-1'246.7	-67.8	-5.7	-650.2	-109.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-359.1	-296.4	-294.6	1.8	0.6	64.5	18.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	155.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-155.0	-100.0
Abschreibungen	-800.6	-1'475.4	-1'541.3	-66.0	-4.5	-740.7	-92.5
Betriebsergebnis	-51'019.8	-48'818.8	-45'001.7	3'817.1	7.8	6'018.1	11.8
34 Finanzaufwand	-38.7	-33.1	-33.1	0.0	0.1	5.6	14.4
44 Finanzertrag	0.3	0.1	0.3	0.2	200.0	0.0	1.8
Finanzergebnis	-38.4	-33.0	-32.8	0.2	0.7	5.6	14.6
Gesamtergebnis	-51'058.2	-48'851.8	-45'034.5	3'817.3	7.8	6'023.7	11.8
davon Funktionen:							
13 Strafvollzug	-41'700.2	-37'877.0	-34'160.2	3'716.8	9.8	7'540.1	18.1
14 Allgemeines Rechtswesen	-9'357.9	-10'974.8	-10'874.3	100.5	0.9	-1'516.4	-16.2

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-541.6	0.0	0.0	0.0	0.0	541.6	100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1'800.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1'800.0	100.0
Nettoinvestitionen	-2'341.6	0.0	0.0	0.0	0.0	2'341.6	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-2'341.6	0.0	0.0	0.0	0.0	2'341.6	100.0

Kommentar

- Die Anzahl an Hafttagen steigt weiter. Es ist jedoch mit einem tieferen Anteil an den Behandlungskosten im Massnahmenvollzug zu rechnen (2.0 Mio. Fr.). Dem gegenüber stehen Mehraufwände für Drucksachen im Einwohneramt aufgrund der hohen Zahl an ausgestellten Pässen und Identitätskarten (-0.4 Mio. Fr.). Der erwähnte Anstieg führt gleichzeitig auch zu deutlichen Mehreinnahmen.
- Steigende Fallzahlen im Justizvollzug führen zu Mehreinnahmen aus Kostgeldverrechnungen. Sie stammen aus Mehrträgen des Vollzugszentrums Klosterfiechten (0.3 Mio. Fr.) und des Gefängnisses Bässlergut (1.3 Mio. Fr.). Zudem werden ab 2015 0.3 Mio. Fr. für Verrechnungen an das Appellationsgericht budgetiert. Das Einwohneramt rechnet mit Mehreinnahmen für ausgestellte Pässe und Identitätskarten (0.5 Mio. Fr.). Im Migrationsamt geht man von einer leichten Abnahme sowohl bei den neu ausgestellten wie auch bei den verlängerten Bewilligungen (-0.4 Mio. Fr.) aus, dafür aber mit einer weiteren Zunahme der Erträge bei den Einbürgerungen (0.16 Mio. Fr.).
- Es wird mit einer Gewinnbeteiligung bei der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in der Höhe von 0.5 Mio. Fr. gerechnet.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Prognose 2014	Prognose 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	205.2	207.7	213.9	216.0	223.0 ¹
Durchschnittliche Wartezeit im Kundenzentrum	Min	20	14	14	14	14
Ausgestellte Pässe und Identitätskarten	Anz	25'129	29'735	36'503	27'000	30'000
Ziviltrauungen	Anz	919	938	853	900	900
Bearbeitete Gesuche um Einbürgerung	Anz	1'050	737	688	700	700
Einreiseentscheide (über 3 Monate)	Anz	7'510	7'952	7'904	7'500	7'000
Gutgeheissene Rekurse der Ausländerbehörde (Fremdenpolizei)	Anz	7	10	7	5	5
Vollzugstage Straf- und Massnahmenvollzug	Anz	89'093	99'012	104'000	110'000	120'000

Kommentar

- ¹ Der Justizvollzug verzeichnet signifikant höhere Fallzahlen und eine konstant hohe Auslastung der Gefängnisse, die eine Ergänzung des Personalbestands um insgesamt sieben Stellen erfordern. Diese teilen sich in die folgenden Bereiche auf: Abteilung Strafvollzug (+2 Stellen), Gefängnisse Basel-Stadt (+4 Stellen) und Electronic Monitoring (+1 Stelle).

Staatsanwaltschaft

JSD-520

Aufgrund von Anzeigen, von Amtes wegen oder auf Ersuchen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden, untersucht die Staatsanwaltschaft Sachverhalte hinsichtlich ihrer strafrechtlichen Relevanz. Die Ermittlungen und Untersuchungen betreffen sowohl die Fälle der allgemeinen Kriminalität wie auch der Wirtschafts- oder Jugendkriminalität. Die Sachverhaltsfeststellungen dienen der Initiierung und als Grundlage eines strafrechtlichen Verfahrens und des Entscheides über den Abschluss des Vorverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Form einer Anklageerhebung, eines Strafbefehls, eines Einstellungsbeschlusses oder einer Nichtanhandnahmeverfügung.

Durch eine materiell und formell korrekte, rechtsgenügende und zeitgerechte Feststellung des relevanten Sachverhalts und eine entsprechende Darstellung und Bewertung des Ermittlungsergebnisses in Anklagen, Strafbefehlen oder Einstellungsbeschlüssen leistet die Staatsanwaltschaft einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts zur Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung.

Die Staatsanwaltschaft steht unter der Aufsicht des Regierungsrates. Diese beschränkt sich auf die administrativen Abläufe. Die Strafverfolgungstätigkeit der Staatsanwaltschaft ist hingegen nicht Gegenstand der Aufsicht des Regierungsrates. Der Verkehr zwischen Regierungsrat und der Staatsanwaltschaft wird durch das Justiz- und Sicherheitsdepartement vermittelt (§50 GOG).

Tätigkeiten und Projekte

Einrichtung von Einvernahmeräumen mit Videobefragungstechnik Bei einer Konfrontationseinvernahme wird das mutmassliche Opfer (auch Kinder und Jugendliche, nicht reisefähige Zeugen/Opfer) auf Video aufgenommen und in einen anderen Raum übertragen. Dadurch wird ihm eine direkte Begegnung mit dem mutmasslichen Täter erspart. Videoeinvernahmesysteme für die elektronische Protokollierung gemäss Schweizerischer Strafprozessordnung werden bereits in einigen Kantonen von der Polizei und Staatsanwaltschaft erfolgreich eingesetzt. Einvernahmen werden zudem in Bild und Ton protokolliert. Die Strafuntersuchungen können durch Videoeinvernahmen raumübergreifend durch Technik unterstützt werden.

Im Waaghof werden bestehende Einvernahmeräume mit fest eingerichteter Videotechnik zur Aufzeichnung von Einvernahmen und Durchführung von indirekten Gegenüberstellungen zwischen Täter und Opfer ausgestattet.

Neues Geschäftsverwaltungssystem JURIS Die Staatsanwaltschaft stellt ihre Geschäftsverwaltung und -kontrolle sowie die Dokumentenverwaltung auf das System JURIS um. Dieses ist auf die Anforderungen der justiziellen Bedürfnisse speziell ausgerichtet und wird immer weiter optimiert. Durch die Umstellung lassen sich interne Abläufe und Verfahrensprozesse verkürzen und Doppelspurigkeiten vermeiden. Die Staatsanwaltschaft beabsichtigt nach der Systemumstellung im 2016 bei der Abwicklung der Geschäftsprozesse auch auf digitale Workflows zu setzen. Sämtliche Ist-Prozesse werden aufgenommen und Soll-Prozesse definiert. Neue Funktionalitäten, wie namentlich das elektronische Frankieren des Postversands, zentrales Outputmanagement, elektronische Dossierführung sowie der elektronische Zugriff auf Verfahrensdaten für externe Rechtsparteien können im 2017 realisiert werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-35'806.6	-36'405.5	-36'733.0	-327.5	-0.9	-926.4	-2.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15'360.9	-18'518.1	-17'911.1	607.0	3.3	-2'550.1	-16.6 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-140.9	-107.1	-94.7	12.4	11.6	46.2	32.8
36 Transferaufwand	-3'110.7	-3'600.0	-3'600.0	0.0	0.0	-489.3	-15.7
Betriebsaufwand	-54'419.1	-58'630.7	-58'338.7	292.0	0.5	-3'919.6	-7.2
42 Entgelte	17'570.6	16'926.5	17'196.5	270.0	1.6	-374.1	-2.1
46 Transferertrag	719.1	600.0	719.0	119.0	19.8	-0.1	-0.0 ²
Betriebsertrag	18'289.7	17'526.5	17'915.5	389.0	2.2	-374.2	-2.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-36'129.5	-41'104.2	-40'423.2	681.0	1.7	-4'293.8	-11.9
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-55.3	-24.9	0.0	24.9	100.0	55.3	100.0
Abschreibungen	-55.3	-24.9	0.0	24.9	100.0	55.3	100.0
Betriebsergebnis	-36'184.8	-41'129.2	-40'423.2	705.9	1.7	-4'238.4	-11.7
34 Finanzaufwand	-481.9	-20.0	-25.0	-5.0	-25.0	456.9	94.8
44 Finanzertrag	298.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-298.7	-100.0
Finanzergebnis	-183.2	-20.0	-25.0	-5.0	-25.0	158.2	86.4
Gesamtergebnis	-36'368.0	-41'149.2	-40'448.2	700.9	1.7	-4'080.3	-11.2
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-36'368.0	-41'149.2	-40'448.2	700.9	1.7	-4'080.3	-11.2

Kommentar

- Die Reduktion des Sachaufwands ist mehrheitlich auf tiefere Kosten für Rechtsbeihilfe und Officialverteidigung zurückzuführen.
- Der Mehrertrag stammt aus dem Bundesbeitrag an die Sicherheitskosten für das Asylempfangs- und -verfahrenszentrum.

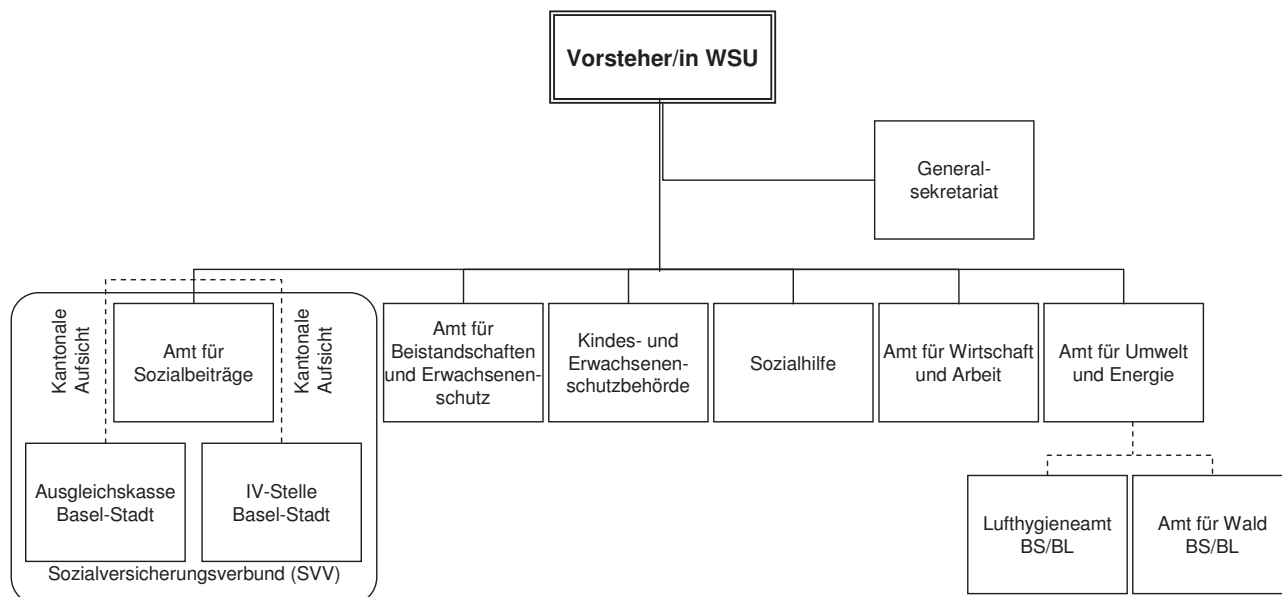
Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	231.4	234.0	241.7	237.0	238.0 ¹
Gesamtzahl der Strafanzeigen (Quelle PKS)	Anz	24'729	30'900	28'804		
- davon Gewaltdelikte	Anz	2'545	2'536	2'495		
- davon Vermögensdelikte	Anz	17'647	20'790	18'224		
Ausländeranteil (Auf Basis Gesamtzahl der Strafanzeigen)	%	67	63	63		
Überweisungen mit Antrag an das Strafbefehlsdezernat	Anz	9'158	26'327	25'098		
Rückstände gemäss §14 EG StPO	Anz	649	832	715		²

Kommentar

- Die Ergänzung um eine Stelle begründet sich durch die Umsetzung des nationalen Massnahmenpakets «Via sicura».
- Verbrechen und Vergehen; ohne Strafbefehlsdezernat. Rückstände sind Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt und noch nicht abgeschlossen sind.

4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

WSU-801	Generalsekretariat WSU	236
WSU-806	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	239
WSU-807	Amt für Sozialbeiträge	242
WSU-822	Sozialhilfe	246
WSU-825	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)	250
WSU-826	Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES)	253
WSU-831	Amt für Umwelt und Energie	255



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-106.1	-111.0	-116.8	-5.8	-5.2	-10.7	-10.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-56.8	-55.8	-56.2	-0.3	-0.6	0.6	1.1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.2	-0.2	0.0	17.4	-0.1	-78.7
36 Transferaufwand	-623.9	-602.8	-702.7	-99.9	-16.6	-78.8	-12.6 ²
Betriebsaufwand	-786.9	-769.9	-875.8	-106.0	-13.8	-89.0	-11.3
41 Regalien und Konzessionen	10.4	10.4	10.4	0.0	0.0	-0.0	-0.0
42 Entgelte	116.8	67.0	146.6	79.7	118.9	29.8	25.5
43 Verschiedene Erträge	0.0	1.1	1.7	0.6	56.1	1.7	0.0
46 Transferertrag	190.2	193.3	197.4	4.1	2.1	7.3	3.8 ³
Betriebsertrag	317.4	271.8	356.2	84.4	31.0	38.8	12.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-469.4	-498.0	-519.6	-21.6	-4.3	-50.2	-10.7
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-5.3	-5.0	-5.0	0.1	1.1	0.3	5.5
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.9	-1.3	-1.5	-0.2	-11.4	-0.6	-63.1
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.3	0.3	0.0	0.2	756.7
Abschreibungen	-6.2	-6.4	-6.2	0.2	2.5	-0.1	-1.0
Betriebsergebnis	-475.6	-504.4	-525.8	-21.4	-4.2	-50.3	-10.6
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-35.7	0.0	17.6
44 Finanzertrag	1.8	0.0	0.0	-0.0	-16.7	-1.8	-99.6
Finanzergebnis	1.8	-0.0	-0.0	-0.0	-59.2	-1.8	-101.8
Gesamtergebnis	-473.8	-504.4	-525.9	-21.4	-4.2	-52.1	-11.0
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-9.7	-10.5	-9.8	0.7	6.4	-0.2	-1.8
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-11.3	-15.5	-16.6	-1.0	-6.7	-5.3	-47.1
5 Soziale Sicherheit	-456.5	-482.7	-498.2	-15.5	-3.2	-41.7	-9.1
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-0.5	2.2	-0.6	-2.8	-124.9	-0.0	-4.5
7 Umweltschutz und Raumordnung	5.3	4.3	2.4	-1.9	-43.7	-2.8	-53.7
8 Volkswirtschaft	-1.1	-2.3	-3.2	-0.9	-40.3	-2.1	-184.2

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.3	-0.6	-0.3	0.3	51.6	0.0	10.9
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.9	100.0
Nettoinvestitionen	-2.7	-0.6	-0.3	0.3	51.6	2.4	88.7
Saldo Investitionsrechnung	-2.7	-0.6	-0.3	0.3	51.6	2.4	88.7

Kommentar

- Die Abweichung gegenüber Budget 2014 ergibt sich hauptsächlich aus dem Sozialbereich. Aufgrund einer höheren Anzahl von Personen/Fällen mussten im Bereich Migration sowie im Amt für Beistandschaften zusätzliche Personalressourcen eingestellt werden. In der Sozialhilfe erfolgt ein Ausbau von Personalressourcen, um dem Ziel einer nachhaltigen sozialarbeiterischen Begleitung und Beratung der Klienten gerecht werden zu können.
- Die Kostensteigerung im Vergleich zum Budget 2014 ergibt sich aus zwei Faktoren. Die absolut grösste Veränderung (über 80 Mio. Fr.) ergab sich durch die Einführung der neuen Ergänzungsleistungs-Fachapplikation, die Rückforderungen neu nach dem Bruttoprinzip ausweist (siehe auch Mehreinnahmen unter FDK-Position 42). Mit zusätzlichen Aufwänden wird bei den Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen und der Sozialhilfe gerechnet.
- Gegenüber Budget 2014 sind höhere Rückvergütungen vom Bund aufgrund höherer Leistungsauszahlungen (Ergänzungsleistung, Prämienverbilligung) zu verzeichnen.

Generalsekretariat WSU

WSU-801

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt es für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht unterstützt es den Departementsvorsteher und die Dienststellen des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU), damit das Departement leistungsfähig ist und die gesetzlichen und politischen Vorgaben erfolgreich umsetzen kann.

Fachlich zuständig ist das Generalsekretariat auch für das Dossier Luftverkehr. Im Zentrum steht das Geltendmachen der Interessen des Kantons Basel-Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftlich und betrieblich stabile Entwicklung des EuroAirports unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohnerschaft des Flughafens. Darüber hinaus betreut das Generalsekretariat das Verhältnis des Kantons zur Basler Personenschiffahrtsgesellschaft (BPG). Generell stellt das Generalsekretariat das Beteiligungsmanagement für die dem WSU zugeordneten Betriebe (insbesondere die Industrielle Werke Basel IWB sowie die Schweizerischen Rheinhäfen SRH) sicher und nimmt die Eigentümerinteressen gegenüber diesen selbstständigen Einheiten wahr.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeine Dienste

Die vom Generalsekretariat erbrachten Unterstützungsleistungen sind möglichst effektiv und orientiert an den Bedürfnissen der in- und externen Kundinnen und Kunden auszurichten. Dazu gehört insbesondere die Ausfertigung von Rekursentscheiden innert angemessener Frist, ein professionelles Personalmanagement auf Basis der vom Regierungsrat festgelegten Human Resource Management Standards, ein präzises Finanz- und Rechnungswesen sowie die Gewährleistung einer leistungsfähigen und sicheren Informationstechnik im Departement im Rahmen der kantonalen Vorgaben. Grosse Bedeutung hat die prozessuale und betriebswirtschaftliche Unterstützung des Vorstehers im Rahmen der Eigensteuerung der dem WSU zugeordneten selbstständigen Betriebe und Organisation.

Im Budgetjahr wird für die Personalabteilung die operative und führungsmässige Umsetzung der Veränderungen aufgrund des Projekts Systempflege einen Schwerpunkt bilden. Die Informatik im WSU soll nach erfolgreicher Einführung des kantonsweit standardisierten IT-Arbeitsplatzes stärker auf die Themen und Bedürfnisse des Fachinformatikeinsatzes ausgerichtet werden. Im Bereich Finanzen und Controlling wird das Management Informationssystem MIS des WSU optimiert und entsprechend den Führungsbedürfnissen erweitert. Im Auftrag des Departementsvorstehers nimmt der Rechtsdienst die Aufgabe als Aufsichtsbehörde für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wahr. Im Departement und seinen Dienststellen wird die systematisierte Geschäftsverwaltung unter Einbezug von CMI Konsul und entsprechend den kantonalen Vorgaben weiter ausgebaut.

Beteiligungen und Betriebe

Koordiniert mit den Vorhaben zur Stadtentwicklung in Klybeck-Kleinhüningen treiben die Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) den Bau eines neuen Hafenbeckens 3 sowie - gemeinsam mit SBB Cargo - des trimodalen Containerumschlagsterminals Basel-Nord voran. Entscheidend ist die Einbindung in die nationalen Logistik- bzw. Güterverkehrsinfrastrukturen.

Die Basler Personenschiffahrt (BPG) startet im Budgetjahr in die neue Leistungsperiode 2015 bis 2019 auf Basis der entsprechenden Leistungsvereinbarung mit dem Kanton. Ziel ist eine Stärkung von Ertrag und Wachstum. Dafür ist der geplante Ersatz eines BPG-Schiffes durch einen modernen Neubau ein wesentlicher Schritt. Im Lauf des Budgetjahres sollen alle dafür notwendigen Entscheide getroffen werden.

In Bezug auf den EuroAirport sind die Fragen zur institutionellen Sicherung des binationalen Status des Flughafens auch im Budgetjahr wichtiges Thema. In diesem Rahmen stehen Entscheide an

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'090.1	-5'224.3	-5'464.1	-239.8	-4.6	-373.9	-7.3 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'420.9	-6'207.1	-5'380.9	826.2	13.3	40.0	0.7 ²
36 Transferaufwand	-470.0	-475.0	-475.0	0.0	0.0	-5.0	-1.1
Betriebsaufwand	-10'981.0	-11'906.4	-11'319.9	586.5	4.9	-338.9	-3.1
41 Regalien und Konzessionen	10'395.0	10'395.0	10'395.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	774.2	927.5	1'020.9	93.4	10.1	246.7	31.9
46 Transferertrag	5.9	2'800.0	0.0	-2'800.0	-100.0	-5.9	-100.0 ³
Betriebsertrag	11'175.1	14'122.5	11'415.9	-2'706.6	-19.2	240.8	2.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	194.1	2'216.1	96.0	-2'120.1	-95.7	-98.1	-50.5
Betriebsergebnis	194.1	2'216.1	96.0	-2'120.1	-95.7	-98.1	-50.5
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.2	-0.1	0.1	50.0	-0.0	-36.1
Finanzergebnis	-0.1	-0.2	-0.1	0.1	50.0	-0.0	-36.1
Gesamtergebnis	194.0	2'215.9	95.9	-2'120.0	-95.7	-98.1	-50.6
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-9'666.5	-10'518.3	-9'840.7	677.6	6.4	-174.2	-1.8
63 Verkehr, übrige	-534.5	2'239.2	-558.3	-2'797.5	-124.9	-23.9	-4.5
71 Wasserversorgung	2'598.8	2'618.8	2'618.8	0.0	0.0	20.0	0.8
73 Abfallwirtschaft	0.0	20.0	20.0	0.0	0.0	20.0	0.0
87 Brennstoffe und Energie	7'796.3	7'856.3	7'856.3	0.0	0.0	60.0	0.8

Kommentar

- Der Mehraufwand ergibt sich erstens aus der höheren Anzahl Lernender, deren Lohn zentral vom Generalsekretariat getragen wird, und zweitens aus einer zusätzlichen Stelle in der Personalabteilung, die an Dritte weiterverrechnet wird (siehe Pos. 42, Entgelte).
- Die IT-Kosten können dank der Reduktion der ZID-Preise für IKT-Leistungen gesenkt werden.
- Der Gewinnanteil Kanton Basel-Stadt an den Schweizerischen Rheinhäfen wird neu bei der Finanzverwaltung vereinbart.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	27.70	31.6	28.5	30.50	30.40
Eingegangene Rekurse	Anz	261	205	144	220	150 ¹
Anteil Rekursentscheide in 3 Mt seit StN Vorinstanzen	%	58.0	48.7	64.5	60	65
Anteil Standard PC-Arbeitsplätze im WSU	%	98.0	99.0	99.0	99.0	99.0
Passagieraufkommen EuroAirport (in Mio.)	Anz	5.05	5.35	5.8	5.8	6.7 ²

Kommentar

- Die Rekurse und Beschwerden aus dem Bereich Vormundschaftsrecht sind per 2013 entfallen. Die Anzahl eingehender Rekurse (Themen: Sozialhilfe, Entsendegesetzgebung und Bewilligungen, Umweltrecht Familienmietzinsbeiträge, Arbeitslosenhilfe) wird sich auf dem Niveau von 2013 einpendeln.
- Wegen des geplanten Angebotsausbaus der Fluggesellschaften kann eine weitere Steigerung des Fluggastaufkommens erwartet werden.

zum Schienenanschluss, aber auch zu anderen Vorhaben zur Anpassung der Flughafeninfrastrukturen und deren Kapazitäten an die höheren Passagiermengen. Die Flankierung des Flugbetriebs mit geeigneten Rahmenbedingungen zur Gewährleistung eines möglichst guten Lärm- und Umweltschutzes bleibt eine Daueraufgabe.

Bei den Industriellen Werken Basel (IWB) bildet das Budgetjahr ebenfalls das erste Jahr auf Basis eines neuen Leistungsauftrags. Dieser fokussiert stärker auf die zunehmende Dynamisierung der Strommärkte und die dadurch bewirkten Änderungen im Kundenverhalten sowie der Preisentwicklung. In den Vordergrund rückt die Entwicklung der IWB hin zu einem integrierten Energiedienstleister

mit einer Palette von intelligent verknüpften Versorgungsangeboten. Die Genehmigungsprozesse in Bezug auf die IWB-Gebührentarife sowie die dem Regierungsrat zu unterbreitenden Beteiligungs- und Investitionsgeschäfte der IWB stellt das Generalsekretariat sicher.

Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

WSU-806

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist für Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Arbeitsuchende die zentrale Anlaufstelle in Basel-Stadt.

Das AWA bewilligt die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, je nach Herkunft mit Zustimmung der Bundesbehörden, und erarbeitet die Grundlagen der kantonalen Wirtschafts-, Tourismus- und Medienpolitik. Es fördert die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Basel.

Stellensuchende und arbeitslose Menschen werden vom AWA beraten und vermittelt. Die Unterstützung erfolgt finanziell (Arbeitslosenversicherung) und mit Massnahmen zur Verbesserung der Qualifikation.

Das AWA berät und kontrolliert Arbeitgebende bezüglich Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Einhaltung der Arbeitszeiten. Es bewilligt verlängerte Ladenöffnungszeiten sowie Sonntags- und Nachtarbeit. Das AWA ist zuständig für den gewerbmässigen Personalverleih und die private Arbeitsvermittlung, für die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Arbeitgebende und Arbeitnehmende erhalten Beratung in Fragen des Einzel- und Gesamtarbeitsvertrages. Das AWA berät und schlichtet bei Arbeitskonflikten.

Tätigkeiten und Projekte

Die Aufgaben des AWA bleiben gegenüber dem Vorjahr in Art und Umfang gleich.

Der Bereich Wirtschaft richtet sein Handeln nach dem Wirtschaftsbericht 2012 aus, welcher für die Jahre 2012-2015 die Schwerpunkte benennt. Im Budgetjahr stehen folgende Vorhaben im Vordergrund: Umsetzung und Abschluss der Wirtschaftsflächenstrategie, Weiterführung der Unternehmenspflege inklusive Umsetzung bzw. Weiterführung der Branchenprogramme in den Zielbranchen Life Sciences und Logistikwirtschaft. Darüber hinaus soll das Umsetzungsprogramm für die Teilnahme des Kantons Basel-Stadt an der Neuen Regionalpolitik in der Periode 2016-2019 finalisiert und dem Bund zur Genehmigung eingereicht werden. Eine Teilnahme an diesem Programm sichert dem Kanton die Möglichkeit, erfolgreiche, überkantonale Projekte zur Regionalentwicklung wie die China Business Platform und i-net innovation networks weiterzuführen. Die affilierten Organisationen wie Basel Area oder i-net arbeiten auch im Budgetjahr auf der Grundlage von Leistungsaufträgen, die inhaltlich aufeinander abgestimmt sind.

Arbeitslosigkeit

Die erwartete Anzahl der stellensuchenden Personen basiert auf einer geschätzten Arbeitslosenquote von 3.5% für das Jahr 2014 und 3.4% für das Jahr 2015. Sie wird mit erwarteten 4'850 Personen tiefer ausfallen als im Jahr 2014 (5'000 stellensuchende Personen).

Der Bedarf an arbeitsmarktlichen Massnahmen wird sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verringern. Ziel ist es, mit den vorhandenen Mitteln aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Krisenfonds) und aus der Arbeitslosenversicherung weiterhin ein bedarfsgerechtes und optimales Angebot aufrecht zu erhalten. Insbesondere Jugendliche sollen immer und ohne Einschränkung durch finanzielle Rahmenbedingungen an einem Weiterbildungs- oder Förderprogramm teilnehmen können.

Tourismus

Während der Staatsbeitrag für Basel Tourismus weiterhin auf dem bisherigen Niveau von 1.9 Millionen Franken pro Jahr verbleibt, investiert der Kanton seit 2014 und vorerst bis 2017 weitere 500'000 Franken pro Jahr in die Kongressförderung. Im Pilotjahr 2014 wurden in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle, die von der Messe Basel betreut wird, sämtliche Prozesse überarbeitet. Mit dem Congress Board Basel (CBB) steht nun ein breit abgestütztes und fachkundiges Konsultativgremium zur Verfügung. Es beurteilt die Förderwürdigkeit von Kongressen und spricht Förderempfehlungen zu

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-21'926.3	-25'802.5	-26'603.1	-800.6	-3.1	-4'676.8	-21.3 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-13'953.2	-14'155.7	-12'863.8	1'292.0	9.1	1'089.4	7.8 ²
36 Transferaufwand	-8'702.3	-9'377.4	-8'732.7	644.8	6.9	-30.4	-0.3 ³
Betriebsaufwand	-44'581.8	-49'335.6	-48'199.5	1'136.1	2.3	-3'617.8	-8.1
42 Entgelte	4'567.2	4'747.1	4'719.0	-28.1	-0.6	151.8	3.3
46 Transferertrag	17'029.7	16'686.6	16'849.9	163.3	1.0	-179.8	-1.1
Betriebsertrag	21'596.9	21'433.7	21'568.9	135.2	0.6	-27.9	-0.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-22'984.9	-27'901.9	-26'630.6	1'271.3	4.6	-3'645.7	-15.9
Betriebsergebnis	-22'984.9	-27'901.9	-26'630.6	1'271.3	4.6	-3'645.7	-15.9
34 Finanzaufwand	-1.5	-1.1	-1.4	-0.4	-33.3	0.1	5.1
44 Finanzertrag	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0
Finanzergebnis	-1.3	-1.1	-1.4	-0.4	-33.3	-0.1	-6.9
Gesamtergebnis	-22'986.2	-27'903.0	-26'632.0	1'271.0	4.6	-3'645.8	-15.9
davon Funktionen:							
55 Arbeitslosigkeit	-15'233.9	-19'111.1	-16'931.6	2'179.5	11.4	-1'697.7	-11.1
84 Tourismus	-2'012.6	-2'136.7	-2'009.5	127.2	6.0	3.1	0.2
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-5'739.8	-6'655.2	-7'690.9	-1'035.8	-15.6	-1'951.2	-34.0

Kommentar

- 1 Der Personalaufwand bei den vom Bund refinanzierten Stellen steigt. Das SECO verlangt seit Mitte 2014 ein erheblich anspruchsvolleres internes Kontrollsystem (IKS). Der daraus entstandene Mehraufwand ist noch nicht genau abschätzbar, er dürfte jedoch drei- bis viermal grösser sein als bisher. Im Bereich Arbeitsbeziehungen werden drei zumindest teilweise refinanzierte zusätzliche Stellen budgetiert. Betroffen sind Arbeitssicherheit, Arbeitsbewilligungen und flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit.
- 2 Etwas weniger Aufwand für die Projekte des Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
- 3 Die budgetierten Ausgaben für die Kostenbeteiligung am Vollzug der Arbeitslosenversicherung entsprechen den Prognosewerten des SECO. Die Höhe der Kostenbeteiligung berechnet sich aus der Summe der versicherten Lohnsumme der ganzen Schweiz und dem kantonalen Anteil an der Arbeitslosigkeit.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (inkl. refinanzierte Stellen 100%)	Anz	187.1	191.28	206.4	182.8	195 ¹
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	66.05	65.01	59.4	60.5	60.5
Firmengespräche	Anz	15	15	15	15	15
Wirkungsindikator gemäss der AVIG-Vereinbarung mit dem SECO	%	90	89	105	100	100 ²
Stellensuchende (Jahresdurchschnitt)	Anz	5'021	4'946	5'021	5'000	4'850 ³
Berufsunfälle auf 1000 Beschäftigte pro Jahr	Anz	58	55	folgt	55	55 ⁴
Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen	Anz	530	530	545	530	530

Kommentar

- 1 Siehe Kommentar 1 bei den Finanzen.
- 2 Die zu erzielenden Wirkungen bezüglich einer raschen und dauerhaften Wiedereingliederung der Stellensuchenden werden anhand von vier Wirkungsindikatoren gemessen, welche im Gesamtwirkungsindikator AVIG vereint sind. Dabei ist der schweizerische Durchschnitt bei 100%. Der korrigierte Wert von Basel-Stadt hat sich in den letzten Jahren verbessert, ein Wert im schweizerischen Durchschnitt ist auch für das Budgetjahr realistisch. Ab 2013 wird der korrigierte Wert erfasst (bis 2012 wurde der unkorrigierte Wert als Kennzahl registriert).
- 3 Die erwartete Anzahl der Stellensuchenden basiert auf einer geschätzten Arbeitslosenquote von 3.5% für 2014 und 3.4% für 2015.
- 4 Die Kennzahl zeigt das Unfallrisiko in der Berufsunfallversicherung pro Kanton/Fälle je 1'000 Vollbeschäftigte. Die Prognose 2015 beruht auf dem Verlauf der Zahlen der letzten Jahre. Die Kennzahl für 2013 wird gegen Ende 2014, spätestens anfangs 2015 veröffentlicht.

Handen des Departements aus. Die Tätigkeit des CBB führt zu einem deutlich stärkeren gemeinsamen Bewusstsein für die Bedeutung von Kongressen für Basel. Das Budgetjahr ist das erste ganze Jahr, in dem die Kongressförderung eingespielt ist und ihre volle Wirkung entfalten kann.

Industrie, Gewerbe und Handel

Gemäss den Rückmeldungen der Firmen besteht weiterhin ein hoher Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, vor allem in der Life Sciences-Branche sowie im Gesundheitsbereich. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 hat zu einer Verunsicherung bei den Firmen geführt. Für den Wirtschaftsstandort Basel ist es wichtig, dass den Firmen, auch den KMU-Betrieben, die erforderlichen Fachkräfte weiterhin zur Verfügung gestellt werden können. Der Regierungsrat und das AWA setzen sich daher überall dort, wo Handlungsspielraum besteht, für eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ein.

Trotz der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative gilt das Freizügigkeitsabkommen Schweiz–EU weiter, so dass die Arbeitsmarktbeobachtung im Rahmen der flankierenden Massnahmen sowie die Schwarzarbeitsbekämpfung weiterhin Schwerpunkte für das AWA bleiben. Ziel ist, dass vermutete Entsende- und Missbrauchsverstösse verifiziert und dem AWA zur Sanktionierung weitergemeldet werden.

Die speditive Durchführung der inhaltlich anspruchsvollen Plangenehmigungs- und Planbegutachtungsverfahren ist für die Unternehmen ebenfalls sehr wichtig. Die Schaffung von sicheren und guten Arbeitsplätzen ist sowohl im Interesse der Unternehmen als auch der Arbeitnehmenden.

Amt für Sozialbeiträge

WSU-807

Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) ist Berechnungs- und Auszahlungsstelle für die Ergänzungsleistungen und kantonalen Beihilfen zur AHV und IV, die individuelle Prämienverbilligung sowie die Familienmietzinsbeiträge. Es stellt sicher, dass die im Kanton Basel-Stadt krankenversicherungspflichtigen Personen versichert sind. Ebenfalls leistet das ASB Bevorschussung und Inkassohilfe für Alimente.

Im Rahmen des Opferhilfegesetzes berechnet und zahlt das ASB die Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen an Opfer von Straftaten aus.

Das ASB ist auch zuständig für die Behindertenhilfe, d.h. für Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Leistungsangebotes für erwachsene Menschen mit Behinderung und betreibt auch die kantonalen Wohnheime und Tageszentren.

Tätigkeiten und Projekte

Elektronische Dossierführung Das ASB führt schrittweise in allen Leistungsbereichen die elektronische Dossierführung ein. Seit 2014 wird dies im Bereich der Prämienverbilligung und der Familienmietzinsbeiträge realisiert. Danach folgen bis 2016 die Bereiche Alimentenhilfe, Obligatoriumskontrolle und Ergänzungsleistungen.

Krankheit und Unfall

Der per 2014 umzusetzende schweizweit einheitliche Datenaustausch zwischen den Durchführungsstellen für Prämienverbilligung und den Krankenversicherern nach Art. 65 Abs. 2 KVG erforderte umfassende Anpassungen der Fachapplikationen für Prämienverbilligung und Ergänzungsleistungen sowie der operativen Abläufe. Im Budgetjahr soll auch die Anbindung der Sozialhilfe an die einheitliche Datenaustauschplattform realisiert werden. Der elektronische Datenaustausch mit den Krankenversicherern wird ab 2015 auch für eine systematische Kontrolle des Krankenversicherungsobligatoriums genutzt werden. Die entsprechenden Testläufe beginnen im Herbst 2014. Ebenso soll auch der elektronische Datenaustausch betreffend der Verlustscheine gemäss Art. 64a KVG per Anfang 2016 gesamtschweizerisch einheitlich eingerichtet sein.

Invalidität

Ab 2016 werden die heute einheitlichen Tarife pro Platz und Institution der Behindertenhilfe neu nach dem individuellen Bedarf der behinderten Person abgestuft. Zur Ermittlung des individuellen Bedarfs wird das Instrument IBBplus eingesetzt, ein von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft weiterentwickeltes Instrument und Verfahren, welches auf einer in der Ostschweiz praxiserprobten Lösung aufbaut. Das künftige Gesetz über die Behindertenhilfe wird im Budgetjahr als partnerschaftliches Geschäft den Parlamenten in Basel-Stadt und Basel-Landschaft zum Beschluss vorgelegt.

Per März 2014 wurden die je vier kantonalen Wohnheime und Tageszentren der Behindertenhilfe unter der Bezeichnung „Kantonales Verbundsystem für Menschen mit einer Behinderung“ (KVS) organisatorisch zusammengefasst. Die Organisation ist in drei Fachbereiche „Mehrfachbehinderung“, „pflegende Agogik“ und „Autismus“ gegliedert und wird von einer Geschäftsführerin geleitet. Das damit verbundene Organisationsentwicklungs-Projekt wird bei laufendem Betrieb umgesetzt und soll im Budgetjahr abgeschlossen werden.

Alter und Hinterlassene

Das ASB verfolgt die Arbeiten zur Reform der Altersvorsorge 2020, welche auf Bundesebene in Diskussion sind. Ebenfalls von Interesse ist dabei die auf eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt zurückgehende Vorlage für die Erhöhung der Mietzinsmaxima bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-30'774.9	-32'011.3	-32'068.9	-57.5	-0.2	-1'294.0	-4.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'430.3	-7'789.6	-8'012.8	-223.2	-2.9	417.5	5.0 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-29.4	-40.0	-40.0	0.0	0.0	-10.6	-36.2
36 Transferaufwand	-456'390.5	-432'939.0	-526'925.7	-93'986.7	-21.7	-70'535.2	-15.5 ²
Betriebsaufwand	-495'625.1	-472'779.9	-567'047.4	-94'267.5	-19.9	-71'422.3	-14.4
42 Entgelte	68'647.4	18'244.0	97'774.3	79'530.3	435.9	29'126.9	42.4 ³
46 Transferertrag	144'998.0	148'777.2	153'176.8	4'399.7	3.0	8'178.8	5.6 ⁴
Betriebsertrag	213'645.4	167'021.2	250'951.2	83'929.9	50.3	37'305.8	17.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-281'979.8	-305'758.7	-316'096.2	-10'337.6	-3.4	-34'116.5	-12.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-434.3	-425.0	-425.0	0.0	0.0	9.3	2.2
Abschreibungen	-434.3	-425.0	-425.0	0.0	0.0	9.3	2.2
Betriebsergebnis	-282'414.1	-306'183.7	-316'521.2	-10'337.6	-3.4	-34'107.2	-12.1
34 Finanzaufwand	-19.6	-16.2	-14.5	1.7	10.2	5.1	26.2
44 Finanzertrag	8.2	5.0	5.0	0.0	0.0	-3.2	-39.1
Finanzergebnis	-11.4	-11.2	-9.5	1.7	14.8	1.9	17.0
Gesamtergebnis	-282'425.5	-306'194.8	-316'530.7	-10'335.9	-3.4	-34'105.2	-12.1
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
51 Krankheit und Unfall	-65'904.6	-83'220.5	-87'009.7	-3'789.2	-4.6	-21'105.1	-32.0
52 Invaldität	-155'793.5	-155'132.6	-161'895.5	-6'762.9	-4.4	-6'102.0	-3.9
53 Alter + Hinterlassene	-32'370.5	-29'670.0	-30'448.0	-777.9	-2.6	1'922.5	5.9
54 Familie und Jugend	-17'001.6	-18'539.0	-19'088.0	-549.0	-3.0	-2'086.4	-12.3
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-11'355.4	-19'632.7	-18'089.6	1'543.1	7.9	-6'734.2	-59.3

	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
Investitionsrechnung in 1'000 Franken	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-158.1	0.0	0.0	0.0	0.0	158.1	100.0
Nettoinvestitionen	-158.1	0.0	0.0	0.0	0.0	158.1	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-158.1	0.0	0.0	0.0	0.0	158.1	100.0

Kommentar

- 1 Gegenüber dem Vorjahr wurden die Debitorenverluste um 100'000 Franken höher budgetiert. Ausserdem werden beim Kantonalen Verbundsystem (KVS) im Bereich Nahrungsmittel und Mieten mit höheren Kosten gerechnet.
- 2 Die wesentlichen Nettomehrkosten gegenüber dem Budget 2014 ergeben sich bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL), den Prämienverbilligungen (PV) und der Behindertenhilfe. Aufgrund steigender Bezügerzahlen sowie höherer Leistungen ist in den genannten Bereichen mit höheren Kosten von netto 10.4 Mio. Franken zu rechnen. Bei der Behindertenhilfe setzt sich die Kostenzunahme im Budgetjahr voraussichtlich fort, v.a. wegen der Erhöhung der Kantonsbeiträge an ausserkantonale Platzierungen. Zudem ist eine Position in Höhe von 2.0 Mio. Franken berücksichtigt, um die Vorgaben der Bedarfsplanung realisieren zu können. Die Mehrkosten werden teilweise durch entsprechend höhere Bundesbeiträge abgedeckt (siehe Position 46 Transferertrag). Dieser Kommentar bezieht sich auf die Nettowerte der aufgeführten Leistungen (Saldo aus den FDK-Positionen 33, 36, 42, 43 und 46). Systemtechnisch werden seit der Einführung der neuen Fachapplikation für Ergänzungsleistungen im Mai 2013 die Rückforderungen neu nach dem Bruttoprinzip ausgewiesen. Dadurch erhöhten sich die Positionen 36 und 42 gegenüber dem Budget im gleichen, ergebnisneutralen Umfang.
- 3 Siehe Begründung FDK 36.
- 4 Siehe Begründung FDK 36.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	237.42	239.77	246.4	251.8	253.30 ¹
Personen mit Ergänzungsleistungen (EL)	Anz	13'750	14'155	14'506	14'900	15'100
Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL)	Anz	27'011	27'601	27'977	28'200	28'200
Einsprachen EL: Verhältnis gutgeheissene / eingegangene	Anz	47/111	51/106	59/99	55/135	60/135 ²
Einsprachen PV: Verhältnis gutgeheissene / eingegangene	Anz	21/188	11/178	19/183	15/200	20/200 ³

Kommentar

- 1 Die Erhöhung um 1.5 Stellen ist auf die ab 2013 verstärkten Familienleistungen (Prämienverbilligung, Familienmietzinsbeiträge) zurückzuführen.
- 2 Diese Kennzahl enthält auch teilweise gutgeheissene Einsprachen.
- 3 Diese Kennzahl enthält auch teilweise gutgeheissene Einsprachen.

Sozialhilfe

WSU-822

Die öffentliche Sozialhilfe hat die Aufgabe, bedürftige und von Bedürftigkeit bedrohte Personen zu beraten und ihre materielle Grundversorgung (Wohnen, Gesundheit, wirtschaftliche Hilfe) zu gewährleisten sowie deren Selbstständigkeit zu erhalten und zu fördern. Unterstützung finden auch Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Personen, die während ihres Aufenthaltes im Kanton in Not geraten sind. Die Sozialhilfe erledigt die interkantonale Rückerstattung von Sozialhilfekosten. Sie stellt Notwohnungen und die Notschlafstelle bereit, auch an nicht unterstützte Personen.

Die Sozialhilfe fördert die Möglichkeiten zur Selbsthilfe mit dem Ziel der sozialen und beruflichen Integration. Sie vermittelt und ermöglicht den Zugang zu Angeboten, die diesem Zweck dienen.

Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2013 konnte die Konzeptionsphase des Reorganisationsprojekts erfolgreich abgeschlossen werden, mit welchem die Konzepte und Kernprozesse der Sozialhilfe weiter optimiert werden. Das dabei erarbeitete Grundlagenkonzept für die Sozialberatung legt die Basis für die nun folgenden weiteren Projektschritte. Es trägt unter anderem dazu bei, das Zusammenspiel zwischen den Ressourcen der unterstützten Personen und der professionellen Hilfe durch die Sozialhilfe zu optimieren. Die gegenseitige Ergänzung der verschiedenen Professionen soll dabei optimal genutzt werden, damit die Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe sinnvoll und effektiv unterstützt werden können. Zudem sieht das Konzept die Einführung eines Segmentierungsmodells vor, das ebenfalls der zweckmässigen Steuerung von Ressourcen dienen soll.

Soziales Wohnungswesen

Dieser Bereich umfasst die Notschlafstelle und ca. 110 Notwohnungen an verschiedenen Standorten im Kanton. Die Notwohnungen werden befristet an obdachlos gewordene oder von Obdachlosigkeit bedrohte Familien mit Kindern vermietet, die ihren Wohnsitz seit mindestens zwei Jahren in Basel-Stadt hatten.

Im Jahr 2014 wurden bei den Notwohnungen in der Theodor-Herzl-Strasse umfassende Sanierungsarbeiten vorgenommen. Für das Budgetjahr ist eine vergleichbare Sanierung an der Belforterstrasse vorgesehen. Im Rahmen dieser Arbeiten wird der Dachstock ausgebaut und dadurch dringend benötigter neuer Wohnraum geschaffen.

Das Pilotprojekt zur Überprüfung, ob künftig auch Einzelpersonen in Notlagen Zugang zu einer Notwohnung haben sollen, konnte im Jahr 2014 nicht durchgeführt werden, weil geeignete Wohnungen fehlten. Mit dem Ausbau der bestehenden Liegenschaften an der Belforterstrasse werden insgesamt 14 Einzimmerwohnungen geschaffen, so dass das Pilotprojekt im Budgetjahr startet.

Die Wohnraumförderung für sozial Mehrfachbenachteiligte wird im Budgetjahr auf der Grundlage des in der Volksabstimmung vom 22. September 2013 angenommenen Wohnraumfördergesetzes in Zusammenarbeit mit Immobilien Basel-Stadt weiterverfolgt. Die vom Regierungsrat Mitte 2014 verabschiedete Wohnraumförderverordnung enthält nähere Bestimmungen und beauftragt die Sozialhilfe mit der Vermietung, Bewirtschaftung, dem Betrieb und Unterhalt des Wohnraums.

Sozialhilfe und Asylwesen

Sozialhilfe

Das **Projekt i-Job** ist Teil des Gesamtkonzepts Soziale Integration. In Zusammenarbeit mit Sozialfirmen werden gesicherte Langzeitarbeitsplätze für Personen geschaffen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt realistischerweise keine Chance auf eine Anstellung haben. Das Projekt wurde am 1. Februar 2011 gestartet. Im ersten Betriebsjahr konnte die Sozialhilfe 130 Arbeitsplätze in Sozialfirmen anbieten. Im Jahr 2012 wurde die Anzahl Arbeitsplätze wegen grosser Nachfrage auf 210 erhöht. Nach

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-26'212.9	-26'220.0	-29'435.6	-3'215.6	-12.3	-3'222.6	-12.3	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-12'714.9	-11'796.0	-13'757.2	-1'961.2	-16.6	-1'042.4	-8.2	²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.4	-58.5	-17.0	41.5	70.9	-15.6	...	
36 Transferaufwand	-149'831.1	-145'561.9	-150'720.0	-5'158.1	-3.5	-888.9	-0.6	³
Betriebsaufwand	-188'760.3	-183'636.4	-193'929.8	-10'293.5	-5.6	-5'169.5	-2.7	
42 Entgelte	293.7	197.0	305.0	108.0	54.8	11.3	3.9	⁴
43 Verschiedene Erträge	0.0	1'102.0	1'720.0	618.0	56.1	1'720.0	0.0	⁵
46 Transferertrag	27'813.8	24'935.4	27'219.6	2'284.2	9.2	-594.2	-2.1	⁶
Betriebsertrag	28'107.5	26'234.4	29'244.6	3'010.2	11.5	1'137.1	4.0	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-160'652.8	-157'402.0	-164'685.2	-7'283.2	-4.6	-4'032.4	-2.5	
Betriebsergebnis	-160'652.8	-157'402.0	-164'685.2	-7'283.2	-4.6	-4'032.4	-2.5	
34 Finanzaufwand	-24.2	-11.0	-23.0	-12.0	-109.1	1.2	5.0	
44 Finanzertrag	1'833.1	4.0	2.5	-1.5	-37.5	-1'830.6	-99.9	
Finanzergebnis	1'808.9	-7.0	-20.5	-13.5	-192.9	-1'829.4	-101.1	
Gesamtergebnis	-158'843.9	-157'409.0	-164'705.7	-7'296.7	-4.6	-5'861.8	-3.7	
davon Funktionen:								
56 Sozialer Wohnungsbau	-1'618.1	-2'216.3	-2'129.9	86.5	3.9	-511.7	-31.6	
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-157'225.8	-155'192.7	-162'575.9	-7'383.2	-4.8	-5'350.0	-3.4	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13		
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%	
Ausgaben Kleininvestitionen	-85.1	-175.0	-85.0	90.0	51.4	0.1	0.1	
Nettoinvestitionen	-85.1	-175.0	-85.0	90.0	51.4	0.1	0.1	
Saldo Investitionsrechnung	-85.1	-175.0	-85.0	90.0	51.4	0.1	0.1	⁷

Kommentar

- 1 In der allgemeinen Sozialhilfe muss das definierte Betreuungsverhältnis (Fallführung) mit 15 zusätzlichen Stellen wieder hergestellt werden (+1.95 Mio. Fr.). Im Migrationsbereich hat der Anstieg der Fallzahlen von 800 auf 1'000 eine Anpassung um acht HC-Stellen zur Folge (+ 1.0 Mio. Fr.). Der ursprünglich geplante Abbau von temporären Stellen kann im Budgetjahr wegen der langen Rekrutierungs- und Einarbeitungszeit für die neuen fallführenden Mitarbeitenden noch nicht durchgeführt werden.
- 2 Die Wohnstrukturen (Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende) müssen weiterhin nach oben angepasst werden. Für die in Kommentar 1 genannten zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss Infrastruktur (Büroraum, Einrichtung, IT) beschafft werden.
- 3 Bei der Budgetierung 2014 war nicht abschätzbar, wie sich bei Ablösungen mittels Ergänzungsleistungen das Verlustrisiko aus der Rückforderung der Prämienverbilligung bei den Krankenversicherungen entwickelt (ca. 1.8 Mio. Franken). Wegen steigender Krankenversicherungsprämien ist mit Mehrausgaben von 500'000 Franken zu rechnen. Der Anstieg der Asylpersonen von 800 auf 1'000 erhöht den Transferaufwand um ca. 2.8 Mio. Franken (siehe Mehreinnahmen, Pos. 46).
- 4 Im Wesentlichen resultieren die Mehreinnahmen aus der Unterbringung von Personen im Asylbereich, welche die Mietkosten selber bezahlen.
- 5 Aufgrund der neuen Kostenstruktur (HRM2) werden die Mietzinserträge der Notwohnungen hier ausgewiesen. Ausserdem steigen die Einnahmen, weil erstens die Auslastung der Notwohnungen sehr hoch ist und zweitens die Kapazität erweitert wird (Dachstockausbau Theodor Herzl-Str.).
- 6 Wegen des höheren Personenbestands Migration steigen die Bundespauschalen.
- 7 Für das Budgetjahr sind keine grösseren Investitionen geplant.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	183.30	199.72	200.5	202.7	226.00 ¹
Mittlerer Zahlfallbestand Sozialhilfe	Fälle	5'036	5'254	5'307	5'300	5'300
Mittlerer Personenbestand Migration	Pers.	794	1'023	1'043	800	1'000 ²
Rückerstattungen aus Sozialversicherungen	MioFr	32.50	30.17	29.6	30.73	29.90 ³
Ablösung aus SH innerhalb der ersten 12 Mte	%	3.95	4.0		4.0	3.90

Kommentar

- 1 Betreffend die Erhöhung des Headcounts in der allgemeinen Sozialhilfe und im Migrationsbereich vergleiche Kommentar 1 zur Tabelle mit den Finanzen.
- 2 Der im Jahr 2014 erwartete Rückgang des Personenbestandes ist hauptsächlich wegen der Syrienkrise nicht eingetreten. Für das Budgetjahr wird mit einem Bestand von ca. 1'000 Personen gerechnet.
- 3 Nach wie vor ist bei den Rückerstattungen aus Sozialversicherungen von einem leichten Rückgang auszugehen. Die Rückerstattungen aus Ergänzungsleistungen sind leicht rückläufig, hingegen nehmen diejenigen aus IV-Renten und aus Familienzulagen für Nichterwerbstätige zu.

Abschluss des zweiten Jahrs wurde das Projekt extern evaluiert. Aufgrund des Evaluationsberichts vom Januar 2013 wurden leichte Anpassungen vorgenommen. Im Budgetjahr wird das Projekt nach wie vor über den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Krisenfonds) finanziert. Im gleichen Jahr wird über die definitive Übernahme in das Budget der Sozialhilfe entschieden.

Das **Pilotprojekt Passage** läuft seit 1. Juli 2011. Im Projekt wird arbeitsfähigen Gesuchstellenden mit dem Ziel ihrer Reintegration in den Arbeitsmarkt ein entlohnter, einmonatiger Arbeitseinsatz vermittelt. Nach 15-monatiger Laufzeit wurde Passage ebenfalls von externer Seite evaluiert und in der Folge per November 2013 einige Konzeptanpassungen vorgenommen („Passage plus“). Das Projekt wird während der Pilotphase vom Krisenfonds finanziert. Die Unterstützung, die ursprünglich bis März 2014 vorgesehen war, wurde bis Ende 2015 verlängert. Passage wird vor dem Ablauf der verlängerten Pilotphase erneut einer Evaluation unterzogen, die als Basis für den Entscheid zur Überführung des Projekts in den Regelbetrieb dienen soll.

Asylwesen

Unterbringung Im Jahr 2014 konnten in Zusammenarbeit mit Immobilien Basel-Stadt und dank der Initiative von Privaten rund 150 zusätzliche Unterbringungsplätze für Asylsuchende akquiriert werden. Die bestehenden Strukturen sind aber weiterhin stark ausgelastet. Der Betrieb in der Zivilschutzanlage Grün80 konnte noch nicht eingestellt werden. Wohnraum in Basel-Stadt ist für die Klientinnen und Klienten der Abteilung Migration schwer zugänglich. Entsprechend lange verbleiben Asylsuchende in den Strukturen der Sozialhilfe. Die prognostizierte Zunahme der Asylgesuche für 2015 und die Tatsache, dass ein grosser Teil der Neuankömmlinge absehbar schutzbedürftig sein und in der Schweiz bleiben wird, verlangt die Planung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten. Gemeinsam mit Immobilien Basel-Stadt wird nebst der Suche nach zusätzlichen Liegenschaften auch ein zeitnaher Einsatz von Containerbauten geprüft. Die Suche nach einem geeigneten Standort erweist sich als anspruchsvoll. Notfalls müssten weitere Zivilschutzanlagen eröffnet werden. Als befristete Notlösung könnte der Kanton Basel-Stadt auf das Angebot des Kantons BL, vorübergehend Asylsuchende aus BS zu übernehmen, zurückkommen.

Zuweisungen Bund Dem Kanton Basel-Stadt werden bis zur Neustrukturierung des Asylbereiches (ab ca. 2017) nur noch 1,9% aller Asylsuchender zugewiesen (bisher: 2.3%), da die Standortkantone mit Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes (EVZ) seit August 2013 stärker entlastet werden. Ausserdem erhält Basel-Stadt für die dem Bund zusätzlich zur Verfügung gestellten 90 Plätze in einer Zivilschutzanlage nahe der EVZ und für die kontrollierten Ausreisen von Personen aus dem Asylbereich ab Flughafen Basel-Mulhouse eine Kompensation. Trotz reduzierter Zuweisungen im Jahr 2014 muss 2015 mit stabil hohen oder steigenden Bestandeszahlen gerechnet werden. Der Konflikt in Syrien, die Entwicklung in der Ukraine, Italien als unsicherer Rückübernahmestaat im Rahmen Dublin oder die zurzeit hohe Quote von Schutzbedürftigen im Asylverfahren sind nur einige der Faktoren, die diese Annahme nahe legen.

Das **Pilotprojekt „Schnittstelle Integration Vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge“** vertieft nach erfolgreichen ersten Jahren seine Aktivitäten. Ende des Jahres 2013 befanden sich 130 Flüchtlinge und 129 vorläufig aufgenommene Personen in Integrationsfördermassnahmen und 120 Personen in einem Deutschkurs. 50 Personen konnten im Lauf des Jahres 2013 in Arbeit vermittelt werden, wovon sich 19 von der Sozialhilfe ablösen konnten. Das Pilotprojekt soll ab 2015 in den Regelbetrieb überführt werden. Die Überführung hat keine Budget-relevanten Auswirkungen, da die Projektkosten während der Pilotjahre nicht gesondert budgetiert, sondern im Budget Asyl integriert waren.

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

WSU-825

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist die Nachfolgeorganisation der Vormundschaftsbehörde, deren Aufgaben sie gemäss dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht per 1. Januar 2013 übernommen hat. Zusätzlich hat die KESB über ein stark ausgeweitetes Portfolio an Schutzmassnahmen zu entscheiden. Ziel der KESB ist es, dass die in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigten Erwachsenen in einem geordneten Alltag leben, und dass gefährdete Kinder und Jugendliche geschützt sind und sich angemessen weiterentwickeln können. Mit dem neuen Recht gibt es das Institut der Vormundschaft nur noch für Minderjährige. Für Erwachsene kann die KESB verschiedene Arten von Beistandschaften anordnen und dabei die Ausgestaltung der Beistandschaft auf die Bedürfnisse der betroffenen Person ausrichten. Die Selbstbestimmung der betroffenen Person soll soweit wie möglich erhalten und gefördert werden.

Tätigkeiten und Projekte

Mit Ausnahme der Vormundschaft für Erwachsene, welche per 1. Januar 2013 von Gesetzes wegen in eine umfassende Beistandschaft übergegangen ist, müssen sämtliche Massnahmen des Erwachsenenschutzes innert drei Jahren dem neuen Recht angepasst werden. Die KESB wird im Budgetjahr wiederum ungefähr 900 laufende Massnahmen anpassen.

Allgemeines Rechtswesen

Per 1. Juli 2014 treten die neuen Bestimmungen des elterlichen Sorgerechts in Kraft (ZGB). Neu ist bei unverheirateten und geschiedenen Paaren die gemeinsame elterliche Sorge als Regelfall vorgesehen. Die gemeinsame elterliche Sorge muss aber nach wie vor von den Eltern beantragt werden. In strittigen Fällen wird bei unverheirateten Eltern die KESB eine Entscheidung zu fällen haben. Bei Uneinigkeit der Eltern ist die KESB auch zuständig für die Regelung von weiteren Kinderbelangen, wie die Zuteilung der Obhut und ein allfälliger Wohnsitzwechsel.

Eine weitere neue Aufgabe der KESB per 1. Januar 2015 ist die Zuteilung der Erziehungsgutschriften der AHV bei gemeinsamer elterlicher Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern. Gemäss Art. 52^{bis} der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) hat die KESB die Anrechnung der Erziehungsgutschriften von Amtes wegen zu regeln, wenn die Eltern nicht selber eine Vereinbarung darüber treffen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'521.5	-5'291.8	-5'494.9	-203.1	-3.8	26.6	0.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-618.2	-437.3	-476.2	-39.0	-8.9	141.9	23.0
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-14.0	-20.0	-14.0	6.0	29.9	-0.0	-0.0
36 Transferaufwand	-207.6	-260.0	-380.0	-120.0	-46.2	-172.4	-83.1 ²
Betriebsaufwand	-6'361.3	-6'009.1	-6'365.2	-356.1	-5.9	-3.9	-0.1
42 Entgelte	1'314.9	1'140.3	1'382.7	242.4	21.3	67.7	5.2 ³
46 Transferertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	-100.0
Betriebsertrag	1'315.0	1'140.3	1'382.7	242.4	21.3	67.7	5.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'046.3	-4'868.8	-4'982.5	-113.7	-2.3	63.8	1.3
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Abschreibungen	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Betriebsergebnis	-5'046.3	-4'868.8	-4'982.5	-113.7	-2.3	63.8	1.3
34 Finanzaufwand	-1.9	0.0	0.0	0.0	0.0	1.9	100.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Finanzergebnis	-1.9	0.0	0.0	0.0	0.0	1.9	100.0
Gesamtergebnis	-5'048.2	-4'868.8	-4'982.5	-113.7	-2.3	65.7	1.3
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-5'048.2	-4'868.8	-4'982.5	-113.7	-2.3	65.7	1.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-187.0	0.0	0.0	0.0	0.0	187.0	100.0
Nettoinvestitionen	-187.0	0.0	0.0	0.0	0.0	187.0	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-187.0	0.0	0.0	0.0	0.0	187.0	100.0

Kommentar

- Die Mehrausgaben von 200'000 Franken sind durch eine befristete Stelle für die Umsetzung der neuen Aufgaben aufgrund des revidierten elterlichen Sorgerechts begründet. Weitere 80'000 Franken werden durch die Systempflege (Stellenneueinrichtung) ausgelöst, welche bei der KESB vorgezogen und rückwirkend per 1. Januar 2013 umgesetzt wurde.
- Im Jahr 2013 fanden 96 Verhandlungen gemäss §3 Abs. 2 KESG statt. Für das Budgetjahr ist wie im Jahr 2014 mit rund 120 Verhandlungen zu rechnen. Die Entschädigung der externen Spruchkammermitglieder beträgt gemäss geltender Regelung $\frac{3}{4}$ der Entschädigung für ordentliche Richterinnen und Richter des Zivilgerichts. Um v.a. ärztliche Fachmitglieder für die Spruchkammer zu gewinnen bzw. zu behalten, besteht die Absicht, die Entschädigung derjenigen für die Richterinnen und Richter des Zivilgerichts gleichzustellen. Der erwartende Mehraufwand von 30'000 Franken wird vorsorglich budgetiert. Hinzuzurechnen sind noch die nicht voraussehbaren Kosten für Dolmetscher etc.
- Mit den gebührenpflichtigen Aufgaben aus der gemeinsamen elterlichen Sorge werden die Einnahmen etwas ansteigen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz			37.0	35.33	35.33
Meldungen an die KESB	Anz			1'890	1'925	1'800 ¹
Mündliche Verhandlungen gem. § 3 Abs. 2 KESG	Anz			96	80	120 ²
Beschwerden an die gerichtliche Beschwerdeinstanz	Anz			26	60	60
Anteil gutgeheissene Beschwerden	%			15	5	5

Kommentar

- 1 Eine Prognose ist wegen der neuen Bestimmungen des elterlichen Sorgerechts nicht einfach: Anders als im bisherigen Recht besteht neu für unverheiratete Paare keine Pflicht zum Abschluss eines Unterhaltsvertrages. Die Mitteilung des Zivilstandsamts über die Geburt eines Kindes löst deshalb bei der KESB nicht mehr in jedem Fall einen Abklärungsprozess aus. Denn in den meisten Fällen erhalten die Eltern nur noch ein Informationsschreiben. Diese Mitteilungen zählen nicht mehr als „Meldung“.
- 2 Die Spruchkammer begann erst ab Frühjahr 2013 mit der Durchführung von Verhandlungen. Daher lagen für das Jahr 2014 noch keine gesicherten Berechnungsgrundlagen vor. Aufgrund der nun vorliegenden Zahlen ist von 120 Verhandlungen auszugehen.

Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES)

WSU-826

Das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES) ist die Nachfolgeorganisation der bisherigen Amtsvormundschaft, welche umfassend reorganisiert und zu einer eigenen Dienststelle ausgestaltet wurde. Das ABES stellt berufliche Mandatstragende zur Verfügung, welche entsprechend dem Beschluss der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Beistandschaften bzw. Vormundschaften (Kinder- und altrechtliche Massnahmen) führen. Es führt den grössten Teil der Erwachsenenschutz-Massnahmen (neben privaten Mandatsträgerinnen und -trägern sowie Heimbeiständen). Zu den Dienstleistungen einer Berufsbeiständin oder eines Berufsbeistandes gehören je nach beschlossener Massnahme auch die Einkommens- und Vermögensverwaltung für die Klientinnen und Klienten mit Führen der Buchhaltung und Auszahlen von Bargeld an der amtseigenen Kasse.

Tätigkeiten und Projekte

Das ABES wird das departementale Management Informationssystem (MIS) einführen und erste Erfahrungen sammeln. Zudem legt es die Strategie für die nächsten fünf Jahre fest und bestimmt die entsprechenden Kennzahlen.

Im Finanzbereich wird der Rückbau der hausinternen Bank weiter vorangetrieben. Im Bereich der Wertschriftenbuchhaltung wird eine Vereinfachung angestrebt und die Ablösung der Software Topinvest geprüft.

Allgemeines Rechtswesen

Ende des Jahres 2015 läuft die Frist zur Überführung aller altrechtlichen Massnahmen ins neue Recht aus. Diese Massnahmen werden von der KESB unter Einbezug der Berufsbeistände laufend umgewandelt. Das neue Recht führt zu einigen Praxisfragen v.a. im Umgang mit Banken, Versicherungen und Pensionskassen. Diese Fragen werden im Berichtsjahr angegangen und gelöst. Eine grosse Herausforderung stellt das neue Recht auch in Bezug auf die Erwartungshaltung der Verbeiständeten, deren Umfeld und der Bevölkerung dar.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7'684.9	-6'998.0	-8'232.7	-1'234.7	-17.6	-547.8	-7.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-780.9	-631.0	-764.9	-133.9	-21.2	16.0	2.0 ²
36 Transferaufwand	0.0	-4'400.0	-4'400.0	0.0	0.0	-4'400.0	0.0
Betriebsaufwand	-8'465.8	-12'028.9	-13'397.6	-1'368.6	-11.4	-4'931.8	-58.3
42 Entgelte	2'255.6	1'381.5	1'820.0	438.5	31.7	-435.6	-19.3 ³
Betriebsertrag	2'255.6	1'381.5	1'820.0	438.5	31.7	-435.6	-19.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-6'210.1	-10'647.4	-11'577.6	-930.1	-8.7	-5'367.5	-86.4
Betriebsergebnis	-6'210.1	-10'647.4	-11'577.6	-930.1	-8.7	-5'367.5	-86.4
34 Finanzaufwand	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	100.0
Finanzergebnis	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	100.0
Gesamtergebnis	-6'210.3	-10'647.4	-11'577.6	-930.1	-8.7	-5'367.3	-86.4
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-6'210.3	-10'647.4	-11'577.6	-930.1	-8.7	-5'367.3	-86.4

Kommentar

- 1 Für das Budgetjahr werden auf zwei Jahre sieben befristete Stellen berücksichtigt.
- 2 Der Debitorenaufwand für Entschädigungen erhöht sich, da die Vermögensfreigrenze von 6'000 Franken pro Jahr und Person gemäss §29 Verordnung zum kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz konsequent umgesetzt wird. Aufgrund von Büroochaden erhöhen sich die Mietkosten beim ABES (und reduzieren sich bei der KESB). Zudem werden die Frankaturen für die Klientenkorrespondenz neu vom ABES getragen und nicht mehr gesamthaft vom im gleichen Haus tätigen Generalsekretariat.
- 3 Aufgrund der Fallzunahme ist mit Mehreinnahmen bei den Entschädigungen zu rechnen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	%			50.9	49.20	56.20 ¹
Mandate des Amtes für Beistandschaften und Erwachsenenschutz	Anz	2'242	2'247	2'350	2'500	2'600
Fallbelastung pro Vollzeitstelle	Anz	n/v		107	110	110

Kommentar

- 1 Die von der vormaligen Vormundschaftsbehörde geführte interne Bank wird zurückgebaut. Für diese Arbeiten wird für die Dauer eines Jahres eine spezialisierte Funktion geschaffen. Wegen der Fallzunahme im ersten Quartal 2014 wurden sieben Stellen befristet für zwei Jahre (2015/2016) budgetiert.

Amt für Umwelt und Energie

WSU-831

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) trifft Vorkehrungen, um Menschen und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einflüssen zu schützen. Es sorgt dafür, dass die vorhandenen Ressourcen geschont werden, Wasser sparsam genutzt und Abfälle vermieden werden. Es schützt die Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Das AUE wirkt darauf hin, dass Energie sparsam und effizient genutzt wird und dass erneuerbare Energien gefördert werden. Im Abwasserbereich sollen Massnahmen bei Industrie und Gewerbe Verunreinigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer verhindern. Das AUE engagiert sich für eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft im Kanton. Es fördert ferner das Umweltbewusstsein und die Eigenverantwortung von Bevölkerung und Wirtschaft.

Das Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und das Amt für Wald beider Basel (AfW) sind affilierte Dienststellen des AUE. Das LHA ist für die Erfassung der Luftschadstoffe und für die Erfassung der nichtionisierenden Strahlen zuständig. Es sorgt dafür, dass Belastungen unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen. Das AfW vollzieht die Waldgesetzgebung und wahrt die öffentlichen Interessen am Wald. Es sorgt für einen Ausgleich der unterschiedlichen Ansprüche an den Wald.

Tätigkeiten und Projekte

Das Vorprojekt für den Neubau des AUE an der Spiegelgasse 11/15 wird Ende 2014 abgeschlossen. Darauf basierend erfolgt die Ausarbeitung des Ratschlags für den Baukredit zuhanden des Grossen Rats.

Abwasserbeseitigung

Die Projektierung der Erweiterung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProRheno AG mit zusätzlichen Reinigungsstufen zur Reduktion von Stickstoffverbindungen und zur gezielten Elimination von Mikroverunreinigungen läuft. In der Schweiz sollen Mikroverunreinigungen künftig gezielt aus dem Abwasser entfernt werden. Das eidgenössische Parlament hat 2014 der Änderung des Gewässerschutzgesetzes zugestimmt, die eine gesamtschweizerische zweckgebundene Finanzierung für den Ausbau von ausgewählten Abwasserreinigungsanlagen (ARA) regelt. Die ARA Basel profitiert von dieser Regelung mit einem Bundesbeitrag bis zu 75% an die Kosten für die Reinigungsstufe zur Elimination der Mikroverunreinigungen. Im Rahmen des Vorprojekts prüft die ProRheno zusätzlich einen neuen Prozess, welcher den Energieaufwand gegenüber der konventionellen Fahrweise reduziert.

Abfallwirtschaft

Falls der Grosse Rat dem Ratschlag „Massnahmen für eine verbesserte Sauberkeit und Abfallvermeidung in Basel“ vom 19. März 2014 und damit der Mehrwegpflicht bei öffentlichen Veranstaltungen zustimmt, wird diese Massnahme ab 2015 umgesetzt. Der im Jahr 2013 gestartete Pilotversuch mit Bioklappen wird nach der definitiven Einführung 2014 im Budgetjahr nun wahrscheinlich ausgebaut. Die im Jahr 2014 gestarteten Totalrevisionen der Verordnungen über Abfallsammlungen und Abfallgebühren wurden vorerst zurückgestellt, damit der Grosse Rat zuerst über die künftige Abfallentsorgung mit Unterflurcontainern entscheiden kann.

Bekämpfung von Umweltverschmutzung

Luftreinhaltung Die Überwachung der Emissionen bei Industrie und Gewerbe wird verstärkt. Denn die Alterung des Anlagenparks, vermehrte Ausfälle bei Abluftreinigungssystemen und Qualitätsabbau beim Anlagenunterhalt führen vermehrt zu Grenzwertüberschreitungen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'855.0	-9'424.9	-9'464.7	-39.9	-0.4	-609.8	-6.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'871.7	-14'817.7	-14'920.4	-102.7	-0.7	-48.7	-0.3
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-55.2	-97.9	-107.7	-9.8	-10.0	-52.5	-95.2
36 Transferaufwand	-8'298.2	-9'824.5	-11'068.5	-1'244.0	-12.7	-2'770.3	-33.4 ¹
Betriebsaufwand	-32'080.0	-34'164.9	-35'561.3	-1'396.4	-4.1	-3'481.3	-10.9
41 Regalien und Konzessionen	17.7	17.0	17.0	0.0	0.0	-0.7	-4.1
42 Entgelte	38'973.7	40'332.9	39'607.9	-725.0	-1.8	634.2	1.6
46 Transferertrag	330.7	134.8	186.7	51.9	38.5	-144.0	-43.5
Betriebsertrag	39'322.1	40'484.7	39'811.6	-673.1	-1.7	489.5	1.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	7'242.1	6'319.7	4'250.3	-2'069.4	-32.7	-2'991.7	-41.3
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4'833.3	-4'607.5	-4'551.5	56.0	1.2	281.8	5.8
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-919.6	-1'346.0	-1'500.0	-154.0	-11.4	-580.4	-63.1
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	30.0	0.0	257.0	257.0	0.0	227.0	756.7
Abschreibungen	-5'723.0	-5'953.5	-5'794.5	159.0	2.7	-71.5	-1.3
Betriebsergebnis	1'519.1	366.2	-1'544.2	-1'910.4	-521.6	-3'063.3	-201.6
34 Finanzaufwand	-0.6	-0.7	-0.5	0.2	28.6	0.1	15.3
44 Finanzertrag	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2	-100.0
Finanzergebnis	-0.4	-0.7	-0.5	0.2	28.6	-0.1	-17.9
Gesamtergebnis	1'518.7	365.5	-1'544.7	-1'910.2	-522.6	-3'063.4	-201.7
davon Funktionen:							
72 Abwasserbeseitigung	7'629.4	7'712.6	5'412.9	-2'299.7	-29.8	-2'216.5	-29.1
73 Abfallwirtschaft	-1'162.8	-978.6	-850.6	128.1	13.1	312.2	26.9
76 Bekämpfung von Umweltverschmutzung	-3'779.0	-5'024.3	-4'753.7	270.6	5.4	-974.7	-25.8
81 Landwirtschaft	-81.2	-90.0	-123.5	-33.5	-37.2	-42.3	-52.1
82 Forstwirtschaft	-269.7	-411.0	-420.4	-9.5	-2.3	-150.8	-55.9
83 Jagd und Fischerei	-330.3	-327.5	-321.1	6.4	2.0	9.3	2.8
87 Brennstoffe und Energie	-487.8	-515.7	-488.3	27.3	5.3	-0.5	-0.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'262.7	0.0	0.0	0.0	0.0	1'262.7	100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-66.9	-448.5	-217.0	231.5	51.6	-150.1	-224.2
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-919.6	0.0	0.0	0.0	0.0	919.6	100.0
Nettoinvestitionen	-2'249.3	-448.5	-217.0	231.5	51.6	2'032.3	90.4
Saldo Investitionsrechnung	-2'249.3	-448.5	-217.0	231.5	51.6	2'032.3	90.4

Kommentar

1 Der Kostenanstieg ist bedingt durch höhere Betriebskosten der Abwasserreinigungsanlage ARA Basel.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	45.0	46.5	46.0	49.0	48.50
Jährlich energetisch sanierte Gebäudehüllefläche	Anz	217'207	—	—	—	—
Mit Schallschutzfenstern ausgerüstete Gebäude	Anz	754	843	885	980	1'030
Grenzwertüberschreitungen der Abwasserreinigungsanlage	Anz	32.0	25.0	16	7	7
Ökologische landwirtschaftliche Ausgleichsflächen in ha	Anz	48.77	53.0	52.4	48	51
Gesamtsanierte Gebäude pro Jahr	Anz	104	131	39	50	50

Im Hinblick auf die Einführung des Immissionsgrenzwertes PM2.5 (Feinstaubfraktion kleiner 2.5 Mi-

krometer) werden bestehende Messstationen nachgerüstet, um allfälligen Handlungsbedarf festzustellen.

Mit der Einführung von LTE (Long Term Evolution, 4G Mobilfunknetz) und der für die Betreiber einfachen Möglichkeit, dafür notwendige Anpassungen an ihren Sendeanlagen ohne ordentliche Baubewilligung vornehmen zu können, bleiben die Inspektionen von Mobilfunkanlagen sowie der QS-Systeme auf den Netzzentralen eine vertrauensbildende Massnahme, die das Lufthygieneamt konsequent vornimmt.

Der Luftreinhalteplan 2010 muss nachgeführt werden. Aus diesem Grund startet das Lufthygieneamt die Grundlagenarbeiten zum Luftreinhalteplan 2016: Standortbestimmung zur Umsetzung, Aktualisieren des Emissionskatasters und der Immissionskarten, Feststellen des Handlungsbedarfs und Erarbeiten von allfällig notwendigen Massnahmen.

Die Klimakarten Region Basel aus dem Jahr 1998 dienen der Beurteilung raumplanerischer Vorhaben (z.B. Siedlungs-, Verkehrsentwicklung, grössere Bauvorhaben). Sie werden im Budgetjahr in Zusammenarbeit mit den Planungsämtern von Basel-Stadt und Basel-Landschaft aktualisiert.

Lärmschutz Die Arbeiten am neuen Strassenlärmkataster werden im Budgetjahr fortgesetzt. Gestützt darauf werden die verbleibende Strassenlärmisanierung erhoben und die Massnahmenplanung angepasst (lärmarme Strassenbeläge, verkehrsberuhigende Massnahmen, Einbau Schallschutzfenster).

Für verschiedene geplante Tempo 30-Einführungen in ausgewählten Strassen mit Immissionsgrenzwertüberschreitungen prognostiziert das AUE zuhanden des Bau- und Verkehrsdepartements die lärmreduzierende Wirkung.

Das in den Jahren 2013 und 2014 durch das AUE erarbeitete Beurteilungsinstrument für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund wird durch das Bau- und Verkehrsdepartement in die auf das NörG (Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Grundes) abgestützte Sondernutzungsplanung überführt.

Gewässerschutz Der Abschlussbericht des Projektes WieseVital sowie der Ratschlag für den Projektierungskredit liegen vor und wird im Jahr 2014 dem Grossen Rat vorgelegt. Anschliessend kann der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Vorlage für die Durchführung der Vorstudie „Renaturierung der Wiese“ vorlegen. Ferner sollen im Budgetjahr die verwaltungsinternen Arbeiten an einem kantonalen Wassergesetz abgeschlossen werden.

Forstwirtschaft

Die Verhandlungen und Arbeiten zur Ausscheidung und Sicherung von Waldreservaten werden in Zusammenarbeit mit der Natur- und Landschaftsschutzkommission weiter geführt. Im Budgetjahr soll ein Konzept zur Waldpädagogik ausgearbeitet werden mit dem Ziel, Angebote für die Schulen in Zusammenarbeit mit den lokalen Forstbetrieben anbieten zu können.

Energie

Nach der Genehmigung der Mustervorschriften im Energiebereich (MuKE) 2014 durch die Konferenz Kantonalen Energiedirektoren EnDK steht im Budgetjahr eine Revision der kantonalen Energiegesetzgebung an. Damit sollen die Ziele der Energiestrategie 2050 des Bundes im Gebäudebereich auf kantonaler Ebene umgesetzt werden.

Im Rahmen der „2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel“ werden die elf Projekte, welche der Grosse Rat am Anfang des Jahres 2013 genehmigte, weiter umgesetzt. Im Fokus stehen Vorzeigeprojekte in den Bereichen Bauen, erneuerbare Energien und Fahrzeugtechnologien.

4.2.8 Gerichte

GER-111	Appellationsgericht	259
GER-112	Gericht für Strafsachen	261
GER-113	Zivilgericht	263
GER-114	Sozialversicherungsgericht	265
GER-115	Jugendgericht und Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen	267

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-40.2	-40.7	-41.1	-0.5	-1.1	-1.0	-2.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-24.0	-23.0	-23.9	-0.9	-3.9	0.0	0.2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	89.2	0.0	58.3
Betriebsaufwand	-64.2	-63.7	-65.1	-1.3	-2.1	-0.9	-1.4
42 Entgelte	25.6	26.0	25.8	-0.2	-0.8	0.2	0.8
Betriebsertrag	25.6	26.0	25.8	-0.2	-0.8	0.2	0.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-38.6	-37.8	-39.3	-1.5	-4.1	-0.7	-1.9
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-0.2	0.0	0.2	100.0	0.0	0.0
Abschreibungen	0.0	-0.2	0.0	0.2	100.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-38.6	-38.0	-39.3	-1.3	-3.5	-0.7	-1.9
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	4.7	0.0	10.6
44 Finanzertrag	0.1	0.1	0.1	-0.0	-7.8	-0.0	-1.1
Finanzergebnis	-0.0	0.0	0.0	-0.0	-32.9	0.0	595.6
Gesamtergebnis	-38.6	-38.0	-39.3	-1.3	-3.5	-0.7	-1.8
davon Funktionen:							
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-38.6	-38.0	-39.3	-1.3	-3.5	-0.7	-1.8

Appellationsgericht

GER-111

Das Appellationsgericht ist die oberste Justizbehörde des Kantons. Als solche übt das Appellationsgericht die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Es urteilt im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide der erstinstanzlichen Gerichte, über jene des Sozialversicherungsgerichts allerdings nur in wenigen Ausnahmefällen, da diese in der Regel an das Eidgenössische Versicherungsgericht weiterziehbar sind. Als Verwaltungsgericht überprüft es ferner die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen, wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als kantonales Verfassungsgericht. Das Appellationsgericht wendet in seiner Rechtsprechung Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Die von der Regierung und den Gerichten gemeinsam in Auftrag gegebene Expertise zur Analyse der Organisation und Geschäftslast, hat im Jahr 2013 mit der Aufnahme der Datenerfassung durch die Mitarbeiter begonnen und in diesem Frühjahr geendet. Die Resultate werden bis Ende des Jahres aufbereitet und sollten den Gerichten und der Regierung voraussichtlich im Jahre 2015 zur Verfügung stehen.

Die im Rahmen der Umsetzung des Regierungsratsbeschlusses 12/16/50 für das Budgetjahr 2014 angepassten Positionen, werden für das Budgetjahr 2015 zufolge gesamtstaatlicher Kürzung erneut reduziert. Wir gehen davon aus, dass die Abweichung zwischen Budget 2015 und Rechnung 2015 signifikant sein wird.

Gerichte 2010 Eines der wichtigsten Themen für die kommenden Jahre wird die weitere Optimierung der Fachapplikation Juris sein. Nachdem nun alle Gerichte und das Erbschaftsamt die neue Applikation produktiv nutzen, Performanz und Stabilität auf einem adäquaten Stand sind, wird im 2015 mit weniger Aufwand als in den vergangenen Jahren zu rechnen sein. Im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips haben die Gerichte seit 2013 zahlreiche Urteile zu publizieren. Das Modul von Juris – FindInfo mit FindInfo WEB – wird nun seit Anfang 2014 produktiv eingesetzt. Dieses ermöglicht den Gerichten Basel-Stadt, analog dem Bundesverwaltungsgericht, eine grösstenteils automatisierte Vorbereitung der Publikationstexte. Bei einer Optimierung bzw. Weiterentwicklung dieser Plattform ist mit weiteren Kosten zu rechnen.

Externe Aktenarchive Bei allen Gerichten und dem Erbschaftsamt zeichnet sich im Bereich des Archivierungsplatzes dringender Handlungsbedarf ab. Die zur Verfügung stehenden Platzreserven sind vollends ausgeschöpft. Damit die gemäss Gesetz verlangten Aufbewahrungsfristen eingehalten werden können, wurden Mitte 2014 neue externe Archivräume zugemietet. Die Grösse der Fläche wurde auf 10 Jahre ausgelegt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7'157.2	-6'735.5	-7'354.7	-619.2	-9.2	-197.5	-2.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-6'396.8	-5'786.6	-6'240.5	-453.9	-7.8	156.3	2.4 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	-20.2	0.0	20.2	100.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-13'554.0	-12'542.3	-13'595.2	-1'052.9	-8.4	-41.2	-0.3
42 Entgelte	1'916.7	1'282.1	1'845.0	562.9	43.9	-71.7	-3.7 ³
Betriebsertrag	1'916.7	1'282.1	1'845.0	562.9	43.9	-71.7	-3.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-11'637.3	-11'260.2	-11'750.2	-490.0	-4.4	-112.9	-1.0
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-201.5	0.0	201.5	100.0	0.0	0.0 ⁴
Abschreibungen	0.0	-201.5	0.0	201.5	100.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-11'637.3	-11'461.7	-11'750.2	-288.5	-2.5	-112.9	-1.0
34 Finanzaufwand	-0.5	-0.4	-0.5	-0.1	-25.0	-0.0	-6.4
44 Finanzertrag	0.1	0.4	0.2	-0.2	-42.9	0.1	52.0
Finanzergebnis	-0.3	-0.1	-0.3	-0.3	-500.0	0.0	11.3
Gesamtergebnis	-11'637.6	-11'461.8	-11'750.5	-288.7	-2.5	-112.9	-1.0
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-11'637.6	-11'461.8	-11'750.5	-288.7	-2.5	-112.9	-1.0

Kommentar

- 1 Die Budgetierung des Personalaufwandes wurde gemäss Stellenplan auf den Werten der Rechnung 2013, was dem effektiven Aufwand entspricht, durchgeführt.
- 2 Die Budgetierung des Sachaufwandes erfolgte analog der vergangenen Jahre. Die budgetrelevanten Werte (im Wesentlichen Einzelposten) wurden der Rechnung 2013 angepasst, zumal die Aufwendungen nicht dem Einflussbereich der Gerichte unterliegen.
- 3 Die Erhöhung der Entgelte ist den Einnahmen der Rechnung 2013 angepasst worden. Die relevanten Bereiche sind fast ausnahmslos Einzelposten und nicht im Einflussbereich der Gerichte.
- 4 Infolge Umstellung auf HRM2 wurden die Anlagen neu bewertet und die Abschreibungsvorschriften geändert (v.a. von degressiv zu linear).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	31.3	33.9	34.2	35.9	36.5
Hängige Verfahren	Anz	1'927	1'968	1'626	2'000	2'000
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	7'735	123'029	483'224	115'000	365'000

Gericht für Strafsachen

GER-112

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich Straftaten, die im Kanton Basel-Stadt begangen worden sind. Zudem entscheidet es als Zwangsmassnahmengericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft über die Anordnung bzw. Verlängerung von Untersuchungs- und Sicherheitshaft und genehmigt verschiedene Überwachungs-massnahmen. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch, die Schweizerische Strafprozessordnung sowie andere eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze.

Mit dem Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung am 1. Januar 2011 ist die Kompetenz zum Erlass von Strafbefehlen vom Strafgericht an die Staatsanwaltschaft übergegangen. Das Strafgericht ist deshalb seit anfangs 2011 primär für die Beurteilung von Straftaten, bei denen eine Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten bzw. eine Geldstrafe von über 180 Tagessätzen zur Diskussion steht, zuständig. Zudem beurteilt es Einsprachen gegen von der Staatsanwaltschaft ausgestellte Strafbefehle (Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten bzw. Geldstrafen bis zu 180 Tagessätzen).

Die Präsidentinnen und Präsidenten rotieren im jährlichen Turnus innerhalb der verschiedenen Abteilungen des Strafgerichts.

Tätigkeiten und Projekte

Nachdem 2011 die **Zahl der von der Staatsanwaltschaft ans Strafgericht überwiesenen Fälle** wegen Umstellungen und Anpassungen, die die Staatsanwaltschaft im Hinblick auf die anfangs 2011 in Kraft getretene eidgenössische Strafprozessordnung vornehmen musste, noch einiges unter unseren Erwartungen lag, waren die Eingänge 2012 bereits um einiges höher und 2013 gab es nochmals eine Steigerung. Die Umstellungen bei der Staatsanwaltschaft sind mittlerweile abgeschlossen, so dass sich die Fallzahlen nun etwa auf dem Stand von 2013 einpendeln dürften. Für das laufende Jahr erwarten wir im Bereich der direkten Anklagen (Fälle über 6 Monate Freiheitsstrafe) aufgrund der bisherigen Tendenz in etwa die gleichen Zahlen wie 2013, während die Anklagen auf Einsprachen gegen Strafbefehle (Fälle bis zu 6 Monate Freiheitsstrafe bzw. bis zu 180 Tagessätzen Geldstrafe) wohl noch etwas leicht ansteigen werden.

Von März 2013 bis Februar 2014 erfassten im Rahmen des Projektes **Umsetzung Justizreform 2. Etappe** sämtliche Mitarbeitenden des Strafgerichts – wie auch die des Appellations- und des Zivilgerichts sowie der Staatsanwaltschaft – ihren Zeitaufwand, den sie für die verschiedenen Verfahrenssequenzen erbringen mussten; auch die nicht-dossierbezogene Arbeit wurde genau aufgezeichnet. Eine erste Auswertung durch das Kompetenzzentrum für Public Management der Uni Bern (kpm), das mit dieser Studie beauftragt ist, hat nun bezüglich des Strafgerichts ergeben, dass die Arbeitsbelastung zwar hoch, aber noch tragbar ist; die Weiterbildung komme allerdings angesichts der hohen Belastung etwas zu kurz. Es wurde aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei einer Änderung des Personalbestandes bei der Staatsanwaltschaft – das kpm sieht insbesondere beim Strafbefehlsdezernat einen zusätzlichen Personalbedarf – und einer damit verbundenen Outputsteigerung die Folgen für das Strafgericht im Auge behalten werden müssten. Bei gleich bleibender Höhe der Fall-eingänge kommt also das Strafgericht mit dem derzeitigen Personalbestand gerade noch aus; sollte die Staatsanwaltschaft aber in Zukunft noch mehr Fälle ans Strafgericht überweisen als in den Jahren 2013 und 2014, bräuchte es beim Strafgericht auf allen Ebenen (Präsiden, Gerichtsschreiber/innen, Kanzleien) eine gewisse Personalvermehrung.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-9'322.2	-9'479.9	-9'265.1	214.8	2.3	57.1	0.6 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'599.9	-8'056.3	-8'469.3	-413.1	-5.1	130.6	1.5 ²
Betriebsaufwand	-17'922.1	-17'536.2	-17'734.5	-198.3	-1.1	187.6	1.0
42 Entgelte	2'186.2	2'105.0	2'434.0	329.0	15.6	247.8	11.3 ³
Betriebsertrag	2'186.2	2'105.0	2'434.0	329.0	15.6	247.8	11.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-15'735.9	-15'431.2	-15'300.5	130.7	0.8	435.4	2.8
Betriebsergebnis	-15'735.9	-15'431.2	-15'300.5	130.7	0.8	435.4	2.8
34 Finanzaufwand	-5.2	-10.0	-7.0	3.0	30.0	-1.8	-34.2
44 Finanzertrag	0.2	0.7	0.3	-0.4	-57.1	0.1	45.6
Finanzergebnis	-5.0	-9.3	-6.7	2.6	28.0	-1.7	-33.7
Gesamtergebnis	-15'740.9	-15'440.5	-15'307.2	133.3	0.9	433.7	2.8
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-15'740.9	-15'440.5	-15'307.2	133.3	0.9	433.7	2.8

Kommentar

- 1 Ab 2015 entfallen die Ruhegehälter für zwei vor dem ordentlichen Pensionsalter zurückgetretene Präsidenten, daher der kleinere Aufwand gegenüber 2014.
- 2 Die höheren Ausgaben sind auf Mehrkosten für Betriebsgebühren, Raummiete, Kostenerlasse und Bussenumwandlungen zurückzuführen.
- 3 Bei den Entgelten sind aufgrund der Zahlen in der Rechnung 2013 etwas höhere Einnahmen aus Gebühren für Amtshandlungen zu erwarten als für das laufende Jahr budgetiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	46.8	46	46.4	46.6	46.6
Total erled. Fälle (Anklagen, Einspr.; o. Zwangsmass. Ger.)	Anz	906	1'091	1'210	1'350	1'250
Halbtagesitzungen (ohne Zwangsmassnahmengericht)	Anz	795	723	791	1'050	820
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse und Bussenumwandlung)	MioFr	3.6	1.84	4.7	1.95	1.50

Zivilgericht

GER-113

Das Zivilgericht urteilt erstinstanzlich in Zivilsachen. Die am Zivilgericht zu beurteilenden Fälle werden grösstenteils durch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht bestimmt. Dazu gehören etwa Eheschutzmassnahmen, Scheidungen, Erbschaften, Kauf-, Miet- und Arbeitsverträge, Werkverträge und Aufträge sowie gesellschafts- und handelsrechtliche Fragestellungen. Zudem überprüft das Zivilgericht die polizeilichen Wegweisungs- und Rückkehrverbotsverfügungen bei häuslicher Gewalt. Schliesslich beurteilt das Zivilgericht Streitigkeiten aus dem Bereich des Zwangsvollstreckungsrechts, wo das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) den Richter für zuständig erklärt.

Nach Massgabe von Art. 197 ff. der neuen Zivilprozessordnung (ZPO) geht dem Entscheidverfahren ein Schlichtungsverfahren voraus (ausgenommen summarisches Verfahren, Scheidungsverfahren, Klagen nach SchKG; vgl. ZPO Art. 198). Das Zivilgericht führt darum seit 2011 für die in seine Zuständigkeit fallenden Verfahren eine Schlichtungsbehörde.

Dem Zivilgericht angegliedert sind das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt. Das Betreibungs- und Konkursamt ist zuständig für die Zwangsvollstreckung von Geldforderungen auf dem ganzen Gebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Erbschaftsamt ist zuständig für das gesamte Nachlassverfahren. Dazu gehören unter anderem Sicherungsmassnahmen in einem Todesfall und die Aufnahme der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden (Passiven) einer verstorbenen Person. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, die gesetzlichen Erben ausfindig zu machen und diese sowie die eingesetzten Erben und die Vermächtnisnehmer über das Vorhandensein und den Inhalt einer Verfügung von Todes wegen in Kenntnis zu setzen. Wo erforderlich oder verlangt, führt das Erbschaftsamt amtliche Liquidationen und Versteigerungen durch, verwaltet die Erbschaft oder wirkt bei der Erbteilung mit.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Die Fallzahlen liegen weiterhin konstant hoch; die mit der Einführung der neuen Zivilprozessordnung notwendig gewordenen Anpassungen in den Verfahrensabläufen haben sich inzwischen in einem weitem Masse konsolidiert. Im Rahmen der von Regierungsrat und Appellationsgericht in Auftrag gegebenen Geschäftslaststudie wurde ein Jahr lang (bis März 2014) der Aufwand für die einzelnen Verfahrenskategorien ermittelt; die Ergebnisse sollen demnächst vorliegen. Die neue eidgenössische Zivilprozessordnung trat per Januar 2011 in Kraft. Das Bundeszivilrecht löste damit die kantonalen Prozessgesetze ab. Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Bundesrechts wurden insbesondere das kantonale Gerichtsorganisationsgesetz und das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch, aber auch weitere Erlasse (Schlichtungsstellengesetz, Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, Gleichstellungsgesetz etc.) partiell angepasst. Zurzeit läuft die Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes, welche nebst der Aktualisierung auf die schweizerischen Prozessordnungen neu auch Regelungen zur Selbstverwaltung der Gerichte aufnehmen soll. Die Revisionsvorlage ist zum Zeitpunkt der vorliegenden Berichterstattung in der Kommissionberatung beim Grosse Rat.

Entwicklung der Verfahrenszahlen Das Zivilgericht beurteilt jährlich rund 5'600 hängige Verfahren (ohne Eheschutz und ohne Schlichtung). Mit der Justizreform wurden es nicht mehr Verfahren, die Verfahrensabläufe wurden aber für das Gericht aufwändiger. Dort, wo früher weitgehend mündlich verhandelt werden konnte, ist nun vermehrt Schriftlichkeit gefordert. Auch in einfacheren Verfahren kann die schriftliche Begründung verlangt werden. Tatsächlich dazugekommen sind ab 2011 die Schlichtungsverfahren; mit wenigen Ausnahmen müssen nach neuer ZPO sämtliche materiellen Klagen nach Einreichung zuerst in ein Schlichtungsverfahren. In den ersten Jahren mit neuer Schlichtungsstelle am Zivilgericht waren hier zwischen 1'300 und 1'400 Fälle pro Jahr zu bearbeiten; es ist davon auszugehen, dass die Fallzahlen (2013 rund 1'300 Fälle) in den Folgejahren auf diesem Niveau einigermassen konstant bleiben werden. Etwas rückläufig waren die Zahlen bei den auswärtigen Rechtshilfeersuchen; es wird erwartet dass sie sich in den nächsten Jahren weiter in einer Schwankungsbreite von 700 – 1'000 Dossiers bewegen werden. Die Zahl der Betreibungen ist weitgehend konstant (73'479 im Vorjahr, 72'673 im Jahr 2013). Die Zahl der ausgestellten Verlustscheine ist 2013 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen (Vorjahr 33'545, 2013 34'216). Etwas rückläufig waren auch die Konkureröffnungen (von 755 im Vorjahr auf 603 im Jahr 2013).

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-20'559.0	-21'137.2	-21'131.1	6.1	0.0	-572.0	-2.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'235.1	-8'196.2	-8'285.0	-88.8	-1.1	-49.9	-0.6
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-6.5	-4.9	-2.7	2.2	45.2	3.8	58.3
Betriebsaufwand	-28'800.6	-29'338.3	-29'418.7	-80.4	-0.3	-618.2	-2.1
42 Entgelte	21'259.5	22'322.0	21'216.5	-1'105.5	-5.0	-43.0	-0.2 ¹
Betriebsertrag	21'259.5	22'322.0	21'216.5	-1'105.5	-5.0	-43.0	-0.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-7'541.1	-7'016.3	-8'202.2	-1'185.9	-16.9	-661.1	-8.8
Betriebsergebnis	-7'541.1	-7'016.3	-8'202.2	-1'185.9	-16.9	-661.1	-8.8
34 Finanzaufwand	-60.2	-51.0	-51.0	0.0	0.0	9.2	15.2
44 Finanzertrag	64.5	68.5	63.6	-4.9	-7.2	-0.9	-1.4
Finanzergebnis	4.4	17.5	12.6	-4.9	-28.0	8.2	188.2
Gesamtergebnis	-7'536.7	-6'998.8	-8'189.6	-1'190.8	-17.0	-652.9	-8.7
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-10'201.5	-10'328.8	-10'588.1	-259.3	-2.5	-386.5	-3.8
14 Allgemeines Rechtswesen	2'664.8	3'330.0	2'398.4	-931.5	-28.0	-266.4	-10.0

Kommentar

1 Das Budget 2015 wurde aufgrund der Rechnung 2013 erstellt. Die Beträge sind durch die Gerichte nicht beeinflussbar.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	145.1	144.7	144.7	148.8	149.1
Hängige Verfahren	Anz	5'943	6'619	6'644	5'500	5'600
Schlichtungsverfahren neu ab 2011	Anz				1'350	1'300
Zahlungsbefehle	Anz	72'353	73'479	72'673	70'000	70'000
Konkurseröffnungen	Anz	501	755	603	600	600
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	147'560	687'823	347'168	732'000	662'000

Die Schwankungen halten sich insgesamt aber im üblichen Rahmen, sodass für die Budgetierung von einigermassen konstanten Zahlen ausgegangen werden kann.

Sozialversicherungsgericht

GER-114

Das Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt hat seine Tätigkeit im April 2002 aufgenommen. Es ist zuständig zur Beurteilung von Streitigkeiten aus allen Zweigen des Sozialversicherungsrechts:

- Alters- und Hinterlassenenversicherung,
- Invalidenversicherung,
- Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen,
- Berufliche Vorsorge,
- Obligatorische Unfallversicherung,
- Krankenversicherung (obligatorische Krankenversicherung sowie Zusatzversicherungen); Prämienbeiträge,
- Militärversicherung,
- Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz),
- Familien- und Kinderzulagen sowie
- Arbeitslosenversicherung.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Derzeit sind Vorbereitungen für eine einheitliche Regelung des Dolmetscherwesens im Gange. Ein zentrales Gerichtsdolmetschenden-Verzeichnis wird ab Januar 2015 zur Verfügung stehen.

Per Januar 2015 wird das Zeitmanagement mit einer neuen, auf SAP basierenden Applikation verwaltet. Es ist in der Einführungsphase sicherlich mit administrativem Mehraufwand zu rechnen, insbesondere, da auch die Mitarbeitenden selbst sich mit dem neuen System vertraut machen müssen.

Personalressourcen Die Zahl der Falleingänge 2013 ist im Vergleich zu den Vorjahren etwas geringer. Spürbar, wenn auch in der Statistik nicht darstellbar, ist die Zunahme der Komplexität der einzelnen Fälle. Die Personalressourcen, wie für 2014 und 2015 prognostiziert, werden somit voll beansprucht werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'408.8	-2'604.1	-2'633.4	-29.3	-1.1	-224.6	-9.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-557.6	-688.9	-644.1	44.9	6.5	-86.5	-15.5
Betriebsaufwand	-2'966.4	-3'293.1	-3'277.5	15.6	0.5	-311.0	-10.5
42 Entgelte	192.9	246.4	246.6	0.2	0.1	53.7	27.9
Betriebsertrag	192.9	246.4	246.6	0.2	0.1	53.7	27.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-2'773.6	-3'046.7	-3'030.9	15.8	0.5	-257.3	-9.3
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-1.3	0.0	1.3	100.0	0.0	0.0
Abschreibungen	0.0	-1.3	0.0	1.3	100.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	-2'773.6	-3'048.1	-3'030.9	17.2	0.6	-257.3	-9.3
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.5	-0.5	0.0	0.0	-0.3	-230.6
44 Finanzertrag	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	26.5
Finanzergebnis	-0.1	-0.4	-0.4	0.0	0.0	-0.3	-454.1
Gesamtergebnis	-2'773.6	-3'048.5	-3'031.3	17.2	0.6	-257.6	-9.3
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-2'773.6	-3'048.5	-3'031.3	17.2	0.6	-257.6	-9.3

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.7	11.7	11.7	11.7	11.7
Hängige Verfahren	Anz	611	616	583	700	650
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	2'175	87'930	53'178	100'000	65'000

Jugendgericht und Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen

GER-115

- Jugendgericht** Das Jugendgericht ist erste kantonale Gerichtsbehörde für Personen die im Zeitpunkt der Begehung einer Straftat das 18. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben und deren Beurteilung nicht in die Kompetenz der Jugendanwaltschaft fällt. Es handelt sich um ein interdisziplinär zusammengesetztes Fachgericht, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Jurisprudenz, Medizin, Psychologie und Pädagogik. Zuständigkeit und Kompetenzen des Jugendgerichts ergeben sich aus den Bestimmungen der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (JStPO) und dem kantonalen Gesetz über die Einführung der JStPO vom 13. Oktober 2010 (EG JStPO). Gemäss dem kantonalen Jugendstrafvollzugsgesetz ist das Jugendgericht zudem für die Behandlung von Beschwerden gegen Vollzugsentscheide der Jugendanwaltschaft zuständig (§20 Jugendstrafvollzugsgesetz). Ferner gehören die Mitglieder des Jugendgerichtspräsidiums als Einzelrichter dem Zwangsmassnahmengericht an, wenn über Zwangsmassnahmen gegen Jugendliche zu entscheiden ist (§4 EG JStPO und §15 Abs.2 EG StPO).
- Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringung (FU-Rekurskommission)** Die FU-Rekurskommission ist eine interdisziplinär zusammengesetzte gerichtliche Behörde. Sie besteht aus Fachärztinnen und Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie, aus Fachleuten im psychosozialen Bereich sowie aus Juristinnen und Juristen. Die FU-Rekurskommission entscheidet im Kanton letztinstanzlich und ist zuständig für Beschwerden im Zusammenhang mit der fürsorgerischen Unterbringung von Erwachsenen, einschliesslich der in Art. 439 Zivilgesetzbuch (ZGB) genannten Fällen (Beschwerden gegen ärztlich angeordnete Unterbringung, gegen Zurückbehaltung durch die Einrichtung, gegen Abweisung eines Entlassungsgesuches durch die Einrichtung, gegen eine Behandlung einer psychischen Störung ohne Zustimmung sowie gegen Massnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit). Zudem können gemäss kantonalem Recht Anordnungen von ambulanten Massnahmen und Nachbetreuung an die FU-Rekurskommission weitergezogen werden (§§14 und 15 des Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes (KESG)). Gegen Entscheide der FU-Rekurskommission kann Beschwerde wegen Verletzung von Bundesrecht an das Bundesgericht erhoben werden.

Tätigkeiten und Projekte

Sowohl das Jugendgericht als auch die FU-Rekurskommission können aufgrund der bestehenden Organisation und trotz des minimalen Headcounts dank dem Support des Appellationsgerichts (Budget, Inkasso, Zahlungsverkehr, Internetauftritt, Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten), des Präsidialdepartements (Personelles) und des Departements für Wirtschaft-Soziales und Umwelt (WSU) (Räumlichkeiten, IT, Weibeldienste) ihre Aufgaben gut erfüllen und die eingegangenen Anklagen und Beschwerden fristgemäss erledigen. Im Hinblick auf die Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes stehen wie bei allen Gerichten gewisse Veränderungen im Raum. Bedeutend ist die vorgesehene Umbenennung der FU-Rekurskommission in Gericht für fürsorgerische Unterbringungen. Damit würde sich die FU-Rekurskommission richtigerweise nicht nur wie bisher inhaltlich und organisatorisch, sondern auch von der Namensgebung her, von den anderen Rekurskommissionen des Kantons unterscheiden und auch von aussen als selbstständiges Gericht wahrgenommen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-729.8	-728.3	-757.8	-29.4	-4.0	-28.0	-3.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-186.8	-310.1	-288.3	21.8	7.0	-101.5	-54.3
Betriebsaufwand	-916.7	-1'038.4	-1'046.1	-7.6	-0.7	-129.4	-14.1
42 Entgelte	3.0	20.4	13.3	-7.1	-34.8	10.3	338.0
Betriebsertrag	3.0	20.4	13.3	-7.1	-34.8	10.3	338.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-913.6	-1'018.0	-1'032.8	-14.7	-1.4	-119.1	-13.0
Betriebsergebnis	-913.6	-1'018.0	-1'032.8	-14.7	-1.4	-119.1	-13.0
Gesamtergebnis	-913.6	-1'018.0	-1'032.8	-14.7	-1.4	-119.1	-13.0
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-913.6	-1'018.0	-1'032.8	-14.7	-1.4	-119.1	-13.0

Kommentar

1 Das Jugendgericht und die FU-Rekurskommission haben am 1. Januar 2013 ihre Tätigkeit aufgenommen. Das Budget beruht auf geschätzten Fallzahlen und dem damit verbundenen vermuteten Zeitaufwand.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz			2.4	2.7	2.7 ¹

Kommentar

1 Das Jugendgericht und die FU-Rekurskommission haben am 1. Januar 2013 ihre Tätigkeit aufgenommen, weshalb weder Erfahrungswerte noch genaue Prognosen abgegeben werden können. Allfällige weitere Kennzahlen werden in den kommenden Jahren zu definieren sein.

4.2.9 Behörden und Parlament

PARL-402	Finanzkontrolle	270
PARL-410	Ombudsstelle	272
PARL-410	Grosser Rat und Parlamentsdienst	274
PARL-410	Datenschutzbeauftragter	276

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7.0	-8.5	-8.4	0.2	1.9	-1.4	-19.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2.4	-2.0	-2.8	-0.8	-39.8	-0.5	-19.0
Betriebsaufwand	-9.4	-10.6	-11.2	-0.7	-6.2	-1.8	-19.4
42 Entgelte	0.0	0.0	0.0	0.0	33.0	-0.0	-12.9
Betriebsertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	33.0	-0.0	-12.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-9.3	-10.5	-11.2	-0.6	-6.1	-1.8	-19.6
Betriebsergebnis	-9.3	-10.5	-11.2	-0.6	-6.1	-1.8	-19.6
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4
Gesamtergebnis	-9.3	-10.5	-11.2	-0.6	-6.1	-1.8	-19.6
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-7.6	-8.6	-9.1	-0.5	-5.9	-1.5	-19.2
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-1.7	-1.9	-2.1	-0.1	-6.9	-0.4	-21.4

Finanzkontrolle

PARL-402

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht im Kanton. Sie ist im Rahmen der Gesetzgebung fachlich unabhängig und selbständig.

Die Finanzkontrolle unterstützt einerseits den Grossen Rat bei der Ausübung der Oberaufsicht über Verwaltung und Rechtspflege und andererseits den Regierungsrat, das Appellationsgericht und die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten bei der Ausübung der Dienstaufsicht über die Verwaltungen.

Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit nach den im Finanzkontrollgesetz aufgeführten Grundsätzen sowie nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes aus. Ihre Aufgaben gehen wesentlich über jene der zivilrechtlichen Revisionsstellen hinaus.

Tätigkeiten und Projekte

Die Finanzkontrolle ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes. Besonders zu erwähnen sind die Prüfung der Staatsrechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen sowie der Anstalten und Betriebe des Kantons. Weitere Aufgaben der Finanzkontrolle sind die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen, Projektprüfungen sowie Prüfungen der Leistungen und der Wirksamkeit. Zudem werden Prüfungen im Auftrag des Bundes oder bei im öffentlichen Interesse stehenden Organisationen durchgeführt.

Die Finanzkontrolle erstattet der Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission, dem Regierungsrat sowie dem Appellationsgericht jährlich einen Tätigkeitsbericht, in dem sie über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Empfehlungen informiert.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'757.2	-3'071.2	-3'046.2	25.0	0.8	-289.0	-10.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-494.8	-521.1	-554.9	-33.8	-6.5	-60.2	-12.2
Betriebsaufwand	-3'251.9	-3'592.3	-3'601.1	-8.8	-0.2	-349.2	-10.7
42 Entgelte	30.7	22.0	32.0	10.0	45.5	1.3	4.3
Betriebsertrag	30.7	22.0	32.0	10.0	45.5	1.3	4.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'221.3	-3'570.3	-3'569.1	1.2	0.0	-347.9	-10.8
Betriebsergebnis	-3'221.3	-3'570.3	-3'569.1	1.2	0.0	-347.9	-10.8
44 Finanzertrag	2.7	2.7	2.7	0.0	0.0	0.0	1.4
Finanzergebnis	2.7	2.7	2.7	0.0	0.0	0.0	1.4
Gesamtergebnis	-3'218.6	-3'567.6	-3'566.4	1.2	0.0	-347.9	-10.8
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-3'218.6	-3'567.6	-3'566.4	1.2	0.0	-347.9	-10.8

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	13.9	13.9	13.1	13.8	13.8

Ombudsstelle

PARL-410

Zu den Aufgaben und Zielen der Ombudsstelle gehören die Verbesserung der verfassungs- und gesetzmässigen Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner; die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle; die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen dem Einzelnen und der Verwaltung; der Schutz der Verwaltung vor ungerechtfertigten Vorwürfen; die Berichterstattung an den Grossen Rat.

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Abwicklung der Standardprozesse sind im Budgetjahr 2015 keine wichtigen Projekte und Tätigkeiten vorgesehen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-623.8	-669.0	-737.6	-68.7	-10.3	-113.9	-18.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-121.1	-158.1	-169.0	-11.0	-6.9	-47.9	-39.5
Betriebsaufwand	-744.9	-827.0	-906.6	-79.6	-9.6	-161.7	-21.7
42 Entgelte	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.7	-100.0
Betriebsertrag	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.7	-100.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-743.2	-827.0	-906.6	-79.6	-9.6	-163.4	-22.0
Betriebsergebnis	-743.2	-827.0	-906.6	-79.6	-9.6	-163.4	-22.0
Gesamtergebnis	-743.2	-827.0	-906.6	-79.6	-9.6	-163.4	-22.0
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-743.2	-827.0	-906.6	-79.6	-9.6	-163.4	-22.0

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.5	3.7	2.7	2.7	2.7 ¹
Neue Dossiers	Anz	529	526	522	525	520
Dossiers aus den Vorjahren	Anz	71	32	44	50	40
Telefonisch bearbeitete Anfragen	Anz	76	81	62	70	60
Per Mail oder Brief eingegangene Anfragen	Anz	44	45	29	40	35
Weiterverweisungen	Anz	202	234	192	220	200

Kommentar

1 Die Volontariatsstelle wird ab 2014 nicht mehr ausgewiesen.

Grosser Rat und Parlamentsdienst

PARL-410

Der Parlamentsdienst ist zuständig für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für den Grossen Rat und die Gewährleistung der Grundfunktionalität des Parlamentes; die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder und Verbesserung der Wirkung des Parlamentes nach aussen; Stärkung des Parlamentes gegenüber den anderen Staatsgewalten; Entlastung der Mitglieder und Organe des Parlamentes von administrativen und im weiteren Sinne „unpolitischen“ Aufgaben.

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Abwicklung der Standardprozesse sind im Budgetjahr 2015 keine wichtigen Projekte und Tätigkeiten vorgesehen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'785.4	-3'920.3	-3'670.7	249.6	6.4	-885.4	-31.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'642.2	-1'115.7	-1'877.4	-761.8	-68.3	-235.2	-14.3 ¹
Betriebsaufwand	-4'427.6	-5'036.0	-5'548.2	-512.2	-10.2	-1'120.6	-25.3
42 Entgelte	7.5	8.3	8.3	0.0	0.0	0.8	10.7
Betriebsertrag	7.5	8.3	8.3	0.0	0.0	0.8	10.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'420.1	-5'027.7	-5'539.9	-512.2	-10.2	-1'119.8	-25.3
Betriebsergebnis	-4'420.1	-5'027.7	-5'539.9	-512.2	-10.2	-1'119.8	-25.3
Gesamtergebnis	-4'420.1	-5'027.7	-5'539.9	-512.2	-10.2	-1'119.8	-25.3
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-4'420.1	-5'027.7	-5'539.9	-512.2	-10.2	-1'119.8	-25.3

Kommentar

1 Die nicht AHV-pflichtige Grundentschädigung der Parlamentsmitglieder (652'000 Fr.) erscheinen seit Rechnung 2013 neu als Spesen im Sachaufwand und nicht mehr im Personalaufwand.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.9	7.9	8.2	7.5	7.5
Halbtagesitzungen Plenum	Anz	45	35	41	42	45 ¹
Kommissionssitzungen	Anz	407	396	422	420	420
Verabschiedete Sachgeschäfte	Anz	119	101	115	130	120
Eingereichte parl. Vorstösse	Anz	278	311	395	290	300

Kommentar

1 Die Abgrenzung der den Grossen Rat betreffenden Kennzahlen bezieht sich jeweils auf den 1. Februar (Amtsjahr).

Datenschutzbeauftragter

PARL-410

Der vom Grossen Rat gewählte und organisatorisch dem Büro des Grossen Rates zugeordnete Datenschutzbeauftragte hat die völlig unabhängige Aufsicht über den Umgang mit Informationen und insbesondere das Bearbeiten von Personendaten durch öffentliche Organe des Kantons entsprechend den Anforderungen des internationalen, nationalen und kantonalen Rechts zu gewährleisten. Zuständig ist er umfassend für alle öffentlichen Organe von Kanton und Gemeinden im Sinne des Informations- und Datenschutzgesetzes (die Verwaltungsstellen des Kantons Basel-Stadt und aller Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden, inkl. den unselbständigen und selbständigen Körperschaften und Anstalten des kantonalen oder kommunalen Rechts, sowie der Privaten, soweit ihnen von Kanton oder Gemeinden die Erfüllung öffentlicher Aufgaben übertragen ist).

Er hat im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

- Beratung der öffentlichen Organe von Kanton und allen Gemeinden im Bereich Datenschutz (inkl. Informationssicherheit) und Öffentlichkeitsprinzip;
- Kontrolle der Anwendung der Bestimmungen über den Umgang mit Informationen nach einem autonom aufzustellenden Prüfprogramm (Datenschutz-Audits);
- Vorabkontrolle von Projekten zur Bearbeitung von Personendaten, insb. bei IT-Projekten, beim Erlass und der Verlängerung von Videoüberwachungsreglementen und bei der Einräumung von Online-Zugriffen auf Personendaten eines anderen öffentlichen Organs;
- selbständige Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Einwirkungsbefugnisse (Empfehlung, Weisung);
- Beratung der von behördlichen Datenbearbeitungen betroffenen Personen über ihre Rechte;
- Vermittlung zwischen betroffenen Personen und öffentlichen Organen;
- permanente Beobachtung der aktuellen nationalen und internationalen Situation im Bereich Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip und Ergreifen/Initiieren der notwendigen Massnahmen;
- Stellungnahme zu Erlassen, die für den Umgang mit Informationen oder den Datenschutz relevant sind;
- Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der politischen Organe und der öffentlichen Organe;
- Zusammenarbeit mit den Organen der anderen Kantone, des Bundes und des Auslandes, welche die gleichen Aufgaben erfüllen;
- Berichterstattung.

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Abwicklung der Standardprozesse sind im Budgetjahr 2015 keine wichtigen Projekte und Tätigkeiten vorgesehen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-823.3	-858.0	-905.9	-47.9	-5.6	-82.6	-10.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-137.5	-243.5	-248.4	-4.9	-2.0	-110.8	-80.6
Betriebsaufwand	-960.8	-1'101.5	-1'154.3	-52.8	-4.8	-193.5	-20.1
42 Entgelte	6.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-6.4	-100.0
Betriebsertrag	6.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-6.4	-100.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-954.4	-1'101.5	-1'154.3	-52.8	-4.8	-199.9	-20.9
Betriebsergebnis	-954.4	-1'101.5	-1'154.3	-52.8	-4.8	-199.9	-20.9
Gesamtergebnis	-954.4	-1'101.5	-1'154.3	-52.8	-4.8	-199.9	-20.9
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-954.4	-1'101.5	-1'154.3	-52.8	-4.8	-199.9	-20.9

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4.3	4.3	4.8	4.5	4.7
Geschäftsfälle	Anz	341	366	403	340	380
Komplexe Beratungen (gemessen an der Anzahl Beratungen)	%	7	9	11	6	8
Abgeschlossene Datenschutz-Audits	Anz	2	2	4	8	8
Durchgeführte Schulungen für öffentliche Organe	Anz	12	11	7	8	8
Innert 14 Tagen abgeschlossene nicht komplexe Beratungen	%	61	50	54	50	50

4.2.10 Regierungsrat und Übriges

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	22.9	-16.4	-28.3	-11.8	-72.0	-51.2	-223.6 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-71.5	-64.1	-74.2	-10.1	-15.7	-2.7	-3.8 ²
36 Transferaufwand	-0.9	-0.9	-0.9	0.0	0.0	0.0	4.3
Betriebsaufwand	-49.5	-81.4	-103.3	-21.9	-26.9	-53.9	-108.9
42 Entgelte	107.8	108.6	111.3	2.7	2.5	3.6	3.3
43 Verschiedene Erträge	11.3	0.0	26.2	26.2	0.0	14.9	131.5 ³
46 Transferertrag	7.7	8.0	7.9	-0.1	-1.1	0.2	2.7
Betriebsertrag	126.7	116.6	145.4	28.8	24.7	18.7	14.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	77.3	35.1	42.1	6.9	19.7	-35.2	-45.6
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-94.1	-55.0	-93.5	-38.5	-70.0	0.6	0.6 ⁴
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	-1.0	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	4.8	2.1	4.8	2.7	130.8	-0.0	-1.0 ⁵
Abschreibungen	-90.3	-53.9	-89.7	-35.8	-66.4	0.6	0.6
Betriebsergebnis	-13.0	-18.8	-47.6	-28.9	-153.7	-34.7	-266.7
34 Finanzaufwand	-6.3	-6.0	-6.7	-0.7	-10.8	-0.3	-5.0 ⁶
44 Finanzertrag	58.2	58.6	55.2	-3.4	-5.8	-2.9	-5.0 ⁷
Finanzergebnis	51.8	52.6	48.6	-4.1	-7.7	-3.2	-6.3
Gesamtergebnis	38.8	33.8	0.9	-32.9	-97.3	-37.9	-97.6
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	75.9	34.8	1.9	-32.9	-94.5	-74.0	-97.5
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-6.6	0.0	0.0	0.0	0.0	6.6	100.0
2 Bildung	-16.7	0.0	0.0	0.0	0.0	16.7	100.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-9.2	0.0	0.0	0.0	0.0	9.2	100.0
4 Gesundheit	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	1.1	100.0
5 Soziale Sicherheit	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	100.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-0.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.9	100.0
7 Umweltschutz und Raumordnung	-1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	100.0
8 Volkswirtschaft	-1.3	-1.0	-1.0	0.0	0.0	0.3	23.6
9 Finanzen und Steuern	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.3	-100.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-145.3	-155.0	-280.5	-125.5	-81.0	-135.2	-93.0
Einnahmen Grossinvestitionen	7.6	0.0	6.7	6.7	0.0	-0.9	-12.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	12.6	0.0	10.5	10.5	0.0	-2.1	-16.9
Nettoinvestitionen	-125.0	-155.0	-263.3	-108.3	-69.9	-138.2	-110.6
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	52.6	0.0	57.7	57.7	0.0	5.1	9.8
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	52.6	0.0	57.7	57.7	0.0	5.1	9.8
Saldo Investitionsrechnung	-72.5	-155.0	-205.6	-50.6	-32.6	-133.1	-183.7

Kommentar

1 Die Erhöhung des Personalaufwandes ist auf die Einführung der Systempflege im Jahr 2015 zurückzuführen.

- 2 Die Schadens- und Prämienzahlungen für Eigenversicherungen werden neu über die Erfolgsrechnung abgebildet, was zu einem Mehraufwand von rund 26 Mio. Franken führt (siehe auch FDK 43). Infolge Budgetkürzungen und einer Verschiebung von 15 Mio. Franken von der Erfolgsrechnung in die Investitionsrechnung fällt der Sach- und Betriebsaufwand für die Liegenschaften im Finanzvermögen rund 16 Mio. Franken tiefer aus.
 - 3 Die für Eigenversicherungen in Rechnung gestellten Versicherungsprämien werden neu über die Erfolgsrechnung geführt (siehe auch FDK 31).
 - 4 Die Abschreibungen auf den Hochbauten fallen infolge der Umstellung auf HRM2 deutlich höher aus, was zum Zeitpunkt der Budgeterstellung 2014 noch nicht bekannt war.
 - 5 Entsprechend den höheren Abschreibungen nach HRM2 (siehe FDK 33) müssen auch die erhaltenen Investitionsbeiträge rascher aufgelöst werden.
 - 6 Höhere Baurechtsabgaben und Benutzungsgebühren führen zur Erhöhung beim Finanzaufwand.
 - 7 Aufgrund von Umwidmungen von Liegenschaften fallen die Finanzerträge um rund 2.1 Mio. Franken tiefer aus. Durch die Reduzierung des Vorschusses an die Pensionskassen-Destinatäre fällt ein tieferer Zinsertrag von rund 1.3 Mio. Franken an.
-

Regierungsrat

RR-416

Der Regierungsrat definiert im Legislaturplan seine Strategie für die Entwicklung des Kantons Basel-Stadt und zeigt auf, welche Herausforderungen in den nächsten vier Jahren auf Basel zukommen, wie der Kanton diesen begegnen will und wohin der Weg führen soll.

Tätigkeiten und Projekte

Zum Wohl des Kantons Basel-Stadt, seiner Bewohnerschaft und Wirtschaft und zur Prosperität der in- und ausländischen Region verfolgt der Regierungsrat eine politische Strategie der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer Metropolitanregion mit Basel als attraktivem, urbanem Zentrum. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Basel ist ein weiteres zentrales Anliegen und soll erhalten bleiben. Schliesslich erachtet der Regierungsrat nachhaltige Lebensqualität als wichtigen Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Region im Herzen Europas.

Umsetzung Legislaturplan 2013-2017 Die Bedürfnisse und das Wohlergehen der Bevölkerung stehen im Zentrum der Regierungstätigkeit. Hierfür wird die eingeschlagene Strategie konsequent weiter verfolgt. Neben den vier Leitsätzen und neun Schwerpunkten beinhaltet der Legislaturplan 43 Ziele sowie 85 Massnahmen. Diese tragen zur Umsetzung der mittel- und langfristigen politischen Stossrichtung bei.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'165.2	-2'834.0	-3'260.8	-426.8	-15.1	-95.6	-3.0 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-6.0	-22.3	-21.4	0.8	3.8	-15.4	-255.6
Betriebsaufwand	-3'171.2	-2'856.2	-3'282.2	-426.0	-14.9	-111.0	-3.5
42 Entgelte	2.6	3.0	3.0	0.0	0.0	0.4	16.0
Betriebsertrag	2.6	3.0	3.0	0.0	0.0	0.4	16.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'168.6	-2'853.2	-3'279.2	-426.0	-14.9	-110.6	-3.5
Betriebsergebnis	-3'168.6	-2'853.2	-3'279.2	-426.0	-14.9	-110.6	-3.5
Gesamtergebnis	-3'168.6	-2'853.2	-3'279.2	-426.0	-14.9	-110.6	-3.5
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-3'168.6	-2'853.2	-3'279.2	-426.0	-14.9	-110.6	-3.5

Kommentar

1 Der höhere Personalaufwand ergibt sich grösstenteils durch verminderte Nebeneinkünfte von rund 100'000 Franken und aus voraussichtlichen Mehrkosten infolge Wechsel im Regierungsrat von rund 320'000 Franken.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0

Übriges: Finanzen Liegenschaften

Finanzen	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken							
31 Sach- und Betriebsaufwand	-55'781.0	-60'714.4	-44'618.1	16'096.3	26.5	11'162.9	20.0 ¹
Betriebsaufwand	-55'781.0	-60'714.4	-44'618.1	16'096.3	26.5	11'162.9	20.0
42 Entgelte	106'433.3	107'757.1	110'496.9	2'739.8	2.5	4'063.6	3.8 ²
Betriebsertrag	106'433.3	107'757.1	110'496.9	2'739.8	2.5	4'063.6	3.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	50'652.3	47'042.8	65'878.8	18'836.0	40.0	15'226.5	30.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-93'503.7	-55'000.0	-93'500.0	-38'500.0	-70.0	3.7	0.0 ³
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	4'847.8	2'080.0	4'800.0	2'720.0	130.8	-47.8	-1.0 ⁴
Abschreibungen	-88'655.9	-52'920.0	-88'700.0	-35'780.0	-67.6	-44.1	-0.0
Betriebsergebnis	-38'003.6	-5'877.2	-22'821.2	-16'944.0	-288.3	15'182.4	39.9
34 Finanzaufwand	-6'341.3	-6'004.9	-6'656.0	-651.1	-10.8	-314.7	-5.0 ⁵
44 Finanzertrag	38'575.9	40'243.1	38'117.2	-2'125.9	-5.3	-458.7	-1.2 ⁶
Finanzergebnis	32'234.6	34'238.2	31'461.2	-2'777.0	-8.1	-773.4	-2.4
Gesamtergebnis	-5'769.0	28'361.0	8'640.0	-19'721.0	-69.5	14'409.0	249.8
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-696.3	0.0	0.0	0.0	0.0	696.3	100.0
02 Allgemeine Dienste	31'007.8	28'361.0	8'640.0	-19'721.0	-69.5	-22'367.8	-72.1
11 Öffentliche Sicherheit	-3'435.5	0.0	0.0	0.0	0.0	3'435.5	100.0
12 Rechtsprechung	-941.1	0.0	0.0	0.0	0.0	941.1	100.0
13 Strafvollzug	-375.7	0.0	0.0	0.0	0.0	375.7	100.0
14 Allgemeines Rechtswesen	-1'000.9	0.0	0.0	0.0	0.0	1'000.9	100.0
15 Feuerwehr	-259.7	0.0	0.0	0.0	0.0	259.7	100.0
16 Verteidigung	-568.9	0.0	0.0	0.0	0.0	568.9	100.0
21 Obligatorische Schule	-9'641.2	0.0	0.0	0.0	0.0	9'641.2	100.0
22 Sonderschulen	-1'373.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1'373.0	100.0
23 Berufliche Grundbildung	-3'516.2	0.0	0.0	0.0	0.0	3'516.2	100.0
25 Allgemeinbildende Schulen	-2'232.7	0.0	0.0	0.0	0.0	2'232.7	100.0
27 Hochschulen	326.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-326.7	-100.0
28 Forschung	-143.3	0.0	0.0	0.0	0.0	143.3	100.0
29 Übriges Bildungswesen	-142.9	0.0	0.0	0.0	0.0	142.9	100.0
31 Kulturerbe	-2'569.3	0.0	0.0	0.0	0.0	2'569.3	100.0
32 Kultur, übrige	-1'492.2	0.0	0.0	0.0	0.0	1'492.2	100.0
34 Sport und Freizeit	-5'163.8	0.0	0.0	0.0	0.0	5'163.8	100.0
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-526.2	0.0	0.0	0.0	0.0	526.2	100.0
43 Gesundheitsprävention	-275.0	0.0	0.0	0.0	0.0	275.0	100.0
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-285.1	0.0	0.0	0.0	0.0	285.1	100.0
54 Familie und Jugend	-31.3	0.0	0.0	0.0	0.0	31.3	100.0
55 Arbeitslosigkeit	-103.5	0.0	0.0	0.0	0.0	103.5	100.0
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-64.6	0.0	0.0	0.0	0.0	64.6	100.0
61 Strassenverkehr	-883.9	0.0	0.0	0.0	0.0	883.9	100.0
72 Abwasserbeseitigung	-86.0	0.0	0.0	0.0	0.0	86.0	100.0
74 Verbauungen	-71.9	0.0	0.0	0.0	0.0	71.9	100.0
77 Übriger Umweltschutz	-1'217.3	0.0	0.0	0.0	0.0	1'217.3	100.0
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	-308.2	0.0	0.0	0.0	0.0	308.2	100.0
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	302.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-302.1	-100.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-145'305.4	-155'000.0	-280'500.0	-125'500.0	-81.0	-135'194.6	-93.0
Einnahmen Grossinvestitionen	7'642.5	0.0	6'717.2	6'717.2	0.0	-925.3	-12.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	12'629.9	0.0	10'500.0	10'500.0	0.0	-2'129.9	-16.9
Nettoinvestitionen	-125'033.0	-155'000.0	-263'282.8	-108'282.8	-69.9	-138'249.8	-110.6
Saldo Investitionsrechnung	-125'033.0	-155'000.0	-263'282.8	-108'282.8	-69.9	-138'249.8	-110.6

Kommentar

- 1 Der Sach- und Betriebsaufwand fällt infolge Budgetkürzungen und einer Verschiebung von 15.0 Mio. Franken von der Erfolgsrechnung in die Investitionsrechnung tiefer aus.
- 2 Der Betriebsertrag steigt infolge höherer interner Mieteinnahmen.
- 3 Die Abschreibungen auf den Hochbauten des Verwaltungsvermögens fallen wegen der Umstellung auf HRM2 deutlich höher aus. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung 2014 war dieser Effekt noch nicht bekannt.
- 4 Entsprechend den höheren Abschreibungen nach HRM2 müssen auch die erhaltenen Investitionsbeiträge rascher aufgelöst werden.
- 5 Der Finanzaufwand fällt infolge höherer Baurechtsabgaben und Benutzungsgebühren um 651'000 Franken höher aus.
- 6 Aufgrund von Umwidmungen ins Finanzvermögen fallen die Finanzerträge im Verwaltungsvermögen tiefer aus.

Übriges: Allgemeine Verwaltung

Finanzen	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Erfolgsrechnung in 1'000 Franken							
30 Personalaufwand	26'049.9	-13'616.0	-25'025.0	-11'409.0	-83.8	-51'074.9	-196.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15'665.7	-3'392.5	-29'551.0	-26'158.5	-771.1	-13'885.4	-88.6 ²
36 Transferaufwand	-888.7	-850.0	-850.0	0.0	0.0	38.7	4.3
Betriebsaufwand	9'495.6	-17'858.5	-55'426.0	-37'567.5	-210.4	-64'921.6	-683.7
42 Entgelte	1'319.6	850.0	850.0	0.0	0.0	-469.6	-35.6
43 Verschiedene Erträge	11'302.0	0.0	26'158.5	26'158.5	0.0	14'856.5	131.5 ³
46 Transferertrag	7'663.0	7'959.0	7'871.0	-88.0	-1.1	208.0	2.7
Betriebsertrag	20'284.6	8'809.0	34'879.5	26'070.5	296.0	14'594.9	72.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	29'780.2	-9'049.5	-20'546.5	-11'497.0	-127.0	-50'326.7	-169.0
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-602.7	0.0	0.0	0.0	0.0	602.7	100.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1'000.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen	-1'602.7	-1'000.0	-1'000.0	0.0	0.0	602.7	37.6
Betriebsergebnis	28'177.6	-10'049.5	-21'546.5	-11'497.0	-114.4	-49'724.1	-176.5
44 Finanzertrag	19'584.0	18'386.0	17'108.0	-1'278.0	-7.0	-2'476.0	-12.6 ⁴
Finanzergebnis	19'584.0	18'386.0	17'108.0	-1'278.0	-7.0	-2'476.0	-12.6
Gesamtergebnis	47'761.6	8'336.5	-4'438.5	-12'775.0	-153.2	-52'200.1	-109.3
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	48'761.6	9'336.5	-3'438.5	-12'775.0	-136.8	-52'200.1	-107.1
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-1'000.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	52'560.0	0.0	57'690.0	57'690.0	0.0	5'130.0	9.8
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	52'560.0	0.0	57'690.0	57'690.0	0.0	5'130.0	9.8
Saldo Investitionsrechnung	52'560.0	0.0	57'690.0	57'690.0	0.0	5'130.0	9.8

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand ist auf die Einführung der Systempflege zurückzuführen.
- 2 Neu werden die Buchungen für Eigenversicherungen über die Erfolgsrechnung geführt. Im FDK 31 werden alle Schadens- und Prämienzahlungen und in FDK 43 die in Rechnung gestellten Versicherungsprämien verbucht.
- 3 siehe FDK 31
- 4 Durch die Reduzierung des Vorschusses an die Pensionskassen-Destinatäre fällt ein tieferer Zinsertrag an.

4.3 Konsolidierung Stammhaus

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	1.7	1.5	1.5	0.0	1.1	-0.2	-9.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	182.9	183.5	211.5	28.0	15.2	28.6	15.7
36 Transferaufwand	56.5	42.4	50.2	7.8	18.4	-6.3	-11.2
Betriebsaufwand	241.1	227.4	263.2	35.8	15.7	22.2	9.2
39 Interne Verrechnungen	-241.8	-228.2	-264.1	-35.8	-15.7	-22.3	-9.2
Betriebsaufwand inkl. interne Verrechnungen	-0.7	-0.8	-0.8	-0.0	-1.0	-0.1	-12.3
42 Entgelte	-182.1	-182.8	-183.0	-0.2	-0.1	-0.9	-0.5
43 Verschiedene Erträge	-2.5	-2.3	-30.1	-27.8	...	-27.6	...
46 Transferertrag	-56.5	-42.4	-50.2	-7.8	-18.4	6.3	11.2
Betriebsertrag	-241.1	-227.4	-263.2	-35.8	-15.7	-22.2	-9.2
49 Interne Verrechnungen	241.8	228.2	264.1	35.8	15.7	22.3	9.2
Betriebsertrag inkl. interne Verrechnungen	0.7	0.8	0.8	0.0	1.0	0.1	12.3
Betriebsergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
34 Finanzaufwand	0.7	0.8	0.8	0.0	1.0	0.1	12.3
44 Finanzertrag	-0.7	-0.8	-0.8	-0.0	-1.0	-0.1	-12.3
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

4.4 Budget Nichtzweckgebundene Positionen

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-49.1	-45.1	-45.2	-0.1	-0.3	3.9	7.9
36 Transferaufwand	-172.0	-163.8	-160.2	3.5	2.2	11.7	6.8
Betriebsaufwand	-221.0	-208.8	-205.4	3.4	1.6	15.6	7.1
40 Fiskalertrag	2'481.4	2'528.6	2'511.1	-17.5	-0.7	29.8	1.2
41 Regalien und Konzessionen	15.7	15.7	7.9	-7.8	-49.8	-7.8	-50.0
42 Entgelte	4.3	0.0	19.4	19.4	0.0	15.1	355.4
43 Verschiedene Erträge	0.3	0.2	0.3	0.1	44.8	-0.0	-1.4
46 Transferertrag	247.2	229.2	238.2	8.9	3.9	-9.0	-3.7
Betriebsertrag	2'748.8	2'773.7	2'776.8	3.1	0.1	28.0	1.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	2'527.8	2'564.9	2'571.4	6.5	0.3	43.6	1.7
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-2.5	0.0	-2.5	-2.5	0.0	0.0	0.0
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-10.3	0.0	0.0	0.0	0.0	10.3	100.0
Abschreibungen	-12.8	0.0	-2.5	-2.5	0.0	10.3	80.5
Betriebsergebnis	2'514.9	2'564.9	2'568.9	4.0	0.2	53.9	2.1
34 Finanzaufwand	-166.1	-129.9	-91.4	38.5	29.7	74.7	45.0
44 Finanzertrag	322.2	242.9	234.9	-8.0	-3.3	-87.3	-27.1
Finanzergebnis	156.1	112.9	143.5	30.6	27.1	-12.6	-8.1
Gesamtergebnis	2'671.0	2'677.8	2'712.4	34.6	1.3	41.4	1.5
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.1	-0.1	0.1	0.2	210.0	-0.0	-22.8
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15.3	7.3	7.6	0.2	3.3	-7.7	-50.5
8 Volkswirtschaft	3.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-3.0	-100.0
9 Finanzen und Steuern	2'652.6	2'670.6	2'704.7	34.1	1.3	52.1	2.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-185.7	-27.2	-88.0	-60.8	-223.5	97.7	52.6
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	42.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-42.1	-100.0
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-143.6	-27.2	-88.0	-60.8	-223.5	55.6	38.7
Saldo Investitionsrechnung	-143.6	-27.2	-88.0	-60.8	-223.5	55.6	38.7

4.4.1 Finanzdepartement

Finanzverwaltung Allgemein

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	951.5	-70.0	-70.0	0.0	0.0	-1'021.5	-107.4
36 Transferaufwand	-171'972.7	-163'773.0	-160'239.3	3'533.7	2.2	11'733.4	6.8 ¹
Betriebsaufwand	-171'021.2	-163'843.0	-160'309.3	3'533.7	2.2	10'711.9	6.3
41 Regalien und Konzessionen	15'687.5	15'650.0	7'850.0	-7'800.0	-49.8	-7'837.5	-50.0 ²
42 Entgelte	0.0	0.0	19'369.7	19'369.7	0.0	19'369.7	0.0 ³
43 Verschiedene Erträge	293.6	200.0	289.6	89.6	44.8	-4.0	-1.4
46 Transferertrag	73'922.4	70'228.0	73'161.0	2'933.0	4.2	-761.4	-1.0 ⁴
Betriebsertrag	89'903.5	86'078.0	100'670.3	14'592.3	17.0	10'766.8	12.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-81'117.7	-77'765.0	-59'639.0	18'126.0	23.3	21'478.7	26.5
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-2'500.0	0.0	-2'500.0	-2'500.0	0.0	0.0	0.0 ⁵
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-10'322.0	0.0	0.0	0.0	0.0	10'322.0	100.0
Abschreibungen	-12'822.0	0.0	-2'500.0	-2'500.0	0.0	10'322.0	80.5
Betriebsergebnis	-93'939.7	-77'765.0	-62'139.0	15'626.0	20.1	31'800.7	33.9
34 Finanzaufwand	-57'701.6	-55'731.9	-45'342.8	10'389.2	18.6	12'358.8	21.4 ⁶
44 Finanzertrag	117'857.9	113'631.7	115'974.8	2'343.1	2.1	-1'883.1	-1.6 ⁷
Finanzergebnis	60'156.3	57'899.8	70'632.0	12'732.3	22.0	10'475.7	17.4
Gesamtergebnis	-33'783.4	-19'865.2	8'493.0	28'358.3	142.8	42'276.4	125.1
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	142.5	-100.0	110.0	210.0	210.0	-32.5	-22.8
85 Industrie, Gewerbe, Handel	3'004.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-3'004.9	-100.0
93 Finanz- und Lastenausgleich	-110'853.6	-104'674.0	-98'529.3	6'144.7	5.9	12'324.4	11.1
94 Ertragsanteile an Bundeseinnahmen	12'803.4	11'129.0	11'451.0	322.0	2.9	-1'352.4	-10.6
95 Ertragsanteile, übrige	293.6	200.0	289.6	89.6	44.8	-4.0	-1.4
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	60'825.9	73'579.8	95'171.7	21'591.9	29.3	34'345.8	56.5

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-185'719.8	-27'200.0	-88'000.0	-60'800.0	-223.5	97'719.8	52.6
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	42'159.8	0.0	0.0	0.0	0.0	-42'159.8	-100.0
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-143'560.0	-27'200.0	-88'000.0	-60'800.0	-223.5	55'560.0	38.7
Saldo Investitionsrechnung	-143'560.0	-27'200.0	-88'000.0	-60'800.0	-223.5	55'560.0	38.7

Kommentar

- Die Abweichung ist auf die tiefere Belastung durch den NFA-Ressourcenausgleich zurückzuführen.
- Für das Budgetjahr 2015 wird aufgrund der unsicheren Gewinnaussichten der Schweizerischen Nationalbank nur die Hälfte der regulären Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank budgetiert.
- Durch die Umstellung auf das Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) wird die Gewährsträger Abgeltung der Basler Kantonalbank neu im FDK 42 statt wie bisher im FDK 44 verbucht. Diese wird fürs Jahr 2015 auf dem Stand der Abgeltung 2013 budgetiert.
- Der Anteil an der eidgenössischen Verrechnungssteuer fällt um 0.3 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr. Ausserdem fällt eine um 0.8 Mio. Franken höhere NFA-Abgeltung für sozio-demografische Lasten an. Die Abgeltung aus dem innerkantonalen Finanzausgleich nimmt gegenüber dem Vorjahr um 1.8 Mio. Franken zu.
- Das Darlehen an die MCH Messe Schweiz (Basel) AG wird jährlich um 2.5 Mio. Franken abgeschrieben.

- 6 Tiefere Zinsen und Aufschläge auf Staatsanleihen und Festgelddepots führen zu einem Minderaufwand von 11.8 Mio. Franken. Im Gegensatz dazu wird bei den Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten mit einem Mehraufwand von 1.4 Mio. Franken gerechnet.
- 7 Durch die Umstellung auf das Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) wird die Gewährsträger Abgeltung der Basler Kantonalbank neu im FDK 42 statt wie bisher im FDK 44 verbucht. Die Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank fällt voraussichtlich um rund 8 Mio. Franken tiefer aus. Im Gegensatz dazu wird bei den Beteiligungen mit einer ausserordentlichen Dividende der Basler Verkehrs-Betriebe in Höhe von 31.65 Mio. und bei den Schweizerischen Rheinhäfen mit einer Dividendenausschüttung in der Höhe von 2.85 Mio. Franken gerechnet. Die Zinserträge beim Dotationskapital der Basler Kantonalbank fallen um rund 1.5 Mio. Franken tiefer aus, dafür ist der Ertragsanteil an der Industriellen Werke Basel um 1.9 Mio. Franken höher.

Steuern Steuerverwaltung

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-49'991.6	-45'000.0	-45'000.0	0.0	0.0	4'991.6	10.0
Betriebsaufwand	-49'991.6	-45'000.0	-45'000.0	0.0	0.0	4'991.6	10.0
40 Fiskalertrag	2'447'546.1	2'495'000.0	2'478'000.0	-17'000.0	-0.7	30'453.9	1.2 ¹
42 Entgelte	4'252.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-4'252.9	-100.0 ²
46 Transferertrag	173'262.1	159'000.0	165'000.0	6'000.0	3.8	-8'262.1	-4.8
Betriebsertrag	2'625'061.1	2'654'000.0	2'643'000.0	-11'000.0	-0.4	17'938.9	0.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	2'575'069.4	2'609'000.0	2'598'000.0	-11'000.0	-0.4	22'930.6	0.9
Betriebsergebnis	2'575'069.4	2'609'000.0	2'598'000.0	-11'000.0	-0.4	22'930.6	0.9
34 Finanzaufwand	-4'164.6	-9'800.0	-4'500.0	5'300.0	54.1	-335.4	-8.1 ³
44 Finanzertrag	18'920.6	19'000.0	19'000.0	0.0	0.0	79.4	0.4
Finanzergebnis	14'755.9	9'200.0	14'500.0	5'300.0	57.6	-255.9	-1.7
Gesamtergebnis	2'589'825.4	2'618'200.0	2'612'500.0	-5'700.0	-0.2	22'674.6	0.9
davon Funktionen:							
91 Steuern	2'589'825.4	2'618'200.0	2'612'500.0	-5'700.0	-0.2	22'674.6	0.9

Kommentar

- 1 Der Fiskalertrag geht zurück, weil sich der Einkommenssteuerertrag aufgrund einer Tarifsenkung reduziert.
- 2 Der Ertrag aus der kantonalen Inkassostelle wird ab 2014 bei der Dienststelle Steuerverwaltung (ZBE) budgetiert.
- 3 Die Gutschriftzinsen für Steuervorauszahlungen wurden im Vorjahr zu hoch geschätzt.

Parkhäuser Finanzvermögen

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
34 Finanzaufwand	-10'588.5	-6'415.2	-5'981.0	434.2	6.8	4'607.5	43.5 ¹
44 Finanzertrag	25'904.1	13'759.4	13'568.1	-191.3	-1.4	-12'336.0	-47.6
Finanzergebnis	15'315.5	7'344.2	7'587.1	242.9	3.3	-7'728.5	-50.5
Gesamtergebnis	15'315.5	7'344.2	7'587.1	242.9	3.3	-7'728.5	-50.5
davon Funktionen:							
61 Strassenverkehr	15'315.5	7'344.2	7'587.1	242.9	3.3	-7'728.5	-50.5
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

1 Der Finanzaufwand fällt tiefer aus, da weniger Unterhalt an der Gebäudetechnik der Parkhäuser geplant ist.

Liegenschaften Finanzvermögen

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
34 Finanzaufwand	-93'685.6	-57'999.4	-35'588.6	22'410.8	38.6	58'097.0	62.0 ¹
44 Finanzertrag	159'562.1	96'502.9	86'390.0	-10'112.9	-10.5	-73'172.0	-45.9 ²
Finanzergebnis	65'876.5	38'503.5	50'801.4	12'297.9	31.9	-15'075.0	-22.9
Gesamtergebnis	65'876.5	38'503.5	50'801.4	12'297.9	31.9	-15'075.0	-22.9
davon Funktionen:							
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	65'876.5	38'503.5	50'801.4	12'297.9	31.9	-15'075.0	-22.9

Kommentar

1 Der Finanzaufwand fällt deutlich tiefer aus, da die grosse Altlastensanierung am Rüchligweg im 2014 abgeschlossen sein wird.

2 Der Finanzertrag reduziert sich ebenfalls infolge der abgeschlossenen Altlastensanierung, die im 2014 zu einem Bewertungsgewinn führen wird, der im 2015 nicht mehr anfällt.

4.4.2 Gesundheitsdepartement

Hundesteuer

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-26.9	0.0	-120.0	-120.0	0.0	-93.1	-346.1 ¹
Betriebsaufwand	-26.9	0.0	-120.0	-120.0	0.0	-93.1	-346.1
40 Fiskalertrag	644.8	635.0	635.0	0.0	0.0	-9.8	-1.5
Betriebsertrag	644.8	635.0	635.0	0.0	0.0	-9.8	-1.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	617.9	635.0	515.0	-120.0	-18.9	-102.9	-16.7
Betriebsergebnis	617.9	635.0	515.0	-120.0	-18.9	-102.9	-16.7
Gesamtergebnis	617.9	635.0	515.0	-120.0	-18.9	-102.9	-16.7
davon Funktionen:							
92 Steuerabkommen	617.9	635.0	515.0	-120.0	-18.9	-102.9	-16.7

Kommentar

- 1 Das Veterinäramt darf künftig keine Bearbeitungsgebühren mehr für die Rechnungsstellung im Zusammenhang mit den Hundesteuern erheben. Alle Hundehalterinnen und Hundehalter im Kanton bezahlen in Zukunft somit nur noch den jährlichen Betrag der Hundesteuern. Die Gebührenverordnung des Veterinäramts wurde entsprechend angepasst. Durch den Verzicht auf die Erhebung der Bearbeitungsgebühren entgehen dem Veterinäramt (als Teil der Dienststelle Gesundheitsschutz) für seinen Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Rechnungsstellung bei den Haltern der Stadt Basel jährliche Einnahmen in Höhe von rund 100'000 Franken. Dieser Fehlbetrag wird durch eine interne Verrechnung zwischen der (buchhalterischen) Dienststelle Hundesteuer und der Dienststelle Gesundheitsschutz ausgeglichen. Zudem werden neu die Debitorenverluste diese Steuer betreffend ebenfalls in dieser Dienststelle verbucht.

4.4.3 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Motorfahrzeugsteuer

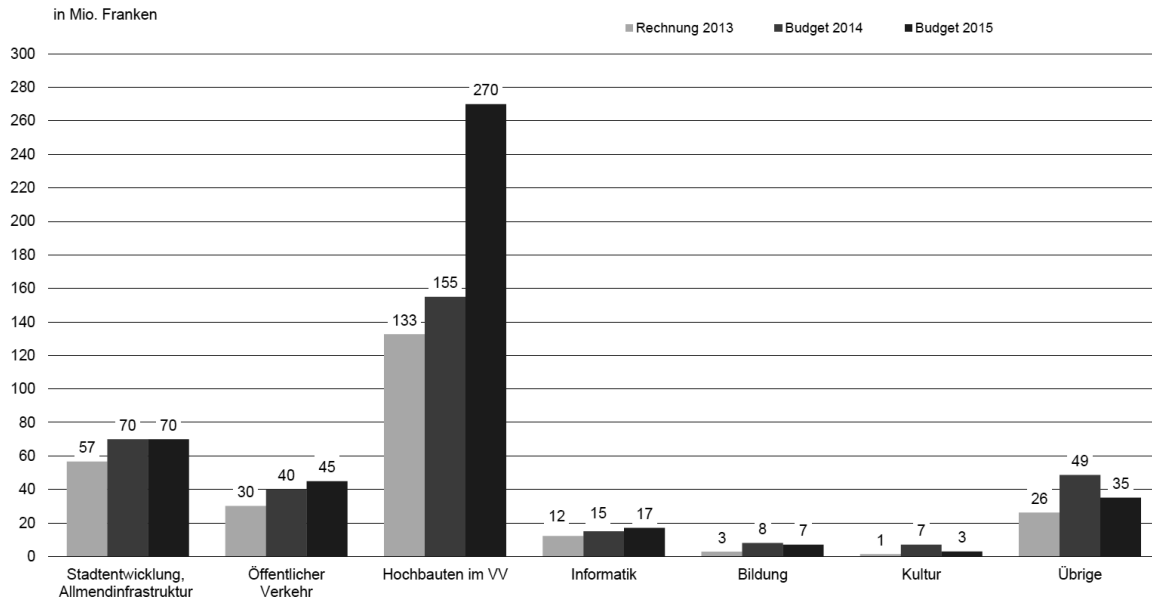
Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
	2013	2014	2015	abs.	%	abs.	%
40 Fiskalertrag	33'189.5	33'000.0	32'500.0	-500.0	-1.5	-689.5	-2.1
Betriebsertrag	33'189.5	33'000.0	32'500.0	-500.0	-1.5	-689.5	-2.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	33'189.5	33'000.0	32'500.0	-500.0	-1.5	-689.5	-2.1
Betriebsergebnis	33'189.5	33'000.0	32'500.0	-500.0	-1.5	-689.5	-2.1
Gesamtergebnis	33'189.5	33'000.0	32'500.0	-500.0	-1.5	-689.5	-2.1
davon Funktionen:							
92 Steuerabkommen	33'189.5	33'000.0	32'500.0	-500.0	-1.5	-689.5	-2.1

5 Die Investitionen

5.1 Investitionsbereiche und grösste darin enthaltene Investitionsvorhaben

5.1.1 Investitionsplafonds



Seit 2013 bzw. dem Inkrafttreten des neuen Finanzhaushaltsgesetzes werden die Investitionen ins Verwaltungsvermögen in sieben Investitionsbereiche unterteilt.

Den grössten Investitionsbereich bilden im Jahre 2015 mit 270.0 Mio. Franken die Hochbauten im Verwaltungsvermögen. Sein Anteil am ganzen für die Investitionen im Jahr 2015 zur Verfügung stehenden Plafond in der Höhe von 447.0 Mio. Franken beträgt 60.4%. Dem Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur stehen 70.0 Mio. Franken (Anteil 15.6%), dem Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr 45.0 Mio. Franken (Anteil 10.1%), dem Investitionsbereich Übrige 35.0 Mio. Franken (Anteil 7.8%), dem Investitionsbereich Informatik 17.0 Mio. Franken (Anteil 3.8%), dem Investitionsbereich Bildung 7.0 Mio. Franken (Anteil 1.6%) und dem Investitionsbereich Kultur 3.0 Mio. Franken (Anteil 0.7%) zur Verfügung.

5.1.2 Die grössten Vorhaben

Die nachfolgende Liste gibt einen Überblick über diejenigen Vorhaben, für die im Jahre 2015 die höchsten Ausgaben vorgesehen sind.

Vorhaben in Mio. Franken	Investitionsbereich	Brutto	Drittmittel	Netto
1 Kunstmuseum Erweiterungsbau Burghof	Hochbauten im VV - Teil Kultur	36.0	18.0	18.0
2 Schulharmonisierung	Hochbauten im VV - Teil Bildung	31.6		31.6
3 Rahmenausgaben Gleisanlagen	Öffentlicher Verkehr	30.0		30.0
4 Sandgrube SH+KG Neubau mit Fotovoltaik	Hochbauten im VV - Teil Bildung	26.4		26.4
5 Kirschgarten-Gymnasium	Hochbauten im VV - Teil Bildung	20.2		20.2
6 Bäumlhof-Gymnasium	Hochbauten im VV - Teil Bildung	20.0		20.0
7 St. Jakobshalle Sanierung	Hochbauten im VV - Teil Bildung	19.0		19.0
8 Kunstmuseum vorgezog. Sanierungsmassn.	Hochbauten im VV - Teil Kultur	15.3		15.3
9 Rahmenausgaben Strassen	Stadtentwickl. + Allmendinfrastruktur	15.0		15.0
10 Theater + Schauspielhaus Sanierung	Hochbauten im VV - Teil Kultur	13.0		13.0
Total		226.6	18.0	208.6

5.1.3 Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Der Investitionsplafond 2015 des Investitionsbereichs Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur wurde auf 70.0 Mio. Franken netto festgesetzt und bleibt somit gegenüber dem Plafond 2014 unverändert. Die Budgetraten für das Jahr 2015 zu Lasten des Mehrwertabgabefonds betragen 12.3 Mio. Franken. Diese werden dem Plafond nicht angerechnet.

Die Rahmenausgabenbewilligungen zur Erhaltung der Infrastruktur (Strassen, Umgestaltung Allmend, Kunstbauten, Wasserbauten, Abwasserleitungen, Stadtgrün und Lichtsignalanlagen) stellen mit einer Budgetrate von 35.3 Mio. Franken (2014: 34.2 Mio. Franken) einen Anteil von 50.4% am Plafond des Investitionsbereichs (2014: 48.9%). Die Rahmenausgabenbewilligung zur Wiederbeschaffung von Fahrzeugen und Zusatzgeräten ist mit einer Rate von 3.1 Mio. Franken budgetiert, was einem Anteil von 4.4% entspricht. Somit entfallen 54.9% (2014: 54.3%) der zur Verfügung stehenden Budgetmittel auf die erwähnten Rahmenausgabenbewilligungen. Bei den Einzelprojekten ist die Gestaltung der Rheinuferpromenade zwischen St. Johannis-Park und der Landesgrenze mit netto 9.3 Mio. Franken (brutto 11.0 Mio. Franken) das grösste Vorhaben. Weitere grosse Investitionsvorhaben sind die Weiterführung der Arbeiten zur Erschliessung der Erlenmatt mit 5.0 Mio. Franken, die Zentralen Kehrachtsammelstellen mit 4.2 Mio. Franken, die Umgestaltung der Elisabethenstrasse mit 3.0 Mio. Franken, die Umgestaltung und Anpassung der Verkehrsflächen am Wiesenplatz mit 2.3 Mio. Franken, die Umgestaltung Luzernerring/Wasgenring mit netto 2.2 Mio. Franken (brutto 3.5 Mio. Franken), die Revitalisierung der Wiese mit netto 1.7 Mio. Franken (brutto 3.8 Mio. Franken) und die Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein mit netto 1.3 Mio. Franken (brutto 2.1 Mio. Franken). Für das Vorhaben Nordtangente (N2-Projekt) ist noch eine Rate von netto 0.9 Mio. Franken (brutto 3.1 Mio. Franken) vorgesehen.

2015 soll mit den Arbeiten für die Busbevorzugung an der Hegenheimer-/Belforterstrasse und der Fuss- und Veloverbindung von der Fabrikstrasse zur Rheinuferpromenade begonnen werden. Ebenso wird die Umgestaltung der Reinacherstrasse Süd, Jakobsberger-/Giornicostrasse in Angriff genommen.

5.1.4 Öffentlicher Verkehr

Der Investitionsplafond Öffentlicher Verkehr beträgt im Jahr 2015 45.0 Mio. Franken netto und ist gegenüber dem Plafond 2014 um 5.0 Mio. Franken höher. Die grösste Position der geplanten Investitionen sind die gebundenen Ausgaben für den Werterhalt der Infrastruktur der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) mit 30.6 Mio. Franken (2014: 28.5 Mio. Franken) und einem Anteil von 68% (2014: 71%). Über die Rahmenausgabenbewilligung Gleisanlagen werden 30.0 Mio. Franken (66.7%) abgewickelt. Die Rahmenausgabenbewilligung Gleisanlagen ist, wie die Rahmenausgabenbewilligungen im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, Teil der „Rahmenausgabenbewilligungen zur Erhaltung der Infrastruktur Basel-Stadt“.

Die für Neuinvestitionen verfügbaren Mittel werden in erster Linie für die Verbesserung der Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr und deren Vernetzung in der trinationalen Agglomeration eingesetzt.

Die grössten Einzelvorhaben im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr sind die Arbeiten im Zusammenhang mit den neuen Tramlinien des Tramnetzes Basel 2020. Für die Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint Louis sind gesamthaft 4.2 Mio. Franken eingestellt. Für den Bau der Linienführung Margarethenstich sind 1.1 Mio. Franken vorgesehen. Zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die Behindertengleichstellung (BehiG) sind für die Infrastrukturmassnahmen im Jahr 2015 insgesamt 4.1 Mio. Franken eingestellt, davon eine Rate von 1.0 Mio. Franken für die Anpassung der BVB-Fahrzeuge und 0.9 Mio. Franken für die Anpassung der Tramhaltestellen am Wiesenplatz. Für die Vorprojektierung des Herzstücks Regio-S-Bahn Basel sind 2.0 Mio. Franken vorgesehen. Eine Budgetrate von 1.3 Mio. Franken ist für Lärminderungsmassnahmen auf dem Schienennetz der BVB eingeplant. Für den Beitrag Basel-Stadt an den Schienenanschluss zum Euroairport sind 1.0 Mio. Franken und für den Beitrag Basel-Stadt an die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke sind 0.7 Mio. Franken im Budget 2015 eingestellt.

5.1.5 Hochbauten im Verwaltungsvermögen

Der Investitionsplafond 2015 für den Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen beträgt netto 270.0 Mio. Franken. Gegenüber 2014 (155.0 Mio. Franken) wurde der Plafond um 115.0 Mio. Franken erhöht.

Die grössten Vorhaben bei den Hochbauten im Verwaltungsvermögen sind im Teil Bildung und Kultur neben den Investitionen in die Schulbauten der Erweiterungsbau des Kunstmuseums mit brutto 36.0 Mio. Franken (netto 18.0 Mio. Franken), die vorgezogene Sanierung des Hauptbaus des Kunstmuseums mit 15.3 Mio. Franken und die Sanierung und Modernisierung der St. Jakobshalle mit einer Jahresrate von 19.0 Mio. Franken. Hinzu kommen für die Sanierungsarbeiten an der Haus- und Bühnentechnik am Theater 13.0 Mio. Franken.

Die Raten 2015 zu Lasten der Rahmenausgabenbewilligungen für die Massnahmen für Harmonisierung und Tagesstrukturen an den Schulen betragen 31.6 und 6.6 Mio. Franken. Für die Sanierung des Gymnasiums Kirschgarten sind 20.2 Mio. Franken, für die des Gymnasiums Bäumlhof 20.0 Mio. Franken und für die des Theobald Baerwart-Schulhauses 9.3 Mio. Franken vorgesehen. Dazu kommen für die Neubauten für das Sekundarschulhaus mit Doppelkindergarten und Fotovoltaikanlage Sandgrube 26.4 Mio. Franken und für das Primarschulhaus Erlenmatt 12.0 Mio. Franken.

Bei den Hochbauten im Bereich Übrige sind die grössten Vorhaben 2015 die Sanierungen und Umbauten für die Magazine der Stadtgärtnerei mit 5.2 Mio. Franken sowie der Neubau des Krematoriums im Friedhof am Hörnli mit 5.0 Mio. Franken.

5.1.6 Informatik

Seit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes und der Finanzhaushaltverordnung werden Informatikvorhaben neu in einem eigenen Investitionsbereich Informatik geführt. Der Investitionsplafond 2015 für diesen Bereich wurde auf 17.0 Mio. Franken netto festgesetzt.

Die grössten Raten für 2015 im Investitionsbereich Informatik ist die Erweiterung der Informations- und Kommunikationstechnologien an der Volksschule mit 2.4 Mio. Franken, die Rahmenausgaben zur Erneuerung zentraler Anlagekomponenten mit 2.0 Mio. Franken. Für das Standardisierungsvorhaben PaRIS zur Schaffung eines optimierten Einwohnersystems mit redundanzfreier Datenhaltung und konsolidierter Geschäftsverwaltung werden 1.8 Mio. Franken budgetiert. Im Projekt Impulsprogramm E-Government werden 2015 für 1.2 Mio. Franken die technischen Basisservices umgesetzt.

5.1.7 Bildung

Der Investitionsplafond 2015 für den Investitionsbereich Bildung wurde auf 7.0 (Vorjahr 8.0) Mio. Franken netto im Rahmen der 100%-Investitionsplanung festgesetzt. Der Grossteil des Plafonds wird für Mobiliar- und Einrichtungsinvestitionen im Zusammenhang mit den beiden Rahmenausgabenbewilligungen für die Schulharmonisierung und die Tagesstrukturen verwendet.

5.1.8 Kultur

Der Investitionsplafond 2015 für den Investitionsbereich Kultur wurde auf 3.0 Mio. Franken netto festgesetzt. Als grösste Vorhaben sind die Einrichtung der Ausstellung im Naturhistorischen Museum für 1.1 Mio. Franken sowie das externe Lager Mieterausbau für 0.4 Mio. Franken, die Ankäufe von Kunstobjekten für das Kunstmuseum mit 0.8 Mio. Franken, beim Museum der Kulturen die Einrichtung der Dauerausstellung mit 0.5 Mio. Franken, die Proberäume für Bands mit 0.2 Mio. Franken sowie diverse kleinere Investitionsbeiträge von insgesamt 0.1 Mio. Franken zu erwähnen.

5.1.9 Übrige

Im Investitionsbereich Übrige sind alle Investitionen enthalten, die grösser als 300'000 Franken sind und welche nicht den anderen Investitionsbereichen zugeordnet werden können. Dazu zählen u.a. die Investitionen der Gerichte, des Finanzdepartementes, die betrieblichen Vorhaben des Justiz- und Sicherheitsdepartementes, die Investitionen der Dienststellen Stadtgärtnerei und Friedhöfe (Bau- und Verkehrsdepartement) sowie der Staatskanzlei und des Staatsarchivs (Präsidialdepartement). Des Weiteren werden seit 2006 sämtliche baulichen Investitionsbeiträge (u.a. Denkmalschutz) in diesem Bereich geführt.

Der Investitionsplafond 2015 beträgt 35.0 Mio. Franken netto und liegt damit 13.6 Mio. Franken unter dem Wert von 2014 von 48.6 Mio. Franken. Als grösste Vorhaben sind die Investitionsbeiträge zu Gunsten der Alters- und Pflegeheime Adullam Riehen, Humanitas Riehen und Marthastift Basel mit total 12.5 Mio. Franken zu erwähnen. Für die nötigen Ersatzinvestitionen in den bestehenden Teil der kommunalen Kläranlage ARA sind 4.2 Mio. Fr. vorgesehen. Für die Erweiterung der Abwasserreinigungsanlage (Projekt EABA) ist die Projektierung mit einer Tranche von 5.8 Mio. Fr. berücksichtigt.

5.2 Investitionsübersichtsliste

5.2.1 Ausschöpfung der Plafonds

In der Investitionsübersichtsliste können Vorhaben aufgeführt werden, welche zusammen einen maximalen Betrag von 130% des im Budget eingestellten Plafonds ergeben. Damit wird erreicht, dass bei Verzögerungen oder Budgetunterschreitungen durch ein Verschieben zwischen einzelnen Vorhaben möglichst der gesamte zur Verfügung stehende Betrag (Plafond von 100%) wirklich realisiert werden kann. In der Realisierung ist die Ausschöpfung hingegen strikt auf den bewilligten Plafondbetrag (100%) beschränkt. Nur dieser Betrag ist unter Berücksichtigung des Bruttoprinzips im Budget in der Investitionsrechnung eingestellt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, in welchem Verhältnis die Planung gemäss Investitionsübersichtsliste der einzelnen Investitionsbereiche zum budgetierten Plafond steht:

Investitionsbereiche in Franken	Budget 2015 (Plafond)	Vorhaben gemäss Investitionsüber- sichtsliste	Ausschöpfung des Plafonds (max. 130%)
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	70'000'000	92'974'000	132.8% ¹
Öffentlicher Verkehr	45'000'000	45'904'000	102.0%
Hochbauten im Verwaltungsvermögen	270'000'000	308'273'000	114.2%
Informatik	17'000'000	12'898'000	75.9% ⁴
Bildung	7'000'000	9'206'000	131.5%
Kultur	3'000'000	3'203'000	106.8%
Übrige	35'000'000	36'428'000	104.1%
Total Investitionsübersicht Budget 2015	447'000'000	508'886'000	113.8%

Kommentar

1 Ohne Berücksichtigung der Vorhaben, welche durch den Mehrwertabgabefonds (über die Bilanz) finanziert werden, beträgt die Ausschöpfung 115.2%.

4 Vgl. hierzu Bericht der Finanzkommission zum Budget 2015.

5.2.2 Investitionsübersichtsliste

Auf der Investitionsübersichtsliste wird beim Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen neben dem Saldo für den gesamten Investitionsbereich auch jeweils ein Teilsaldo für die Bauvorhaben im Bereich der Bildung (Teil Bildung) und für die allgemeinen Bauvorhaben (Teil Übrige) gezeigt. Der Investitionsbereich Übrige weist neben dem Teilsaldo für die allgemeinen Investitionen (Teil Allgemeines) zusätzlich den Teilsaldo für die baulichen Investitionsbeiträge (Teil Investitionsbeiträge) aus.

Die Investitionsübersichtsliste enthält nur Vorhaben aus dem aktuellen regierungsrätlichen Investitionsprogramm.

Bei den Investitionen sind kreditrechtlich die Plafonds für die Investitionsausgaben pro Investitionsbereich relevant. Reicht ein Plafonds nicht aus, muss das Budget für Investitionen erhöht werden. Die einzelnen Vorhaben auf der Investitionsübersichtsliste sind somit nicht eigene Budgetkredite, ihre Auflistung dient vielmehr der transparenten Darlegung der geplanten Ausgaben, der bereits ausgeschöpften Beträge und der budgetierten Jahrestanchen. Der Grosse Rat bewilligt die finanzrechtlich neuen Ausgaben grösser 300'000 Franken (auf der Investitionsübersichtsliste mit „neu“ bezeichnet) aufgrund eines Ausgabenberichts oder eines Ratschlags. Die finanzrechtlich neuen Vorhaben grösser 1.5 Mio. Franken unterstehen dem fakultativen Referendum.

Legende

Finanzrechtlicher Status

- **geb** Die Abkürzung geb steht für gebundene Investitionsausgabe grösser 300'000 Franken.
- **neu ohne Datum** Neu ohne Datum steht für neue Investitionsausgaben grösser 300'000 Franken, die vom Grossen Rat noch nicht aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt wurden.
- **neu mit Datum** Neu mit Datum steht für neue Investitionsausgaben grösser 300'000 Franken, die vom Grossen Rat aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt wurden.

Bruttoausgaben

- **Total** Diese Spalte beinhaltet die insgesamt bewilligten Ausgaben bzw. die noch zu bewilligenden Ausgaben pro Investitionsvorhaben sowie die erwarteten Drittmittel.
- **Ausschöpfung bis 2014** Diese Spalte beinhaltet alle bis 2013 getätigten plus die 2014 geplanten Ausgaben bzw. die bis 2013 erhaltenen plus die 2014 geplanten Drittmittel für das jeweilige Investitionsvorhaben.
- **Ausschöpfung/Budget 2015** Diese Spalte zeigt den budgetierten Investitionsbetrag sowie die Drittmittel für das Jahr 2015.
- **Ausschöpfung 2016** Diese Spalte weist den für 2016 geplanten Investitionsbetrag und die Drittmittel aus.
- **Ausschöpfung ab 2017** Diese Spalte umfasst alle ab 2017 geplanten Ausgaben und Drittmittel für das jeweilige Investitionsvorhaben.

Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben					
		Total	Ausschöpfung				
			bis 2014	2015	2016	ab 2017	
601	Generalsekretariat BVD	47'166	12'167	12'301	11'505	9'707	
001020207	MWA Nachtigallenwäldli, Parkanl.	neu 16.02.11	7'200	746	2'376	2'376	1'783
001020211	MWA Liestaleranlage, Umgestaltung	neu 13.03.13	1'610	215	1'000	400	0
001020214	MWA DB-Areal, Reinigung/Gestalt.	neu 17.10.07	14'960	8'616	3'000	1'700	1'600
001020216	MWA DB-Areal, Reinigung	neu 17.10.07	1'000	417	100	100	0
001020222	MWA Heuwaage, Umgestaltung	neu 16.02.11	3'960	361	1'328	1'328	937
001020223	MWA Schwarzpark, sanfte Öffnung	neu 22.01.13	3'100	1'663	900	250	0
001020225	MWA Klingentalweglein, Öffnung	neu 08.02.12	1'485	10	57	131	1'287
001020226	MWA Oekolampmatte, Umgestaltung	neu	2'860	0	100	960	1'800
001020228	MWA Schwarzwaldallee, Sanierung	neu 15.01.13	1'151	100	850	150	0
001020233	MWA Grenzacherstr., Anteil Grün	neu 23.10.13	1'650	40	1'000	610	0
001020235	MWA Breitematte	neu 08.07.14	890	0	90	0	0
001020236	MWA Lange Erlen, Spielaue, Inv.-B.	neu	2'300	0	1'000	1'300	0
001020237	MWA Landhof Sanierung und Aufwert.	neu	5'000	0	500	2'200	2'300
614	Stadtgärtnerei		10'405	7'044	1'616	1'745	0
030020306	RAB Erh. Infr. Stadtgrün 2014 - 2016	geb 12.11.13	5'105	1'750	1'610	1'745	0
030050502	Sicherheit auf Kinderspielplätzen	neu 17.01.07	5'300	5'294	6	0	0
617	Tiefbauamt		413'040	177'222	73'567	55'240	59'415
010020007	Elsässer-/Kohlenstr. Knoten Anp.	neu 14.04.10	8'100	5'361	150	20	0
010020011	Schanzenstr./Spitalstr UKBB Umgeb.	neu 23.06.10	785	786	5	0	0
010020014	Chrischonarain Abschn. Leimgrub.	neu 09.06.10	2'900	2'438	20	0	0
010020015	Grosspeteranlage (Erschliessung)	neu 11.05.11	872	863	10	0	0
	... davon Drittmittel		-279	0	-279	0	0
010020017	Veloweg Lange Erlen	neu 16.10.13	1'630	100	1'200	330	0
010020020	Wiesenplatz Verkehrsflächen Umgest.	neu 15.02.12	3'750	522	2'300	900	0
010020023	Elsässerstr. Hünigerstr. Umgest.	neu 06.04.11	3'700	2'214	150	20	0
010020027	St. Jakobs-Strasse Veloweg Fahrh.	neu	1'000	0	50	250	700
010020030	Tempo 30 Zonen Erweiterung	neu 09.01.13	3'000	860	680	690	710
010020032	Hegenheimerstr. - Belforterstr.	neu 05.06.13	1'520	130	1'250	140	0
010020033	Rheinuferpromenade Schaffhauserrh.	neu	1'480	0	50	740	690
011021051	St. Johann, Verkehrsinfrastrukt	neu 19.01.05	22'000	20'317	15	0	0
	... davon Drittmittel		-1'163	-1'163	0	0	0
011021061	Rahmenkredit neu Velo/Mofa	neu 18.01.06	8'000	7'851	350	0	0
	... davon Drittmittel		-228	-228	0	0	0
011021063	Grenzacherstr., Landauer-Hörnli	neu 06.04.11	1'440	630	810	0	0
011021072	Elisabethenstr. Umgestaltung	neu 19.01.11	9'381	1'951	3'000	280	2'730
011021078	Erlenmatt Erschliessung Mitte	neu 17.10.07	4'868	3'986	400	0	0
011021083	Luzerner-/Wasgenring Umgestaltung	neu 10.12.08	29'950	22'308	3'500	500	0
	... davon Drittmittel		-5'340	-3'840	-1'300	-200	0
011021084	Erlenmatt Erschliessung Ost	neu 09.12.09	9'570	3'234	1'800	2'500	500
011021086	Reinacherstr./Süd/Jakobsberger-Giornico	neu 09.01.13	1'020	20	400	600	0
011021088	Aeussere Baselstr. Riehen Strasse	neu 02.03.11	12'000	958	1'330	2'150	7'562
011021090	Morgartenr., Im langen Loh, Gen. Guisan	neu 20.10.10	3'420	3'222	10	0	0
	... davon Drittmittel		-199	-199	0	0	0
012140001	N2 Projekt und Bauleitung	geb	0	0	508	0	0
012240002	N2 Landerwerb	geb	0	0	550	0	0
012320400	N2 Einnahmen und Rückerstattung	geb	0	0	0	0	0
	... davon Drittmittel		0	0	-2'193	0	0
012340003	N2 Bauausführung	geb	0	0	2'016	0	0
020020001	Rheinuferpromenade St. Johannis-P.	neu 29.06.11	27'970	14'949	11'000	2'000	0
	... davon Drittmittel		-3'450	-1'725	-1'725	0	0
020020007	Wiese Revital. Flussbett Unterlauf	neu 08.05.12	7'000	186	3'800	3'000	0
	... davon Drittmittel		-2'100	0	-2'100	0	0
021028002	Tram 8 Weil IB1	neu 16.01.08	32'736	27'966	2'050	10	0
	... davon Drittmittel		-11'240	-10'440	-800	0	0
025020001	Aeschengraben Veloverbind. Umgest.	neu	3'230	0	230	1'200	1'418
025020004	RAB Gest. Innenstadt stabile Räume	neu	30'000	150	600	2'150	22'800

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	2015	2016	ab 2017
025020005	Grosspeteranlage Erschliessung	geb 04.09.12	1'630	42	50	1'000	560
	... davon Drittmittel		-1'000	0	-50	-950	0
025020006	Baselstr. - Lössacherstrasse Umgest.	neu 12.02.14	6'922	200	2'500	3'650	570
	... davon Drittmittel		-4'500	0	-2'000	-2'000	-500
025020009	Grenzacherstrasse, Peter Rot-Str.	neu 23.10.13	2'830	921	1'850	60	0
025020010	Erlenmatt Erschl. West Westschorenstr.	geb 04.09.12	3'700	1'217	2'500	0	0
025052000	RAB Erh. Infr. Strassen 2013 - 2016	geb 25.09.12	50'000	18'340	15'000	15'000	0
025053000	RAB Erh. Infr. Umgest. Allmend	geb 25.09.12	4'000	1'454	1'150	1'000	0
025054000	RAB Erh. Infr. Kunstbauten 2013 - 2016	geb 25.09.12	8'960	1'960	2'300	2'300	0
025055000	RAB Erh. Infr. Wasserbau 2013 - 2016	geb 25.09.12	10'240	2'316	5'000	3'000	0
	... davon Drittmittel		-127	-127	0	0	0
025056000	RAB Erh. Infr. Abwasserabl. 2013 - 2016	geb 25.09.12	42'000	11'223	9'000	7'000	0
030051000	OT 7: A2-ABAC GP-AP Anschl. BS-City	geb 29.03.11	2'750	153	100	0	0
	... davon Drittmittel		-164	-99	-65	0	0
040050001	RAB Fahrzeuge und Geräte 2013 - 2016	geb 04.09.12	18'580	5'983	3'080	3'550	3'600
060020002	Zentrale Kehrriechtsammelstellen	neu	26'355	0	4'200	4'200	17'875
070020002	Novartis Campus + Entwässerungsk.	neu 14.10.09	19'860	17'477	350	0	0
	... davon Drittmittel		-16'399	-13'699	-2'700	0	0
070020557	Kanalinformationssystem	neu 14.12.95	1'880	281	50	50	100
070050676	Erlenmatt/DB Areal Kanal. Goldbachweg	neu 17.10.07	700	10	300	0	0
070050709	Anschlussleitung auf Allmend 3	geb 01.09.09	5'000	4'005	1'000	0	0
099990001	WUV Wohnumfeldaufwertung	neu 17.11.99	22'500	22'157	115	100	100
651	Städtebau + Architektur		12'945	6'765	2'410	1'150	1'000
030020005	APS Stadtentwicklung St. Johann	neu 17.11.99	2'200	1'680	400	0	0
030020014	Zonenplanrevision Basel-Stadt	neu 09.11.05	3'250	2'201	250	250	500
	... davon Drittmittel		-50	-50	0	0	0
030020022	Rheinuferpromenade Kleinh-BS, Schaffh.	neu 18.11.09	400	392	30	0	0
030020025	Dreispietz Entwicklungsplanung	neu 08.12.10	1'900	957	400	400	0
030020027	Hafenentwicklung Klybeck Kleinh.	neu 14.05.14	1'380	700	680	0	0
030020031	Innenstadt Qualität im Zentrum	neu 16.12.10	725	585	60	0	0
030020032	Birsig - Birsigparkplatz Entwicklung	neu 12.01.11	600	0	300	250	0
030020033	RAB Gest. Innenstadt dyn. Räume	neu	2'000	100	100	250	500
030020034	Bad Bhf Veloparking, Planung	neu 23.10.13	540	200	190	0	0
661	Mobilität		21'034	12'757	3'080	2'800	0
810020003	RAB Langsamverkehr	neu 23.06.10	10'000	9'257	760	0	0
	... davon Drittmittel		-49	-49	0	0	0
810050000	GVM Gesamtverkehrsmodell	geb 01.09.09	1'300	782	200	100	0
	... davon Drittmittel		-367	-217	-100	-50	0
820020009	Burgfelder-, Missionsstr., Spalenvorstadt	neu 16.10.13	350	210	140	0	0
820020010	Fussgänger- und Velobrücke Zoo	neu	500	0	300	200	0
820020012	Veloparking Bhf SBB Planung	neu	300	50	200	50	0
820020013	Heuwaage - Binningerstrasse, Plan.	neu	450	50	200	200	0
830020003	Verkehrsregime Innenstadt	neu 12.01.11	1'350	1'174	180	0	0
830057000	RAB Erh. Infr. Lichtsignalanl. 2013 - 2016	geb 25.09.12	7'200	1'500	1'200	2'300	0
	Total inkl. Drittmittel		551'244	247'790	106'286	75'640	70'622
	... davon Drittmittel		-46'655	-31'836	-13'312	-3'200	-500
	Stadtentwicklung + Allmendinfrastruktur		504'589	215'954	92'974	72'440	70'122

Öffentlicher Verkehr

Investitionsvorhaben in '000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	2015	2016	ab 2017
617	Tiefbauamt		86'862	18'567	3'874	8'235	39'665
010020008	Elsässerstr./Kohlenstr. Knoten	neu 14.04.10	4'900	3'568	200	50	0
010020024	Elsässerstr./Hünigerstr. Umgestaltung	neu 06.04.11	5'700	4'666	50	50	0
010020025	Tram 2020 Margarethenstich Bau	neu	17'000	400	1'114	1'500	3'100
	... davon Drittmittel		-3'300	0	0	0	-3'300
010020035	BehiG Wiesenplatz Tramhaltestelle	neu 15.02.12	1'130	200	930	0	0
011021079	Erlenmatt ÖV 1. Etappe	neu 09.12.09	970	665	50	0	0
011021089	Aeussere Baselstr. Riehen Grundwasser	neu 02.03.11	4'223	199	200	825	3'000
021028003	Tram 8 Weil IB2	neu 16.01.08	17'329	13'901	50	10	0
	... davon Drittmittel		-5'550	-5'530	-20	0	0
025020007	Tram 2020 Linie 3 Basel-Bhf Saint Louis	neu 25.06.14	14'995	500	1'000	7'500	6'000
	... davon Drittmittel		-10'535	0	0	-4'700	-5'835
025020012	BehiG RAB Umsetzung Massnahmen	neu	40'000	0	300	3'000	36'700
651	Städtebau + Architektur		2'860	535	700	700	860
030020030	BehiG Projektierung Infrastruktur.	neu 14.11.12	1'460	435	500	400	60
030020036	BehiG RAB Massnahmen Projekt.	neu	1'400	100	200	300	800
661	Mobilität		152'752	75'045	41'330	43'690	25'140
820020001	Margarethenstich Tram Vorprojekt	neu 16.12.10	640	313	0	0	0
	... davon Drittmittel		-122	-50	-72	0	0
820020008	BehiG Tram Bruderholz Projektierung	neu 09.04.14	450	100	350	0	0
820040104	Tram 8 Weil, Beteil. Planung	neu 16.01.08	3'330	1'464	50	50	0
820040108	Tram 3 St. Louis, Planung	neu 08.12.10	4'000	2'851	1'000	0	0
820040110	Tram 8 Weil, Zinsen für Vorfinanz.	neu 16.01.08	1'560	300	100	100	0
830020001	Pauschale ÖV-Behinderungen	neu 18.01.06	1'500	637	200	200	464
850026307	Tram 2020 Linie 3 Basel-Bhf St. Louis	neu 25.06.14	10'430	0	2'200	2'200	6'030
850027325	Trolley Fahrleitung, Rückbau	geb 14.08.07	3'500	1'922	500	0	0
	... davon Drittmittel		-105	-105	0	0	0
850028321	Tram 8 Weil, Bahnbau	neu 16.01.08	13'466	13'401	100	0	0
	... davon Drittmittel		-5'645	-5'605	-40	0	0
850029001	RAB Gleisanlagen 2013-2016	geb 04.09.12	70'000	47'035	30'000	30'000	0
850051404	BehiG Anpassung von Fahrzeugen	neu 14.11.12	6'000	4'951	982	100	0
850052312	Lärmminderungsmaßnahmen BVB	neu 17.10.12	8'300	4'972	1'300	1'100	628
850052318	Grundwasserwanne Tramschlaufe Eglisee	geb 04.09.12	2'000	1'950	50	0	0
850054306	BehiG Versuchshaltestelle Bus	neu	350	0	350	0	0
850055304	BehiG Ausrüstung DFI mit Akustik	neu	920	0	500	420	0
851020001	EuroAirport, Schienenanschluss	neu	10'000	0	1'000	4'000	5'000
851020002	Elektr. Hochrheinstraße Planung	neu	1'500	100	700	700	0
851020004	Herzstück Regio-S-Bahn Basel, Vorpr.	neu	19'533	0	2'000	4'600	12'933
851020005	Doppelspurausbau Laufental, Inv.-B.	neu	315	0	30	200	85
851040016	Regio S-Bahn Herzstück Projektierung	neu 14.10.09	830	809	30	20	0
	Total inkl. Drittmittel		267'731	105'437	46'036	57'325	74'800
	... davon Drittmittel		-25'257	-11'290	-132	-4'700	-9'135
	Öffentlicher Verkehr		242'474	94'147	45'904	52'625	65'665

Hochbauten im Verwaltungsvermögen

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	2015	2016	ab 2017
420	Liegenschaften VV		162'943	23'774	32'244	53'544	73'128
010026003	Rathaus Mehrzweckraum	neu 18.12.13	750	50	700	0	0
013026002	Erdbebenmassnahmen Risikoanalyse	neu 18.11.09	600	413	180	0	0
013026003	RAB Klimaneutrale Verwaltung BS	neu 25.06.08	33'500	7'596	1'300	10'000	6'000
013026005	RAB Fotovoltaikanlagen diverse	neu 09.01.13	8'500	100	3'600	4'800	0
107056000	Binnergerstr 6 Verwaltung Sanierung	geb 02.09.14	2'500	200	2'300	0	0
177226001	Klosterfiechten Wohnheim Ersatz	neu	4'325	0	500	3'000	775
320056000	Waaghof Ersatz Zellenfenster	geb 10.08.10	3'140	1'620	1'475	0	0
320056001	Waaghof Sicherheitsanpassungen	geb 03.09.13	2'000	800	650	0	0
510026000	Spiegelhof Spiegelgasse 6-12 Umbau	neu	30'000	0	550	7'500	21'950
510026001	Spiegelhof Einbau Zwischengeschoß	geb 01.11.11	1'465	0	100	600	765
510029000	Spiegelhof Umbau + Instandsetzung	neu 19.10.11	700	629	70	0	0
516056000	Hebelstr 51/53 Sanität San/Erdb.	geb 04.09.12	14'000	579	100	0	13'250
522056001	Polizei- und Ausbildungszentrum Gen. Guisan	geb 06.11.12	4'160	20	1'500	1'500	1'100
525026000	Innere Margarethenstr 24a Neubau	neu	7'620	0	360	1'100	6'165
526029001	Bässlergut Anbau + Neubau Diensth.	neu 12.09.12	1'000	450	975	150	0
532056000	Scherkessel Zivilschutzlager	geb 03.09.13	3'531	60	600	2'500	371
540026000	Lützelhof Einsatzzentrale Rettung	neu	4'300	0	50	500	3'650
610056000	Münsterplatz 10-12 Rittergasse	geb 06.11.12	3'750	250	2'500	1'000	0
615026001	Spiegelgasse AUE Neubau	neu 06.06.12	800	795	400	4'000	7'500
617026003	Friedhof Hörnli Neubau Krematorium	neu 08.02.12	1'250	1'329	5'000	9'000	2'900
627026002	Hagenaustrasse 40A TBA Instandsetz.	neu	8'680	100	300	3'000	5'280
630026001	Stadtgärtnerei neues Magazin-konzept	neu 10.04.13	7'300	1'350	5'200	750	0
630026002	Liestaleranlage Neubau Unterstand	neu 13.03.13	530	100	300	130	0
634026000	WC-Anlage St.Alban-Rheinweg	neu	640	0	340	60	0
634026003	Neue öffentliche WC-Anlagen	neu 09.06.04	7'460	5'996	650	814	0
634056002	WC-Anlage Euroville/Elisabethen	geb 03.09.13	330	0	330	0	0
710056000	GD Departementssekretariat Fenster	geb 04.09.12	440	0	400	40	0
770056005	Felix Platter-Areal Arealvorbereitung	geb 03.09.13	1'650	670	980	0	0
812056001	Lyonstrasse 41 Ausbau für prov. Lager	geb 06.11.12	900	666	234	0	0
001121000	Zeughaus Ersatzstandort KaPo	geb 02.09.14	6'060	0	150	2'550	3'360
042721000	Oekolampadmatte Infrastrukturgeb.	neu	662	0	50	550	62
064821000	Wohnheim Belforterstr Neubau	neu	400	0	400	0	0
	Total inkl. Drittmittel		162'943	23'774	32'244	53'544	73'128
	... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
	Hochbauten im VV - Teil Übrige		162'942	23'773	32'244	53'544	73'128
420	Liegenschaften VV		885'898	324'482	276'030	197'093	144'331
100026000	RAB Tagesstrukturen	neu 09.11.11	39'000	6'271	6'600	6'900	12'909
100026001	RAB Schulharmonisierung	neu 09.11.11	93'000	22'199	31'600	14'500	4'613
100026002	Brandschutzmassnahmen in Schulhäusern	geb 01.09.09	4'500	4'403	100	0	0
	... davon Drittmittel		-63	-63	0	0	0
100029001	Schulstrukturen (Harmonisierung)	neu 05.05.10	2'400	890	150	150	225
100056000	Schulhäuser Brandschutzmassnahmen	geb 30.08.11	2'705	2'512	200	0	0
	... davon Drittmittel		-23	-23	0	0	0
100056002	Temporäre Schulbauten, diverse	geb 01.11.11	29'500	27'584	500	500	910
100526000	Dreispietz FHNW HGK Neubau	neu 22.04.09	121'600	96'085	10'226	0	0
	... davon Drittmittel		-18'395	-7'238	-3'374	-3'000	-4'784
119459000	Kaserne Hauptbau Gesamt-sanierung	neu 20.03.13	1'900	1'008	800	93	0
124026000	Theaterpassage Nutzungsanpassung	neu 18.12.13	2'500	250	2'250	0	0
124056008	Theater und Schauspielhaus Sanierung	geb 11.06.13	62'000	10'000	13'000	14'000	25'000
128056001	BFS Steinenbachgässlein San. Theaters.	neu	2'280	0	250	1'800	230
128856001	BFS Kohlenberggasse 11 Kapazität	neu 14.11.12	586	296	61	0	0
131059000	Gymnasium Kirschgarten Projekt.	geb 01.11.11	1'800	1'402	390	0	0
133856000	Leonhard-Schulhaus Sek Teilsan.	geb 03.09.13	500	461	29	0	0
136056002	Bäumlihof-Gymnasium Gesamt-san.	neu 14.05.14	98'921	10'683	20'048	21'000	47'190
138056000	Kaserne Oberer Rossstall Sanierung	geb 03.09.13	3'055	100	2'000	950	0
139429000	Bläsi-Schule Sanierung + Erweiterung	neu 09.11.11	910	459	450	0	0

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	2015	2016	ab 2017
140056000	Div. Schulhäuser Kanalisationssan.	geb 30.08.11	5'900	2'359	3'000	525	0
140256003	Brunnmatt-Schule Gesamtsanierung	geb 02.11.10	24'985	22'409	1'500	500	0
140629000	Christoph Merian-/Gellert-Schule	neu 09.11.11	680	88	450	140	0
141456001	Dreirosen-Schulhaus Teilsanierung	geb 03.09.13	1'731	1'706	25	0	0
141456002	Leonhard-Gymnasium Sanierung	geb 03.09.13	1'750	1'522	187	0	0
141726001	Erlenmatt-Schulhaus Neubau + Fotov.	neu	33'430	50	12'000	12'000	9'180
144429000	Isaak Iselin-Schule Sanierung	geb 04.09.12	750	300	450	0	0
145656000	Neubad Schulhaus Fenster-Ersatz	geb 11.09.07	1'700	987	700	0	0
146456000	Peters-Schule Gesamtsanierung	geb 02.09.14	10'600	583	4'550	5'250	217
147626000	Sandgruben-Schule Neubau	neu 09.11.11	60'000	12'200	25'000	22'800	0
147626000	Sandgruben-Schule Neubau Fotovoltaik	neu	700	0	300	400	
147626000	Sandgruben Doppel-Kindergarten Neubau	neu	2'442	0	1'125	1'317	0
148426001	Schoren-Schulhaus Neubau + Fotov.	neu	21'930	1'960	11'000	8'970	0
148856001	Sevogel-Schule Teilsanierung	geb 03.09.13	738	728	12	0	0
149656000	Theobald Baerwart-Schulhaus Gesamts.	geb 03.09.13	15'696	5'148	9'346	277	0
152026000	Bachgraben Spezial Angebote	geb 01.07.14	3'689	189	3'500	0	0
152029000	Wasgenring Bachgraben Isaak Iselin	neu 09.11.11	1'460	927	500	0	0
153656000	Kaltbrunnen-/Neubad-Schulhaus San.	geb 02.09.14	3'200	1'030	1'983	180	0
156426001	Bettingen Schulh. Erweiterung San.	neu 19.03.14	490	20	470	4'600	4'800
160056000	KG Belforterstr. 126a Sanierung	geb 01.09.09	500	0	50	450	0
174056000	Zentrum Frühförderung Behindertenger.	geb 03.09.13	460	30	430	0	0
176456001	Schulheim Gute Herberge Sanierung	geb 02.09.14	2'286	0	2'286	0	0
181056003	Dreirosenschulhaus TH Dachsanierung	geb 02.09.14	2'700	0	2'286	414	0
181056004	Theaterturnhalle Sanierung Dach	geb 04.09.12	850	0	650	200	0
183029001	St. Jakobshalle Sanierung/Ausbau	neu 09.11.11	4'800	2'251	19'000	44'000	30'000
184026001	St. Jakob Sportanlage Tribünengebäude	neu 10.04.13	22'100	15'394	5'000	1'700	0
184056011	Landhof Sportanlage Infrastruktur.	neu	3'000	0	1'000	1'500	500
185926000	Eglisee Kunststeibahn Sanierung	neu 18.09.13	1'100	800	300	0	0
185956000	St. Margarethen KEB Sofortm./Proj.	geb 10.08.10	2'600	1'568	2'250	11'340	11'340
185956002	KEB Eglisee Sofortmassnahmen	geb 02.09.14	600	200	400	0	0
216026000	Kunstmuseum Erweiterungsbau Burghof	neu 17.11.10	100'000	44'579	36'000	2'921	0
	... davon Drittmittel		-50'000	-30'600	-18'000	-1'400	0
216056000	Kunstmuseum Vorgezogene Sanierung	geb 04.09.12	24'715	7'312	15'300	2'000	0
220856001	Kirschgarten-Museum Fassadensan.	geb 03.09.13	750	35	715	0	0
222056000	NMB Sanierungen III	geb 01.11.11	7'500	300	4'700	0	0
222056003	NMB Schlüsselberg 3/5 Dach-+Fass.	geb 03.09.13	1'100	350	750	0	0
812026001	NMB und Staatsarchiv Neubau	neu 26.06.13	3'150	3	2'000	1'150	0
326751000	MKB Schlüsselberg 9/13 Sanierung	geb 02.09.14	570	0	285	285	0
009151000	De Wette-Schulhaus Sanierung	geb 02.09.14	5'500	1'744	3'738	0	0
009251000	Kirschgarten-Gymnasium Gesamtsan.	geb 02.09.14	35'444	1'528	20'237	13'679	0
012151000	Vogelsang-Schulhaus Sanierung	geb 02.09.14	1'655	490	980	172	0
013751000	Kohlenberg 27 Fassadensanierung	geb 02.09.14	650	0	650	0	0
014251000	Insel-Schulhaus Innensanierung	geb 02.09.14	2'563	833	1'721	0	0
014551000	Theodor-Schulhaus Sanierung	geb 02.09.14	585	53	509	21	0
017051000	Holbein-Schulhaus I + II Gesamtsan.	geb 02.09.14	6'400	400	2'000	2'000	2'000
018251000	SH Th Platter/R Linder/Wettstein	geb 02.09.14	4'358	1'160	2'010	1'189	0
130056001	Schulen am Münsterplatz Umbau+San.	geb 04.09.12	8'110	4'687	3'156	0	0
139456002	Bläsi-Schule Gesamtsanierung	geb 01.11.11	8'150	8'147	6	0	0
142456001	Gotthelf/Gottfried Keller PS San.	geb 02.09.14	4'985	1'194	2'070	1'621	0
143656000	Hirzbrunnen-Schule Instandsetzung	geb 06.09.11	15'925	13'704	438	0	0
145256000	Kleinhüninger-Schule Sanierung	geb 31.08.10	3'000	1'481	1'438	0	0
154856000	Hebel-Schule Gesamtsan Umbau TH	geb 02.11.10	19'245	17'354	300	0	0
	Total inkl. Drittmittel		954'379	362'406	297'404	201'493	149'114
	... davon Drittmittel		-68'481	-37'924	-21'374	-4'400	-4'784
	Hochbauten im VV - Teil Bildung		885'898	324'482	276'030	197'093	144'331
	Total inkl. Drittmittel		1'117'322	386'180	329'647	255'037	222'242
	... davon Drittmittel		-68'483	-37'925	-21'374	-4'400	-4'784
	Hochbauten im Verwaltungsvermögen		1'048'840	348'255	308'273	250'637	217'459

Kommentar

- 1 Die Ausgaben für Mobilien zulasten des am 9. November 2011 vom Grossen Rat bewilligten Ratschlags Baumassnahmen für die Tagesstrukturen sind im Investitionsbereich Bildung abgebildet.
- 2 Die Ausgaben für Mobilien zulasten des am 9. November 2011 vom Grossen Rat bewilligten Ratschlags Baumassnahmen für die Schulharmonisierung sind im Investitionsbereich Bildung abgebildet.

Informatik

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
		Total	Ausschöpfung			
			bis 2014	2015	2016	ab 2017
271 Hochschulen		5'751	2'312	2'428	1'011	0
878000100 ICT Volksschule Erweiterung	neu 18.04.12	5'751	2'312	2'428	1'011	0
330 Staatskanzlei		815	366	249	0	0
501000000 Kantonsblatt online	neu	500	100	200	0	0
502000000 Konsul Aktualisierung	geb 06.11.12	315	266	49	0	0
376 Staatsarchiv		1'210	562	211	211	342
500000000 StaBS Mikroverfilm. Digit. Sicherung	neu 27.06.12	1'346	592	259	259	352
... davon Drittmittel		-136	-30	-48	-48	-10
401 Generalsekretariat FD		14'100	9'345	2'200	2'530	813
000000002 WorkplaceBS	geb 01.11.11	10'600	7'587	1'000	1'200	813
860000000 Impulsprogramm E-Government	neu 07.12.11	3'500	1'758	1'200	1'330	0
406 ZID		15'000	5'537	2'000	0	0
A10100718 Zentrale Anlagekomponenten Erneuerung	geb 10.08.10	15'000	5'537	2'000	0	0
501 Stabsbereiche JSD		3'534	100	2'000	1'434	0
109021400 Storage Area Netw. Blaulichtorg.	geb 28.01.14	3'534	100	2'000	1'434	0
509 Bereich Rettung		1'850	100	1'440	310	0
030021402 Einsatzleitsystem Sanität, Ersatz	geb 03.09.13	1'850	100	1'440	310	0
510 Bevölk.dienste und Migration		4'400	2'103	1'770	527	0
001020001 PaRIS Personenauskunfts-, Reg.+Inf.	geb 16.04.13	4'400	2'103	1'770	527	0
614 Stadtgärtnerei		352	116	100	103	32
030020301 IMS-Avanti SF Phase I-III	geb 04.09.12	352	116	100	103	32
651 Städtebau + Architektur		1'100	300	500	300	0
051020002 Software kundenorient. Denkmalpflege	neu	1'100	300	500	300	0
Total inkl. Drittmittel		48'248	20'871	12'946	6'474	1'197
... davon Drittmittel		-136	-30	-48	-48	-10
Informatik		48'112	20'841	12'898	6'426	1'187

Bildung

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben					
		Total	Ausschöpfung				
			bis 2014	2015	2016	ab 2017	
201	Zentrale Dienste	3'725	10'810	9'206	4'995	5'122	
862000022	Bäumlihof-Gymnasium Mobilien	neu 14.05.14	1'879	0	259	520	1'100
862000027	Binnerstrasse 6, Sanierung Mob.	geb 02.09.14	1'193	0	1'193	0	0
862000032	Brunnmatt-Schule Mobilien	geb 02.11.10	653	482	171	0	0
862010001	RAB Schulharmonisierung Mobilien	neu 09.11.11	(93'000)	8'175	5'982	2'907	3'024 ¹
862010002	RAB Tagesstrukturen Mobilien	neu 09.11.11	(39'000)	2'153	1'601	1'568	998 ²
	Total inkl. Drittmittel		3'725	10'810	9'206	4'995	5'122
	... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
	Bildung		3'725	10'810	9'206	4'995	5'122

Kommentar

- 1 Ausgaben zulasten des am 9. November 2011 vom Grossen Rat bewilligten Ratschlags Baumassnahmen für die Schulharmonisierung.
- 2 Ausgaben zulasten des am 9. November 2011 vom Grossen Rat bewilligten Ratschlags Baumassnahmen für die Tagesstrukturen.

Kultur

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben					
		Total	Ausschöpfung				
			bis 2014	2015	2016	ab 2017	
370	Kultur		1'700	1'500	200	0	0
821000023	Proberäume für Bands	neu 12.01.11	1'700	1'500	200	0	0
371	Kunstmuseum		3'200	1'000	800	800	600
500000001	KMB Ankäufe Kunstwerke 2014-2017	neu 21.05.14	3'200	1'000	800	800	600
373	Historisches Museum		320	107	73	0	0
502000006	HMB Schranksysteme Genuastrasse	geb 04.09.12	320	107	73	0	0
374	Naturhistorisches Museum		4'868	1'224	1'554	0	0
500000000	NMB Sanierungen III Projektkoord.	geb 01.11.11	168	0	50	0	0
500000001	NMB Externes Lager Mieterausbau	geb 06.11.12	1'950	913	387	0	0
830000000	NMB Dauerausst. + Betriebseinr.	geb 03.11.09	2'750	311	1'117	0	0
375	Museum der Kulturen		5'390	4'200	563	0	0
830000000	MKB Neue perm. Ausstellungen Einr.	neu 13.11.13	1'580	691	539	0	0
835000000	MKB Museum der Kulturen Wiedereröff.	neu 03.02.10	3'810	3'509	24	0	0
376	Staatsarchiv		258	245	13	0	0
103000000	StaBS Prov. Lager Lyonstr. 41 A	geb 06.11.12	258	245	13	0	0
	Total inkl. Drittmittel		15'736	8'276	3'203	800	600
	... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
	Kultur		15'736	8'276	3'203	800	600

Übrige

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	2015	2016	ab 2017
350		Kantons- und Stadtentwicklung	2'916	200	1'800	916	0
500000001	neu	Neue Fussgängerorientierung Basel	2'916	200	1'800	916	0
403		Finanzverwaltung	1'085	963	120	0	0
831000000	geb	HRM2 in Anbindung an IPSAS	1'085	963	120	0	0
406		ZID	656	191	465	0	0
0P0000025	geb	ZID-SP2-Betriebseinrichtg. Ersatz	656	191	465	0	0
409		Zentraler Personaldienst	2'852	2'197	655	0	0
004000002	geb	Systempflege, Überführung 2 des Projekts	2'852	2'197	655	0	0
501		Stabsbereiche JSD	240	0	240	0	0
105521500	geb	Zeughaus Ersatz-Stao KaPo Betriebseinr.	240	0	240	0	0
506		Kantonspolizei	2'480	459	215	0	0
559020000	neu	Erdbebenvorsorge (partnerschaftl. Ges.)	870	459	105	0	0
559020002	geb	Tel-Infrastr. Einsatzzentralen,	1'610	0	110	0	0
509		Bereich Rettung	2'760	166	1'913	680	0
010021500	geb	Sirenenanlagen im Kanton BS, Ersatz ... davon Drittmittel	500 -500	166 0	333 -500	0 0	0 0
020021400	geb	Tanklöschfahrz. der Berufsfeuerwehr	1'400	0	1'400	0	0
030021501	geb	Rettungswagen (4) der Sanität, Ersatz	1'360	0	680	680	0
614		Stadtgärtnerei	6'142	1'570	2'379	2'053	4'532
030020304	geb	RAB Freizeitgartenareale 2013-2016	2'500	641	610	640	0
030020305	geb	RAB Friedhöfe 2013-2016	1'954	657	644	653	0
030020307	geb	Grünflächenkataster, Aktualisierung	1'328	272	265	260	532
030020309	geb	Sieb- und Kompostieranlage, Ersatz	360	0	360	0	0
30020603	neu	Baumpflanzungen laut Richtplan	0	0	500	500	4'000
651		Städtebau + Architektur	900	1'676	50	0	0
030020020	neu	Hafen St. Johann Campus Novartis	900	1'676	50	0	0
661		Mobilität	1'560	816	680	65	0
001020001	neu	Parkraumbewirtschaftung	1'560	816	680	65	0
706		Gesundheitsschutz	500	0	500	0	0
015020151	geb	LC/MS-System KL 2015	500	0	500	0	0
831		Amt für Umwelt u. Energie	18'871	18'721	11'223	4'308	38'981
080004009	neu	2000-Watt-Gesellschaft	2'080	1'630	500	0	0
081022006	neu	Abwasserreinigungsanl. BS best.	0	7'061	4'150	2'035	38'457
081022022	neu	Abwasserreinigungsanl. BS Proj.	10'800	3'500	5'800	1'500	0
083004003	neu	Lärmschutzmassnahmen Strassenab. 3A ... davon Drittmittel	3'600 -895	3'260 -895	100 0	100 0	24 0
083004004	neu	Lärmschutzmassnahmen Strassenab. 3B ... davon Drittmittel	5'000 -1'713	5'425 -1'259	900 -227	900 -227	500 0
		Total inkl. Drittmittel	44'071	29'114	20'967	8'249	43'513
		... davon Drittmittel	-3'109	-2'155	-727	-227	0
		Übrige - Teil Allgemeines	40'962	26'960	20'240	8'022	43'513
290		Jugend, Familie und Sport	6'650	3'293	1'157	1'200	1'000
039000001	neu	Tagesheimplätze I Invest.-Beitrag	3'750	3'293	457	0	0
039000002	geb	Tagesheimplätze II Invest.-Beitrag	2'900	0	700	1'200	1'000
651		Städtebau + Architektur	27'300	9'703	2'500	2'800	6'560
051020001	neu	Denkmalschutz 2013-2017 Invest.-B.	14'800	2'265	1'600	2'600	6'460
051020099	neu	Denkmalschutz 2008-2012 Invest.-B.	12'500	7'438	900	200	100
730		Gesundheitsversorgung	25'389	8'022	12'531	4'836	0
072000003	neu	Pflegeheim Adullam Riehen Inv.-Beitr.	5'580	3'000	2'580	0	0
072000004	neu	Pflegeheim Humanitas Invest.-Beitrag	10'323	5'022	5'301	0	0
072000005	neu	APH Marthastift Invest.-Beitrag	9'486	0	4'650	4'836	0

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
		Total	Ausschöpfung			
			bis 2014	2015	2016	ab 2017
Total inkl. Drittmittel		59'339	21'018	16'188	8'836	7'560
... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
Übrige - Teil Investitionsbeiträge		59'339	21'018	16'188	8'836	7'560
Total inkl. Drittmittel		103'410	50'132	37'155	17'085	51'073
... davon Drittmittel		-3'109	-2'155	-727	-227	0
Übrige		100'301	47'978	36'428	16'858	51'073

Investitionsbereiche nach Dienststelle und Departement

in 1'000 Franken	Rechnung	Vorhaben		Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
		Budget	Budget	abs.	%	abs.	%
		2013	2014	2015			
3300 Staatskanzlei	16.2	550.0	249.0	-301.0	-54.7	232.8	1'437.0
Informatik	16.2	550.0	249.0	-301.0	-54.7	232.8	1'437.0
3400 Aussenbeziehungen	97.7	0.0	0.0	0.0	...	-97.7	-100.0
Kleininvestitionen	97.7	0.0	0.0	0.0	...	-97.7	-100.0
3500 Kantons- und Stadtentwicklung	89.9	245.0	1'800.0	1'555.0	634.7	1'710.1	1'902.2
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	89.9	45.0	0.0	-45.0	-100.0	-89.9	-100.0
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	0.0	200.0	1'800.0	1'600.0	800.0	1'800.0	...
3700 Kultur	1'080.3	12'844.0	200.0	-12'644.0	-98.4	-880.3	-81.5
Kultur	0.0	1'200.0	200.0	-1'000.0	-83.3	200.0	...
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	1'080.3	11'644.0	0.0	-11'644.0	-100.0	-1'080.3	-100.0
3710 Kunstmuseum	344.4	1'000.0	1'248.8	248.8	24.9	904.4	262.6
Kultur	303.4	1'000.0	800.0	-200.0	-20.0	496.6	163.7
Kleininvestitionen	41.0	0.0	448.8	448.8	...	407.8	994.4
3720 Antikenmuseum	90.1	0.0	0.0	0.0	...	-90.1	-100.0
Kleininvestitionen	90.1	0.0	0.0	0.0	...	-90.1	-100.0
3730 Historisches Museum	165.8	140.0	73.0	-67.0	-47.9	-92.8	-56.0
Kultur	106.8	140.0	73.0	-67.0	-47.9	-33.8	-31.7
Kleininvestitionen	59.0	0.0	0.0	0.0	...	-59.0	-100.0
3740 Naturhistorisches Museum	622.6	2'410.0	1'554.0	-856.0	-35.5	931.4	149.6
Kultur	622.6	2'410.0	1'554.0	-856.0	-35.5	931.4	149.6
3750 Museum der Kulturen	287.2	2'277.0	563.0	-1'714.0	-75.3	275.8	96.0
Kultur	197.3	2'277.0	563.0	-1'714.0	-75.3	365.7	185.3
Kleininvestitionen	89.9	0.0	0.0	0.0	...	-89.9	-100.0
3760 Staatsarchiv	662.6	392.0	224.0	-168.0	-42.9	-438.6	-66.2
Informatik	262.3	186.0	211.0	25.0	13.4	-51.3	-19.6
Kultur	187.2	58.0	13.0	-45.0	-77.6	-174.2	-93.1
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	213.1	148.0	0.0	-148.0	-100.0	-213.1	-100.0
Total Präsidialdepartement	3'456.8	19'858.0	5'911.8	-13'946.2	-70.2	2'455.0	71.0
6010 Generalsekretariat BVD	2'306.9	4'385.0	12'301.0	7'916.0	180.5	9'994.1	433.2
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	2'306.9	4'385.0	12'301.0	7'916.0	180.5	9'994.1	433.2
6140 Stadtgärtnerei	3'155.7	5'604.0	5'053.0	-551.0	-9.8	1'897.3	60.1
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	555.6	2'650.0	1'616.0	-1'034.0	-39.0	1'060.4	190.8
Informatik	45.6	120.0	100.0	-20.0	-16.7	54.4	119.1
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	1'270.2	2'188.0	2'379.0	191.0	8.7	1'108.8	87.3
Kleininvestitionen	1'284.2	646.0	958.0	312.0	48.3	-326.2	-25.4
6170 Tiefbauamt	47'828.9	90'624.8	78'311.0	-12'313.8	-13.6	30'482.1	63.7
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	47'119.1	77'349.8	73'567.0	-3'782.8	-4.9	26'447.9	56.1
Öffentlicher Verkehr	108.0	12'105.0	3'874.0	-8'231.0	-68.0	3'766.0	3'487.9
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	216.0	300.0	0.0	-300.0	-100.0	-216.0	-100.0
Kleininvestitionen	385.8	870.0	870.0	0.0	0.0	484.2	125.5
6510 Städtebau und Architektur	5'136.3	6'037.5	6'160.0	122.5	2.0	1'023.7	19.9
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	2'142.8	2'417.5	2'410.0	-7.5	-0.3	267.2	12.5
Öffentlicher Verkehr	107.9	800.0	700.0	-100.0	-12.5	592.1	548.6
Informatik	0.0	300.0	500.0	200.0	66.7	500.0	...
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	2'885.6	2'520.0	2'550.0	30.0	1.2	-335.6	-11.6

in 1'000 Franken	Rechnung	Vorhaben		Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
		Budget	Budget	abs.	%	abs.	%
		2013	2014	2015			
6610 Mobilität	34'796.7	45'085.2	45'090.0	4.8	0.0	10'293.3	29.6
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	4'435.8	6'260.0	3'080.0	-3'180.0	-50.8	-1'355.8	-30.6
Öffentlicher Verkehr	29'936.0	38'375.2	41'330.0	2'954.8	7.7	11'394.0	38.1
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	424.9	450.0	680.0	230.0	51.1	255.1	60.1
Total Bau- und Verkehrsdepartement	93'224.6	151'736.4	146'915.0	-4'821.4	-3.2	53'690.4	57.6
2010 Zentrale Dienste	2'862.3	8'648.0	9'206.0	558.0	6.5	6'343.7	221.6
Bildung	2'862.3	8'648.0	9'206.0	558.0	6.5	6'343.7	221.6
2450 Berufsbildende Schulen	548.4	225.0	225.0	0.0	0.0	-323.4	-59.0
Kleininvestitionen	548.4	225.0	225.0	0.0	0.0	-323.4	-59.0
2710 Hochschulen	175.3	2'138.0	2'428.0	290.0	13.6	2'252.7	1'284.8
Informatik	175.3	2'138.0	2'428.0	290.0	13.6	2'252.7	1'284.8
2900 Jugend, Familie und Sport	708.4	1'381.3	1'477.0	95.7	6.9	768.6	108.5
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	455.2	1'062.3	1'157.0	94.7	8.9	701.8	154.2
Kleininvestitionen	253.2	319.0	320.0	1.0	0.3	66.8	26.4
Total Erziehungsdepartement	4'294.4	12'392.3	13'336.0	943.7	7.6	9'041.6	210.5
4010 Generalsekretariat FD	7'404.9	1'970.0	2'200.0	230.0	11.7	-5'204.9	-70.3
Informatik	6'534.9	1'000.0	2'200.0	1'200.0	120.0	-4'334.9	-66.3
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	870.0	970.0	0.0	-970.0	-100.0	-870.0	-100.0
4030 Finanzverwaltung	1'077.0	1'541.0	120.0	-1'421.0	-92.2	-957.0	-88.9
Informatik	561.9	1'100.0	0.0	-1'100.0	-100.0	-561.9	-100.0
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	208.4	441.0	120.0	-321.0	-72.8	-88.4	-42.4
Kleininvestitionen	306.7	0.0	0.0	0.0	...	-306.7	-100.0
4040 Steuerverwaltung	435.4	0.0	0.0	0.0	...	-435.4	-100.0
Informatik	435.4	0.0	0.0	0.0	...	-435.4	-100.0
4060 Zentrale Informatikdienste	3'573.3	3'975.0	4'205.0	230.0	5.8	631.7	17.7
Informatik	2'461.3	2'475.0	2'000.0	-475.0	-19.2	-461.3	-18.7
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	0.0	500.0	465.0	-35.0	-7.0	465.0	...
Kleininvestitionen	1'111.9	1'000.0	1'740.0	740.0	74.0	628.1	56.5
4090 Zentraler Personaldienst	897.4	1'445.0	655.0	-790.0	-54.7	-242.4	-27.0
Informatik	897.4	0.0	0.0	0.0	...	-897.4	-100.0
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	0.0	1'445.0	655.0	-790.0	-54.7	655.0	...
4200 Liegenschaften VV	125'032.5	189'247.1	301'555.8	112'308.7	59.3	176'523.3	141.2
Hochbauten im Verwaltungsvermögen	132'675.0	189'247.1	308'273.0	119'025.9	62.9	175'598.0	132.4
Informatik	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	...
Einnahmen Grossinvestitionen	-7'642.5	0.0	-6'717.2	-6'717.2	...	925.3	12.1
Total Finanzdepartement	138'420.4	198'178.1	308'735.8	110'557.7	55.8	170'315.4	123.0
7060 Gesundheitsschutz	1'187.8	434.0	500.0	66.0	15.2	-687.8	-57.9
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	778.9	0.0	500.0	500.0	...	-278.9	-35.8
Kleininvestitionen	408.9	434.0	0.0	-434.0	-100.0	-408.9	-100.0
7300 Gesundheitsversorgung	10'385.3	18'555.0	12'531.0	-6'024.0	-32.5	2'145.8	20.7
Informatik	0.0	350.0	0.0	-350.0	-100.0	0.0	...
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	10'385.3	18'205.0	12'531.0	-5'674.0	-31.2	2'145.8	20.7
7020 Gesundheitsdienste	51.0	0.0	0.0	0.0	...	-51.0	-100.0
Informatik	51.0	0.0	0.0	0.0	...	-51.0	-100.0
7200 Öffentliche Zahnkliniken	99.9	0.0	0.0	0.0	...	-99.9	-100.0
Kleininvestitionen	99.9	0.0	0.0	0.0	...	-99.9	-100.0
7300 Gesundheitsversorgung	242.7	0.0	0.0	0.0	...	-242.7	-100.0
Kleininvestitionen	242.7	0.0	0.0	0.0	...	-242.7	-100.0
Total Gesundheitsdepartement	11'966.7	18'989.0	13'031.0	-5'958.0	-31.4	1'064.3	8.9
5010 Stabsbereiche JSD	552.6	0.0	2'240.0	2'240.0	...	1'687.4	305.4
Informatik	0.0	0.0	2'000.0	2'000.0	...	2'000.0	...
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	552.6	0.0	240.0	240.0	...	-312.6	-56.6
5060 Kantonspolizei	3'128.7	2'617.0	829.0	-1'788.0	-68.3	-2'299.7	-73.5
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	1'330.5	1'730.0	215.0	-1'515.0	-87.6	-1'115.5	-83.8
Kleininvestitionen	1'798.3	887.0	614.0	-273.0	-30.8	-1'184.3	-65.9
5090 Bereich Rettung	1'817.9	3'880.0	3'353.0	-527.0	-13.6	1'535.1	84.4
Informatik	0.0	1'540.0	1'440.0	-100.0	-6.5	1'440.0	...
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	1'632.3	2'340.0	1'913.0	-427.0	-18.2	280.7	17.2
Kleininvestitionen	185.6	0.0	0.0	0.0	...	-185.6	-100.0

in 1'000 Franken	Rechnung 2013	Vorhaben		Abw. B15/B14		Abw. B15/R13	
		Budget 2014	Budget 2015	abs.	%	abs.	%
5100 Bevölkerungsdienste und Migration	2'341.6	3'294.6	1'770.0	-1'524.6	-46.3	-571.6	-24.4
Informatik	541.6	2'149.0	1'770.0	-379.0	-17.6	1'228.4	226.8
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	1'800.0	1'145.6	0.0	-1'145.6	-100.0	-1'800.0	-100.0
Total Justiz- und Sicherheitsdepartement	7'840.8	9'791.6	8'192.0	-1'599.6	-16.3	351.2	4.5
8070 Amt für Sozialbeiträge	158.1	0.0	0.0	0.0	...	-158.1	-100.0
Informatik	158.1	0.0	0.0	0.0	...	-158.1	-100.0
8220 Sozialhilfe Basel SHB	85.1	175.0	85.0	-90.0	-51.4	-0.1	-0.1
Kleininvestitionen	85.1	175.0	85.0	-90.0	-51.4	-0.1	-0.1
8250 Kind- u. Erw. schutzbehörde	187.0	0.0	0.0	0.0	...	-187.0	-100.0
Kleininvestitionen	187.0	0.0	0.0	0.0	...	-187.0	-100.0
8310 Amt für Umwelt und Energie	2'249.3	6'794.5	11'440.0	4'645.5	68.4	9'190.7	408.6
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	2'182.4	6'346.0	11'223.0	4'877.0	76.9	9'040.6	414.3
Kleininvestitionen	66.9	448.5	217.0	-231.5	-51.6	150.1	224.2
Total Dep. f. Wirtschaft und Umwelt	2'679.5	6'969.5	11'525.0	4'555.5	65.4	8'845.5	330.1
Total Investitionsbereiche	262'183.3	412'910.5	508'886.0	95'975.5	23.2	246'702.7	94.1
Total Einnahmen Grossinvestitionen	-7'642.5	0.0	-6'717.2	-6'717.2	...	925.3	12.1
Total Kleininvestitionen	7'342.4	5'004.5	5'477.8	473.3	9.5	-1'864.6	-25.4
Total	261'883.2	417'915.0	507'646.6	89'731.6	21.5	245'763.3	93.8

6 Die Zahlungsströme an eigene, ausserkantonale und an private Institutionen

6.1 Beiträge an eigene Institutionen

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Budget (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Globalbeitrag Universität Basel	2010-2013	599'800	599'800			0
Globalbeitrag Universität Basel	2014-2017	650'100		161'000	163'200	325'900
Globalbeitrag für Studienberatung an der Universität	2010-2013	1'932	1'932			0
Globalbeitrag für Studienberatung an der Universität	2013-2017	1'992		498	498	996
Globalbeitrag für Universitätsbibliothek	2010-2013	4'427	4'427			0
Globalbeitrag für Universitätsbibliothek	2013-2017	5'026		1'256	1'256	2'513
Globalbeitrag Fachhochschule Nordwest- schweiz	2012-2014	126'138	80'278	45'860		0
Globalbeitrag Fachhochschule Nordwest- schweiz, GRB pendent	2015-2017	132'122			43'780	88'342
Rententeuerung ex FHBB/HPSA-BB An- teil BS	jährlich		0	150	134	
Swiss Tropical and Public Health Institute	2012-2016	10'100	4'100	2'000	2'000	2'000
Volkshochschule beider Basel	2013-2016	2'766	692	691	692	691
Hochschulen			691'229	211'455	211'560	420'442
Erziehungsdepartement			691'229	211'455	211'560	420'442
BVB RPV	jährlich		3'667	3'650	3'650	
Abgeltung Ortsverkehr BVB	jährlich		52'592	55'537	65'557	
U-Abo Beiträge	jährlich		20'160	20'100	20'100	
Mobilität	jährlich		76'419	79'287	89'307	
Bau- u. Verkehrsdepartement			76'419	79'287	89'307	
Universitätsspital - Beiträge KVG stationär	jährlich		101'935	106'450	103'200	
Felix Platter-Spital - Beiträge KVG stationär	jährlich		27'734	26'650	23'000	
Univ. Psych. Kliniken - Beiträge KVG stationär	jährlich		28'076	25'250	28'900	
UKBB - Beiträge KVG stationär	jährlich		8'296	8'900	8'600	
Abgeltung amb öffentl. Spitäler	2012-2013	42'213	46'479			0
Abgeltung amb öffentl. Spitäler	2014-2015	14'700		9'200	5'500	0
Ungedeckte Leistungen Tageskliniken	2012-2013	8'902	5'672			0
Ungedeckte Leistungen Tageskliniken	2014-2015	5'500		2'500	3'000	0
Weiterbildung FMH Facharzt	2012-2013	25'880	25'453			0
Weiterbildung FMH Facharzt	2014-2015	22'850		11'300	11'550	0
Lehre und Forschung Diff.Abzug	2012-2013	113'045	109'590			0
Lehre und Forschung Diff.Abzug	2014-2015	114'500		58'000	56'500	0
Übrige Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2012-2013	20'785	4'373			0
Übrige Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2014-2015	3'740		2'370	1'370	0
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitä- ler	2012-2013	6'000	7'473			0
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitä- ler	2014-2015	7'500		4'500	3'000	0
Spital Sozialdienst	2012-2013	6'000	7'918			0
Gesundheitsversorgung			372'998	255'120	244'620	0
Gesundheitsdepartement			372'998	255'120	244'620	0

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Budget (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Defizit Basl. Personenschiff. BPG	2010-2014	2'350	1'880	470		0
Defizit Basl. Personenschiff. BPG	2015-	pendent			470	
Generalsekretariat WSU			1'880	470	470	0
Risikobeiträge an Krankenversicherer	2009-2012	39'100	39'100	0	0	0
Amt für Sozialbeiträge			39'100	0	0	0
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitä- ler	2014-2015	8'800	0	4'400	4'400	0
Amt für Beistandschaften und Erwach- senenschutz			0	4'400	4'400	0
Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt			40'980	4'870	4'870	0
Entschädigungen/Beiträge an eigene Institutionen			1'181'625	550'732	550'356	420'442

6.2 Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Budget (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Schweizer Schule Sao Paulo, bis 2014 siehe DST Ltg Bildung	2013-2017	125	0	0	25	50
Zentrale Dienste und Generalsekretariat			0	0	25	50
Schweizer Schule Sao Paulo, ab 2015 siehe DST Zentrale Dienste	2013-2017	125	25	25	0	0
Musikakademie der Stadt Basel, ab 2015 siehe DST Hochschulen	2012-2016		26'000	13'000	0	0
Bim Buur in d'Schuel, ab 2014 siehe DST Hochschulen	jährlich		20	0	0	
Projekt AKEP, ab 2014 siehe DST Hochschulen	2012-2015	140	70	0	0	0
Leitung Bildung			26'115	13'025	0	0
Lukasclub	2013-2016	129	22	43	43	22
Pro Senectute, Begegnung der Generationen in der Schule	2014-2018	200		25	50	125
Volksschulen			22	68	93	147
Handelsschule KV Basel „Defizitabdeckung“ (Budgetdach 16.5 Mio. p.a. zuz. Teuerung)	2010-2014	71'192	56'627	14'565	0	0
HKV „PK-Kosten“ gemäss eff. Aufwand	2010-2014	11'522	9'192	2'330	0	0
Handelsschule KV Basel Leistungsabg. (inkl. PK), Vertr. pendent	2015-2018	68832			17'208	51'624
Überbetr. Kurse an Partnerfirmen LW AGS	jährlich		15	18	18	
Berufsbildende Schulen			65'834	16'913	17'226	51'624
Kurse Berufsbildner, BBG Art. 11	jährlich		19	26	26	
Lehrabschlussprüfungen LAP	jährlich		2'490	2'530	2'569	
Beiträge Sitzkanton Basel: ÜK	jährlich		2'906	2'523	2'642	
Beiträge Sitzkanton Basel: WB	jährlich		162	72	0	
Beiträge Überkantonale: ÜK	jährlich		1'138	909	909	
Beiträge Überkantonale: WB	jährlich		112	69	69	
Overall Basel Lehrverbund	2012-2014	395	255	140		0
Overall Basel Lehrverbund, Vertrag pendent	2015-2017	385			140	245
Lehrbetriebe Basel LBB	2010-2013	8'087	8'087			
Lehrbetriebe Basel LBB	2014-2017	6'240	0	1'560	1'560	3'120
Leitung Mittelschulen und Berufsbildung			15'168	7'830	7'915	3'365
Preis der Stadt Basel für w. Forschung	jährlich		20	20	20	
Histor.-/Antiquar.Gesellschaft: Publikation	jährlich		20	20	20	
Geogr.-ethnologische Gesellschaft Basel	jährlich		15	15	15	
Archäologie Schweiz	jährlich		20	20	20	
Stiftung Wildt'sches Haus „Defizitdeckung“ (Staatsbeitrag max. Fr. 85'000.– p.a.)	2012-2016	313	58	85	85	85
Zschokkehaus Engelberg	jährlich		12	12	12	
Bim Buur in d'Schuel, bis 2013 siehe DST Leitung Bildung	jährlich		0	20	20	
Projekt AKEP, bis 2013 siehe DST Leitung Bildung	2012-2015	140	0	35	35	0
Musik-Akademie der Stadt Basel, bis 2014 siehe DST Ltg Bildung	2012-2016	65'000	0	0	13'000	13'000

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Budget (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Hochschulen			145	227	13'227	13'085
Familien-, Paar- und Erziehungsberatung	2012-2015	7'200	3'600	1'800	1'800	
Begleitete Besuchstage	2012-2015	260	130	65	65	
Mütter- und Väterberatung	2011-2014	3'160	2'270	890		
Mütter- und Väterberatung, Vertrag pendent	2015-2018	4'160			1'090	3'070
Verein Elternhilfe beider Basel	2013-2016	40	10	10	10	10
PEB Programm für Elternbildung	2012-2015	126	63	32	32	
Familienpass	2013-2014	45	23	23		
Familienpass, Vertrag pendent	2015-2018	90			23	68
Pflegefamiliendienst	2013-2016	800	200	200	200	200
Bürgerliches Waisenhaus	jährlich		3'323	3'100	3'300	
Kinderheim Lindenberg	jährlich		1'499	1'500	1'500	
Kinderhaus Gellert	jährlich		1'184	1'200	1'300	
Schifferkinderheim	jährlich		1'279	1'100	1'100	
Kinderhaus Holee	jährlich		1'285	1'400	1'300	
AHBasel	jährlich		196	200	200	
Durchgangsheim im Vogelsang	jährlich		1'177	700	1'000	
Erlenhof	jährlich		524	700	500	
Wohnheim Schlössli	jährlich		307	400	350	
Beobachtungsstation FoyersBasel	jährlich		194	150	700	
Durchgangsstation FoyersBasel	jährlich		345	500	700	
Wohngruppe FoyersBasel	jährlich		337	350	350	
JuAr Basel	2012-2015	13'064	6'532	3'266	3'266	0
Verein Robi-Spiel-Aktionen	2012-2015	5'375	2'688	1'344	1'344	0
Verein Mobile Jugendarbeit	2012-2015	1'519	760	380	380	0
Spielwerkstatt Kleinhüningen	2012-2015	921	460	230	230	0
Jugendzentrum Dalbeloch	2012-2015	900	450	225	225	0
Freizeitzentrum Dreirosen	2013-2015	675	225	225	225	0
Spilrruum Elsässerstrasse	2012-2015	509	255	127	127	0
Verein Eulerstrooss nüün	2012-2015	379	189	95	95	0
Basler Kindertheater	2012-2015	400	200	100	100	0
Off. Kinderarbeit oberes Kleinbasel	2012-2015	171	86	43	43	0
Verein zum Burzelbaum	2012-2015	102	51	25	25	0
Pro Juventute - Beratung und Hilfe 147	2013-2015	60	20	20	20	0
Stiftung Idée Sport	2012-2015	102	51	26	26	0
Familea Tagesheime	jährlich		13'883	15'000	14'620	
Gundeldinger Krippe	jährlich		1'580	1'600	1'645	
Kinderkrippen Bläsisitift	jährlich		2'343	2'350	2'325	
Tagesfamilien Basel-Stadt	jährlich		1'701	1'700	1'740	
Kinderhaus Gellert	jährlich		1'610	1'600	1'600	
Krippe zu St. Peter	jährlich		970	930	950	
Kindertagesheim Verenaahof	jährlich		961	1'030	970	
Generationenhaus Neubad	jährlich		1'036	1'020	1'260	
Krippe zu St. Leonhard	jährlich		527	520	465	
Guardería Infantil Española	jährlich		566	600	600	
Tagesheim Rhy-Spatze	jährlich		389	510	705	
Tagesheim Fourmi	jährlich		513	510	495	
Kindernest Gundeli	jährlich		266	280	270	
Kindertagesstätte Vagalume	jährlich		583	560	550	
profawo (Kids u Co.)	jährlich		402	260	405	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Budget (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Basler Stiftung für Ferienkolonien	2013-2014	120	60	60		
Basler Stiftung für Ferienkolonien, Vertrag pendent	2015-2017	180			60	120
Verein Fanprojekt	2012-2014	240	160	80		
Verein Fanprojekt, Vertrag pendent	2015-2017	240			80	160
Jugend, Familie und Sport			57'464	49'035	50'365	3'628
Erziehungsdepartement			164'748	87'098	88'851	71'899
Beratung Frauenverein	2014-2017	1'520		380	380	760
Medien-/Theaterfalle	2012-2015	600	300	150	150	0
Ausländerberatung GGG (bis Oktober 2011)	2011-2014	345	172	0		173
Gleichstellung Frauen und Männer			472	530	530	933
Reg. Basiliensis	2011-2014	1'372	1'029	343		0
Reg. Basiliensis	2015- pendent				350	
N. Projekte im Regiobereich	jährlich		8	6	6	
Gem. Sekr. ORK	2011-2014	120	101	30		-11
Gem. Sekr. ORK	2015- pendent				35	
Del.-Sokr. ORK	2011-2014	240	174	60		6
Del.-Sokr. ORK	2015- pendent				65	
Einm. Proj. Regio unbe	jährlich		110	110	30	
Eurodistrict TEB	2014-2016	285		90	95	100
Infobest Palmrain	2014-2016	218		52	52	114
NRP/ETZ Interreg V	2014- 2020/22			250	250	
Anschubfinanz. Konfuzius-Institut Basel	2014-2017	200		50	50	100
Aussenbez. und Standort-Marketing			1'422	991	933	309
Ausländerberatung GGG (ab November 2011)	2011-2014	1'207	862	345	0	0
Ausländerberatung GGG	2015 pendent				430	
JUKIBU	2014-2015	120		60	60	0
V. Treffpunkt Breite	2014-2016	270		90	90	90
QTP LoLa	2014-2016	270		90	90	90
V. Famzentr. Gundeli	2014-2016	270		90	90	90
V.KS Elt. + Kinder BW	2014-2016	270		90	90	90
V. QT Kasernenareal	2014-2016	270		90	90	90
V. Burg am Burgweg	2014-2016	270		90	90	90
Trägerverein QuBa	2014-2016	270		90	90	90
V. QTP Kleinhüningen	2014-2016	270		90	90	90
Stadtteilsekr.KI'basel	2014-2016	420		120	140	160
V. QT Hirzbrunnen	2014-2016	270		90	90	90
V. ElternC.Hirzbrunnen	2014-2016	270		50	90	130
TS Eltern-Kind-Z.MaKly	2014-2016	270		90	90	90
V. Beg.zentr.KB Union	2014-2016	270		90	90	90
V. ATD Vierte Welt, pendent	2013-2015	120	40	40	40	0
Stadtteilsekr.Basel-W	2014-2016	310		90	110	110
QTP Bruderholz	2014-2016	150		50	50	50
KT Eltern+Kinder	2014-2016	150		50	50	50
Proj. Quartiertreffp.	2014-2016	300		100	100	100
QTP Rosental	2014-2016	150		50	50	50
Quartierk.Gundeldingen	2014-2016	150		50	50	50
Kantons- und Stadtentwicklung			902	1'995	2'160	1'690
Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz	jährlich		42	42	42	0

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Budget (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Statistisches Amt			42	42	42	0
Kulturpauschale	2011-2014	1'200	907	300	300	-307
Augusta Raurica	jährlich		100	100	100	0
Stift. BS Papiermühle	2012-2015	1'040	520	260	260	0
Kulturbüro	2011-2014	200	150	50		0
Kulturbüro	2015-	pendent			60	
Jugendkulturpauschale	2014-2018	1'000		200	200	600
Zolli Basel	2013-2016	5'800	1'450	1'450	1'450	1'450
Stift. Basler Orch.	2011/12- 2014/15	27360	16'837	6'840	3'683	0
Stift. Basler Orch.	2015/16-	pendent			3'157	
SBO Pers.fürsorge	2011/12- 2014/15	4328	2'908	1'082	583	-245
SBO Pers.fürsorge	2015/16-	pendent			499	
Knabenmusik Basel	2014-2017	648		162	162	324
Musikverband b. Basel	2014-2017	440		110	110	220
Knabenkantorei Basel	2014-2017	300		75	75	150
Musikwerkstatt Basel	2014-2017	800		200	200	400
Kammerorchester Basel	2014-2015	1010		505	505	0
Int. Ges. f. neue Musik	2010-2013	200	200			0
Mädchenkantorei	2014-2017	300		75	75	150
Ensemble Phoenix	2014-2015	260		130	130	0
Basel Sinfonietta	2014-2015	668		334	334	0
Ver. Jazz-Live Basel	2014-2017	240		60	60	120
Orch.-leist. Theater	2012/13- 2014/15	19724	9'314	6'575	3'835	0
Orch.-leist. Theater	2015/16-	pendent			3'835	
Rockförderverein	2012-2015	1560	780	390	390	0
Theater Basel (Strukturbeitrag)	2012/13- 2014/15	3000	1'462	1'000	538	0
Theater Basel (Strukturbeitrag)	2015/16	pendent			462	
Theater Basel	2012/13- 2014/15	90974	44'019	30'464	16'491	0
Theater Basel	2015/16-	pendent			14'061	
Theater PK	2012/13- 2014/15	7350	3'580	2'450	1'319	0
Theater PK	2015/16-	pendent			1'131	
Gen. BS Kleintheater	2011-2014	400	300	100		0
Gen. BS Kleintheater	2015-	pendent			100	
Vorstadt-Theater	2011-2014	960	720	240		0
Vorstadt-Theater	2015-	pendent			240	
Kulturwerkst.Kaserne	2013-2016	8'414	2'104	2'109	2'104	2'098
IG-Tanz/Tanzbüro Basel	2011-2014	112	84	28		0
IG-Tanz/Tanzbüro Basel	2015-	pendent			28	
Beyeler Museum AG	2012-2015	7'860	3'930	1'965	1'965	0
Basler Kunstverein	2012-2015	3'420	1'710	855	855	0
Ausstl.raum Klingental	2012-2015	516	258	129	129	0
Kaskadenkondesator	2011-2014	100	75	25		0
Kaskadenkondesator	2015-	pendent			25	
dock:akt. Kunst aus Basel	2011-2014	100	75	25		0
dock:akt. Kunst aus Basel	2015-	pendent			25	
Allg. Biblioth. GGG	2012-2015	20'187	10'093	5'047	5'047	1

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Rechnung Total	Budget bis 2013	Budget 2014	Budget (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Verein Literatur	2012-2015	1'400	700	350	350	0
Stadt-/Landkino	2011-2014	1160	850	310		0
Stadt-/Landkino	2015-	pendent			355	
Haus der elektron. Künste	2011-2014	880	660	220		0
Haus der elektron. Künste	2015-	pendent			220	
Jüdisches Museum	2012-2015	320	160	80	80	0
Sportmuseum Schweiz	2013-2015	450	150	150	150	0
Schw.Architekturmuseum	2014-2017	320	0	80	80	160
Kunstkredit	2011-2014	2'080	1'560	520		0
Kunstkredit	2015-	pendent			550	
Cité Paris	jährlich		55	50	50	
Atelierkredit	2013-2015	225	81	75	85	-16
FA Literatur BS/BL	2011-2014	320	328	160		-168
FA Literatur BS/BL	2015-	pendent			190	
FA Audiov.+Multimed.	2011-2014	1'200	1'106	500		-406
FA Audiov.+Multimed.	2015-	pendent			1'100	0
Kulturpreis der Stadt Basel	jährlich		100	20	20	
Kultur Förderpreis Nachwuchs	jährlich		10	10	10	
Kulturp. Abfederung Sparmassnahmen A+L	jährlich		2'084	430	430	
Kultur			109'420	66'290	68'192	4'530
Publikationsfonds	jährlich		25	5	5	
Staatsarchiv			25	5	5	
Präsidialdepartement			112'283	69'853	71'862	7'462
Telehilfe,dargebotene Hand	2013-2015	150	50	50	50	0
Neustart	2013-2014	120	60	60		0
Neustart	2015-2017	225			75	150
BAS/Rechtsberatung	2013-2015	150	50	50	50	0
Opferberatungsstelle	2011-2014	3'791	3'042	945		-196 ¹
Opferberatungsstelle	2015-2018	2'600			670	1'930
Opferberatungsstelle Drittkosten	2015-2018	1'780			445	1'335
Stiftung Frauenhaus	2011-2014	1'760	1'320	440		0
Stiftung Frauenhaus	2015-2016	1'000			500	500
Männerbüro Region Basel	2012-2014	120	80	40		0
Männerbüro Region Basel	2015-2018	160			40	120
Aliena	2014-2016	150		50	50	50
Generalsekretariat JSD/Recht			4'602	1'635	1'880	3'889
Justiz- und Sicherheitsdepartement			4'602	1'635	1'880	3'889
Pro Infirmis (Vertrag)	2011-2015	250	150	50	50	0
Bauinspektorat			150	50	50	0
Erlenverein BS	2012-2015	1620	770	425	425	0
Verein Beirat Natur	2012-2014	450	300	150	0	0
Stadtgärtnerei			1'070	575	425	0
Feste Betriebsbeiträge Münster	jährlich		447	825	825	
Feste Betriebsbeiträge Lange Erlen	jährlich		40			
Städtebau + Architektur S+A			487	825	825	0
Wanderwege BS/BL ab 2013	2013-2018	42	7	7	7	21
SBB Stadion St. Jakob	jährlich		37	37	38	
SBB Shuttle St. Jakob	jährlich		128	133	128	
SBB Bahnhof St. Johann	jährlich		119	60	60	
SBB Haltestelle Dreispitz	jährlich		84	85	85	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Budget (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
SBB/BLT RPV	jährlich		2'879	2'950	3'120	
KBB Behinderten Transport	jährlich		1'163	1'600	1'600	
Mobilität			4'418	4'872	5'038	21
Bau- u. Verkehrsdepartement			6'124	6'322	6'338	21
Toxikologisches Infozentrum	jährlich		33	34	34	
Generalsekretariat GD			33	34	34	0
Alkoholzehntel	jährlich		749	840	0	
Spielsucht	jährlich		0	96	94	
Diabetesgesellschaft	2012-2014	270	180	90		0
Diabetesgesellschaft	2015-2016	120			60	60
Krebsregister	jährlich		205	205	305	
GWL-Leitender Notarzt (Beitrag an USB)	jährlich		350	500	500	
Gsünder Basel	2013-2014	240	120	120		0
Gsünder Basel	2015-2018	600			150	450
Verein für Suchtprävention	2012-2014	720	480	240		0
Verein für Suchtprävention	2015	210			210	0
Band Jugendhilfe	2014	40		40		0
Band Jugendhilfe	2015	40			40	0
SSJ: JoBShop	2012-2013	100	100			0
SSJ: JoBShop	2014-2015	100		50	50	0
FrauSuchtGesundheit	2011-2013	570	570			0
FrauSuchtGesundheit	2014-2015	380		190	190	0
Blaues Kreuz	2013	210	210			0
Blaues Kreuz	2014-2015	420		210	210	0
Multikulturelle Suchtberatungsstelle b. Basel	2010-2013	800	800			0
Multikulturelle Suchtberatungsstelle b. Basel	2014-2015	400		200	200	0
Suchthilfe Region Basel SRB	2010-2013	12'620	12'620			0
Suchthilfe Region Basel SRB	2014-2015	6'310		3'155	3'155	0
Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)	2010-2013	1'512	1'512			
Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)	2014	378		378		0
Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)	2015-2017	1'134			378	756
Stiftung Sucht	2012-2015	1'580	790	395	395	0
Gesundheitsdienste			18'686	6'709	5'937	1'266
Patientenstelle Basel	2011-2013	177	177			0
Patientenstelle Basel	2014-2015	118		59	59	0
Zentrum Selbsthilfe	2013-2014	600	300	300		0
Zentrum Selbsthilfe	2015-2018	1'320			320	1'000
MedGes. ärztlicher Notfalldienst	2013	100	100		0	0
MedGes. ärztlicher Notfalldienst	2014	100		100		
St. Claraspital KVG stationär	jährlich		32'057	32'800	31'000	
Merian Iselin - KVG stationär	jährlich		14'066	14'450	14'500	
Bethesda - KVG stationär	jährlich		8'580	8'250	8'000	
Adullam Spital - KVG stationär	jährlich		10'739	9'000	9'500	
Sonnenhalde - KVG stationär	jährlich		2'921	2'850	3'000	
REHA Chrischona - KVG stationär	jährlich		4'215	4'000	4'700	
Rehab Basel - KVG stationär	jährlich		4'583	4'200	5'400	
Hildegard Hospiz - KVG stationär	jährlich		1'958	1'650	2'300	
Schmerzlinik - KVG stationär	jährlich		659	550	575	
Ausserkantonale Spitäler - KVG stationär	jährlich		23'653	24'850	24'285	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Budget (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Geburtsstätte - KVG stationär	jährlich		36	50	40	
Ungedeckte gemeinwirtschaftliche Leistungen Tageskliniken	2012-2013	1'163	1'544			0
Ungedeckte gemeinwirtschaftliche Leistungen Tageskliniken	2014-2015	1'800		1'000	800	0
Weiterbildung FMH Facharzt	2012-2013	3'320	2'736			584
Weiterbildung FMH Facharzt	2014-2015	2'850		1'500	1'350	0
Lehre und Forschung Diff.Abzug	2012-2013	8'766	8'986			0
Lehre und Forschung Diff.Abzug	2014-2015	8'800		4'400	4'400	0
Übrige Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2012-2013	370	372			0
Übrige Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2014-2015	0		0	0	0
Langzeitpatienten in Spitälern	2012-2013	1'750	1'633			117
Langzeitpatienten in Spitälern	2014-2015	1'900		1'000	900	0
Spital Sozialdienst	2012-2013	500	936			0
Spital Sozialdienst	2014-2015	0		0	0	0
Liegenschaftsbeiträge Pflegeheime	2012-2016	19'726	6'547	4'800	5'576	2'803
Pflegeheim-Restfinanzierung gemäss KVG	jährlich		33'458	33'900	34'300	
Akut- und Übergangspflege in PH	jährlich		1	50	35	
Härtefälle in der Langzeitpflege	jährlich		0	50	35	
Pro Senectute	2010-2013	3'220	3'220			0
Pro Senectute	2014-2016	2415	0	805	805	805
Spitex Restfinanzierung gemäss KVG	jährlich		2'429	2'500	2'700	
Spitex BS HW	2012-2014	13'600	8'342	4'500		758
Spitex BS HW	2015-2017	4'300			4'300	0
Akut- und Übergangspflege Spitex	jährlich		18	100	50	
Spitex-Restfinanzierung mit bes. LA	2012-2014	34'400	20'526	10'900		2'974
Spitex-Restfinanzierung mit bes. LA	2015-2017	11'000			11'000	0
Tagespflegeheime	jährlich		2'768	3'500	3'400	
Gesundheitsversorgung			197'559	172'114	173'330	9'041
Gesundheitsdepartement			216'278	178'857	179'300	10'307
BTG	jährlich		14	30	30	
SAFFA	jährlich		11	0	0	
Alpeninitiative 2011 bis 2013	2011-2013	8	8			0
Basel Tourismus	2010-2013	7'693	7'600			93
Basel Tourismus	2014-2017	7'600		1'900	1'900	3'800
Basel Area	2010-2013	3'538	3'538			0
Basel Area	2014-2017	3'032		758	758	1'517
Basler Gewerkschaftsbund	jährlich		20	20	20	
Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)			11'191	2'708	2'708	5'410
Bildungsclub Regio	2011-2013	150	145			5
Bildungsclub Regio	2014-2016	150		50	50	50
Behindertenhilfe Vermeidung Härtefälle	jährlich		0	157	200	0
FZZ insieme	2011-2014	80	60	20		0
FZZ insieme	2015- pendent				20	
Amt für Sozialbeiträge			205	227	270	55
Winterhilfe Basel-Stadt	2012-2015	120	60	30	30	0
Konsumentenvereinigung NW	2011-2013	18	18			0
Beratungsstelle für Asylsuchende	2011-2014	250	130	30		90
Beratungsstelle für Asylsuchende	2015-2017	150			50	100

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2013	Budget 2014	Budget (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Kontaktstelle für Arbeitslose	2010-2014	90	72	18		0
Treffpunkte Gundeli + Glaibasel	2013-2016	608	152	152	152	152
IG-Wohnen	2011-2013	210	210			0
IG-Wohnen	2014-2017	280		110	70	100
Gassenarbeit „Schwarzer Peter“	2013-2016	1'040	260	260	260	260
Verein „Gassenküche“	2012-2016	740	295	148	148	149
Verein „Soup + Chill“	2010-2013	120	239			-119
Verein „Soup + Chill“	2014-2017	180		0	30	150
Sozialhilfe Basel SHB		3'806	1'436	748	740	882
Stiftung Umwelt-Einsatz Schweiz	jährlich		1	2	2	
Finanzierungsbeitrag Gentech-Dossier	jährlich		2	2	2	
Betriebskosten ARA BS	jährlich		6'896	7'650	7'420	
Tierzucht Kanton	jährlich		1	5	2	
Lufthygieneamt beider Basel	jährlich		1'217	1'215	1'175	
Amt für Wald beider Basel	jährlich		188	229	459	
Abgeltungsbeitrag Öko-Flächen Landwirt.	jährlich		28	30	28	
Amt für Umwelt und Energie			8'333	9'133	9'088	0
Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt			21'165	12'815	12'805	6'347
Entschädigungen/Beiträge an private Institutionen			525'199	356'579	361'036	99'924

Kommentar

- 1 Die Opferhilfe beider Basel musste mehr Auszahlungen leisten, was im Wesentlichen auf einen markanten Anstieg der Fälle von Menschenhandel zurückzuführen ist.

7 Das Glossar

7.1 Glossar der finanziellen Fachbegriffe

Abschreibungen

Abschreibungen bilden den Werteverzehr von Sachgütern und Positionen des immateriellen Vermögens ab. Es wird zwischen planmässiger und ausserplanmässiger Abschreibungen unterschieden. Planmässige Abschreibungen werden aufgrund der Entwertung durch Alterung und durch Nutzung auf die Abschreibungsdauer verteilt. Ausserplanmässige Abschreibungen sind dauernde Wertminderungen, die nicht durch ordentliche Nutzung begründet sind.

Accrual Accounting

Unter Accrual Accounting ist der Grundsatz zu verstehen, dass Geschäftsvorfälle dann in der Buchhaltung erfasst werden, wenn sie auftreten (und nicht im Zeitpunkt wenn der Mittelzufluss bzw. Mittelabfluss stattfindet).

Anhang

Der Anhang ist Teil des Budgets. Dort werden einzelne wichtige Positionen des Budgets erläutert.

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung sind gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen frei den Verwendungszweck bestimmt.

Artengliederung

Artengliederung bezeichnet die Gliederung der Verwaltungsrechnung nach dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte.

Aufwand

Als Aufwand werden Ausgaben der Erfolgsrechnung bezeichnet wie z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als 300'000 Franken betragen, sind in der Investitionsrechnung abgebildet und belasten die Erfolgsrechnung über die Abschreibungen.

Benchmarking

Benchmarking bedeutet den Vergleich der eigenen Leistung mit der des „klassenbesten“ Konkurrenten.

Betriebsergebnis (=Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit)

Das Betriebsergebnis ist der betriebliche Ertrag abzüglich des betrieblichen Aufwands.

Bilanz

Gemäss FHG enthält die Bilanz auf der Aktivseite das Umlauf- und das Anlagevermögen, auf der Passivseite das Fremd- und das Eigenkapital. Das Umlaufvermögen umfasst das kurzfristig realisierbare Finanzvermögen. Das Anlagevermögen ist in das nicht kurzfristig realisierbare Finanzvermögen und das Verwaltungsvermögen gegliedert.

Die international übliche (und von IPSAS vorgeschriebene) Obergliederung der Aktivseite in Umlauf und Anlagevermögen wird somit übernommen. Damit kann die Realisierbarkeit der Vermögenspositionen dargelegt werden. Die zweite Gliederungsstufe ist die in der Schweiz übliche Aufteilung in Finanz- und Verwaltungsvermögen.

Bonität

Die Zahlungsfähigkeit eines Schuldners wird als Bonität bezeichnet. Sie umfasst die Beurteilung von Marktteilnehmern bezüglich Zahlungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit und Liquiditätsfähigkeit. Je besser die Bonität eines Schuldners eingestuft wird, desto geringer fällt der Risikozuschlag als Bestandteil des zu bezahlenden Zinses aus.

Bruttoprinzip

Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung von Aktiven mit Passiven oder Aufwendungen mit Erträgen (Verrechnungs- oder auch Saldierungsverbot). Ziel des Bruttoprinzips ist das Erreichen einer Transparenz der einzelnen Positionen des Haushalts.

Bruttoschulden

Die Bruttoschulden entsprechen dem Fremdkapital, d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital.

Buchführungsgrundsätze

Buchführungsgrundsätze sind allgemeine Handlungsanleitungen für die Buchführung. Der Zweck von Buchführungsgrundsätzen ist die Sicherstellung der Vollständigkeit, der Nachprüfbarkeit und der Verhinderung von Willkür bei der Verbuchung der Geschäftsvorfälle.

Budget

Das Budget ist eine Zusammenstellung der Finanzzahlen (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) für das kommende Jahr.

Budgetkredit

Budgetkredite werden festgelegt für die Aufwandgruppen des betrieblichen Aufwandes ohne Abschreibungen pro Dienststelle sowie für die Investitionsausgaben pro Investitionsbereich.

Darlehen und Beteiligungen (Investitionsrechnung)

Dabei handelt es sich um Investitionsausgaben für Darlehen und Beteiligungen, die mit der öffentlichen Aufgabenerfüllung im Zusammenhang stehen und deshalb nicht realisiert, d.h. auch nicht verkauft werden dürfen. Die Ausgaben werden am Ende der Rechnungsperiode im Verwaltungsvermögen aktiviert.

Dienststelle

Die Dienststelle ist die kleinste organisatorische Verwaltungseinheit, die in einer vollständigen, in sich geschlossenen Buchhaltung, bestehend aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung abgebildet werden kann. Auf Ebene Dienststelle wird das Budget durch den Grossen Rat beschlossen.

Diskontierung

Mittels Diskontierung wird der heutige Barwert eines zukünftigen Betrages ermittelt.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist die Residualgrösse der Vermögenswerte (Aktiven) abzüglich der Schulden.

Entgelte

Entgelte beinhalten Gebühren (Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren sowie Konzessionsgebühren), Verkaufserträge, Rückerstattungen sowie Bussen.

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung zeigt die Werteflüsse des ganzen Jahres. Sie ist nach Arten der Aufwände und Erträge gegliedert und zeigt somit eine kantonsweite Sicht.

Eventualforderung

Eine Eventualforderung ist eine mögliche Forderung, die aus einem Ereignis der Vergangenheit resultiert und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten künftiger Ereignisse bedingt ist, die nur teilweise beeinflusst werden können (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang).

Eventualverbindlichkeit

Eine Eventualverbindlichkeit ist entweder eine mögliche Verpflichtung (z.B. Garantien) aus einem vergangenen Ereignis, deren Existenz erst durch eines oder mehrere zukünftige Ereignisse bestätigt werden muss. Der Eintritt dieser Ereignisse kann nicht beeinflusst werden. Oder eine Eventualverbindlichkeit ist eine gegenwärtige Verbindlichkeit aus einem vergangenen Ereignis, die auf Grund der geringeren Wahrscheinlichkeit oder mangels zuverlässiger Messbarkeit nicht bilanziert werden konnte. Es findet keine Bilanzierung statt. Der Ausweis erfolgt im Anhang der Jahresrechnung.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo ist die Differenz zwischen den in einer Periode erzielten (erwirtschafteten) eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.

Finanzierungsüberschuss

Der Finanzierungsüberschuss ist ein positiver Finanzierungssaldo. Der Finanzierungsüberschuss umfasst die für die Finanzierung der Nettoinvestitionen nicht benötigten eigenen Mittel der Rechnungsperiode, die z. B. für Schuldentrückzahlung oder für Anlagen verwendet werden können (= Gegenteil vom Finanzierungsfehlbetrag).

Finanzinstrument

Ein Finanzinstrument ist definitionsgemäss ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Vertragspartner zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Vertragspartner zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Finanzplan

Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument, welches über die mutmassliche mittelfristige Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Erfolgsrechnung und über die vorgesehenen Investitionen orientiert. Ein Planungshorizont umfasst in der Regel zwischen drei und fünf Jahren (im Kanton Basel-Stadt vier Jahre).

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Die Entscheidung über Kauf oder Verkauf von Teilen des Finanzvermögens liegt in der Kompetenz der Exekutive (Regierungsrat).

Fonds

Fonds sind zweckgebundene Mittel zur Sicherstellung der Finanzierung bestimmter öffentlicher Aufgaben. Die Schaffung von Fonds sowie die Zuweisung und Verwendung der Mittel bedarf einer gesetzlichen Grundlage.

Forderung

Forderungen sind monetäre Guthaben. Zu ihnen gehören alle ausstehenden (unerfüllte), in der Regel kurzfristigen und in Rechnung gestellten Ansprüche gegenüber Dritten.

Geldflussrechnung

Geldflussrechnung wird auch Mittelflussrechnung genannt. Sie ist eine verfeinerte finanzwirtschaftliche Bewegungsbilanz. Es werden Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und der Liquiditätsstatus dargestellt.

Globalbudget

Das Globalbudget bildet einen Teil der Finanzrechnung und basiert auf einer Kostenrechnung. Die Mittelzuteilung erfolgt nicht mehr nach Ausgabenarten (Personal, Sachaufwand, Zinsen, etc.). Die Legislative beschliesst jährlich die Einnahmen und Ausgaben pro Produktgruppe, wobei Mehrausgaben bei entsprechenden Mehreinnahmen pro Produktgruppe möglich sind. Die Verwaltungsstellen mit Globalbudget erhalten damit einen grösseren Handlungsspielraum in der Verwendung der ihnen zugeteilten finanziellen Ressourcen. Globalbudgets sind dabei mit einem Leistungsauftrag verknüpft. Im Kanton Basel-Stadt arbeiten beispielsweise die staatlichen Museen und der Öffentliche Verkehr (ÖV) mit Globalbudgets (vergleiche auch §9 Museumsgesetz oder §14 Gesetz über den Öffentlichen Verkehr).

Grossinvestitionen

Als Grossinvestition gilt in Basel-Stadt die Ausgabe für ein Anlagengut, sofern die Anschaffungs- oder Herstellkosten dieses Gutes mehr als 300'000 Franken betragen. Grossinvestitionen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und gemäss Rechnungslegungsgrundsätzen linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben (vergleiche auch Kleininvestitionen).

Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM)

Harmonisiertes Rechnungsmodell für die öffentlichen Haushalte. 1970 nahm die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FdK) das Nebeneinander der verschiedenen Rechnungslegungen der Kantone zum Anlass, einen neuen Anlauf für eine Harmonisierung der öffentlichen Rechnungslegung einzuleiten. 1977 erschien die erste Ausgabe des Handbuchs des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte (heute HRM). 1981 wurde eine zweite, erweiterte Auflage publiziert.

HRM2

Im 2008 hat die FdK die Fachempfehlungen, die eine von ihr eingesetzte Fachkommission ausgearbeitet hat, verabschiedet und den Kantonen und Gemeinden empfohlen, diese so rasch wie möglich, d.h. innerhalb von zehn Jahren, umzusetzen. HRM2 soll das HRM ablösen und orientiert sich an den gängigsten, auch international anerkannten Rechnungslegungsstandards sowie nach dem neuen Rechnungsmodell des Bundes (NRM).

Impairment

Vermögensgegenstände sind neben der „Abnutzung“ durch Gebrauch oder Zeit auch anderen meist nicht planbaren Wertschwankungen unterzogen. Der vorhersehbaren „Abnutzung“ wird mit der Abschreibung der Vermögenswerte Rechnung getragen. Um sicherzustellen, dass ein Gegenstand noch den in der Bilanz eingesetzten Wert hat, ist mindestens einmal jährlich zu prüfen, ob nicht Umstände vorliegen, welche den Wert dieses Gegenstandes nachhaltig beeinträchtigen. Ist dies der Fall, handelt es sich um eine dauernde Wertminderung beziehungsweise eben um ein Impairment.

Indikatoren

Indikatoren zeigen auf, woran eine Zielerreichung gemessen werden soll.

Institutionelle Gliederung

Die institutionelle Gliederung ordnet die Jahresrechnung in erster Priorität nach Departementen und Dienststellen (erste Ziffer: Klassifikationsnummer des Departementes, folgende 3 Ziffern: Klassifikationsnummer der Dienststelle). Sie gilt nur für grössere Gemeinwesen.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Das Interne Kontrollsystem bezeichnet Vorgänge, Methoden und Massnahmen um den Wirkungsgrad der operativen Geschäftsprozesse zu optimieren, die Verlässlichkeit des Rechnungswesens und der Finanzinformationen zu gewährleisten, das Kantonsvermögen vor ungerechtfertigtem Geldabfluss zu schützen und die Einhaltung bestehender und anwendbarer Gesetze, Weisungen und Richtlinien sicherzustellen.

Interne Verrechnungen(IVR)

Interne Verrechnungen sind Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb des eigenen Gemeinwesens (Kantons).

Investitionsausgaben

Investitionsausgaben sind Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten des Verwaltungsvermögens. Ferner Beiträge an den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von Vermögenswerten Dritter mit Nutzungsaufgaben (Investitionsbeiträge) sowie Darlehen und Beteiligungen im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren abgeschrieben.

Investitionsbeiträge (erhaltene und gegebene)

Investitionsbeiträge sind monetäre Leistungen, mit denen beim Empfänger der Beiträge dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Vermögenswerte mit Investitionscharakter werden als Investitionsgüter bezeichnet und beinhalten oder ermöglichen eine mehrjährige, neue, erweiterte oder verlängerte Nutzung und zwar in quantitativer oder qualitativer Art. Der Kanton Basel-Stadt kann sowohl Investitionsbeiträge ausrichten oder als Begünstigter von Investitionsbeiträgen auftreten.

Investitionseinnahmen

Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter, an die Finanzierung von Investitionsvorhaben (Bsp. Bundesbeiträge an den Nationalstrassenbau und -unterhalt der Privatbeiträge an Kulturinvestitionen).

Investitionsrechnung

Als Investitionsrechnung wird die Rechnung bezeichnet, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 300'000 Franken sind. Andere Kantone kennen andere Betragsuntergrenzen.

International Public Sector Accounting Standards (IPSAS)

Es handelt sich bei IPSAS um Rechnungslegungsstandards für öffentliche Haushalte. Die IPSAS werden durch das IPSAS-Board (IPSASB) der IFAC, der International Federation of Accountants erlassen. Sie basieren auf den IFRS (früher IAS genannt) und sind auf die spezifischen Bedürfnisse von Organisationseinheiten des öffentlichen Sektors angepasst. Seit 1. Januar 2007 orientiert sich die Rechnung des Bundes an IPSAS. Auch das von der FdK anfangs 2008 verabschiedete neue Rechnungsmodell HRM2 orientiert sich an diesem Regelwerk. Vergleiche auch die Ausführungen zu IFRS und HRM2.

Jährlichkeitsprinzip

Das Jährlichkeitsprinzip bedeutet, dass nicht beanspruchte Kredite auf Ende eines Rechnungsjahres verfallen.

Percentage of Completion-Methode (PoC)

Mittels der Percentage of Completion-Methode (PoC) wird der anteilmässige Fertigstellungsgrade eines (Bau-)projektes ausgewiesen.

Kalkulatorische Positionen

Kalkulatorische Positionen sind Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Produkts erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert wird, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststellen bezahlt) sowie Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer einer Investition) bzw. kalkulatorische Mieten enthalten.

Kameralistik

Kameralistik (lateinisch: camera „fürstliche Schatztruhe“) ist ein Verfahren der Buchführung. Im Gegensatz zur Doppik, der doppelten Buchführung werden bei der Kameralistik kassenwirksame Einnahmen (Einzahlungen) und Ausgaben (Auszahlungen) betrachtet, dies jedoch nicht im betriebswirtschaftlichen Sinne und auch ohne Erträge und Aufwendungen zu ermitteln. Der Fokus der Kameralistik liegt daher eher auf Finanzziele als auf Sachzielen.

Kapitalkosten

Als Kapitalkosten werden Zinsen und Abschreibungen auf dem investierten Kapital bezeichnet.

Kennzahlen

Kennzahlen stellen Grössen dar, die als Zahlen einen quantitativ messbaren Sachverhalt wiedergeben und relevante Tatbestände sowie Zusammenhänge in einfacher und verdichteter Form kennzeichnen sollen. Als Kennzahlen lassen sich sowohl absolute als auch Verhältniszahlen verwenden. Kennzahlen ermöglichen rasche Vergleiche (siehe auch Benchmarking).

Kleininvestitionen

Als Kleininvestitionen werden in Basel-Stadt Investitionen im Bereich Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungen und Informatik gezählt, die einen Anschaffungswert von mindestens 50'000 Franken und maximal 300'000 Franken haben. Diese Anlagen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben. Kleininvestitionen werden auch als GWG-Investitionen bezeichnet wobei GWG für „geringwertiges Wirtschaftsgut“ steht. Investitionen von weniger als 50'000 Franken werden nicht über die Anlagenbuchhaltung geführt sondern direkt im Sachaufwand einer Kostenstelle belastet. Im Bereich Hoch- und Tiefbau kennt der Kanton Basel-Stadt keine Kleininvestitionen. Beträge bis 300'000 Franken im Bereich der Hoch- und Tiefbauten werden direkt der Erfolgsrechnung belastet.

Laufende Verpflichtungen

Laufende Verbindlichkeiten sind monetäre Schulden die auf einer vertraglichen Vereinbarung basieren. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Zahlung fällig und deshalb kurzfristiges Fremdkapital.

Legislaturplan

Der Legislaturplan bietet einen Überblick über die mittelfristige politische Planung des Regierungsrats und umfasst einen Legislaturzeitraum. Er stützt sich auf die Analysen und Studien der Departemente und auf Zahlen und Fakten, die beispielsweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung laufend aktualisiert werden. Er definiert die Stossrichtung der (baselstädtischen) Politik und entwickelt entsprechende Zielsetzungen. In den Berichterstattungen des Regierungsrates zu Budget und Rechnung wird jeweils auf die Legislaturziele Bezug genommen.

Leistungsverrechnung

Unter Leistungsverrechnung wird die Interne Verrechnungen und die kreditwirksame Verrechnung von Leistungen zwischen Verwaltungseinheiten verstanden. Siehe auch Abschnitt zu den internen Verrechnungen.

Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV)

Der Saldo zwischen Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen wird als Nettoinvestition in das Verwaltungsvermögen bezeichnet.

Nettoschuld

Die Nettoschuld ist der Saldo zwischen dem Total Fremdkapital und dem Finanzvermögen.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen

(NFA)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen will die Mängel des bis 2007 geltenden Finanzausgleichs beheben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone und der Schweiz soll dabei nicht beeinträchtigt werden. Die NFA trägt zu einem Abbau des finanziellen Gefälles zwischen den Kantonen bei. Während Gebirgskantone in den Genuss eines geografisch/topografischen Lastenausgleichs kommen, werden Zentrums Kantone für ihre

Sonderlasten neu durch den so genannten soziodemografischen Lastenausgleich entschädigt. Mit der NFA wird die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Sie beendet weitgehend unnötige doppelte Verantwortlichkeiten. Die Aufgabenentflechtung schafft klare Zuständigkeiten für den Bund und die Kantone.

Nichtzweckgebundener Aufwand und Ertrag

Als Nichtzweckgebundener Aufwand und Ertrag gelten z.B. der allgemeine Steuerertrag, der Vermögensertrag, die Liegenschaftserträge, der Anteile an Bundessteuern, die Nationalbankgewinne, der Zinsaufwand auf den Staatsschulden oder der Aufwand im Zusammenhang mit Bewirtschaftung des Finanzvermögens. Nicht zweckgebundene Aufwand- und Ertragspositionen werden in einem separaten Buchungskreis dargestellt und sind für die Steuerung der betroffenen Dienststellen nicht relevant.

In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen wird vom Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis (NZBE) gesprochen.

Nutzungsdauer

Dabei handelt es sich um die Anzahl Jahre bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein System/eine Anlage aus technischen oder ökonomischen Gründen ersetzt werden muss. Die Abschreibungsdauer von Anlageobjekten in der Finanzbuchhaltung entspricht der geschätzten Nutzungsdauer des Objektes.

Passivzinsen

Als Passivzinsen werden Zinsen bezeichnet, die für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital) bezahlt werden müssen.

Periodengerechtigkeit

Die periodengerechte Verbuchung von Geschäftsvorfällen wird auch Accrual Accounting genannt (siehe entsprechenden Abschnitt).

Rechnungsabgrenzung (aktive und passive)

Rechnungsabgrenzungen dienen der Erfassung von Aufwand und Ertrag in der Periode der Verursachung.

Regalien und Konzessionen

Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Erteilung von Patenten sowie der Verleihung von Konzessionen.

Restatement

Neubewertung von Aktiven und Passiven aufgrund von geänderten Rechnungslegungsgrundsätzen auf den Zeitpunkt der Erstanwendung der Grundsätze.

Rücklagen

Die Bildung und Verwendung von Rücklagen ist ein Anreiz für eine effiziente Leistungserbringung der globalgesteuerten Dienststellen. Rücklagen stellen Reserven (Eigenkapital) dar. Im Unterschied zu Rückstellungen stehen den Rücklagen keine Verpflichtungen oder Ansprüche Dritter gegenüber. Sie können vom Kanton jederzeit aufgelöst werden.

Rückstellungen

Rückstellungen sind Verpflichtungen, deren Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt, ein Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist und dessen Höhe zuverlässig ermittelt werden kann. Die Bildung von Rückstellungen zur Reservebildung oder Ergebnissteuerung ist nicht erlaubt.

Sach- und Betriebsaufwand

Zum Sach- und übrigen Betriebsaufwand gehört der gesamte Aufwand für die konsumativen Güter, die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht. Ferner gelten als Sachaufwand sämtliche Kosten für Dienstleistungen (wie Telefongebühren, Unterhaltsarbeiten, Reparaturen usw. die nicht durch das eigene Personal erbracht werden).

Schuldenbremse

Die Schuldenbremse war der Titel einer Verfassungsänderung in der Schweiz, die am 22. Juni 2001 durch die Bundesversammlung und am 2. Dezember 2001 per Volksabstimmung beschlossen wurde. Durch diese Verfassungsregelung sollte der Bund verpflichtet werden, Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten. Die Schuldenbremse ist seit 2003 in Kraft. Im Kanton Basel-Stadt ist die Schuldenbremse als Nettoschuldenquote in Artikel 4 des Finanzhaushaltsgesetzes definiert und seit Mitte 2006 wirksam. Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als 7.5 Promille betragen. Im Juni 2010 hat der Grosse Rat die Schuldenbremse angepasst und den Satz auf 6.5 Promille gesenkt.

Selbstfinanzierung

Die Selbstfinanzierung zeigt die selbst erarbeiteten (flüssigen) Mittel eines Gemeinwesens.

Selbstfinanzierungsgrad

Die Selbstfinanzierung wird berechnet als die Selbstfinanzierung in Prozent des Saldos der Investitionsrechnung (Nettoinvestitionen). Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren konnte.

Stetigkeit

Als Stetigkeit wird die Beibehaltung der Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch der Strukturen der Finanzberichterstattung über einen längeren Zeitraum bezeichnet. Stetigkeit ist Voraussetzung für zuverlässige Vergleiche. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

Swiss GAAP FER

Fachempfehlungen der Rechnungslegung. Schweizer Rechnungslegungsstandard hauptsächlich ausgerichtet auf die klein- und mittelständischen Betriebe.

Transferaufwand

Der Transferaufwand beinhaltet Entschädigungen und Beiträge an Gemeinwesen und Dritte (siehe entsprechenden Abschnitt), Aufwand in Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich, Ertragsanteile welche an Dritte weitergeleitet werden sowie Wertberichtigungen von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen.

Transferertrag

Zum Transferertrag zählen Entschädigungen und Beiträge von anderen Gemeinwesen (namentlich des Bundes), Erträge in Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich, Anteile an Erträgen von Dritten (siehe entsprechenden Abschnitt) sowie Erträge in Zusammenhang mit erhaltenen Investitionsbeiträgen.

Umlageschlüssel

Ein Umlageschlüssel ist ein möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Querschnittprodukt zugunsten eines Produkts erbracht werden, dem entsprechenden Produkt zuzuteilen.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen. Darunter fallen insbesondere Grundstücke, Tiefbauten, Hochbauten, Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sowie Darlehen. Der Entscheid über Kauf (= Investitionsausgabe) oder Verkauf (= vorgängige Umwidmung ins Finanzvermögen) von Teilen des Verwaltungsvermögens liegt in der Kompetenz der Legislative (Grosser Rat).

Vollkostenrechnung

Unter Vollkostenrechnung werden alle Kosten inklusive der Fixkosten und der Verwaltungsgemeinkosten eines Produktes oder einer Leistung verstanden, die bei allen beteiligten Kostenstellen anfallen.

Wertberichtigung

Eine Wertberichtigung ist eine Bewertungskorrektur von Aktivpositionen (beispielsweise Korrektur von Forderungen, Darlehen, Beteiligungen, Gebäude) für eingetretene Wertminderungen.

Wesentlichkeit

Nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit müssen sämtliche Informationen offen gelegt werden, die einen Adressaten in der Entscheidungsfindung beeinflussen können. Über die Wesentlichkeit wird somit immer im konkreten Kontext zu entscheiden sein.

Die präsentierten Angaben müssen eine ausgewogene Beurteilung ermöglichen. Unwesentliche Beträge können mit sachlich ähnlichen Beträgen aggregiert werden.

Wirtschaftlichkeit

Wirtschaftlichkeit ist das Verhältnis zwischen Input und Wirkung. Wirtschaftliche Verwaltungsführung heisst, dass die Kosten für eine bestimmte Wirkung möglichst tief gehalten werden. Das Verhältnis zwischen Kosten und Wirkung ist gleichbedeutend mit dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen (Kosten-Nutzen-Verhältnis). Dieser Haushaltsgrundsatz ist im Finanzhaushaltsgesetz verankert.

Zweckgebundener Aufwand und Ertrag

Als Zweckgebundener Aufwand und Ertrag gilt der in den Dienststellen anfallende Aufwand und Ertrag. In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen wird vom Zweckgebundenen Betriebsergebnis (ZBE) gesprochen, das für die Dienststellen die verbindliche Budgetvorgabe darstellt.

8 Die weiteren Berichte zum Budgetbericht 2015 im Internet

8.1 Die weiteren Berichte zum Budget 2015 im Internet

Der Budgetbericht 2015 sowie der dazugehörige Anhang kann im Internet unter folgendem Link elektronisch abgerufen werden:

<http://www.regierungsrat.bs.ch/dokumente>

Inhaltsverzeichnis

1	Budget 2015
2	Die weiteren Berichte zum Budget
2.1	Kostenartengliederung
2.1.1	Gesamtkanton
2.1.2	Grobübersicht Departemente
2.1.3	Detailübersicht Departemente
2.1.4	Detailübersicht Dienststellen
2.2	Institutionelle Gliederung

Impressum

Herausgeber:

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Basel, im Herbst 2014

www.bs.ch

gedruckt in der
schweiz



No. 01-14-178849 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership